Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

128
JA
14
D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 257
Rohrbach, Die neue Lage 259
Piëch, Der Partikularismus in der Tschechoslowakei 263
Oswald, Die demokratische Bewegung in Japan 267
Heichen, Zur Fortbildung des Marxismus 272
Judex, Wirtschaftsleben, Gesetz und Moral 279
Linter, Warum uns Amerika nicht hilft 282
Notizen 285

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang 27. Februar 1920 Heft 9

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W. 3**

Philosophische Zeitfra

Der kommunistische Gedanke
in der Philosophie

Von K. P. Haase / Preis kart. M. 5,50

Aufklärung über die geschichtliche Entwicklung der kommunistischen Lehren und ihr sophischen Zusammenhänge tut unserm Volke bitter not. Nur Vertiefung in die geschichte ermöglicht ein selbständiges Urteil über diese Gedankenwelt, deren Schla heute die breiten Massen und viele leicht begeisterte Intellektuelle mit sich fort

Der demokratische Gedanke

Von Karl Gebhardt / Preis kart. M. 4,—

Die Entstehung des Gedankens von der Demokratie aus dem Schoße des deu Geisteslebens (Kant, Fichte), seine Entfaltung und endliche Ausprägung, seine Bede für die nahe und ferne Zukunft behandelt dieses Buch. Es wird gezeigt, warum und sich der demokratische Gedanke als der große Einheitsfaktor im Volke bewähren

Religion und Schule

Von Johannes Volkelt / Preis M. 2,70

Zu vielseitig ist die Religion mit dem Seelenleben, der sittlichen Welt u. der Kulturentwicklung verbunden, als daß die Fragen der religionsfreien Erziehung durch Schlagworte gelöst werden könnten. Volkelt fordert dieser „problemblinden Aufklärerei" gegenüber Befreiung des Religionsunterrichts von Zwang u. Bevormundung und seine Vertiefung nach der Seite des religiösen Moralunterrichts

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

Engelapotheke Regensburg

J. SONNTAG

Homöopathisches Medizinal- und Exportgeschäft

Sämtliche homöopathische Medikamente
Schüßlers biochem. Präparate, Felke-Mittel

Hauptvertretung der komplexen Homöopathie
(Elektrohomöopathie)
„System Mattei"

Preislisten und Broschüren kostenlos

MARGRAF & Co. G.m.b.H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN — JUWELEN — FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 27. Februar 1920 * Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der aufschiebende Verzicht auf die Auslieferung deutscher Staatsbürger an die Gerichtsbarkeit der Entente hat ohne Zweifel die deutsche politische Situation für die nächsten Wochen entlastet. Man wird sehr zurückhaltend sein, darin den Beginn einer grundsätzlichen Sinnesänderung bei den Feinden erkennen zu wollen, sondern die Auswirkung der Spannungen, die auch drüben bestehen. Auch die Entente wird entlastet. Der Verzicht auf die eindrucksvolle Demütigung befreit sie von den Sorgen, wie das Verfahren sachlich durchzuführen. Den Franzosen mag das schwer gefallen sein, aber vielleicht ließen sie sich davon überzeugen, daß der Ausweg, den Deutschland selbst anbot, für die deutsche Seele in gewissem Sinn der gefährlichere werden kann. Denn was unsere Lage anlangt, so bleibt sie auch bei der neuen taktischen Haltung der Gegner so schwierig wie zuvor: sollen wir die Polizeidiener im Auftrag des Auslands werden? Das Verfahren in Leipzig muß eröffnet werden; denn das ist ein Vorschlag der deutschen Reichsregierung, den sie nicht bloß in die Luft gesprochen haben darf, wenn sie ihre an sich nur schwache Autorität gegen innen und außen sichern will. Aber unmöglich kann die Liste, die uns überreicht wurde, die Unterlage dafür bilden, daß nun über tausend Prozesse angehängt werden. Dazu ist das Verzeichnis zu flüchtig und zu oberflächlich, vielfach ja geradezu sinnlos. Erst wenn das Material der Gegner vorliegt, kann beurteilt werden, wo im Ernst von „Kriegsverbrechern" gesprochen werden kann, wo ein Richter das Recht hat, einzugreifen, ohne eine Lächerlichkeit vor der Geschichte zu werden. Selbstbeschmutzung auf Befehl ist unerträglich. Die Rechtspflege darf zu keiner politischen Waffe werden.

*

Digitized by Google

Die politischen Verhältnisse in Amerika nehmen geradezu den Charakter einer Groteske an. Die Aussichten, daß der Senat den Frieden von Versailles ratifiziere, sind durch den Zwist zwischen Wilson und Lansing noch viel unwahrscheinlicher geworden. Die Demokraten spalten sich durch die Auflösung des Kabinetts, die Republikaner sammeln schadenfroh das Material, um damit ihre Präsidentschaftskampagne zu nähren. Wilson ist krank und offenbar unfähig, die Formel zu finden, mit der er eine Lösung der Wirrnis erreichen könnte. Amerika steht vor der Situation, daß es zwar militärisch der Hebel des feindlichen Endsiegs wurde, politisch aber die ganz ungeheure Anstrengung in einer Blamage zu endigen droht.

*

Man weiß, daß auch England seine unbereinigten Sorgen mit Amerika hat. Lord Grey war einige Monate in Washington, ohne Wilson seine Beglaubigung überreichen zu können. Zwar ist der Nachhall der angelsächsischen Solidarität in den Vereinigten Staaten im Volke noch stark genug, aber die politischen Kreise sehen, vor allem auch wenn sie an Japan denken, die Problematik der englischen Politik nicht ungelöst. Sie ärgern sich, wenn sie auch nicht selber ohne Schuld sind, daß der große Einsatz von Wilson zu verpuffen droht. Es ist nicht ohne Interesse, wie die „Washington Post" die Fragestellung ansieht:

Man mag den Anteil Amerikas am Kriege so sehr herunterreißen, wie man will, die Wahrheit ist, daß die Verbandsmächte auf dem letzten Loch pfiffen und bereit waren, einen deutschen Frieden anzunehmen, und daß dem nur durch Entsendung unerhörter Verstärkungen, durch unsere Riesenkredite und durch unsere volle Mitwirkung vorgebeugt wurde. Die Staaten sind heute die Hoffnung Europas, England eingeschlossen. Die Engländer sehen, daß die Finanzgewalt auf uns übergegangen ist. Sie fordern nun, daß wir alle unsere Frachten englischen Schiffen anvertrauen. Das hieße, ihnen ein Monopol im Ozeanverkehr geben.

*

Der deutsch-nationale Abgeordnete Kardorff hat kürzlich eine Rede gehalten, die stark von dem üblichen alldeutschen Gerede abstach, daß dem „siegreichen" Heere die Heimat den Dolch in den Rücken gestoßen hätte:

Die Politik, die wir vor dem Kriege getrieben haben, war die bodenlos leichtsinnigste. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war Bismarck der größte Mann. Aber das deutsche Volk war des Mannes nicht wert; sonst hätte man seine Politik nicht preisgegeben. Wir haben den Krieg verloren wegen mangelnder diplomatischer und militärischer Vorbereitungen, wir haben ihn verloren wegen schwerer militärischer Fehler. Die Zustände in der Etappe waren nicht schön. Wir haben ferner den Krieg verloren, weil wir unsere Bundesgenossen falsch eingeschätzt haben. Wir haben uns selbst überschätzt und unserer Feinde unterschätzt. Wir sind blind gewesen gegenüber den Gefahren, die uns bedrohten. Nach dem Abfall der Bundesgenossen war unsere Kränke aufgerissen. An dem völligen Zusammenbruch trug die Sozialdemokratie die Schuld."

Digitized by Google

Die neue Lage

Von Dr. Paul Rohrbach

Von Lloyd George wird in der Northcliffepresse erzählt, er verachte die Deutschen grenzenlos. Er verachte sie so sehr, daß er zu sagen pflege, die Deutschen seien schlechterdings unfähig zu jedem Entschluß, sie seien zu nichts imstande; sie würden nicht einmal imstande sein, zu verrecken! Lloyd George hat allerdings einmal seine sozial-politische Reformweisheit aus Deutschland bezogen. Das war gar nicht lange vor dem Kriege. Damals sagte er, in der wichtigsten aller Fragen, in der sozialen, müsse man von Deutschland lernen. Darum kann er ganz gut heute jene üblen Worte über Deutschland gesagt haben. Ob er sie gesagt hat oder nicht, ist gleichgültig; jedenfalls gibt es Leute in England, die da glauben, ihn auf solche Weise immer noch der englischen öffentlichen Meinung am besten empfehlen zu können. Das genügt als Symptom, um uns davor zu warnen, die Nachgiebigkeit Englands in der Auslieferungsfrage schon als ein Zeichen von Gesinnungsänderung zu buchen. Das wäre übereilt und verkehrt geurteilt. Man kann sich aber vorstellen, wie bei dieser Art von „Verachtung" für Deutschland die Auslieferungsliste in England und Frankreich zustande kam und uns zugestellt wurde. Es war gerade so wie vor der Unterschrift des Friedensvertrags. Das eine wie das andre Mal hieß es drüben: Habt keine Sorge, fürchtet nichts, die Deutschen sind moralisch so herunter, daß sie sich alles in den Hals gießen lassen. Sie werden den Friedensvertrag mit allen Schmachparagraphen schlucken! Sie werden unterschreiben! Sie werden die Auslieferungsliste schlucken! Sie werden ausliefern!

Natürlich wußten die Machthaber der Entente, als sie die Liste aufsetzten, bereits, daß die Verhältnisse im Osten sie nötigen könnten, früher oder später auf Deutschland als Hilfskraft zurückzukommen. Sie sagten sich aber: Das kann man immer noch, auch wenn die Deutschen sich, wie sicher zu erwarten, wieder geduckt und die „Verbrecher" ausgeliefert haben. Man hat geglaubt, es würde wieder so gehen wie im Sommer vorigen Jahres, als die deutschen Volksvertreter versuchten Nein zu sagen, aber über ihre Schultern schon die Mienen derer grinsten, die ihre Bereitwilligkeit zum Unterzeichnen auf jede mögliche Weise erklärten. Die Berechnung auf der Ententeseite war, daß es jetzt wieder so gehen würde. Die Berechnung war falsch. Sie war so falsch, daß sich sogar der erste, im Augenblick der unmittelbaren Empörung emporflammende Gedanke als gegenstandslos erwies: der Versuch zur Auslieferung würde den Bürgerkrieg in Deutschland entzünden. Nicht einmal der Bürgerkrieg drohte. Es wäre nicht möglich gewesen, soviel Kräfte in Deutschland mobil zu machen, wie nötig gewesen wären

Digitized by Google

Digitized by Google

materiellen Beute und ihr Ruf als die Veranstalter des Kreuzzugs gegen Deutschland im Namen der Menschheit. Es ekelt einen vor dieser Heuchelei, aber die Heuchler wissen, was sie tun. Wenn nur alle diejenigen in Deutschland, auf deren Einsicht und Entschluß es ankommt, ebenso gut wüßten, was ihre Pflicht ist, und wenn sie nur nach ihrer Pflicht handeln wollten! Jetzt sind die Augen der Völker offen und ihre Ohren sind gespannt. Jetzt kann die Debatte über die Verantwortung am Kriegsausbruch mit der besten Aussicht auf Erfolg von uns erzwungen werden. Und warum hört man in den deutschen Noten schon so lange nichts mehr von den Verbrechen des Hungerkrieges? Gehören die Millionen Deutscher in Deutschland und Österreich, die durch die Hungerblockade gestorben sind, und die Millionen Geborener und Ungeborener, deren Krankheit und Siechtum durch die Blockade verschuldet sind, nicht an erster Stelle in die Antwort auf die Rechnung, die die Entente aufmacht und deren furchtbare Ziffern sie gegen ihr besseres Wissen allein uns zur Last legen will?

Und doch, so wenig man in Deutschland heute schon daran denken darf, zu triumphieren, ja selbst nur Genugtuung zu empfinden: die Lage hat sich doch geändert, und das zeigt sich darin, daß England sich zum erstenmal entschlossen hat, den französischen Wahnsinn gegen Deutschland nicht gewähren zu lassen. Das ist das eigentlich Entscheidende. Frankreich wäre natürlich bereit gewesen, auch auf die Auslieferung zu verzichten, wenn es dafür freie Hand auf dem linken Rheinufer erhalten hätte. Die Franzosen haben sich in ihrem Urteil über die Stimmung in Deutschland, in ihrer verächtlichen Zuversicht auf unsre absolute Demoralisation, zwar ebenso getäuscht wie die Engländer, und sie mußten zuletzt so gut wie diese einsehen, daß die Auslieferung tatsächlich nicht zu erreichen war. Für den Fall aber hatten sie ihren Plan fertig: Straf- oder Kompensationsforderungen auf Rechnung des besetzten Gebiets. Das war deutlich zu merken. Einstweilen aber haben die Franzosen keine Aussicht, ihre Wünsche anerkannt zu bekommen. Das rührt daher, daß man in England begriffen hat: Es ist ausgeschlossen, ohne Deutschland die bolschewistische Weltgefahr zu beseitigen. Eine Weltgefahr sind die Bolschewisten zur Zeit allerdings nur indirekt: wenn es ihnen gelingt, den großen Aufstand in Asien gegen England zu entzünden. Kommt es dazu, so bedeutet das noch lange nicht den Sturz der englischen Weltmacht, aber eine schwere Erschütterung der englischen und damit auch der allgemeinen Weltverhältnisse.

Wir haben hier kürzlich das Buch von Keynes über Frieden und Hungersnot besprochen, in dem gesagt war, man solle die Zahlungsverpflichtung Deutschlands auf 40 Milliarden Mark begrenzen und davon 10 durch das Material, das Deutschland bereits ausgeliefert hat und durch das deutsche Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten als beglichen ansehen. Diesen Vorschlag hat unlängst, nach englischen Zeitungsberichten, Lord Robert Cecil in öffentlicher Rede aufgenommen.

Digitized by Google

Das sagt mehr, als wenn ein Mann wie Keynes, ein ehrenwerter und unabhängiger Politiker, aber kein Kandidat auf die oberste politische Führung, so etwas ausspricht. Lord Robert ist wenig deutschfreundlich und war im Kriege so wenig geneigt, selbst albernen und ekelhaften Ausstreuungen über Deutschland entgegenzutreten, daß er die Lüge über die deutsche Leichenverwertung in einer demonstrativ wirkenden Weise unwidersprochen ließ. Dergleichen sollte in Deutschland nicht vergessen werden. Vielleicht erklärt sich seine Haltung damals durch die Besorgnis, unpopulär zu werden — eine bei der Wut der englischen öffentlichen Meinung im Kriege sehr gerechtfertigte Besorgnis. Daß er die Sache persönlich geglaubt hat, ist unwahrscheinlich. Wenn aber derselbe Mann, der bei allem, was er unterläßt und was er tut, selbstverständlich an seine zukünftige Führerstelle denken muß, heute die 2 Milliarden Pfund aus den Vorschlägen von Keynes in den Mund nimmt, so sagt er sich, daß man so etwas in England bereits tun darf, ohne zu riskieren, daß man seinen politischen Einfluß damit für den Augenblick, wo man ihn brauchen könnte, verloren hat. Alle Äußerungen und Handlungen englischer Staatsmänner sind absolut auf die öffentliche Meinung eingestellt, indem sie ihr entweder folgen oder einen Versuch zu ihrer Lenkung machen! Die öffentliche Meinung ist die entscheidende Instanz für jede englische Regierung und für jeden, der daran denkt, einmal in England zur Macht zu kommen. Politik in England machen, heißt, um die öffentliche Meinung ringen. Wer von ihr getragen wird, wer es verstanden hat, sie für sich herzustellen, der vermag alles; wer sie gegen sich hat, ist ohnmächtig.

So bedeutsam ein derartiges Symptom ist, so wenig darf man glauben, daß nun auch schon der „Mann auf der Straße" in England daran denkt, auch nur für einen Augenblick seinen wütenden Deutschenhaß zu lassen. Auch der gebildete Durchschnittsengländer ist weit davon entfernt. Ihm wird der Deutsche noch Jahrzehnte lang der Hunne sein. Viel zu fest sitzen die Ergebnisse einer mehr als fünfjährigen wütenden Propaganda, die mit allen Mitteln auf besinnungslosen Haß ausging, und viel zu wenig ahnt der borniert hochmütige englische Inselmensch, wie sehr er das Opfer seiner eigenen Haßpropagandisten gewesen ist, und welche moralischen Verbrechen und Ungeheuerlichkeiten sich die Kriegführung der Entente, England mit seiner Hungerblockade voran, hat zu schulden kommen lassen. Wir warnen also jeden Deutschen, sich einzubilden, als ob etwas von versöhnlicher Stimmung im allgemeinen in England sich regte. Es ist schon sehr viel, wenn Symptome sich zu zeigen anfangen, daß eine vernünftige Politik gegenüber Deutschland in den Bereich der Möglichkeit tritt, denn das bedeutet der Beginn einer öffentlichen Diskussion über Erleichterung der Friedensbedingungen nicht nur von seiten der anständigen, aber unverantwortlichen Friedensfreunde, sondern auch durch führende Politiker. Der Grund liegt, wie gesagt, darin, daß England eine Gefahr,

Digitized by Google

eine durchaus ernste und schwere Gefahr, für sich merkt, und daß es begreift, daß diese Gefahr sich beschleunigen und vergrößern würde, wenn der Friede von Versailles nach seinem Wortlaut und seinem Sinn gegen Deutschland durchgeführt würde. Aus diesem Grunde lösen sich die Lippen englischer Staatsmänner und daher kommt die Unterschrift des englischen Regierungschefs unter ein Dokument der Nachgiebigkeit gegen Deutschland. Für alle diejenigen, die in England an der Propaganda für einen wirklichen Frieden arbeiten, nicht nur eine Fortsetzung des Kriegszustandes mit veränderten Mitteln, ist es ohne Zweifel eine Erleichterung ihrer edlen Aufgabe und eine zunehmende Hoffnung nicht nur für eine höchst entfernte, sondern auch schon für eine absehbare Zukunft. Welche Folgen daraus in Deutschland gezogen werden müssen, ist klar: Propaganda für die Eröffnung der Weltdiskussion über die Verantwortlichkeit am Kriege mit allen Mitteln. Eine bessere Methode, den Friedensfreunden in England zu sekundieren, gibt es nicht.

Der Partikularismus in der Tschechoslowakei

Von Alfred Pisch

Neben den nationalen Differenzen, die in der tschechoslowakischen Republik beinahe unübersteigbare Scheidewände zwischen den verschiedensprachigen Volksteilen aufrichten, spielen auch tiefgehende partikularistische Strömungen eine bedeutende Rolle im innerpolitischen Leben. Sie wirken allerdings mehr hinter den Kulissen, wie an der Außenseite, sind aber nichtsdestoweniger von großem Einfluß auf die Gestaltung der Dinge und verdienen daher in der nichttschechoslowakischen Öffentlichkeit eine stärkere Beachtung, als ihnen bisher zuteil geworden ist; erst durch ihre Kenntnis wird mancher sonst unerklärliche Vorgang verständlich. Besonders die Deutschen im Reiche haben alle Ursache, auch der innerpolitischen Entwicklung ihres südlichen Nachbars aufmerksam zu folgen, denn sie kann im guten wie im bösen Sinne für ihr Schicksal mit von Bedeutung sein.

Man hat es in der nichttschechoslowakischen Öffentlichkeit nach der einigermaßen überraschend gekommenen Proklamierung der Prager Republik übersehen — teils aus Unkenntnis der Verhältnisse, teils im Hinblick auf wichtigere eigene Sorgen —, daß es eine „tschechoslowakische" Nation bis zum Zusammenbruche der habsburgischen Monarchie nicht gegeben hat und in der Geschichte niemals gab. Es handelt sich stets um zwei Nationen, die Tschechen und die Slowaken, die zwar eine nahe Verwandtschaft miteinander aufweisen, aber im Laufe der Jahrhunderte immer weiter auseinander kamen. Die eigentlichen

Digitized by Google

Tschechen, in Böhmen, waren durch die enge Berührung mit den Deutschen mehr in den fortgeschrittenen westlichen Kulturkreis geraten. Gleichzeitig aber auch hatte sich ein scharfer Gegensatz zwischen diesen Tschechen und ihren westlichen Nachbarn herausgebildet, der im wesentlichen sozial-ethische Ursachen besaß, da sich der Tscheche in seiner kulturellen Rückständigkeit von dem überlegenen Deutschen stets unterdrückt fühlte. Die Slowaken hatten innige Anlehnung an das Magyarentum gefunden, dem sie — national weniger selbstbewußt als die böhmischen Tschechen — zwar geistig, aber nicht politisch überlegen waren, ebenso wie etwa die Deutschen in den ungarischen Ländern. Die Magyaren verstanden es, die slowakische Intelligenz in ihre politischen Dienste zu stellen und so finden wir, daß neben zahlreichen deutschen und vielen kroatisch-serbischen Abkömmlingen die hervorragendsten Führer der Magyaren, darunter sogar der Nationalheld Kossuth, slowakischen Ursprungs waren und sind. Die Absorbierung der slowakischen Intelligenz durch das Magyarentum ließ jedoch die breiten Massen der Slowaken die Magyarisierungstendenzen der herrschenden Gewalten nicht verspüren und zwar um so weniger, als die weitaus stärkere natürliche Vermehrung der Slowaken die verhältnismäßig geringen Verluste durch Entnationalisierung nicht recht fühlbar werden ließ. Die Erfolge der Magyarisierung in dem überwiegend slowakischen Oberungarn gingen vielmehr auf Kosten der deutschen Stadtbevölkerung und der deutschen Sprachinseln mit der überraschenden Begleiterscheinung, daß hierbei das Slowakentum bedeutendere Fortschritte machte, als das Magyarentum selbst und zwar ebenfalls auf Kosten der Deutschen. Der erst in den letzten Jahren entschiedener betonte slowakische Nationalismus richtete sich daher mehr gegen die politische Bevormundung durch das magyarische Element, als gegen eine nationale Benachteiligung schlechthin. Es entbehrt darum nicht eines pikanten Beigeschmackes, daß sich die schärfsten Auswirkungen dieses neuen slowakischen Nationalgefühls nicht gegen das Magyarentum kehren, sondern gegen die tschechischen „Befreier", die außer der politischen Bevormundung der in ihren Augen nicht minder, als in jenen der der Budapester Machthaber rückständigen Slowaken auch noch eine ziemlich plötzliche nationale Umkrempelung der Slowaken in vollwertige Tschechen durchführen wollen. Waren dem slowakischen Nationalismus die magyarischen Bestrebungen unsympathisch, so sind ihm die tschechophilen es nicht weniger. Die Slowaken wollen nicht das Prager für das Budapester Diktat eintauschen und darum der Schlachtruf „Die Slowakei den Slowaken!" und des weiteren die Forderung nach vollkommener Autonomie der Slowakei im Rahmen der tschechoslowakischen Republik, die allein schon eine Durchbrechung der von den Prager straffen zentralistischen und imperialistischen Kreisen angestrebten Einheitlichkeit des Staates von Reichenberg bis Preßburg bedeutet. Es war ein grober und in seinen ver-

Digitized by Google

hängnisvollen Folgen für die tschechoslowakische Republik heute noch gar nicht abzuschätzender Fehler der Tschechen, sofort nach dem Einmarsch ihrer Truppen in der Slowakei mit umfassenden Tschechisierungsmaßnahmen einzusetzen. Man hat dadurch auch der von magyarischer Seite in unleugbar geschickter Weise in Szene gesetzten Agitation gegen die neuen Herren wirksames Material in die Hand gegeben und den Erfolg einer etwa später in langsamer und vorsichtiger Form betriebenen Tschechisierung unmöglich gemacht. Die Lage ist nun so: Wird die Autonomie gewährt, so liegt darin eine Schwächung der tschechischen Republik, da aus der autonomen Slowakei immer wieder Hemmungen kommen werden, die sich zwar zunächst auf innerpolitischem Gebiete äußern dürften, leicht aber auch die Aktionsfähigkeit nach außen ungünstig beeinflussen können. Gewährt man die Autonomie nicht, so wird sie das Ziel weiter slowakischer Schichten bilden. In beiden Fällen wird es an — natürlich maskierten — magyarischen Antreibern nicht fehlen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die Slowaken wirtschaftlich nicht nach Nordwesten, sondern nach Südosten gravitieren und daß die Slowakei das Land einer streng kirchlich gesinnten katholischen Bevölkerung ist, wogegen die Prager Politik einen sehr scharfen antirömischen Kurs eingeschlagen hat. Der slowakische Partikularismus, genährt überdies durch die geographische Lage, wird zweifellos ein ernstes Problem der tschechischen Republik bleiben und ähnlichen Bestrebungen immer einen starken Rückhalt bieten, selbst wenn es im Augenblick gelingen sollte, mit irgend einer Formel aus Rücksichten auf das Ausland über die sogenannten Anfangsschwierigkeiten jedes jungen Staates hinwegzukommen; in diesem Falle handelt es sich aber um einen Keim, der dauerndes Siechtum im Gefolge haben wird.

Und an ähnlichen Bestrebungen fehlt es nicht. Sie sind in Mähren und Schlesien so mächtig, daß die ursprünglich beabsichtigte Verschmelzung aller Länder der Republik zu einem Einheitsstaat auch ohne das böse slowakische Beispiel nicht hätte durchgeführt werden können. In der zerschlagenen habsburgischen Monarchie waren Mähren und Schlesien mit Böhmen gleichberechtigte Kronländer und auf die Wahrung der Rechte ihrer „historisch-politischen Individualität" ebenso eifersüchtig bis zur oft lächerlichen Kleinlichkeit bedacht. Sie gaben sich in eigenen Landtagen besondere Gesetze und hatten in ihren Landesausschüssen eigene Regierungen neben den staatlichen, an deren Spitze kaiserliche Statthalter bzw. Landespräsidenten standen, während die Landesregierung ihrem Landeshauptmann (Oberstlandmarschall) untergeordnet war — die viel kritisierte und kostspielige Doppelverwaltung. Nach der Ausrufung der Republik dachte man in Prag daran, diese autonomistischen Selbstherrlichkeiten zu beseitigen und als Unterinstanz bei Abschaffung der Landesgrenzen eine Gaugliederung einzuführen (Kreiseinteilung). Dagegen erhob sich, nachdem der erste Rausch der Be-

Digitized by Google

geisterung vorüber war, in Mähren und Schlesien ein heftiger Widerstand. Es wird nun zwar zur Gauverfassung kommen, aber voraussichtlich werden es die Partikularisten erreichen, daß die Länderindividualitäten Mähren und Schlesien ebenfalls erhalten bleiben, so daß statt einer Vereinfachung der Verwaltung eine sehr bedeutende Komplizierung eintritt. In der Verfechtung des Standpunktes der Länder gegenüber dem des Gesamtstaates waren alle, über sonstige Differenzen hinweg, Deutsche und Tschechen in der tschechoslowakischen Republik gerade so einig, wie sie es früher in dieser Sache in der habsburgischen Monarchie gewesen sind. Um den Standpunkt der in Mähren fast drei Viertel der Bevölkerung bildenden Tschechen zu verstehen, muß man wissen, daß die mährischen und die böhmischen Tschechen Brüder sind, die einander im tiefsten Grunde des Herzens nicht sonderlich lieben. Die mährischen Tschechen sind vor allem in nationaler Beziehung nicht so einheitlich, wie die böhmischen, ja sie stellen nicht selten ihr Mährertum über das Tschechentum. Besonders in früheren Zeiten war den mährischen Slawen die Zusammenwerfung mit den böhmischen Tschechen sehr unsympathisch. Die — wenn man so sagen darf — alttschechische Propaganda der letzten Jahrzehnte hat da freilich Wandel geschaffen, aber ein beträchtlicher Teil an Abneigung ist geblieben und kaum auszurotten. Dazu kommt, daß das mährische Slawentum noch stammestümliche Unterteilungen macht. Die Hanaken und Walachen sind stolz auf ihre Eigenart, die sie bewahren wollen, trotz ihrer unbezweifelbaren großtschechischen Gesinnung. Schließlich wohnen im Südosten im Anschlusse an ihre ehemals ungarischen Stammesbrüder etwa 400 000 Slowaken. Auch die schlesischen Tschechen sind keine Freunde der restlosen Zentralisierung, obwohl sie sich natürlich die Unterstützung der Prager Regierung gegen die deutsche Mehrheit — im Falle der Abtrennung Ostschlesiens — gerne gefallen lassen.

Verdichten sich die Sonderwünsche der Mährer und Schlesier derzeit auch noch nicht bis zu autonomistischen Zielen, so gehen sie doch mit Entschiedenheit dahin, sich eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Prag zu bewahren. Es hängt jedoch nur von der Entwicklung der Zustände in der Republik ab, ob nicht hier gleichfalls eines Tages die Forderung nach voller Autonomie erhoben wird. Es liegt dies durchaus im Bereiche der Möglichkeit, denn die Unzufriedenheit mit dem Prager Regime ist unleugbar groß und gewinnt stets an Umfang und Tiefe. Die Sucht nach Zersplitterung gehört ja zu den hervorstechendsten Charaktereigenschaften des Slawen und es gibt sicherlich zu denken Anlaß, daß selbst heute, in der Zeit der höchsten Blüte der tschechisch-nationalen Idee, partikularistische Tendenzen eine kräftige Rolle spielen dürfen, obwohl sie von den Prager Regierungen mit scheelen Augen betrachtet und von dem Kreise um Kramarsch und Raschin geradezu als Verrat am neugeschaffenen Vaterlande

Digitized by Google

verpönt worden sind. Zu dieser natürlichen Veranlagung kommt, daß die politische Psyche des Tschechentums durch eine ebenso maßlose, wie zielbewußte Agitation im Sinne der Negation, der Zerstörung beeinflußt worden ist. Diese Mißleitung der Volksseele wird sich am tschechischen Staat bitter rächen und es werden in der tschechischen Presse jetzt schon Stimmen laut, die darauf hinweisen, daß das Gift, das man für den Habsburgerstaat braute, seine Wirkung im nationalen Reiche in verhängnisvoller Weise zeige. Dabei stehen wir erst am Beginne der neuen Wege tschechischer Entwicklung — es verdient große Aufmerksamkeit, daß trotzdem der partikularistische Holzwurm schon solche Fortschritte gemacht hat, neben vielen anderen Momenten, die darauf hinweisen, daß das junge Staatsgebilde im Herzen Europas an Seele und Körper schwerkrank ist. Heute hat man dort gewiß rötere Backen als in der deutschen Nachbarschaft, aber der Schein der Gesundheit trügt oft und darum die nervöse Hast, mit Gewalt die eigene Lebenskraft, der man nicht traut, durch fremde, bessere Kräfte nachzuhelfen. Doch die Mittel, die man anwendet, haben sich nirgends bewährt und sie werden nichts anderes erreichen, als daß sie auch den frischgezimmerten tschechischen Staat, der — wie ein Führer der Deutschen sehr treffend bemerkte — in dieser Gestalt eine Unzucht wider die Natur ist, eher zusammenbricht, als es seine Angehörigen und seine Schöpfer und Freunde im fernen Westen glauben. Ohne Gewaltanwendung von außen — nur durch seine innere Unmöglichkeit zum Leben.

Die demokratische Bewegung in Japan

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin

Der Weltkrieg mit seiner unerhörten Anspannung der Volkskräfte aller kriegführenden Mächte, mit seiner Aufpeitschung der politischen Leidenschaften auch bei den Neutralen, mußte als eine notwendige innerpolitische Folge eine starke demokratische Welle zeitigen, die über die ganze Welt ihren Weg nehmen und alle Staaten mehr oder minder in Mitleidenschaft ziehen mußte. Für eine richtige Beurteilung der politischen Konstellation der Großmächte in Gegenwart und Zukunft ist es aber unerläßlich nötig, daß wir uns über die Wirkungen dieser demokratischen Welle auf die einzelnen Staaten im klaren sind. Denn wenn auch Rankes Wort von dem Primat der äußeren Politik über die innere unbedingt richtig ist und die Geschichte dafür die genügenden Beweise erbracht hat, so ist doch eine Rückwirkung der inneren Politik auf die äußere ebenso für jeden Einsichtigen eine Selbstverständlichkeit. Für die von uns einzuschlagende äußere Politik sind also die innerpolitischen Fragen der anderen Staaten nicht gleichgültig, sondern erfordern unser gespanntestes Interesse, und daß wir davon

Digitized by Google

bisher zu wenig aufbrachten, haben wir bitter büßen müssen. Bei der Bedeutung nun, die unzweifelhaft Japan für unsere zukünftige weltpolitische und weltwirtschaftliche Stellung zukommen wird, ist es ein unbedingtes Erfordernis, darüber klar zu sehen, wie das Reich des Mikado sich mit der demokratischen Welle abgefunden hat. Ist Japan noch der starke Hort des monarchischen Gedankens unter den Großmächten, steht der konstitutionelle Gedanke dort noch auf festem, sicherem Boden, oder hat er zugunsten der demokratischen Idee zurückweichen müssen und wieweit?

Wollen wir uns diese Fragen beantworten, dann ist vor allem zu bedenken, daß nicht erst der Weltkrieg den demokratischen Gedanken nach Japan gebracht hat, sondern daß wir es dort mit einer Bewegung zu tun haben, die ebenso alt ist wie die im Jahre 1890 eingeführte konstitutionelle Verfassung. Denn die vom Mikado seinem Volke nach dem Muster der alten preußischen geschenkten Verfassung befriedigte keineswegs alle Kreise des japanischen Volkes, soweit sie damals durch ihre Bildung und durch ihre Berührung mit dem Abendland in Betracht kamen. Alle die Männer, die besonders in England geweilt oder die wenigstens englischen Einflüssen sich zugängig erwiesen hatten, forderten für ihr Vaterland das parlamentarische System, wie es in England üblich ist. Mit der Verfassung setzte also gleichzeitig eine gegen sie gerichtete liberal-demokratische Bewegung ein, zu deren wichtigsten Führern ein Okuma zählte. Aber bei dem großen, im japanischen Volke vorhandenen Autoritätsglauben, der ja durch Jahrhunderte gepflegt war und bei der starken allgemeinen wie auch politischen Unbildung der Masse des Volkes fand diese liberal-demokratische Bewegung so wenig fruchtbaren Boden, daß ein Ministerium nach parlamentarischem Muster sich im Jahre 1898 nur 6 Monate halten konnte. Erst mit der zunehmenden Bildung des japanischen Volkes in den folgenden Jahrzehnten, erst mit der seit dem chinesischen Kriege in schärferem Tempo vor sich gehenden Industrialisierung des Landes gewann die liberal-demokratische Bewegung an größerem Anhang. Von nicht geringem Einfluß auf sie war auch das Bündnis mit England. Denn gerade von London her wurde sie stark unterstützt, da die englische Politik schlau genug war, sich hierdurch ein Mittel der Beeinflussung des japanischen Volkes in ihrem Sinne zu schaffen. Die Genro, oder der Rat der alten Staatsmänner, sahen sich dann auch nach der Jahrhundertwende in den Fällen einer neuen Kabinettsbildung wiederholt gezwungen, dem Mikado die Berufung eines Mannes aus dem liberal-demokratischen Lager zum Ministerpräsidenten anzuraten. So hat der Marquis Saionji zweimal (1905—1908, 1911—1912) als ein Liberaler die Ministerpräsidentschaft geführt. Wenn er auch als der Schüler Itos nicht zu den radikalsten Vertretern des demokratischen Gedankens gehörte und gerade darum den Genro noch als der Empfehlenswerteste galt, so ist doch seine Be-

Digitized by Google

rufung als ein Zeichen des Entgegenkommens von seiten der Regierung zu buchen; man wollte durch seine Person das immer mehr in demokratische Bahnen geratene Volk beruhigen.

Dennoch gelang es aber der Regierung bis zum Jahre 1912, im großen und ganzen das rein bürokratische System aufrecht zu erhalten, wie es die drei Ministerien des aus Militärkreisen stammenden Katsura beweisen. (1901—1905, 1908—1911, 1912—1913.) Erst mit dem Ministerium des Admirals Jamamoto im Jahre 1913 trat eine gewisse Änderung ein. Einmal stammte Jamamoto aus der den englischen Anschauungen näherstehenden Flotte und nicht aus dem als reaktionär verschrieenen Militärkreisen. Dann aber wurden sämtliche Minister seines Kabinetts der damals im Abgeordnetenhaus herrschenden Seiyukeipartei entnommen. Abgesehen also von Jamamoto selbst, der keiner Partei angehörte, darf man sein Kabinett als ein Parteikabinett bezeichnen. Wenn auch die Seiyukei als eine konstitutionelle Partei von Ito im Jahre 1900 gegründet war und nicht als eine ausgesprochene liberal-demokratische Partei angesehen werden darf, so war doch unter dem Kabinett Jamamoto dem liberalen Gedanken und seiner Forderung nach einer parlamentarischen Regierung zu einem guten Teile Genüge getan.

Da kamen kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges besondere Ereignisse der liberalen und demokratischen Bewegung in einem ganz besonderen Maße zu Hilfe. Durch den bekannten Flottenskandal wurden Jamamoto und mit ihm die Seiyukeipartei stark kompromittiert. Um das Volk zu beruhigen, mußten die Genro der liberal-demokratischen Bewegung völlig nachgeben und einen Volksmann wie den greisen Okuma zur Bildung eines Parteikabinetts berufen. Alle Ministerplätze wurden mit Männern besetzt, die nicht der Seiyukei, sondern den liberal-demokratischen Parteien, deren es eine ganze Reihe gab und die nur in ihrer Schattierung verschieden waren, besetzt.

Während des Krieges versuchte dann die Regierung noch einmal die Dinge zurückzudrehen und benutzte die sich im Volke wegen der lässigen Chinapolitik des Okumakabinetts mehr und mehr breitmachende Stimmung. Ein rein bürokratisches Kabinett, wie zu Katsuras Zeiten, wurde unter dem General Terauchi im Jahre 1916 gebildet. Doch das war nur ein vorübergehender Sieg des alten Systems. Die Masse des japanischen Volkes, über deren politische Uninteressiertheit der radikale damalige Justizminister Ozaki im Jahre 1914 geklagt hatte, war durch den Weltkrieg doch stark in Bewegung geraten. Die sogenannten Reisunruhen des Jahres 1918 werfen auf diese Verhältnisse ein grelles Schlaglicht. Das Kabinett Terauchi war unhaltbar, und der Führer der Seiyukeipartei, als der größten Partei im Abgeordnetenhause, wurde mit der Bildung

Digitized by Google

eines rein nach parlamentarischen Grundsätzen sich zusammensetzenden Kabinetts betraut.

Die japanische Regierung war klug genug, der so mächtig und drohend anschwellenden demokratischen Bewegung zur rechten Zeit den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie durch das Kabinett Hara den guten Willen zu einem liberalen System zeigte. Doch wäre es durchaus falsch, etwa meinen zu wollen, daß damit nun der innere Frieden in Japan als gesichert erscheint. Denn wohl hat man eine Umformung der Regierung im demokratischen Sinne erreichen können, doch ist man von einer Regierung im demokratischen Geiste noch weit entfernt. Denn noch ist ein sehr großer Teil der japanischen Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Durch das Gesetz aus dem März des Jahres 1919 ist zwar der Steuerzensus für die Wahlberechtigung von 10 auf 3 Yen herabgesetzt worden, aber damit bleiben nach wie vor alle Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ist ihr Einkommen doch so gering, daß sie überhaupt zur Steuer nicht herangezogen werden können. Wie wenig das neue Wahlgesetz wirklich von demokratischem Geiste getragen ist, sieht man daran, daß es bei einer Bevölkerung von etwa 53 Millionen Menschen und etwa 13 Millionen im wahlberechtigten Alter stehenden Männern nur 3,5 Millionen Männern das Recht zur Ausübung der Wahl gibt. Dem früheren Zustande gegenüber, wo nur 1,3 Millionen zur Wahlurne schreiten konnten, bedeutet es zwar eine Vermehrung der Wähler um das Doppelte, aber wenn nur der vierte Teil der im wahlberechtigten Alter Stehenden wirklich wählen kann, so wird man kaum von einer Volksregierung sprechen dürfen.

Weiter ist in Japan nach wie vor den Arbeitern die politische Organisation verboten. Darum finden wir dort weder Gewerkschaften noch eine sozialistische Partei. Mit Gewalt wird jede Propaganda in Wort und Schrift für die sozialistischen Ideen unterdrückt. Freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung haben also in Japan noch keine Stätte gefunden.

Der Kampf um die Durchdringung der Regierung mit demokratischem Geiste wird sich äußerlich abspielen als ein Machtkampf zwischen den beiden größten Parteien, der Seiyukei und der Kenseikei. Die Seiyukei, die wir schon oben als die konstitutionelle Partei zu erwähnen hatten, ist bisher die Hauptstütze der Regierung gewesen. Sie ist der Sammelpunkt der Großindustriellen und der kapitalistischen Kreise. Sie hat seit ihrer Gründung immer mehr als die Hälfte der Abgeordneten gestellt, selbst nach dem für sie so belastenden Jamamotoprozeß konnte sie mit 207 Vertretern in das Abgeordnetenhaus einziehen und hatte damit die absolute Mehrheit der Stimmen auf ihrer Seite. Bei dem herrschenden und vor allem bei dem bis 1918 herrschend gewesenen Wahlgesetz ist

Digitized by Google

das ja auch nicht zu verwundern. Schon ein Katsura erkannte, wie gefährlich diese kapitalistische Partei für den Staat werden konnte, und er unternahm es deshalb, ihr durch die Gründung einer Mittelstandspartei, der Doshikei, das Wasser abzugraben (1913). Diese Partei geriet aber nach dem bald erfolgten Tode ihres Gründers mehr und mehr in die Hände der demokratischen Führer, sie kam unter den Einfluß Okumas und Katos. Aus ihr wurde die schon erwähnte Kenseikei.

Daß dieser Machtkampf der beiden Parteien außerordentlich schwer werden und Japan vor schwere innere Konflikte stellen muß, kann als nur zu wahrscheinlich angenommen werden, wenn nicht auch hier rechtzeitig die Einsicht bei der Regierung Platz greift. Denn das japanische Wahlrecht ist heute, wo in vielen Staaten sogar die Frauen das Recht zu wählen und gewählt zu werden, erhalten haben, eine Unmöglichkeit. Und das um so mehr, als die schnellere Industrialisierung des Landes infolge des Weltkrieges die Arbeitermassen in den Städten hat anschwellen lassen. Diese werden sich die politische Rechtlosigkeit nicht lange noch gefallen lassen, denn ihre wirtschaftliche Lage drängt zur Selbsthilfe, und die sozialistische Welle unserer Zeit muß auch den Arbeitern in Japan das Gefühl der Macht geben. Wer heute in die Volksstimmung hineinschaut, wird dort gegen früher so manche Wandlung feststellen können. Der Autoritätsglaube, der so fest im Volke wurzelte, ist erschüttert, die vordem heilige Person des Mikado wird in gewissen Kreisen scharf kritisiert, die Streikstimmung ist in stetem Wachsen unter den Arbeitern, demokratische Vereinigungen aller Art sind entstanden, sogar anarchistische Geheimverbände sind wiederholt von der Polizei aufgedeckt worden. Der Krieg hat ferner auch in Japan eine große Kapitalverschiebung und eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel bewirkt, so daß nicht nur in den Arbeiterkreisen, sondern auch im Mittelstand Unzufriedenheit und Unruhe groß sind. Mit allem dem werden Regierung und Seiyukeipartei zu rechnen haben. Von ihrer Haltung zum Wahlrecht, zu Arbeiterschutzgesetzen, zur freien politischen Betätigung in Wort und Schrift u. a. m. wird für Japan in Zukunft viel abhängen. Bleiben sie bei ihrer ablehnenden Haltung, wie es das neue Wahlgesetz, die mangelhafte Arbeiterschutzgesetzgebung, die Sozialistengesetze beweisen, so würde das Land sicher in schwere innere Wirren kommen, von denen die Reisunruhen des Jahres 1918 nur ein Vorspiel waren. Doch man wird wohl nach den bisherigen Erfahrungen annehmen können, daß die politische Klugheit der Japaner sich auch hier wieder zeigen wird, indem die verantwortlichen Kreise es verstehen werden, noch den letzten Augenblick zu ergreifen, um verhängnisvolle Folgen ihres Festhaltens am Alten zu verhindern.

Digitized by Google

Zur Fortbildung des Marxismus

Von Arthur Heichen (Leipzig)

In einer Rektoratsantrittsrede verbreitete sich der Leipziger Historiker Prof. Erich Brandenburg unlängst über „Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Wandlungen". Ohne uns auf eine Polemik gegen einzelne Punkte dieser Rede einlassen zu wollen, muß zunächst — und das verbuchen wir als einen großen Fortschritt! — anerkannt werden, daß Brandenburg all die Anwürfe und Einwürfe, denen der historische Materialismus sich besonders von seiten der Theologen und Moralphilosophen ausgesetzt sah, nicht aufnimmt. An zwei Punkten tritt dies besonders deutlich hervor. Die Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus machten sich seine bürgerlichen Gegner — und das waren nicht nur „nebenberuflich" philosophierende Pastoren, sondern auch Gelehrte von Fach — äußerst einfach, indem sie ohne weiteres den philosophischen mit dem historischen Materialismus identifizierten und, indem sie den ersteren erledigten, gleichzeitig auch den zweiten „vernichtet" zu haben glaubten. Dieser aber erwies sich trotz aller Anfeindungen von innen und außen als äußerst zählebig und dokumentierte durch diese seine Zählebigkeit gleichzeitig, daß er eben etwas anderes als der philosophische Materialismus war. Auf diese Tatsache hat von seiten der Fachphilosophen meines Wissens nur Külpe in seiner „Einleitung in die Philosophie" aufmerksam gemacht, und auch Brandenburg geht als einer der wenigen diesen Weg. Und auch ein zweites läßt er gegen den Marxismus nicht gelten, nämlich seine fatalistische Deutung. Indem er von Voraussage „für den Einzelfall" und von solcher „für die Allgemeinheit" spricht, deutet er wohl das Problem an, spricht es aber nicht aus. Daraus kann insofern kein Vorwurf gemacht werden, als sich der Marxismus, besonders der ältere Marxismus, über diese Scheidelinie selber nicht im Klaren gewesen ist, sie entweder gar nicht gesehen oder aber willkürlich verrückt hat und ihm dieserhalb der Vorwurf nicht ganz erspart werden kann, sich mit primitiven Mitteln an die Lösung der tiefsten philosophischen Probleme, für die er gar nicht zuständig und berufen war, gewagt zu haben. Das Problem, das wir meinen, ist das der Willensfreiheit, der Determiniertheit des Einzelmenschen und ein anderes, mit dem allein es der Marxismus zu tun hat, nämlich das Problem der Determiniertheit von sozialen Massen. Diese Tatsache wollte man andeuten, wenn man die primitive und unzureichende Formel prägte, der Marxismus sei die Wissenschaft von „sozialen Massen" — unzureichend deshalb, weil die Wissenschaft der Statistik mit dieser Definition gleichermaßen umschrieben ist. Das Problem der individuellen Willensfreiheit zu lösen, dazu ist die Philosophie und Individualpsychologie berufen, und die Marxisten tun gut — aber, wie gesagt, sie haben

Digitized by Google

es leider nicht immer getan! —, die Finger davon zu lassen. Ein anderes ist es um die Determiniertheit von Massen; hier das Für und Wider aufzuwerfen, das ist Aufgabe der Geschichte, der Statistik und allerhöchstens der Sozialpsychologie. Den Weg der bewußten Verengerung auf diese letztere Aufgabe, einen Weg, der von der Allerweltsphilosophie mehr und mehr zur „Ökonomie" führt, ist erst der moderne Marxismus gegangen, einen Weg, der nirgend reiner ausgeprägt ist, als in einem Buch Karl Renners „Krieg, Marxismus, Internationale". Bezeichnenderweise berührt kein einziges der zahlreichen Kapitelüberschriften ein philosophisches Problem. Auf die Grundtendenzen dieses Buches müssen wir später zurückkommen, jedenfalls kann diese Arbeit als die Programmschrift des modernen Marxismus gelten, auch wenn sie in sozialistischen Kreisen nicht allzu sehr, in bürgerlichen Kreisen überhaupt nicht beobachtet worden ist. Nur einer — und bezeichnenderweise ist es ein Nationalökonom — hat ihr überhaupt Aufmerksamkeit geschenkt und zwar ist das kein anderer als der Leipziger Gelehrte Karl Bücher. Er erwähnt sie in seiner „Entstehung der Volkswirtschaft" (Teil II, Abschnitt: „Der Transport"). Gerade von Karl Bücher darf dies allerdings nicht wundernehmen, paßt auf ihn das beliebte Schema: bürgerlicher bzw. sozialistischer Nationalökonom am allerwenigsten. Jedenfalls steht er dem modernen ökonomischen Sozialismus so nahe, daß man eigentlich kaum weiß, was ihn noch von demselben trennt, wenn man beispielsweise in seinem Schriftchen: „Die Sozialisierung" liest: „Persönlich bin ich von der Unausbleiblichkeit eines schließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt.... Ich habe viele Jahre meines Lebens der Untersuchung vergangener Stufen der Wirtschaft gewidmet.... Und da habe ich mir immer wieder sagen müssen, daß die ökonomische Welt einmal in der Richtung zu suchen sein würde, wie die besten unter den Sozialisten sie sich vorstellen", oder aber wenn man sein kommunalsozialistisches Programm „Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde" aus Teil II seiner „Entstehung der Volkswirtschaft" in Augenschein nimmt. Diese Fortbildung des Marxismus durch Renner und andere — aber wirklich um eine Fortbildung des Marxismus, nicht des Sozialismus überhaupt handelt es sich — hat Brandenburg vollkommen übersehen (was allerdings insofern entschuldbar ist, als die Rennersche Schrift erst während des Krieges erschienen ist). Statt dessen erwähnt er von den Sozialisten, die die materialistische Geschichtsauffassung weitergebildet haben, Eduard Bernstein (diesen sogar als „Anhänger von Marx") und Max Adler. Nun, wir glauben, Bernstein nicht Unrecht zu tun, wenn wir von ihm annehmen, er werde selber kaum Anspruch erheben, Marxist zu sein. Im Gegenteil, dem cant der materialistischen Geschichtsauffassung setzt er Kant entgegen und aus dieser Gesinnung heraus will sein Pazifismus um jeden Preis, seine Anglophilie verstanden sein. Und nur aus seinem

Digitized by Google

glühenden ethischen Temperament heraus — nicht aber aus marxistischer Intransigenz — ist sein unabhängiges, linksradikales Gastspiel zu erklären. Schwieriger ist der Marxismus Max Adlers zu erklären. Der Terminologie und Phraseologie nach ist er allerdings Marxist wie kein anderer, nicht aber seiner historischen Grundauffassung nach. Sein Standpunkt zum historischen Geschehen ist etwa der: Geschichte, eigentlich solltest Du Dich so und so vollzogen haben, mach' es jetzt anders (wie ich, Max Adler, es will!); Proletarier aller Länder, was ihr in den Augusttagen 1914 getan habt, war Unsinn; macht diesen euren Unsinn rückgängig, ersetzt euren „Mißgriff" durch eine richtige Politik. Max Adler hadert mit der Geschichte, aber er versteht sie nicht und in ebendemselben Maße, wie er sie nicht versteht, kann er den Marxismus nicht zugerechnet werden, denn dessen vornehmstes Kennzeichen ist der Respekt vor dem historischen Geschehen. Diesen Respekt besitzt Adler nicht und daran ist sein ethisches Temperament schuld; und kein marxistisches Habit kann seinen voluntaristischen Ethizismus verdecken. Nicht die Adlersche Theorie an sich ist falsch, daß nämlich ethische Massenüberzeugung, ethisches Massenwollen als immanent wirkende Kraft in den Ablauf des historischen Prozesses hineinzustellen ist — das ist ganz in der Ordnung, und diese Grundauffassung wird schon von F. Engels ausgesprochen —, aber wie man diese ethischen Kräfte quantitativ und qualitativ einschätzt, darauf kommt es an. Hier aber geht Adler in die Irre und so wird er zum proletarischen Moraltheologen, zum Weltsittenrichter. Nirgends tritt dieser sein Standpunkt klarer zu Tage als in seiner kleinen Schrift: „Prinzip oder Romantik." Obwohl philosophisch verklausuliert und obwohl er weder Renner noch die deutsche Mehrheitssozialdemokratie direkt nennt und angreift, sind seine Ausführungen nichts anderes als ein Angriff auf die Politik der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, auf die Politik vom 4. August und auf seinen Landsmann Karl Renner, der mit seinem schon erwähnten Buch die Theorie dieser Politik entwickelt hat. Renner nennt die proletarische Politik jener Augusttage und der folgenden Zeit ein „Tatsachenurteil"; Adler aber spricht von einer „Überrumpelung des Sozialismus durch den Imperialismus"; diese beiden Gegensätze sind kennzeichnend für die Fortbildung zweier „Marxismen" — wenn der unschöne Ausdruck erlaubt ist — in entgegengesetzter Richtung. Kann Adler die Tatsache selber nicht hinwegleugnen, so versucht er sie mit spitzfindigen Philosophismen von Erscheinen und Denken hinwegzudisputieren. Eins ist allerdings zuzugeben; nicht jede historische Tatsache, nicht jeder wilde Streik, oder jede Revoluzzerei ist eine große geschichtliche Tatsache, an der nichts zu rükkeln und nichts zu mäkeln ist, nicht jede primitive „Tatsächlichkeit" des politischen Geschehens ist etwas, das die Kritik zu entwaffnen hat. Das wäre zu weit ge-

Digitized by Google

gangen. Aber die Politik der nationalen Volkssolidarität, das Phänomen der Kriegsinteressiertheit des Proletariats ist eine solche „Tatsächlichkeit", die man wohl konstatieren und erklären, nicht aber bemäkeln kann, denn wie ist es möglich, von einer Überrumpelung zu sprechen, wenn sich das Proletariat nicht nur in den Augusttagen allüberall zu seinem Volk stellte, sondern auch fünf schwere Kriegsjahre hindurch weiter zu ihm steht, ja sich auch heute noch nach Revolution und Niederlage in großer Mehrheit zu ihm bekennt? Ja, wer die Geschichte vernünftig anblickt, den schaut sie wieder vernünftig an und zeigt ihm keine Trugbilder von „Überrumpelung".

Der Marxismus Adlers ist unhistorisch und deshalb pseudomarxistisch. Die realen Tatsachen sind ihm unangenehm, daher auch die Abneigung des philosophischen Theoretikers gegen die Gewerkschaftspraktiker, die der Ökonomie jedenfalls ebenso nahestehen, wie er der Philosophie. Überhaupt die Ökonomie, das ist bei Adler ein schlüpfriges Gebiet! Nebenbei bemerkt, prophezeit er in seinem Schriftchen vom Weltkrieg, daß dieser ökonomisch alles beim Alten lassen werde — mit dieser Prophezeiung dürfte er wohl nicht nur innerhalb des Marxismus und Sozialismus in philosophischer Vereinsamung dastehen. Um die realen Tatsachen aus der Welt zu eskamotieren, klammert er sich an die — innerhalb des Marxismus wohl allenthalben anerkannte — Tatsache einer Wechselwirkung zwischen Ideologie und Ökonomie, aber in einer Weise, daß er — wenn auch nicht dialektisch, so doch tatsächlich — den Schwerpunkt auf die Ideologie verschiebt und die Ökonomie zu ihrem Appendix degradiert. Auf diese Weise vollzieht er seine Flucht aus der Welt der Realitäten und dokumentiert, daß er bis über die Ohren in Ideologie versunken ist. Daß die nationale Solidarität des Proletariats, seine Kriegsinteressiertheit, daß die Sprengung der internationalen Klassensolidarität ihre guten und zwar vor allem ökonomischen Gründe hat, das ist ja von den Gewerkschaften bis zum Überdruß verkündet worden, aber Adler kann und will dies nicht erkennen, weil ihm solche Tatsachen unsympathisch sind. Ob er sie wohl auch heute noch leugnen kann?

Wir glauben, die Dinge selber reden eine deutlichere Sprache als alle philosophische Dialektik zusammengenommen!

Wir hätten die Auseinandersetzung mit Max Adler nicht soweit geführt, wenn sie nicht gerade geeignet wäre, die Fortbildung des Marxismus am deutlichsten zu illustrieren. Der Adlersche Marxismus, auf eine Formel gebracht, läßt sich kennzeichnen als das unabänderliche Verharren bei einer Ideologie, nämlich der Ideologie des kommunistischen Manifestes, trotz veränderter ökonomischer Grundlagen. Die Ideologie gerät damit in Rückstand und Verzug, sie wird antiquiert. Der Rennersche Marxismus, der, wie wir andeuteten, nichts anderes ist als die theoretische Widerspiegelung der politischen Praxis

Digitized by Google

der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, ist nach der formalen Seite Anpassung und Fortschreiten der Ideologie mit den veränderten und wechselnden ökonomischen Grundlagen. Inhaltlich aber bringt er die Überwindung der Ideologie des Kommunistischen Manifestes, das nur ein gleiches Lebensinteresse des Proletariats aller Länder kapitalistischer Kultur und als gefühlsmäßigen Ausdruck dieser nur internationalistischen Ideenwelt die internationale Klassensolidarität kennt. Renner setzt neben diese internationale Klassensolidarität die nationale Volkssolidarität, neben die Klasse das Volk — nicht als ethisches oder politisches Postulat, sondern einfach als Ausdruck der Tatsache, daß das Proletariat aller Länder fast ausnahmslos und ganz spontan die Partei seines Volkes ergriff und damit die internationale Solidarität des Proletariats von der jäh hervorbrechenden Solidarität der zum Krieg geeinten Nation gesprengt wurde. Nicht mehr gibt es, wie bisher, nur zwei eigentliche Nationen, die Nation der Besitzenden und der Besitzlosen, der Herrschenden und der Beherrschten, nein, die Solidarität des Volkes innerhalb der geschichtlichen Nation wird als schon in der Gegenwart liegend nunmehr endgültig anerkannt, nachdem die politische Praxis diese Anschauung schon im voraus sanktioniert hatte — überdies wieder ein Zeichen dafür, daß die Ideen meist hinter den Tatsachen hinterdreinhinken. Worauf man nun den Hauptnachdruck legt, auf die internationale Klassensolidarität oder die nationale Volkssolidarität, das ist Sache des Temperaments und des Intellektes und ist nicht das Entscheidende. Die wechselnden Umstände werden hier den Ausschlag geben. Ist aber die Volkssolidarität vom Marxismus erst überhaupt einmal anerkannt, so ist es klar, daß er selber mehr oder weniger in nationale Bahnen einmünden muß und weiterhin wird einmünden müssen. In dieser Tatsache scheint mir das wichtigste Kriterium für die Fortbildung des modernen Marxismus zu liegen, die, wie gesagt, eine Überwindung der Ideologie des kommunistischen Manifestes und auch, so müssen wir hinzufügen, des in gleichen Bahnen sich bewegenden Erfurter Programms darstellt.

Diese Weiterbildung des Marxismus wird und muß durch die neuen ökonomischen und politischen Tatsachen, die der Weltkrieg geschaffen hat, beschleunigt werden. Der Frieden von Versailles und St. Germain hinterläßt nicht nur politisch abhängige, sondern auch wirtschaftlich ausgebeutete und geknechtete Völker. Mit dieser neuen Tatsache, daß es nämlich nicht nur ausgebeutete Klassen, sondern auch ausgebeutete Völker gibt, wird die marxistische Theorie in Zukunft zu rechnen haben, und die ersten Ansätze sind hierzu bereits vorhanden. Das deutsche Volk Mitteleuropas verkörpert das Völkerproletariat, in welchen tieferen Kreis es aus der Höhe europäischer Völkeroligarchie durch den Weltkrieg hinabgeschleudert worden ist. In den äußeren Beziehungen der Völker zueinander, des ausgebeuteten, proletarischen Volkes Mitteleuropas und der

Digitized by Google

kapitalistisch-oligarchischen Völker Westeuropas und Amerikas, den unmittelbaren Nutznießern dieser Ausbeutung, öffnet sich die Kluft sozialer Gegensätze; die nationalen Gegensätze, die bisher mehr ein Gegensatz der nationalen Bourgeoisien und ihrer ideologischen Trabanten untereinander waren, werden zu wahrhaftigen Gegensätzen der ganzen Völker zueinander, Gegensätze, die nirgends schärfer zum Ausdruck kommen als in der verschiedenen Höhe der Lebenshaltung der proletarischen und kapitalistischen Völker. Diese Gegensätze sind gleichzeitig sozialer und nationaler Art, beide verschmelzen miteinander und verstärken damit einander, nicht aber ist es so, wie man auf einer früheren Stufe marxistischer Erkenntnis vermeinte, daß die nationalen Gegensätze durch soziale Gegensätze ausgelöscht würden. Die internationale Klassensolidarität der Proletariate Europas und Amerikas ist damit zum größten Teil gesprengt, indem nämlich auch die Proletariate der siegreichen Ententeländer zu ökonomischen Nutznießern an der Ausbeutung der besiegten und proletarisierten Völker Mitteleuropas werden. Die Rückwirkung dieser neuen Tatsachen nach innen aber zeigt sich darin, daß innerhalb der ausgebeuteten Proletariervölker Mitteleuropas die sozialen Gegensätze selber sich mildern und ausgleichen müssen, weil die ungeheure Armut, die Staatsverschuldung und der wirtschaftliche Druck von außen einen weitgehenden Wohlstandsausgleich, eine proletarische Einebnung des ganzen Volkes und damit in gewissem Sinne eine soziale Homogenität schaffen müssen — erzwingen müssen kraft der Logik der Dinge selber. Sowohl nach innen wie nach außen sind damit auf seiten der proletarisierten Völker nunmehr recht eigentlich auch die ökonomischen Voraussetzungen für die nationale Solidarität innerhalb der geschichtlichen Nation schon für die Gegenwart — nicht erst für die Zukunft, wie Adler meint — gegeben. Der nationale Gedanke selber rückt damit aus dem Stadium der Ideologie in das der Ökonomie und gewinnt damit einen festen Grund.

Der Marxismus steht also vor der Aufgabe, in Zusammenhang mit den Tatsachen eine Theorie der Völkerausbeutung zu schaffen. Diese braucht nicht von weither geholt zu werden, sie ergibt sich zwangsläufig aus den schon jetzt klar zu Tage liegenden sozialen Erscheinungen, wenn auch naturgemäß die Zeit für ein abschließendes Urteil noch nicht reif ist. Nur in den allergröbsten Umrissen können wir eine solche Theorie andeuten, ihre genauere Präzisierung muß anderen Stellen vorbehalten bleiben. Zunächst hat sich der Ententekapitalismus in den Friedensverträgen und im Völkerbund ein völkerrechtliches Institut geschaffen, daß die Ausbeutung unter der moralischen Maske von Erstattungen und Wiedergutmachungen in ein rechtliches System bringt. Der Ententekapitalismus hat sich damit selber auf völkerrechtliche Basis konstituiert und diese völkerrechtlichen Institute sind für ihn das, was für den älteren Privatkapitalismus die Institute des Privateigentums und des freien Arbeitsvertrages

Digitized by Google

waren. Neben dieser völkerrechtlich sanktionierten Völkerausbeutung vollzieht sich eine andere auf privatwirtschaftlicher Grundlage, auf Privatschleichwegen sozusagen. Diese Form, die im sogenannten „Ausverkauf" und in der „Überfremdung" des deutschen Kapitalismus am schärfsten in Erscheinung tritt, läßt sich vielleicht am besten einheitlich als Valutaimperialismus bezeichnen. Vollzog sich nämlich die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mittels der freien Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt, so vollzieht sich die Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes nunmehr auf dem Wege über — die Wechselkurse, die Valuta! Bis vor dem Kriege konnte von einer „Völkerausbeutung" auf diesem Wege nicht die Rede sein, weil damals die Wechselkurse durch die gleiche Kaufkraft der einzelnen Währungen reguliert wurde. Diese gleiche Kaufkraft des Geldes regelte den internationalen Warenaustausch und bedingte, daß Warenmenge gegen Warenmenge ausgetauscht wurde, hinter denen — wenigstens ungefähr! — die gleiche Arbeitsmenge steckte. Dieses Verhältnis ist heute von Grund auf erschüttert, was wir dadurch zu spüren bekommen, daß die Mark wohl im Innern noch eine verhältnismäßig hohe Kaufkraft, etwa ¼ der alten Mark, besitzt, daß sie aber im Verkehr mit dem Ausland nur noch 1/10 ihres früheren Wertes gilt. Die Valuta wird jedenfalls nicht mehr durch die gleiche Kaufkraft des Geldes reguliert, sondern durch andere Momente, und es besteht ein Mißverhältnis zwischen Kaufkraft des Geldes nach innen und Kaufkraft nach außen, die zum Hebel der Völkerausbeutung, zum Hebel unserer Ausbeutung vor allem durch die Entente wird und voraussichtlich ein solcher bleiben wird, weil sich dieses Mißverhältnis durch keine Währungsreform und durch keine Valutamaßnahmen ganz beseitigen lassen wird, einfach deshalb, weil die Ursachen tiefer liegen und ihre Beseitigung uns zum größten Teil unzugänglich ist. Was bedeutet also dieser Valutaimperialismus, und was das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft unseres Geldes nach innen und Kaufkraft nach außen? Marxistisch gesprochen nichts anderes als die Aneignung unbezahlter Arbeit eines Volkes durch ein anderes — also Mehrwerterpressung. In der praktischen Wirtschaftspolitik zeigt sich dies dadurch, daß wir einerseits die eingeführten Waren zu hoch bezahlen müssen, während unsere Ausfuhr zu Spottpreisen ins Ausland geht. Nebenbei bemerkt, war jüngst das Verhältnis zwischen Wert der Ausfuhr und Wert der Einfuhr 1 : 6, ein Verhältnis, das jedenfalls kleiner ist als das entsprechende Verhältnis der unterliegenden ausgetauschten Arbeitsquantitäten. Das Tragische des „Ausverkaufs" ist also dies, daß wir Waren hingeben und dafür Gegenwerte erhalten, für die wir unsererseits vom Ausland nur Arbeitsmengen eintauschen

Digitized by Google

können, die um vieles kleiner sind als die anläßlich des Ausverkaufs hinausgegebenen. Und genau so verhält es sich mit der erwähnten Erscheinung der „Überfremdung" des deutschen Kapitals. Auch hier Hingabe von Produktionsmitteln unter ihrem wirklichen Wert. Nebenbei bemerkt, illustriert diese Überfremdung am trefflichsten unsere Proletarisierung auch nach der formalen Seite, indem sie es uns nämlich zum Bewußtsein bringt, daß die Besitzer unserer Produktionsmittel andere Völker, wir aber ihre auf Lohn gesetzten Arbeiter sind. Am weitesten ist dieser Prozeß in Deutschösterreich vorgeschritten, und die Wiener Blätter wissen ein Lied davon zu singen. Bis zu welchem Punkte die Überfremdungstendenzen auch bei uns durchdringen werden, läßt sich kaum sagen; das Schlimme ist, wir merken es gar nicht, weil sich diese Erscheinung (Verkauf von Grundbesitz, von Fabrikanlagen, von Aktien, Obligationen und Effekten) privatwirtschaftlich vollzieht und damit einer statistischen Erfassung entgeht.

Der Tatsache gegenüber, daß sich der Kapitalismus auf der Ententeseite völkermäßig, daß sich das deutsche Volk als Objekt einer ententistisch-kapitalistischen Ausbeutung gleichfalls völkermäßig, aber proletarisch, organisiert, wird der Marxismus Rechnung tragen müssen, indem er seine Ausbeutungs- und Mehrwerttheorie von der nur klassenmäßigen zu einer überdies volklich-nationalen Einstellung ausweitet, wie wir es in kurzen Strichen anzudeuten versuchten.

Wirtschaftsleben, Gesetz und Moral

Von Juder

In dieser Zeitschrift ist des öfteren der Gedanke von verschiedenen Seiten aus beleuchtet worden, daß nur moralischer Wille von innen heraus die Gesundung unseres Volkes und unserer öffentlichen Zustände herbeiführen könne. Es möge daher einem Juristen vergönnt sein, die Frage zu erörtern, ob unsere Gesetzgebung hier auf dem rechten Wege ist und insbesondere, ob nicht gerade auf dem wichtigsten Gebiet des Wirtschaftsleben grundlegende Fehler gemacht werden.

Einer der ersten Grundsätze der Rechtswissenschaft besagt, daß eine scharfe Grenze zwischen Recht und Moral besteht, und daß etwas, was rechtens ist, durchaus nicht immer von einem feineren moralischen Empfinden gebilligt zu werden braucht, während andererseits die Moral breiter Schichten dem Menschen gewisse Dinge gebieterisch vorschreiben kann, ohne daß es doch möglich wäre, sie gesetzlich zu erzwingen. Recht kann also wohl unter Umständen unmoralischen Zwang bedeuten, bloße Moral dagegen ist stets rechtlich unerzwingbar.

Sehen wir uns nun einmal das ganze, auf unser Wirtschaftsleben bezügliche

Digitized by Google

Verordnungswesen daraufhin an, so erkennen wir sofort, daß es fast ohne Ausnahme moralische Dinge sind, deren Erzwingung auf gesetzlichem Wege dort versucht wird. Hierin liegt offenbar die Quelle des ungeheuren Mißerfolges dieser Gesetzgebung, der leider noch immer nicht zum Abbau geführt hat, im Gegenteil sogar neue geschärfte Versuche nach sich zieht. Und was ist die Folge? Nicht nur wird die Moral nicht erzwungen, sondern der Gesetzgeber, der die Grenzen von Recht und Moral verwischt, erreicht damit, daß auch das Rechtsgefühl leidet und in der allgemeinen Demoralisation mit untergeht.

Allerdings ist die Grenze nicht immer leicht zu finden. Folgende Erwägung scheint mir dazu dienlich:

Zu Recht kann nur werden, was dem Rechtsgefühl der breiten Masse entspricht. Ich denke hierbei natürlich nur an allgemeines Recht, insbesondere an das hier allein in Rede stehende, mit Strafandrohung verbundene Rechtsgebot, nicht an Sonderrechte gewisser Stände, wie z. B. das Handelsrecht. Gerade aus der Tatsache aber, daß es einem einzelnen Stand möglich ist, sein Sonderrecht — meist durch Bildung von Gewohnheitsrecht —, sich zu erzwingen, ergibt sich, daß es um so weniger möglich sein kann, einem Stand durch Mehrheitsbeschluß gegen sein eigenes Rechtsgefühl Rechtsnormen aufzuzwingen, sollten sie auch hundertmal moralisch geboten sein.

Allgemeines Recht kann also nur werden, was dem Rechtsgefühl der Mehrheit aller Stände entspricht, Sonderrechte dagegen sind wohl für, niemals aber gegen einen Stand auf die Dauer erzwingbar, auch f ü r einen Stand nur insoweit, als das Sonderrecht dieses Standes ihn allein angeht und nicht die Interessen anderer Stände verletzt oder schädigt.

Betrachten wir nun unter diesem Gesichtspunkt die das Wirtschaftsleben betreffenden Verordnungen und Gesetze, so sehen wir, daß alle diejenigen unter ihnen, welchen der Gehorsam, trotz sehr hoher Strafandrohungen versagt wird, entweder gegen einen einzelnen Stand gerichtet sind oder nicht, dem Rechtsgefühl der Mehrheit aller Stände entsprechen. Es leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß sich z. B. von einem so bedeutenden Volksteil, wie es der Bauernstand ist, nichts erzwingen läßt, was gegen sein Rechtsgefühl verstößt. Daß dies aber bei den meisten, gegen den genannten Stand gerichteten Verordnungen der Fall ist, muß jeder feststellen, der mit der Durchsetzung dieser Verordnungen befaßt ist. Ebenso wird man wohl lange suchen müssen, bis man einen Menschen findet, dessen Rechtsgefühl es verletzt, wenn ein Vater für seine leidende Familie Lebensmittel herbeischafft, wo er sie findet, anstatt gläubig auf Staatslieferungen zu harren, die entweder ausbleiben oder doch ungenügend sind.

Durch die Verschärfung der Strafen wird nur eines erreicht: Der Kreis der

Digitized by Google

Personen, welche die Gesetze übertreten, verringert sich um die Ängstlichen und die moralisch Stärksten. Es bleiben allmählich nur die ganz Unbedenklichen. Diese vergrößern ihr Tätigkeitsgebiet entsprechend, so daß nach Außen kein anderer Erfolg eintritt als eine Schädigung der wenigen Anständigen und, was noch schlimmer ist, eine ungeheure Schädigung der Achtung vor dem Gesetz und des Ansehens der Gerichte und sonstigen mit der Durchführung der Gesetze betrauten Behörden. Ja, diese Behörden selbst geraten in Gewissenskonflikte peinlichster Art und ich glaube nach meinen bescheidenen Erfahrungen sagen zu dürfen, daß das jetzt herrschende System des schematischen Darauflosverfügens und Darauflosverfolgens lediglich den vielen streberischen Hohlköpfen, die sich in allen Behörden finden, zusagt oder wenigstens kein Unbehagen verursacht, während es selbständige Köpfe geradezu in Verzweiflung bringt, in diesem Wust von Recht und Unrecht, Moral und Unmoral herum zu irren. Als Vorsitzender eines Schöffengerichts habe ich mir nur dadurch helfen können, daß ich meine Entscheidung darauf abstellte, ob der Angeklagte, der des Vergehens gegen die betreffenden Verordnungen beschuldigt war, im Gefühl seines Rechts gehandelt hatte oder nicht, und je nachdem wegen mangelnden Bewußtseins der Rechtswidrigkeit zur Freisprechung gelangte oder verurteilte.

Ergebnis: Es ist nicht nur unklug, sondern auch ungerecht und moralzerstörend, wenn ein Vater seinen Kindern, ein Staat seinen Bürgern, Gebote auferlegt, noch dazu unter Strafandrohung, von denen er wissen muß, daß ihre Befolgung unmöglich und unerzwingbar ist.

Mein Vorschlag geht also dahin: Schleunigster Abbau aller das Wirtschaftsleben betreffenden Gesetze und Verordnungen, welche nicht dem allgemeinen Rechtsgefühl (der Mehrheit aller Stände) entsprechen, und schärfste Verfolgung derjenigen Vergehen, welche dem ganzen Volk (im obigen Sinne) verhaßt sind, als da sind: Wucher, Kettenhandel, Verschieben ins Ausland usw.

Führt man diese reinliche Scheidung durch, so stärkt man Moral und Rechtsgefühl und wird erreichen, daß alle Stände, nachdem sie von der demoralisierenden, infolge der gegen sie gerichteten Sondergesetze entstandenen Erbitterung befreit sind, an der schnellen und gründlichen Bekämpfung der Verbrecher aus allen Ständen mitwirken, welche nicht ihr Recht suchen, sondern bewußt das Rechtsgefühl der Volksgesamtheit aus schnöder unmoralischer Gewinnsucht verletzen. Mit anderen Worten: Beschränken wir die Gesetzgebung streng auf das Gebiet des Rechts, so werden wir dieses Recht durchsetzen und auch der Moral die Möglichkeit geben, sich wieder aufzurichten, wenn sie nicht mehr von falschen gesetzgeberischen Versuchen, sie in Recht umzuwandeln, erdrückt wird.

Digitized by Google

Warum uns Amerika nicht hilft

Auch heute noch spukt in den Köpfen auch vieler sonst recht klugen Leute der Gedanke und die Hoffnung, Amerika werde uns durch eine Anleihe von einigen Milliarden (Dollars natürlich) aus unserer entsetzlichen Notlage retten, und man ist eigentlich recht ungehalten, daß die Herren in Washington so gar keinen Anlauf dazu nehmen, uns zu helfen. Man meint, es fehle am guten Willen und an Verständnis für das europäische Elend und die Gefahren, die daraus auch für Amerika erwachsen. Daß man in Amerika nicht in allen Kreisen glänzend über unsere Sorgen unterrichtet ist, daß drüben sehr weite Kreise ähnlich wie auch bei uns volkswirtschaftlich noch nicht denken können, sei zugegeben. Aber auch bei denen, die Verständnis für unsere Lage besitzen, wie etwa Hoover, Paul Warburg und Vanderlip, wird der Gedanke an eine große europäische Anleihe nicht vertreten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Fürs erste glaubt man, daß eine derartige Anleihe nur die Schuldenwirtschaft, die Inflation in Europa verstärken und den Gesundungsprozeß verlangsamen würde. Denn Kredit haben wir ja genügend. Unser Kredit ist sogar in weitgehendem Maße künstlich aufgebläht, und das ist der Hauptgrund, auf den hier hinzuweisen ist. Amerika kann aus innerpolitischen und innerfinanziellen Gründen gar nicht die gewünschte Hilfe an uns gewähren. Man stellt sich die Lage drüben falsch vor. Man meint, die Leute schwämmen in Geld, sie seien in Verlegenheit, wohin mit ihrem Überschuß aus dem internationalen Geschäft. Das ist aber nicht der Fall. Gewiß, in Geld schwimmen die Amerikaner insofern, als auch drüben durch eine munter arbeitende Notenpresse eine nicht unbedenkliche Inflation eingetreten ist, als man auch drüben die künstliche Kaufkraft erhöht und die Bevölkerung zu einer recht weitgehenden Verschwendung erzogen hat. Aber ein Kapitalüberschuß aus den letzten Jahren des für Amerika so glänzenden internationalen Handels ist im Lande selbst nicht recht zu spüren und die Gründe sind folgende: Zwar hatte man eine hervorragend aktive Handelsbilanz mit Europa, denn man hat immer in gewaltigem Maße Waren dorthin ausgeführt und verhältnismäßig wenig importiert. Aber das Aktivsaldo daraus ist nicht dem Lande zugeflossen, sondern ist in Europa geblieben, denn man hat ja die Ausfuhrwaren nicht bezahlt bekommen. Man weiß ja, daß allein die staatlichen Kredite an die Entente 10 Milliarden Dollars betragen und daß darüber hinaus noch gewaltige Summen für den Rückkauf von Wertpapieren und vor allem auch für Privatkredite in Anspruch genommen wurden.

Digitized by Google

Nun arbeiten ja die Vereinigten Staaten nicht nur nach Europa, sondern sie stehen in einem engen und immer bedeutender werdenden Verkehr mit Südamerika und Asien, China und Indien. Der Verkehr nach diesen Ländern, also nach dem Süden und dem fernen Osten, schließt aber keineswegs mit einem günstigen Saldo für die Amerikaner ab. Im Gegenteil, sie importieren von dorther viel mehr, als sie ausführen, und es entsteht dadurch ein sehr erheblicher Passivsaldo in der Handelsbilanz mit diesen Ländern und dieser Saldo würde an und für sich zu einem bedenklichen Sinken der Wechselkurse führen, wenn man nicht in ganz bedeutendem Umfange Edelmetall ausführen würde, in einem Umfange, von dem man sich bei uns wohl keinen Begriff macht. Es sind nämlich im Jahre 1919 rund 360 Millionen Dollars in Gold und etwa 250 Millionen Dollars in Silber aus Amerika abgeflossen. Das ist selbst für ein mit Edelmetallen so angereichertes Land immerhin etwas beunruhigend, besonders da die Einfuhr von Edelmetallen sich in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten hat und hält und die Eigenproduktion der Vereinigten Staaten an Gold, die sich früher auf ungefähr 100 Millionen belief, fast auf die Hälfte zurückgegangen ist, da die erhöhten Produktionskosten nur mehr die Ausbeutung von sehr hochwertigen Erzen gestatten.

Das sind Dinge, die in Europa etwas mehr beachtet werden sollten. Es kommt aber noch ein psychologisches Moment hinzu: Der Amerikaner ist nie gewohnt gewesen, ausländische Papiere zu kaufen. Kein Wunder, denn das Land ist ja bis 1914 in außerordentlich hohem Grade ein Schuldnerland gewesen, es hat sich selbst die nötigen Kapitalien aus dem Ausland borgen müssen. An der großen mächtigen Newyorker Börse war eigentlich mit Ausnahme von einigen wenigen Werten aus den Nachbarländern auch nicht ein einziger fremder Wert notiert. Der Amerikaner ist also nicht gewohnt, ein ausländisches Papier zu kaufen, im Gegensatz zum Franzosen und Engländer, der mit besonderer Vorliebe derartige Papiere erwirbt. Man hat das schon im Kriege gemerkt, als die Munitionslieferungen nach England und Frankreich durch Anleihen finanziert werden sollten und man diesen Ländern staatliche Anleihen gewährt hat. Alle diese Anleihen sind damals, als Europa auch noch nicht annähernd so gesunken war wie heute, vom Publikum nicht genommen worden. Wie stellt man es sich nun in Deutschland vor, daß man heute den Amerikaner dazu bringen soll, ein Papier zu kaufen von Staaten, die völlig im Sumpfe stecken. Das wäre nur denkbar mit Hilfe einer geradezu gigantischen Agitation, im Vergleich zu der etwa die großen Kriegsanleihefeldzüge bescheiden zu nennen wären. Dazu aber ist in Amerika heute keine Zeit vorhanden, denn dort denkt man zur Zeit an die Präsidentschaftswahlkampagne, die einem näher liegt als das ach so ferne Europa.

Digitized by Google

Mit diesen Ausführungen soll nicht etwa gesagt werden, Amerika werde auch nicht einen Cent gewähren. Das ist hoffentlich nicht der Fall. Wir hoffen auf das bestimmteste, daß die Vereinigten Staaten uns helfen werden. Denn sie sind auf Europa unleugbar angewiesen. Wenn heute Europa völlig vernichtet würde, so würden ja die Vereinigten Staaten ihre unentbehrlichen Käufer für ihre Baumwolle, für ihr Kupfer und für vieles andere verlieren. Es würden ganze Landstriche und Einzelstaaten dem Verderben anheimfallen. Das weiß man drüben. Und deshalb wird gerade von den klugen und weitsichtigen Leuten, wie die oben schon Genannten, darauf gedrängt, daß persönliche Kredite in weitgehendem Maße von Land zu Land gewährt werden. Darüber hinaus ist es aber ganz unleugbar, daß amerikanische Finanz- und Wirtschaftskreise in großzügiger Weise sich in Deutschland allerhand Werte sichern. Die Börsen mit internationalen Beziehungen können davon ein Lied singen. Es kommen manchmal Orders, die in deutschen Mark ausgedrückt auf geradezu riesenhafte Beträge lauten. Nebenbei bemerkt auch einer der Gründe, warum bei uns die Kurse so schnell in die Höhe gehen. Für den Amerikaner machen ja derartige Aufträge nicht viel aus. Wenn man selbst für 100 Millionen Aktien kaufen läßt, so kostet das den Auftraggeber nur wenig. Mit 100 Millionen Mark kann man ja auch heute noch in Deutschland immerhin einiges anfangen. Die Amerikaner werden auf diese Weise in Deutschland persönlich interessiert und werden nicht zulassen, daß es uns zu schlecht geht. Tatsächlich ist eine ganze Reihe von Anzeichen dafür vorhanden, daß man in immer stärkerem Maße gerade auch von Newyork und Washington aus auf die Entente drücken wird, den Deutschen entgegenzukommen. Am deutlichsten ist das in dem für London und Paris bestimmten Schreiben des zurücktretenden amerikanischen Schatzsekretärs Claß zum Ausdruck gekommen, in dem er sagt: Weiterem Kreditbegehren unserer europäischen Freunde werden wir den größten Widerstand entgegensetzen. Europa muß sich jetzt selbst helfen, und es kann sich nur helfen, wenn es zunächst einmal anfängt, Deutschland wieder in einen arbeitsfähigen Zustand zu bringen. Man muß die verrückten Forderungen an Deutschland scharf einschränken, dann wird auch dort wieder gearbeitet werden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Entente diese Warnung überhört. Man hat sich zwar bisher in Paris die Ohren verstopft, wenn ähnliche Mahnungen von kenntnisreichen Männern kamen. Diesmal aber ist es etwas anderes, denn diesmal steht der große Freund in Washington dahinter, der ja seinen Mahnungen auch eventuell einen wirtschaftlich fühlbaren Nachdruck verleihen kann.

Severus Linter.

Digitized by Google

Notizen

Die Krisis im ottomanischen Reich. Die Aufgabe der Alliierten dort ist wahrlich nicht leicht. Aus der Türkei kommen andauernd recht beunruhigende Nachrichten. Nach den neuesten Informationen breitet sich die aufständische Bewegung aus den 5 östlichen Vilajets von Anatolien gegen Norden nach den Vilajets von Trapezunt und Kastanumi, und gegen Westen nach denen von Angora und Konia aus. Eine andere Schwierigkeit der türkischen Lage ergibt sich aus der fieberhaften nationalistischen Propaganda in den mohammedanischen Ländern Asiens. Diese Propaganda begnügt sich nicht damit, die Verteidigung der türkischen Grenzen oder etwa ihre Erweiterung als notwendig hinzustellen, sondern zielt auf die Organisierung einer großen mohammedanischen Bewegung in ganz Zentralasien, Mesopotamien und Indien ab. Es sind auch enge Beziehungen zu den Führern der ägyptischen Bewegung hergestellt worden. Ein weiteres ernstes Problem bietet die türkische Offensive in Transkaukasien, die sich ihrerseits an die nationalistische Bewegung anschließt. In der Tat scheint der Beschluß zur Besetzung der Gebiete von Kars, Ardahan und Batum durch türkische Streitkräfte auf dem nationalistischen Kongreß von Erzerum gefaßt worden zu sein. Man dürfte sich erinnern, daß die Bolschewisten im Art. 4 des Vertrags von Brest-Litowsk versprochen hatten, jene Gebiete von den russischen Truppen räumen zu lassen. Darauf zogen die Türken dort ein; aber am 30. Oktober 1918 schlossen die türkischen Behörden mit dem englischen Admiral Calthorpe jenen Waffenstillstand, dessen Artikel II besagt: „Die türkischen Truppen haben bereits Befehl erhalten, einen Teil Transkaukasiens zu räumen; der übrige Teil des Landes wird geräumt werden, sobald die Alliierten nach Prüfung der Lage des Landes es verlangen". Nach Abzug der Türken kam Transkaukasien unter englische Kontrolle. Aber, wie es scheint, sind die Engländer, nachdem sie die Armenier bewaffnet hatten, inzwischen auch abgezogen, und die Feindseligkeiten zwischen Türken und Armeniern haben auf einer über 200 Kilometer langen Front, zwischen Olty und Bajasid, eingesetzt. Man behauptet, die Türken gingen im Einverständnis mit den Georgiern, den Mohammedanern von Batum und den auf dem Westufer des Kaspischen Sees ansässigen Tataren vor. Alle diese Völkerschaften verfolgen den gemeinsamen Zweck, das Gebiet von Baku mit dem östlichen Anatolien zu vereinigen und die Armenier aus ihren Stellungen zu vertreiben. Die armenischen Truppen, die gegenwärtig in diesen Kampf verwickelt sind, hängen, scheint es, nicht von der armenischen Regierung in Eriwan ab; ihre Gegner sind irreguläre türkische Truppen und Kurden, beide reichlich mit Kanonen und Maschinengewehren versehen, so daß bezweifelt wird, ob die Armenier noch lange werden Widerstand leisten können.

Die Zuerkennung der Mandate, die Aufteilung Kleinasiens, die Schaffung eines Groß-Armenien, alle diese Pläne laufen Gefahr, platonische Schöpfungen zu bleiben, weil die Alliierten erst die Macht aufbringen müßten, sie in die Domäne der Wirklichkeit überzuleiten. Dazu wäre eine regelrechte militärische Expedition nötig, doch wird keine der europäischen Nationen nach vier Kriegsjahren und einem sogenannten Friedensjahr zu

Digitized by Google

diesem neuen Opfer bereit sein. Welches ist nun dieser Lage gegenüber das festumrissene politische Orient-Programm der Alliierten? Intervention oder Nichtintervention? Wenn es mit Stimmungsmache und Verbreitung tendenziöser Nachrichten ginge, wäre freilich die türkische Frage bald gelöst. Denn an solchen fehlt es nicht. So wurde kürzlich aus Athen gedrahtet, nach Meldungen gut unterrichteter Kreise sehe sich die Regierung in Konstantinopel infolge des Starrsinns von Mustafa Kemal vor die Wahl gestellt, entweder abzudanken oder den Kampf gegen die Nationalisten aufzunehmen.

Die Lage in Anatolien sei vollkommen unsicher, die muselmanische Bevölkerung infolge der Strapazen, die sie während des Krieges zu ertragen gehabt hat, vollkommen erschöpft und keinesfalls in der Lage, die hohen Steuerlasten zu tragen. Die Fahnenflucht der Soldaten wachse von Tag zu Tag. Man merkt, wie der Wunsch hier der Vater des Gedankens ist. Aber auf die Dauer werden diese Mittel nicht verfangen; es wird nicht gehen ohne ein festumrissenes politisches Programm.

Daß die öffentliche Meinung Frankreichs ihrer überwiegenden Mehrheit nach gegen die Entsendung von Truppen nach Anatolien und Kleinasien ist, kann man ohne weiteres annehmen. Auch England hat offenbar wenig Lust, sich einzumischen, da es nach Bewaffnung der Armenier seine Truppen aus Transkaukasien zurückzog. Die Vereinigten Staaten haben sich klar und deutlich gegen jedes militärische Unternehmen auf dem alten Kontinent ausgesprochen. Italien endlich hat seine Interessen im südwestlichen Kleinasien zu wahren und wird sicherlich das Abenteuer einer militärischen Intervention nicht wagen wollen. Die Wahrheit ist, daß die Tatsachen selber die Alliierten zwingen, das ottomanische Problem einer neuen Prüfung auf veränderter Basis und mit anderer Gesinnung zu unterziehen.

Heute kann von einer Zerstückelung Kleinasiens keine Rede mehr sein und die Alliierten werden schließlich das ottomanische Reich bestehen lassen und ihm, wenn sie es auch der Kontrolle der Großmächte unterstellen, die Mittel zur Existenz und Entwicklung gewähren müssen. In England macht sich bereits eine lebhafte Bewegung in diesem Sinne geltend. Es genügt der Hinweis, daß eine an die britische Regierung gerichtete und von einflußreichen Persönlichkeiten unterzeichnete Petition für die Aufrechterhaltung der ottomanischen Souveränität eintritt. Wenn die Alliierten nun auch nicht ihr Desinteressement an den im Ottomanenreich gärenden Agitationen erklären wollen, so werden sie sich doch vor Augen halten müssen, daß sich unter den Führern der türkischen nationalistischen Bewegung Männer von wahrhaft realpolitischem Sinn befinden. Mit diesen Männern, die die Notwendigkeit einsehen, sich mit den Alliierten über die Zukunft der Türkei zu verständigen, wird es nicht schwer sein zu einer Übereinkunft zu gelangen, durch welche die bedeutenden Interessen der europäischen Mächte im Orient wirksam geschützt werden können.

Dalmo Carnevali.

Lord Fishers heldenhafte Pläne. Lord Fisher gibt in seinen vor kurzem in London erschienenen „Memoiren" zu, er habe während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität wiederholt, 1905 und 1908, seine Regierung, König Eduard und das Reichs-Verteidigungs-Komitee dazu gedrängt, — o h n e K r i e g s e r k l ä r u n g — einen über-

Digitized by Google

raschenden Angriff auf Deutschland zu unternehmen, um die deutsche Flotte im Kieler Hafen zu vernichten und gleichzeitig Truppen an der pommerschen Küste zu landen. Nach Lord Fisher haben Kaiser Wilhelm II. und die deutschen Marinebehörden Wind von diesen Plänen bekommen. (Merkwürdigerweise spielte im Frühjahr 1914, während der russisch-englischen Verhandlungen über eine Marine-Konvention, eine Landung in Pommern eine große Rolle; die Sache war den Russen und, wie es scheint, auch einigen englischen Herren derart wichtig, daß es nach den Enthüllungen M. Pokrowskis in der „Pravda" — deutsches Weißbuch 1919, S. 201 — der russische Botschafter in London für gut fand, dem russischen Marine-Agenten, Kapitän Wolkoff, am 2. Juni 1914 brieflich einzuschärfen, daß man über die Landung in Pommern und über die zu diesem Zwecke, noch vor Beginn des Krieges (!), zu erfolgende Entsendung von englischen Transportschiffen nach der Ostsee nur mit großer Vorsicht sprechen dürfe). Lord Fishers Offenherzigkeit hat in England sehr unliebsames Aufsehen erregt. Die hier schon zitierte Monatsschrift „Foreign Affairs" der „Union für demokratische Kontrolle" schreibt in ihrer November-Nummer dazu:

„Dies zynische Geständnis (Lord Fishers) widerlegt ein- für allemal das Geschwätz und die Heuchelei, die während der letzten paar Jahre den Deutschen ein besonderes Brandmal der politischen und internationalen Immoralität aufzudrücken suchten. Wenn die Politik der deutschen Kriegs-Häuptlinge eine Räuber-Politik war, so war die Politik unserer eigenen Kriegs-Häuptlinge das nicht weniger, wie sie es all der anderen Kriegs-Häuptlinge in allen kriegführenden Ländern war. Sie konnte gar nichts anderes sein. Das hat sich auch niemand eingebildet, der weiß, was Krieg bedeutet und was dem ganzen Kriegs-System anhaftet. Du siehst deinen Nachbarn an Zahl, Reichtum und Einfluß wachsen; du kommst zu dem Ergebnis, daß der Krieg mit ihm eines Tages „unausbleiblich" sein muß; und du gehst sogleich daran, ihn unausbleiblich zu machen, indem du Pläne zur Vernichtung deines Nachbarn entwirfst. Sie lassen sich heutigentags in der Regel nicht in der Art und Weise verwirklichen, wie sie Lord Fisher bevorzugte, dessen politischer Vorstellungskreis dem einfachen Geiste eines Dick Turpin (Bezeichnung für einen Straßenräuber; d. Übers.) gleicht. Aber schließlich zeitigen die Pläne den gewünschten Erfolg und ihre Förderer wenden sich einem irregeführten und aufgeregten Publikum zu und rufen aus: „Seht ihr! Haben wir das nicht vorausgesagt?" — Aber welch ein helles Licht wirft doch Lord Fishers Bekenntnis auf die Geschichte der anglo-deutschen Beziehungen seit der ersten Marokko-Krise von 1905, die zeitlich mit dem ersten Vorschlag Lord Fishers zusammenfällt! Deutschland verwahrte sich, in seinem eigenen Interesse natürlich und durchaus nicht aus altruistischen Beweggründen, dagegen, daß ein *internationales* Problem in dem (wie von Räuber-Regierungen aufgefaßten) nationalen Interesse Frankreichs und Englands erledigt werde. Daraufhin kommt der Erste See-Lord der britischen Admiralität, der selbst wieder das bewußte oder unbewußte Werkzeug tiefer wühlender Ränkeschmiede ist (man lese die „Times" der damaligen Zeit), zu dem Schlusse, Deutschland müsse durch einen überraschenden Angriff vernichtet werden, damit es sich nicht ähnlichen Projekten bei einer anderen Gelegenheit entgegenstelle; ebenso wie man von Moltke

Digitized by Google

sagt, er habe sechs Jahre nach dem Kriege von 1870-71 über Frankreich herfallen wollen, da sich dies rascher zu erholen schien, als er für wünschenswert hielt. Die Gestirne scheinen in ihrem Laufe eben jetzt auf der Seite derjenigen zu kämpfen, die sich weigerten, in diesem Kriege einen Kampf zwischen Recht und Gewalt, Freiheit und Tyrannei, Gut und Böse zu erblicken. Wir haben nie bezweifelt, daß die Wahrheit schließlich ans Tageslicht dringe. Doch haben wir kaum erwartet, zu Lebzeiten noch soviel von ihr zu sehen, als die Eitelkeit einiger Männer und die Ehrlichkeit neuer Institutionen schon zutage gefördert haben."

Mit den neuen Institutionen sind vor allem die Enthüllungen der Sowjet-Regierung gemeint, sowie die von M. Boghitschewitsch in „Kriegsursachen" herausgegebenen serbischen Dokumente. Der Verfasser des oben wiedergegebenen Aufsatzes, E. D. Morel, hat seit Kriegsausbruch stets die Überzeugung vertreten, daß der Krieg ein Krieg der geteilten Verantwortung ist (siehe „Truth and the War"; eine autorisierte deutsche Übersetzung der Schuldkapitel wird um Neujahr 1920 erscheinen); auf Grund der russischen und serbischen Enthüllungen kommt Morel in einem vor kurzem von der „Union für demokratische Kontrolle" als Flugschrift veröffentlichten Aufsatz zu dem Ergebnis, daß — ohne Deutschland von seiner beträchtlichen Mitschuld freizusprechen — den Romanoffs und ihrem System „wahrscheinlich der größte Teil Verantwortung für das Zustandebringen des Krieges" beizumessen ist; dieser Aufsatz wird das Schlußkapitel der deutschen Ausgabe von „Truth and the War" bilden. H. L.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Rollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erschienen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von **Karl Kautsky** zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von

Graf Max Montgelas und Prof. Walther Schücking

1. Band: **Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin,** nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen
2. Band: **Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung**
3. Band: **Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich**
4. Band: **Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland,** mit einem Anhang

Die von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn Bartholdy bearbeiteten weiteren Bände der amtlichen Veröffentlichungen, enthaltend die frühere Vorgeschichte, erscheinen etwas später im gleichen Verlage

Gesamtpreis 34 Mark — Vorrätig in jeder gut geleiteten Buchhandlung

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte m. b. H. / Charlottenburg

Als Mittler zwischen Herstellung u. Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt und fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe. Eigenes Atelier mit Haus- und Versuchspresse.

Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart u. Berlin

Vor kurzem erschien:

LASSALLE

EINE POLITISCHE BIOGRAPHIE

VON

HERMANN ONCKEN

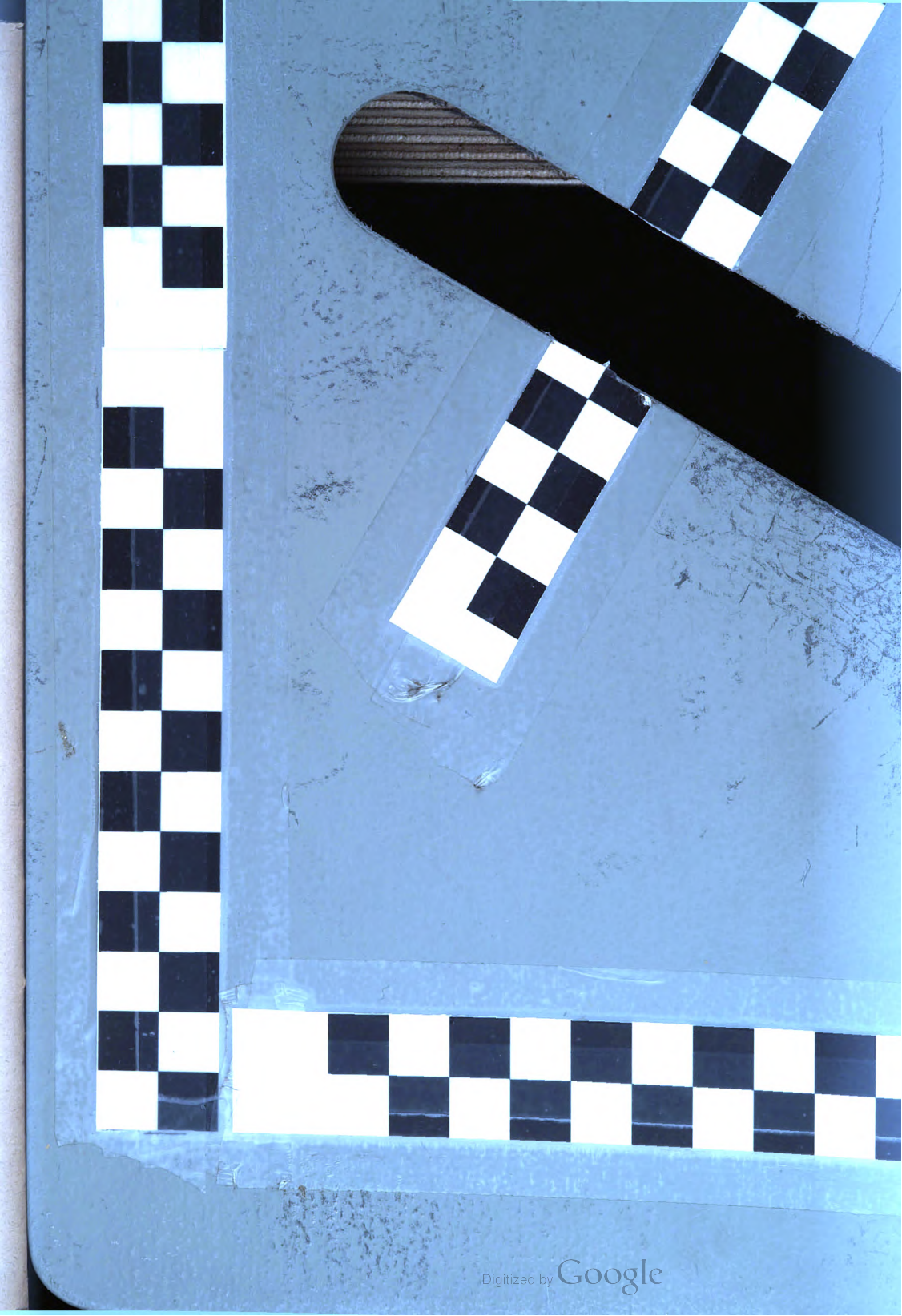
Dritte, vollst. umgearbeitete u. vermehrte Auflage

Gebunden M 24.—

Dieses Meisterwerk der politischen Biographie hat eine gründliche Durcharbeitung und bedeutsame Erweiterung nach Inhalt und Umfang erfahren. Nicht nur das seit Erscheinen der letzten Auflage der Forschung neu zugewachsene Material ist aufs sorgfältigste verwertet, es ist auch vieles unter die neuen Gesichtspunkte gerückt, die sich aus der neuen Entwicklung der letzten Jahre ergeben haben und so vom Verfasser dafür gesorgt, daß das biographische Denkmal einer der glänzendsten widerspruchs- und darum lebensvollsten Persönlichkeiten der neueren deutschen Geschichte unveraltet in lebendiger Frische forterhalten bleibt.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

JA
14
.D486

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 711
Rohrbach, Deutsche Politik von außen gesehen . . . 713
Stolper, Die politische Lage Deutsch-Österreichs . . 718
* * * Die Geheimnisse von Crewe House 722
Müller-Jabusch, Honduras gegen Clemenceau . . . 728

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 24. Dezember 1920 Heft 52

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-M

Digitized by Google

POLITISCHE BUCHEREI

Soeben erschienen:

Albert von Hofmann

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Auf holzfreiem Papier gedruckt, geheftet M. 30.—, in Halbleinen gebunden M. 40, im vornehmen Einband der Politischen Bücherei M. 44. — Für Abonnenten der Politischen Bücherei: Gebunden M. 38,50 ord.

A. von Hofmanns auf 4 Bände angelegtes Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der zunächst erscheinende 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im Vergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten.

Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber

durch eine tiefinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte.

So gibt uns A. von Hofmann ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2629
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

In neuer Auflage erschien:

AUS ASKLEPIOS' WERKSTATT

Plaudereien über Gesundheit und Krankheit

Von

Carl Ludwig Schleich

4. und 5. Tausend · Gebunden Mk. 17.—

„Es ist herzerfreuend und erquickend, hier einen Arzt in Asklepios' Werkstatt sitzen zu sehen und ihn anzuhören, der das volle Licht der weiten Welt in sein Stübchen leuchten läßt. Möchten alle Werkstätten der ärztlichen Kunst und Wissenschaft durchleuchtet sein wie die angeführte! Es gäbe neues Licht in unserer neuen Zeit!" · (Münchener ... Wochenschrift)

Durch alle Buchhandlungen zu ... chen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 24. Dezember 1920 * Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Genf hat man Deutsch-Oesterreich in den Völkerbund aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit machte der Schweizer Bundespräsident Motta einen Vorstoß zugunsten der deutschen Aufnahme, der, wenn auch in diplomatische Worte eingewickelt, eine Kritik des Verhandlungsverfahrens von Versailles war. Die Neutralen sprechen aus, daß ohne die Vereinigten Staaten, ohne Rußland und Deutschland alle Mühen, einen internationalen Boden gemeinsamer Politik zu finden, fragwürdig bleiben. Da muß Frankreich nervös werden, und Viviani, durch diese Feststellungen erbost, schlägt die keimenden Möglichkeiten mit breiter Rhethorik nieder. Und die Versammlung klatscht Beifall. Wir haben diesen Vorgang nur als Symptom zu bewerten. Frankreich fühlt sich heute politisch stark genug, die Linien fest zu ziehen, die für die internationalen Probleme Geltung haben sollen. Dieser Zustand hat heute entscheidendes Gewicht und muß unser Urteil über die Entwicklung des europäischen Ausgleichs bestimmen.

*

Auf der Brüsseler internationalen Finanzkonferenz erregte es seinerzeit großes Erstaunen, daß das deutsche Exposé mit einer aktiven Handelsbilanz aufwarten konnte. Die französische Presse zog daraus den Schluß, daß der Versailler Frieden gar nicht so schwer auf Deutschland lasten könne, wenn es so schnell solche wirtschaftliche Erfolge zu erzielen imstande ist. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß unsere erste Abrechnung falsch gewesen und wir in den ersten sechs Monaten dieses Jahres für 36 Milliarden Mark mehr Waren eingeführt, wie ausgeführt haben. Ein Glück, daß dieser statistische Tausendkünstler nicht in China gelebt hat, dort wäre ihm ohne Zweifel eine rotseidene Schnur übersandt worden. Wir

Digitized by Google

in Europa haben zwar mildere Sitten, aber wer der Schuldige auch sei, eine politische Krankheit muß ihn jedenfalls befallen, von der es keine Heilung geben darf.

*

Der Nürnberger Parteitag der Demokratischen Partei wird charakterisiert durch seine intensive sachliche Auseinandersetzung über die Wirtschafts- und Kulturfragen; was ihm fehlte, war eine eingehendere Behandlung der auswärtigen Probleme. Die Demokratie, nicht als Partei, sondern als politische Lebensform, muß in Deutschland die Erziehung zur Erkenntnis der außenpolitischen Fragen stärker in die Hand nehmen, als das bisher geschehen. Stark und erfreulich war die Bekundung, daß allein die demokratische Republik die nationale Einheit und damit den Willen zum nationalen Aufstieg heute sichern kann. Man macht Politik nicht um einer Staatsform willen, aber man begreift und schützt eine Staatsform als Instrument eines politischen Willens, der die Nation zu binden und zu erziehen beauftragt ist.

*

Die Börse hat kein Herz. Selbst die besten politischen Freunde kennen dort kein Mitleid. In Paris wird die polnische Mark auf der Börse nicht mehr notiert. Das ist kein Wunder, wenn man erfährt, daß laut Mitteilung des neuen polnischen Finanzministers die Einfuhr 95%, die Ausfuhr 5% beträgt. Aehnlich liegt es mit den Finanzen. Der bisherige Finanzminister schätzte die Ausgaben für das Budgetjahr 1921 auf 80 Milliarden polnische Mark, während die Einnahmen von anderer Seite auf 10 Milliarden bewertet wurden. Dabei ist letztere Zahl schon sehr hoch gegriffen, weil die Einnahmen in diesem Jahre nur 3 Milliarden polnische Mark betragen haben. Das hindert aber die Polen nicht, ihre teure imperialistische Auswärtige Politik fortzusetzen und ihren Beamten überaus hohe Gehälter zu zahlen. Allein 18,5 Milliarden kamen in diesem Jahre dem polnischen Staate die Gehälter seiner Beamten zu stehen. Selbst dem französischen Bundesgenossen ist diese Verschwendungssucht polnischer Beamten zuviel geworden, und er hat darauf aufmerksam gemacht, daß die polnische Handelsmission, die mit 26 Autos nach Paris gekommen war, durch ihre großen Ausgaben überall auffällt. Der arme polnische Steuerzahler muß inzwischen annähernd bolschewistische Summen für Kartoffel und Fleisch zahlen.

Digitized by Google

Deutsche Politik von außen gesehen

Von Dr. Paul Rohrbach.

Sehr geehrter Herr Herausgeber!

Sie wissen, daß man bei uns in Finnland dem deutschen Volke sehr freundlich gesinnt ist. Deutschlands schweres Schicksal bewegt uns, und wir denken oft darüber nach, wie die Freunde, die uns zu unserer Freiheit geholfen haben, jetzt sich selber helfen könnten, daß sie unter dem Joch hervorkommen, das auf sie gefallen ist. Aber sie müssen wirklich sich selber helfen; denn sonst gibt es niemanden in der Welt, der es könnte. Kann das deutsche Volk sich helfen? Ich denke, zuerst könnte der Kaiser noch etwas für sein Volk tun, etwas sehr Großes. Er könnte etwas tun, das ihm und seinem Volk wieder Frieden miteinander gibt. Er könnte etwas tun, wofür das Volk, wenn es auch viele Beschwerden gegen ihn hat, ihm ewig danken müßte.

Der Kaiser könnte zu der Entente sagen: „Ich stelle mich freiwillig einem Gericht, das über die Frage entscheiden soll, wer schuld am Kriege ist, wenn ein solches Gericht öffentlich ist und wenn es alle loyalen Mittel der Verteidigung garantiert!“ Sie wissen, wie die Anklage der Entente lautet: Deutschland habe vorsätzlich den Weltkrieg herbeigeführt. Sie wissen, daß Sie gezwungen worden sind, ein Schuldbekenntnis dieser Art selbst zu unterschreiben, und daß sich aus dem Satze, Deutschland sei auf solche Weise schuldig, der ganze Frieden der Rache und der Strafe erhebt. Sie wissen, daß dieser Frieden von selber bricht, wenn seine Grundlage zerbrochen wird. Das kann der Kaiser tun: die Grundlage dieses Friedens zerbrechen! In Ihrer Zeitschrift hat einmal gestanden, es sei von England aus, bevor die Parole vom Hängen des Kaisers für die Wahl ausgegeben wurde, erst in Holland gefragt worden, ob der Kaiser im Ernstfall ausgeliefert werden würde. Sie haben da eine richtige Information gehabt. In England hat man tatsächlich so gehandelt. Hätte die holländische Regierung den Kaiser ausgeliefert, und hätte die Entente dem Kaiser den Prozeß machen müssen, so wäre es schwer möglich gewesen, einen solchen Prozeß hinter verschlossenen Türen zu halten. Der Prozeß hätte gezeigt, mit unwiderleglichem Material gezeigt, wie groß die Schuld war, die die Entente selber am Krieg hatte. Nicht irgendeine allgemeine politische Schuld, sondern Schuld, so wie das Wort es sagt, das sie den Deutschen ins Gesicht geschleudert hat: vorsätzlich! Inzwischen sind noch viel mehr Zeugnisse dafür ans Licht gekommen, daß der Kaiser und daß die deutsche Regierung nicht den Weltkrieg gewollt haben, sondern den Frieden der Welt, die Regierungen der Entente aber den Krieg. Die Männer, die verantwortlich sind für den Krieg unter Ihren Feinden, müssen das wissen. Sie müssen wissen, was sie für den Krieg getan haben und was sie nicht getan haben für die Erhaltung des Friedens. Der Kaiser könnte es jetzt dahin bringen, daß alle diese Dinge öffentlich vor der Welt verhandelt werden. Es ist ihm möglich, zu erreichen, daß die ganze Welt, buchstäblich die ganze Welt, ihre gespannte Aufmerksamkeit auf die Beweise richtet, die die Verteidiger des Kaisers dafür produzieren, wer den Krieg gewollt hat und wer ihn nicht gewollt hat. Dieser Prozeß würde der größte politische und moralische Sieg werden, den Deutschland gewinnen kann. Auch dann wäre es ein moralischer Sieg, wenn die Regierungen der Ententeländer sich fürchten, den Prozeß zu eröffnen. Das kann der Kaiser für das deutsche Volk tun. Das wird ihm Frieden geben, und dem Volke auch!

Digitized by Google

Erlauben Sie einige Worte der Kritik gegenüber den politischen Methoden, die Sie in Deutschland in der wichtigsten Frage befolgen, die es für Sie gibt! Nicht Ihre Zeitschrift soll kritisiert werden, Ihre Zeitschrift handelt richtig. Sie fordert immer das, was Sie die „moralische Offensivmethode" nennen. Aber Sie haben doch eine Regierung! Sie haben doch politische Parteien! Sie haben doch Zeitungen! In Ihrer Regierung, in Ihren Parteien und in Ihrer Presse muß es doch Menschen geben, die sehen können, wie sich Ihre Lage von außen her darstellt. Ist es erlaubt, einen Vergleich zu brauchen? Deutschland ist in der größten Not, am Rande des Abgrundes. Seine Feinde wollen es hineinstoßen. Andere stehen gleichgültig daneben. Der Augenblick des Sturzes kommt immer näher. Ein festes Seil, an dem Sie sich schwingen könnten, liegt neben Ihrer Hand. Sie ergreifen es nicht, sondern machen nur verzweifelte Bewegungen mit Armen und Beinen, rollen die Augen und schütteln den Kopf! Entschuldigen Sie, daß dieser Vergleich nicht sehr schön ist. Das, was Sie tun, sieht aber wirklich so aus. Das Seil, an dem Sie sich retten können, heißt: öffentliche Verhandlung über die Frage, ob Deutschland vorsätzlich den Weltkrieg entflammt hat.

Bitte, öffnen Sie Ihre Augen! Glauben Sie, daß Frankreich ein anderes Ziel hat, als die Bevölkerungsmenge Deutschlands so sehr zu verringern, daß sie nicht mehr größer ist als die Menge des französischen Volkes? Glaubt es irgendein Mensch bei Ihnen anders? Glaubt es Ihre Regierung anders? Gibt es Leute bei Ihnen, die glauben, daß durch Verhandlungen dieser oder jener Art, durch Bitten, durch Vorstellungen oder Vorwürfe diejenigen Menschen, die die französische Politik regieren, dahin gebracht werden könnten, daß sie freiwillig einer Erleichterung für Deutschland zustimmen? Unterschätzen Sie doch nicht Ihre Feinde! Bilden Sie sich nicht ein, daß es Maßregeln oder Konsequenzen von Maßregeln gibt, geeignet, diesem Ziel zu dienen, daß die Volkszahl Deutschlands sich verringere — und Frankreich würde Bedenken tragen, sie anzuwenden oder ihre Anwendung zu erzwingen, wenn es die Macht dazu hat. Sie haben nichts von der Einsicht oder vom Wohlwollen Ihrer Feinde zu erwarten, nichts von Verhandlungen. Ihre Regierung mag alles Mögliche vorschlagen und vorstellen, um das Unerträgliche abzuwenden, und sie wird immer auf den festen feindlichen Willen stoßen, daß, was auch geschehen möge, doch nichts geschehen, nichts zugestanden werden dürfe, was eine reale Erleichterung für Deutschland wäre. Frankreich ist stark. Man weiß nicht, wie lange es stark sein wird, aber jedenfalls ist es jetzt stark, und jedenfalls wird es noch eine Zeitlang stark sein. In England ist die Stimmung Ihnen gegenüber nicht einheitlich, aber England ist von vielen Dingen behindert. Sie machen eine aussichtslose Politik, wenn Sie gegen die Bedingungen des Friedens zu kämpfen versuchen. Dieser Friede wird nicht ewig dauern, aber er wird doch länger dauern, als Ihre Widerstandskraft dauern kann. Er hat viele Punkte, die schwach und angreifbar sind, aber Sie haben keine Waffe, die brauchbar ist, um gegen diese Punkte zu kämpfen. Sie stehen ihnen mit nackten Händen gegenüber. Dieser Friede ist nur an einer einzigen Stelle für Sie anzugreifen. Gerade gegen diese Stelle steht ein Sturmbock von zerstörender Kraft zu Ihrer Verfügung. Die angreifbare Stelle des Friedens ist sein moralisches Fundament, und der Sturmbock heißt: öffentliche Verhandlung der Schuldfrage. Dies ist die einzige Waffe, wo niemand Sie daran hindern kann, sie aufzustellen, sie zu bedienen, sie arbeiten, gegen das Fundament des Friedens donnern, dies Fundament von ihr zerschmettern zu

Niemand hindert

Digitized by Google

Sie daran, niemand kann Sie daran hindern. Warum tun Sie es nicht? Um Gottes willen, warum tun Sie es nicht? Hat man bei Ihnen keine politische Augen im Kopf? Ahnen Sie nicht, welch ein Bild der Blindheit, des Taumelns Sie dem Auslande geben? Können Sie sich nicht denken, wie Ihre Feinde Sie segnen? Oder lieber verspotten! Sie machen die traurig, die Sie lieben, und Sie halten Ihren Nacken unter die Füße derer, die Sie hassen! . . .

Ich breche an dieser Stelle mit der Wiedergabe dieses Briefes ab. Er stammt aus Helsingfors von Ende November. Bei dem Vorschlag den Kaiser betreffend, wird jeder Leser stillschweigend die Schwierigkeit fühlen, die hier vorliegt. Im Prinzip ist es derselbe Gedanke, den ich hier so oft und so nutzlos vertreten habe. Wird es helfen, wenn jemand aus dem Auslande dasselbe sagt? Es ist auch meine Ueberzeugung, daß wir allen Verhandlungen mit der Entente, soweit eine spürbare Milderung unserer Lage dabei herauskommen soll, nur mit absolutem Pessimismus entgegenzusehen haben. Frankreich hat einstweilen die stärkere Stimme, und Frankreich verfolgt absolut und mit unerschütterlicher Entschlossenheit das Ziel, das in Clemenceaus Worten liegt: Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Ob Kühe, ob Steinkohlen, ob Abstimmungsmethode, ob Ausgleichszahlungen, ob irgendein anderes Ding in der Welt: alles wird daraufhin angesehen, ob sich mit seiner Hilfe ein Schritt weiter auf dem Wege machen läßt, zwanzig Millionen Deutsche aus der Welt zu schaffen oder von Deutschland zu trennen. Aus der Welt schaffen ist jedenfalls besser. Dies ist der feste Pol in der französischen Politik. Das sieht man auch im Auslande. Wer imstande ist, Wesenhaftes und Worthaftes, wirkliches Sein und bloßes Scheinen, in der Politik zu unterscheiden, der sollte wissen, daß es gegen einen so festen Willen, uns zu vernichten, nur ein Mittel gibt: den ebenso festen Willen, keinen Augenblick in der Bestürmung der einzigen schwachen Position des Gegners zu erlahmen. Aber leider ist von solcher Politik bei uns wenig zu merken. Für unsere Politiker ist unsere auswärtige Lage mit allen ihren Nöten und Notwendigkeiten gleich einer Fläche, in der die Perspektive aufgehoben ist. Sie sehen nicht, was groß und was klein, was nah und was weit ist. Soviel nur zu dem Brief.

Vor kurzem erhielt ich eine Anzahl Nummern des Manchester Guardian: vier Artikel von G. Lowes Dickenson aus der Zeit von Ende November bis Anfang Dezember mit dem gemeinsamen Titel: Deutschland unter dem Friedensvertrag: (Germany under the Treaty). Der erste heißt: Die Kindertragödie. Der zweite handelt von der Lage der Arbeiterklasse, der dritte vom Niedergang des Mittelstandes, der vierte von der „Moral" und der Möglichkeit der Heilung. Wer noch nicht den Weg sieht, der uns allein übrigbleibt, der lese diese vier Artikel. Sie sind wie ein Kommentar, zu dem Brief aus Finnland, und sie

Digitized by Google

lassen sich in die eine Frage zusammenfassen: Seid Ihr denn wirklich blind in Deutschland? Der Verfasser beginnt:

Bald nach dem Waffenstillstand erschien ein Artikel im „Round table" (einer englischen Monatsschrift mit einem ausgewählten Leserkreis und ausgewählten Beiträgen), der forderte, Deutschland müsse als Strafe für seine Sünden einen langen Zeitraum hindurch Armut, Hunger und Kälte leiden. Nicht so sehr um unsertwillen, sagte der Autor, sondern um seinetwillen. Alle Deutschen, sagt er (nicht allein die deutsche Regierung), waren schuldig, und alle müssen gestraft werden. Es folgte der Vertrag von Versailles, von dem die deutsche Kommission berichtete, daß „diejenigen, die diesen Vertrag unterzeichnen, das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder unterzeichnen würden." Mr. Keynes hat nach einer erschöpfenden Prüfung diese Ansicht bestätigt. Seine Voraussicht wurde sowohl von den Verfassern des Vertrages, als auch von der Welt im allgemeinen mit merkwürdiger Gleichgültigkeit aufgenommen. Während der beiden folgenden Jahre aber hat der Prozeß des Sterbens begonnen. Da ist nicht viel Dramatisches dabei nichts für sensationelle Ueberschriften in den Zeitungen. Das, was beginnt, sind nur die Armut, der Hunger und die Kälte, die von dem Schreiber im „Round table" auf die Häupter der Deutschen herabgerufen wurden. Sollte er Muße haben, jetzt Deutschland zu besuchen und sich Mühe geben, unter die Oberfläche der Dinge zu sehen, so denke ich, er würde zufrieden sein.

Dickinson fährt fort, daß man unglücklicherweise, wenn man ein Volk strafen wolle, mit den Säuglingen und Kindern beginnen müsse, aber wer Vorsehung spielen wolle, müsse wohl auch die Prinzipien der Vorsehung annehmen, und die Sünden der Väter an den Kindern heimsuchen! Dann folgt eine ergreifende Schilderung des deutschen Kinderelends. Im zweiten Artikel sind Preissteigerung, Lohnverhältnisse, Unterernährung und Arbeitslosigkeit innerhalb der Arbeiterschaft geschildert: Am 1. Oktober 1920 400 000 Arbeitslose, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhielten. Im dritten wird eine Reihe von Zahlen gegeben, in denen sich die Proletarisierung des Mittelstandes, das Studentenelend und die absolute Not der Wissenschaft ausdrückt. Er sagt:

Man lasse die gegenwärtige Lage noch einige Jahre länger dauern, man lasse den Bruch im Zusammenhang und der Tradition (der deutschen Wissenschaft) unheilbar werden, und das Land Kochs und Virchows, Mommsens und Rankes wird aufgehört haben, etwas für Wissenschaft und Studium beizutragen. Ich bin gefaßt darauf, daß dieser Schluß manchem Laien und sogar manchem Mann der Wissenschaft in England und Frankreich willkommen sein wird. Derartige Meinungen müssen als Krankheitssymptome bewertet werden, aber sie können nicht ernsthaft von den Landsleuten Darwins und Pasteurs diskutiert werden.

Aus dem vierten Artikel ist das Folgende wichtig:

Ich glaube nicht, daß was ich gesagt habe, von irgendjemandem bestritten werden kann, der die Tatsachen kennt. Ebensowenig ist zu bestreiten, daß die fortdauernde Ursache dieses langsamen Unterganges einer Nation die Ausführung des Vertrages von Versailles ist. Dies ist ein für allemal durch Mr. Keynes unwiderlegtes und unwiderlegbares [illegible] bewiesen worden . . . Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um [illegible] die Gesundheit,

Digitized by Google

der Besitz, die Moral, die Kraft, die einfache physische Existenz des deutschen Volkes zerstört. Soviel ich weiß, hat es in der Geschichte nichts gegeben, was diesem langsamen Ruin eines Volkes vergleichbar wäre. Und das geschieht durch Regierungen, die feierlich in einer öffentlichen Urkunde angekündigt haben, daß sie die Bewahrer des Gewissens der Menschheit sind . . .

Herr Clémenceau, Herr Millerand, Herr Lloyd George und Herr Bonar Law sind keine Schurken; sie spiegeln genau die Leidenschaften und Gedanken der Wähler von Frankreich und England wieder. Diese Leidenschaften und Gedanken sind es, in denen der Fehler steckt. Die Leidenschaften sind Furcht, Gier und Rache. Sie sind aber bei denen, die von ihnen besessen sind, durch einige seichte und unbegründete Vorstellungen verhüllt. Deutschland, denkt der Wähler, hat den Krieg gemacht, und darum ist es zugleich notwendig und zweckdienlich, wenn man zukünftige Kriege vermeiden will, Deutschland niederzuhalten. Furcht maskiert sich also als Klugheit. Deutschland hat die Luftüberfälle und den Unterseebootkrieg gemacht und viele tausend Engländer getötet, Deutschland muß also gestraft werden. Rache maskiert sich als Gerechtigkeit. Endlich hat Deutschland eine Menge Eigentum zerstört. Wir können es jetzt zurückbekommen (glauben wir unwissenderweise) mit Zinsen. Begierde maskiert sich als Wiederherstellung. Diese gewöhnliche Philosophie ist dem britischen Volk Nacht und Tag durch fünf Kriegs- und zwei Friedensjahre eingepaukt worden . . . Darum machen die furchtbarsten Tatsachen keinen Eindruck mehr. Sie werden unmittelbar aufgeschluckt und zum Verschwinden gebracht durch die gewöhnlichen Leidenschaften, die als Gerechtigkeit aufgeputzt sind. Wenn eine Kultur vor unseren Augen zerstört wird, so wie es meiner Ansicht nach geschieht, so sind die Verbrecher letzten Endes nicht die Regierungen, auch nicht die Presse, sondern die einzelnen Männer und Frauen, die die einen unterstützen und von der anderen getäuscht werden. Es gibt kein anderes Heilmittel, als daß diese Leute, einer nach dem anderen, als Individuen sich von den Lügen abwenden und zu den Tatsachen und zur Wahrheit zurückkehren. Das Material ist zugänglich für sie, wenn sie es gebrauchen wollen. Wieviele Engländer z. B. haben jemals die Reden des Präsidenten Wilson und die Erklärung der alliierten Regierungen gelesen, die jene als Bedingungen des Friedens annahm, und haben sie dann mit dem Friedensvertrag verglichen? Wieviele haben Herrn Keynes Buch gelesen und verarbeitet? Wieviele haben die Dokumente über den Ursprung des Krieges gelesen, die von den Bolschewiki und dem deutschen Gouvernement veröffentlicht wurden? Wieviele haben drei Penny monatlich ausgegeben, um die Zeitschrift „Foreign affairs" zu kaufen? Kaum einer unter den Tausenden, die die sensationellen Ueberschriften lesen. Der ganze Verstand und die Seele Englands ist wahrhaftig durch die Presse vergiftet. Aber man soll sich nicht passiv der Vergiftung unterwerfen, und wer es tut, kann vom Tadel nicht freigesprochen werden.

Ich frage: welcher Appell an unsere politische Vernunft und an unsere Einsicht in die Tatsächlichkeit der Dinge ist stärker, welcher stellt die Art, wie bisher in Deutschland gegen den Mordfrieden gekämpft worden ist und noch gekämpft wird, mehr bloß — der Brief aus Finnland, oder diese Worte des englischen Verfassers? Kann jemand denen, die in Deutschland für die Politik verantwortlich sind, die Wahrheit noch

Digitized by Google

kräftiger um den Kopf schlagen, als G. Lowes Dickinson? Müssen wirklich die Freunde Deutschlands und die Freunde der Vernunft und Gerechtigkeit erst von Finnland und von England herkommen, um uns zu sagen, was wir für eine Politik machen sollen? Was steht in den Artikeln des Manchester Guardian mit metergroßen Buchstaben in greller Schrift geschrieben? Dies steht darin geschrieben: *Wenn Ihr Deutschen es nicht fertig bekommt, die einzelnen Engländer, Männer und Frauen, einen nach dem anderen, dahin zu bringen, daß sie sich mit der Frage nach dem Ursprung des Weltkrieges und nach der Schuld am Weltkriege, mit den Friedensbedingungen der 14 Punkte und mit ihrem Bruch durch den Versailler Frieden beschäftigen, so habt Ihr keine Aussicht, euch jemals wieder aus dem Elend zu erheben!* Alles was Ihr sonst tut, ist nutzlos. Beschreibt Papier so viel Ihr wollt, jammert so viel Ihr wollt, laßt eure Kinder von Quäkern und anderen mitleidigen Menschenfreunden vor dem Hungertod retten so viel von dieser Hilfe erreicht werden, dreschi leeres Stroh so viel Ihr wollt, laßt eure Protest- und Notenmühlen ohne politisches Korn so lange klappern wie Ihr Lust habt, Ihr werdet nichts damit erreichen, nichts, nichts, nichts! Das Einzige, womit Ihr etwas erreichen werdet, ist, daß Ihr eure eigene Vernunft zurückruft und auf den guten Rat hört, den euch zuletzt sogar der frühere Feind aus Scham über sein eigenes Volk und aus Erbarmen mit eurer Unfähigkeit, euch selbst zu helfen, gibt!

Die politische Lage Deutsch-Österreichs

Von Dr. Gustav Stolper.

Die Wahlen zum ersten Nationalrat der Bundesrepublik Oesterreich, die am 17. Oktober stattfanden, haben die politische Lage des Landes wesentlich verschoben, aber keineswegs geklärt. Das liegt vor allem daran, daß die Wahlen keine entscheidende Machtverschiebung gebracht haben. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen hat sich umgekehrt, jene haben ein paar Mandate verloren, diese ein paar Mandate gewonnen; die dritte Partei, die Großdeutsche Vereinigung, ist mit unveränderter Mandatzahl zurückgekehrt. Aber auch die Verschiebung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen beschränkt sich fast ausschließlich auf Wien. In den Ländern hat sich das Stimmen- und Mandatverhältnis der beiden großen Parteien zumeist überhaupt nicht verändert. Daher hat im neuen Parlament die führende christlichsoziale Partei ebensowenig die absolute Mehrheit wie in der konstituierenden Nationalversammlung die Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen gab es drei Mög-

Digitized by Google

lichkeiten der Kabinettsbildung: Eine Wiederherstellung der christlichsozial-sozialdemokratischen Koalition, eine christlichsozial-großdeutsche Koalition und eine christlichsoziale Minderheitsregierung.

Die sozialdemokratischen Führer erklärten sofort nach der Wahl — und dieser Standpunkt wurde von dem bald darauf abgehaltenen Parteitag fast ohne Diskussion einstimmig gebilligt —, daß für sie die Wiederherstellung der alten Koalition ausgeschlossen wäre. Zu so schroff ablehnender Haltung hatte die Partei mehrere Gründe. Der deutschösterreichischen Sozialdemokratie ist es bisher, als der einzigen sozialistischen Partei im kriegführenden Europa, gelungen, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten. Wie bedeutungslos die kommunistische Absplitterung ist, haben die Wahlen mit aller Deutlichkeit bewiesen. Die Kommunisten erlangten im ganzen Lande kaum 20 000 Stimmen. Die Erhaltung der Parteieinheit trotz der Teilnahme der Partei an der Regierung und trotz der furchtbaren wirtschaftlichen Not, von der Deutschösterreich seit der Revolution heimgesucht war und ist, erforderte schon ein ungewöhnliches taktisches Geschick; aber mit aller Klugheit und taktischen Geschicklichkeit wäre die Koalition mit einer konservativen bürgerlichen Partei vor die radikalen Massen von dem Augenblick nicht mehr zu rechtfertigen gewesen, in dem die Sozialdemokratie die Führung im Kabinett hätte abgeben müssen. Für das innere Gefüge der Partei bedeutete die Rückkehr in die Opposition eine außerordentliche Entlastung. Sie wurde der Partei aber auch dadurch erleichtert, daß die Christlichsozialen als Koalitionspartner sich schwerer Illoyalität schuldig gemacht hatten. Die Christlichsozialen waren in der Regierung paritätisch vertreten, hatten von Anfang an insbesondere alle wirtschaftlichen Ressorts besetzt und seit dem Sommer auch den Vorsitz im Kabinettsrat inne. Trotzdem gebärdeten sie sich als Oppositionspartei und scheuten sich nicht, in hemmungsloser Demagogie der Sozialdemotratie die alleinige „Schuld" an allen wirtschaftlichen Nöten zuzuschieben und ihnen alle Maßnahmen vorzuwerfen, an denen ihre Parteigenossen in der Regierung und die christlichsoziale Fraktion in der Nationalversammlung selbst mitgewirkt hatten. Die Sozialdemokraten wären an dem Tiefstand der Valuta, an den hohen Preisen, an den schweren Steuern, an der Kärglichkeit der Nahrung „schuld". Vor allem aber war die Führung einer einheitlichen Außenpolitik unmöglich geworden, da darin die beiden Koalitionsparteien fast in allen wesentlichen Fragen eine gegensätzliche Haltung einnahmen.

Für eine christlichsoziale-großdeutsche Koalition waren vor allem die Großdeutschen nicht zu haben. Sie wäre zahlenmäßig im Parlament nicht sehr stark gewesen und hätte die Großdeutschen in den von ihnen abgelehnten Anschein gebracht, an einer „bürgerlichen" Klassenregierung teilzunehmen. Ueberdies trennt die Großdeutschen von den Christlich-

Digitized by Google

sozialen eine zu starke Kluft, solange diese unter dem beherrschenden Einfluß ihres monarchistischen, habsburgfreundlichen Flügels stehen.

Einer christlichsozialen Minderheitsregierung suchte aber die Partei selbst solange wie möglich auszuweichen. So tauchte der Gedanke auf, zunächst ein sogenanntes neutrales Kabinett von Beamten und Fachmännern mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen. An die Spitze des Kabinettes sollte der Polizeipräsident von Wien treten. Herr Schober galt und gilt vor allem als Vertrauensmann der Ententemissionen. Dieses Vertrauen verbindet er mit unleugbaren Sympathien, die er so ziemlich in allen Lagern genießt. Er hat es sich nicht durch ein bestimmtes politisches Verhalten, sondern durch die tatkräftige und loyale Versehung seines verantwortungsvollen Verwaltungsamtes erworben. Dr. Schober hatte sein Amt bereits vor dem Umsturz inne, und die erste Revolutionsregierung Renner war klug genug, daran nichts zu ändern. Diesem Umstand ist es nicht zuletzt zu danken, daß die Revolution in Deutschösterreich unblutig verlaufen ist. Besonders verdienstvoll aber war das Verhalten der Polizei in den Tagen der kommunistischen Gefahr. Sie vermied jede Scharfmacherei und Prestigepolitik und hielt trotzdem unter Wahrung der strengsten Disziplin die Bewegung in engsten Grenzen. Sie folgte dabei vor allem vollkommen loyal den Weisungen des sozialdemokratischen Staatssekretäres des Innern, der sich selbst wieder durch Beschlüsse des Wiener Kreisarbeiterrates gedeckt hatte. Seit dem Tage, da ein durch die kommunistische Agitation aufgestachelter Mob bereits Feuer an das Wiener Parlamentsgebäude gelegt hatte, galt Präsident Schober als der Mann der „Ordnung". Politisch hat er sich niemals betätigt und sich wohl auch nicht stark interessiert. In seinem schwierigen Dienst, den er nach guter alter Beamtenart auffaßte, schien er vollständig aufzugehen. Ein Kabinett Schober wäre mit dem Anspruch aufgetreten, als unparteiisches Aufbaukabinett zu gelten. Und Schober selbst hielt an dieser Auffassung so konsequent fest, daß er auch den geringsten christlichsozialen parteimäßigen Einschlag ablehnte. Aber er unterschätzte die Schwierigkeit der politischen Lage. Er suchte zunächst Garantien der Reparationskommission insbesondere für schnelle und ausgiebige Kreditgewährung zu erlangen. Die Reparationskommission war nicht in der Lage mehr zu bieten als Versicherungen der Sympathie. Er holte sich bei angesehenen Verwaltungsmännern, die sich unter dem kaiserlichen Regime bewährt hatten, einen Korb nach dem andern. Und er beging schließlich die Unvorsichtigkeit, das Finanzportefeuille dem Professor Reblich anzubieten, dem Finanzminister im letzten Kabinett des Kaisers Karl. Dagegen lehnten sich aber mit aller Entschiedenheit vor allem die Großdeutschen auf, auf die Dr. Schober angewiesen gewesen wäre, da die Sozialdemokraten auch ihm gegenüber an ihrer Oppositionsstellung festhielten.

Digitized by Google

Als nach wochenlangen Verhandlungen die Bemühungen des Polizeipräsidenten scheiterten, blieb den Christlichsozialen schließlich nichts übrig, als selbst die Regierung zu bilden. Die Großdeutschen erklärten sich bereit, die Regierung mitzuwählen, behielten sich aber im übrigen freie Hand vor. Von ihrem Wohlwollen ist die Regierung somit in allen schwierigen Fragen abhängig. Zur Dauerhaftigkeit dieses Kabinettes hat anscheinend die christlichsoziale Partei selbst nicht viel Zutrauen. Die Situation Deutschösterreichs ist verzweifelt, und so hatten die eigentlichen Führer der Partei kein Bedürfnis sich zu exponieren. Es war zweite und dritte Garnitur, die sie unter der Führung des Innsbrucker Universitätsprofessors Dr. Mayr in die Regierung entsendete.

Die Dinge laufen nun so, wie es vorauszusehen war. Die Schwierigkeiten der Regierung wachsen ins Riesenhafte. Die Vorschläge der Reparationskommission auf halbwegs ausreichende Kredithilfe für Deutschösterreich werden in Paris und London seit Wochen erörtert, aber täglich sinkt die Hoffnung tiefer, daß sie im notwendigen Ausmaß und vor allem rechtzeitig gewährt werde. Die Mehlbestände reichen bloß mehr für wenige Wochen. Zu weiteren Käufen fehlt die Valuta. Die Preise der ausländischen Zahlungsmittel haben in Wien einen Stand erreicht, der ungefähr einem schweizer Kronenkurs von 1 Centime entspricht. Die Unruhe unter Arbeitern und Angestellten wächst. Streiks häufen sich und nehmen zum Teil gewaltige Formen an, die Banknotenflut und das Defizit steigen in unheimlichem Maße, ohne daß ein Ausweg sichtbar wäre.

Inzwischen stachelt die Regierung aber auch das Mißtrauen der Großdeutschen und Sozialdemokraten durch ihr zweideutiges Verhalten in der äußeren Politik, zumal in der Anschlußfrage auf. Mit Umgehung des Parlamentes hat sie zum Völkerbund nach Genf den Grafen Mensdorff-Pouilly entsendet, der bei Kriegsausbruch der Kollege Lichnowskys in London war und in dessen berühmter Denkschrift scharf gekennzeichnet ist. Graf Mensdorff gehört zur alten schwarz-gelben Diplomatengarde, die für Deutschland niemals viel übrig hatte, und seine Entsendung zum Völkerbund wirkt umso aufreizender, als das Aufnahmegesuch Deutschösterreichs nur den Sinn haben kann, beim Völkerbund die Revision des Anschlußverbotes zu erwirken. Der Berliner Gesandtenposten ist noch immer unbesetzt, aber was die christlichsoziale Partei bisher an Kandidaten für die Nachfolge Ludo Hartmanns vorgeschlagen hat, ist nur geeignet, das Mißtrauen aller Anschlußfreunde zu verstärken. Trotzdem kann natürlich keine Rede davon sein, die christlichsoziale Partei ~~im~~ Bausch und Bogen als anschlußfeindlich zu bezeichnen. Es ist nur ein Minderheitsflügel in der Partei, der mehr oder weniger offen gegen den Anschluß intrigiert, aber er bestimmt zur Zeit die Haltung von Partei

Digitized by Google

und Regierung. Diese Belastung kann die Partei umsoweniger lange ertragen als der außenpolitische Kurs der neuen Regierung auch in anderer Richtung nach wenigen Tagen gescheitert ist. Die christlichsoziale Partei hat sofort nach den Wahlen den früheren Bürgermeister von Wien Dr. Weißkirchner nach Budapest entsendet, um bei den Gesinnungsgenossen, die dort in der Regierung sind, Nahrungshilfe für Deutschösterreich zu erlangen. Es war eines der wirksamsten Argumente des christlich-sozialen Wahlkampfes gewesen, daß die Sozialdemokraten durch ihre feindselige Stellung gegen Ungarn und durch den Boykott Deutschösterreich von seiner natürlichen Nahrungsquelle abgeschnitten hätten. Dr. Weißkirchner kam indes mit leeren Händen heim. Die Bedingungen, die man in Budapest selbst nur für eine Mehlsendung von wenigen Tagen stellte, waren so ungeheuerlich, daß sie die Regierung nicht einmal öffentlich mitzuteilen wagte. Ebenso ist man in der westungarischen Frage um keinen Schritt weiter gekommen. Ungarn hält das Land nach wie vor besetzt und trifft keine Anstalten es zu räumen. Trotzdem hat die demonstrative Schwenkung der Wiener Regierung nach Budapest hin in Prag verkühlt und die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit der Tschechoslovakei wieder erschwert. Was unter diesen Umständen die nächsten Wochen bringen werden, ist völlig unabsehbar. Für den Augenblick treten freilich alle politischen Sorgen hinter der Frage zurück, welches Schicksal den Rettungsvorschlägen der Reparationskommission in Paris und London zuteil wird.

Die Geheimnisse von Crewe House

Von *,*

Unter diesem Titel veröffentlicht Sir Campbell Stuart, erster Gehilfe des englischen Publizisten und Propagandaministers Northcliffe, die Methoden seines Herrn und Meisters, indem er die Geschichte seines „berühmten Propagandafeldzuges" erzählt. Das im Monat September in erster, im Oktober 1920 bereits in zweiter Auflage erschienene Buch enthält auf den 250 Seiten — idealen englischen Friedenspapiers — auch die Photographien aller Mitarbeiter Northcliffes und Faksimiles einer ganzen Reihe von Flugblättern, Karten und sonstiger Propagandamittel. Schonungslos enthüllt das Buch die englischen Methoden. Wenn sich auch der Verfasser, den keine Scham beschleicht, eine gewisse Reserve auferlegt — dank seiner Selbstgefälligkeit und Skrupellosigkeit enthüllt er uns doch mehr, als einsichtigen Leuten in England vielleicht lieb gewesen sein dürfte.

Zunächst erklärt uns Sir Stuart das Wesen der Propaganda, die mit Recht als eine neue und starke Waffe bezeichnet wird. Erste Voraus-

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

Fünfter Jahrgang

Juli/Dezember 1920

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

	Seite
Barth, Die Arbeiterinternationale	227
Behrendt, Die Wohnungsfrage in Deutschland	86
Bencke, Die national- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien	481
Bitzer, Zur Lage unserer Ernährung	209
Boelcke, Rußland	121
Boujansky, Diktatur des Proletariats	330
Brockhausen, Das vergangene Oesterreich	266
— Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Oesterreich	301
— Die Zukunft der Deutschösterreicher	362
— Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates	509
Buchholz, Kohlenstreik in England	553
v. Bülow, Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages	262
Buetz, Ungarn	80
— Die Kohlenfrage Frankreichs	409
Carnevali, Die wirtschaftliche Lage Italiens	531
Chlodewig, Von Wilson zu Harding	599
Deißmann, Zur religiösen Lage der Angelsachsen	458
Delbrück, Eine neue Anklageschrift	694
Dresdner, Skandinavische Probleme und Stimmungen	312
Ebstein, Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung	203
— Das neue belgische Kabinett	698
Eimer, Patriotisch-nationalistisch-national	373
— Deutschland und Südslavien	47
Erdmann, Der neue Geist in der neuen Welt	270
Erényi, Ungarns Krise	11
— Ungarns auswärtige Politik	233
— Die amerikanische Gefahr	397
— Zur ungarischen Lage	556
Eulenburg, Schwebende Finanzprobleme	176
Fischer, Schicksal gestalten	253
— Wie lange noch?	371
— Gleiches Maß	683
Fuchs, Kirchen auf!	28
— An die Studentenschaft der Universität Marburg	184
Grautoff, Deutsche in Frankreich	337

Digitized by Google

Seite

Hennig, Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung 83
— Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte 539
Hermann, Zum Thema Deutschland und die Tschechoslowakei 632
Herre, Eine Völkerbund-Auseinandersetzung 346
— Die Krise in Spanien 650
Herz, Aus dem annektierten Südtirol 403
— Um die deutsche Burschenschaft 589
Heuß, Das Kabinett Fehrenbach 9
— Um die Zwangswirtschaft 149
— Moskau und die Unabhängigen 297
— Erzberger im Weltkriege 394
— Deutsche Hochschule für Politik 437
— Preußen und die Reichspolitik 451
— Eine lex Wermuth 610
Hohohm, Die französische Schande im Rheinland 242
Immendörffer, Ungarns gegenwärtige Lage 428
Jäckh, Zur Hochschule für Politik 571
Kindt, Die Lage in Südwestafrika 432
Langenhagen, Leitgedanken zur Frage des Beamtentums 47
Linter, Stagnierende Wirtschaft 93
— Die Zukunft der deutschen Schiffahrt 218
— Gelsenkirchen-Luxemburg 282
— Valutaregulierung 446
Luther, Autonome Reichsprovinzen 582
Lutz, Negerrepublik Afrika 667
Meier, Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung 155
Montgelas, Die Irrtümer Vivianis 141
Müller, Der Waffenstillstand von Rapallo 676
— Aus der Blütezeit des englischen Parlaments 189
Müller-Jabusch, Politisierung des Pazifisms? 613
— Honduras gegen Clemenceau 728
Ostwald, Was geht in Ostasien vor? 453
Pokorny, Das neue Irland 238
Preuß, Zur preußischen Verfassungsfrage 99
Quendt, Die Parteien in Frankreich 422
Rathenau, Bund der Erneuerung 124
Remarck, Bolschewisien, ein Arbeiterparadies? 486
Richter, Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages 107
Roedern, Wirtschaftsethik 42
Rohrbach, Ein Vorschlag zur Güte 3
— Wie man Frankreich in den Krieg brachte 35
— Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg 67
— Rußlands Schuldanteil am Weltkriege 131
— Zwischen Spa und dem Bolschewismus 163
— Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik 195
— Was wir von der Regierung verlangen 259
— Der russisch-polnische Krieg 291
— Brief an einen Oberschlesier 323
— Der Diebstahl des Saarbeckens 355
— Cassiodor 387
— Frankreichs Ziel 523
— Die Schuld am Weltkriege und die Frage der Friedensrevision 547
— Deutschland unter den Weltvölkern 576
— „Eine große politische Formel“ 595
— Deutsche koloniale Arbeit 628
— Ein Besuch in Finnland 643
— Der Untergang Rußlands 689

Digitized by Google

Seite

Rohrbach, Deutsche Politik — von außen gesehen 713
Rühlmann, Ernst Lavisse im Meinungsstreite 660
Schaffner, Bodenreform oder Moskauer Diktat? 634
Schmidt, Das Ende des Rätesystems 39
— Zwei Jahre Rätediktatur 170
— Das Ende einer Illusion 359
— Millerand 419
— Wilna 579
Schwering, Großpolitische Probleme 249
Sperber, Die weltpolitische Bedeutung des Petroleums 306
Steier, Franzosen und Tschechen 368
Stolper, Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft 17
— Die politische Lage Deutschösterreichs 718
Stolz, Sibirische Eindrücke 534
Thimme, Die innerpolitische Lage im Lichte von Spa 75
— Die Tragik des Sozialismus 499
— Parteidämmerung 703
Thurmwald, Keine Illusionen 527
Treuherz, Französische Industriepolitik 115
— Pläne für den Wiederaufbau 646
Valentin, Der deutsche Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage 274
— Lord Courtney 466
M. W., Die „russischen" Randstaaten 672
Waltemath, Hunger und Revolution 52
Wasruk, Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen 503
— Der oberschlesische Autonomie-Gedanke 605
Wendel, Der Wirrwarr in Albanien 198
Wilhelm, Reichsschulkonferenz 23
Wolf, Litauen 144
Wolzendorff, Das Problem der internationalen Abrüstung 491
Zache, Deutschland und seine Kolonien 563
* * * Spa 105
* * * Rußland, Polen und die Ukraine 167
* * * Die transkaukasischen Republiken 341
* * * Die armenische Republik 442
* * * Völkerbundsvorbehalte 619
* * * Die Geheimnisse von Crewe House 722

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Auswärtige Politik
- Auswärtige Politik 34, 98, 129, 130, 161, 194, 521, 570
- Die Arbeiterinternationale (Barth) 227
- Aus dem annektierten Südtirol (Herz) 403
- Deutschland unter den Weltvölkern (Rohrbach) 576
- Deutsche Politik — von außen gesehen (Rohrbach) 713
- Die Geheimnisse von Crewe House (***) 722
- Eine große politische Formel (Rohrbach) 595
- Großpolitische Probleme (Schwering) 249
- Keine Illusionen (Thurnwald) 527
- Millerand (Schmidt) 419
- Negerrepublik Afrika (Lutz) 667
- Was geht in Ostasien vor? (Ostwald) 453
- Politisierung des Pazifismus (Müller-Jabusch) 613
- Prinz Max von Baden zur Lage 285
- Das Problem der internationalen Abrüstung (Wolzendorff) 491
- Richtlinien der äußeren Politik in Vergangenheit und Zukunft (Graf Carl Pückler) 383

Auslandsdeutsche
- Noch einmal die deutsche Auslandspresse (v. Scheele-Willich) 59
- Deutsche in Frankreich (Grautoff) 337

Amerika
- Amerika 474, 569
- Die amerikanische Gefahr (Erenji) 397
- Der neue Geist in der neuen Welt (Erdmann) 270
- Von Wilson zu Harding (Chlodewig) 599

Balkan
- Rumänien 2
- Der Wirrwarr in Albanien (Wendel) 198

Belgien
- Das neue belgische Kabinett (Ebstein) 698
- Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung (Ebstein) 203

Bolschewismus
- Bolschewismus 193, 351, 474, 571, 618, 666
- Bolschewisien ein Arbeiterparadies? (Rehmark) 486
- Diktatur des Proletariats (Boujansky) 330
- Das Ende einer Illusion (Schmidt) 359
- Petersburger Lehrerdasein 61
- Das Ende des Rätesystems (Schmidt) 39
- Zwei Jahre Rätediktatur (Schmidt) 170
- Der Untergang Rußlands (Rohrbach) 689

Dänemark, Skandinavien Finnland
- Ein Besuch in Finnland (Rohrbach) 643
- Skandinavische Probleme und Stimmungen (Dresdner) 312

Deutsch-Oesterreich
- Deutsch-Oesterreich 1, 130, 497, 521, 619
- Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft (Stolper) 17
- Die politische Lage Deutsch-Oesterreichs (Stolper) 718
- Die Zukunft der Deutschösterreicher (Brockhausen) 362

Deutsche Randgebiete
- Deutsche Randgebiete 66, 258, 289, 321, 353, 641, 665
- Wetterlé ist unzufrieden mit England 382

Elsaß-Lothringen
- Straßburg 383
- Die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten protestieren gegen die Sprachenpolitik 382

England und Irland
- England und Irland 161, 522, 545, 593, 594, 641, 687
- Aus der Blütezeit des englischen Parlaments (Müller) 189
- Lord Courtney (Valentin) 466
- Deutschlands Kindernot in englischer Darstellung 517
- Das neue Irland (Pokorny) 238
- Kohlenstreik in England (Buchholz) 553

Frankreich
- Frankreich 130, 257, 473, 570
- Dichtung und Wahrheit über die Kriegsgefangenen-Behandlung (O. Simon) 223
- Französische Industriepolitik (Treuherz) 115
- Die französische Schande im Rheinland (Hohohm) 242
- Frankreichs Ziel (Rohrbach) 523
- Fremdenlegion 127
- Die Kohlenfrage Frankreichs (Buetz) 409
- Ernest Lavisse im Meinungsstreite (Rühlmann) 660

Digitized by Google

Seite

Millerand (Schmidt) 419
Die Parteien in Frankreich (Quendt) 423

Friedensfragen
Friedensfragen 1, 33, 65, 97, 98, 226, 289, 385, 418, 450, 473, 569, 570, 687, 711
Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages (v. Bülow) . . 262
Brief an die „Deutsche Politik" 1629 und 1919 (Alsaticus) . . . 379
Der Diebstahl des Saarbeckens (Rohrbach) 355
Honduras gegen Clémenceau (Müller-Jabusch) 728
Spa (***) 105
Was wir von der Regierung verlangen (Rohrbach) 259
Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages (Richter) . . . 107
Zwischen Spa und dem Bolschewismus (Rohrbach) 163

Griechenland
Griechenland 2, 617, 666

Italien
Italien 97, 290, 353, 386
Eine italienische Stimme über die deutsche Lage 519
Der Waffenstillstand von Rapallo (Müller) 676
Die wirtschaftliche Lage Italiens (Carnevali) 531

Innere Politik
Innere Politik 33, 162, 258, 290, 322, 386, 417, 418, 449, 498, 545, 619, 642, 665
Autonome Reichsprovinzen (Luther) 582
Brief an einen Oberschlesier (Rohrbach) 323
Der deutsche Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage (Valentin) 274
Erzberger im Weltkrieg (Heuß) . . 394
Die innerpolitische Lage im Lichte von Spa (Thimme) 75
Das Kabinett Fehrenbach (Heuß) . 9
Der Kronprinz im Sommer 1917. 516
Leitgedanken zur Frage des Beamtentums (Langenhagen) . . . 47
Eine lex Wermuth (Heuß) . . . 610
Der oberschlesische Autonomie-Gedanke (Wasruk) 605
Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen (Wasruk) . 503
Preußen und die Reichspolitik (Heuß) 451
Zur preußischen Verfassungsfrage (Preuß) 99
Ein Vorschlag zur Güte (Rohrbach) 3
Wie lange noch? (Fischer) 371

Kolonien
Deutsche koloniale Arbeit (Rohrbach) 628
Deutschland und seine Kolonien (Zache) 563

Kulturpolitik
Cassiodor (Rohrbach) 387
Um die deutsche Burschenschaft (Herz) 589
Bund der Erneuerung (Rathenau) 124
Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung (Meier) 155
Gleiches Maß (Fischer) 683
Deutsche Hochschule für Politik (Heuß) 437
Zur Hochschule für Politik (Jäckh) 571
Hunger und Revolution (Waltemath) 52
Kirchen auf! (Fuchs) 28
Patriotisch, nationalistisch, national (Eimer) 373
Reichsschulkonferenz (Wilhelm) . . 23
Zur religiösen Lage der Angelsachsen (Deißmann) 458
Schicksal gestalten (Fischer) . . . 253
An die Studentenschaft der Universität Marburg (Fuchs) . . . 184
Wirtschaftsethik (Roedern) 42

Neuerscheinungen
Neuerscheinungen 32, 63, 126, 384, 415, 472, 567, 664 734

Oesterreich
Das vergangene Oesterreich (Brockhausen) 266

Ostasien
Die national- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien (Beneke) . 481

Osteuropa
Osteuropa . . 193, 225, 321, 354, 450
Die armenische Republik (* * *) . 442
Litauen (Wolf) 144
Die „russischen" Randstaaten (M. W.) 672
Die transkaukasischen Republiken * * * 341
Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik (Rohrbach) 195

Parteipolitik
Parteipolitik 34, 65, 162, 194, 322, 449, 473, 498, 522, 546, 642, 688, 712
Parteiendämmerung (Thimme) . . 703
Moskau und die Unabhängigen (Heuß) 297
Die Tragik des Sozialismus (Thimme) 499

Polen
Polen 2, 66, 98, 129, 226, 257, 418, 497 712

Digitized by Google

Seite

Rußland, Polen und die Ukraine (* * *) 167
Der russisch-polnische Krieg (Rohrbach) 291
Wilna (Schmidt) 579

Rußland

Rußland (Boelcke) 121
Sibirische Eindrücke (Stoß) 534
Wrangel vor dem Zusammenbruch 592

Schuld am Weltkriege

Eine neue Anklageschrift (Delbrück) 694
Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg (Rohrbach) 67
Eine englische Mahnung 710
Wie man Frankreich in den Krieg brachte (Rohrbach) 35
Ein französisches Urteil über das Kautsky-Buch 732
Die Irrtümer Vivianis (Montgelas) 141
Literatur zur Schuldfrage am Weltkriege . . . . . .
Rußlands Schuldanteil am Weltkriege (Rohrbach) 131
Die Schuld am Weltkrieg und die Frage der Friedensrevision (Rohrbach) 47

Sozialpolitik

Ein Wunsch an die Sozialisierungskommission (Luther) 96

Südslavien und Tschechoslowakei

Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates (Brockdauien) . . 509
Deutschland und Südslawien (Einer) 475
Deutschland und die Tschechoslowakei (Hermann) 682
Tschechei 617

Spanien

Die Krise in Spanien (Herre) . . 650

Ukraine

Ukraine 74, 546

Seite

Ungarn

Ungarn 594
— (Bueß) 80
Zur ungarischen Lage (Erenji) . . 556
Ungarns auswärtige Politik (Erenji) 233
Ungarns gegenwärtige Lage (Immendörffer) 428
Ungarns Krise (Erenji) 11

Völkerbund

Völkerbund . .593, 641, 666, 687, 711
Völkerbundsvorbehalte (* * *) . . 619
Eine Völkerbunds-Auseinandersetzung (Herre) 346

Wirtschaftspolitik

Bodenreform oder Moskauer Diktat (Schaffner) 634
Gelsenkirchen-Luxemburg (Linter) 282
Zur Lage der Ernährung (Bitzer) 209
Pläne für den Wiederaufbau (Treuherz) 646
Politisch-wirtschaftliche Wirkungen der deutschen Steuerpolitik auf die Neutralen 62
Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung (Hennig) 83
Schiffbau, Brief an die „Deutsche Politik" (Marineschiffbaumeister Albrecht) 318
Schwebende Finanzprobleme (Eulenburg) 176
Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte (Hennig) 539
Stagnierende Wirtschaft (Linter) . 93
Valutaregulierung (Linter) 446
Wohnungsfrage in Deutschland (Behrendt) 86
Die Zukunft der deutschen Schiffahrt (Linter) 218
Um die Zwangswirtschaft (Heuß) . 149

Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 8, Mauerstraße 83

Digitized by Google

setzung sei, daß die Propaganda sich nur auf wahrem Tatsachenmaterial aufbaue. Beharrlichkeit sei in der Propagandapolitik ebenso unerläßlich wie umfassende Kenntnis der Tatsachen, der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung, endlich sei feines psychologisches Verständnis erforderlich. Northcliffe forderte daher stets vor Einleitung einer größeren Aktion vom Politiker Richtlinien, d. h. er legte dem Auswärtigen Amte jedesmal eine Denkschrift vor, in der er seine Politik entwickelte. Diese Richtlinien fanden dann regelmäßig, wenn auch mit Vorbehalten, die Zustimmung Balfours. Tatsächlich hat Northcliffe während des entscheidenden Stadiums des Krieges — nachdem er das Kabinett Asquith gestürzt hatte — die äußere englische Kriegspolitik aufs entscheidendste beeinflußt.

In Crewe House, dem Landsitz eines Marquis of Crewe, schlug der im Februar 1918 zum Propagandaminister ernannte Northcliffe sein Hauptquartier auf. Die sofort eingeleitete erste Propagandaaktion in Europa hatte Oesterreich-Ungarn zum Ziele, das nach Northcliffes Auffassung jetzt für die Aktion reif geworden sei. Seinem Grundsatz getreu, daß jede Propaganda nach zwei Richtungen wirken müsse: einmal aufbauend (konstruktiv) und zweitens zerstörend, wurde die gegen Oesterreich gerichtete Propaganda in der Weise angepackt, daß sie „aufbauend" einerseits die Sehnsucht der unbefreiten Völker nach Loslösung aus der Doppelmonarchie erwecken, andererseits „zerstörend" die österreichisch-ungarischen Truppen dazu bringen sollte, jedes weitere Kämpfen für die Mittelmächte zu verweigern. In seiner Denkschrift an den Minister Balfour faßte Northcliffe zur Erreichung seines Zieles zwei Möglichkeiten ins Auge, entweder einen Separatfrieden mit Oesterreich unter Intakterhaltung der Monarchie oder Zerstörung und Zerstückelung der Doppelmonarchie. Da der erstgenannte Weg (Sixtus-Briefe!) bereits als gescheitert zu betrachten sei, müsse man sich an den zweiten, dann tatsächlich auch ausgeführten, halten. Balfours Antwort war sehr vorsichtig gehalten. Der Minister schrieb, daß die Entscheidung doch vom Erfolg der Waffen und von den Ansichten der Alliierten abhänge; aber Northcliffe ging jetzt den einmal eingeschlagenen Weg. Es wurde nach Rom ein Kongreß der „unterdrückten Völker der Habsburger" einberufen (7.—9. April 1918); im italienischen Hauptquartier wurde alsdann eine interalliierte Propagandakommission eingerichtet, die bereits im April ihre Tätigkeit begann. Flugblätter in polnischer, tschechischer, südslavischer und rumänischer Sprache wurden in Massen aus Flugzeugen über die österreichischen Linien geworfen. Grammophone, welche Volksweisen der unterdrückten Nationen spielten, wurden in „Niemandsland" eingebaut. Polnische usw. Ueberläufer gingen als Propagandapatrouillen mit Werbematerial ausge-

Digitized by Google

rüstet zum Feind hinüber. Auf diese Weise wurde die österreichische Front rasch zermürbt. Zahlreiche Ueberläufer kamen; sie brachten nebenbei auch wichtige Nachrichten über die geplante österreichische Offensive. Northcliffe bedauert nur, daß die „reaktionäre italienische Regierung" in der südslavischen Frage leider versagt und nicht die erwünschte Erklärung abgegeben habe, wonach die Einheit und Unabhängigkeit der Jugoslaven „ein Lebensinteresse Italiens" sei. Durch die Vorenthaltung einer solchen Erklärung — die, wie die Dinge inzwischen ja gezeigt haben (Fiume!), selbstverständlich niemals im Interesse einer italienischen Politik gelegen sein konnte, — sei aber die Wirkung der Propaganda beeinträchtigt worden. Northcliffe beansprucht dann das Verdienst für sich, die Aufschiebung der österreichischen Offensive vom April auf den Monat Juni erreicht zu haben, und sieht dann in der Piaveschlacht seine Früchte reifen. Der italienische Oberbefehlshaber bestätigt Northcliffe dankend, daß der italienische Abwehr-Sieg zum großen Teil auf seine Propagandatätigkeit zurückzuführen sei. Northcliffe leitet nun einen neuen Feldzug gegen die Ungarn ein, wobei die Aufrollung der Agrarfrage in den Vordergrund geschoben werden sollte. Der Zusammenbruch Bulgariens ließ es nicht mehr zu dieser Aktion kommen, und Oesterreich erlag schon im Oktober den ihm von Northcliffe eingeflößten Giften.

Lloyd George schrieb schon im Mai 1918 an den Propagandaminister einen Brief, in dem er diesen aufforderte, nunmehr seine Aufmerksamkeit auch der deutschen Westfront zuzuwenden. Unter Northcliffes Leitung wurde Mr. Wells mit dieser Aufgabe betraut, der sofort eine größere Denkschrift über Zweck und Ziele der gegen Deutschland einzuleitenden Propaganda einreichte. Als Ziele wurden aufgestellt: Die Entschlossenheit der Verbündeten, den Krieg bis zu einem „gerechten" Frieden fortzusetzen, und die Absicht, die bestehende Allianz als einen „Kampfbund freier Nationen" zu vertiefen. Da der Deutsche heute für Schlagworte besonders empfänglich sei, müsse dem „Mitteleuropa Naumann's" ein „Völkerbund als Liga aller freien Nationen" entgegengestellt werden. Dem dauernden Frieden ständen in Deutschland nur die herrschenden Dynastien und die militärisch und wirtschaftlich führenden Kreise entgegen. Die Verbündeten wollten Deutschland ja nicht vernichten, vielmehr auch ihm die Freiheit auf Grund der Selbstbestimmung gewährleisten. Die Aenderung der inneren Struktur Deutschlands sei aber das Hauptziel. Deutschland sei doch der Angreifer, der allein Schuldige am Kriege gewesen; die Verbündeten befänden sich demgegenüber nur in der Abwehr. In der ganzen Welt sei jetzt der Wille zum Weltfrieden erwacht; dieser suche sein Ziel in der Gründung eines obersten Gerichtsho[illegible]

Digitized by Google

zum Schutze der Schwachen und zur Verhinderung künftiger Kriege. Nach solcher Richtung strebten jetzt die großen Völker der Menschheit, während nur die herrschenden Schichten Deutschlands ihr Ziel in niedrigem Vorteil reiner Eroberungssucht, in Unterwühlung und Demoralisierung Rußlands und in der Unterdrückung der österreichisch-ungarischen Völker sowie der Bedrohung und Umschmeichlung der Neutralen suchten. All dem gegenüber kristallisierte sich heute der Weltgedanke in dem Begriff der Liga der freien Nationen. Dieser Völkerbund würde in seiner idealen Vollendung alle Nationen der Erde umfassen einschließlich des entmilitarisierten Deutschland. Schon jetzt könne man sagen, daß die Großmächte zu wesentlichen Einschränkungen ihrer Souveränität in Fragen der Rüstung, der tropischen Besitzungen und der unterworfenen Völker bereit seien. Insbesondere wollten Frankreich und England ihre Weltreichbesitzungen als Pfand der Menschheit auffassen und ihre Stellung nur als diejenige eines Treuhänders betrachten. Solche Gedanken führten dann zu einer Art von Weltbürgerschaft.

Die künftige Neuregelung der Gebietsverteilung müsse freilich eine wichtige Aufgabe werden. Voranstehen werde die elsaß-lothringische Frage — die ja keine französische, sondern eine internationale Frage sei — und die Berichtigung der italienischen Grenzen. Der Einfluß des deutschen Imperialismus über Polen, Rußland, Ukraine, Tschechien, Jugoslavien, Finnland und Rumänien müsse gebrochen werden. Im Osten müsse eine Art östlicher Völkerbund begründet werden, der von Danzig bis zum Schwarzen und Adriatischen Meere reiche. Vom fieberhaften Ehrgeiz befreit könnte ein freies und geeinigtes Deutschland eines der ersten Mitglieder des Völkerbundes werden. Was die Schiffahrt betrifft, so sei zu befürchten, daß die ganze Welt durch einen Handelskrieg an Deutschland Rache zu nehmen wünsche wegen des U-Bootskrieges.

Die Wirtschaftslage der ganzen Welt mit ihrer ungeheuren Inflation erfordere zur Heilung gemeinsame Maßnahmen. Der Niedergang der ganzen Zivilisation würde unvermeidlich sein, wenn es nicht gelänge, die Wirtschaft wieder aufzurichten. Die ehrliche Mitarbeit Deutschlands sei hierbei hauptsächlich notwendig. Für all diese Probleme sei aber eine innere Umgestaltung der Verhältnisse in Deutschland unerläßlich. Man wünsche keine bolschewistische Revolution in Deutschland, die das Land wirtschaftlich nur ruiniere. Schärfster Unterschied sei zu machen zwischen Deutschland und seiner jetzigen Regierung. Jede Propaganda, alle öffentlichen Reden müßten dahin wirken. Inzwischen müßten aber die Ver-

Digitized by Google

bündeten auf jede Weise auf allen Fronten militärisch, wirtschaftlich und politisch den Kampf fortsetzen.

Ziel aller Propaganda gegen Deutschland sei Schwächung des Kriegswillens: Hierzu Stärkung der inneren Opposition in Deutschland. Dem deutschen Volk sei einzuhämmern, daß der Kriegswille der Verbündeten zu fördern sei. Die Handelsblockade sei rücksichtslos fortzusetzen. Ein wichtiges Argument der deutschen Kriegspartei sei der drohende Ruin im Falle einer Niederlage. Die Propaganda müsse deshalb betonen, daß dieser Ruin ja vermieden werden könne, wenn Deutschland sich dem Plane der Verbündeten für eine Neuorganisation der Welt anschließe.

So betrieben enthalte die Propaganda die beiden Elemente von Furcht und Hoffnung, die stets in naher Verbindung zueinander gebracht werden müßten.

Um nicht als listiger Versuch zu erscheinen, Deutschland zu einem Verzichtfrieden zu verlocken und es fürchten zu lassen, daß nach erfolgter Unterwerfung eine übermächtige angelsächsische Kombination die Welt beherrschen und Deutschland unterdrücken würde, müsse die Propaganda durch öffentliche Reden und verantwortliche Aeußerungen der leitenden Staatsmänner der Verbündeten unterstützt werden.

Nach diesen Grundsätzen wurde Northcliffes Propaganda gegen Deutschland eingeleitet. Die erwähnten Gedankengänge gingen im Juni, Juli, August und September 1918 in vielen Millionen Flugblättern über die deutschen Linien. Da die englische Heeresleitung infolge der deutschen Repressalien sich weigerte, Flugblätter aus Flugzeugen abwerfen zu lassen — ein Eingeständnis der Unsittlichkeit jener Propaganda —, begnügte man sich auf der Westfront englischerseits sehr zum Aerger Northcliffes mit dem viel weniger wirksamen Mittel des Nachrichtenballons. Erst im Oktober wurde die Benutzung der Flugzeuge für Propagandazwecke freigegeben.

Da zunächst — d. h. während der deutschen Offensive — die Propaganda an der deutschen Front unwirksam blieb, wandte man sich hauptsächlich anderen Wegen zu. Es galt, die Propaganda ins deutsche Volk hineinzutragen. Hierzu wurde ein sorgfältiger Agentendienst eingerichtet. Aufgabe war, den Geist des deutschen Volkes zu zermürben. Für diesen Zweck wurden entsprechende, vielleicht von Northcliffe inspirierte Reden der führenden britischen Staatsmänner als besonders geeignet bezeichnet. Ihre Veröffentlichung und Verbreitung in neutralen Blättern wurde besonders erstrebt, weil sie von da aus in [illegible]schen Zeitungen übergingen. Wichtig sei auch die Verbreitung [illegible]hten, die nachwiesen, wie sehr es den Engländern [illegible], deutsche Waren nachzumachen.

Digitized by Google

Die Aufdeckung so manchen deutschen Handelsgeheimnisses und die gelungene Nachahmung von Artikeln in Frankreich, Italien, England und Amerika, die bisher als deutsche Monopole galten, müßten der deutschen Oeffentlichkeit recht lebendig vor Augen geführt werden. Vor allem suchte man in der deutschen Schweiz und in Skandinavien derartige Gedanken zu verbreiten, besonders in Deutschland wohlgesinnten Zeitungen. Dort erschienen sie als wohlgemeinte warnende Stimmen; man brachte auch Vergleiche zwischen der guten Lebenshaltung in England und der armseligen in Deutschland.

Reichliche geheime Mittel wurden aufgewendet, um in den deutschen Hafenstädten zu wirken. Listen der gesunkenen deutschen Unterseeboote wurden verbreitet, um das Gefährliche dieser Tätigkeit zu illustrieren. In England gefertigte Flugblätter zeigten das Bild des Kaisers, um den Inhalt der Schrift besonders glaubwürdig zu machen. Auch religiös abgefaßte Flugblätter wurden losgelassen, „da der Deutsche tiefen religiösen Sinn zeigt". Ein derartiges „Gebet" sagte z. B.: „Sei versichert, daß Deine Sünden doch ans Tageslicht kommen werden".

In einer in London abgehaltenen interalliierten Propagandakonferenz wurde die Frage der revolutionären Propaganda lebhaft erörtert. Man gab der Ansicht Ausdruck, daß es besser sei, die Verantwortlichkeit am Kriege den Alldeutschen statt dem Kaiser zuzuschieben. Alle Angriffe gegen die Hohenzollern müßten tatsächlich oder scheinbar aus deutschen Quellen fließen. Es sei ja reichliches Material von deutscher anti-kaiserlicher Seite zu bekommen.

Die amerikanische Hilfe wurde überall in den Vordergrund geschoben und in ihrer Riesenhaftigkeit gezeigt.

Zahlreiche Agenten bereisten Deutschland. Dieser Dienst — deren Methoden, wie Stuart sagt, niemals enthüllt werden dürften — war so eingerichtet, daß Arbeiter einer gewissen Nation täglich morgens Deutschland erreichten und dann am selben Abend wieder die Rückreise antraten, nachdem sie ihre propagandistische Tätigkeit erledigt hatten. Durch alle möglichen Kanäle, die vor allem auch der deutsche Buchhandel bot, wurde so das Gift der englischen Propaganda in die deutschen Herzen geträufelt. Sorgbältig ausgesuchte Literatur auch mit revolutionären Tendenzen ging in Massen über die deutschen Grenzen. Den Deutschen wurde gezeigt, daß die Fortsetzung des Krieges gegen ihr eigenes Interesse verstoße. Auch die Reden deutscher Sozialisten wurden verbreitet. Freilich wandten sich einzelne Sozialisten an die französische Regierung mit dem Ersuchen, ihre Reden nicht zu Propagandazwecken zu verwenden, weil dadurch ihre — der Sozialisten — Anstrengungen in der Wirkung abgeschwächt würden.

Digitized by Google

Auch der Film fand zu Propagandazwecken Verwendung.

Die Franzosen billigten rückhaltslos die Propagandapolitik Northcliffes, wie ein Kapitel „Zusammenarbeit der Alliierten" mit zwingender Deutlichkeit beweist. Nur die englische Heeresleitung scheint gewisse Bedenken gehabt zu haben, wie sich auch aus dem Verbot der Benutzung von Flugzeugen für Propagandazwecke entnehmen läßt.

Es würde zu weit führen, die Tätigkeit Northcliffes vor Allem auch in Bezug auf seine „Friedenspropaganda" weiter zu verfolgen. Die bisherigen Proben genügen, zu zeigen wie die Methoden dieses Mannes beschaffen waren und wie sein eingangs ausgesprochener oberster Grundsatz der Wahrhaftigkeit gehandhabt wurde. Northcliffe konnte es tatsächlich als seinen Erfolg buchen, an der Zermürbung der deutschen Heimatfront entscheidend gewirkt zu haben.

Das schwarze Kabinett Ludwig XIV. und Napoleons und die Methoden eines Machiavelli sind gegenüber den Mitteln eines Northcliffes nur als Kinderspiel zu bezeichnen.

Honduras gegen Clemenceau

Von Maximilian Müller-Jabusch

Der Albdruck, der Tag der Friedensverhandlungen ist noch nicht so lange vorüber, daß wir uns nicht erinnerten, mit welcher Aengstlichkeit dieselben mächtigen Männer, deren angesehenster die Abschaffung der Geheimdiplomatie proklamiert hatte, das Geheimnis ihrer Beratungen hüteten, ja wie sie den eigenen Völkern den Wortlaut dessen, was sie von den Unterlegenen zu fordern gedachten, vorenthielten. Bücher, wie das von Keynes haben inzwischen manchen den hüllenden Schleier um die Friedenskonferenz zerrissen. Ein bezeichnendes Dokument aus jenen Tagen wird in folgendem mitgeteilt, eine Note der Delegation der Republik Honduras an die Friedenskonferenz.

Honduras hat Deutschland am 19. Juni 1918, kurz nach Guatemala, Nikaragua, Costa Rica den Krieg erklärt. Für die militärische Kriegführung werden diese Akte kaum Konsequenzen gehabt haben, für die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages haben sie empfindliche. Immerhin hat Deutschland größere Schmerzen als seine Angelegenheiten mit Honduras. Für uns ist es aber wichtig, daß von allen 27 alliierten und assoziierten Mächten einzig und allein Honduras den Mut gehabt hat, sich in der für Deutschlands Ehre empfindlichsten Frage der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an die Gerichte der Feinde dem Willen der vier Gewaltigen zu widersetzen.

Es handelt sich also um Wilhelm II. und die sogenannten Kriegsverbrecher. Durch ein gewisses Entgegenkommen der Entente ist ja eine

Digitized by Google

Milderung der ursprünglichen Bestimmungen erreicht worden. Gerade deshalb ist aber die Note der Republik Honduras interessant, die sich auf S. 41 und 42 des gedruckten, aber nicht veröffentlichten 6. Protokolls der Friedenskonferenz (Vollsitzung vom 6. Mai) befindet. Ihre Wiedergabe ist die erste öffentliche Mitteilung aus diesem Protokoll. Die französisch abgefaßte Note lautet in möglichst wortgetreuer (und darum gelegentlich schwerfälliger) deutscher Uebersetzung:

Herr Präsident,
meine Herren Delegierten!

Die Delegation bedauert, eine Meinung aussprechen zu müssen, die der entgegengesetzt ist, welche von den hervorragenden Rechtssachverständigen vertreten wird, die den Entwurf der Artikel redigiert haben, die die auf die Verantwortlichkeit für den Krieg anzuwendenden Bestimmungen festsetzen. [1]) Indem die Delegation diese Haltung annimmt, erfüllt sie eine Pflicht, die aus den Prinzipien des allgemeinen Rechtes, wie es in der Verfassung des Landes festgelegt ist, hervorgeht.

Die geschriebene Gesetzgebung aller zivilisierten Länder hat das unantastbare Prinzip des natürlichen Rechtes feierlich festgelegt, daß niemand verurteilt noch bestraft werden darf, es sei denn wegen eines Vergehens, das als solches ausdrücklich vom Gesetz bestimmt und mit Strafe belegt ist.

Die Delegation des Landes, das ich zu vertreten die Ehre habe, betrachtet als unmöglich (inoperant) die Verurteilung Wilhelms II. von Hohenzollern, deutschen Exkaisers, der durch den ersten Artikel des in Rede stehenden Entwurfs in Anklagezustand versetzt wird. Dazu bietet weder irgendein internationales Gesetz noch ein Präzedenzfall eine Handhabe. Ein Staatsoberhaupt ist nur seinem eigenen Volke verantwortlich: und dieses darf ihn nur richten und verurteilen nach Gesetzen, die auf dem gesetzmäßigen Wege geschaffen sind. Im gegenwärtigen Falle würde es logischer sein, das ganze deutsche Volk zu richten und zu verurteilen, das den Handlungen seiner Regierenden gefolgt ist, sie unterstützt und geduldet hat, aber diese Verurteilung könnte in keiner anderen Form wirksam werden als in der, vermittels welcher die Konferenz gesucht hat, das zu erreichen: indem sie dem deutschen Volke eine Entschädigung oder Wiedergutmachung für alle Schäden auferlegte, die durch einen ungerechten und grausamen Krieg verursacht sind, in das es sich hat reißen lassen.

Ganz entsprechend glauben wir noch weniger, daß es eine Rechtsmöglichkeit gibt, von den Niederlanden die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers zu verlangen. Und wenn, was wir nicht wissen, ein Auslieferungsvertrag zwischen Holland und einer oder mehreren der alliierten und assoziierten Mächte besteht der den Fall vorsieht, so ist unsere Ueberzeugung, daß Holland dem, was von ihm verlangt werden wird, nicht willfahren kann, ohne seine eigenen Gesetze zu verletzen.

In dem Entwurf der Artikel, die wir vor uns haben, handelt es sich darum, jede Person vor Gericht zu ziehen und zu verurteilen, die im Dienst der deutschen Regierung gewesen ist und gegen die eine wie auch immer geartete Verantwortlichkeit auf Grund von ihr begangener Handlungen, die eine Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges darstellen, geltend gemacht werden kann; die Urteilsfällung würde Kriegsgerichten anvertraut werden,

[1]) Gemeint sind die Strafbestimmungen A. 2 227–230.

Digitized by Google

die sich nach den Kriegsgesetzen des alliierten oder assoziierten Landes richten würden, dessen Rechtsprechung der Ankläger [2]) untersteht (dont le demandeur est ressortissant).

Sprächen diese Gerichtshöfe eine Verurteilung aus, so würden sie entweder ihr heimisches Recht anzuwenden haben, das aber von dem Angeklagten nicht absichtlich verletzt worden sein könnte, denn es war ihm unbekannt, oder das deutsche Recht, und dann wäre das Gericht nicht zuständig und könnte dieses Recht, in dem es nicht sachverständig ist, nicht ausdeuten; oder aber, sie könnten die Gesetze und Gebräuche des Krieges anwenden, aber diese kennen keinen anderen Strafvollzug als den durch die innere Gesetzgebung jedes Landes in den die Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Angehörigen des nationalen Heeres regelnden Bestimmungen vorgesehenen.

Aus all dem Ausgeführten ziehen wir vielmehr den Schluß, daß es zweckmäßig ist, in den Vertrag einen Artikel aufzunehmen, der die deutsche Regierung verpflichtet, alle die seiner Gerichtsbarkeit Unterstehenden in Anklagezustand zu versetzen, deren Taten nach den deutschen Gesetzen eine wie auch immer geartete Sühne erheischen würden und zu gleicher Zeit die Garantien zu fordern, die notwendig sind, um ein gerechtes Gericht bei der Urteilsfällung sowohl wie die Durchführung der Urteile zu sichern.

Wir halten indessen ausnahmsweise die Rechtsprechung durch die Kriegsgerichte der alliierten und assoziierten Mächte bei Verbrechen und Vergehen, die gegen die Person oder das Eigentum der ihrer Gerichtsbarkeit Unterstehenden begangen sind, für annehmbar, wenn die dafür verantwortlichen Personen schon verhaftet sind oder zur Verfügung dieser Gerichte gestellt werden können.

Wenn man, um die Rechte der Menschlichkeit zu garantieren und dem über allem stehenden Recht (justice absolue) Ehrfurcht zu erweisen, einen ausdrücklichen Präzedenzfall (précedent éclatant) hätte schaffen wollen, dann hätte man in den Vertrag eine die Gegenseitigkeit verbürgende Klausel aufnehmen müssen, die die Verpflichtung für die alliierten und assoziierten Regierungen festlegte, die Vergehen und Verbrechen aburteilen und bestrafen zu lassen, die ihre Landeskinder gegen den Feind begangen haben könnten und die eine Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges oder der Gesetze ihres Heimatlandes darstellten, denn so gering an Zahl diese Fälle sich dargestellt hätten, sie dürften nicht ohne Sühne bleiben, und die alliierten und assoziierten Regierungen dürften nicht wünschen, daß sie unbestraft blieben.

Es ist möglich, daß unsere Meinung in diesem Augenblick nicht jedermann angenehm erscheint; aber wir sind der festen Zuversicht, daß es diese Meinung ist, die vorherrschen wird, sobald man mit den Wohltaten des Friedens die ruhige Ueberlegung wieder erwachen sehen wird: in jedem Falle wird es die des unparteiischen Geschichtsschreibers sein, der in zukünftigen Tagen die Geschehnisse des Heute beurteilen wird.

Wir verurteilen mit allem Nachdruck die Grausamkeiten und Verbrechen, die durch die deutschen Armeen und ihre Verbündeten begangen sind: wir haben noch nicht Gelegenheit gehabt, die Verwüstungen festzustellen, dessen Opfer Belgien, Frankreich, Serbien und die anderen besetzten Länder geworden sind; indessen wir verabscheuen sie; denn die Welt ist voll von dem Wehegeschrei der unglücklichen auf jede Art gemarterten Bewohner. Und gerade darum würden wir wünschen, in den Völkerbundsvertrag oder in einen anderen von denen, die von dieser Konferenz angenommen werden, Bestimmungen aufge-

[2]) Sperrungen vom Herausgeber

Digitized by Google

nommen zu sehen, die so bindend sind, daß man jede Wiederholung dieser Attentate gegen die Menschheit als unmöglich ansehen kann und die, wenn solche Verbrechen je wieder begangen werden sollten, ihren Urhebern exemplarische Bestrafung sichern würden. Nur auf diese Weise könnte man die Lücke, die jetzt im Völkerrecht klafft, ausfüllen.

Gegeben zu Paris am 23. April 1919

Der Unterzeichner, Policarpo Bonilla, ehemaliger Präsident der Republik und außerordentlicher Gesandter von Honduras in Paris, hat diese Note noch durch Hinweis in der Sitzung der Friedenskonferenz am Vortage der Ueberreichung der Friedensbedingungen unterstrichen. Ihre Bedeutung liegt im Grundsätzlichen. Herr Bonilla ist sicher kein Freund Deutschlands, aber er hat sich seinen nüchterenen Blick ziemlich bewahrt. Wir dürfen es nicht weiter tragisch nehmen, daß auch er die Hauptthesen der feindlichen Propaganda sich zu eigen gemacht hat. Die Artikel, die er angreift, sind mit bestechendem Raffinement und unter Anrufung heiligster Grundsätze der Menschenrechte abgefaßt. Ihre Milderung durch Verhandlungen vor Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erreichen, erwies sich als unmöglich. So, wie sie in den Friedensbedingungen standen, sind sie in den Friedensvertrag übergegangen. Die von tiefster Erregung zitternden Einwendungen der deutschen Gegenvorschläge hat Clemenceau mit eisig kaltem Pharisäerdünkel zurückgewiesen. Soweit Bonillas Ausführungen Wilhelm II. betreffen, werden sie heute Erregung der Person wegen kaum noch auslösen. Die Hauptsache ist, daß dem Rechtsgrundsatz Achtung verschafft werden soll, der im zweiten Absatz des Schreibens formuliert wird und mit dem die ganze Gerichtsbarkeit steht und fällt. Praktisch von größerer Bedeutung sind aber die Ausführungen über die Kriegsbeschuldigten. Man ist an einzelnen Stellen geneigt anzunehmen, daß ein Mann von ganz hoher Warte hier dem blinden Haß Einhalt zu gebieten sucht und daß nur seine Klugheit seinen Worten gewisse Schranken setzt. Ihren sachlichen Höhepunkt erreichen die Ausführungen in der Forderung der Gegenseitigkeit. Bonilla hat diese Grundbedingung gerechter Rechtspflege zwischen Staaten sehr vorsichtig verpackt und die wirkliche Bedeutung der Auswirkung abgeschwächt, aber in der Sache hat er damit seinen Standpunkt genau fixiert. Und zu einem ethischen Pathos erheben sich die Ausführungen, als er das Urteil der Geschichte für sich in Anspruch nimmt.

Die spätere Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß die Entente selbst zu dem Bewußtsein kam, den Bogen überspannt zu haben und für Bonilla mag es eine gewisse Genugtuung gewesen sein, daß die Abänderungen seinen Vorschlägen entsprachen. Freilich der eine und wesentlichste Grundsatz der Gegenseitigkeit ist noch nicht durchgesetzt. Würde es möglich

Digitized by Google

sein, auch diesen Grundsatz durchzusetzen, so würde die ganze Angelegenheit auf eine Bahn gebracht sein, auf deren weitere Verfolgung man sich einen für die Ruhe der Welt befriedigenden Verlauf versprechen könnte.

Notizen

Ein französisches Urteil über das Kautsky-Buch. In der „Humanité" vom 4. November findet sich ein in vielen Punkten so zutreffendes Urteil über das Buch Kautskys, daß wir nicht verfehlen möchten, den Lesern der „Deutschen Politik" den von einem „Mitgliede der Liga" (un ligueur — zu ergänzen: „der Menschenrechte") gezeichneten Artikel in tunlichst wortgetreuer Uebersetzung mitzuteilen:

„Wer auf das Kautskysche Buch gerechnet hatte, um triumphierend die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Entfesselung des Weltkrieges zu beweisen, wird eine bittere Enttäuschung erfahren. Das Buch liegt jetzt vor! Es ist soeben in französischer Sprache erschienen. Es ist jedem zugänglich, wenigstens jedem, der 10 Franken für ein Buch ausgeben kann. Wir haben es mit der größten Aufmerksamkeit und mit dem Bleistift in der Hand von Anfang bis zu Ende gelesen. Es erbringt nicht nur keinen Beweis, daß der deutsche Kaiser der verantwortliche Urheber der Weltkatastrophe ist, sondern es zeigt an einer Reihe packender (saisissants) Dokumente, daß unter all den fluchwürdigen Schurken, die in Europa im Monat Juli 1914 die Geschicke der Völker zu lenken hatten, gerade der Kaiser vielleicht den geringsten Anteil an dem Verbrechen aller Verbrechen hat. Es ist angezeigt, das gleich festzustellen und denen unserer Freunde, die während sechs Jahren in verblendetem Eigensinn eine Schutzwache um die Herren Poincaré und Viviani gebildet haben, klar zu machen, daß sie nicht leicht ihre Haltung gegenüber der sozialistischen Partei werden rechtfertigen können.

Das Kautskysche Buch trägt den Titel: „Wie der Weltkrieg entstand". Es ist übersetzt von Viktor Dave, dem Uebersetzer von Büchner und Haeckel. Man weiß zudem auch, unter welchen Umständen es geschrieben wurde. Infolge der deutschen Revolution vom 9. November war Karl Kautsky in der Eigenschaft als Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt eingetreten. Seine erste Sorge war nachzuforschen, ob nicht „belastendes Material" aus den Regierungsarchiven entfernt worden sei. Mit Unterstützung seiner Frau ging er daran, alle auf den Krieg sich beziehenden Dokumente einzusehen und zu sammeln. Und in dieser Beziehung muß man vorbehaltlos den deutschen Sozialistenführer loben, daß er unverzüglich diese notwendige Aufgabe unternommen hat. Er verschafft uns dadurch die allerwertvollste Auskunft. Er für seine Person begnügte sich nicht mit den wiederholten Versicherungen der Führer seines Landes, wie wir es in Frankreich getan haben. Er wollte wissen. Er wollte die Behauptungen der Beherrscher Deutschlands kontrollieren. Und während mehrerer Monate durchstöberte er die diplomatischen Archive mit dem Vorsatz nur auf Grund von Tatsachen, Dokumenten und Beweisen zu urteilen.

Es erübrigt sich zu erzählen, wie infolge des Ausscheidens der Vertreter der unabhängigen sozialistischen Partei Karl Kautsky sein Amt als Unterstaatssekretär niederlegte, dabei jedoch sein Werk fortsetzte, und wie man ihm nach dessen Beendigung zwei Mitarbeiter zur Seite gab, den Grafen Montgelas

Digitized by Google

und Professor Schücking. Uebrigens zögerte er nicht, sich mit diesen ins Einvernehmen zu setzen, und die Sammlung der kürzlich in vier Bänden von der deutschen Regierung veröffentlichten neunhundert Dokumente trägt die Unterschriften von den drei Männern.

Im Verlaufe seiner Nachforschungen hat Kautsky den Kommentar verfaßt, der soeben auch französisch unter dem Titel „Comment s'est déclanchée la guerre mondiale" erschienen ist. Zweifelsohne kann man bedauern, daß allzu oft der kritische Geist zu vermissen ist. Ist es in der Tat nicht sonderbar, daß er, bemüht Geschichte zu schreiben, sich weigert ein einziges Wort von all dem zu glauben, was die deutsche Regierung behauptet, hingegen ohne Erörterung und ohne Vorbehalt alles hinnimmt, was unsere eigenen politischen Führer sagen? Er treibt das Entgegenkommen diesen gegenüber so weit, daß er die berühmte Geschichte des Rückzuges von zehn Kilometern ernst nimmt, von dem der Generalissimus Joffre selbst in seinem Tagesbefehl sagte, daß er lediglich eine politische Maßnahme sei, die auf die öffentliche Meinung in England wirken sollte, und dessen völlige Bedeutungslosigkeit Herr Viviani durch die Erklärung kennzeichnete, daß er die Verantwortung dafür nicht übernommen haben würde, wenn dadurch der mindeste Nachteil für die nationale Verteidigung entstanden wäre.

Was aber die deutsche Regierung betrifft, so beharrt Kautsky in dem Glauben an die aggressive Versammlung in Potsdam am 5. Juli. Und er sieht nicht, daß am Tage nach dieser angeblichen aggressiven Versammlung der deutsche Kaiser eine Vergnügungsfahrt nach der Nordsee antrat, während die Herren Poincaré und Viviani jene gewagte Expedition (randonnée audacieuse) nach Petersburg unternehmen, aus der unvermeidlich die allgemeine Katastrophe hervorgehen sollte.

Aber besonders muß man auch die Oberflächlichkeit (légereté) bedauern, mit der Kautsky das Attentat von Serajewo verurteilt. Ist denn, vom Standpunkt der einfachsten Moral, dieses Verbrechen nicht ein Verbrechen? Und war es wirklich angebracht, zehn bis zwölf Millionen Männer in den Tod zu führen ausschließlich um einer Handvoll chauvinistischer Verbrecher und Mörder Genugtuung zu verschaffen? Mit welchem Recht läßt Kautsky bei Prüfung der Kriegsursachen das Ereignis außer Acht, das den wesentlichen und entscheidenden Anlaß bildete? Und mit welchem Rechte vergißt er, der doch Mitglied der internationalen sozialistischen Partei ist, die heldenmütige Haltung jener kleinen Gruppe unserer serbischen sozialistischen Freunde, einer Gruppe, die doch wirklich den politischen Hintergrund des Mordes von Serajewo kannte und kühn die Verantwortung auf sich nahm, die Militärkredite in einem Zeitpunkt zu verweigern, als Oesterreich-Ungarn schon in das serbische Gebiet eindrang[1])? Hier liegt ein wesentliches Problem der Moral vor. Ein Sozialist darf ihm nicht ausweichen. Und wenn man den Mord von Serajewo rechtfertigt, zieht das nicht die unvermeidliche Folgerung nach sich, auch den Mord von Jean Jaurès zu rechtfertigen?

Das Buch von Kautsky ist nichts desto weniger ein notwendiges Buch. Es dient uns als Beispiel in dem Sinne, daß es uns zeigt, daß wir — leider! — nicht einmal unseren Kautsky gehabt haben. Das muß gesagt werden!... Ab-

[1]) Anm. des Uebersetzers. Hier liegt ein Irrtum des Verfassers vor. Als am 1. August die serbische Skuptschina die Kriegskredite bewilligte standen höchstens ganz schwache österreichisch-ungarische Patrouillen auf serbischem Boden.

Digitized by Google

gesehen von der kleinen „Société d'Etudes documentaires et critiques sur la guerre", die man während des Krieges so sehr boykottiert hat, und um die Veröffentlichung von deren Arbeiten sich heute niemand kümmert, hat keiner der zahllosen Professoren, die im Verlaufe der Dreyfus-Affäre Feuer und Flamme gespien hatten, und keiner der bevollmächtigten Vertreter der sozialistischen Partei daran gedacht, die unbedingt nötigen Fragen zu stellen. Kein Widerstand hat sich erhoben. Keine Kraft zur Nachprüfung hat sich gezeigt. Keiner hat versucht, uns aus dem Lügengewebe zu befreien, das uns umstrickte. Und mit der ausdrücklichen Zustimmung derer, die am meisten berufen waren zu handeln, haben unsere Beherrscher Frankreich ruinieren und zwei Millionen Franzosen morden lassen können."

Es ist nicht zu verwundern, daß der Artikel des „ligueur" von anderer Seite, darunter auch von Longuet, in der „Humanité" selbst heftig angegriffen worden ist. Immerhin bleibt es erfreulich, daß eine so kräftige Abfertigung des naiven Glaubens einzelner Deutscher an die schneeweiße Unschuld der Entente in Frankreich veröffentlicht werden konnte. Unbekannt ist aber anscheinend in ganz Frankreich, daß Kautsky selbst in einer zweiten Schrift sagt: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht."

Neuerscheinungen

Literatur zur Schuldfrage. Aus unserem Leserkreise gehen uns Anfragen zu über die Kriegsschuld-Literatur, auf die Professor Delbrück in seinem Aufsatz gegen Kanner in unserem vorigen Heft verweist. Es dürfte sich um folgende Schriften handeln: „Kautsky und Harden" von Hans Delbrück, Verlag Karl Curtius in Berlin W 35, 3,20 M.

Kautsky hat hierauf erwidert in einer Schrift „Delbrück und Wilhelm II.", die wiederum zurückgewiesen ist von Delbrück im „Berliner Tageblatt" vom 22. Mai 1920 in einem Artikel „Karl Kautsky als Zarenanwalt".

Ferner: „Glossen zum Kautsky-Buch" von Graf Max Montgelas, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg, Preis 2,50 M. „Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch" von B. W. v. Bülow. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg.

Diese Schriften setzen sich im wesentlichen das Ziel, die Ungerechtigkeit und Unbegründetheit der gegen Deutschland erhobenen Anklagen nachzuweisen. Die Beweise für die positive Schuld des Feindbundes sind zusammengestellt und dargelegt in der Schrift von Paul Rohrbach: „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Ausbruch des Weltkrieges."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, ...ärtige Politik Axel Schmidt.
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 92... Werbedienst G. m. b. H.
Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsa... Königgrätzer Str. 99.
Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: ... durch die Postanstalt
15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Ge... 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe. Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse.

Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzelnr 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

„. . . . . die einzige politische Zeitung, die ganz objektiv Uebersetzungen aus der gesamten Auslandspresse bringt, und die daher zu halten, Pflicht jedes Deutschen ist, der Anspruch erhebt, als unterrichtet zu gelten . . . Wir haben außer der Auslandspost kaum eine Möglichkeit so restlos objektiver Tatsachenübermittlung.“ Hans v. Weber im soeben erschienenen „Zwiebelfisch“ Jahrg. XI.

„Die „AUSLANDSPOST“ hat in ihrer Haltung jene ernste Schlichtheit verwirklicht, die als Grundbedingung für alle politische Wirksamkeit erkannt werden muß. Sie unternimmt es, die Tatbestände der politischen Situation fortlaufend zu ermitteln. Woche für Woche stellt sie einen Auszug aus der Weltpresse her, einen exakt geführten Querschnitt durch die Aeußerungen aller Länder und Parteien. Ihr ist das so oft erstrebte Kunststück „Neutralität“ virtuos geglückt.“ (Frankfurter Nachrichten, 22. 11. 20

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR“

MÜNCHEN THERESIENSTRAS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 1
Rohrbach, Ein Vorschlag zur Güte 3
Heuß, Das Kabinett Fehrenbach 9
Erényi, Ungarns Krise 11
Stolper, Die deutsch-österreichische Finanzwirtschaft 17
Wilhelm, Reichsschulkonferenz 23
Fuchs, Kirchen auf! 28

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 4.–

5. Jahrgang 2. Juli 1920 erlin

Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G. m. b. H. Berlin W. 35.** Lützowstraße 102/4

Bettina von Arnim

Vorkämpfer deutscher Freiheit

Arnim,	Dies Buch gehört dem König	M. —.60
Barth,	Die politische Phrase	„ —.60
Jacoby,	Vier Fragen	„ —.60
Kant,	Staat, Religion und Erziehung	„ —.60
Rotteck,	Freiheit 1838	„ —.60
Heine,	Ich klage sie an!	„ —.40
Deutsche	Freiheitslieder	„ —.40
Blum,	Weihnachten	„ —.90
Rupp,	Ueber den christlichen Staat	„ —.40
Brater,	Fliegende Blätter 1857/58	„ —.40
Fichte,	Was ein Volk sei	„ —.40
Roesike,	An die Arbeiter	„ —.30
Oppenheim,	Pflichterfüllung	„ —.40
Richter,	Freiheit des Vereinswesens	„ —.30

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung, sonst direkt vom Verlag

Politischer Verlag B. Heller, München
Herzog-Maxstraße 4

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Stil und Behaglichkeit

Gedanken und Vorschläge zur Wohnungskultur

Von

Albert von Hofmann

Geschmackvoll kartoniert M 6.—

In den sechs Kapiteln dieses Büchleins gibt Albert von Hofmann Antwort auf die Frage: Wie schaffe ich mir in meinem Hause ohne Aufwand gediegene Behaglichkeit? — Es ist also ein überaus zeitgemäßes Buch, das die Gesundung und Kräftigung unseres Stilgefühls durch seine stetige Übung am eigenen Heim bezweckt. Das eigene Heim ist das einzige Feld, das allen zur Betätigung ihres Geschmacks offensteht; wie auf dem Gebiete der Wohnungskultur mit wenigem viel erreicht werden kann, zeigt der Verfasser besonders einleuchtend an sehr gut gewählten Beispielen.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH - Sp[illegible]sgeschäft

Zentrale: BERLIN S[illegible]
Fernsprecher No[illegible]
Leipziger [illegible]

[illegible]kirche 1a.
[illegible]2 u. 4512.
[illegible]m 2609.
[illegible]der Welt.

Digitized by Google

Die Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 65
Rohrbach, Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg 67
Thimme, Die innerpolitische Lage im Lichte von Spaa . 75
Buetz, Ungarn 80
Hennig, Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung . 83
Behrendt, Die Wohnungsfrage in Deutschland 86
Linter, Stagnierende Wirtschaft 93

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 16. Juli 1920 Heft 29

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W. 35.** Lützowstraße 102/

Forderungen der Zeit

Herausgegeben von Dr. Luebeck und Dr. Schäffer.

1. **Brentano** Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele
2. **Potthoff** Rätesystem und Berufsparlament
3. **Hartmann** Die Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland
4. **Rauecker** Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter
5. **Otto Heyn** Die Noteninflation als Krankheitserscheinung unseres Wirtschaftslebens. Preis: 2.—

Bezugsbedingungen:
Ord. je M. 1.20, bed. —.90, bar —.80 und 11/10
Bei Bezug von 20 Expl. (auch gemischt) 7/6

Politischer Verlag B. Heller, München
Herzog-Max-Strasse 4

Digitized by Google

5. Jahrgang * 16. Juli 1920 * Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glosse

Spaa ist die Wiederholung von Versailles geworden. Die Skepsis, die den Ankündigungen von San Remo galt, hat eine mehr als traurige Rechtfertigung bekommen. Die schöne Rede, daß man mit den Deutschen verhandeln werde, war erneuter Betrug; die Entente hat sich auf das Diktat schon vorher geeinigt, was an Reden getauscht wurde, war keine Verhandlung, sondern ein Festlegen auf vorher gefaßte Beschlüsse. Charakteristisch, daß die Entente je und je nur einen Sprecher hatte, um zum einen ihre Geschlossenheit zu markieren und zum anderen allen Ansätzen auszuweichen, daß diese Geschlossenheit, mühselig erreicht, irgendwie gefährdet werden könne. Man bleibt beim Diktat — das ist bequemer, und bringt nicht in die Verlegenheit, eine schöpferische Politik, die an Europa denkt, versuchen zu müssen. Daß die Delegation die militärischen Forderungen der Entwaffnung schließlich annahm, ist keine Erleichterung der Situation, sondern verschiebt die Schwierigkeiten auf Oktober und Januar, Schwierigkeiten, die in dem Putschbedürfnis der Linken so gut begründet sind wie in der anderen Frage: wohin mit den Entlassenen in einer Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnis? Um das Ruhrgebiet vor der Besetzung zu retten und damit die Kohlenversorgung des Winterts nicht völlig an die Feinde auszuliefern, hat man dem Zeitgewinn zugestimmt; aber deutlicher als alles, was wir im letzten Jahr erlebten, haben diese Vorgänge demonstriert, wie sehr die Unterzeichnung in Versailles Deutschland vor dem Verhängnis nicht gerettet, sondern es dauernd ausgeliefert hat.

*

Die Unabhängigen schwärmen sehr für die Entwaffnung Deutschlands. Ist diese erst durchgeführt, so wird auch, glauben die Pazifisten in ihren Reihen, die Abrüstung des feindlichen Militärismus beginnen. Sie applaudieren Lloyd George, wenn er den Mangel an gutem Willen bei der deutschen Regierung tadelt. Aber Lloyd George spricht auch von den Waffen in den unrechten Händen. Hier werden die Unabhängigen plötzlich schwerhörig. Denn — schwärmen sie nicht in allen kritischen Stunden von der Bewaffnung des Proletariats? Die Kommunisten sind da konse-

Digitized by Google

quenter; sie sehen, oder tun doch so, in den unendlich schweren Entscheidungen von Spa eine konterrevolutionäre Verschwörung. Sie denken nicht daran, die Waffen herauszugeben. Aber die Unabhängigen drücken sich um diese kitzlige Frage. Sie stellen sich als unschuldsvolle Lämmer vor, bricht aber irgendwo ein Konflikt los, so stellen sie sich schützend vor die Techniker der „direkten Aktion". Ihr Doppelspiel ist die Bekrönung der furchtbaren und unverantwortlichen Ziellosigkeit, mit der heute in deutschen Arbeiterkreisen Politik gemacht werden kann.

*

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen hat ein überwältigendes Ergebnis für das Deutschtum gebracht. Daran ist nicht die verzweifelte Lage Polens schuldig, sondern der Heimatsinn erhob sich gegen den Unsinn von Versailles. Die Stimmen des Masurenlandes sollen auch in Spaa gehört werden! Zwar will man dort Danzig ohne Deutschland behandeln, aber der 11. Juli hat die Frage des Korridors auf die Tagesordnung der Politik gezwungen.

*

Das neue polnische Kabinett Grabski segelt zwar unter der Flagge „parteilos", ist aber ein ausgesprochenes Kabinett der Rechten. Der Premierminister selbst gehört zur Partei der Nationaldemokraten, den ausgesprochenen Vertretern des polnischen Imperialismus. Polens internationale Lage wird dadurch nicht verbessert, weil alle Anrainer, wie Litauer und Weißruthener, von tiefstem Mißtrauen gerade gegen diese Partei erfüllt sind. Auch die Ukrainer, die augenblicklich, weil ihnen das bolschewistische Feuer auf den Nägeln brennt, sich gezwungen sahen, ein Bündnis mit Polen abzuschließen, haben deshalb noch lange nicht ihre Ansprüche auf die von Polen besetzten ukrainischen Gebiete aufgegeben. Diese Ansicht hat noch kürzlich der neue ukrainische Minister des Aeußeren, Nikowskyj, dem Korrespondenten der polnischen Zeitung „Gaz. Warsch." gegenüber vertreten: „Es ist selbstverständlich, daß prinzipiell genommen unser Ziel nur eine unteilbare, vereinigte Ukraine sein kann, ich will auch nicht verschweigen, daß meiner Ansicht nach die polnisch-ukrainische Westgrenze nur als Provisorium zu betrachten ist; diese Angelegenheit müsse in der nächsten Zukunft friedlich gelöst werden. Es ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auf dem Gebiete der administrativen und sozialen Verhältnisse Mißverständnisse vorkommen werden, doch bin ich fest überzeugt, daß sich freundschaftliche Beziehungen zwischen der ukrainischen und polnischen Bevölkerung festigen werden."

Die von Pilsudski angeordnete Massenerhebung, von der sich sogar die Sozialdemokraten nicht ausschließen, zeigt, ebenso wie die Hilferufe nach Spaa, die verzweifelte Lage Polens, das, noch nicht konsolidiert, bereits nach allen Seiten Expansionspolitik zu treiben begann, die die Kräfte des jungen Staates weit überstiegen.

Digitized by Google

Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg

Von Dr. Paul Rohrbach.

Der Beauftragte der Sowjetregierung in Rußland, Pokrowski, hat, wie wir wissen, 1918 in der Moskauer Wochenschrift „Prawda" Enthüllungen aus dem russischen diplomatischen Geheimarchiv gemacht. Darin findet sich die folgende Mitteilung. Im Sommer 1912 zeigte Iswolski in Paris dem damaligen französischen Minister des Aeußeren, Poincaré, den Geheimvertrag zwischen Bulgarien und Serbien vom 29. Februar 1912. Poincaré nannte ihn sofort ein „Kriegsinstrument" (Instument de guerre), England zögerte aber noch mit der Zustimmung zu einem unmittelbaren Druck auf die Türkei. Poincaré drang darauf, daß Grey in alle Pläne eingeweiht werden müsse. Der russische Minister des Auswärtigen, Ssasonow, begab sich also persönlich nach England und fragte seinen englischen Kollegen: was Rußland von England „im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland" zu erwarten hätte. Die Erklärungen, fährt Ssasonow in seinem für den Zaren geschriebenen Bericht fort, die er darauf sowohl von Sir Edward Grey als durch den Mund des Königs Georg selbst hören durfte, erschienen ihm „sehr bemerkenswert". Es heißt hierüber nach dem Bericht in der Prawda:

Als Ssasonow dem englischen Staatssekretär den Inhalt des russischen Marineabkommens mit Frankreich mitteilte und daran die Frage knüpfte, ob die englische Flotte nicht Rußland im Norden einen ähnlichen Dienst erweisen könnte, wie die französische im Süden, erklärte Grey „ohne zu schwanken, daß wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen." Und er bestätigte dem russischen Minister, was dieser „bereits von Poincaré wußte," das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges mit Deutschland sich verpflichtet, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen."

Der König aber, König Georg von England, „sprach sich in einer der Unterredungen mit mir" — diese Gespräche wurden in Balmoral geführt — „noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Seine Majestät das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müßte, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren." („We shall sink every single German merchantship, we shall get hold up."). Die letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Seiner Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland.

Die französisch-russische Marinekonvention, auf die Grey Bezug nahm, war am 16. Juli 1912 in Paris geschlossen worden. Einige Monate später fand

Digitized by Google

ein Briefwechsel zwischen Grey und Cambon statt, durch den schriftlich festgelegt wurde, daß Frankreich, falls es einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht erfahren, oder falls ein Ergebnis eintreten sollte, „das den allgemein Frieden bedrohte", England an seiner Seite sehen werde. Ein Zusammenstoß zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien war ein solches Ereignis. Für einen solchen Fall hatte Rußland den Serben seine Hilfe zugesagt. Das bedeutete Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Der Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns war Deutschland. Trat Deutschland gegen Rußland auf den Plan, so gab das den vertragsmäßigen Fall der französischen Bundeshilfe für Rußland. War aber Frankreich mit im Krieg, so mußte England ihm helfen. Damit war der Weltkrieg da. Das ist das, was Lord Northcliffe später den „Mechanismus der Entente" genannt hat. Im November 1912 erhielt Ssasonow auf die ausdrückliche nochmalige Anfrage in Paris, wie man dort über die eventuellen Konsequenzen des österreichisch-serbischen Konflikts denke, von Poincaré die Antwort: er überlasse Rußland die Initiative; entschließe sich Rußland zum Kriege, so werde Frankreich sich anschließen, sobald Deutschland Oesterreich gegen Rußland unterstütze. Da das Eintreten dieser letzteren Bedingung selbstverständlich war, so bedeuteten die Worte Poincarés für Rußland, wie wir vor kurzem hier schon ausführlicher darlegten, eine Blankovollmacht zur Entzündung des Weltkrieges auf dem Wege über Serbien.

Heute fragen wir: Ist denn aber die Antwort, die Grey dem Leiter der auswärtigen Politik Rußlands erteilte, *etwas anderes, als eben solch eine Blankovollmacht*? Die „in Frage stehenden Umstände" Greys sind der bewaffnete Konflikt zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland. Für diesen Fall, sagt Grey, werde England alles daran setzen, „um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen". Das ist nicht mehr und nicht weniger, als das Versprechen einer so gut wie unbedingten Kriegshilfe gegen Deutschland. Und wann wurde dies Versprechen gegeben? Die Russen, die mit Serbien im Einverständnis waren, Oesterreich-Ungarn, den Bundesgenossen Deutschlands, zu zertrümmern. England band sich durch den Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912 endgültig an Frankreich. Er schuf keine neue Lage, sondern bestätigte nur ein schon seit 1906 bestehendes Verhältnis zwischen England und Frankreich. Lord Loreburn (in seinem bekannten Buch „How the war come") sagt dazu:

Das Bündnis mit England, für das M. Delcassé und M. Cambon so lange und so geduldig gearbeitet hatten, war endlich erreicht — in der Tat, wenn auch nicht in der Form; in der Substanz, wenn auch nicht in Worten. Und neben andern Gefahren, die es enthielt, war auch die Gefahr, daß dies Land Frankreichs wegen in einen Krieg gebracht werden konnte, gar nicht wegen der eigenen Interessen der Nation, nicht wegen irgendeines französischen

Digitized by Google

Streites mit Deutschland, sondern wegen der Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegen Rußland.

Jedermann wußte, sagt Lord Loreburn, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich gespannt waren und daß Deutschland für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges Oesterreichs Verbündeter war. Es konnte also ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland auch indirekt durch eine russische Aktion entstehen, wo Frankreich der Bundesgenosse Rußlands war, ohne daß Frankreich und Deutschland selber einen Streit miteinander hatten. Mit Lord Loreburns Worten:

Dies ist das Risiko, das tatsächlich zum Krieg geführt hat. Und der Punkt, der klargestellt werden muß, ist der, daß unsere Regierung, indem sie diese intimen Beziehungen mit Frankreich schuf, tatsächlich nicht nur auf die 1870 erprobte Politik Gladstones verzichtete, sondern viel weiter ging. Sie schuf eine Lage, die uns direkt zwang, uns den Konsequenzen der russischen Balkanpolitik auszusetzen und das Britische Reich aufs Spiel zu setzen zur Verteidigung Frankreichs gegen die Folgen seines russischen Bündnisses. Tatsächlich lieferte es den Frieden Großbritanniens der Gnade des russischen Hofes aus.

Als der Weltkrieg 1914 in Sicht kam, war für Rußland wie für Frankreich der wirkliche Entschluß noch abhängig von einem dritten entscheidenden Faktor: England. Trat England dem Kriege gegen Deutschland bei, so so fühlten Russen und Franzosen sich beide sicher, ihn zu gewinnen; und zwar schnell und mühelos. Um England zu gewinnen, war Ssasonow 1912 in Balmoral gewesen und hatte von dort Greys Antwort mitgebracht: im Falle eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland würde England alles daran setzen, „um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag beizubringen". Pokrowski bespricht an der Stelle, wo er Ssasonows Bericht über die Unterhaltungen in Balmoral mitteilt, erst den Bericht Iswolskis über die Kriegsbereitschaft Poincarés vom 12. September 1912 (es ist dies der Bericht, in dem auch erzählt wird, Poincaré habe den mit Rußlands Hilfe fabrizierten bulgarisch-serbischen Geheimvertrag sofort mit den Worten charakterisiert: „C'est un instrument de guerre!") und sagt dann:

Auf dem Wege zu den Meerengen ergaben sich zwei Hindernisse. Das erste war die reservierte Haltung Englands in der Frage, das zweite das ängstliche Verhalten der französischen „öffentlichen Meinung", das heißt der französischen Bourgeoisie, zu Kriegsabenteuern. Es gab ein Mittel, das zweite Hindernis zu beseitigen; dieses Mittel war der Krieg mit Deutschland. Nachdem das letztere in den Kampf verwickelt wurde, erhielt die russische Diplomatie ein sicheres, ohne Versagen wirkendes Mittel, die Befürchtungen der Pariser Bankiers zu überwinden.

Und nun kann man sich das Vergnügen der zarischen Diplomatie vorstellen, als es sich zur gleichen Zeit herausstellte, daß der Krieg mit Deutschland auch das beste Mittel bildete, das englische Eis zum Schmelzen zu bringen. England, selbstverständlich das offizielle England, war schwerhörig, wenn es sich um den Krieg Rußlands mit der Türkei handelte, erwies sich aber als feinfühlig, als man begann, mit ihm vom Kriege Rußlands mit Deutschland zu sprechen.

Digitized by Google

Es folgt nun der Bericht über Balmoral. Dann fährt Pokrowski fort:

Schon vor Beginn des ersten Balkankrieges, das heißt vor allen andern mehr oder weniger Auffälligen Anlässen, die zur Krisis von 1914 führten, ließ die Stimmung der Führer der englischen Bourgeoisie an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. Wenn Frankreich und Rußland sich mit Deutschland schlagen würden, würde England unbedingt an dem Gepränge auf seiten Rußlands und Frankreichs teilnehmen. Den letzteren genügte die Stimmung allein nicht. Stimmung ist eine veränderliche Sache; sie brauchten sichere Dinge, insbesondere wollte Rußland von England die gleiche formale Verpflichtung erlangen, die es bereits von Frankreich besaß. Die englischen Imperialisten waren aber keineswegs geneigt, sich zu binden. Sie begriffen sehr gut, daß die zarischen Diplomaten Leute sind, die die ganze Hand ergreifen, wenn man ihnen einen Finger reicht. Aus diesem Grunde wagten sie nicht anders, als nach einer sehr reifen Ueberlegung wenigstens einen Finger zu reichen. In Petersburg brachte das die Leute in einen nervösen Zustand, der der Hysterie nahe war.

Pokrowski erzählt weiter, am 29. April 1914 habe Iswolski über den Besuch König Georgs und Greys in Paris berichtet, die Einigkeit Englands und Frankreichs sei vollkommen gewesen. Der französische Minister des Auswärtigen, Doumergue, habe für eine engere russisch-englische Verständigung gesprochen.

Sir Edward Grey antwortete Doumergue, daß er persönlich mit dem ihm gegenüber ausgesprochenen Gedanken vollkommen sympathisiere und vollkommen bereit wäre, ein Abkommen mit Rußland zu schließen, ähnlich den Abkommen, die zwischen England und Frankreich vorliegen. Er verschwieg jedoch Herrn Doumergue nicht, daß nicht nur inmitten der Regierungsparteien, sondern auch unter den Kabinettsmitgliedern Elemente vorhanden sind, die gegen Rußland voreingenommen und zur weiteren Annäherung an das letztere wenig geneigt sind. Er drückte aber doch die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen wird, Herrn Asquith und andre Kabinettsmitglieder seinem Standpunkt geneigt zu machen. . . .«

So Iswolski, der seinen Bericht mit den Sätzen schließt:

Alle drei auf der Konferenz Anwesenden, Herr Doumergue, Cambon und de Margerie sagten mir, daß sie über die von Sir Edward Grey ausgedrückte, klar ausgesprochene und bestimmte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten, erstaunt gewesen seien. Nach ihrer Ueberzeugung tragen die von ihm bezüglich des Herrn Asquith und der andern Kabinettsmitglieder gemachten Vorbehalte lediglich einen formalen Charakter, und wenn er im voraus von ihrem Einverständnis nicht überzeugt wäre, würde er sich so konkreter Vorschläge enthalten haben.

Die Verhandlungen über eine Marinekonvention wurden sofort begonnen. Pokrowski gibt eine hierauf bezügliche und nicht datierte Meldung Ssasonows an den Zaren wieder:

Der französische Botschafter teilte mir mit, daß laut dem von ihm aus Paris erhaltenen Geheimtelegramm die großbritannische Regierung beschloß, den englischen Admiralstab zum Eintritt in Verhandlungen mit französischen und russischen Marineagenten in London zu bevollmächtigen, mit dem Zweck, technische Bedingungen einer möglichen Einwirkung der Seestreitkräfte Englands, Rußlands und Frankreichs auszuarbeiten.

Digitized by Google

Die Russen verlangten, England solle einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhalten. Geschähe das, so könne vielleicht eine Landung in Pommern vorgenommen werden, und dazu werde es nützlich sein, wenn England einwillige, daß vor der Kriegserklärung soviel englische Handelsschiffe in die russischen Ostseehäfen dirigiert würden, daß sich der Mangel an Transportmitteln auf der russischen Seite ausgliche. Die Verhandlungen über die Marinekonvention wurden aber in Deutschland bekannt. Die englische Regierung leugnete sie, als Artikel in der deutschen Presse erschienen, rund ab, und Grey teilte am 26. Juli 1914 dem russischen Botschafter mit, er habe dem deutschen Botschafter, der zum Kaiser nach Kiel reise, folgendes erklärt:

Zwischen England, Frankreich und Rußland existiere kein Bündnis und keine Konvention. Andererseits seien die Beziehungen zwischen den drei Regierungen in den letzten Jahren so, daß sie ständig über alles und bei jedem Fall miteinander konferierten als wenn sie Verbündete wären. Die Verhandlungen hätten aber niemals einen Deutschland bedrohenden Charakter gehabt und verfolgten keine „sogenannte Einkreisungspolitik".

Pokrowski macht sich über diese Mitteilung Greys an den deutschen Botschafter mit einem bekannten russischen Zitat lustig: „Außer demselben aber gleichsam in demselben", und meint, der Verfasser des Lustspiels, in dem der Satz vorkommt, Schtschedrin, reiche noch nicht einmal an die Diplomaten. Wenn die Leser, sagt er, „diese Erklärung Greys mit allem oben Wiedergegebenen vergleichen, werden sie verstehen, warum die Diplomatie der bürgerlichen Gesellschaft nur eine geheime sein konnte". Pokrowski schließt seinen Abschnitt mit den Worten:

Das Programm war also gegeben: den Ueberfall Rußlands auf die Türkei wird England nicht dulden. Wenn aber wegen der Meerengen Deutschland in den Kampf verwickelt wird, ist die Mitwirkung der Engländer gesichert. Um von der „Tür vor dem eigenen Hause" Besitz zu ergreifen, muß man (das heißt Rußland) folglich einen solchen Krieg hervorrufen, wo die Deutschen unbedingt auf dem Schauplatz sind.

Hier sehen wir bezeugt, wie das russische Programm aussah und wie weit Rußland mit England war, als die Krisis vom Sommer 1914 ausbrach. Wir sehen den Plan: einen Konflikt hervorzurufen, der Deutschland zum Eingreifen bringt, wodurch Frankreich und England gegen Deutschland mit unter die Waffen gerufen werden sollen. Wir sehen, wie Grey bereit ist, Rußland in die „Verpflichtung in Ehren" Großbritanniens gegen Frankreich mitaufzunehmen, wie er aber mit Widerständen in seinem eigenen Kabinett rechnet. Lord Loreburn gibt in seinem Kapitel über England und die französische Allianz eine Schilderung Rußlands, die inhaltlich ungefähr aus dem Sinne derjenigen englischen Staatsmänner gesprochen sein wird, die vor Rußland zurückschreckten. Er sagt, wenn es in Deutschland auch eine übermäßige Staatsaufsicht mit Gewalt im

Digitized by Google

Hintergrunde gegeben habe, so sei die Verwaltung doch von höchster Qualität gewesen — in Rußland dagegen war auch diese hoffnungslos:

Die Beamten waren korrumpiert in unglaublicher Weise. . . . Was für eine Politik auch immer der Zar beschließen mochte, er war stets in bezug auf die Informationen, nach denen er handelte, der Täuschung durch verräterische Ratgeber oder dem Ungehorsam und dem Betrug unterworfen. Das russische Volk war fromm, fleißig, achtbar und tapfer. Sein Zar war ein ehrenhafter Mann in einer ganz unmöglichen Lage. . . . Am Ende seines Werkes über die russische Finsternis spricht Dr. Dillon von den schmutzigen Waffen der russischen Regierung und sagt: „der Hauptzweck dieser teuflischen Methoden war, ein System zu verewigen, dessen Ungerechtigkeit keine Parellele im Christentum hat und 140 000 000 Bauern in einem Zustand festzuhalten, der unsere Verwunderung erregt; ebenso über ihre Geduld vor der Revolution, wie man sich danach über ihre anarchistische Raserei gewundert hat". Die Administration war hoffnungslos, die Diplomatie unaufrichtig und ein beständiger Krieg wurde zwischen unversöhnlichen Nihilisten und Anarchisten auf der einen Seite und einer bedenkenfreien Geheimpolizei auf der andern geführt. Niemand konnte sagen, wann eine Revolution ausbrechen mochte. Alle diese Dinge waren jeder europäischen Regierung vollkommen bekannt.

Lord Loreburn schildert hiernach die Folgen der russischen Korruption, die in verschiedenen Mängeln der Kriegführung hervortraten, und er erinnert daran, daß der Zar selber die russische Mobilmachung, „den unmittelbaren Grund für den Ausbruch des Krieges" habe anhalten wollen, daß aber sein Befehl von seinen Untergebenen mißachtet wurde. Mit dem Wort „Verräterei und Unfähigkeiten regierten zu oberst", schließt er seine Schilderung Rußlands und fügt dann die Anklage hinzu:

Das war das Wesen der Regierung, in deren Hände das Schicksal Frankreichs durch die Allianz zwischen Frankreich und Rußland gelegt war und deren Händen auch das Geschick des Britischen Reiches anvertraut war, wenn die französisch-englische Entente so ausgelegt wurde, wie sie tatsächlich ausgelegt oder angewendet worden ist!

Am 1. August 1914 schrieb die „Daily News":

Sollen wir unser bestes Blut für Rußland vergießen, sollen wir seine Herrschaft über Europa und Asien aufrichten helfen? Darum handelt es sich. Denn tatsächlich hält der Zar die Wage in der Hand. Aber wir halten unsererseits den Zaren in der Hand. Daher hängt es schließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen soll.

Die Formel, daß der Zar Frieden und Krieg, England aber den Zaren in der Hand hielt, ist das Gegenstück zu der von Lord Loreburn: Englands Friede habe von der Gnade des russischen Hofes abgehangen. Beide Formeln sind richtig, je nachdem, von welchem Ausgangspunkt man zu dieser oder jener gelangt. Beide sind aber darin ungenau, daß sie die wenig bedeutende Persönlichkeit Nikolaus II. oder seinen Hof an die Stelle der zum Kriege entschlossenen panslawistischen Gewalten in Rußland setzen.

Digitized by Google

Derjenige Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war, wie wir wissen, die volle Mobilisation Rußlands. Pokrowski teilt ein Geheimtelegramm Ssasonows an Iswolski nach Paris vom 29. Juli 1914 mit: der deutsche Botschafter habe am selben Tage erklärt, Deutschland werde mobilisieren, wenn Rußland die von ihm betriebenen militärischen Vorbereitungen nicht einstelle. Da Deutschlands Wunsch nicht erfüllt werden könne, so bleibe nur übrig „unsre Bewaffnung zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen." Weiter heißt es:

Wollen sie die französische Regierung darüber in Kenntnis setzen und ihr gleichzeitig unseren aufrichtigen Dank aussprechen, für die mir gegenüber im Namen der französischen Regierung erfolgten Erklärung des französischen Botschafters, daß wir im vollen Maße auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist diese Erklärung für uns besonders wertvoll. Es wäre äußerst wünschenswert, daß auch England, ohne Zeit zu verlieren, sich Frankreich und Rußland anschließt, denn nur auf diese Weise wird es ihm gelingen, die gefährliche Störung des europäischen Gleichgewichtes abzuwenden.

Wer waren diejenigen Kräfte in England, von denen die russischen Machthaber überzeugt waren, daß sie England mit in den Krieg ziehen würden? Am 26. Juli klagt (nach Pokrowski) der russische Botschafter Benckendorff in London noch in einer Depesche an Ssasonow: „Mir gelingt es nicht, Grey vorwärts zu bringen". Am 27. bestätigt Benckendorff:

Die Sprache Greys ist vom heutigen Tage an viel klarer und merkbar fester, als bis dahin geworden.

Drei Tage später berichtete Benckendorff, Cambon habe bei Grey angefragt, ob dieser der Meinung sei, der Moment sei da? Grey aber habe geantwortet, der Moment werde eintreten, „sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig kläre".

Die „Stellungnahme Deutschlands" hing ab von der russischen Mobilmachung; Greys Antwort konnten sich also die Russen nur dahin übersetzen: Antwortet Deutschland auf russische Maßnahmen mit Krieg, so tritt England mit in den Kampf gegen Deutschland ein. In dem Benckendorffschen Bericht hieß es noch weiter, Cambon habe gesagt, daß nach seiner Meinung die Lage sich in den Augen des Parlaments noch nicht soweit genügend geklärt habe, daß Grey, ohne etwas zu riskieren, schon „offen auftreten" könne. Auch dem Parlament mußte also erst ein Deutschland gezeigt werden, das aus den russischen Mobilisierungsmaßnahmen die Konsequenz zog, es sei damit am Leben bedroht.

Am 31. Juli telegraphierte der Botschafter:

Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zur großen Vorsicht zwingt. . . . Ich bitte Sie, in Betracht zu ziehen, daß die Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben. . . . Die Krisis wird erst an jenem Tage eintreten, wo die europäische Seite der

Digitized by Google

Frage infolge der Gefahr eines Ueberfalls auf Frankreich augenfällig sein wird. Dies ist wenigstens meine Meinung und die Meinung Cambons. Wollen Sie das, so weit als nur möglich berücksichtigen.

Es ist wieder der „Mechanismus der Entente", der hier zum Spielen gebracht werden soll. Ein deutsch-russischer Kriegszustand mußte automatisch den deutsch-französischen nach sich ziehen; der deutsche Kriegsplan, das war bekannt, sah zunächst Defensive gegen Rußland und sofortige Offensive gegen Frankreich vor. Das war der „Ueberfall auf Frankreich", mit dem die russischen wie die französischen Diplomaten rechneten — und anscheinend auch Grey. Pokrowski schreibt zu den eben wiedergegebenen Depeschen:

Wieder und wieder geriet die Sache auf dasselbe Geleise: um eine Garantie zu haben, daß England an Rußlands und Frankreichs Seite Krieg führt, war es nötig, Deutschland auf den Kriegsschauplatz zu ziehen. Dafür gab es aber nur ein sicheres Mittel, den Ueberfall Rußlands auf Oesterreich oder wenigstens eine solche Haltung Rußlands, bei der dieser Ueberfall für Deutschland unvermeidlich scheinen würde. Jetzt wird uns die Rolle klar, die die russische Mobilisation spielen sollte.

Pokrowski spricht es also direkt aus, daß die Mobilmachung Rußlands Deutschland zu Maßnahmen bewegen sollte, die den Eintritt Deutschlands in den Krieg unmittelbar erwarten ließen und England dadurch zur Teilnahme am Kriege bewegten, und er fährt dann fort, das Zusammenspiel der Kräfte für den Krieg zu enthüllen. Gerade am Tage der russischen Mobilmachung, sagt er, war das „Londoner Bulletin", der Bericht der russischen Botschaft über die Stimmung in England „noch schwärzer als die Nacht". Benckendorff telegraphierte:

Heute wurde konstatiert, daß das Parlament im gegenwärtigen Moment keine bestimmte Haltung billigen könnte, daß die serbische Sache in den Augen der öffentlichen Meinung keine Bedeutung habe, und daß alle Finanz-, Handels- und Industriezentralen Nordenglands gegen den Krieg seien.

Einige Stunden später schlug Benckendorff, wie Pokrowski sagt, „direkt Alarm". Er fürchtete die Gefahr, daß man in Petersburg die Lage in London und England schon für reifer hielt, als sie war. Dadurch wäre die Taktik gefährdet worden, die Grey einhalten wollte: Nicht eher von Krieg zu sprechen, als bis die öffentliche Meinung präpariert war. Benckendorffs Telegramm lautete:

Bitte dringend um Instruktionen. Persönlich. Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralysieren würde, dessen Einfluß in wenigen Stunden wiederhergestellt sein könnte.

Daß hiernach ein Zusammenspiel mit Grey angenommen werden muß, ist kaum von der Hand zu weisen. Greys Einfluß wird unzweideutig als Englands Teilnahme am Krieg fördernd eingesetzt. Im Augenblick bestehen Hindernisse, aber wenn nicht Verkehrtes von Rußland her ge-

Digitized by Google

schieht, so kann „in einigen Stunden" alles wieder in Ordnung sein. Pokrowski sagt, in London habe man, als dies Telegramm abgesandt wurde, bereits die deutsche Erklärung des „Kriegszustandes" (soll vielmehr heißen: „Kriegsgefahr") gekannt, die der Kaiser als Antwort auf den russischen Mobilmachungsbefehl erließ. „Wenn man auch danach noch von der Wiederherstellung des Einflusses Greys in der Zukunft (Futurum) sprechen mußte", sagt Pokrowski, so zeigte sich darin, wie schwerfällig die „öffentliche Meinung" Englands in jenem Moment auf den österreichisch-russisch-serbischen Konflikt noch reagierte. „War aber die Lawine der (deutschen) Mobilisation erst in Bewegung gesetzt, so geschah das übrige schon automatisch von selbst". Dann ging das in Erfüllung, was der Botschafter Benckendorff in seinem Bericht nach Petersburg vom 26. Juli 1914 gesagt hatte, anknüpfend an den Ausdruck der Besorgnis, daß Grey befürchtete, die öffentliche Meinung Englands werde ihn nicht unterstützen, wenn er zu früh hervortrete:

Daß auch England in den Krieg hineingezogen werden kann, das kann die langsame englische Einbildungskraft noch nicht fassen. Das alles ist sehr traurig, aber es ist so. Es ist nötig, unumgänglich notwendig für Sie, sich die englische Mitarbeiterschaft zu sichern. Wenn sie auch spät kommen wird, so wird sie doch unausbleiblich kommen. Was die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erscheint mir dieselbe in dunklerem Lichte als alle übrigen. Und darauf eben stütze ich mich hier. England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel, wie vor dem Vorrang Deutschlands in der Welt.

Ist es nötig, dieser Darstellung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung für den Weltkrieg noch einen weiteren Kommentar hinzuzufügen? Wir glauben das nicht. Aber in Versailles wurde Deutschland das Bekenntnis zur alleinigen Verantwortlichkeit diktiert und in Spa wird weiter auf diesem Bekenntnis gefußt. Diejenigen, die es tun, wissen es selbst besser, aber sie wissen auch, daß ihr Dasein auf der Lüge gegen ihr Gewissen ruht.

Die innerpolitische Lage im Lichte von Spaa

Von Dr. Friedrich Thimme.

Rein äußerlich mag es scheinen, als ob die ganze innere Politik durch die seit dem 5. Juli im Gange befindliche Konferenz von Spaa zum Stillstand verurteilt sei. Am 6. Juli ist auf ein Telegramm des Reichskanzlers hin wegen der Abwesenheit zahlreicher Minister der Reichstag bis zum 28. Juli auseinandergegangen. Schon vorher hatte sich am 1. Juli der kaum zusammengetretene vorläufige Reichswirtschaftsrat ebenfalls im Hinblick auf die Konferenz von Spaa, mit der ja unsere ganze Reichswirtschaft sozusagen steht und fällt, vertagt. Auch die Preußische Landesversammlung, die sich erst jeder Rücksichtnahme auf Spaa entschlagen zu

Digitized by Google

können vermaß, ist am 8. Juli in die Sommerferien gegangen. So herrscht, nachdem die letzten erregten Auseinandersetzungen des Preußenparlaments verklungen sind, in der inneren Politik altum silentium. Für den wirklichen Politiker, der nicht im kleinlichen Gezänk des Tages aufgeht, kann diese Pause nur ein erwünschter Anlaß sein, um die mit der neuen Regierungsbildung im Reiche begonnene neue innerpolitische Situation im Lichte der Konferenz von Spaa, die ja natürlich auch auf unsere inneren Verhältnisse die stärkste Rückwirkung haben muß, zu überprüfen.

Eine solche Ueberprüfung wird sich naturgemäß zunächst der Frage zuwenden, ob bei uns die innere Politik im rechten Verhältnis zu der äußeren steht. Die Frage aufwerfen heißt schon sie verneinen. In der „Deutschen Politik" ist von je, im Einklang mit der Rankeschen Geschichtsauffassung die Anschauung von dem Primat der auswärtigen Politik vertreten. In Deutschland aber hat man seit dem Zusammenbruch und der Revolution sich noch mehr wie früher daran gewöhnt, alle Politik einseitig unter innerpolitischem Gesichtswinkel zu betrachten. Statt von Anfang an konsequent im Auge zu behalten, daß unsere ganze deutsche Zukunft es in erster Linie erfordere, unsere durch den Friedensschluß von Versailles nur provisorisch regulierten Beziehungen zu unseren bisherigen Gegnern ins reine zu bringen, haben wir unser Augenmerk fast ausschließlich unserem eigenen Verfassungswerk zugewandt. Das deutsche Volk lebte der Illusion, als würde die Entente, wenn wir nur unsere Einrichtungen recht fest im republikanischen und demokratischen Sinne ausbauten, uns von selbst ihr Wohlwollen zuwenden. Als ob die hochbelobte „freieste Verfassung der Welt" der Entente nur den geringsten Schutz vor einem Rechts- oder Links-Putsch gewährte. Seit dem Kapp-Putsch unseligen Gedenkens und seinen Folgeergebnissen scheint dem deutschen Volke vollends die Fähigkeit, die Erfordernisse der äußeren und der inneren Politik auseinanderzuhalten, um diese jener unterzuordnen, abhanden gekommen zu sein. Ohne allen Zweifel wäre es das einzig Richtige gewesen, mit Rücksicht auf die kommende große Auseinandersetzung über die Ausführung des Versailler Friedens, auf die wir mindestens seit der Konferenz in San Remo rechnen durften, es bei dem ursprünglich in Aussicht genommenen Herbsttermin für die Reichstagswahlen zu belassen oder doch zu diesem Termin zurückzukehren. Aber die damals am Ruder befindliche Koaliton war nach dem Kapputsch wie berauscht von der Aussicht, durch Beschleunigung der Reichstagswahlen die Situation innerpolitisch zu ihren Gunsten ausnützen zu können. Sie übersah ganz, daß die Vorbereitung der Wahlen, die unvermeidliche Amtsniederlegung der Regierung nach den Wahlen und ihre Neubildung selbst in dem Falle der Befestigung der Koalitionsmehrheit den denkbar schlechtesten Auftakt für Spaa abgeben mußte. Woher sollte denn eine Regierung, die ganz mit den innerpolitischen Aspekten beschäftigt

Digitized by Google

war, die Zeit nehmen, sich in rechter Weise mit den Vorbereitungen auf die kommende außenpolitische Auseinandersetzung zu befassen?

Dem deutschen, ach so unpolitischen Wähler wird man es nicht allzu übel nehmen können, daß er bei der Wahl sich nicht von dem Gesichtspunkt leiten ließ, welche Reichstagsmehrheit im Hinblick auf die zu erstrebende, möglichst weitgehende Verständigung mit der Entente zu wünschen sein möchte. Tatsächlich war diese Frage selbst für den gewiegten Politiker nicht leicht zu entscheiden. Man konnte sehr wohl der Ansicht sein, daß die Entente in einer Verstärkung des nationalen, meinetwegen des nationalistischen Gepräges der deutschen Volksversammlung das kleinere Uebel gegenüber einer Zunahme der sozialistischen Stimmen sehen würde; bedeutet doch ein Sieg des Sozialismus, vor allem des unabhängigen marxistischen und nun gar des syndikalistisch-kommunistischen Sozialismus, trotz aller Denunzianten- und Schergendienste, durch die die radikalen Sozialisten sich bei der Entente einzuschmeicheln suchen, die größte Gefahr für das Werk von Versailles. Aber wenn nicht von dem deutschen Wähler, so doch von der neugewählten Volksvertretung und nicht zuletzt von dem Präsidenten der deutschen Republik hätte man erwarten, vielmehr hätte man verlangen müssen, daß sie bei der Neubildung der Regierung und bei der Auswahl der führenden Minister in erster Hinsicht von der Rücksicht auf die so nahe bevorstehende Konferenz von Spaa sich leiten ließen. Statt dessen hat der Parteiegoismus in den schier endlosen Zeiten der Regierungsbildung geradezu seine Orgien gefeiert. Auf den selbstverständlichen Gedanken, daß auch die führenden Männer, daß vor allem der Reichskanzler unbedingt nach ihrer Eignung für Spaa gewählt werden müßten, scheint keine Partei gekommen zu sein. Im Ernst wird doch niemand behaupten wollen, daß der brave und sympathische Reichskanzler Fehrenbach, der niemals etwas mit schwierigen internationalen Verhandlungen zu tun gehabt hat, niemals einen sicheren Blick für außenpolitische Verhältnisse und für die Mentalität unserer Gegner bekundet hat, die gegebene Persönlichkeit sei, um einem Lloyd George, einem Millerand in kontradiktorischem Verfahren gegenüberzutreten, geschweige denn, um ihnen die Stange zu halten! Würde es nicht weit besser gewesen sein, mit dieser Rolle einen der hervorragendsten Führer unseres Wirtschaftslebens, und wäre es selbst der als bête noire so viel verschriene Stinnes, zu beauftragen, jedenfalls aber doch einen wirklichen Kenner des Auslandes und der Wechselbeziehungen und Wirkungen zwischen deutscher und außerdeutscher Wirtschaft, unter gänzlicher Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte? Wenigstens hat man, mehr instinktmäßig als aus sorgsamer Ueberlegung heraus in dem Außenminister Simons eine Persönlichkeit gefunden, die die offenbaren Mängel und Schwächen des Reichskanzlers in etwas ausgleichen kann. Ob die anderen maßgebenden Persönlichkeiten in der Regierung,

Digitized by Google

vor allem der Wirtschafts- und der Finanzminister, den Ansprüchen, die man just in diesem Moment an sie stellen muß, genügen können, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Der Erfolg wird es ja lehren. U. E. ist jedenfalls die Deutsche Volkspartei, die mit solchem Applomb die Fähigungsnachweis kläglich schuldiggeblieben. Es hätte ihr unbedingt gelingen müssen, die großen wirtschaftspolitischen Koryphäen, die sie in petto zu haben behauptete, zu bewegen, in die Bresche von Spaa zu springen. Das von diesen Wirtschaftsmagnaten angeblich als Grund der Weigerung vorgeschützte Moment der mangelnden wirtschafts- und finanzpolitischen Einheitlichkeit in allen Ehren, aber handelte es sich denn in diesem welthistorischen Augenblicke nicht darum, erst einmal die Grundlage für alle weitere Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Verhandlungen mit der Entente zu legen? Eine Parteileitung, die das klar erkannt hätte, hätte wirklich Manns genug sein müssen, die Bedenken jener Wirtschaftsgrößen als eine cura posterior zu überwinden.

Das bisherige Ergebnis von Spaa — in dem Moment, wo dies geschrieben wird, stehen wir noch mitten in den Verhandlungen — hat bereits in beschämender Weise aufgezeigt, wie schlecht, wie herzlich schlecht unsere Regierung auf Spaa vorbereitet war. Es hat sich nur zu sehr gerächt, daß die letzten Wochen vor Spaa, statt allein und ausschließlich den sorgsamsten Vorarbeiten für Spaa gewidmet zu sein, mit parlamentarischen Schachereien und Vielredereien vertrödelt wurden. In den wenigen Tagen, die zwischen der endlichen Regierungsbildung und der Abreise unserer Delegierten nach Spaa verstrichen sind, wird keiner derselben, mit Ausnahme vielleicht des Außenministers, der ja schon in Versailles einer unserer hervorragendsten Vertreter war und das Friedenswerk wie kaum ein anderer kennt, in der Lage gewesen sein, die mangelnde Vorbereitung nachzuholen. Zwar waren von langer Hand der eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und weitere amtliche Denkschriften über Deutschlands Zahlungsfähigkeit und über die bisherige steuerliche Belastung ausgearbeitet worden. Aber gerade das, worauf es unseren Gegnern ankommen mußte und tatsächlich ankommt: ein positives und festes Programm für die Wiedergutmachung und den Aufbau, das war in den Denkschriften, so weit man sehen kann, zu kurz gekommen, und es scheint nicht, daß unsere Unterhändler überhaupt mit einem klaren Programm nach Spaa gegangen sind. Der Mangel trat schon bei den Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage in aller Schärfe zu Tage. Der Wehrminister Geßler und der Reichskanzler Fehrenbach hielten lange Reden, aber bestimmte Vorschläge über die Materialabgabe und die Herabsetzung des Heeres waren in ihnen nicht enthalten, und es zeigte sich, daß im Schoße der deutschen Bevollmächtigten

Digitized by Google

nicht einmal ein Einverständnis über diesen wichtigen Punkt bestand. Es mußte erst, auf Geheiß der Entente, ein Einvernehmen über bestimmte Vorschläge hergestellt werden, die dann unter dem Gesichtspunkte, die gegnerischen Staatsmänner für unsere notwendigen Bedürfnisse zu gewinnen, nicht einmal besonders geschickt ausfielen. Erschreckend trat auch von vornherein zu Tage, wie wenig insbesondere der Reichskanzler auf die Mentalität der Lloyd George und Millerand eingestellt war. Er sprach genau in dem Stile, mit dem er im deutschen Reichstag Eindruck zu erzielen gewohnt war, der in Spaa aber so wenig wie möglich angebracht war. Weit besser hat sich Außenminister Simons aus der Affäre gezogen. Wir wollen hoffen, daß in den noch ausstehenden Verhandlungen die deutschen Unterhändler ihre Taktik mehr auf das eigentümliche Terrain von Spaa eingestellt haben werden und daß sich schließlich doch ein auch in unserem Sinne leidliches Ergebnis hier erzielen läßt.

Wie nun auch das schließliche Ergebnis von Spaa sein wird: Das deutsche Volk wird unter allen Umständen aus ihm auch innerpolitisch die Konsequenzen zu ziehen haben. Wir werden uns endlich daran gewöhnen müssen, der äußeren Politik im Verhältnis zur inneren den ihr gebührenden Rang einzuräumen, gerade jetzt, wo uns weniger Raum als je zur außenpolitischen Betätigung belassen zu sein scheint. Wir müssen nicht bloß begreifen lernen, wie schwer es sich gerächt hat, daß das deutsche Volk, seine Parteien und seine Staatsmänner so wenig auf die äußere Politik, auf die Psyche unserer Gegner eingestellt waren, wie verkehrt es war, die heimischen Methoden des Vielredens und des Drumherumredens auf Spaa zu übertragen, sondern wir müssen alles aufbieten, um Menschen und Dinge am richtigen Ende anfassen zu lernen. Vor allem müssen wir und endlich der unseligen Scheuklappen unserer Parteisucht, unseres inneren Haders zu entledigen suchen. Es ist — tausendmal ist es gesagt, und nie beherzigt! — immer vom Uebel, wenn in einem Volke den inneren Kämpfen, dem Streit der Parteien um den besten Platz, den kleinlichen, persönlichen Auseinandersetzungen ein gar zu breiter Spielraum gewährt wird, nun gar in einem welthistorischen Moment, wo es gilt, sich mit den bisherigen Gegnern an einen Verhandlungstisch zu setzen. Ueberhaupt muß endlich doch ein Weg gefunden werden, um die innerpolitischen Kämpfe bei uns, in- und außerhalb der Parlamente, um die Rededuelle in den Volksvertretungen, auf das richtige Maß zurückzuführen. Sehen denn unsere Parteien nicht, wie sehr sie letzten Endes den Parlamentarismus, die demokratische Regierungsform, beim deutschen Volk diskreditieren, wie sie den Ast, auf dem sie selbst sitzen, absägen? Das deutsche Volk hat dem wochenlangen Kampf der Parteien um die neueste Regierungsbildung mit steigendem Unmut, schließlich mit völligem Ueberdruß zugeschaut. Mit leiser Hoffnung blickt es auf den vorläufigen Reichswirt-

Digitized by Google

schaftsrat, der das Goethesche „Heiß mich nicht reden, heiß mich schweigen!" zur Devise zu nehmen gewillt scheint. Ja, schweigen und handeln, sollte das nicht die rechte Parole auch für unser politisches Parlament, für unsere Parteien sein? Wir hoffen, daß unsere Parteien die eindringlichen und schmerzlichen Lehren von Spaa nicht ganz in den Wind schlagen werden!

Ungarn

Von G. Buetz, Dessau

Die vielen deutschen Besitzer ungarischer Werte werden mit großer Besorgnis den ungarischen Friedensvertrag zur Kenntnis genommen haben, der so erhebliche Teile Ungarns von dem ehemaligen Gebiete löst, daß Ungarn gewissermaßen zu einem Begriffe wurde. Nun hat Ungarn nicht nur seine alte territoriale Ausdehnung verloren, es sind dem Lande auch seine besten Rohstoffe genommen worden. Ungarn hat infolge des Friedensvertrages seine reichen Salzlager und nahezu ¾ seiner hochwertvollen Wälder verloren, es hat seine siebenbürgischen Kohlengruben hergeben müssen und seine südlichen Gebiete der Textilindustrie und des Baumwollenbaues. Außerdem ist die Mühlenindustrie als gefährdet anzusehen, denn die ungarischen Mühlen haben das aus dem Banat und aus der Bacska angelieferte Getreide verloren.

Diesen Tatsachen, die in ihrer Wirkung natürlich nicht unterschätzt werden können, stehen nun aber folgende günstige Bedingungen gegenüber. Ungarn ist nicht wie Deutsch-Oesterreich ein Industrieland, sondern ein Agrarland, infolgedessen sind die Wirkungen des Verlustes industrieller Rohstoffe von längst nicht der entscheidenden Bedeutung wie gegenüber einem vorwiegend industriellen Gebiete. Ungarn hatte eigentlich nur zwei Industrien, die Anspruch auf eine großzügige Entwicklung haben, es ist dies die Mühlenindustrie und die Maschinenindustrie. Die Maschinenindustrie muß insofern als gesichert angesehen werden, als man zwar die montanen Rohstoffe einführen muß, der wichtigste Kohlenverbrauch aber als gedeckt erscheinen kann. Ungarn sind innerhalb der neuen Grenze genügend Kohlenlager geblieben, um Hausbrand und Industrie wie Verkehrsmittel sicherzustellen. Bedingung aber hierbei ist, daß die ungarischen Kohlengruben wieder nicht nur in normaler Weise fördern, sondern daß man auch eine Erweiterung der Ausbeute vornimmt, um hierdurch die Montaneinfuhr vielleicht noch durch eine Kohlenabgabe entlasten zu können. Bisher ist die Förderung ganz unzulänglich und entspricht in keiner Weise der Friedensförderung. Die Mühlenindustrie kann ebenfalls ihre Leistungskraft aufrechterhalten, sofern Ungarn eine rationelle Getreidebewirtschaftung innehält. Unter dieser

Digitized by Google

Voraussetzung kann nämlich die ungarische Mühlenindustrie das im Inlande gewonnene Korn vermahlen, ohne eine Herabsetzung der produktiven Leistungskraft vornehmen zu müssen. Im Gegenteil, die Mühlenindustrie könnte noch eine erhebliche Steigerung ihrer Produktionskraft herbeiführen, sofern die inländische Getreideproduktion gehoben würde. Hierzu sind an sich alle Voraussetzungen vorhanden, denn die agrarischen Möglichkeiten, denen sich Ungarn gegenüber sieht, sind durchaus günstig.

Dem heutigen Ungarn sind 60% seines früheren Roggenbaues, 43% seines früheren Gerstenbaues, 28% seines Maisanbaues und 26% seines Haferanbaues belassen. Dieser Anbaumöglichkeit ist die Einengung der Bevölkerung gegenüberzustellen. Die ungarische Bevölkerung beträgt heute nur noch etwas mehr als ein Drittel der ehemaligen Bevölkerung. Weiter muß in Rechnung gestellt werden, daß Ungarn eine absolut extensive Agrarkultur besaß; man könnte durch die Einführung einer intensiven Agrarkultur die Werte dennoch ganz erheblich steigern. Nun muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß zunächst nur ein Teil der extensiven Bewirtschaftung beseitigt werden kann, nämlich soweit es sich um die falschen Anbaumethoden handelt, um das Brachliegen der Felder, um die unsorgsame Bestellung, um die Verschwendung der Arbeitskraft infolge veralteter Ernte- und Bestellungsweisen. Die Mehranwendung landwirtschaftlicher Maschinen, die Mehranwendung von künstlichen Düngemitteln, die so notwendig für die Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft ist, wird zunächst nicht stattfinden können, weil die Finanzkraft des Landes hierzu nicht fähig ist. Es muß im Gegenteil zunächst nur versucht werden, hier den alten Stand zu erreichen. Die Rumänen haben bei ihrem Vormarsch in die Gebiete links der Theiß einen hauptsächlichen Teil der Ackergeräte mitgenommen. Der Zukunft wird eine Regulierung der Flüsse vorbehalten sein; hierdurch würde Ungarn seine Anbaufläche wesentlich steigern können und es würde seine Ernteerträgnisse ganz erheblich mehren. Vor allen Dingen würde Ungarn seine Viehzucht auf eine ganz andere Basis bringen. Ungarn muß danach trachten, sich eine nennenswerte Agrarausfuhr zu schaffen. Ungarn hat stets erhebliche Mengen an Agrargütern ausgeführt, doch die erreichte Ausfuhr stand in einem vollkommenen Mißverhältnis zu den gebotenen Möglichkeiten. Ungarn hatte trotz seines hervorragenden Weizenbodens nur Durchschnittserträge, die hinsichtlich der Weltweizenerträge an elfter Stelle standen. Für Roggen und Gerste hatte man keine besseren Ertragsziffern und für Hafer noch ungünstigere.

Ob Ungarn heute schon Korn wird ausführen können, steht dahin. Errechnet wird eine Ausfuhr in etwa dem Umfange von 5 Millionen Meterzentnern Korn. Die Ernteaussichten sind bisher ungemein günstig. Bedenklich muß aber erscheinen, daß Ungarn die öffentliche Getreide-

Digitized by Google

bewirtschaftung aufheben will. Es soll lediglich ein Lieferungskontingent für die Armee, die Arbeiter und die Beamten festgesetzt werden. Ueberwachen will man nur die Ausfuhr durch die Schaffung eines staatlichen Ausfuhrmonopols. Das Ausfuhrmonopol soll erreichen, daß Ungarn sein Getreide nur nach Gebieten abgibt, in denen die Valuta hoch steht; Gebiete mit niederer und schlechter Valuta sollen lediglich Getreide gegen Kompensation erhalten. Es muß nun allerdings sehr befürchtet werden, daß die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und der damit verbundenen Rationierung bei den in Ungarn obwaltenden Zuständen von bedenklichen Folgen begleitet sein wird. Schleichhandel und Hamsterei, gesteigerter Verbrauch und spekulative Zurückhaltung von Korn und Getreide dürften eintreten. Die Mühlenindustrie erscheint hinsichtlich der Kornbeschaffung ungesichert, und die Ausfuhr dürfte bei einer freien Wirtschaft die Menge von 5 Millionen Meterzentnern schwerlich erreichen. Dabei hat Ungarn nichts notwendiger als eine Besserung seiner Finanzlage, die recht trübe erscheinen muß. Die Notenabstempelung hat, wie vorauszusehen war, einen positiven Erfolg nicht gehabt, denn der Valutastand besserte sich nicht. Es sind auch nur 7 Milliarden zur Abstempelung eingereicht worden. Und von diesen 7 Milliarden sind 3½ Milliarden im Wege der Zwangsanleihe festgelegt worden. Diese 3½ Milliarden kommen für die Schuldentilgung allerdings kaum in Betracht, denn sie sind notwendig, um die laufenden Ausgaben einzudecken. Zwar kann Ungarn wohl mit einer Finanzhilfe von seiten Englands und einer wirtschaftsfinanziellen Hilfe von seiten Italiens rechnen. Allerdings nur in dem Sinne, daß jene Fremdstaaten die industriellen und sonstigen Anlagen entwickeln. Hierdurch wird Ungarn aber wirtschaftlich gekräftigt, wenn auch entnationalisiert. In diesem Sinne ist auf den Uebergang des Holzgeschäftes der Ungarischen Holzbank an eine italienische Gesellschaft hinzuweisen, auf die Gründung der Ungarisch-englischen Bank, die eine Geschäftsübernahme der Ungarischen Bank der großen Industriebank Ungarns darstellt. Innerhalb der Agrarwirtschaft wird als Finanzinstitut die Ungarisch-Italienische Bank auftreten, so daß Italien eine Kontrolle über die landwirtschaftliche Industrie und England eine Kontrolle über die sonstige Industrie erreichen wird.

Zusammenfassend kann über die wirtschaftliche Lage Ungarns gesagt werden, daß sie schwierig, aber keineswegs hoffnungslos ist. Bei den großen agrarischen Möglichkeiten Ungarns wäre der Staat fähig, seine jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden, sofern das Land ruhig bleibt, sofern also eine intensive Arbeitsleistung einsetzen kann.

Digitized by Google

Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung

(Nach einer am 3. Juli an der Verkehrshochschule Düsseldorf gehaltenen Vorlesung)

Von Prof. Dr. R. Hennig (Düsseldorf).

Nichts kann bezeichnender sein für die noch erschreckend große wirtschaftliche Unreife weiter Teile des deutschen Volkes als die Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, mit der die Nachricht von dem Abkommen des Generaldirektors Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie mit der amerikanischen Harriman-Gruppe von der großen Mehrheit der Zeitungsleser, aber auch vielfach von der Presse selbst aufgenommen worden ist. Irgendwelchen parteipolitischen Quasseleien und lokalen Krähwinkeleien wird selbst in unseren Tagen der Papiernot in den Zeitungsartikeln und öffentlichen Erörterungen der breiteste Raum vergönnt; für jene unverhoffte Oase in unserer sonst so entsetzlich trostlosen Wirtschaftswüste, für die Großzügigkeit der auf deutscher wie auf amerikanischer Seite bekundeten Verkehrspolitik, für die Zukunftsausblicke aus dem genannten Abkommen mit ihrer endlich einmal wieder sonnenbeschienenen Perspektive, hatte unsere Tagespresse, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, keinen Platz übrig; in den meisten Fällen mußte eine kurze Notiz von 20 oder 25 Zeilen genügen, um dem Leserkreis Kunde zu geben von dem weitaus bedeutendsten politischen Erfolg, den wir Deutschen seit dem großen moralischen und politischen Zusammenbruch des Herbstes 1918 überhaupt errungen haben.

Denn um nichts mehr und nichts weniger als einen politischen Erfolg allerersten Ranges handelt es sich bei dem deutsch-amerikanischen Schiffahrtsabkommen, durch das in einer wirtschaftlichen Lebensfrage, noch während des technischen Kriegszustandes, eine unmittelbare auf lange Zeit gedachte Verbindung zwischen wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen geschaffen ist, die beiderseits willens sind, zum Besten ihrer Länder die Handelsschiffahrt auszubauen. Gewiß ist ein Zufall insofern behilflich gewesen, als die Vereinigten Staaten, mit denen das Abkommen geschlossen worden ist, unsere Organisation und unsere Erfahrung zur See nötig hatten. Mit den 620 000 Br.-Reg.-Tonnen deutschen Schiffsraumes, den sie 1917 in ihren Häfen beschlagnahmt hatten und auf dessen Rückgabe uns der Versailler Friede zu verzichten gezwungen hat, war ihnen allein nicht gedient. Die eigentliche Ozeanflotte der Vereinigten Staaten war bis 1917 nicht eben groß, die nationale Seeschiffahrt des Landes fast ganz auf die Küstenschiffahrt und den Verkehr im Stillen Ozean eingestellt. Das beispiellos starke Anschwellen des unter dem Sternenbanner fahrenden Schiffsraumes, wie es seit 1918, teils durch die Beschlagnahme der deutschen

Digitized by Google

Schiffe, teils durch Ankauf fremder Fahrzeuge, noch viel mehr aber durch die Tätigkeit der eigenen Werften, zu verzeichnen war, hat gerade in Amerika selbst erhebliche Bedenken erregt, denn es fehlte vielfach vollkommen an Erfahrung, an überseeischer Organisation und vor allem an geschultem Personal, um einen wirtschaftlich zweckmäßigen Betrieb einer so riesenhaften neuen Flotte zu gewährleisten. Zwar haben die Amerikaner alsbald mit großzügigen Mitteln, noch während des Krieges, Schiffahrtsschulen in größerer Anzahl ins Leben gerufen, aber in wenigen Jahren ließ sich nicht nachholen, was man vorher unter dem Zwang der Verhältnisse versäumt hatte, und den wertvollen, neuen Schiffsraum ungenutzt oder ungenügend genutzt liegen zu lassen, bis im normalen Verlauf der Dinge die nötige Erfahrung und das erforderliche Personal herangereift war, hätte sich mit den Grundsätzen einer sparsamen, gesunden Wirtschaftspolitik niemals vertragen.

Aber auf der anderen Seite des Ozeans gab es ja ein Land, in dem nach dem Schandfrieden von Versailles auf dem Gebiet des Reedereiwesens alles, was man in den Vereinigten Staaten schmerzlich entbehrte, im Ueberfluß zu Gebote stand: Erfahrung, Organisation, erstklassiges Personal, ein Land, das seiner Handelsflotte beraubt und bettelarm geworden war, dem aber die nicht zu stehlenden geistigen und kulturellen Kräfte in reicher und jetzt sogar in allzu reicher Fülle zu eigen waren. Eine die ganze Kulturerde umfassende Organisation eines Muster-Schiffahrtsbetriebes war hier vorhanden, wie ihn in gleicher Großartigkeit die Welt noch nie gesehen hatte — und nun hing er sozusagen in der Luft, war eine leerlaufende Maschine von höchster Kompliziertheit und Kostbarkeit, der man jeglichen Betriebsstoff roh abgeschnitten hat. Und dazu waren daselbst Seeleute vorhanden, Schiffsoffiziere, Matrosen, Heizer, Ingenieure usw., deren Erfahrung, Zuverlässigkeit, Intelligenz und (einst auch) Arbeitswille und Arbeitsfreudigkeit von niemand übertroffen und nur vom englischen Schiffspersonal erreicht wurde — viele von ihnen werden, zum mindesten soweit der deutsche Anteil reicht, Gelegenheit zur Rückkehr in ihre frühere Beschäftigung finden.

Was lag da näher, als daß der Ueberfluß auf der einen und der Mangel auf der anderen Seite des Ozeans sich gegenseitig ergänzten und ein Bündnis miteinander eingingen? „Geld und Erfahrung", diese beiden nach Max Eyths hübschen Beobachtungen gleichwertigen Faktoren, sie waren auf eine Vernunftehe miteinander geradezu angewiesen: die Geldmacht und der durch sie repräsentierte überseeische Schiffsraum in der Neuen Welt, die unverwertete reiche Erfahrung in der Alten Welt — das mußte einen guten Klang zusammen geben! Der Gedanke sieht so unendlich einfach, so selbstverständlich aus; und doch, welche Genialität des Blickes, welcher hanseatische Wagemut gehört dazu, um ihn unter den heutigen Verhält-

Digitized by Google

nissen zu erfassen, durchzudenken und danach zu handeln, in einer Zeit, wo offiziell noch nicht einmal der Friedenszustand wiedergekehrt ist zwischen den beiden bisher feindlichen Staaten, die jetzt wirtschaftspolitisch ein so bedeutsames Bündnis miteinander geschlossen haben!

Die ersten Nachrichten, die vor etwa vier Wochen aus Amerika zu uns drangen und Kunde gaben von den Abmachungen zwischen Hapag und dem Harriman-Kerr-Konzern, sie mußten schon jeden guten deutschen Patrioten, der Sinn hatte für seines Volkes Nöte und die Bedeutung des „Navigare necesse est", aufhorchen lassen. Die näheren Einzelheiten aber erfuhr man noch nicht. Man konnte sich wohl sagen, daß unsere Hanseaten den schwersten Schlag, der jemals von neidischen Feinden gegen ihre Schiffahrt geführt worden war, geschickt pariert hatten, daß bei dem in seinen Einzelheiten noch unbekannten Abkommen die deutschen Wirtschaftsbelange unzweifelhaft gewahrt werden würden; aber ein schmerzliches Empfinden mußte doch die Erwägung hervorrufen, daß fortan (was ziemlich selbstverständlich schien), alles, was deutsche Tatkraft in Jahrzehnten geschaffen und aufgebaut hatte, sich künftig unter der fremden, vereinsstaatlichen Flagge abspielen sollte, mochte das Bündnis oder, besser gesagt, die Bündnisse (denn auch der Norddeutsche Lloyd und andere deutsche Reedereien haben in den Vereinigten Staaten ähnliche Abmachungen wie die Hapag getroffen) sonst auch noch so erfreulich für unsere deutschen Interessen und der erste Grund- und Eckstein zum Wiederaufbau der deutschen Hochseeschiffahrt sein.

Nun ist am 30. Juni Generaldirektor Cuno aus Amerika zurückgekehrt, und man vernimmt von ihm mit freudigem Staunen, daß auch das Recht, die deutsche Flagge zu führen, den im Dienst des deutsch-amerikanischen Reeder-Konzerns fahrenden Schiffen unter gewissen Umständen zusteht. Macht sich jeder die ganze ungeheure Tragweite dieses moralischen Erfolges sogleich klar? Versteht man, was es heißt, daß die seit sechs Jahren vom Weltmeer verbannten schwarz-weiß-roten Farben in naher Zukunft wieder in den verschiedensten außereuropäischen Häfen auftauchen werden, die Farben, die dereinst in der ganzen Welt hochgeachtet und an manchen Stellen bestgehaßt waren und die nun nach dem Willen unserer Besieger durch die raffiniert erdachten Bestimmungen des Versailler Friedens noch auf lange Jahre hinaus vom Ozean verbannt oder nur auf winzigen, bemitleidenswert kleinen Fahrzeugen zu sehen sein sollten? Was muß es draußen in der Welt, in den außereuropäischen Häfen, für einen außerordentlichen, helle Bewunderung auslösenden Eindruck machen, wenn diese verfemten Farben schon jetzt, im Jahre nach Versailles, trotz alledem und alledem wieder auf stattlichen Schiffen in hoffentlich nicht allzu seltenen Fällen erscheinen!

Digitized by Google

Eine Bemerkung aber kann zum Schluß nicht unterdrückt werden. Wir erkennen an diesem jüngsten Beispiel hanseatischer Schiffahrtspolitik wieder einmal, was privater Unternehmungsgeist und kühnes Zupacken des selbständig handelnden Kaufmannes zu leisten vermag. Werden unsere Sozialisierungsschwärmer davon lernen? Sollte die deutsche Handelsschiffahrt jemals, was der Himmel in Gnaden verhüten wolle, verstaatlicht werden — glaubt man, daß eine ähnliche grandiose Leistung dann ebenfalls möglich wäre? Wenn fünf oder mehr Behörden mit ihren zahllosen Unterabteilungen und mindestens zwei Parlamente drein reden und jedem verantwortungsfrohen Handeln in den Arm fallen und hier dreihundert Bedenken äußern und dort in vierhundert Punkten alles besser wissen und schließlich jeden positiven Erfolg vollkommen unmöglich machen? Wären die Verhandlungen mit den amerikanischen Reedern von staatlicher Seite geführt worden, die Unterhändler wären heut noch nicht endgültig ausgewählt, und über ihre Kompetenzen würde vielleicht in Jahresfrist der Reichstag noch nicht endgültige Beschlüsse gefaßt haben, zu einem Zeitpunkt, wo nun hoffentlich das Wort schon längst wieder Wirklichkeit sein wird: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot"! Mögen unsere Herren Sozialisten und andere Fanatiker der grauen Theorie daraus lernen! Möge man aber auch daraus lernen, daß es heut auf positive Arbeit mehr ankommt als auf Reden und parlamentarische Debatten. Die erste Tat ist wieder einmal getan worden, und zwar ohne daß vorher oder nachher viele Worte darum gemacht worden sind; fast geräuschlos hat sich das größte politische Ereignis dieses Jahres vollzogen, während rings im Land umher Hunderte von Mühlen klappern, ohne nützliche Arbeit zu verrichten. Mögen dem ersten stolzen Erfolg bald weitere folgen! Navigare necesse est!

Die Wohnungsfrage in Deutschland

Von Dr.-Ing. Walter Curt Behrendt

Bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands darf die Wohnungsfrage nicht so beurteilt werden, als handele es sich nur um die Beseitigung vorübergehender, durch die Wirkungen des Krieges verursachter Mißstände. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man die Wohnungsfrage etwa einseitig unter dem Druck der Wohnungsnot in den Städten beurteilen wollte. Der derzeitige Mangel an Wohnraum, hervorgerufen hauptsächlich durch die Stillegung der Bautätigkeit während vier Jahren, verstärkt durch eine plötzliche und rasche Verschiebung der Einkommensverhältnisse und durch eine außergewöhnliche Bevölkerungsbewegung, ist nur eine der vielen unvermeidlichen Folgen des Krieges. Nicht darauf allein kommt es heute an, wie dieser augen-

Digitized by Google

blickliche Mangel am raschesten und gründlichsten behoben werden kann, es muß vielmehr auch diese Frage im Hinblick auf die größere und umfassendere Aufgabe betrachtet werden, die uns der Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und Volkskraft stellt. In diesem Sinne ist die Wohnungsfrage heute eine innerpolitische Frage, deren Lösung auch nur nach bestimmten innerpolitischen Richtlinien erfolgen kann.

Ausgehend von den unabweisbaren Tatsachen, die für Deutschland durch den Gewaltfrieden von Versailles geschaffen worden sind, wird man dabei zunächst nach den Entwicklungsmöglichkeiten zu fragen haben, die der deutschen Wirtschaft nach der Liquidation des verlorenen Krieges noch verbleiben. Die deutsche Industrie gab bis zum Kriege das glänzende Beispiel eines unerhört schnellen Aufstiegs. Heute ist es zum mindesten zweifelhaft geworden, ob diese Industrie, die in der Hauptsache auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen und daher von der sicheren Zufuhr dieser Produkte abhängig ist, auch künftig diese aufsteigende Tendenz behalten wird. Da ihr zunächst die fremden Rohstoffmärkte gesperrt bleiben werden, so ist zu erwarten, daß sehr bald ein starker Rückgang einsetzen wird. Damit wäre dann freilich auch das Schicksal der deutschen Großstädte besiegelt. Denn die Großstädte, deren Zahl sich in Deutschland seit den siebziger Jahren, der raschen Entwicklung der Industrie folgend, in einem Zeitraum von kaum 35 Jahren von 8 auf 41 vermehrt hat, sind die eigentlichen Standorte der deutschen Industrie. Hier war bereits vor dem Kriege, infolge der ununterbrochenen Zuwanderung, die Wohnungsnot am größten, hier sind auch gegenwärtig wieder die Mißstände am ärgsten. Im Hinblick auf die unsichere Zukunft der Industrie aber ist im Augenblick der künftige Wohnungsbedarf der Großstädte ganz ungeklärt. Tritt der allgemein erwartete Rückgang der Industrie ein, dann sind Arbeiterentlassungen und damit Arbeitslosigkeit in den Großstädten unvermeidlich. Dann aber wird eine gewaltige Stadtflucht einsetzen, stärker vermutlich als die vielbeklagte Landflucht vor dem Kriege war. Die Großstädte werden sich entvölkern, und wenn es nicht gelingt, die Masse der Arbeitslosen aufs Land zu überführen, wo reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und wo es an Arbeitskräften fehlt, wenn es nicht gelingt, diese Massen auf dem Lande festzuhalten und durch Ansiedlung seßhaft zu machen, dann ist eine umfangreiche Massenauswanderung unvermeidlich. Und da Deutschland diese Auswandererströme nicht, wie es England zurzeit im Verfolg einer großzügigen Siedlungspolitik, zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den Städten und im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, tut, in eigenes Kolonialland überführen kann, würde mit dem Menschenverlust zugleich eine beträchtliche Schwächung der Volkskraft eintreten.

So betrachtet, stellt sich für Deutschland die Wohnungsfrage für

Digitized by Google

die nächste Zukunft im wesentlichen als ein Problem der inneren Kolonisation dar. Wie die Verhältnisse liegen, wird Deutschland sich in Zukunft in höherem Maße von der Zufuhr fremder Rohstoffe und Nahrungsmittel unabhängig machen und sich mehr auf die Urerzeugnisse des eigenen Bodens stützen müssen. Es ist also heute bei der Lösung der Wohnungsfrage stets dieses Hauptziel im Auge zu behalten und auf seine Erfüllung hinzuarbeiten. Nach diesem Grundsatz werden Wohnungen zunächst nur da errichtet werden dürfen, wo sie unmittelbar den in der Urproduktion tätigen Arbeitskräften zugute kommen, das heißt auf dem flachen Lande und in den Bergbaubezirken. Um die geringen Mittel, die in dem geschwächten und besiegten Lande heute überhaupt aufgebracht werden können, und um das wenige, was an Baustoffen und Kapital vorhanden ist, möglichst produktiv anzuwenden, wird alle verfügbare Kraft benutzt werden müssen, um die Zahl der Wohnungen an diesen Stätten der Urproduktion zu vermehren. Hier gilt es, nicht nur mehr, sondern auch bessere Gelegenheiten zur Unterbringung von Arbeitskräften zu schaffen und damit mittelbar eine Steigerung der Erzeugung zu fördern.

Die Reichsregierung ist sich der Verpflichtung zur raschen Durchführung einer großzügigen inneren Kolonisation durchaus bewußt. Sie hat den Kern der Wohnungsfrage richtig erkannt und in dieser Erkenntnis bereits wenige Monate nach der Revolution die Reichssiedlungsverordnung erlassen, die ohne wesentliche Aenderungen inzwischen Gesetz geworden ist. Das Reichssiedlungsgesetz, an dem hervorragende Kenner der Landwirtschaft mitgearbeitet haben, bezweckt in der Hauptsache die ländliche Ansiedlung durch Erleichterungen bei der Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes zu fördern, und zwar nicht nur für Neusiedler, sondern auch zur Hebung bestehender Kleinbetriebe, die bis zur Größe einer selbständigen Ackernahrung vergrößert werden können. Zur Beschaffung des Siedlungslandes können Staatsdomänen aufgeteilt sowie Moor- und Oedland enteignet werden. Das Gesetz gibt der Reichsregierung auch das Recht zur Enteignung in den Gebieten, wo der Großgrundbesitz überwiegt. Dieses Gesetz, das dem Landarbeiter sowie den aus der Stadt aufs Land zurückkehrenden Arbeitern die Möglichkeit zur Landbeschaffung und zum Erwerb eines selbständigen bäuerlichen Kleinbesitzes gewährt, bildet somit die rechtliche Grundlage für eine verstärkte ländliche Ansiedlung, für eine Vermehrung des bäuerlichen Kleinbesitzes und für die Beschaffung neuer Erwerbsgelegenheiten auf dem Lande. Mit der geplanten Umsiedlung wird eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung auf der verfügbaren Bodenfläche angestrebt, eine intensivere Bodenbewirtschaftung und damit eine Erhöhung der Bodenerträge, eine Politik, von deren Auswirkung eine neue Entwicklung der deutschen Agrarwirtschaft

Digitized by Google

erwartet werden darf, auf deren Erträgnisse sich der deutsche Haushalt künftig vor allem wird stützen müssen.

Daneben hat die Reichsregierung eine große Sonderaktion zur Errichtung von Bergmannswohnungen eingeleitet, um die Belegschaften vermehren und damit eine Steigerung der Kohlenförderung erzielen zu können. Sie beabsichtigt, trotz der Schwierigkeit der Baustoffbeschaffung und der Bauausführung, in jedem der nächsten Jahre durchschnittlich 20 000 Bergmannswohnungen zu errichten. Die Mittel dazu sollen durch eine Erhöhung der Kohlenpreise gewonnen werden, und zwar um 6 M. für die Tonne Steinkohlen und Briketts, 9 M. für die Tonne Koks und 2 M. für die Tonne Rohbraunkohle. Schätzungsweise können durch diese Erhöhung im Jahre 1920 etwa 600 Mill. M. einkommen. Die eingehenden Beträge werden bereitgestellt zur Gewährung von Beihilfen für Bergmannswohnungen, die zur Abbürdung der Baukosten verwendet werden sollen. An ihre Gewährung sind im einzelnen besondere Bedingungen geknüpft, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Um die Durchführung dieser großen Siedlungsaufgabe mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern, hat die preußische Staatsregierung durch das Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk für das größte und wichtigste Kohlengebiet bereits einen einheitlichen Verwaltungskörper geschaffen, der als Staatsbehörde und Gemeindeverband zugleich umfassende Zuständigkeiten bei sich vereinigt.

Durch diese gesetzlichen Maßnahmen, deren praktische Wirkung erst in Zukunft zu spüren sein wird, ist freilich der augenblicklichen Wohnungsnot in den Städten nicht abgeholfen. Diese Not wird vor allem in den Großstädten immer drückender, wo der Mangel an Unterkunftsräumen noch verschärft wird durch den ständigen Zustrom von Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten, durch die Verlegung von Behörden aus den Randprovinzen und die damit verbundene Massenversetzung von Beamten; nicht zuletzt auch durch die Quartierlasten, die namentlich den Städten in den besetzten Gebieten auferlegt sind. In Berlin fehlt es zurzeit für mehr als 50 000 Wohnungssuchende an Unterkunftsräumen. Nach Erhebung der Flüchtlingsverteilungsstelle Berlin beträgt die Zahl der vom 1. April vorigen Jahres bis zum 31. März dieses Jahres zugewanderten Familien über 16 000. Und wenn auch nach den eingangs erörterten Grundsätzen eigentlich kein Pfennig für Wohnungsbauten in den Städten ausgegeben werden dürfte, solange noch Demonstrationszüge von Arbeitslosen durch die Straßen ziehen, so wird den Städten in ihrer jetzigen Notlage doch schon aus politischen Gründen, zur Vermeidung von Unruhen, geholfen werden müssen.

Die Maßnahmen, die von der Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot getroffen wurden, gingen von der richtigen Erkenntnis aus,

Digitized by Google

daß eine wirksame Abhilfe nur durch Schaffung neuer Wohnungen, durch Vermehrung des Angebots möglich sein würde. Zwecks vereinfachter und rascher Durchführung von Wohnungsbauten ist durch die bekannte Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 die Bestellung von Bezirkswohnungskommissaren vorgesehen, die mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sind (Recht der Enteignung von Grundstücken, der Zwangspachtung, der Befreiung von Ortsstatuten und Bauordnungen, Verfügungsrecht über Baustoffwerke usw.). Auch eine gewisse Planwirtschaft ist im Baugewerbe — hier leichter zu verwirklichen und zu kontrollieren als auf anderen Wirtschaftsgebieten — bereits durchgeführt. Die Luxuserzeugung ist ausgeschlossen, da der Bezirkswohnungskommissar berechtigt ist, die Ausführung aller von ihm nicht für erforderlich erachteten Bauten, insbesondere Luxusbauten, zu verbieten; ein Recht, das ihm durch die preußischen Ausführungsbestimmungen zur Pflicht gemacht wird.

In der Praxis stehen dem Wohnungsbau heute im wesentlichen zwei Hemmnisse entgegen: einmal die gewaltige Steigerung der Baukosten infolge der Erhöhung der Löhne und der Steigerung der Baustoffpreise, dann der Mangel an Baustoffen, besonders an Ziegeln, die zu ihrer Herstellung Kohle benötigen. Die Baukosten sind heute so gestiegen, daß ihre Verzinsung zu Mietspreisen führen würde, die vom einzelnen Verbraucher nicht mehr aufzubringen sind. Da die Rentierlichkeit unter solchen Umständen ausgeschlossen ist, will niemand mehr das Risiko eines Bauunternehmens wagen. Darum hat sich die Reichsregierung, um die Bautätigkeit überhaupt in Gang zu setzen, zur Gewährung von Baukostenzuschüssen aus öffentlichen Mitteln entschlossen. Ob dieses System der Geldunterstützung zweckmäßig war oder ob es grundsätzlich richtiger gewesen wäre, die Bautätigkeit durch Hergabe von billigen Baustoffen, durch Lieferung von Bauholz aus Staats- und Gemeindeforsten, allenfalls auch durch Gewährung von Bauprämien nach Fertigstellung der Bauten, zu fördern, bleibe dahingestellt. Zur Tilgung des verlorenen Bauaufwandes werden von der Reichsregierung beträchtliche Zuschüsse à fonds perdu geleistet. Die dafür aufgebrachten Beträge stellen bereits recht erhebliche Summen dar. So sind im Vorjahre vom Reich 650 Millionen, von den Ländern und den Gemeinden je 325 Mill. M., zusammen 1300 Mill. M. aus öffentlichen Mitteln aufgebracht worden.

Nach dem Verfahren vom Jahre 1919 wurde der Reichszuschuß im Einzelfalle berechnet als Differenz zwischen den tatsächlichen Herstellungskosten und dem kapitalisierten Mietertrag bzw. einem angenommenen Dauerwert (Friedenskosten + 30 bis 50%). Bedingung für die Gewährung des Reichszuschusses war, daß von den Ländern und Gemeinden in jedem einzelnen Falle je ein Viertel des erforderlichen Gesamtbetrages getragen

Digitized by Google

wurde. Dieses Zuschußsystem hatte, wie die Praxis zeigte, erhebliche Nachteile, deren ärgster in der Beweglichkeit des Zuschusses bestand, der natürlich um so höher errechnet wurde, um so höher die jetzigen Herstellungskosten angenommen wurden. Es lag somit für den Antragsteller kein Grund vor, die Baukosten niedrig zu halten, im Gegenteil: im System selber lag geradezu eine preissteigernde Tendenz, die sich sehr bald in einer allgemeinen Erhöhung der Baustoffpreise und Arbeitslöhne bemerkbar machte. Infolgedessen reichte der aus öffentlichen Mitteln verfügbare Betrag, so hoch er an sich erscheint, nicht weit. Es sind bisher etwa 60 000 Wohnungen errichtet worden, gegenüber dem gewaltigen Bedarf eine verschwindend geringe Zahl. Für das laufende Jahr wurden abermals 500 Mill. M. zur Unterstützung der Bautätigkeit bewilligt, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine Deckung für diesen Betrag geschaffen wird. Die diesjährigen Bestimmungen haben mit dem System der beweglichen und verlorenen Zuschüsse gebrochen. In Zukunft werden im Einzelfall unverzinsliche Reichsdarlehen nach festen Sätzen gewährt. Sie betragen 165 M. für den Quadratmeter Wohnfläche und können in größeren Städten auf 180 M. erhöht werden. Gefordert wird, daß auch die Gemeinden sich an der Aufbringung der Baukosten in Höhe von mindestens einem Drittel des Reichsdarlehens beteiligen. Es muß zugegeben werden, daß diese Sätze gegenüber den heutigen Baukosten zu gering sind.

Im einzelnen ist die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln an gewisse Bedingungen geknüpft. In jedem einzelnen Fall wird die Vorlage der Baupläne verlangt, die nach der technischen, gesundheitlichen und nicht zuletzt auch nach der künstlerischen Seite hin überprüft werden. Besonders wird bei der Prüfung der Baupläne auf eine zweckmäßige Grundrißgestaltung, auf die Verwendung einfacher Haustypen und auf eine Verbilligung des gesamten Ausbaues durch Anwendung von Typen und Normen gehalten. Grundsätzlich werden Zuschüsse nur einwandfreien Bauanlagen gewährt, und zwar vorzugsweise solchen, die über dem Keller nicht mehr als zwei Wohngeschosse haben, sogenannte Kleinhäuser. Gegen diese planmäßige Bevorzugung des Flachbaues, die zur Verbesserung der Wohnverhältnisse dringend erwünscht ist, ist von mancher Seite Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß der Bau von Kleinhäusern heute unwirtschaftlich sei und daß damit der Wohnungsnot nicht schnell genug abgeholfen werden könne. Wenn behauptet wird, daß das Vielstockwerkshaus dafür ein geeigneteres Mittel darstelle, so ist darauf zu erwidern, daß die staatliche Siedlungspolitik mit öffentlichen Mitteln nur solche Wohnbauten unterstützen darf, die auch in der Zukunft ihren Wert behalten. In diesem Sinne können die für die Unterstützung des Kleinhausbaues bewilligten Mittel volkswirtschaftlich noch als eine produktive Ausgabe betrachtet werden, während eine Ver-

Digitized by Google

mehrung mehrstöckiger Mietshäuser bei der unsicheren Zukunft der Großstädte nicht vertretbar ist. Im übrigen war die Bevorzugung des Kleinhausbaues auch aus technischen Gründen ein Gebot der Notwendigkeit. Denn zur Errichtung von Hochbauten fehlt es an den dazu erforderlichen Baustoffen, vor allem an den notwendigen Mengen gleichartiger Baustoffe, während beim Flachbau durch die Verwendung von Ersatzbaustoffen jederzeit ein Ausgleich möglich ist. Von den Ersatzstoffen hat sich besonders der Lehmbau in seinen verschiedenen Techniken als Lehmstampf-, Lehmquader- und Lehmsteinbau in der Praxis gut bewährt. Dagegen haben die (hauptsächlich unetr Verwendung von Zement hergestellten) Ersatzbauweisen nur wenig Eingang in die Praxis gefunden. Mehrfach sind auch Holzbauten zur Ausführung gelangt, namentlich als Behelfs- und Notstandsbauten, die aber durchweg sehr hohe Baukosten erfordern.

Wenn im Augenblick die Lage auf dem Wohnungsmarkt besonders kritisch erscheint, so liegt der Grund im wesentlichen in der außergewöhnlichen Steigerung der Baukosten. Während auf dem Baustoffmarkt zurzeit eine gewisse Erleichterung fühlbar wird, haben die Baukosten eine unerschwingliche Höhe erreicht. In Groß-Berlin erfordert zurzeit die Errichtung einer Zweizimmerwohnung einen Zuschuß von etwa 60 000 M.! Der preußische Ministerpräsident Braun hat vor kurzem ausgeführt, daß die Kostenfrage auch die Durchführung der ländlichen Ansiedlung fast zur Unmöglichkeit macht. Während vor dem Kriege eine Kleinsiedlerstelle von 4 ha Acker und 1 ha Wiese mit Wohnhaus, Stall, Scheune sowie dem allernotwendigsten Inventar auf etwa 19 000 M. zu stehen kam, ist eine solche Ansiedlung nach den heutigen Preisen kaum für die Summe von 120 000 Mark zu erstellen. Die Reichsregierung beabsichtigt, weitere Mittel für die Unterstützung der Wohnungsbautätigkeit durch eine Mietssteuer auf Friedenshäuser zu gewinnen. Sie hat einen Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich aufgestellt, der alsbald dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Das Gesetz hat den Zweck, den Ländern und Gemeinden, wenigstens insoweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse zurzeit ermöglichen, Mittel an die Hand zu geben, um die Wohnungsbautätigkeit durch Beihilfen finanziell zu fördern. Durch das Gesetz soll der Mehrertrag der Hausrenten, der sich bei freier Wirtschaft heute ergeben würde, erfaßt und für die Allgemeinheit zum Zwecke der Unterstützung der Neubautätigkeit nutzbar gemacht werden. Durch diese Zuschüsse würde es gelingen, die rentierlichen Baukosten der neuen Häuser herabzusetzen und allmählich mit der Annäherung des Angebotes an die Nachfrage auch einen Ausgleich zwischen den Mieten in den Neubauten und den Mieten in den älteren Häusern zu erzielen. Es muß zugegeben werden, daß diese Steuer an sich eine neue Belastung der Bevölkerung bedeuten würde. Denn sie bewirkt mit der Erhöhung der

Digitized by Google

Miete eine weitere Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung. Man wird indessen berücksichtigen müssen, daß bisher durch die Wirkung der Mieterschutzgesetze die Mieten außerordentlich niedrig gehalten waren, so daß die Mietpreise in keinem Verhältnis zu der Verteuerung der übrigen Gegenstände des Lebensbedarfes standen. Damit aber erweist die viel bekämpfte Mieterschutzgesetzgebung, die durch eine staatliche Bindung der Mietpreise an eine Höchstgrenze eine ungesunde Steigerung der Grundstückswerte verhütet hat, aufs neue ihre große Bedeutung für die Gemeinwirtschaft. Ohne sie wäre die geplante Einführung einer Mietssteuer und die Nutzbarmachung der Mehrwerte für die Allgemeinheit überhaupt nicht möglich.

Man wird sich indessen auch hinsichtlich des Erfolges dieser Mietssteuer keinem allzu großem Optimismus hingeben dürfen. Eine durchgreifende Lösung der Wohnungsfrage ist in Deutschland nur möglich durch eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, durch eine Umsiedlung von den Städten aufs Land. Auf dem Lande liegen die Lebensbedingungen bedeutend günstiger, hier ist auch das Bauen leichter, besonders wenn durch eigene Betätigung der Besitzer am Bauwerk eine Lohnersparnis und damit eine Verringerung der Baukosten erzielt werden kann. Mit der Anwendung der Selbsthilfe sind auf dem Lande bereits mehrfach bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Diese günstigen Vorbedingungen gilt es zu nutzen. In der praktischen Förderung der ländlichen Ansiedlung aber ist zugleich auch das Mittel gegeben, um die mit dem Zusammenbruch der Industrie drohende Katastrophe zu überwinden. Der Wiederaufbau des Landes verlangt, daß die Lösung der Wohnungsfrage durch eine großzügige innere Kolonisation angestrebt wird.

Stagnierende Wirtschaft

Wer das jetzt auch deutsch erschienene wunderbare Buch von Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ruhig und aufmerksam liest, dem wird den größten Eindruck machen, was Keynes über die völlig veränderte wirtschaftliche Lage nach dem Kriege sagt. Viel klarer als irgendwo anders findet sich bei diesem englischen Publizisten der Nachweis, daß die wirtschaftliche Entwicklung von 1870 bis 1914 lediglich eine Episode war, die an ganz besondere, wahrscheinlich nie wiederkehrende Voraussetzungen gebunden war. Und das ist einer der größten Nachteile unserer gegenwärtigen Zeit. Die ganze Welt meint, es werde nun alles nach demselben Rezept weitergehen wie vor dem Kriege. In Wahrheit wird das Gegenteil eintreten. Die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der sich in den letzten Jahrzehnten die Welt über die Lehren von Malthus hinweggesetzt hat, der Glaube, daß man die wirtschaftliche Intensität in praktisch

Digitized by Google

unbegrenzter Weise fortsetzen könne, beruht auf irrigen Voraussetzungen. Nur solange traf das alles zu, solange Neuländer nicht nur Menschen, sondern auch Waren in unbegrenzten Mengen von Deutschland verlangten und abnahmen und solange sie dafür in ebenfalls fast unbegrenztem Umfange Nahrungsmittel billig zur Verfügung stellen konnten. Der Wille und die Möglichkeit, Getreide gegen geringes Entgelt in außerordentlichem Ausmaße herzugeben, ist für das größte Gebiet, die Vereinigten Staaten, bereits vor dem völligen Erlöschen und auch das Bedürfnis nach Fertigfabrikaten hat schon vor dem Krieg in diesen neuen Erdteilen abgenommen und wird jetzt noch geringer werden. Während aber damals noch ungeheure Kapitalforderungen von den alten europäischen Zentren gegenüber den kolonialen Ländern geltend gemacht werden konnten, ist auch das jetzt fast erledigt, und damit ist die wichtigste Voraussetzung für die Weiterentwicklung in der alten Art gefallen. Handelt es sich hier zum großen Teil um außenpolitische Gründe, so scheint auch die innerpolitische, sozialpolitische Weiterentwicklung zum mindesten bei uns in Deutschland dem alten System recht abträglich zu sein. Wieso ist, so muß man sich einmal fragen, die fast hemmungslose Vermehrung der deutschen Güterproduktion möglich gewesen? Doch nur durch einen Grad von freiwilliger und namentlich auch unfreiwilliger Enthaltsamkeit, der anscheinend auf lange hinaus oder vielleicht für immer verloren ist. In diese Sparsamkeit teilten sich Unternehmer und Arbeiter. Wenn man rückschauend sich der alten Kämpfe um den Mehrwert zwischen Kapital und Arbeit erinnert, so muß man heute von einem theoretischen Standpunkt aus sagen, daß, so sehr die Arbeit in der Güterverteilung zu kurz kam, die Besitzer des Großkapitals fast noch bescheidener waren. Das klingt außerordentlich merkwürdig, ist aber wahr. Man halte sich vor Augen, was Großindustrielle vom Schlage eines Stinnes oder Thyssen mit ihren Millionengewinnen begannen. Sie haben doch in weitgehendem Maße auf die Nutznießung ihres Profits im Sinne eines entsprechenden Mehrkonsums verzichtet und mußten das auch bis zu einem gewissen Grade, weil sie ja gar nicht in der Lage gewesen wären, alle die ihnen zufließenden Gewinne zu verbrauchen. Sie begnügten sich mit einem vom kleinbürgerlich-deutschen Standpunkt aus vielleicht recht angenehmen, von einem international-feudalen Standpunkt aus gesehen aber äußerst bescheidenen Leben und steckten den erdrückenden Teil ihrer Einkünfte wieder in produktive Arbeit, fügten den alten Hochöfen und Bergwerken neue hinzu und waren froh in dem Machtgefühl, das mit derartigen wachsenden wirtschaftlichen Herrschergebieten verknüpft ist. So gesehen, ist für denjenigen, der an die Segnungen einer expansiven Wirtschaft glaubt, der Besitzer von 100 Millionen neueren Schlages ein unvergleichlich wertvollerer Faktor als etwa 100 Besitzer von je einer Million, denn diese werden den größten Teil ihres Gewinnes verzehren, während

Digitized by Google

der Multimillionär auch nur einen Mund zum Essen hat und schließlich nicht hundert Automobile für sein persönliches Vergnügen sich leisten wird.

Diese enthaltsamen Reichen, die, ohne es vielleicht selbst zu wissen, nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit arbeiteten, sind vielleicht in weitgehendem Maße ein Charakteristikum der europäisch-kapitalistischen Wirtschaft, und zwar insonderheit der deutschen Abart. Hält man etwa einen Stinnes oder Thyssen irgend einem Großgrundbesitzer in Persien von heute oder auch von vor 3000 Jahren gegenüber, so wird man gleich den Unterschied beobachten, wird gleich feststellen, wie dort der weitaus größte Teil des Kapitalertrags in Konsumgüter umgesetzt wird, ob es sich nun um die Unterhaltung eines riesenhaften Harems oder um das Füllen der Schatzkammer handelt. Auch die Hofhaltung deutscher regierender oder mediatisierter Fürsten kann als charakteristisches Gegenstück dienen. Jene persischen Großgrundbesitzer sind eben die charakteristischen Vertreter einer stagnierenden Wirtschaft. Daß auch in unserem vorkapitalistischen Europa die Dinge durchaus ähnlich waren, ist jedem vertraut, dem etwa die Kulturschilderungen des Deutschland von 1800 oder des vorrevolutionären Frankreich geläufig sind. Claude Tillier schildert diese Dinge in seinem „Onkel Benjamin" sehr bezeichnend: Die Einwohner lebten daheim in fröhlichem Behagen und gaben ihre Einkünfte aus bis zum letzten Goldstück. Die Kaufleute, damals gering an Zahl, gelangten nur langsam zu Reichtum, aber ganz von selbst, ohne sich viel dabei anzustrengen.

Wird nun jetzt nach dem Kriege die Sache wieder in der alten Weise fortgehen, oder werden wir zurückkehren zu jenen idyllischen Zeiten Onkel Benjamins? Es wird wohl beides nicht zutreffen. Um es uns leicht und gut gehen zu lassen wie damals, dazu fehlen alle Voraussetzungen. Hartes Arbeiten wird unser Los sein, auch wenn die Arbeiterschaft ihren Achtstundentag gegen alle jetzt heraufziehende Reaktion wird behaupten können. Denn nach der achtstündigen Arbeitszeit in der Fabrik wird eine vielleicht befriedigendere, aber nicht minder schwere Arbeit zu Hause und auf dem Felde beginnen müssen. Wird aber, wenn die alten Zustände nicht wiederkommen, eine Fortsetzung des alten Systems Stinnes möglich sein? Auch das ist sehr zweifelhaft. Denn von zwei Seiten her wird der Unternehmer eingeengt werden. Der Staat vor allem wird und muß wohl einen sehr großen Teil des Mehrwertes für sich mit Beschlag belegen und der Arbeiter wird sich nicht mehr wie früher damit begnügen, für die Aufhäufung künftigen Reichtums Entbehrungen zu erleiden. Wir müssen uns einmal mit dem Gedanken vertraut machen, daß die unentwegte Ausdehnung unserer Fabriken aufhören oder gar umkehren wird. Ob daraus *nur* bedenkliche Folgen entstehen werden? Die Antwort hängt ab von Weltanschauung, Weltauffassung. Eines ist wahrscheinlich: Malthus wird die Herrschaft der Nachkriegszeit antreten. Linter.

Digitized by Google

Notizen

Ein Wunsch an die Sozialisierungskommission. Man schreibt uns: Man hat bisher im Geist oder unter dem Druck der sozialistischen Ideale Vergesellschaftungen von Privatbetrieben dort vorgenommen oder vorzunehmen in Aussicht gestellt, wo entweder der monopolartige Charakter der Unternehmungen zur Staatsaufsicht bereits zu drängen oder die Ueberführung in öffentliche Hand keinen Schaden zu bringen schien, kurz: bei den sogenannten zur Sozialisierung reifen Betrieben. Daß diese Reife ein sehr eigenartiger Begriff ist, und daß die in der Anwendung dieses Begriffes gelegene Anschauung von der Möglichkeit eines sozialistischen Staates nur ein Traum ist, begreift heute wohl selbst jeder urteilsfähige Kommunist.

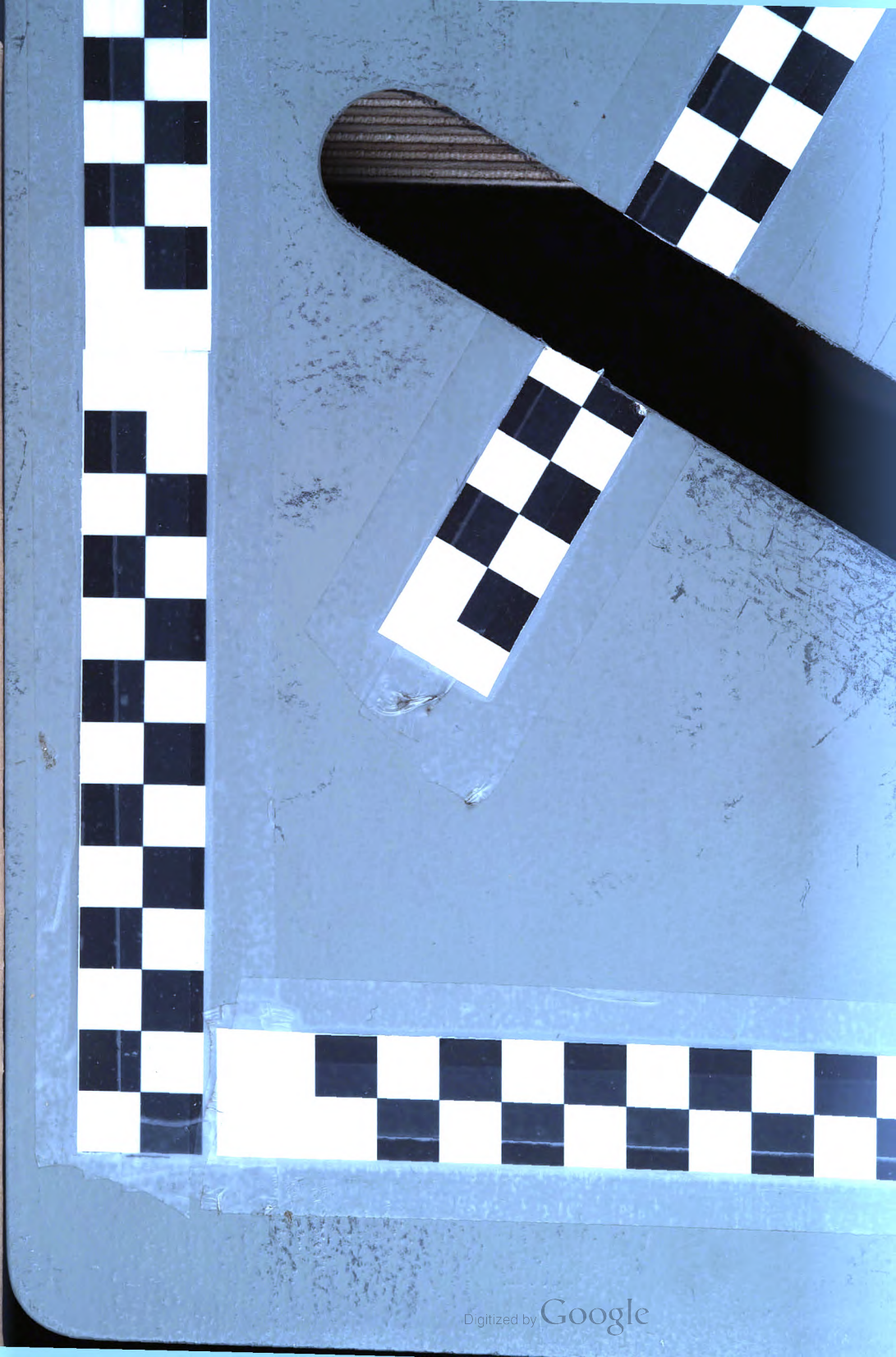
Doch kann man die ganze Fragestellung umdrehen, indem man nicht nach der „Reife" dieses oder jenen Unternehmens sucht, sondern vielmehr realpolitisch vom Standpunkt des Staates aus prüft, für welche Betriebe die Sozialisierung im speziellen Staatsinteresse liegt. Möchte das die Sozialisierungskommission tun!

Das Staatsinteresse an den wirtschaftlichen Dingen ruht fast immer auf der Steuer, es ist fiskalisch. Hier eröffnet sich ein dankbares Feld. Unser Steuerwesen krankt seit je und um nichts weniger im republikanisch-demokratischen Deutschland an der schweren Erfaßbarkeit des gebundenen Besitzes. Insbesondere die Vermögenssteuern, wie das leider noch immer nicht erhobene Notopfer, üben durch den täuschenden Begriff eines steuerbaren Vermögens, gegenüber einem unerfaßten, eine leidig ungerechte Wirkung aus. Wir erfassen fast nur den gewinnbringenden Teil der Vermögen, lassen selbst beim Notopfer skandalöserweise die Mutungsrechte, Hausrat und Schmuck, letzteren bis zum Wert von 20 000 M., frei, wobei zudem über die Art der Wertbestimmung nichts verlautet. Hier kann eine Sozialisierung nützlich sein: Verstaatlichung oder Verreichlichung der Mobilar- und Immobilienversicherung! Ungeheure Summen sind in übermäßig bezahlte Grundstücke, Luxuslandhäuser, Sammlungen, Schmucksachen, Fahrzeuge, Wohnungseinrichtungen verschwunden. Warum haben diese Dinge je und gerade heute einen steuerlichen Freibrief, wenn sie nicht gerade einer A.-G. gehören? Gewiß bietet das Notopfergesetz mit seinen humanen Bestimmungen über kleine Vermögen dem Mittelstand einigen Schutz, aber die Rückstellung von Ersparnissen zu kulturfördernden Zwecken bleibt dennoch der so wichtigen gesellschaftlichen zweiten Schicht unmöglich, solange sie gegenüber den Reicheren mit ihren versteckten Vermögen unverhältnismäßig zahlen muß, da sie fast nur steuerbares Vermögen hat. Würde nun die Feuer- und Diebstahlversicherung, ebenso die Ernteversicherung in öffentliche Hand überführt, so würden hierdurch die Besitzer toter Werte zu ehrlicheren Angaben ihrer toten Werte genötigt, und jegliche Vermögenssteuer könnte auf viel besseren Grundlagen aufgebaut werden, als es heute der Fall ist, so daß der Steuerbetrag höher und sicherer würde, besonders, wenn gleichzeitig eine Versicherungspflicht eingeführt werden könnte. Friedrich Luther.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

5. Jahrgang * 2. Juli 1920 * Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Entente-Noten, die den Auftakt zur Konferenz von Spaa geben, beschäftigen sich mit der Durchführung der deutschen Entwaffnung. Die Schwierigkeiten, die in der wirtschaftspolitischen Beurteilung zwischen den feindlichen Mächten vorhanden sind, werden in den Hintergrund geschoben, indem man sich in Angst und Haß gegen Deutschland findet. Es hat ja kaum einen Zweck, dagegen mit lauten Worten anzugehen, noch zu untersuchen, wo das größere Stück sinnloser Kurzsichtigkeit sitze in Paris oder in London. Die Entente-Regierungen brauchen [illegible] Siege über das wehrlose Deutschland und sie brauchen [illegible] Kraftmeiertum wie das ekelhafte unabhängige [illegible] Art von Politik den Anschein der Berechtigung zu [illegible] Einsicht versperren sie sich gewaltsam. Es gibt [illegible] Leute, die glauben, mit einem großen Versöhnungs[illegible] des gemeinsamen Wiederaufbaus von Europa werden [illegible] können; sie machen die Augen zu, daß zum [illegible] staatliche Sicherheit nötig ist, und daß deren [illegible] genommen werden sollen. Was helfen alle schönen [illegible] schaftspolitik, wenn dem Staat die [illegible] Autorität bewußt abgesägt werden. [illegible] dem Papier von Versailles, um [illegible] stätigen; aber man zwingt damit [illegible] Resistenz den verbrecherischen [illegible]

In Wien bleibt kein ander[illegible] ständigung. Denn ein konse[illegible] Parteien, der Christlichsoziale[illegible] aller österreichischen Politi[illegible] nungen, aber keine [illegible] Oktober ein erträgliches [illegible] Aber auch nach den [illegible]

[illegible] ng [illegible] ten [illegible] trat [illegible] große [illegible] örper- [illegible] t, daß [illegible] n ging [illegible] Kom-

Digitized by Google

„Diese Strömungen würden in Deutschland keinen Erfolg haben; denn die Deutschen wünschten weder einen Rachekrieg, noch würden sie sich wieder für den Militarismus einfangen lassen, außer wenn zwei große Lehren der letzten Ereignisse in England nicht begriffen würden. Die erste davon sei, daß die schauerliche Grausamkeit des Friedensvertrages nicht nur abgeändert, sondern gänzlich verändert werden müßte, dem Geist und den Tatsachen nach, weil es sonst doch nur eine Frage der Zeit sei, wann ein neuer nationalistischer Geist in Deutschland erstehen und Gerechtigkeit fordern werde; die zweite: „daß die eine Richtung, in welcher der Friedensvertrag nicht um ein Jota verändert werden sollte, die Bedingungen sind, welche Deutschlands Entwaffnung vorschreiben. Gerade hier aber ist der Punkt, wo die alliierten Regierungen nachzugeben beabsichtigen. Ihre Lahheit, auf der Auflösung der baltischen Armee nicht zu bestehen und Hoffnungen auf die Beibehaltung eines größeren Heeres als 100 000 Mann zu erwecken, habe der alten Gesellschaft in Deutschland ihre Chance gegeben. Die Militärmaschine sollte zertrümmert werden. Dies ist die einzige anständige Klausel des Vertrages. Unsere Regierung hat auf das Gewinsel über die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland gehört. In dieser Generation wird das deutsche Heer zu dem Zweck aufrechterhalten, den deutschen Arbeiter zu unterdrücken und den Sozialismus mit Gewalt zu besiegen. Die britische Arbeiterpartei muß darauf bestehen, daß die deutsche Entwaffnung Wirklichkeit wird, um das Leben und den Fortschritt ihrer deutschen Kameraden zu retten; ebenso wie letzten Endes im Interesse ihrer eigenen Sicherheit!"

Es kann nicht die Rede davon sein, daß Trevelyan übelwollend wäre. Er hat eine mehrwöchentliche Studienreise durch Deutschland gemacht, und ich bin ihm zwar persönlich nicht begegnet, stehe aber in Fühlung mit Persönlichkeiten, die er gegen Ende seines Aufenthalts gesprochen hat. Er war ganz und gar beeinflußt von den Informationen „unabhängiger" Gewährsleute. Die Grundlagen derjenigen Anschauung in England, die da meint, die Zertrümmerung der Militärmaschine sei die einzige anständige Klausel des Vertrages von Versailles, und die Maschine müsse immer noch weiter zertrümmert werden, stammen direkt aus dem Salon Cassirer und ähnlichen Quellen. Es liegt Plan in dem Einfangen der fremden Korrespondenten, vor allen Dingen der englischen, durch unsere Unabhängigen. Das, was diese über alles fürchten, worin sie die stärkste, ihren Plänen entgegenwirkende Kraft erblicken, ist der uns noch verbliebene Rest einer Armee. Wenn Dinge, wie der Generalstreik durch ganz Deutschland, und die übrigen zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, der Räteherrschaft usw. zu erstrebenden Maßnahmen, funktionieren sollen, so darf die bewaffnete Macht, die der Regierung in Deutschland zur Verfügung steht, nicht so stark sein, daß sie imstande ist, die Ordnung zu stützen. Der sicherste Weg, dies Ziel zu erreichen, ist die buchstäbliche Durchführung des Friedensvertrages. Die deutsche Regierung bemüht sich, in diesem Punkt eine vernünftige Milderung zu erreichen. Will man

Digitized by Google

ihr das unmöglich machen, so muß man die Entente aufhetzen. Dazu muß man die nach Deutschland kommenden fremden Korrespondenten einfangen und sie mit den richtigen Informationen versehen. Das ist nicht so schwierig, denn erstens hat man dazu geschickte Leute aller verschiedensten Kalibers, jeder geeignet, von einer anderen Seite her den gewünschten Eindruck zu machen. Zweitens hat man Salons, wo man die fremden Gäste in kultivierter Form begrüßt. Wo man sie hinbringt, werden sie nach demselben Rezept behandelt. Der erste Bestandteil der Mischung heißt: Wir sind das wahre moralische Deutschland. Wir verdammen das fluchwürdige alte System. Wir bekennen, daß Deutschland und nur Deutschland schuldig ist. Wir werden aus Deutschland wieder das Reich der reinen Idee, der Humanität, der geistigen Größe machen. Der zweite Bestandteil sind Schauergeschichten, Deklamationen und Denunziationen über den noch vorhandenen Militarismus, über die Kraft der Reaktion, den diktatorischen Uebermut der Junker und Generale, Bilder und Erzählungen von Grausamkeiten der „pertierten Soldateska" und so fort. Das dritte dazugehörige Stück sind Anklagen und Verdächtigungen gegen die Rechtssozialisten, die eigentlich nur eine schlecht maskierte Sorte von Militaristen, Chauvinisten und Nationalisten seien. Solange sie an der Macht wären, sei absolut nichts zu hoffen. Sie seien womöglich schlimmer als die eigentlichen Reaktionäre.

Man lese eine Korrespondenz des „Manchester Guardian", eines im ganzen loyalen Blattes, aus den Tagen der Kämpfe im Ruhrgebiet. Der Korrespondent schreibt, die „Roten" seien dort „schamlos betrogen worden". Er habe in Mülheim ihre Führer in ihrem Hauptquartier besucht und mit ihnen konferiert. Das Bielefelder Abkommen sei von den „Roten" angenommen worden, aber die roten Frontsoldaten hätten Garantien verlangt, ehe sie die Waffen niederlegten, denn sie hätten den weißen Terror gefürchtet. Aus Berlin sei angekündigt worden, Frankreich habe dem Einmarsch der Reichswehr zugestimmt. Nun weiter wörtlich:

„Die Führer der „Roten" waren in Verzweiflung und wünschten nur für sich und ihre Anhänger einen Ausweg. Sie fragten mich, ob eine Chance alliierter Einmischung bestehe, damit ein weißer Terror und als Folge die Sabotage ihrer Erwerbsmöglichkeiten verhütet werde. Sie erklärten, daß sie französische Soldaten in Essen und dem Bezirk der Reichswehr vorziehen würden. Des weiteren erklärten sie, daß dies die Meinung aller „Roten" sei. Sie schlugen vor, den französischen Sozialisten einen Brief zu senden, mit der Bitte, in dieser Richtung zu intervenieren. . . Nach Fühlungnahme mit dem „roten" Zivilhauptquartier in Essen trat zutage, daß gegen die Unterzeichnung eines solchen Dokuments große Bedenken bestanden. Ich regte an, ob nicht eine interalliierte Körperschaft von Sachverständigen vorzuziehen wäre. Sie glaubten nicht, daß eine solche genügend schnell in ihren Bewegungen sein würde. Dann ging ich nach Köln, um zu versuchen, bei der Interalliierten Kom-

Digitized by Google

mission etwas für die Roten zu tun. Am nächsten Tage wurde es deutlich, daß Bauers erste Erklärung unbegründet gewesen war, und die Gefahr nicht so nahe bevorstand, wie die „Roten" glaubten. Bis zum nächsten Montag, dem 29. März, blieben die Dinge in der Schwebe, wo General von Watter sein Ultimatum erließ, daß Waffenstreckung ohne Garantie oder Amnestie bis 11 Uhr am Dienstag erfolgen müsse. Um 7 Uhr kam mein Kollege mit zwei roten Führern mit der Bahn von Essen an, als Abgesandter vom Roten Ausschuß, um den Versuch zu machen, auswärtige Intervention zu erlangen. Der eine der zwei roten Unterhändler war ein Kommunist, der andere ein unabhängiger Sozialist. Der Unabhängige fuhr sofort weiter nach dem Hauptquartier seiner Partei in Köln zur Beratung. Um 10 Uhr kehrte er wieder zurück mit der Mitteilung, daß seine Partei einem solchen Vorgehen herzlich beistimme. Bald darauf gingen wir vier zu einem wichtigen Beamten der Alliierten in dessen Wohnung. Er empfing uns in einem unteren Zimmer und der Unabhängige trug sogleich seine Sache vor. Er erklärte, die „Roten" könnten der Reichswehr nicht trauen, sie wünschten nachzugeben; und dann legte er seine Mindestbedingungen vor, nämlich, daß die Roten sich an das Abkommen von Bielefeld halten und dem Bürgermeister ihre Waffen abliefern wollten, auf die Bedingung hin, daß die Reichswehr nicht einrücke und interalliierte Offiziere ihr Vorrücken verhindern sollten. Der alliierte Beamte erhob Einwände gegen diese letztere Bedingung, weil sie unausführbar sei, und der Unabhängige erklärte sich einverstanden, daß Reichswehroffiziere selbst die Truppen aufhalten sollten. Weiter verlangten sie nichts. Der Unabhängige teilte dem alliierten Beamten mit, der Generalstreik sei erklärt worden, und der junge Kommunistenführer gab den Plan für die Zerstörung der Bergwerke auf, die folgen sollte, falls eine Vermittelung nicht zustandekomme. . . Der alliierte Beamte erklärte sich bereit, nach Berlin zu telephonieren, um die Regierung aufzufordern, Mäßigkeit zu bewahren und die Dinge nicht zu überstürzen. Am nächsten Morgen fuhren die Arbeiterführer ab mit der Versicherung, von ihrer Seite aus würden sie den Generalstreik abflauen lassen und, soweit ihre Macht reichte, Sabotage verhüten."

Nachdem in Münster ein Abkommen geschlossen und die Entwaffnung in Gang gekommen war, sei es zu größeren Truppenverschiebungen gekommen, und man erfuhr von Gefechten. Scheußliche Geschichten über Erschießungen seien durchgesickert (auch die von der scheußlichen Mordtat der „Roten" am Essener Wasserturm?).

„Plötzlich erklärte am Sonnabend die deutsche Regierung, Severings Versicherung, daß die Truppen infolge von Verbindungsschwierigkeiten nicht zurückgehalten werden könnten, verstärkend, daß die Truppen außer Kontrolle geraten seien. Gestern Abend nun wird nach eigenen Berliner Meldungen das Vorrücken dieser Truppen offen eingestanden. . . Die Meinung der Arbeiter, daß die Verhandlungen in Münster und anderswo nur karthagische Versprechungen sind, hat sich als durchaus gerechtfertigt herausgestellt; sie sind in die Lage von Unversöhnbaren gebracht worden durch ihre berechtigte Furcht vor der Treulosigkeit Berlins und Watters. Sie sind überzeugt, daß Watter im Einverständnis mit Berlin einen neuen „Putsch" vorbereitet, und obgleich man ihnen bisher meist nicht geglaubt hat, müssen jetzt selbst gemäßigte Arbeiter sie unterstützen. Man

Digitized by Google

benutzt ihre Entwaffnung und die Verwirrung, in welche die Hoffnung auf Beilegung und ihr Vertrauen auf Severing ihre Organisation gestürzt hat, und daher muß man annehmen, daß sie jetzt eine kopflose, verängstigte und verzweifelte Menge sind, bedroht und in den Tod getrieben durch ihr Vertrauen auf die Besprechungen und Versicherungen aller außerhalb ihrer eigenen Reihen. Die Verantwortung dafür, daß der französischen Militärpartei in die Hand gespielt worden ist, liegt gänzlich in Berlin infolge der Schwäche und der Treulosigkeit, die dort herrscht, und auf den deutschen Reaktionären."

Es ist nicht nötig, auf die Einzelheiten dieses Berichtes einzugehen; sein allgemeiner Inhalt und seine Tendenz sind deutlich genug. Man hat das Gefühl, als ob ein Schleier von Dingen fortgezogen wird, von denen wir nichts geahnt haben. Der englische Korrespondent und sein Kollege treten hier auf als souveräne Schutzmacht für die eine Partei in einem innerdeutschen Kampf, verhandeln mit fremden Mächten, nehmen Partei gegen die deutsche Regierungsautorität und geben ihren englischen Lesern eine Darstellung der Ereignisse, deren einseitige Tendenz nicht gut überboten werden kann. Das alles, sieht der Leser in England, kann sich heute auf deutschem Boden ein fremder Zeitungskorrespondent erlauben. Ich kenne einen anderen Fall, wo englische Korrespondenten in einem „Stabsauto" der Roten Armee in der „Kampflinie" umhergefahren wurden und in einer Weise gegen die Regierung und die Truppen beeinflußt worden sind, die unbeschreiblich ist. Diese Pläne und Methoden zur Beeinflussung werden in den Berliner Salons und in den übrigen unabhängigen Hauptquartieren an anderen Plätzen Deutschlands sorgfältig entworfen. Die Korrespondenten werden glänzend aufgenommen, sie werden begrüßt als die Retter des besseren Deutschland, sie bekommen die ausgewähltesten unabhängigen Kräfte zu sehen, die ganz klugen, überlegenen Drahtzieher und die naiven, hingebungsvollen Gläubigen, man schmeichelt ihnen und man verhetzt sie mit allen Mitteln. Das Ergebnis sind dann die gewünschten Berichte, denn es gibt in ganz England nur sehr wenige Journalisten, die imstande sind, sich auf deutschem Boden selbständig zu bewegen und ein selbständiges Urteil zu finden. Ich lese in einem englischen Brief:

„Auf diesen Ton sind die englischen Blätter der linken Seite, außer „Daily News" alle gestimmt. Daher auch die Einmütigkeit in der Forderung nach Deutschlands Entwaffnung. Hier hat Millerand ein zugkräftiges Agitationswort gefunden, und es wird für Deutschland schwer, aber auch unumgänglich nötig sein, aufzuklären. Einzelne Stimmen von Korrespondenten in Berlin haben sich gefunden, die erkannt haben, daß die stete Beunruhigung, die Putschgefahren, die Schwäche der Regierung gegen die Reaktionäre, ja gerade auf dem Mangel eines genügend starken regulären Heeres beruhen. Der „Daily News"-Korrespondent bringt zuerst den Gedanken auf, den nachher Lloyd George in seiner Rede im Unterhaus nach San Remo aufgreift: Die deutsche Regierung hat gar nicht

Digitized by Google

die Machtmittel, widerspenstige Truppenformationen zur Auflösung zu zwingen; das ist der Grund, daß nicht immer die Verpflichtungen zur Entwaffnung eingehalten werden. Aber General Sir F. Maurice schreibt in derselben Zeitung Artikel gegenseitiger Tendenz und befürwortet immer wieder die völlige Entwaffnung.

Nach dem Kapp-Putsch hatte sich sehr bald in England die Ueberzeugung verbreitet, daß hierdurch ein Beweis für die demokratische Gesinnung des deutschen Volkes geliefert sei. Dann begannen die Denunziationen der deutschen Unabhängigen und ihr Echo in der englischen liberalen Presse. Zwar „Nation" vom 10. April empfiehlt für Deutschland als allein geeignet das Milizsystem, und am 17. April fragt sie selbst, ob man Deutschland wohl zumuten könne, das unruhige Ruhrgebiet ganz ohne Truppen zu lassen. Auch „Daily News" erkennt mehrmals an, die deutsche Regierung müsse ihren Arm bis in alle Ecken ihres Landes strecken können. Dergleichen aber muß man mühsam heraussuchen, während die alarmierenden Artikel über die reaktionären Reichswehrtruppen sich massenhaft finden, besonders nach der heillosen Dummheit der deutschen Offiziere, die ausgerechnet die Korrespondenten von „Manchester Guardian" und „Daily News" brüskierten."

In der „Times" vom 22. April stand eine Denunziation auf Grund von Spionagenachrichten aus Deutschland, Nachrichten, die ganz offenbar „unabhängige" Quellen haben. Danach gebe es einen „invisible German Staff" (unsichtbaren deutschen Generalstab), der sich in Zivilkleidung erhalten wolle, um die Entente zum Besten zu halten und heimlich das deutsche Heer wiederaufzubauen. Weiter:

„General v. Seeckt sei das Haupt dieser „unsichtbaren Regierung", ein Geheimagent der Entente habe dem Korrespondenten (in Frankfurt) gesagt, daß er mit einem General gesprochen habe, der das Reichswehr-Gruppenkommando I in Berlin kommandiere. Keinesfalls werde die niedrige Grenze von 100 000 erreicht werden; Seeckt werde allen denkbaren Druck auf die Entente ausüben, um die Beibehaltung der 200 000 Mann durchzusetzen. . . Den Ententekommissionen werde überall die Wahrheit zu verschleiern gesucht. Ein von General v. Seeckt gebilligtes Zirkular an die Führer der Einwohnerwehren „warne" davor, daß außer den dazu Berufenen einzelne Mitglieder an Ententeoffiziere Auskünfte über die Wehren erteilten. Ohne Ausnahme solle man höflich aber bestimmt an den Kreishauptmann verweisen. Und dann wird noch ein Zirkular an die Unteroffiziere mitgeteilt, worin diesen geraten wird, sich der Einwohnerwehr anzuschließen, nach Nr. 4188 vom 25. April 1819 der Instruktionen des Reichswehrministeriums seien Mitglieder der Einwohnerwehren, die unter Befehl der Militärbehörden ständen, ganz wie Mitglieder der kämpfenden Reichswehr zu behandeln. Im Falle der Notwendigkeit würden die Einwohnerwehren der Reichswehr einverleibt werden."

Man sieht, die „unabhängige" Mache ist hier mit Händen zu greifen, und man sieht weiter, das „unabhängige" System hat vollen Erfolg. Es hat Erfolg wie alle Dinge, die planmäßig, klug, mit Hingabe, mit den erforderlichen Mitteln und mit bewußter Zusammenarbeit der eingesetzten Kräfte betrieben werden. Den Erfolg spüren wir daran, daß

Digitized by Google

die Entente von der Verminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann nicht abgeht. Das scheinbare Zugeständnis, Schutzmannschaft und Gendarmerie dürften 150 000 Mann stark sein, ist darum wenig wert, weil diese Kräfte nur eine lokale, auf die betreffende Stadt oder den betreffenden Kreis beschränkte Organisation haben dürfen. Die natürliche und schon jetzt zutage getretene Folge davon ist, daß sie sich nicht für verpflichtet halten, außerhalb ihres gewöhnlichen Bezirks sich verwenden zu lassen. Mit städtischen Schutzleuten und Kreispolizisten aus dem Rheinland kann man keine Kommunistenaufstände in Thüringen oder München bekämpfen und umgekehrt ebensowenig. Das wissen die Unabhängigen, und darum haben sie nach dieser Richtung keine Furcht. Was sie fürchten, ist die Reichswehr, und was sie durch ihre Praxis der Denunziationen mit Hilfe der ausländischen Presse erreicht haben, ist, daß die Reichswehr so weit beschränkt wird, daß sie hoffen können, sie zu überwältigen. Das Merkwürdige bei der Sache ist, daß wir ja auch eine Regierung haben, die ihrerseits gleichfalls Möglichkeiten der Propaganda besitzt. Diese Propaganda scheint aber noch nicht begriffen zu haben, welche loyalen und wirksamen Wege man gehen muß, um die öffentliche Meinung des Auslandes zu unterrichten. Die alte Regierung hat nicht viel Ahnung davon gehabt, und die neue scheint, wenn das möglich ist, noch weniger Ahnung zu haben. Sie ist hilflos gegenüber der überlegenen Geschicklichkeit der Unabhängigen. Wir möchten darum einen Vorschlag zur Güte machen. Vielleicht ist es möglich, den Chef der Unabhängigen-Propaganda zur Information der fremden Presse zu fragen, ob er nicht geneigt wäre, unter angemessenen Bedingungen sich in die Regierung berufen zu lassen und zu zeigen, wie man Propaganda macht. Vielleicht ist die Frage nicht ganz aussichtlos, und es wäre doch erfreulich, wenn auf diese Weise dazu beigetragen werden könnte, daß wir, bevor es zu spät ist, eine Armee wiederbekommen, die stark genug ist, um Deutschland und damit die übrige Welt vor dem Versinken in Blut und Schlamm zu retten.

Das Kabinett Fehrenbach

Von Dr. Theodor Heuß

Ein parlamentarisches Ministerium bezieht seinen Namen von dem leitenden Minister. Er ist berufen, die Richtlinien der Politik zu zeigen und ihren Kurs zu steuern; seine wesentliche Verantwortung liegt in der Auswahl der Mitarbeiter. Offenbar dauert es noch lange in Deutschland, bis wir die Technik eines solchen Verfahrens handhaben können, das die Voraussetzung der Führerwahl ist. Als Ebert seinen Freund Scheidemann mit der Kanzlerschaft beauftragte, den anerkannten Führer

Digitized by Google

der stärksten Fraktion, hatte dies Logik; seine Nachfolger, Bauer, Müller, waren das Ergebnis von Verlegenheit und persönlicher Opferbereitschaft. Und auch heute ist es nicht anders. Fehrenbach tritt in die Bresche, weil Trimborn und Dr. Mayer sich versagen und die persönlichen Eigenschaften einer urbanen Liebenswürdigkeit ihn als Mittelsmann brauchbar erscheinen lassen. Der glühende Drang zum Führertum war es nicht, der ihn von der Leitung des Parlaments zur Leitung der Staatsgeschäfte vorantrug.

Und die Ministerwahl? Als im Verlauf der Krisis die Frage an die demokratische Fraktion kam, gab Dr. Petersen den Hinweis: Macht zuerst den Kanzler, der sein Programm, seine Mitarbeiter zeigt, und dann wird die Vertrauensfrage eindeutiger beantwortet werden können. Das war richtig, aber in der Praxis durch die Tatsache eingeengt, daß die Sozialdemokraten ohne Kenntnis der Minister, ohne Kenntnis eines Programmes sich zur Abstinenzpolitik entschlossen hatten. Damit war die Basis des neuen Kabinetts nach der linken Seite sehr viel schmaler geworden. Seit deutlich war, daß das Ministerium im parlamentischen Sinn ein Minderheitskabinett sein würde, war der Zwang, den Boden auf seine relative Tragfähigkeit vorsichtig abzufühlen, sehr viel stärker geworden. Das Kabinett, das jetzt zustande kam, lebt von der Gnade der „Opposition", und diese ist damit sachlich stärker, als wenn sie in der Verantwortung selber säße. Die Mehrheitssozialisten wissen das und wollen den Zustand des verantwortungslosen, aber die Macht besitzenden Zuschauens genießen. Sie wollen sich nicht am Kampf gegen Umsturz, wollen nicht im aussichtslosen Ringen gegen die wirtschaftlichen Krisen die Hände zerreiben, sondern in der Sommerfrische der Opposition die geschwächten Nerven erholen. Ihre Verantwortungslosigkeit aber bleibt sachlich größte Verantwortung. Sie sind nach Versailles gegangen und haben Angst vor Spa. Sie weichen vor Situationen aus, die sie selber geschaffen. Werden sie hinter Spa, das eine schwere Lage bringen wird, dem Staate dienen wollen oder den Agitationswettlauf mit den Unabhängigen machen?

Die Gruppierung: Zentrum, Volkspartei, Deutsche Demokraten hat natürlich auch ihre inneren Spannungen, sachlichen Gegensätze, seelischen Auswirkungen des Wahlkampfes. Den Demokraten hat ein Teil der ihr nahestehenden Presse die Politik der Schadenfreude anempfohlen: Heinzes Weg zur Sozialdemokratie schien nachträglich eine Rechtfertigung der verflossenen Koalitionspolitik, nicht in ihren sachlichen Ergebnissen, aber in ihrer taktischen Anlage. In der Anerkennung der republikanischen Verfassung war dann für den „Block der Mitte" die Grundlage gefunden. Aber was nun weiter folgte, schlug den schönen Reden des Dr. Stresemann geradezu ins Gesicht, der den Parlamentarismus nicht zum „Parteibeutesystem" werden lassen wollte, sondern Fachminister außerhalb aller Fraktionsüberlegung in mindestens 25 Versammlungen verlangte. Was ge-

Digitized by Google

schah? Die Volkspartei rationierte die freiwerdenden Ministerien, vor allem solche der Wirtschaft für ihre Partei (in seinen Versammlungsreden hatte Stresemann immer auch Dr. Geßler durch einen Offizier ersetzt, eine psychologische Kinderei; jetzt schien man zu merken, daß im Wehrministerium Verwaltung und nicht Strategie getrieben wird). Weiter: Die Volkspartei verhandelte mit ihren Leuten über Ministerien, um sie dem Kanzler vorzuschlagen. Also auch hier Rückfall in die geschmähte und der Ueberwindung würdige Methode unserer parlamentarischen Anfänge. Und was sich schließlich ergab: Vorschlag von ein paar Verwaltungsbeamten. Alle jene herrlichen Reden von den schöpferischen Begabungen der deutschen Wirtschaftsführung, die, durch Parteikrippenjägerei der Verantwortung ferngehalten, in die Luft gesprochenes Getöse, vorbei, vergessen. So sehen also „Fachminister" aus. In der Presse läßt man mitteilen, daß die Herren, an die man (bei jenen Reden wohl) gedacht, fühlen sich in den kommenden schweren Zeiten in ihren Betrieben wichtiger als in der Staatsführung. Das läßt sich hören, aber ist objektiv unrichtig, denn die Blüte oder der Ruin ihrer Betriebe ist ja abhängig von der Politik, die oben gemacht wird. Offenbar ist es etwas anderes, unzufrieden zu sein, als Verantwortung zu übernehmen, und die Fachminister, die man in den Fraktionsstuben nicht findet, drängeln sich nicht als hungrige Kandidaten im Foyer herum, auf daß man nur immer keck nach ihrem Mut, ihrer Unabhängigkeit, ihren starken Fäusten und ihren großen Gedanken greife. Außerdem handelt es sich bei den Männern, die man wünschte, fast nur um solche, die schon früher von den Demokraten vorgeschlagen waren.

Der Vorgang der deutschen Kabinettsbildung war nicht sehr ruhmvoll, aber er war ziemlich lehrreich. Eine Unterrichtsstunde über das Thema: vor Tische las man anders. Ein Nachweis, daß Feigheit nicht nur eine Eigenschaft von Personen, sondern auch von Parteien ist.

Die kritische Stunde dieses Kabinetts, das schließlich auch von seinen Gegnern mit einiger Erlösung begrüßt wurde, kommt während, kommt nach Spa. Aber diese Stunde wird nicht nur für das Kabinett, sondern für Deutschland zur Krisis werden.

Ungarns Krise

Von Dr. Gustav Erényi

In den verhängnisvollen Novembertagen des Jahres 1918 stob das ungarische Heer nach allen Himmelsrichtungen auseinander. Radikale Losungsworte schwirrten durch die Luft. Der Kriegsminister wollte keinen Soldaten, der Minister für Ackerbau keinen Großgrundbesitz mehr sehen. Nun legt, anderthalb Jahre später, der internationale Arbeiterverband mit einer Boykottbewegung von beispiellosem Umfang gegen das neueste

Digitized by Google

Ungarn des „weißen Terrors“ los —, und so sehr auch dieser Beschluß von parteipolitischen Motiven durchwoben sein mag, immerhin läßt er auf einen Wesensunterschied zwischen ungarischer und europäischer Gesinnung schließen.

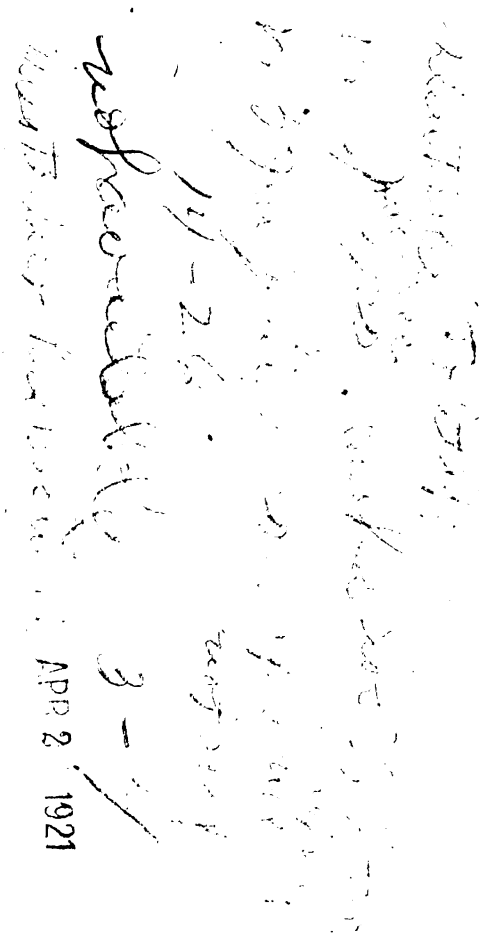
Wie kam es, daß Ungarn innerhalb kurzer Frist von einem Endpol politischer Ueberspannung zum anderen geschleudert wurde, während doch die anderen unterlegenen Nachbarstaaten trotz häufiger Vorstöße von rechts und links für die Dauer ein regierungsfähiges Realsystem zu gründen vermochten? Die traurige Beschaffenheit des ungarischen Friedens beleuchtet so manche Widersprüche, ohne sie aufzuheben. Gewiß wurde ein tausendjähriger Bestand zerstört. Fast drei Viertel des früheren Territoriums, fast zwei Drittel seiner Einwohnerzahl ging verloren. Mit den abfallenden Nationalitäten wurden ungefähr 2½ Millionen Magyaren, die sich bis an die äußersten Karpathenkämme tief in slawische und rumänische Stämme einkeilen, vom Mutterlande losgerissen. Der übrig gebliebene Rumpf war seiner mächtigen Naturgrenzen von ehemals entblößt. Die größere Hälfte der gewesenen Kohlenproduktion, neun Zehntel der Waldungen, die ganzen Salz- und Edelmetallgruben fielen weg. Mit Fiume büßte das Land seinen einzigen Seehafen ein. Der Reinertrag der ungarischen Bodenbestellung, die durch chronische Arbeitsscheu wie auch durch wachsenden Mangel an Düngemitteln und Gerätschaften noch viel extensiver ward als zuvor, reicht zum Bestreiten des unendlich größer gewordenen Importbedarfes bei weitem nicht mehr hin.

Solche Ungerechtigkeiten der siegenden Gewalt erregen und verwirren unter allen Umständen, aber sie müssen nicht zersetzen. Wenn sich nun die überrumpelte Gesellschaft an Stelle eines durch Not erheischten Kompromisses lethargisch bald einer bolschewistischen, bald wieder einer kirchlich-militaristischen Willkür ausliefern ließ, so beweist dieser politische Fiebertanz, daß der ungesunde Friede einen in seiner Zusammensetzung ungesunden Organismus traf.

Ungarn war bis zuletzt, trotz seiner liberalen Verfassung, die seine Bürger vor Gesetz gleichgestellt hatte, ein historischer Staat von starr getrennten Schichten. Die Aristokratie erhielt sich als eine Kaste behaglicher Repräsentation, der nebst einem bequemen Grundbesitzertum im großen die politische Leitung oblag. Neben ihr besorgte der sich „Gentry“ nennende ländliche Kleinadel die ebenso schwerfällige wie selbstgefällige Komitatsverwaltung. Der Bauer war seiner Lehnsschuldigkeit zwar seit Jahr und Tag entwachsen, aber der Erweiterung seines Fach- und Kulturhorizontes zog die kläglich beschaffene Dorfschule die von oben erwünschten Grenzen. Er empfand immer mehr seine Unterlegenheit im wirtschaftlichen Wettkampfe, und seine gläubige Rechtschaffenheit umwandelte sich im Verkehr mit den „Herren“ vielfach in eine Art mißtrauender Pfiffigkeit.

Digitized by Google

Zu diesen überlieferten Schichten gesellte sich in den letzten Dezennien als neuer Wirtschaftsfaktor ein hitzig emporstrebendes Judentum, das in der Hauptstadt 25% der Gesamtbevölkerung erreichte. Es brachte in die etwas träge soziale Struktur die erwünschte Beweglichkeit, doch nicht minder einen destruktiven Zug. Das Ueberkritische, Ungenügsame, wenig Bodenständige seiner Art widerspricht dem ungarischen Wesen. Inmitten solcher Schichtungen vermißt der Kulturbetrachter die in allmählichem Aufstieg befindliche Mittelklasse. Budapest erscheint als ein modernes Babel von Emporkömmlingen und Bedürftigen, deren Ansprüche selbst das tragfähige Ungarn vor dem Kriege nicht ertragen konnte.



krutierte sich aus einer Auslese der
mbition ein Stammsitz im parlamen-
er war. Ein Raketenspiel wirksamer
e Politik nicht zu ihrer wirtschaftlichen
in Sozialist saß im alten Parlament.
seit dem Ausgleich mit Oesterreich
onstreuen und Unabhängigen. Der
r die Unabhängigkeitspartei beseelte
ie Verwaltung bisweilen jahrelang
tionalen als der persönlichen Eitelkeit.
r Uebernahme der Regierungsgewalt.
n Fortschrittes wurden von hier aus
n betonte Ententesympathien dieser
eise mit einer chauvinistischen Hetze
digem Aufruhr gehaltenen Nationali-
n bedrängter Stunde wirken konnten,
einer Deputation nach Rußland, die
icaré zusammentreffen sollte.
schaften waren während der letzten
rsönlichkeit des Grafen Stefan Tisza
nnibalischer Anfechtungen in schwerer
tze der Geschäfte drängten. Gegen
he und Wesentliche loszielende Art
e wie Antisemiten und Demokraten
ion zusammen. Nach einer Version
lutionären Mörderhänden getroffenen
ätte ich wissen sollen!" War dies ein
der furchtlos Ausharrende die höchste
hutz seines bedrohten Lebens der Er-

*

Digitized by Google

Im Lande notdürftig übertünchter Schichtensonderungen erzeugt der Zusammenbruch von 1918 einen unheilvollen Schichtenwirbel und kehrt das unterste nach oben. Die Unfertigkeit sozialer Verlötungen offenbart sich nun durch den Mangel an jeder sozialen Stabilität. Es liegt in der Natur solcher ungereimten Organisationen, daß sie in krisenhaften Verwicklungen just den unrichtigsten Mann an die Leitung bringen. In der Person des Grafen Michael Károlyi ist der Schlüssel zu den unglaublichen Sprüngen der letzten anderthalb Jahre zu finden. Dieser Magnat, der weder zu reden noch zu handeln weiß, mußte herhalten als Reklameschild einer devisenfreudigen Scheindemokratie, die letzten Endes auch nur persönliche Zwecke verfolgte. Auf Grund freundschaftlicher Beziehungen zu Franzosen und Amerikanern schwört Károlyi blind auf den Gerechtigkeitssinn der Entente und auf die absolute Aufrichtigkeit von Wilsons Demokratie. Ein Canossagang zum Befehlshaber der feindlichen Balkantruppen, General Franchet d'Esperay, dünkt ihm als der sicherste Weg, den Krieg gegen die Entente ungeschehen zu machen. Als alle kleinlichen Köderungsversuche fehlschlugen, war es seine gekränkte Eitelkeit, die das Land dem Bolschewismus auslieferte, nachdem Sozialutopisten aller Art den letzten Rest von Ordnung untergraben hatten.

Die ungarische Rätediktatur von 130 Tagen ist mit der russischen nicht gut vergleichbar. Wohl wurde rechtzeitig um Lenins Patenschaft angerufen, doch war es später dieser immerhin zielstrebige Fanatiker selbst, der sich mit den ungarischen Verhältnissen unzufrieden erklärte. Die Kommunistenherrschaft von Budapest — das Land hielt nicht recht mit — bedeutete eine Hochkonjunktur der überlieferten Korruption. Das vielgenannte Proletariat war überall und nirgends vorhanden. Denn alle Gelegenheitsschmiede strömten ihm zu, und wiederum war ihm selbst der unscheinbarste Arbeiter von Ehrgefühl abhold. Trotz Vermögenssperre und Warenverteilung nahmen Verschwendung und Elend bedenklich zu, alle Anstrengungen zur Wiederbelebung der Produktion versagten, und schon die ersten Tage brachten sichere Vorzeichen eines kommenden Fiaskos.

Sehr erklärlich ist es, wenn die ernüchterte Gesellschaft nach solchen Erschütterungen vor allem zu der arg verletzten Rechtskontinuität Zuflucht nimmt. Und da diese Kontinuität für Ungarn mit dem Glanz der heiligen Stephanskrone aufs engste verbunden ist, darf auch das Wiedererwachen einer royalistischen Strömung — so wenig zeitgemäß sie auch sein mag — nicht wundernehmen. Doch wurden die Grundlagen für die nachbolschewistische Ordnung in Wien und Szegedin von Leuten gelegt, die vor allem für die ihrem Stande und Vermögen angetane Schmach persönliche Rache nehmen wollten. Für sie galt es gleichsam, den Geist mit dem Fleische auszurotten. Ihr aufgepeitschter Vergeltungsgeist führt die Verirrungen jener bewegten Tage auf die allerersten Regungen des demokratischen

Digitized by Google

Gedankens zurück. Ihr Kampfruf kehrt sich ohne rechtes Unterscheidungsvermögen gegen Demokraten, Sozialisten, Freimaurer und Juden in gleicher Weise, und bringt unter antisemitischen Schlagworten am liebsten alle unter einen Hut.

Das heißt nun, das Problem, das der Bolschewismus wachrief, einfach in sein Gegenteil umzukehren. In der Tat hebt sich jener Seelenzustand, der den Bolschewismus bedingte, durch dessen Fall nicht auf, er wechselt nur seine Repräsentanten. Eine Anzahl typischer Krankheitserscheinungen rettet sich in die neue Aera hinüber. So die Lust an Verfolgungen, das Knebeln jeder freien Ueberzeugung, der maßlose Propagandaaufwand und die Bevorzugung der stark überzähligen, in ihren Existenzbedingungen gewiß nicht beneidenswerten Beamtenschaft, die sich für kleine Ernährungszuschüsse mit Leib und Seele der amtlichen Politik verschreiben muß.

Der „weiße Terror" besteht sicherlich nicht in der Ausdehnung, wie ihn die linksradikale Presse aller Länder hinstellen will. Sein Bestehen aber wurde immerhin durch Delegationen aus Italien und England einwandfrei bestätigt. Fest steht, daß die Zahl der zum Tode Verurteilten, Verschleppten, Verschwundenen und körperlich Beschädigten bereits jene der kommunistischen Opfer überschreitet; daß der Chefredakteur des einzig geduldeten Sozialistenblattes seine Freizügigkeit mit dem Leben bezahlen mußte; daß ein organisierter Jugendbund der sogenannten „erwachenden Magyaren" unter antisemitischem Vorwand tagtäglich Prügeleien stiftet und die hauptstädtische Bevölkerung in Atem hält. Gewiß steht die Regierung von nicht gerichtlichen Exekutionen abseits; aber auch die Verurteilungen unter kommunistischem Rechtstitel übersteigen das zur Ahndung eines politischen Irrsystems erlaubte Maß. Daß sich nun „unverantwortliche Elemente" — wie es in der Regierungssprache stets heißt — derart breit machen durften, daß selbst ehrlicher Wille sie nicht mehr zu bändigen weiß, scheint doch dahin zu deuten, man habe solche Unverantwortlichen viel zu lange stillschweigend gewähren lassen. Im Trubel der Liquidierung des Kommunismus war eine gewisse Atmosphäre des Schreckens allen Anwärtern des neuen Kurses recht. Die neugegründete Nationalarmee, die bei aller strengen Zucht auch ein selbständiges Detachement-Unwesen zuließ, hatte ihre politische Mission. Sie sollte die erwünschte Stimmung für das neuzuwählende Parlament schaffen. Der Ministerpräsident Friedrich — übrigens auch ein gewesener Exponent des Systems Károlyi — war im Einklange mit militärischen Kreisen ein solcher „Stimmungmachender". Nun aber, da die junge Nationalversammlung unter den Regierungen Huszár und Simonyi-Semadam zu gemäßigteren Entschließungen schreitet, droht wieder das Gespenst militärischer Gewalt.

Am 25. Januar d. J. vollzog sich in Ungarn das erstemal eine Landtagswahl auf allgemeiner Grundlage, an der sich alle nicht vorbestraften

Digitized by Google

Männer über 24 Jahre, Kriegsgediente auch unter dieser Altersgrenze, und außerdem ein großer Teil der Frauen, beteiligten. In keinem anderen Lande wurde das allgemeine Wahlrecht so lange und geräuschvoll propagiert, und nirgends versagte es so kläglich. Auch in diesem Punkte hatte sich Tiszas Projekt einer stufenweisen Wahlrechtsausdehnung bewährt. Die erste „freie Wahl" sollte von allen die unfreieste werden. Die Sozialistenpartei wurde nicht in die Lage versetzt, Kandidaten zu stellen, die Demokraten wurden vor einer leichtgläubigen Wählerschaft durch allerhand gewalttätige Wahlmanöver diskreditiert. Somit setzte sich die Nationalversammlung, drei Demokraten und einige Wilden abgerechnet, aus nur zwei großen Parteien, aus der „christlich-nationalen" und aus jener der „kleinen Ackerbautreibenden", zusammen. Beide sind in fast gleicher Stärke vertreten und teilen sich in die Regierung; doch konnten letztere nur durch ein enges Bündnis mit den Christlich-Nationalen die nötige Wahlunterstützung erlangen.

Der christliche Kurs setzte sich die Verdrängung des jüdischen Kapitals und Kultureinflusses zum Ziele. Bald aber wurde die Einigkeit einerseits durch die Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten gestört, indem von katholischer Seite die alte Forderung eines Ehereverses wieder aufgerollt wurde, durch den alle aus Mischehen zwischen den beiden Konfessionen hervorgehenden Kinder katholisch werden sollen; andererseits entstanden in der Partei selbst zwei Gruppen, die sich — obschon nicht offen eingestanden — durch die Königsfrage entzweiten. Die extreme Gruppe Friedrich steht auf seiten der Habsburger, während die gemäßigteren Anhänger Huszárs diesen Modus als unheilbringend verwerfen. Solche Reibungen kommen naturgemäß der Partei „kleiner Landwirte" zugute, in deren Reihen freilich auch Großgrundbesitzer entsprechend vertreten sind.

So scheint denn heute, wenige Wochen nach erfolgtem Friedensschlusse, die Lage in Ungarn ebenso unsicher wie zuvor, und der greise Graf Apponyi, der in Neuilly und Versailles die Interessen seines Landes mit rührender Behendigkeit verteidigte, steht den inneren Verirrungen ratlos warnend gegenüber. Anstatt den Prozeß gegen die Mörder Tiszas, der ihr anscheinend so manche Verlegenheit bereitet, endlich einer Hauptverhandlung zuzuführen, ergeht sich die Regierung in einer ihr unzukömmlichen Glorifizierung von Tiszas Andenken. Das zerrüttete Finanzwesen zeigt keinerlei Tendenz zur Besserung. Die Abstempelung und die an sie anknüpfende Zwangsanleihe von 50 % des Umlaufsgeldes traf den kleinen Mann besonders hart, ohne ihren Zweck zu erreichen; die ungarische Valuta blieb nebst der polnischen nach wie vor die niedrigste aller Staaten. Die unerschwinglichen Preise im Lande halten sich, dem Kettenhandel kann durch alle drakonischen Maßregeln nicht gesteuert werden, und die Zahl der Arbeitslosen ist erschreckend groß.

Digitized by Google

Die nächste Entwicklung dürfte die politische Machtstellung der Agrarier erweitern, aber auch dieser Gruppe tut eine Auffrischung ihrer Vertretungen not. Ein Abbau der jüdischen Uebermacht, die Hebung des Kulturstandes des Bauerntums wäre gewiß erwünscht. Doch sind hierzu weder systematische Judenverfolgungen, noch der geplante numerus clausus an der Universität die geeigneten Mittel. Die dringendste Aufgabe wäre die Entpolitisierung des Heeres; sie aber scheint die allerschwierigste. Eine Versöhnung der einzelnen Schichten ist innerhalb dieser Generation, die durch ein ständiges Intriganten- und Denunziantentum in ihren Beziehungen vergiftet wurde, nicht gut möglich. Den Nachwuchs durch eine freizügige Erziehungsreform zu größerer Einigkeit zu stimmen, steht dem gegenwärtigen Regime fern.

Allenfalls wirkt der Friede vom 3. Juni den Besonneneren arg entgegen. Ein neuer Herd der Irredenta und der unaufhörlichen Balkanränke ist in Europas Mitte erstanden. Um die alte Rechts- und Wirtschaftskontinuität wieder zu errichten, wird sich der zusammentretende Völkerbund einer Revision des Vertrages mit Ungarn nicht verschließen können.

Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft

Von Dr. Gustav Stolper-Wien

Die finanzielle Lage Deutschösterreichs wird vielleicht am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß zu dem Staatsvoranschlag für das Finanzjahr 1919/20, der Ende Juli 1919 der Nationalversammlung unterbreitet wurde, bisher bereits drei Nachträge erschienen sind, deren letzter inzwischen ebenfalls bereits überholt ist. Während der Etat in seiner ursprünglichen Fassung die Ausgaben mit 6,55 und die Einnahmen mit 2,55, somit das Defizit mit rund 4 Milliarden veranschlagt, weist der vor kurzem veröffentlichte dritte Nachtrag bereits Staatsausgaben von 16,87, Einnahmen von 6,29, somit ein Defizit von 10,58 Milliarden aus. Ungefähr ein Drittel der Staatsausgaben ist durch regelmäßige Einnahmen gedeckt; der Rest muß durch Schulden aufgebracht werden. Daß ein Staat auf solche Weise nicht lange fortwirtschaften kann, ist leicht einzusehen, und die Beängstigung wird noch dadurch gesteigert, daß die Regierung nicht einmal einen Versuch unternimmt, das Finanzproblem durch eine weit ausgreifende Finanz- und Wirtschaftspolitik zu meistern. Der gegenwärtige Staatssekretär der Finanzen, Dr. Reisch, der bis vor einem Jahrzehnt das Referat der direkten Steuern im Finanzministerium innehatte und dann als Direktor zur Bodenkredit-Anstalt überging, ist ein Bureaukrat, der das technische Detail beherrscht, aber der Größe seiner Aufgabe, nach all seinen Aeußerungen zu schließen, verständnislos gegenübersteht. Zur Vermehrung der staatlichen Einnahmen

Digitized by Google

auf Deutschösterreich übergegangen. Rund ¼ Millionen Menschen stehen (ohne Militär) in den Diensten des Staates. Davon entfällt allerdings ungefähr ein Drittel auf die Staatsbahnen. Eine erhebliche Einschränkung der Gesamtzahl ist so lange nicht möglich, als Deutschösterreich auf sich gestellt ist und daher auch in der Wirtschaft unter einem Ueberschuß an geistigen Arbeitern leidet. Werden doch, wenn einmal Liquidationsarbeiten und die Konjunktur der Börsen- und Schiebergeschäfte vorbei sind, die großen Banken und Handelshäuser denselben Beamtenüberschuß aufweisen wie der Staat. Dazu kommt, daß der Zerfall des Reiches und die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse an die meisten Behörden Aufgaben stellen, die einen viel größeren Beamtenapparat erfordern als im Frieden. Die öffentlich Angestellten aber wollen so bezahlt sein, daß sie wenigstens notdürftig leben können. So folgt eine Lohnbewegung der andern, und der Zwang der Not ist so übermächtig, daß dagegen keine noch so energische Regierung aufzukommen vermag. Tatsächlich ist auch heute noch der deutschösterreichische Beamte der schlechtest bezahlte in der Welt und steht selbst hinter dem reichsdeutschen weit zurück, dem die letzte Besoldungsreform und Wertsteigerung der Mark ein Mehrfaches der in Deutschösterreich üblichen Bezüge sichert. Und es steht außer Zweifel, daß die Beamtengehälter in Deutschösterreich, wenn nicht die Krone eine ganz unwahrscheinliche Besserung erfahren sollte, noch stark erhöht werden müssen.

Eine andere Wurzel des Defizits im Staatshaushalt sind die Verluste der staatlichen Betriebe. Die Staatsbahnen sind trotz einer Vervielfachung der Tarife noch immer mit rund ¼ Milliarde passiv. Dabei sind die Einnahmen für das kleine Deutschösterreich bei einem auf das äußerste gedrosselten Verkehr mit 1940 Mill. veranschlagt, während sie im ganzen alten Oesterreich (also in einem mehr als viermal so großen Gebiete) nach dem letzten Friedensbudget 821 Mill. betragen haben. Ob die deutschösterreichischen Eisenbahnen überhaupt aktiv zu machen sind, ist fraglich. Im alten Oesterreich konnten die Staatsbahnen nur mit Hilfe des dichten, größtenteils durch ebenes Land führenden Bahnnetzes in den Sudetenländern mühsam ihr Gleichgewicht aufrechterhalten. Die Alpenbahnen Deutschösterreichs mit ihren zahlreichen Steigungen, Kurven und Tunnels, ihren hohen Anlage- und Betriebskosten, die größtenteils durch schwach

Abschlusses geltenden Tageskurs entfernen können. Würde man (entsprechend dem gegenwärtigen Verhältnis) die Mark gleich vier Kronen einsetzen, so würde sich die deutschösterreichische Gesamtschuld auf rund 12½ Milliarden Mark reduzieren bei über 200 Milliarden Mark Reichsschulden ohne Kriegsentschädigung. Da das Reich durch Deutschösterreich einen Zuwachs um etwa 10% seiner Volkszahl erhalten würde, wäre Deutschösterreich somit weit schwächer belastet als der Reichsdurchschnitt!

Digitized by Google

besiedeltes, wenig industrialisiertes Gebiet führen, werden bei halbwegs vernünftigen Tarifen kaum jemals Ueberschüsse abwerfen können. Das macht die Staatsbahnen (entgegen verschiedenen derartigen Projekten) zu einem untauglichen Objekt der ausländischen Kapitalsinvestition. Ebenso schließt die Post (einschließlich Telegraph und Fernsprecher) mit einem Verlust von 167 Mill. ab, auch sie trotz wiederholter, die Belastungsgrenze des Verkehrs vielfach schon überschreitender Tariferhöhungen. Demgegenüber ist der Ertrag der Staatsmonopole mit zusammen 300 Mill. Kr. verschwindend gering, von denen überdies allein 235 auf den Tabak entfallen, also einen Betrieb, der an sich wegen der damit verbundenen Verschuldung an das Ausland einen volkswirtschaftlichen Passivposten darstellt.

Zur Verbilligung der Lebensmittel leistet der Staat Zuschüsse von 3,7 Milliarden. Davon entfallen 3,1 Milliarden auf Brot und Mehl, der Rest auf Fleisch und Fett. Die Verbilligung an sich ist kaum zu vermeiden. Würde der Staat versuchen, die Weltmarktpreise dem inländischen Verbrauch zuzumuten, so würde dies eine Preissteigerung zur Folge haben, die auf dem Wege über die Bezüge der öffentlich Angestellten dem Staat mindestens so viel kosten würde, als er an Zuschüssen ersparen könnte. Aber dieser scheinbar sehr hohe Passivposten ist zum größten Teil fiktiv. Denn Deutschösterreich lebt seit dem Umsturz zum größten Teil von Getreide und Mehl, das ihm die Alliierten kreditieren. Die ersten Sendungen haben Anfang 1919 eingesetzt und bis in den November hineingedauert, und neuerdings haben die Vereinigten Staaten einen Mehlkredit gewährt, der die Rationen bis in den Oktober deckt. Zuschüsse braucht er somit nur zu denjenigen Getreidemengen zu leisten, die Deutschösterreich aus eigenen Mitteln ankauft. Was für das amerikanische Mehl eingenommen wird, verwenden die Lebensmittelzentralen zu neuen ausländischen Käufen.

Scheiden Staatsbetriebe und die bestehenden Monopole als staatliche Einnahmequellen aus, so liefern andererseits direkte und indirekte Abgaben nur ganz unzulängliche Erträgnisse. Die gesamten direkten Steuern hätten im laufenden Finanzjahr 540 Mill. abwerfen sollen. Darin sind die oben erwähnten Erhöhungen, die die Nationalversammlung noch nicht einmal in Beratung gezogen hat, noch nicht berücksichtigt. Sie werden den Ertrag der direkten Steuern um etwa eine halbe Milliarde erhöhen. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Geldentwertung die Einkommen in einer Weise steigert, daß die Einkommensteuer auch bei den geltenden Sätzen über den Voranschlag um 100 bis 200 Mill. hinausgehen mag. Immer kann es sich jedoch nur um Beträge handeln, die neben dem Milliardendefizit kaum ins Gewicht fallen. Den Ertrag der Zölle hat die Regierung durch allmähliche Erhöhung des Goldzuschlages bis auf

Digitized by Google

zusammengesetzt haben; dazu traten die Vertreter der Schulbehörden und eine ansehnliche Reihe von besonders geladenen Sachverständigen. Die Universitätslehrer waren nach Zahl und Gewicht nicht schlecht vertreten. Auch die Jugendlichen waren erfreulicherweise nicht ausgeschlossen. An Namen von Bedeutung in der pädagogischen Welt seien Kerschensteiner, Spranger, Natorp, Gaudig, Sickinger, Berthold Otto, Seyfert, Rein, Wyneken verzeichnet. Die Frauen, Helene Lange und Gertrud Bäumer an der Spitze, bildeten einen ansehnlichen Teil der Versammlung. Das Bestreben war offenbar dahin gegangen, alle Strömungen und Bestrebungen im Schul- und Erziehungswesen zum Wort kommen zu lassen. Man hätte sich eine solche Konferenz anders zusammengesetzt denken können: 50—80 anerkannte Sachverständige, unter Uebergehung der Verbände aller Art, die mehrere Wochen ohne jeden Seitenblick auf die Oeffentlichkeit und auf „Interessen" beraten hätten. Nachdem man sich einmal, aus Gründen, die sich nicht ohne weiteres abtun lassen, entschlossen hatte, alle irgendwie Beteiligten heranzuziehen, konnte die Konferenz nicht wohl kleiner ausfallen. Und der Wille, in der Auswahl sachlich zu sein, von der Schulschwester bis zum Kommunisten niemand auszuscheiden, ist unverkennbar vorhanden gewesen.

Erklärungen von evangelischer und von katholischer Seite, ebenso eine von seiten der weltlichen Schule waren unzufrieden, weil die Fragen der religiösen Erziehung nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden seien. Die Leitung, Staatssekretär Schulz, erwiderte, daß aus wohlerwogenen Gründen ausgeschieden worden sei, was in den engeren Bereich der eigentlichen Weltanschauungsgegensätze gehöre. Auch die Frauen beschwerten sich, mit ihren Fragen nicht genügend angekommen zu sein, desgleichen das Fachschulwesen; das letztere, wie mir scheint, mit mehr Ursache als die ersteren. Wenn bei den Veranstaltern der Konferenz — man bedenke auch, daß sie die erste ihrer Art war und nur zehn Tage zur Verfügung hatte — das Bestreben vorhanden war, die Auseinandersetzung über grundlegende Fragen der Denk- und Lebensrichtung, ohne ihre Bedeutung zu verkennen, auszuscheiden, soweit das irgend ging, so finde ich das begreiflich, ja richtig. Und wenn einige Aufgaben und Bedürfnisse unmittelbar pädagogischer Natur nicht berücksichtigt wurden, so geschah das nicht absichtlich. Im ganzen waren alle Gegenstände von Belang für den Erzieher und Lehrer der Gegenwart auf die Tagesordnung gesetzt: Einheitsschule, Arbeitsschule, Lehrerbildung, körperliche Erziehung, Schülerfragen (Selbstregierung), Elternbeiräte, Schulverwaltung, technische Vereinheitlichung des Schulwesens im Reich, Volksbildung, Privatschulen, deutsches Schulwesen im Ausland.

Für jeden Gegenstand waren mindestens drei Berichterstatter aufgeboten worden. Die Berichte samt den Leitsätzen gingen den Teilnehmern an

Digitized by Google

der Konferenz schon einige Wochen vor Beginn derselben zu. So konnte auf der Konferenz selbst Zeit eingespart werden; dem Berichterstatter blieben noch 20 Minuten vor und ebensoviel nach der Erörterung. Einheitsschule, Arbeitsschule, Lehrerbildung wurden in der Vollversammlung verhandelt. Für die übrigen Gegenstände waren 17 Ausschüsse eingerichtet, für deren Beratungen zwei Tage zur Verfügung standen. Ihre Ergebnisse wurden in gedruckten Sätzen niedergelegt und in den letzten drei Tagen der Konferenz mit einem Bericht über den Verlauf der Ausschußsitzung zur Kenntnis gebracht; eine Diskussion zu den Sätzen und Berichten fand nicht mehr statt; es konnten nur noch Erklärungen abgegeben werden, wovon weit mehr als nötig Gebrauch gemacht wurde. Die Redelust in den Vollsitzungen der ersten Tage war beängstigend; allein zur Einheitsschule hatten sich 78 Redner gemeldet. Ein besonderer Ausschuß mußte gebildet werden, um unter den Meldungen auszulesen. Trotzdem kam man bei der Lehrerbildung auf 42 Diskussionsreden. Ein Kampf entspann sich darüber, ob, zum mindesten über Einheitsschule und Lehrerbildung, abgestimmt werden solle. Der Antrag auf Abstimmung blieb in der Minderheit. Ich vermag darin nicht wie der Antragsteller eine Herabwürdigung der Konferenz zu sehen. Man konnte inhaltlich auf dem Standpunkt der Minderheit stehen und doch gegen das Abstimmen sein, um nicht den geistigen Charakter der Tagung zu gefährden. Ihr gutachtlicher Wert und ihr mittelbarer Einfluß auf die Gesetzgebung — um mehr als das kann es sich nicht handeln — braucht deswegen nicht gering zu sein.

Von den Problemen, Plänen und Entwürfen, die das pädagogische Deutschland derzeit bewegen, hat auf der Konferenz nichts von Bedeutung gefehlt; mehrfach sind die Schöpfer selbst dafür eingestanden. Es ist eine Fülle von Bestrebungen auf dem Felde der Erziehung und des Unterrichts zu verzeichnen; manches verschwommen, gärend, manches gereift und geklärt; einiges nur organisatorischer Natur oder gar bloß mit dem Charakter des Behelfs, anderes schöpferisch und fruchtbar, tief aus unserer Not und unseren Bedürfnissen entstammend. Gewisse Gedanken und Wünsche gehen durch alle Lager und lassen sich durchaus nicht bloß einer Richtung oder Weltanschauung zuschreiben. Zuweilen ist der Gegensatz einfach der zwischen den Jungen und den Alten, zwischen den Fertigen und Starren und zwischen denen, die gewaltige Zeitereignisse und Volkserlebnisse nicht spurlos an sich vorbeigehen lassen können. So hat z. B. eine Erklärung der Jugendlichen, daß die eigenen erzieherischen Kräfte der Jugend nicht zu entbehren seien und die sich selbst erziehende Jugendgemeinschaft letzten Endes Träger der Arbeit und der Ordnung sein müsse, auch die Unterschrift katholischer Jugendvereine getragen. Ueberhaupt war viel mehr Einheit vorhanden, als sich, namentlich nach dem etwas verunglückten ersten Tage, erwarten ließ. Um diesen Ein-

Digitized by Google

druck zu haben, mußte man freilich auch zwischen den Zeilen zu lesen und zwischen den Worten zu hören verstehen, mußte man das fast hoffnungslose Auseinander der gesellschaftlichen und geistigen Standpunkte der Vorkriegszeit nicht vergessen haben, mußte man die deutsche Schulgeschichte vor Augen haben. Und vor allem mußte man die Probleme nicht bloß bis zur vorletzten, sondern zur äußersten Station verfolgen, um die Verbindung mit anderen Geleisen wahrzunehmen. Gewiß, Gegensätze genug, und starke Gegensätze, ich hätte sogar gewünscht, daß sie noch schärfer und klarer herausgearbeitet worden wären: hier das Bildungsgut im Mittelpunkt, dort der jugendliche Mensch; hier die Fachwissenschaft an erster Linie, dort die Pädagogik; hier der einzelne im Vordergrund, dort die Gemeinschaft; hier die Menschenbildung durch Verstandspflege, dort dieselbe durch Handarbeit und Mittel, die nicht unmittelbar dem Reich des Intellekts angehören; hier die Achtung vor einer in Jahrtausenden gewordenen geistigen Kultur, dort der Blick auf eine nötige und kommende organische Arbeits- und Volksgemeinschaft; hier die Einsicht, daß wir ohne geistige Differenzierung verkümmern, dort die Erkenntnis, daß wir ohne viel stärkere geistige Einheit uns selbst vernichten. Von einem Zusammenfließen dieser verschiedenen Linien, von einer umarmenden Verbrüderung der Gegensätze ist natürlich keine Rede gewesen. Aber, wer Augen hatte zu sehen, sah an vielen Stellen die Wege sich nähern, und an vielen Stellen die Probleme, sofern man sie nur zu Ende dachte, sich die Hand reichen. In der Frage des gemeinsamen Unterbaus aller Schulen, der Einführung bzw. Geltung des Arbeitsgedankens in der Schule, sowohl in der Form des schaffenden Lernens wie des Werkunterrichts, in der allerdings recht verschieden temperierten Ablehnung des alten Passivitäts- und Autoritätsstandpunkts gegenüber der Schuljugend, und nicht zuletzt in der Lehrerbildung traten deutlich Uebereinstimmungen zutage, die weiter gingen, als eine vorsichtige und nüchterne Anschauung es erwarten durfte. Es will doch etwas heißen, zumal im Blick auf die Geschichte, wenn in den Leitsätzen über Lehrerbildung zu lesen steht, daß alle Arten von Lehrern ihre grundlegende Vorbildung auf einer sogenannten höheren oder dieser entsprechenden Schule erhalten, und daß die Berufsbildung aller Arten von Lehrern in einer in den wesentlichen Grundzügen gleichartigen, jedoch der verschiedenen Berufsaufgabe angepaßten Weise auf einer (vorhandenen oder auch neuzuschaffenden pädagogischen) Hochschule erfolgen solle. Hier treffen sich höhere Schule und Volksschule — wie auch immer die praktische Durchführung sich gestalten möge —, die Jahrhunderte hindurch nebeneinander, außereinander, oft gegeneinander gestanden haben, und man muß sich bewußt sein, daß hier Scheidungen und Anschauungen hinuntersinken, die unser soziales, geistiges, völkisches Leben bis in die Tiefen hinein beeinflußt haben.

Digitized by Google

Harnack gab dazu mit anderen Hochschullehrern die Erklärung ab: aus sachlichen Gründen halten sie die Gabelung der letzten Ausbildung von Oberlehrern und Volksschullehrern für nötig, aber ebenso nachdrücklich habe er im Namen seiner Gruppe zu erklären, daß die Hochschullehrer zu jeder Unterstützung und Förderung der Lehrerbildung bereit seien, ja das geradezu als ihre Pflicht ansehen. Und nach dieser besagte eine Erklärung Kerschensteiners: die geforderten Maßregeln dienen in erster Linie der intellektuellen Ausbildung, es müssen auch Einrichtungen getroffen werden, die den sozialen Kern des Lehrerberufs berühren, damit die neuen Lehrer nicht etwa zwar besser unterrichten, aber schlechter erziehen als bisher. Beide Erklärungen sind charakteristisch dafür, wie weit die Entwicklung vorgeschritten ist; sie wollen die Geschichte nicht verleugnen und Werte aus der Vergangenheit nicht preisgeben, aber bei innerer Zustimmung zu dem neuen, Gemeinsamkeit schaffenden Wege, Werte aus einer im übrigen abgeschlossenen Vergangenheit.

Ich darf hier noch auf zwei Dinge aufmerksam machen, die mir von Wichtigkeit erscheinen; sie spielten jedoch in der Erörterung keine Rolle und blieben im Hintergrund. Das eine betrifft die Auffassung vom Staat und dem Verhältnis zwischen ihm und der Jugendbildung. Es war Kerschensteiner, der Mann der staatsbürgerlichen Erziehung, der die Volksgemeinschaft, nicht den Staat als Letztes hinstellte und der forderte, daß der Staat andere Bildungswege als die seinen nicht unmöglich machen dürfe, wenn sie der Volksgemeinschaft dienen. Und Spranger stellte den Satz auf, daß der Ausbau des gesamten nationalen Bildungswesens zu einem großen Selbstverwaltungskörper anzustreben sei, in dem sich das Leben der geistigen Kultur darstelle. Sodann trat vereinzelt, von der großen Mehrzahl nicht beachtet und wohl auch nicht anerkannt, die für unsere geistige Zukunft grundlegende Erkenntnis auf vom Unterschied zwischen Bildung und Vorbildung, zwischen dem, was nur völlig frei allmählich werden, und zwischen dem, was die Schule mitgeben kann, zwischen Wissenschaft und geistigem Leben. Harnack bestimmte in dieser Richtung Bildung als wiedergewonnene Naivität, und Natorp sprach davon, daß beide, Kopf und Hand, Maschinen seien; ihre „Bildung" sei noch keine Bildung.

Soweit ich zu sehen vermag, hat die Konferenz nicht das gehabt, was man eine gute Presse nennt. Wie mir scheint, unverdientermaßen, vom ersten Tage abgesehen. Den Zeitungen fehlte der Platz, um in der nötigen Ausführlichkeit dem Gang einer so reich ausgestatteten und gedrängten Tagung zu folgen; dazu kam die Schwierigkeit der Orientierung für politisch und wirtschaftlich eingestellte Berichterstatter. Da die Versammlung zu einem großen Teil aus Vertretern von Verbänden zusammengesetzt war, so bestand immerhin die Gefahr, sich nicht von der Rücksicht auf das

Digitized by Google

Letzte und Ganze leiten zu lassen. Sie wurde überwunden durch die Sachlichkeit der Leitung und die geistige Höhe, zu der sich die Verhandlungen an verschiedenen Stellen erhoben. Wer den Wert und die Bedeutung der Konferenz erwägt, der soll, wenn er kann, den Geist Paulsens, der noch nicht tot ist, zitieren. Ich glaube, Paulsen hätte zunächst diese Konferenz etwa mit der des Jahres 1890, welcher vom Kaiser der Weg gezeigt wurde, und mit der monarchischen Leitung des Schulwesens unter Friedrich Wilhelm IV. verglichen und hätte festgestellt, wie ungleich gesünder trotz mancher Mängel die Konferenz von 1920 nach Zusammensetzung und Bewegungsfreiheit gebaut sei. Er hätte wohl ferner sehr stark das Gewicht der Stunde empfunden, wo gelehrte Bildung und Volkserziehung sich treffen und einander die Hand — oder soll ich sagen die Fingerspitzen? — reichen. Er hätte den Anbruch der Zeit gespürt, wo von der Seite der Schulbildung her gewaltige Risse, ob auch nur zaghaft zunächst, sich zu schließen beginnen und Volkstum, Volksgemeinschaft und Arbeitsleben das Tor der Schule sich öffnen. Und gewiß hätte er gewarnt vor dem der Gegenwart so naheliegenden Zwang und vor der Uniformierung und Schablonisierung, die sie auf gewissen Gebieten verpönt, um sie auf anderen um so kritikloser anzuwenden, und er hätte den Weg des Versuchs empfohlen für Erzieher aus allen Lagern mit großen klaren Gedanken und warmem Herzen, — wie das beides auch Kerschensteiner getan hat. Und im Blick auf die ganze Veranstaltung hätte er vielleicht gesagt: wenn auch nicht völlig gelungen, so doch auch keineswegs mißlungen — der erste Anfang zu einem deutschen Kulturparlament!

Kirchen auf!

Von Pfarrer D. Emil Fuchs (Eisenach)

Eine Heimat ist für den Katholiken sein Gotteshaus! Ob es ein ehrwürdig erhabenes, künstlerisch gestaltetes Gebäude, ob ein schlichtes Dorfkirchlein ist, es ist die Stätte des ewigen Lichtes, der Leib des Herrn, der gegenwärtige Gott ist da; die Bilder der Heiligen lassen sie so nahe erscheinen. Dorthin trägt man Freud und Leid. Dort schmückt man den Altar und freut sich der Schönheit. Mutterseelenallein im großen Dom, sitzt man mitten in der Gemeinschaft des Ueberirdischen und Heiligen.

Das gibt es nicht für den Protestanten. Die Versuche während des Krieges, ihm zu stiller Andacht die Kirchen zu öffnen, mußten erfolglos bleiben. Gerade die Protestanten, die starkes Gebetsbedürfnis haben, fühlen Gott so sehr als geistige Nähe, daß sie eines besonderen Ortes für das Gebet kaum bedürfen.

Digitized by Google

Aber gibt es nicht ein anderes, wo auch dem Protestanten die lebendige Nähe des Göttlichen in gestalteter Form fühlbar wird, wo auch ihm sichtbares Sein und überirdische Ewigkeit sich einen? — Es ist die Kunst. Es sind aber auch jene Gedenkfeiern an großes Menschenschaffen, Menschendulden und Schicksalsmacht, in denen sich ihm etwas vom Wesen des Weltenlenkers irdisch offenbart. Sollten wir nicht dem Protestanten dadurch das Gotteshaus zur Heimat machen, daß es ihm mehr und mehr selbstverständlich wird: das Große, Heilige, Erhabene erlebt man dort!

Als wir 1909 den hundertjährigen Todestag Schillers feierten, sprach ich in einem schlichten, echten Dorfkirchlein über ihn, und es klangen dort die Worte seiner Dichtung an die Menschen heran. Sie lernten fühlen, wie alles erhabene Menschentum dem Göttlichen nahesteht.

1913 feierten wir das Gedenken an die Taten, die Leiden, die Hoffnungen und großen Zukunftsgedanken unserer Vorfahren im Gotteshaus. — Vielfach sind während des Krieges vaterländische Abende in Kirchen veranstaltet worden. Unvergeßlich wird es mir sein, wie Anton Fendrich, der Sozialdemokrat, in gewaltigen Worten von meiner Kanzel vom Fühlen und Erleben der Arbeiterschaft sprach. Nun hat man wieder in Heilbronn und Frankfurt Gedächtnisfeiern für Fr. Naumann in den Kirchen veranstaltet. Ansätze sind da. Aber aus den Ansätzen will kein dauernder Entschluß und keine große, gemeinsame Sicherheit in den kirchlichen Kreisen werden. Das aber soll und muß werden. Es soll und muß so werden zunächst einmal für die Feiern, in denen unser Volk, Glieder unseres Volkes, einzelne Stände, einzelne Gemeinschaften ein Großes, Erhabenes gemeinsam feiern. Warum sollen nicht Sozialdemokraten ihren ersten Mai, das Fest der Arbeit und des Weltfriedens, in kirchlichen Gebäuden feiern? Weil sich das Bürgertum darüber ärgert? Wollen wir nicht endlich einmal lernen, daß wir zwar verschiedene Ideale haben, aber jedem Ideal die große Achtung entgegenbringen wollen, die es verdient? Wollen wir uns nicht der Ideale der andern freuen? Wäre es zu wünschen, daß sie gar keine Ideale hätten? Oder können wir im Ernst verlangen, daß alle Menschen nur unsere Ideale hätten? Und wenn das so ist. Wollen wir nicht die ehrwürdigen Feierräume jedem idealen Gedenken und Feiern zur Verfügung stellen? F e i e r n natürlich müssen es sein. Es ist sinnlos und geschmacklos, ehrwürdige Räume, die gestaltet sind, feiernde Menschenmassen in sich aufzunehmen, zu füllen mit Zanken und Streiten, Disput und endlosem Gerede. Wer vor der sixtinischen Madonna sein Butterbrot verzehren will, soll ihr fernbleiben. Wer für die weihevolle Gestaltung kirchlicher Räume kein Fühlen mit sich bringt, gehört nicht in sie hinein. Aber wo man feiern will, wo man sich zu Idealen erhebt, da lenke man selbstverständlich seine Schritte dorthin, wo di[illegible]me für Feiern gestaltet sind, und wenn die Kirchen so in ihren

Digitized by Google

Gliedern das Gefühl für erhabene Feiern wieder wecken, werden sie selbst den Vorteil davon haben. Ihre Glieder werden lernen, Heimatgefühl zu haben in der Nähe des Erhabenen. Kann das für die Frömmigkeit ohne Nutzen bleiben?

Und wenn das Gedächtnis irgendeines Wohltäters der Gemeinde zu feiern ist oder irgendeines großen Unheils, wenn es gilt, der Toten des Krieges oder auch des Bürgerkrieges zu gedenken! Wo zu ernster Feier solcher Art größere Menschenmassen sich sammeln möchten, warum soll nicht das Gotteshaus die Stätte sein, da ihr Fühlen zu Wort und Ton und Darstellung wird. Auch wenn es nur Ausschnitte aus der Gemeinde sind. Man gebe ihnen die Feierstätte, und ihr Empfinden für die geheiligtere Erhebung ihres Herzens wird umschlagen zu Dankbarkeit und Heimatgefühl für diese Stätte.

Dasselbe gilt für die Kunst. Den unendlichen Reichtum der religiösen Musik hat man in die Kirchen gezogen, in Kirchenkonzerten und musikalisch ausgestalteten Gottesdiensten. Es gibt eine Musik voll Ernst und Majestät, die nicht unmittelbar religiös ist. Man würde ihrer Wirkung dienen, wenn man sie aus dem flachen Konzertsaal wegnähme und in die Kirche versetzte.

Doch ich denke auch an die Dichtung, jeglicher Art. Die Volkshochschulen veranstalten öfters weltliche Andachtsfeiern, an Sonntagen oder Wochentagsabenden. Sollten sie nicht mit ihrer Darbietung dessen, was an großen, erhabenen Gedanken und Gefühlen in unserer Kunst gestaltet ist, in den Kirchen ihre geeignetsten Stätten finden? Wieviel leichter wären sie zu veranstalten, wenn die Saalnot wegfiele, wieviel tiefer würden sie wirken, wenn auch der Raum ringsum zum Teilnehmer spräche: Das Wort des Dichters, die Musik des Großen führt dich in heiliges Land! Auch die Vorlesung eines dramatischen oder epischen Kunstwerks entsprechender Art könnte im Gotteshaus vielfach erst zu ihrer vollen tiefen Wirkung kommen.

Das Mittelalter hatte Raum in den Kirchen für seine geistlichen Dramen. Warum haben wir nicht mehr Raum? Haas-Berkow in Jena erneuert in mächtig wirkender Weise das mittelalterliche Mysterienspiel. Er hat schon mehrfach seinen Totentanz in Kirchen gegeben. Jedesmal wird versichert, daß das von ganz besonders mächtiger Wirkung gewesen sei. Ich denke jedoch nicht nur an die Mysterienspiele alter und neuer Art. Es gibt erhabene Kunst, die das Letzte und Tiefste dramatisch darstellt, sie darf in den Kirchen Heimatrecht beanspruchen.

Im Mittelalter war der mächtige Bau des Gotteshauses der Mittelpunkt des gemeinsamen Lebens. Jeder fühlte hier für sich die Heimat seines Schmerzes, seiner Trauer, seiner Freude. Hier war ihm die Stätte seiner erhabenen Gefühle und die Weihe seines Lebens-

Digitized by Google

kampfes. Wenn heute der Mensch nach langer Abwesenheit heimkehrt und schaut die Türme des heimatlichen Gotteshauses, sind es dem Protestanten mehr wie Türme? Die tiefsten Erschütterungen seiner Seele hat auch der Ernste vielfach ganz wo anders erlebt als hier, der große Klang geistigen Gemeinschaftslebens umklingt sie nicht mehr. Soll das nicht endlich anders werden? Der Protestantismus hat dem Heiligen im Seelenleben eine Ausdehnung weit über das eigentlich Religiöse hinaus gegeben. Er soll sich dessen freuen, soll aber nicht alles zum „Weltlichen" stoßen, was eben mehr als irdisch ist. Er soll den großen, schaffenden Kräften, die er entfesselte, auch äußerlich ihre Weihe durch geben, daß er ihnen die Stätte bereitet, wo das Heilige am deutlichsten vom Menschen empfunden wird. Es wird mithelfen — mithelfen nur, denn entscheidend sind andere Dinge —, aber es wird mithelfen, die schaffenden Kräfte all dieser „weltlichen" Mächte zu Bundesgenossen des religiösen Werdens und Suchens zu machen.

Selbst für die bildende Kunst könnte man es sich denken. Könnte man nicht geeignete Kirchen immer wieder benutzen, irgendein erhabenes Kunstwerk selbst oder in Reproduktion, auch in Lichtbildaufnahmen und Feiern in ihnen weihevoll darzustellen. Zunächst einmal sollte man, viel stärker, da, wo man die Mittel dazu hat, die Wände fühlen, kirchliche Räume durch wirklich große, religiöse Kunst zu schmücken. Wir haben wieder eine starke religiöse Kunst, sie ist ohne Hilfe der Kirche gewachsen und findet noch wenig Hilfe bei ihr. Aber ebenso sollte man da und dort eine Nische, einen Altarraum usw. benutzen, ein Kunstwerk auszustellen, sei es auch nur vorübergehend, daß nur an solchem eigenen Ort zu voller Wirkung kommen kann.

Auch in Lichtbildandachten und Lichtbildfeiern hatte man der Kunst im weihevollen Raum eine Stätte bereiten. Sie mögen gehalten sein als ein tiefer Vortrag durch Lichtbilder erläutert. Da denke ich mir eine Darstellung der Größe Rembrandts oder Dürers oder Michelangelos und ähnlicher, Klinger und Böcklin, Thoma und Steinhausen — wie viele sind es, die im Gotteshaus ihre richtige Stätte der Darstellung und Besprechung fänden. Ich denke mir aber auch Andachten, reine Feiern, in denen die Bilder erscheinen begleitet von Musik, Lied, Dichtung, Vorlesung. Wie wundervoll könnte man in diesem Ernst, zu mächtiger Erhebung hier die Mittel der verschiedenartigen Künste zusammenstellen?

Sind alle Kirchen dazu geeignet? Man wähle für die verschiedenen Zwecke aus. Es wird jede Stadt in ihren verschiedenen Kirchen auch die Möglichkeiten zu verschiedener Verwendung für solche Zwecke haben. Hier ist die Predigtkirche in Form eines weihevollen Saales für ernste Vorträge, hier die mächtige Mysterien- und Festkirche aus dem Mittelalter für

Digitized by Google

Mysterienspiele, musikalische und rein künstlerische Feiern usw. Guter Wille und Geschmack wird vieles ermöglichen, was jetzt unmöglich dünkt.

Nicht sollen Gottesdienst und Predigt dadurch aufgehoben oder auch nur zurückgedrängt werden. Im Gegenteil, sie werden im Bewußtsein wieder einen ganz anderen Platz gewinnen, wenn sie auftreten, da, wo der Mensch sich heimisch fühlt, und eingerahmt sind von großen, erhabenen Feiern, in denen die Größe menschlichen Kulturschaffens und Geisteslebens zu uns kommt. Ganz von selbst werden sie im Bewußtsein der Menschen, deren Urteil sich aus solchen Zusammengehörigkeitserlebnissen mehr bildet als aus Gedanken — wieder zusammengehören mit diesem großen Schaffen der gesamten Kulturtätigkeit des Menschen.

Die kirchlichen Kreise mögen bedenken, ob das zum Schaden oder zum Nutzen ihrer Sache wäre.

Buchbesprechung

Hans F. Helmolt: **Ein Vierteljahrhundert Weltgeschichte 1894—1919.** Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Charlottenburg, 1919. 152 Seiten.

Der Verfasser hat einen summarischen Ueberblick gegeben 1. über die beiden Jahrzehnte steigender Spannung vor dem Weltkriege, 2. über den Notenkampf, der dem Ausbruch des Krieges vorherging, 3. über den Kriegsverlauf. Sein Ziel ist: einen handlichen, mit Hilfe des Registers rasch Auskunft gebenden Leitfaden herzustellen, der sich bemüht, die Hauptlinien der Weltpolitik der letzten 25 Jahre so objektiv wie möglich herauszuarbeiten. Diesem Zweck dient die Arbeit in vortrefflicher Weise. Sie hat auch ein gutes Literaturverzeichnis, das jetzt natürlich auch schon durch die neuesten Veröffentlichungen etwas überholt ist. Nicht versagen möchte ich mir, die beiden Zitate wiederzugeben, die Helmolt seinem Buche vorsetzt. Sie lauten:

1. „Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät es für unnötig hält, irgendeine Antwort auf den deutschen Vorschlag zu geben, da nach der Meinung der alliierten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg seit lange unwiderleglich feststeht." (Mitteilungen des britischen Gesandten in Bern an die schweizerische Regierung; von dieser am 7. März 1919 an Deutschland weitergegeben.)

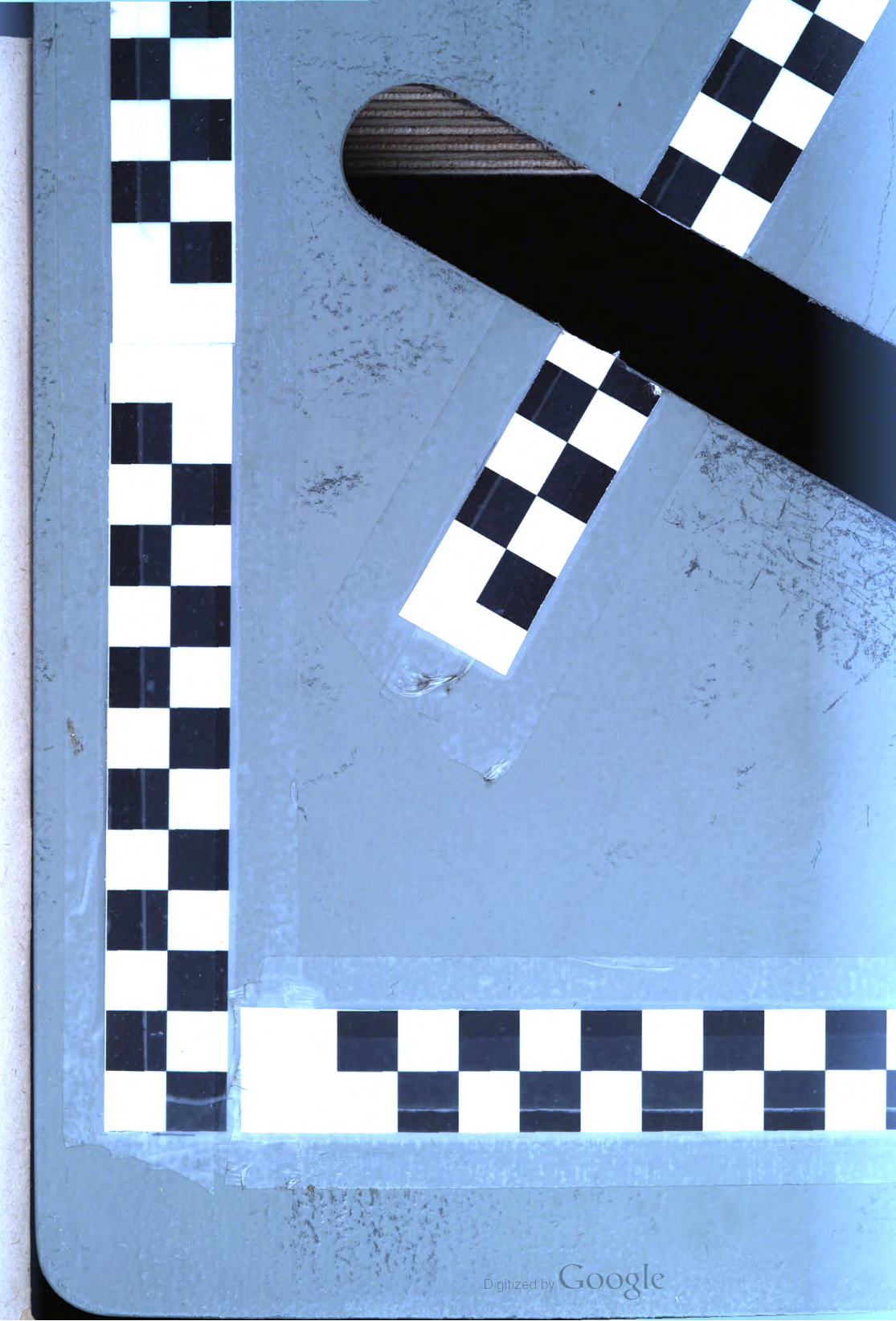
2. „Wer ein schwaches Herz hat oder wer sich von fremden Säften nährt, der bedarf der Lüge. Jenem flößt sie Courage ein, diesem leiht sie ein Mäntelchen. Wer aber sein eigener Herr ist, wer unabhängig ist und nicht vom Schweiße der andern lebt — was braucht der die Lüge? Die Lüge ist die Religion der Knechte und Herren, die Wahrheit ist die Gottheit des freien Menschen." (Maxim Gorkij, Nachtasyl, 4. Akt.)

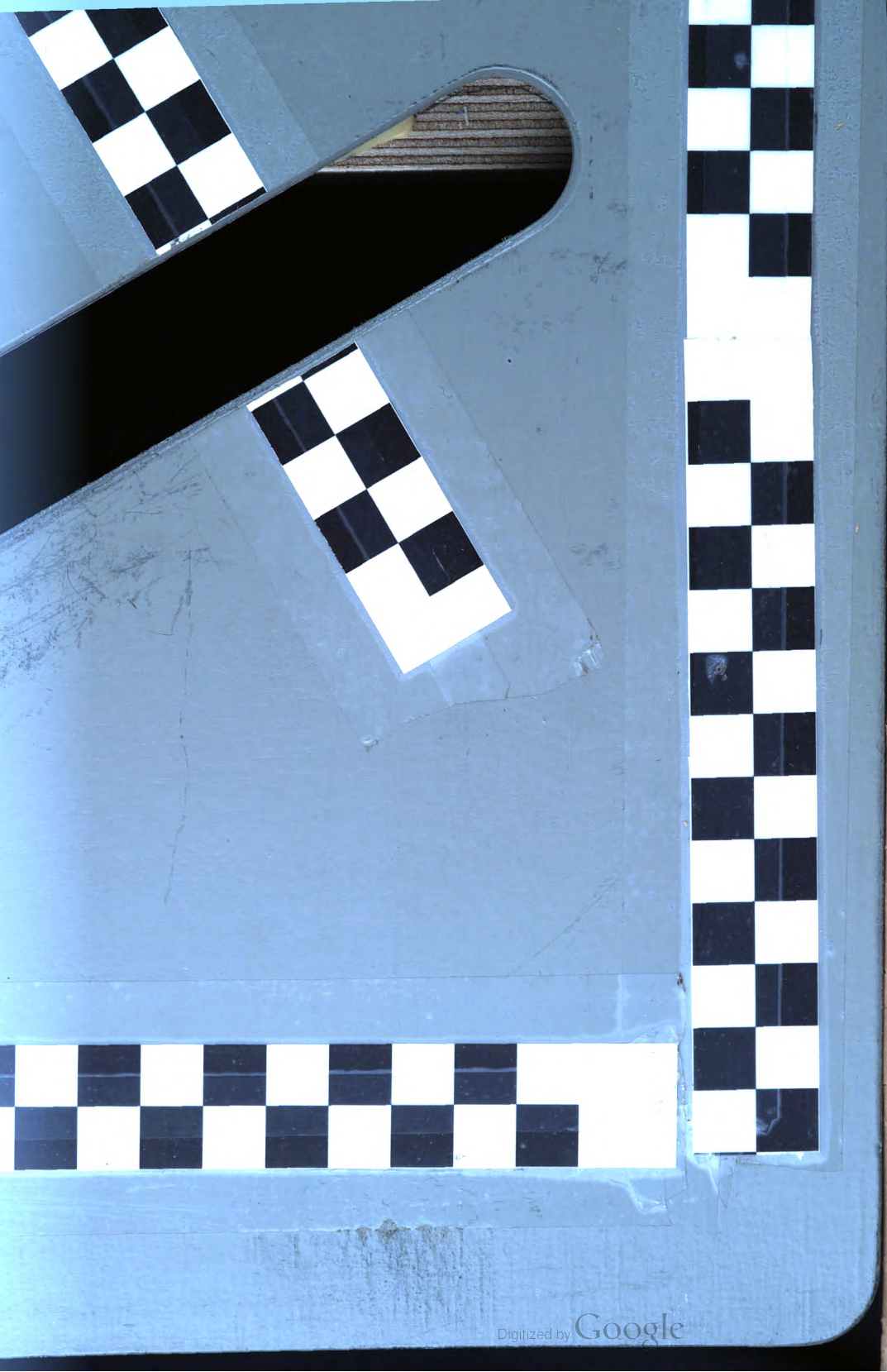
Es wäre erfreulich, wenn unsere Regierung ihre auswärtige Politik etwas mehr nach dem Rezept dieser Gegenüberstellung einrichten und die Freunde der Gerechtigkeit und des Friedens auf der Gegenseite, die nun darauf warten, hierdurch unterstützen wollte.

Paul Rohrbach.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. **Redaktion:** Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google


Digitized by Google


Digitized by Google

128
JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

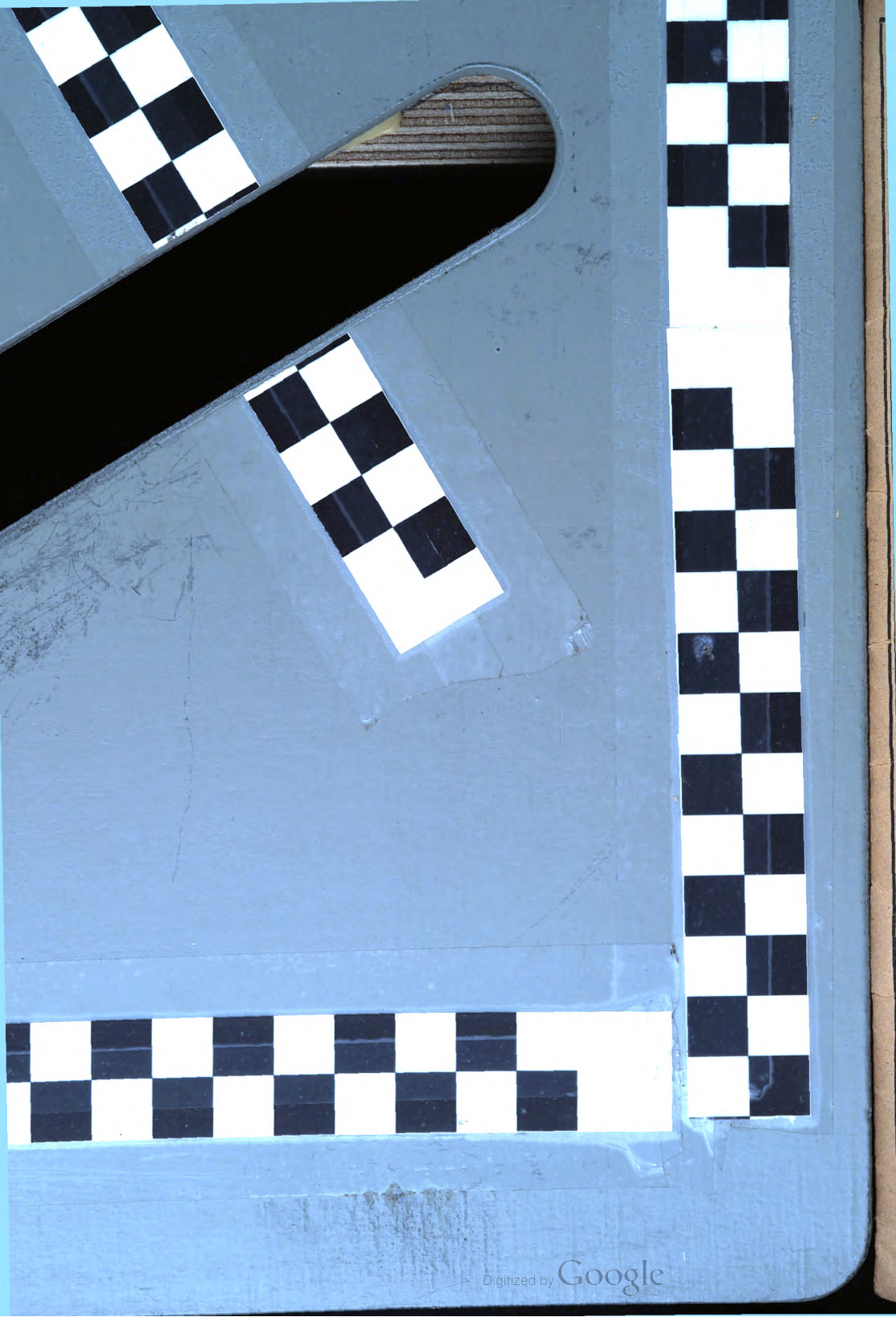
Inhalt:

Stein, Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel 353
Jäckh, Fünf Tage Kraftprobe 356
Rohrbach, Die Wirkung des Putsches auf die auswärtige Lage . . . 364
Heuß, Wirkungen und Folgerungen 367
Thimme, Die Eckardsteinschen Memoiren 371
Quendt, Der Straßburger Sozialistenkongreß 376
Notizen 382

Preis 1 Mark

5. Jahrgang 26. März 1920 Heft 12/13

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin


Digitized by Google

128
JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Stein, Eine Gegenrevolution ohne Sinn und Ziel 353
Jäckh, Fünf Tage Kraftprobe 356
Rohrbach, Die Wirkung des Putsches auf die auswärtige Lage . . . 364
Heuß, Wirkungen und Folgerungen 367
Thimme, Die Eckardsteinschen Memoiren 371
Quendt, Der Straßburger Sozialistenkongreß 376
Notizen 382

Preis 1 Mark

5. Jahrgang | 26. März 1920 | Heft 12/13

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

liner Polizeipräsidenten v. Jagow vertraut. Aber alle diese Männer versanken alsbald wieder ins Dunkle. Die wenigen Kundgebungen waren namenlos oder gingen ohne Unterschrift von der Reichskanzlei aus; ein Anschlag war v. S. gezeichnet. Bescheidenheit und Zurückhaltung sind angenehme gesellschaftliche Tugenden von bedingtem Wert, bei jungen Leuten beiderlei Geschlechts sind sie empfehlenswert, nicht aber für Revolutionäre. Die müssen mit ihrer Person, mit ihrem Namen in Tat und Wort vor die breiteste Öffentlichkeit treten. Revolutionäre müssen red- und schreibselig sein; für sie sind, namentlich im Anfang der Bewegung, auch Worte Taten. Sie müssen das Volk mit Kundgebungen, mit Versprechungen wie mit Verfügungen überschütten, bei dem einen Hoffnung erregen, bei dem andern Furcht und Schrecken verbreiten, auf jeden Fall die Phantasie des Volkes in Bewegung setzen. Die Regierung Kapp-Lüttwitz war und blieb schweigsam. Daß sie keinen Drucker fand, ist eine unzulängliche Erklärung, aber keine Entschuldigung; ebensowenig der Hinweis, daß sie eine Regierung der Tat, keine der Worte habe sein wollen. Sie blieb auch die Tat schuldig. Ihre erste und, wenn man von der kindischen Beschlagnahme des Mazzenmehles und dessen Verteilung an die Arbeiter absieht, was die Erhöhung der Brotration um etwa $^1/_{20}$ Gramm bedeutet haben würde, einzige politische Handlung: die Auflösung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung war eine leere Geste aber keine Tat. Sie sprach nicht zum Volk, weil sie handelte, sondern weil sie nichts Eigenes zu sagen hatte. Von ihren vier Forderungen, mit denen sie vor die alte Regierung trat, waren die beiden ersten: Neuwahlen und Berufung von Fachministern, Forderungen von Bezirksvereinen, und die beiden letzten: Freilassung der Verhafteten, Straffreiheit, fordern vielleicht Schulbuben, die einen Jungenstreich planen, aber nicht Revolutionäre. Die befreien ihre gefangenen Genossen, die erbitten nicht Straffreiheit, sondern erzwingen sich Anerkennung. Erst am zweiten Tage wird das Programm der neuen Regierung bekanntgegeben. Das Manifest ist eine Chamade, keine Fanfare, seine Versprechungen haben keinen Klang; in der Gründsteuer, als einzige gerechte Steuer, steigen uralte volkswirtschaftliche Theorien aus dem Grabe. Man will in einigem etwas anderes als die alte Regierung, in keinem etwas grundsätzlich Neues. Das Ganze ein mäßiges Wahlprogramm, zu dessen Durchführung es keiner Revolution bedarf. Dazu führt man nicht 8000 Soldaten in die Hauptstadt, verjagt eine Regierung und stürzt das ganze Land in schwerste wirtschaftliche und politische Drangsal. Das ist keine „Regierung der Tat", das ist politischer Dilettantismus.

Hätten Kapp-Lüttwitz eine wirkliche Revolution geplant zur nationalen Erhebung, zur Herstellung der Monarchie, zur Errichtung einer geschlossenen, auf der heimischen Erzeugung beruhenden Staatswirtschaft, so hätte ihr Vorgehen einen

Digitized by Google

nach Zeit und Umständen falschen Sinn und ein unmögliches Ziel gehabt, wären aber nicht ohne Sinn und ohne Ziel gewesen, wären ein Schillscher Husarenstreich, edel in der Gesinnung, unreif und unüberlegt im Vorhaben und verhängnisvoll in der Wirkung gewesen, aber kein Kinderspiel und kein Leutespott geworden. Im tiefsten Herzensgrund vieler Offiziere und Soldaten mögen solche Hoffnungen und Wünsche gelebt haben. Ihr Schmerz um des Vaterlandes Not, ihre Sehnsucht nach ihres Volkes Wiederaufstieg ist von ihren Führern schmählich mißbraucht und verkan worden. Über die Tatsache, daß wir ein beherrschtes Land sind, daß jede deutsche Regierung von dem Willen der Entente abhängig ist, kommt keine Regierung, am wenigsten eine Regierung der Rechten, hinweg. Eine von der Entente eingesetzte oder zugelassene Monarchie müßte gerade die preußischen Royalisten ins Lager der Republik treiben. Die Regierung zur Wiederherstellung „der deutschen Ehre und Ehrlichkeit" tat aber mehr, als diese Tatsache anzuerkennen. In ihrem Manifest erklärte sie, gewiß nicht tapferer als die alte Regierung, den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit auszuführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. In dem v. S. unterzeichneten Anschlag wurde die „loyale Erfüllung" des Friedensvertrages als Selbstverständlichkeit ausgesprochen. Unter der Hand wurde aber darüber hinaus verbreitet und in einer Notiz im W. T. B. ausdrücklich hervorgehoben, daß die Entente der Bildung einer starken Regierung nicht unsympathisch gegenüberstehe. Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, die englische Militärmission habe von der Bewegung gewußt und sie begrüßt. Amtlich aber erklärte die Reichskanzlei am 16. März, daß die Entente „wohlwollend" sei, wenn Ruhe und Ordnung herrsche.

Dieser Höhe vaterländischer Ehrempfindung entsprach die politische Einsicht und Zielsicherheit. Dem möglichen Einverständnis englischer Militärs konnte nur der Gedanke zugrunde liegen, in einer starken deutschen Regierung ein Bollwerk gegen den vordringenden Bolschewismus zu schaffen, gleichzeitig aber verhandelten die Führer mit den Unabhängigen wegen Eintritt in die Regierung Kapp, spielten sie mit dem Gedanken einer Verbindung mit dem Bolschewismus zur Weiterführung der Weltrevolution nach dem Westen. In der inneren wie in der äußeren Politik schwankte die „Regierung der Tat" haltlos zwischen Extremen, suchte nach Aushilfen und griff ins Leere. Der Krieg hat erschreckend gezeigt, wie gering das Verständnis für auswärtige Politik in unserem Generalstabe war, wie das Erbe von Moltke und Schlieffen in militärischem Fachwissen aufgebraucht worden ist. Die Gegenrevolution vom März hat auch das geringe Verständnis für innere Politik im Offizierkorps dargetan. Revolutionen sind aber wie Kriege vor allem politische Handlungen, das Militär ist Werkzeug, nicht Träger der Politik.

Digitized by Google

Militärisch war die Gegenrevolution, nachdem die alte Regierung sich entschlossen hatte, keinen militärischen Widerstand zu leisten, eine Felddienstübung mit dem Ziel der Besetzung der Wilhelmstraße. Das mag militärisch vorbereitet gewesen sein, die politische Vorbereitung und Durchführung der Gegenrevolution entsprach ihrem Sinn und ihrem Ziel, sie war sinnlos und ziellos.

Die Herren Kapp und Lüttwitz und die Männer, die mit ihnen die Führer der Gegenrevolution gewesen sind, haben, was und wie ihre Beweggründe gewesen sein mögen, schwerste Schuld auf sich geladen. Sie haben sich vergangen gegen unsere Einheit und unsere Wirtschaft. Ihre Tat war ein Vergehen gegen die Nation, eine Versündigung an der Jugend, die ihre Treue gegen Vaterland und Volk, ihre Verantwortung gegen unsere Geschichte, ihr Verflochtensein in unser Schicksal nicht durch Gesang, Militärmusik und Fahnenschwenken, sondern durch stilles Tun, durch die Arbeit an sich und für unser Volk bewähren will.

Fünf Tage Kraftprobe

Von Professor Dr. E. Jäckh

Samstag, 20. März.

Wenn unsereiner im letzten Halbjahr wiederholt nach der Wahrscheinlichkeit eines „Putsches von rechts", einer „Reaktion Ludendorff" gefragt wurde, so pflegte ich eine solche Möglichkeit immer zu verneinen — mit der einfachen Begründung: daß es keinen verständigen oder verantwortlichen Politiker geben könnte, der sich nicht sagen müßte, daß ein militärischer Putsch wohl sicher und leicht einige wenige Tage Anfangserfolg haben kann und muß, daß er aber ebenso sicher und ebenso rasch durch den Gegenschlag des „Generalstreiks", eines ziemlich allgemeinen Volksstreiks, überwältigt werden kann und wird; daß also diese Sicherheit eines aussichtslosen Bürgerkrieges und Blutbades mit dem ebenfalls sicher zu berechnenden Ergebnis der Stärkung des linken Radikalismus jeden denkenden Politiker der Rechtsparteien, selbst des rechten Radikalismus, abhalten würde und müßte, das eben beginnende Wiederaufleben Deutschlands gefährlich, vielleicht gar tötlich zu treffen und zu erschüttern; gar nicht zu reden von einer ebenso greifbaren Sicherheit einer Intervention der demokratischen Entente in der Form einer Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber einer monarchistischen wie bolschewistischen Regierungsbildung . . . So wird sich es jeder sagen müssen und so wird es keiner wagen können, Deutschland nochmals an den Rand des Abgrundes hinzuzerren; jeder, der nicht als politischer Narr oder nationaler Verbrecher gebrandmarkt werden will.

Die Probe aufs Exempel ist jetzt gemacht worden; die Rechnung hat gestimmt. Summa Summarum: einige tausend Tote; einige Milliarden S[illegible] ein

Digitized by Google

Dutzend „Räterepubliken"; die Gefahr des Bolschewismus aufgefrischt und vervielfältigt; eine politische und wirtschaftliche Erschütterung, die zur Wiedergewinnung des Gleichgewichts einige Monate braucht — und zwar ruhige Monate, die ihr aber der jetzt sogleich beginnende Wahlkampf nicht geben kann. Und daneben: die Früherlegung des Wahltermines (nunmehr mit den allerschlechtesten Aussichten für die Rechtsparteien); die „Sicherung" der Präsidentenwahl durch das Volk (die nur durch einen sozialdemokratischen Antrag angezweifelt worden, aber angesichts der ablehnenden Haltung der demokratischen und anderen Mehrheit nicht einmal gefährdet war); eine „Umbildung des Kabinetts durch Fachminister" (die schon vor dem Putsch so bestimmt beabsichtigt war, daß die Verhandlungen mit Fachmännern für einige Ministerien bereits vor dem Abschluß standen).

Also für nichts und nochmals nichts — Putsch und Blut und Bürgerkrieg!

Nur weil ein paar Männer, die sich Politiker dünken, die aber für den, der sie kennt, immer schon politische Pfuscher waren und die jetzt nationale Verbrecher geworden sind, eine versorgungsbedürftige, soldbesorgte Soldateska und eine in ihrem Idealismus irregeleitete Jugend mißbraucht haben. Vornean der Gründer der „Vaterlandspartei", der „Reichskanzler" Kapp aus Ostpreußen: ein eitler Draufgänger und Faselhans, vor dem ich nach wiederholter mündlicher Aussprache schon im Herbst 1914 die Tür verschlossen habe, noch ehe seine Kriegsbroschüre und seine Duellforderung gegen Bethmann Hollweg ihn als Wichtigtuer und Wirrkopf der Öffentlichkeit enthüllt hat. Und um ihn herum: der Unterstaatssekretär von Falkenhausen; ein wegen Unterschlagungen bestrafter und nach Südamerika flüchtiger Rechtsanwalt a. D. Bredereck (als Symbol der „Reinlichkeit der neuen Regierung"); der ungarische Jude Trebitsch; und der wohlmeinende, aber irrlichternde Pfarrer a. D. Gottfried Traub von der deutsch-nationalen Volkspartei als schwäbischer Schildknappe der altpreußischen Reaktion; dazu die schwankenden Gestalten der Lokalanzeiger-Redaktion.

Schon am zweiten Tag, am Sonntag, ist es mit dem politischen Willen und Ziel dieser gemischten Gesellschaft, mit ihrem Wahnsinn ohne Methode, in der Reichskanzlei soweit, daß nur die Mahnung des Generals Ludendorff sie noch festhält: „durchzuhalten bis zum bitteren Ende!" General Ludendorff geht jetzt im Reichswehrministerium und in der Reichskanzlei aus und ein; der Kinematograph kann ihn endlich auch vor den Kulissen festhalten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß dieser General Ludendorff nie und nimmer politisch hat denken und rechnen können, dann ist er jetzt durch die Tatsache und die Art dieses Militärputsches erbracht — für alle Zeiten in der Geschichte des Krieges und der Revolution. Das Gleiche gilt für seinen Stabschef, den Oberst Bauer: die im Grund unpolitische Seele seines politischen Hauptquartiers im Krieg draußen und ebenso

Digitized by Google

seines Reaktionsbüros daheim in der Viktoriastraße seit seiner Niederlage; und durch diesen Putsch zwei Tage reaktiviert als Chef des Stabes im Reichswehrministerium und durch drei Tage kompromittiert als Chef der Reichskanzlei. Zwischen der Unzertrennlichkeit des Generals und des Obersten ein anderer General: ein alter Polterer, aber auch kein Politiker, Herr von Lüttwitz, durch seinen Eidbruch für die Geschichte jetzt mehr berüchtigt, als durch Kriegstaten je berühmt. Ein Hauptmann Pabst, den die Revolutionsiden dieses März rasch zum Major emporgetragen, als organisationsfähiger Generalstäbler anerkannt; ein Oberstleutnant Erhardt (aus der Marine); und der abtrünnige Admiral von Trotha: das ist die Galerie der unpolitischen Politikmacher, der reaktionären Revolutionäre — ohne Sinn und ohne Ziel.

Die rein militärische Aufmachung „klappt" naturgemäß: ein nächtlicher Übungsmarsch der wegen bevorstehender Auflösung mißvergnügten Marinebrigade und der immer zu Abenteuern willigen Baltikumsöldner auf der Döberitzer Heerstraße und die spielerische Überrumpelung aller unbewachten Regierungs- und Verwaltungsgebäude im Morgengrauen; ein Handstreich en miniature à la Ludendorff in Lüttich; wie denn überhaupt die Besatzung Berlin behandelt ganz nach dem Schema einer besetzten Stadt in Belgien oder Frankreich. Aber dann stockt es und damit endet es: kein politisches Programm ist fertig; kein Manifest ist bereit; kein Kabinett wird möglich. Das Manifest läßt fast zwölf Stunden auf sich warten; das Programm verspricht nur Belanglosigkeiten (wie „Fachminister" und „Neuwahlen", von heute auf morgen „Freie Wirtschaft" und allgemein „Taten") und zeigt keine Ziele noch Wege. „Und Ihr Ministerkabinett?" frägt ein englischer Vertreter. — „Ich hoffe, es im Laufe einer Woche bilden zu können" — antwortet der „Reichskanzler" Kapp; er hat es in den fünf Tagen seiner „Regierung" nicht zusammengebracht, weder für das Reich, noch für Preußen. Pfarrer a. D. Traub gilt einen Tag als preußischer Kultusminister und Polizeipräsident a. D. von Jagow ebenso kurz als preußischer Minister des Innern. Der Staatsanwalt des Ledebour-Prozesses, mit Namen Zumbroich, gilt zwei Tage lang als Reichsjustizminister und der Naumburger Arzt und deutschnationale Monomane der „Freien Wirtschaft", Dr. Schiele, ebenso lange als Verweser des Reichswirtschaftsministeriums. Sonst nichts und sonst niemand, weder fertig noch willig; nur die Handgranate, das Maschinengewehr und der Minenwerfer. „So geistlos, so unfähig, haben wir in Konstantinopel nie Revolution gemacht" — höhnt ein jungtürkischer Staatsmann . . . .

Der kopflose Kapp bekommt keinen Boden und kündigt denn auch in bezeichnendem Auf und Ab wechselnd seinen An- und Abtritt an. Zwar in der Pressekonferenz tut der Vorsitzende ihm und sich „die Ehre" an, ihn als „Herr Reichskanzler" anzureden . . . . . Sonst verschließen sich (mit Ausnahme

Digitized by Google

der Kappschen Heimat des Ostens) ihm die gesamte Beamtenschaft sowie die Mehrheit der Generalität und des Offizierskorps, ebenso die Masse der Arbeiterschaft und des Bürgertums, und schließlich (nach anfänglichem, allzuraschem Mittun der beiden Rechtsparteien) auch die Gesamtheit der Parteien.

Der Beamtenschaft gibt die entschlossene Solidarität aller Unterstaatssekretäre (ohne Unterschied des persönlichen Parteibekenntnisses) ein gemeinsames Vorbild von Verfassungstreue: alle Unterstaatssekretäre (als Vertreter der zur Verlegung der Regierungsgeschäfte nach Stuttgart übersiedelten Reichsminister sowie der durch Verhaftung abgesetzten preußischen Minister) erklären, zur verfassungsmäßigen Regierung zu stehen, und verpflichten sich und ihre Beamtenschaft zur Ignorierung aller Kappschen Verordnungen und Forderungen und zur Fortführung der Geschäfte nur für die bisherige Regierung; eine capitis diminutio für Kapp von tödlicher Kraft. So tagt im Reichstag täglich der Reichsrat, unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Schiffer, wie „im Frieden", und berät und betätigt die gesammelte Opposition gegen die Kappsche Usurpation. So zahlt insbesondere das Reichsfinanzministerium der Kappschen „Regierung" keinerlei Gelder aus, und so ist es vorgekommen, daß ein Offizier, der als Adjutant des „Reichskanzlers Kapp" im Reichstag im Vorzimmer des Bundesratssaals den Unterstaatssekretär des Reichsfinanzministeriums um Geldanweisungen bittet, sich von diesem mit den entmutigenden Worten abfertigen lassen muß: „Sagen Sie Herrn Kapp, daß ich für Herrn Kapp keinen Pfennig Geld habe und daß ich einen Reichskanzler Kapp überhaupt nicht kenne!"

Es kann und muß festgestellt werden, daß die demokratische Verfassung sich bewährt und sich als tragfähig erwiesen hat — so wie für die Beamtenschaft, so auch für die Reichsheermehrheit:

Außer Lüttwitz und Konsorten und außer Marinebrigade und Baltikumkorps (die beide — zum Teil mit Recht — sich darauf berufen können, daß sie mißbraucht worden sind) ist in Berlin die Generalität und das Offizierkorps der Verfassung und der Regierung treu geblieben. Daß die Berliner Reichswehr mit ihren nur eintausend Mann und die Berliner Sicherheitswehr mit ihren nur achttausend Mann der numerisch wie technisch weit überlegenen Lüttwitz-Armee keine aussichtslose Schlacht in den Straßen von Berlin liefert, geschieht auf Befehl des obersten Generals mit Zustimmung der Reichsregierung durch nächtlichen Kabinettsbeschluß. Draußen im Reich fast überall das Gleiche (mit Ausnahme des Ostens): wie bei Wallenstein wird nach den Generälen gefragt: Watter in Münster? und Schöller in Kassel? und Märker in Leipzig? und Möhl in München? und der in Stuttgart? Und alle halten sie zur Verfassung und zur Regierung, zur Einheit und Einigkeit des Reichs. In Berlin selbst scheidet sich langsam nach der anfänglichen Verblüffung die Gemeinschaft der garnisonierenden

Digitized by Google

Reichswehr und der grünen Sicherheitswehr von der eingedrungenen, feldgrauen Soldateska: die Grünen sind den Grauen nicht grün, und die Grauen haben Grund, den Grünen nicht zu trauen. (Wie im alten Byzanz der Prätorianer bezeichnen militärische Farben bereits politische Parteien. Die vaterländische Tradition der schwarzweißroten Fahne wird zum Parteifetzen mißbraucht und im Gassenkampf erniedrigt und beschmutzt.) Schließlich wagen es Generäle und Offiziere, am vierten Tag gegen General von Lüttwitz aufzutreten: sie heißen ihm ins Gesicht hinein sein Vorgehen „unverantwortlich" und erinnern ihn an seinen Eid. Lüttwitz fährt auf: „Das ist meine Sache! Sie haben mir zu gehorchen; sonst lasse ich Sie erschießen." Aber die Offiziere: „Dann tun Sie das!" — Lüttwitz sieht: seine Macht ist schwach, so schwach, wie die Kapps gegenüber der Beamtenschaft. Selbst Ludendorff erlebt bei einem Teil des Offizierkorps einen solchen Übergang von Achtung in Achtung, daß er das wütende Wort sagt: „er schäme sich, die Generalstabsuniform angezogen zu haben."

Früher als der Streik der Generale wird und wirkt der Generalstreik. Der Volksprotest einigt in einem nationalen „Generalstreik" Arbeiter, Bürger und Arbeitgeber — durch Proklamation der bürgerlichen Demokratie über die Sozialdemokratie bis zu den Unabhängigen, mit Ausnahme der christlichen Gewerkschaften. Ein solcher politischer „Generalstreik" in diesem Umfange und gegen die bewaffnete Macht — trotz Verhaftungsbefehl und trotz Erschießungsandrohung — ist der erste „Generalstreik" in Deutschland und der erste von solchem Erfolg in der Welt. Es ist kein „Streik": Arbeitgeber zahlen Arbeitnehmern und Angestellten Löhne und Gehälter weiter und selbst die Technische Nothilfe der Bürgerschaft beschränkt sich auf den allernotwendigsten, geringsten Dienst. Es ist eine nationale Sammlung und Erhebung der Volksgemeinschaft gegen das nationale Verbrechen einiger weniger Individuen.

So finden auch die Parteien nach anfänglicher Verwirrung und nach einigem Versagen und Fehlgreifen der zwei Rechtsparteien, die dadurch ein für allemal kompromittiert werden, sich langsam zu einem „Aktionsausschuß" zusammen — mit Ausnahme der Unabhängigen. Die erste Partei, die sehr rasch, allzu bereit, sich auf den Boden der neuen Regierung Kapp stellt — durch eine gedruckte, nicht mehr abzuleugnende Erklärung, sie sei bereit, mitzuarbeiten — ist Stresemanns nationalliberale „Deutsche Volkspartei". Das verwundert niemand, der des Obersten Bauer und Stresemanns Intimität aus gewissen Briefen kennt. Auch die „Deutsch-nationale Volkspartei" der Konservativen betätigt zunächst eine Art Anerkennung des Kappschen Putsches, indem sie an einer Sitzung des Seniorenkonvents der Nationalversammlung teilzunehmen sich weigert — mit der Begründung, daß die Kappsche Regierung die Nationalversammlung aufge[illegible]he. Die beiden Rechtsparteien nehmen aus dieser Staatsstreichwoche die

Digitized by Google

lastung einer zeitweiligen moralischen Gemeinschaft mit dem reaktionären Putsch- und Pfuschregime mit, für die das deutsche Volk Verantwortung fordert. Die Besprechungen mit den Vertretern von Kapp und Lüttwitz zwecks Erreichung ihrer Abdankung führt auf deren Bitte und Initiative im Reichsjustizministerium in den Räumen des Vizekanzlers ein Fünferausschuß aller fünf Parteien — ohne die Unabhängigen; auch ohne die Sozialdemokratie in dem Augenblicke und solange, als General von Lüttwitz persönlich erscheint und teilnimmt. Mit Kapp und Lüttwitz lehnt auch der Vizekanzler Schiffer jegliche Verhandlung und jede Vereinbarung ab; er läßt ihm das ablehnende Wort bestellen: „Ich habe nur Entlassungsgesuche entgegenzunehmen!"

Und die Unabhängigen? Nicht daß sie der General von Lüttwitz oder der „Reichskanzler Kapp" überhaupt gemieden hätte! Im Gegenteil: die Extreme von rechts und von links, die Putschisten des vorigen März und die Putschisten des diesjährigen März, suchen sich in gemeinsamen Verhandlungen über die Frage einer gemeinschaftlichen Einrichtung einer Militär-Räte-Diktatur Lüttwitz-Däumig. Sowohl Kapp wie Lüttwitz lassen Leuten wie Däumig und Leonhardt (dieser wieder einmal ein Literat) Angebote über „Eintritt in die Regierung Kapp" machen. Oberst Bauer selbst hat längst sein „sozialistisches" Herz entdeckt und schwärmt in seinen Verhandlungen mit den Unabhängigen für eine weitgehende „Sozialisierung"... Wär' die Gemeinschaft nicht so verflucht gefährlich, man wär' versucht, sie herzlich zu belachen... Die Lächerlichkeit der militärischen Naivität, die in Preußen plötzlich den Kommunismus kommandieren zu können glaubt, muß ein für allemal tötlich wirken. Noch in der letzten Besprechung mit dem interfraktionellen Fünferausschuß (am Mittwoch nachmittag) kann Major Pabst mit der Möglichkeit einer Militär-Räte-Gemeinschaft Lüttwitz-Däumig nochmals drohen...

Vor Tische las man's anders... In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch nämlich bis morgens vier Uhr: da läßt die Ludendorffsche Kanzlei und schließlich Oberst Bauer in eigener Person das kommunistische Gespenst mit der gefährlichsten Fratze in die mitternächtliche Sitzung hineindrohen. Zuerst ist es ein „Ultimatum", das die radikale Arbeiterschaft stellt: „bis abends neun Uhr!" Dann ist es die „Räterepublik", die in den Arbeitervierteln ausgerufen wird! Dann ist es die „Diktatur des Proletariats" unter dem Kommando des waffenerfahrenen Fremdenlegionärs Däumig, die jetzt just in dieser Stunde eingerichtet wird!... Schon ziehen die Arbeitermassen aus Reinickendorf, aus anderen Vororten in Trupps nach Spandau: teils schon bewaffnet, teils um dort bewaffnet zu werden... Trotzki-Däumig führt die rote Armee zum Abmarsch, zum Angriff gegen Berlin... Manch einer sieht schon das „brennende Berlin"... Die Parteien brauchen jetzt den Ge-

Digitized by Google

neral von Lüttwitz und seine Soldateska und müssen ihn um Schutz und Hilfe bitten... Die Besprechungen werden in der Frühe um vier Uhr abgebrochen.

Anderen Tags: kein Wort dieser „Heeresberichte" ist wahr... Man kennt die Weise; man kennt den Ton; man kennt auch die Herren Verfasser — solcher „Heeresberichte"... Die Lüge drückt faustdick in diesen Tagen und Nächten. Die „amtlichen Nachrichten" in den Anschlägen und Flugblättern des „Reichskanzlers Kapp" in der Form Trotzkis „an alle" sind von einer Verlogenheit, die die ausschweifendste Phantasie überholt: ich kenne in zwanzigjähriger Erfahrung aus Frieden und Krieg keine solche freche, fette Lügerei von keiner Stelle, wie die Verlogenheit dieser „Regierung der sittlichen Arbeitsgemeinschaft". Aber kein Gegenmittel der Entlarvung ist möglich: zuerst das Zeitungs- und Druckverbot durch die Diktatur, dann der Setzerstreik im Gefolge des „Generalstreiks" liefert die Bevölkerung vollständig der Unwissenheit und Unruhe aus, der Verwirrung und dem Mißtrauen aller gegen alle. Eisenbahn- und Poststreik und Telegramm- und Telephonsperre isolieren Berlin auch gegenüber Deutschland. Alles und nichts wird geglaubt: selbst die Wirklichkeit von Kapps und Lüttwitzs Abgang stößt noch nach zwei Tagen auf Unglauben beim mißtrauischen Volk infolge der fünftätigen stündlichen Fälschungen der Kappschen Kanzlei und der Anschläge des ihr dienstwilligen Lügen-Lokal-Anzeigers.

Gegen Fälschung und Verlogenheit müssen auch die Vertreter der Entente kämpfen. Über die Entente läßt die Militärdiktatur Kapp-Lüttwitz in „amtlichen" Flugblättern verbreiten: sie stehe „wohlwollend" zur neuen Regierung; ja sie läßt auch von Mund zu Mund verbreiten: die englische Militärmission habe insgeheim von der Vorbereitung des Putsches gewußt und begrüße ihn... Was ist größer: die subalterne Würdelosigkeit, die sich deutsch-national heißt und die mit einem angeblichen „Wohlwollen der Entente" hausiert? oder die superlative Sinnlosigkeit, die allen Ernstes sich einbildet, die demokratische Entente werde sich nicht gegen jeden monarchistischen wie kommunistischen Versuch mit gleicher Entschiedenheit und mit den ihr leider möglichen Mitteln von Blockade oder Besetzung wehren?

Aber festzuhalten an dieser inhaltlich falschen und taktisch dummen Erklärung der Lüttwitz-Kapp-Kamarilla ist ihr eigenes formales Zugeständnis: daß Deutschland zur Zeit von dem Willen der Entente („Wohlwollen" — sagen Kapp und Lüttwitz) abhängig ist — genau so wie, ja jetzt noch mehr als bisher, die Türkei von den europäischen Großmächten war. Die Entente hat denn auch alsbald ihre wirkliche Auffassung nicht verschwiegen: der Franzose, indem er einen Vertreter an den Stuttgarter Sitz der wirklichen Regierung entsendet und dieser einen Draht Stuttgart—Berlin freimacht; der Italiener, indem er erklärt, daß die italienische Politik die „Pazifizierung Europas" brauche, und der Engländer durch offizielle

Digitized by Google

und öffentliche Widerlegung der Kapp-Lüttwitz-Lüge. Und nach der Entscheidung der Dinge zugunsten der bisherigen und bleibenden Koalitionsregierung durch eine förmliche und persönliche Beglückwünschung des Vizekanzlers Schiffer und durch die amtliche Bestätigung, daß die alliierten Mächte sich gegen ein monarchistisches oder kommunistisches Deutschland in gleicher Weise wenden und wehren würden ... Das Ziel einer ruhigen Entwicklung kann für die Zukunft unseres Volkes nur auf dem Weg einer Zusammenfassung der Kräfte zwischen den beiden Links- und Rechts-Extremen gefunden werden. An dieser Tatsache und an einer solchen Einsicht kann — ob ihm auch Programme oder Personen nicht gefallen — niemand vorbei, der die deutsche Wirklichkeit nimmt und sieht, wie sie ist.

Die ideenlose Revolution einiger altpreußisch-militärischer Idioten an den Iden des März 1920 hat Deutschland einige Tage lang vor den Abgrund eines — im Falle ihres Gelingens — endgültigen Endes seiner Einheit und seiner Existenz gestoßen. Der „deutsch-nationale" Kapp — dessen Gesinnungsgenosse Juniusalter im Krieg eine fragende Broschüre geschrieben hat: „Deutschland — eine Episode?" — hat jetzt politische Handlungen gewagt, deren Folgen so zu werden drohten, daß Deutschland in Gefahr geriet, wirklich nur noch eine „Episode" zu werden und zu sein ...

Der Verlauf und der Mißerfolg dieses fünftägigen Märzputsches von rechts unter den Auspizien eines Generals Ludendorff hat aber auch die tatsächlichen Kräfte des neuen Deutschland vor aller Welt geoffenbart; und das kann ihr Erfolg für Deutschland sein. Diese Kräfte wachsen nicht „rechts": die denkbar günstigste Situation (infolge von Schwierigkeiten in der Ernährung und angesichts der Stimmungen durch einen Helfferichprozeß) hat der Reaktion von Rechts keinen Sieg vermittelt. Diese Kräfte wuchern aber auch nicht „links": die gleichfalls günstige Situation (infolge der Herausforderung durch eine Militärdiktatur und wegen des Zusammenbruchs dieser Militärgewalt) hat trotzdem auch einer Revolution von Links nicht den Weg gesichert, so groß auch nach den fünf Tagen des Kappschen Regimes die Gefahr ist, daß die Kappsche Militärdiktatur in eine verkappte Rätediktatur umschlagen könnte. Die Kräfte sind gemessen; der Versuch kann sich nicht mehr wiederholen. Das deutsche Volk hat mehr politische Reife bewiesen, als das Berliner Straßenbild und manche Berliner „Klub"-Stimmung in den ersten Stunden und Tagen des Kapp-Witzes und des Lüttwitz-Streichs vermuten hat lassen. Beamtenschaft und Reichsheermehrheit, Bürgertum und Arbeiterschaft haben der demokratischen Verfassung und der republikanischen Regierung Treue gehalten — trotz ihrer Nöte und in ihren Nöten. Das ist eine Offenbarung und zugleich Stärkung des demokratischen Deutschland nach innen und nach außen. Der Pendelschlag ist ausgestanden. Die nochmalige Erschütterung des neuen Deutschland kann schließlich in einer festeren Verankerung Ruhe und Halt finden.

Digitized by Google

Die Wirkung des Putsches auf die auswärtige Lage

Von Dr. Paul Rohrbach

19. März.

Wiederholt bin ich in den letzten Monaten aufgefordert worden, meine Meinung über die Zustände in Deutschland ausländischen Lesern gegenüber zu äußern. Monarchie, Militarismus und gewaltsame Restauration spielten dabei stets eine Rolle. Darauf habe ich vor Weihnachten einem amerikanischen, und kürzlich einem schwedischen Blatt geantwortet:

Von dem Tage an, wo der Krieg ausbrach, gab es nur noch ein Mittel, den Kampf für Deutschland und die Monarchie erfolgreich zu gestalten: Demokratisierung des politischen Lebens. Statt dessen ließ sich das Kaisertum zu einem Werkzeug der alldeutschen Annexionspartei und der innerpolitischen Reaktion machen. Das ist die Hauptursache seines Sturzes, und aus diesem Grunde würden die Aussichten der Monarchie in Deutschland fürs erste auch dann schlecht sein, wenn es bedeutende Anwärter gäbe. Es ist keineswegs unmöglich, daß die Monarchisten altpreußischer Richtung einmal einen Putsch versuchen, wenn sie eine günstige Gelegenheit zu sehen glauben, aber sie werden dann niedergeschmettert werden durch die Erkenntnis, daß nur ein verschwindender Teil des Volkes hinter ihnen steht... Nur eine Möglichkeit, den monarchischen Gedanken in Deutschland von innen heraus zu beleben, ist für die Zukunft vorhanden: wenn die großen sozialen Reformen, die in Deutschland wie in der ganzen Welt jetzt notwendig sind, mit dem Bankrott der Parteien enden sollten, die sie auf ihre Fahne geschrieben haben, dann könnte es sein, daß das deutsche Volk noch einmal die Zügel einer genialen Einzelpersönlichkeit anvertraut.

Die Hauptfrage, die das Ausland, abgesehen von dem wirtschaftlich-finanziellen Interessengebiet, stellt, ist immer dieselbe: Ist Deutschland wirklich demokratisch in dem Sinne geworden, daß die Nation als Ganzes ihre Regierung kontrolliert und daß nur eine Regierung möglich ist, die die Volksmehrheit hinter sich hat, oder ist hinter der neuen Fassade noch der alte Militarismus und der Einfluß der alten zur Gewaltpolitik neigenden Klassen herrschend? Wir lassen hier auf sich beruhen, ob und wieweit das Bild richtig ist, das vom alten Deutschland und seinem Militarismus gezeichnet wird (es ist in jedem Fall unzulässig schematisiert); wir nehmen die Stimmung und die Fragen des Auslandes, wie sie sind, als gegebene Größen. Dabei besteht für uns kein Zweifel, daß die große Mehrheit aller ausländischen Beurteiler den Putsch vom 13. März 1920 als einen monarchistisch-militaristischen ansieht, und daß man sich unter diesem Gesichtspunkt draußen sein Urteil über die weiteren Vorgänge bilden wird.

Die Führer des Putsches haben versichert, daß sie die Republik anerkennten, und daß sie nicht an die Wiederherstellung der Monarchie dächten. Ist es aber leicht, ihnen das zu glauben? Der leitende Kopf des Unternehmens war doch derselbe Oberst Bauer, der wenige Monate vorher in einem für die Öffentlichkeit bestimmten und in allen wichtigen Sätzen schriftlich fixierten [illegible] einem ameri-

Digitized by Google

kanischen Korrespondenten mitteilte: wir wollen die Monarchie, wir haben den Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Kandidaten, und wir beabsichtigen als Übergang eine Präsidentschaft Hindenburgs, den wir für die nächste Wahl als Kandidaten aufstellen möchten! Der Artikel aus Amerika, in dem Oberst Bauer diese Gedanken ohne Hülle entwickelt, ist gerade in dem Heft der „Deutschen Politik" wiedergegeben, das in der Putschwoche erscheinen sollte, von dem aber wegen eines Buchbinderstreiks nur ein Teil rechtzeitig ausgegeben werden konnte. Die meisten Leser werden gleichzeitig das Heft mit dem Bauerschen Interview und dieses vorliegende erhalten — und es wird höchstens wie eine Selbstironie wirken, wenn der spiritus rector vom 13. März dort versichert, an Gewalt dächten nur einige Heißsporne auf der Rechten. Und schließlich gab es auch Ausländer in der Studentenversammlung, in der ein Staatsanwaltschaftsrat im Auftrag der neuen Regierung den Studenten erklärte, die Wiedereinführung der Monarchie sei — bedeutungsvolle Pause — vorläufig nicht beabsichtigt.

Es stimmt zu diesen Voraussetzungen, wenn von den beiden Zeitungsgeschwistern der Entente, „Temps" und „Times", das französische Blatt seinen Standpunkt zum Putsch in die Worte faßt: „Die Maske fällt"; das englische aber schreibt, daran, ob Deutschland von innen heraus mit dem Putsch fertig werde oder nicht, werde zu erkennen sein, ob es sich demokratisiert habe. Es ist ein Zeichen von der politischen Unreife der Herren Kapp, Lüttwitz, Bauer und Genossen, wenn sie sich einbildeten, eine Neuordnung Deutschlands vornehmen zu können, ohne Rücksicht auf die Mächte, denen wir ausgeliefert sind, solange der Frieden von Versailles und unsere Kraftlosigkeit dauern. Darauf werden die Putschisten vermutlich antworten, sie hätten Grund zu der Annahme gehabt, daß eine Ententemacht, England, eine Restauration in Deutschland auf militärischer Grundlage nicht abgeneigt sei, und sie werden sich dafür auf Äußerungen englischer Offiziere von den verschiedenen Dienststellen, die England in Berlin unterhält, berufen. Daß solche Äußerungen gefallen sind, scheint Tatsache zu sein und zwar schon vor dem Putsch. Auch in den Kreisen neutraler Vertretungen in Berlin war die Meinung verbreitet, die englischen Militärs begünstigten das Unternehmen. Man kann sich zusammenreimen, woher das kam, aber man muß politisch sehr unwissend sein, wenn man aus solchen Andeutungen etwas für das amtliche England folgern zu dürfen glaubt.

In England gibt es eine Partei — der Kriegsminister Churchill gehört zu ihr — die gegen die bolschewistisch-islamitische Gefahr in Asien die Deutschen haben möchte, um die Geschäfte Englands zu besorgen. Hierüber ist schon vor einiger Zeit in unserm Heft vom 27. Februar das Nötigste gesagt, und in dem Artikel „Der rote Osten" von Axel Schmidt vom 13. Februar war Churchills Wort zitiert, Deutschland müsse im Westen den Schutz gegen den Bolschewismus übernehmen, weil England

Digitized by Google

nicht gleichzeitig in Indien,, Kleinasien, Ägypten, Europa (lies: Rußland) und Irland Krieg führen könne. Da gegen das bolschewistische Rußland weder England noch Frankreich wegen Abneigung ihrer Arbeiter Truppen ins Feld stellen können, so soll Deutschland das tun, selbstverständlich unter englischer Kontrolle und zum englischen Nutzen. Dieser allgemeine Gedanke ist noch weit entfernt von der Begünstigung einer deutschen Militärrevolution, und von gelegentlichen Äußerungen englischer Offiziere zu deutschen Militärs ist noch ein weiter Weg zu dem, was der englische Kriegsminister möglicherweise denkt. Selbst aber wenn alles sich wirklich so verhielte, wie die militärischen Führer des Putsches sich einbildeten, so müßte man fragen: wie ist ein Plan zu charakterisieren, *der bewußt Deutschland zum Söldner und Blutlieferanten für fremde englische Interessen machen soll*? An etwas anderes hat doch sicher auch kein einziger von den englischen Offizieren gedacht, die, wenn das Gerede wahr ist, einige Sympathie mit dem Vorhaben der Putschisten zu erkennen gaben. Wer deutsch fühlt und nicht von aller politischen Vernunft verlassen ist, darf in dieser Beziehung nie anders handeln, als nach dem Grundsatz, der in dem schon erwähnten Artikel von Schmidt mit den Worten wiedergegeben ist: Solange der Versailler Frieden besteht, muß England allein zusehen, wie es mit dem bolschewistischen Weltbrande fertig wird!

Jeder, für den die letzten anderthalb Jahre nicht umsonst vergangen sind, muß begreifen, daß *Frankreich* kein anderes Ziel kennt, als uns auf die Dauer zu zerschlagen und ohnmächtig zu machen, und daß es durch nichts in größere Erregung versetzt werden kann, als durch das Hervortreten militärischen oder militaristischen Geistes. Auch wer auf dem Standpunkte steht, daß der militärische Sinn nicht verloren gehen darf, müßte doch soviel Überlegung haben, sich zu sagen, daß dafür nur in der Stille gearbeitet werden muß, und daß es nicht leicht etwas Gefährlicheres geben kann, als den bis zur Krankhaftigkeit mißtrauischen Feind öffentlich herauszufordern. Und was soll die papierene Phrase, die Regierung wolle den Friedensvertrag „unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit er möglich sei und nicht Selbstvernichtung bedeute"? Entweder hatten die ausgesprochenen Vorbehalte einen realen Sinn, und dann hätten sie bei dem ersten praktischen Versuch, sie durchzuführen, den Konflikt und die Exekution an uns herbeigeführt — oder sie sollten keinen Sinn haben, und wozu machte man sie dann? Für die Dummen?

Es gehört zum Abc politischen Denkens, zu wissen, daß es für die Abschätzung der Folgen einer Handlung in der Politik erstens darauf ankommt, was man selber meint, zweitens aber darauf, was die Gegenpartei von uns glaubt. Wir sind in der unglücklichen Lage, mit unserm Wohl und Wehe ganz davon abhängig zu sein, welchen Eindruck unsere Handlungen auf überlegene Gegner hervorrufen.

Digitized by Google

Das verdanken wir nicht zuletzt dem früher gemachten Fehler, uns zu wenig um den Eindruck unseres Tuns und Redens gekümmert zu haben. Nachdem das Unheil einmal da ist, bleibt nichts übrig, als mit den Tatsachen zu rechnen. Ins Praktische übersetzt, lassen sich alle notwendigen Schlußfolgerungen in den kurzen Satz bringen: wir müssen das Vertrauen der Welt gewinnen, daß wir es mit der politischen Lebensform der Demokratie aufrichtig meinen, Demokratie in dem Sinn verstanden, wie oben gesagt. Ob der demokratische Gedanke eine absolute oder nur eine zeitlich bedingte und von der Natur der Völker abhängige Wahrheit sei, darüber kann man bei Gelegenheit diskutieren, aber nachdem wir einmal den Schritt getan haben, und nachdem die Welt überwiegend gegen uns den Standpunkt einnimmt: wir wollen sehen, ob die Deutschen es aufrichtig meinen oder ob es nur eine Maske sein soll, hinter der sie ihr eigentliches Wesen verbergen — kommt alles darauf an, daß wir den Verdacht der Maskenpolitik vermeiden.

Wir haben an dieser Stelle stets den Satz vertreten, daß wir auch heute noch eine moralische Offensivpolitik führen müssen und nicht eher ruhen dürfen, als bis die moralische Schuld der Gegner in allen Stücken erwiesen, ihr Anspruch auf die Richterpose zerschlagen ist. Ohne das werden wir nie eine moralisch begründete, das heißt einzig für uns wertvolle Revision des Friedens erreichen. Mit solchen Sachen wie dem Putsch vom 13. März wird aber das Fundament für jede Art von Politik ruiniert, die Deutschland jetzt und auf absehbare Zeit treiben kann, denn zur moralischen Offensive gehört notwendig die Basis des Vertrauens zur politischen Entwicklung Deutschlands im ganzen. Es wird mancher von den Putschisten ehrlich geglaubt haben, einem Ruf des Vaterlandes zu folgen, aber Torheit ist keine Entschuldigung für angerichteten Schaden, und es gibt einen Grad von Gedankenlosigkeit in der Politik, der über Dummheit oder Frivolität hinaus zum Verbrechen an der Nation wird.

Wirkungen und Folgerungen

Von Dr. Theodor Heuß

20. März 1920

In der Geschichte wird sich die Kappsche Episode vielleicht einmal als eine fabelhafte Groteske spiegeln. Sie ist durchsetzt mit Zügen der Komik und der Dummheit, des wichtigtuerischen Dilettantismus und einer geradezu albernen Technik der Lüge, daß man sie später als eine Parodie der historischen Tat ansehen mag. Heute, unter dem erregenden Eindruck dieser Woche, ist der Abstand zu solcher Bewertung noch nicht gewonnen. Zu scharf noch die Empfindung für die unheroische Brutalität dieser Tage, der Schmerz über den tiefen inneren Volkshaß, den der verbrecherische Streich neu aufgewühlt, zu lebhaft Scham und Sorge

Digitized by Google

über die Halt- und Verantwortungslosigkeit, die einen großen Teil der Bildungsschicht, Pfarrer, Oberlehrer, Akademiker, hinter einem zum Führer sich aufblähenden und innerlich unsicheren ewigen Studenten herlaufen ließ.

Daß am zweiten Tage alle Berliner Litfaßsäulen gegen die „Lüge vom monarchistischen Putsch" protestierten, zerbrach dieser Gegenrevolution gleich ihren Rhythmus. Hätte sie ihren Prätendenten offen mitgeführt, so wäre ein Symbol dagewesen; für die Diktatur des Dr. Kapp würde sich auf die Dauer der ins Gewirr unklarer Pläne geführte Soldat nicht in die Schanze geschlagen haben. Halt — die Marinebrigaden hatten eine umschriebene Aufgabe: sie zogen nach Berlin, um — Fachminister zu fordern. Das war ein Ziel, hoch genug, um Verfassungsbruch zu rechtfertigen und deutsches Blut fließen zu lassen. Der grimmige Humor dieser Parole wird bizarr, wenn man sich überlegt, was für Fachleute der Usurpator als Ministeranwärter mit sich führte; schließlich ist ihm ja eine eigentliche Kabinettsbildung gar nicht gelungen.

Dr. Kapp hat, obwohl er das Regiment der „Tat" einführte, in seinen positiven Maßnahmen sich beschränkt. Eigentlich erließ er nur zwei Verordnungen: die Auflösung der Nationalversammlung und die Beschlagnahme des für die jüdischen Osterbrote zurückgestellten Mehlquantums. Sonst blieb auch ihm nur der Ausweg zu Worten: sein Programm versprach den Gliedstaaten die Zurückgabe der Finanzhoheit und den Dummen die baldige Zurückzahlung der Kriegsanleihen, im übrigen reflektierte es die Finanzverlegenheit, nach physiokratischem Muster, durch die Ankündigung von Grundsteuern bei freier Wirtschaft. Deutschland blieb davor verschont, durch Ausführung dieser Gedanken die sinnloseste Steigerung der Inflation zu erleben. Im Sturz seiner Valuta hat es genug neue Wunden erhalten.

Nun waren, neben dem programmatischen Gewäsch, immerhin konkrete politische Fragen vorhanden. Erzbergers Ausscheiden, das Fehlen eines Reichsschatzministers, machten Kabinettsfragen aktuell; das Gesetz über die Präsidentenwahl steht vor der Erledigung; der Zeitpunkt der Neuwahlen war zwischen Ministerium und Opposition strittig.

Es ist natürlich ein Unsinn, das Zusammenbleiben der Nationalversammlung sei verfassungswidrig; die Übergangsbestimmungen der Verfassung geben ihr den Charakter des Reichstages. Aber es war ein Fehler, die Wahlen erst auf Herbst anzusetzen; gewichtige Stimmen innerhalb der Mehrheitsparteien setzten sich selber für den Frühsommer ein. Die Regierung hatte für ihre Entscheidung an sich starke Gründe: die Einheitsfront in westlichen und östlichen Abstimmungszonen sollte nicht durch die Leidenschaft eines Machtkampfes der Parteien gefährdet werden. Die neue Situation schuf ganz notwendig den Zwang zum früheren Termin: wer nach diesen Wirrnissen führen will, bedarf einer frisch unterbauten Autorität. Wenn die mit Kapp offen [illegible] sympathisierenden

Digitized by Google

Rechtsparteien die Frage des Wahltermins als die Kernforderung ansehen und aus ihr den Putsch halb rechtfertigen wollen, so begehen sie eine ungeheure Frivolität; denn diese Angelegenheit nationalpolitischer Zweckmäßigkeit ist unerheblich gegenüber Technik und Wirkung des militärischen Putsches.

Daß die Wahl des Präsidenten im Sinne der Verfassung unmittelbar durch das Volk geschehen soll, war nur durch Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion in Frage gestellt; diese Wünsche, die übrigens der Ausdruck der Verlegenheit über ein sachlich einwandfreies Wahlgesetz sind, würden in der Nationalversammlung eine Mehrheit nicht gefunden haben.

Fachminister — der Putsch konnte nur die Wirkung haben, eine Entwicklung, die unterwegs war, zu stören. Unzweifelhaft sind im Reich und mehr noch in Preußen, einige Ministerposten ungenügend besetzt, vor allem, soweit es sich weniger um politische als verwaltungsmäßige Aufgabenkreise handelt. Aber der Begriff des Fachmannes in politicis, den Dr. Kapp für seine Person in wenigen Tagen ad absurdum führte, ist überhaupt etwas sehr Fragwürdiges: von dem Artillerieoffizier Bonaparte und dem Deichhauptmann Bismarck bis zu dem Arzt Clemenceau und dem philosophischen Schriftsteller Haldane, der das englische Heer umgestaltete. Man mochte zu den Leistungen des deutschen Parlamentarismus so kritisch wie nur immer stehen, und er ist durch das System der Fraktionsdelegierungen noch in einem unreifen Zustand — Torheit oder Demagogie muß es aber scheinen, wenn man glaubt, das Zauberwort „Fachleute" helfe über die Schwierigkeiten hinweg, aus dem Chaos der Töne und des Lärmens der Probleme irgendetwas wie einen Akkord zu bilden.

Dr. Kapp, als er die Macht unter seinen Füßen weichen spürte und zurücktrat, ließ durch sein Leibblatt, den Lokalanzeiger, verkündigen, mit der Zusage dieser drei Punkte habe er seine „Mission" erfüllt. Und die Politiker vom Schlage Stresemann, deren Kompaß fortgesetzt zitterte, wohin an diesem Vormittag, an diesem Nachmittag das Machtzentrum sich verschiebe, versuchten sich in der befriedigten Miene: sie hatten geholfen, an einem Ausgleich zu zimmern. Freilich ein Ausgleich mit kränken Farben. Denn was nun kam, war zwangsläufig.

Kapps „Mission" war in ihren Mitteln ein national verbrecherisches Unterfangen (und das zweideutige Mitgehen der Rechtsparteien häuft auf sie Mitschuld), verbrecherisch, weil es die deutsche Wehrmacht, die außerhalb der Politik stehen sollte, zum Werkzeug mißbrauchte. Diese Leute mochten so kurzsichtig sein, daß sie den Widerstand der breiten Massen gegen solche Vergewaltigung nicht einsetzten, solche Narren, daß sie das leichtfertige Literatengeschwätz von der Volkssehnsucht nach dem starken Mann glaubten, solche Hysteriker, daß sie sich für die starken Männer hielten, einer den andern, aber wenn sie das Heer liebten, wenn sie der sogenannten altpreußischen Tradition nachhingen, die, wenigstens

Digitized by Google

der Rede nach, das Heer außerhalb der Politik hielten, so mußten sie, wollten sie ein sauberes Gewissen haben, die Berufssoldaten, die uns der Friedensvertrag aufzwingt, nicht zu Prätorianern erniedrigen. Gleichviel, ob der Versuch gelinge oder fehlschlüge: dieser Vorgang durfte nicht geschaffen werden. Unabsehbar ist der Schaden, der dem militärischen Gedanken geschlagen wurde; die wüsten Szenen dieser Tage verwischen sich, das Mißtrauen ist tief in die Seele der Massen gesenkt. Mit dem Haß glühender Feinde standen sich Kinder des gleichen Volkes gegenüber: solche furchtbare Tatsache bleibt die schwerste Schuld dieser patriotischen Gemüter.

Man kann in Deutschland nicht mehr Politik aus der Perspektive eines ostpreußischen Gutshofes oder eines Exerzierplatzes machen. Das ist nun eben, mag man es beklagen oder bejubeln, endgültig vorbei. Die Massen sind zu groß, zu aufgewühlt, zu machtbewußt, um sich der Suggestion von Militärmusik, wehenden Fahnen und Panzerautos zu beugen — das tut nur das unpolitische Mittelbürgertum. Der Generalausstand wurde zur wirksamen Waffe; aber es war von vornherein klar, daß es leichter ist, ihn anzukünden, als abzublasen. Die Arbeitsberuhigung, langsam wieder angewöhnt, mußte in politischen Radikalismus zurückschlagen. West- und Mitteldeutschland lohten auf und wer weiß, wie lange es dauert, bis dieses fressende Feuer revolutionärer Rätespielerei wieder ausgetreten ist. Im Süden wurde die Reichsfreude auf eine starke Probe gestellt, doch sie hat sich bewährt. Aber über den militaristischen Putsch hinweg vollzog sich die Umstellung der Machtfrage nun so, daß nicht die Abrechnung mit Kapp, sondern der Ausgleich mit der erregten Masse zum Problem der deutschen Politik wurde. Alle Verhandlungen, die zwischen den Gruppen in Berlin gepflogen wurden, standen unter dem Druck innerer und äußerer Unfreiheit — so mußten sie in Kompromissen endigen. Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten traten über den Rahmen ihrer wirtschaftlichen Ziele heraus und setzten an das Ende des politischen Streiks die politische Erpressung — das ist nicht erstaunlich. Legiens Taktik dabei war, durch politischen Radikalismus das Drängen auf die Rätewirtschaft abzufangen. Das ist ihm in den neun Punkten des Kompromisses zwischen Parteien und Gewerkschaften gelungen — aber welch ein Ausklang dieser Woche.

Gutwillige deutschnationale Freunde versichern, dieser Putsch sei ein Unheil gewesen, weil er „viel zu früh" gekommen — ein Verbrechen wird in dem moralischen Deutschland nicht nach dem Ethischen, sondern nach dem Zeitpunkt bewertet. So weit sind wir. Daß er kam, war vielleicht notwendig, um zu zeigen, ob die in ihrer Wirkung so gefesselte Demokratie die genügende Spannkraft haben werde, sich zu halten. Das ist ihr gelungen, und sie hat die unerbittliche Aufgabe, um ihrer Autorität vor In- und Ausland willen, sich mit Härte zu sichern. Aus dem

Digitized by Google

revolutionären Deutschland ist, mühselig genug, das des erneuten Rechts geschaffen worden — das Recht aber bedarf, gegen die Gewaltsphantasten der Extreme von rechts und von links, einer entschlossenen Verteidigung. Schmählich genug, daß der Ruhm der schwarz-weiß-roten Fahne einen Treubruch zu decken hatte; daß Lüge und Vertrauensseligkeit den Boden für tollen Unfug bereiten konnten. Jede Regierung, die aus dem Taumel dieser Tage den Anspruch der Führung retten will, muß tapfer sein, dem Rechtsgedanken unerbittlich zum Siege zu helfen.

Die Führer des Anschlags auf das Vaterland waren zu feig, die persönlichen Folgerungen zu ziehen.

Die Eckardsteinschen Memoiren

Von Dr. Friedrich Thimme

Durch Otto Hammanns Trilogie ist, im Zusammenhang mit der Entstehung des Weltkrieges, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ergebnislos verlaufenen deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898 und 1901 hingelenkt worden. Derselbe Hammann hat bekanntlich auch den Brief des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom 22. November 1887 veröffentlicht, in dem jener den englischen Staatsmann für den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung zu gewinnen strebte, freilich ohne Gegenliebe zu finden. Ebenso hat Hammann schon Bruchstücke aus den Briefen des langjährigen eigentlichen Faiseurs der deutschen Auslandspolitik, Fritz von Holstein, an den Botschaftsrat Freiherrn Hermann von Eckardstein in London mitgeteilt, welche auf die beträchtliche Rolle hindeuten, die dieser deutsche Diplomat in der Frage der deutsch-englischen Bündnisprojekte gespielt hat.

Nun hat Freiherr von Eckardstein, der sich längst schon mit der Absicht einer Veröffentlichung seiner Memoiren getragen hatte, sich aber während des Krieges eine Beschlagnahme seiner für staatsgefährlich erachteten Papiere gefallen lassen mußte, seine „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten" in zwei stattlichen Bänden im Verlage von Paul List in Leipzig erscheinen lassen. Auch von diesen Memoiren freilich gilt, was Eckardstein gemeinhin von den politischen Memoiren der Staatsmänner und Diplomaten bemerkt: „Die Herren Geschichtsforscher müssen auf der Hut sein, nicht ohne weiteres alles als bare Münze zu nehmen; denn persönliche Eitelkeit und die der menschlichen Natur innewohnende Neigung zu tendenziöser Färbung spielen auch hier in den meisten Fällen eine nicht geringe Rolle. Sie spielen sogar bei Eckardstein eine ganz besondere Rolle. Es ist ja richtig, daß derjenige, der seine Memoiren schreibt, „seine eigene nichtige Person nicht ganz ausschalten kann". Aber Eckardstein, der

Digitized by Google

ausdrücklich bemerkt: Wäre dies möglich, so würde ich es gern tun, stellt in Wahrheit seine Persönlichkeit ganz ungebührlich in den Vordergrund. Der ganze erste Band enthält nicht viel mehr als eine Darstellung seiner persönlichen Erlebnisse, wobei viel nichtiger Anekdotenkram, ja selbst diplomatischer Klatsch und Tratsch unterläuft. Besonders breit werden die Beziehungen Eckardsteins zu gekrönten Potentaten, Fürstlichkeiten und sonstigen Notabilitäten, bis zum amerikanischen Milliardär, untermalt, und der Leser wird nur zu oft an das vanitas vanitatum erinnert.

Immerhin muß anerkannt werden, daß vor allem der zweite Band der Eckardsteinschen Memoiren eine Fülle wichtigen Materials zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisbestrebungen enthält. Was den Wert dieses Materials zu erhöhen geeignet scheint, ist die große Anzahl politischer Dokumente und Belege, die Eckardstein teils in die Darstellung verwebt, teils am Schlusse der einzelnen Kapitel zusammenstellt, darunter nicht bloß eine Fülle von Korrespondenzen mit englischen Staatsmännern und Vertrauensmännern, sondern auch ein ausgedehnter brieflicher und telegraphischer Meinungsaustausch zwischen Holstein und Eckardstein. Auch englische und deutsche Faksimiles werden uns in ganz ungewöhnlicher Menge beschert. Ob der Verfasser mittels dieser Wiedergabe die Authentizität seines Werkes zu erhöhen bestrebt ist? Es mag hier nur beiläufig bemerkt sein, daß der aufmerksame Leser sich bei manchen Schriftstücken, die nicht im Faksimile wiedergegeben sind, sehr viel mehr an den Wortschatz des Freiherrn von Eckardstein, als an den der Verfasser der betreffenden Briefe erinnert fühlt. Das gilt z. B. von dem Briefe des Fürsten Münster vom 14. April 1898 (I, 296 ff.), dessen Schreibweise ich genau zu kennen glaube. Auch wenn Eckardstein Äußerungen und Redewendungen anderer Persönlichkeiten wiedergibt, machen sie häufig den Eindruck, überfrisiert zu sein. Sollte Bismarck wirklich 1893 den von Eckardstein gegen Bethmann Hollweg ausgemünzten Ausspruch getan haben: „Sollte jemals der Fall eintreten, daß ein preußischer, in der Ochsentour großgewordener Regierungsbeamter Reichskanzler wird, so würde dies wahrscheinlich sehr bald Finis Germaniae bedeuten, denn in ihrem maßlosen bureaukratischen Dünkel glauben solche Herren meistens alles zu wissen und alles zu können. Vor allem aber haben sie kein Verständnis für die Psyche des eigenen Volkes, geschweige denn für diejenige des Auslandes"? Von einer „Psyche des Auslandes" hat Fürst Bismarck, der sich stets sehr konkret ausdrückte, gewiß niemals gesprochen. Merkwürdig überhaupt, wie viel verstorbene Persönlichkeiten Eckardstein mit trüben Prophezeiungen, die direkt auf den Weltkrieg und die deutsche Niederlage berechnet scheinen, aufmarschieren läßt.

In jedem Fall gilt auch von Eckardsteins politischen Denkwürdigkeiten sein eigenes Wort in vollem Umfang, daß politischen Memoiren die der menschlichen Natur

Digitized by Google

innewohnende Neigung zu tendenziöser Färbung in besonderem Maße eigen ist. Zwar versichert der Verfasser wiederholt, daß er bestrebt gewesen sei, seine Aufzeichnungen so gerecht und objektiv als nur irgend möglich zu gestalten und jede Tendenz aus ihnen fernzuhalten. Aber solche Äußerungen sind doch nur ein Mäntelchen, hinter dem sich die stärkste und einseitigste Tendenz und die Sucht verbirgt, diejenigen Persönlichkeiten, mit denen Eckardstein in politischem Kampf gestanden hat, so sehr wie nur möglich zu diskreditieren. Das gilt vor allem von der Persönlichkeit des Geheimen Rats Fritz von Holstein, den er noch in seinem Buche mit unauslöschlichem Hasse verfolgt. Es schildert Holstein als den „schrullenhaftesten Sonderling", der, zumal in der Marokkofrage, aber auch in der des deutsch-englischen Bündnisses eine geradezu irrsinnige, um nicht zu sagen verbrecherische Politik getrieben habe. Gewiß ist an der Charakteristik Holsteins manches Wahre; auch bei Hammann erscheint dieser ja als ein „einsamer Sonderling", der aus überreiztem Argwohn und vorgefaßtem Mißtrauen besonders gegen die englischen Staatsmänner manche günstige Gelegenheit verpaßt habe. Aber bei Eckardstein artet die Kritik in groteske Übertreibung aus. Zum Glück gewähren die zahlreich eingestreuten Briefe Holsteins dem kritischen Leser die Möglichkeit, zu erkennen, daß Holstein immerhin doch seine guten und wohlerwogenen Gründe hatte, wenn er dem englischen Liebeswerben, das ohne Frage von höchst eigennützigen Motiven getragen war, nicht ohne weiteres in die Arme sank. Wie Holstein, so kommen auch die übrigen deutschen Staatsmänner durchweg bei Eckardstein höchst übel weg. Gnade vor seinen Augen finden nur solche Persönlichkeiten, die dem von Eckardstein erstrebten deutsch-englischen Bündnis das Wort geredet haben, wie der frühere deutsche Botschafter in London, Graf Münster, und sein Nachfolger Graf Hatzfeldt, der Chef Eckardsteins. Graf Hatzfeldt erscheint bei Eckardstein, der die Wiederholungen liebt, stets mit dem Epitheton der „geniale Botschafter". Ob es wirklich ein Beweis von Genialität war, den Engländern im Jahre 1896 den Weg zu der Expedition gegen die Derwische zu ebnen und ihnen so zu einem großen materiellen und moralischen Erfolge zu verhelfen, erscheint gerade so zweifelhaft wie die Frage, ob es ein Verdienst Eckardsteins war, das englisch-japanische Bündnis von 1902, das uns so sehr zum Unheil ausgeschlagen ist, zu befördern. Mir scheint, daß in dem einen wie dem anderen Falle Deutschland ein wahrer Bärendienst geleistet worden ist. Eckardstein nennt es einmal eine Tragik des Geschicks, daß die deutsche Politik niemandem mehr zur Realisierung seiner Aspirationen auf kolonialem und allgemein-politischem Gebiet verholfen habe als gerade England. „Statt aber den auf der Hand liegenden Nutzen für sich selbst daraus zu ziehen, haben die deutschen Staatsmänner, an der Spitze Wilhelm II., es mit vollendeter Meisterschaft verstanden, mit allen von der Vorsehung gegebenen günstigen Gelegenheiten . . . nur anderen Vorteile zu verschaffen, selbst

Digitized by Google

aber nicht nur zwischen zwei, sondern Dutzenden von Stühlen zu Fall zu kommen." Wenn aber dem so war, und mit Bitterkeit muß man feststellen, daß dieses Urteil Eckardsteins kaum übertrieben ist, so mußten Haßfeldt und Eckardstein, die doch die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin genau kannten und ihre Irrbahnen mit fast mathematischer Sicherheit im voraus berechnen konnten, sich um so mehr hüten, England gleichsam den Teppich vor die Füße zu breiten. Das aber haben sie getan. Von Eckardstein gewinnt man an der Hand seiner Aufzeichnungen den Eindruck, daß er sich mehr als englischer denn als deutscher Staatsmann und Geschäftsträger gefühlt habe. Er hat seine eigenste Aufgabe offenbar schließlich nicht mehr in dem travailler pour le Roi de Prusse, sondern pour le roi d'Angleterre gesehen.

In seinem Buche gibt sich Freiherr von Eckardstein jedenfalls als blinden Parteigänger Englands. Mit aller Energie nimmt er England gegen das Schlagwort von dem „perfiden Albion" in Schutz, das, nebenbei bemerkt, doch auch ein Bismarck sich von der rückschauenden Höhe der Friedrichsruher Warte her angeeignet hat; unsere Politik freilich findet Eckardstein nicht nur perfide, sondern auch „idiotisch". In dem Raubkrieg gegen die Burenrepublik sieht Eckardstein nur eine absolute historische Notwendigkeit, ja er verteidigt sogar Jamesons Flibustierzug von der moralischen Seite her. Nicht ein einziges tadelndes Wort findet er für König Eduard VII., den er mit fast leidenschaftlicher Wärme gegen den Vorwurf der Deutschfeindlichkeit verteidigt, und dessen schließliches Umschwenken er lediglich auf das Konto der Taktlosigkeit Wilhelms II., der „burschikosen, parvenuhaften, marktschreierischen Atmosphäre," welche die Person des deutschen Kaisers umgab, und der Sünden der deutschen Politik abwälzt. Holsteins wiederholte Hindeutungen darauf, daß Wilhelm II. von dem englischen Hofe mit beleidigender Nachlässigkeit, von der englischen Presse mit Unfreundlichkeit und Gehässigkeit behandelt sei, Hindeutungen, die sich Holstein gewiß nicht aus den Fingern gesogen, sondern der Berichterstattung der Londoner Botschaft, vielleicht Eckardsteins selber, entnommen haben wird und die übrigens eine wesentliche Stütze in gleichartigen Urteilen Bismarcks finden, tut Eckardstein stets als „Hirngespinste" Holsteins ab. Ja, während Holstein es dem „flegelhaften" Auftreten des englischen Premiers Lord Salisbury (der bei seinem ersten Zusammentreffen mit Kaiser Wilhelm in Cowes am 8. August 1895 diesen mit dem mindestens hinterhältigen Plan einer Aufteilung der Türkei unter England, Deutschland und Österreich überfiel, und damit gründlich abblitzte) zuschreibt, daß Wilhelm II. in eine Stimmung geraten sei, die das ihrige zur Abfassung des Telegrammes an Krüger vom Januar 1896 beigetragen habe, behauptet Eckardstein: wenn sich jemand flegelhaft benommen habe, so sei das Wilhelm II. gewesen, der durch sein brüskes Auftreten gegen Salisbury dessen Deutschfeindlichkeit (die Eckardstein wenigst[illegible] gleich-

Digitized by Google

zeitigen Briefen und Telegrammen zugibt) verschuldet habe. Uns scheint, daß hier die einzige Flegelhaftigkeit bei demjenigen liegt, der sich derartige Äußerungen über seinen ehemaligen kaiserlichen Herrn, nachdem dieser in das tiefste Unglück geraten ist, erlaubt. Als höchst unpassend und unwürdig muß es auch bezeichnet werden, daß Eckardstein nach seiner eigenen Erzählung sich wiederholt im Gespräch mit Eduard VII. lustig über Wilhelm II., über seine Reisewut, seine Sucht nach englischen Einladungen usw. gemacht hat. Was soll man vollends dazu sagen, daß Eckardstein Eduard VII. geradezu geraten hat, einen Brief Wilhelms II., in dem dieser die englischen Minister angeblich als unmitigated noodles, zu Deutsch als Erzschafsköpfe, bezeichnet hätte, einfach als einen Witz aufzufassen. Natürlich ist es bei allem unklugen Sichgehenlassen, dessen Wilhelm II. in seinen Briefen und Äußerungen fähig war, vollkommen ausgeschlossen, daß dieser in einem Brief an König Eduard dessen Minister als Narren bezeichnet hätte. Die Lösung des Rätsels gibt uns Holstein, der in einem seiner Telegramme bemerkt, daß der deutsche Kaiser dem englischen Botschafter Sir Lascelles gegenüber ganz allgemein von solchen Personen, die auf jede russische Intrigue, Zwietracht zwischen Deutschland und England zu stiften, hereinfielen, als unmitigated noodles gesprochen habe. Vielleicht hat der Kaiser diese seine Äußerung zu dem englischen Botschafter in seinem Briefe an Eduard VII. wiedergegeben, vielleicht, und das ist wahrscheinlicher, hat der Botschafter selbst darüber berichtet, und Eckardstein hat nur die Mitteilung des englischen Königs mißverstanden oder — verdreht; keinesfalls durfte er als deutscher Diplomat einen Brief seines kaiserlichen Herrn gegenüber einem fremden Souverän als schlechten Witz behandeln.

Es kommt Eckardstein überhaupt nicht darauf an, erweislich falsche Behauptungen über den Kaiser und seine Ratgeber, überhaupt über Deutschland mit großer Leichtfertigkeit in die Welt zu setzen. Manchmal mag es sich um Gedächtnisfehler und Irrtümer handeln, so wenn er, um zu beweisen, daß Wilhelm II. von Beginn seiner Regierung an den Plan gefaßt habe, England durch eine gleichwertige Flotte zu distanzieren, die Äußerung des Kaisers, daß die Zukunft Deutschlands auf dem Wasser liege, die bekanntlich vom 23. September 1898 stammt, in das Jahr 1890 zurückverlegt. Aber derartige „Irrtümer" häufen sich bei Eckardstein, immer zuungunsten Deutschlands und Kaiser Wilhelms II., in einer geradezu auffälligen Weise. Eine große Anzahl von Stichproben, die ich unternommen habe, ergeben eine fast erschreckende Unzuverlässigkeit Eckardsteins, ganz abgesehen von dem schon erwähnten Zweifel an der vollen Authentizität mancher mitgeteilten Aktenstücke. Unter diesen Umständen verlohnt es sich kaum, schon jetzt, an der Hand des Eckardsteinschen Buches, an eine genaue Prüfung der englisch-deutschen Bündnismöglichkeiten und Verhandlungen, die ohne Zweifel eins der

Digitized by Google

interessantesten und wichtigsten Probleme unserer neuesten Geschichte vorstellen, heranzutreten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in Bälde, vielleicht im Zusammenhang mit der von der Reichsregierung geplanten Veröffentlichung von Dokumenten über die weitere Vorgeschichte des Krieges, authentisches Material über diese Phase an den Tag und damit auch die Möglichkeit einer scharfen Nachprüfung der Eckardsteinschen Materialien kommen wird. Vorerst galt es, Warnungstafeln bei dem Eckardsteinschen Memoirenwerke aufzurichten und sie als das zu kennzeichnen, was sie sind: ein diplomatisches Seitenstück zu dem tendenziösen und gehässigen Kautskyschen Machwerk, gleich dem es alle Schuld für den Ursprung des Weltkrieges auf Deutschland und speziell auf Wilhelm II. abzuwälzen sucht.

Der Straßburger Sozialistenkongreß

Von Dr. Eugen Quendt

Der Nationalkongreß der französischen Sozialistenpartei, der vom 25. bis 29. Februar mit 309 Delegierten, die 4700 Mandate vertraten, in Straßburg und zwar in derselben Lokalität (Singerhaus), in der im November Clemenceau seine große Wahlrede gegen den französischen „Bolschewismus" gehalten hatte, getagt hat, hätte eigentlich schon einen Monat früher stattfinden sollen, war aber verschoben worden, weil man mit Schrecken gewahrt hatte, daß auch die Niederlage bei den Wahlen (die eine Niederlage übrigens nur betreffs der Zahl der gewählten Abgeordneten ist, während der absolute Stimmenzuwachs recht bedeutend war) keine Einigung innerhalb der Partei zu bewirken vermocht hatte und eine nicht sorgfältig vorbereitete Aussprache leicht genug zu völligem Zerfall und damit zu gänzlicher Ohnmacht der sowieso durch Finanznöte schwer bedrängten Partei führen könnte. Die alsbald eröffnete Zeitungsdebatte ergab deutlich, daß Meinungsverschiedenheiten hauptsächlich über die Stellungnahme zum Problem der Internationale bestanden. Im wesentlichen lassen sich drei verschiedene Richtungen unterscheiden: die Richtung Renaudel, die für Verbleib der Partei in der zweiten Internationale ist, die „Wiederaufbauer" („reconstructeurs") mit Longuet, Cachin, Mayéras an der Spitze, die den Austritt aus der zweiten Internationale und im Einvernehmen mit den deutschen Unabhängigen eine Verschmelzung aller Linksgruppen der zweiten mit den Anhängern der dritten, Moskauer Internationale, jedoch unter Wahrung gewisser Reserven verlangen und von Lenin zurückgewiesen worden sind, und die Richtung Loriot, die sofortigen und bedingungslosen Beitritt zur dritten Internationale fordert. Von diesen Richtungen erlangte auf dem, dem Gesamtkongreß vorangegangenen Kongreß des Seinedepartements die dr[illegible]ng mit 9930

Digitized by Google

gegen 5988 für die zweite und 616 Stimmen für die erste die Oberhand. Auf dem Kongreß zu Straßburg hat die zweite Richtung mit 2299 gegen 1621 Stimmen für die dritte den Sieg davongetragen, während die Richtung Renaudel völlig an die Wand gedrückt wurde. Für sofortigen Austritt aus der zweiten Internationale waren 4350 gegen 357 Stimmen bei 53 Enthaltungen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich eine immer stärker werdende Radikalisierung der Partei, zu deren Verständnis auf einige andere Tatsachen hingewiesen werden muß. Es betrug nämlich die Zahl der Parteianhänger 1905 34 688, 1909 51 692, 1911 63 358, 1914 72 765, bei Kriegsausbruch 77 125. Im Dezember 1915 war sie auf 24 638 gesunken, stieg dann langsam 1916 auf 24 858, 1917 28 069, 1918 auf 34 000. Vom 31. Dezember 1918 bis 29. Dezember 1919 aber schnellte sie von 35 793 auf 133 327 hinauf. Schon während des Krieges hatten die alten, u. a. auch durch Verlust an Getöteten stark gelichteten alten Anhänger festgestellt, daß die Neueintretenden meist extremistisch gesinnt waren, und die Minderheitsgruppe der Kienthaler und Zimmerwalder stützte sich vornehmlich auf die vom Departement Haute-Vienne ausgehende pazifistische Bewegung, die auf starke Kriegsmüdigkeit der Bauern deutete. Der starke Zuwachs nach dem Kriege aber resultiert in noch stärkerem Maße vornehmlich aus politisch ungeschulten Elementen, die in erster Linie das Evangelium von Moskau der Partei zugeführt hat. Besonders auffällig ist dieser Vorgang im Norddepartement, das vor dem Kriege dem klassischen Sozialismus verschlossen geblieben war. All diese neuen Elemente sind von stärkstem Mißtrauen erfüllt gegen die Bewilliger der Kriegskredite, gegen den Parlamentarismus überhaupt und natürlich auch gegen die alten Parteigrößen, gegen die von Lenin geächteten Thomas, Sembat, Bracke, aber auch gegen den vermittelnden Renaudel und die Führer der C. G. T., des allgemeinen Arbeitbundes, einer Zusammenfassung der Syndikalisten Jouhaux und Merrheim, die bereits mit Noske und Scheidemann auf eine Stufe gestellt werden und kürzlich in St. Etienne, wo sie über den von der C. G. T. neugegründeten Wirtschaftsrat sprechen wollten, ausgepfiffen wurden, und erhoffen das Heil im wesentlichen von der Revolution nach russischem Muster. Auch außerhalb der Partei läßt sich diese immer weitergehende Radikalisierung der sozialistischen Elemente beobachten und sowohl der aus geringfügiger Ursache ohne genügende Vorbereitung überstürzt und unter Überrumpelung der gemäßigten Elemente innerhalb des Syndikalismus vom Zaun gebrochene Eisenbahner-, wie der jetzige Bergarbeiterstreik im Pas de Calais sind symptomatisch für diese Entwicklung. Andererseits läßt gerade der Verlauf des Eisenbahnerstreiks mit Deutlichkeit erkennen, daß nicht nur das Land im ganzen, sondern auch der überwiegende Teil der Arbeiterschaft selbst dem Gedanken der Revolution ab-

Digitized by Google

lehnend gegenübersteht. Eine revolutionäre Bewegung ist in Frankreich vorderhand von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Debatten auf dem Kongreß, die teilweise recht stürmisch verliefen, zeigen deutlich, worauf es den einzelnen Richtungen taktisch ankommt. Die Loriotrichtung, die sich, wie gesagt, vornehmlich auf die Neulinge stützt, ist gegen allen Kompromiß, glaubt an die Weltrevolution und sucht sich durch Beitritt zur Moskauer Internationale zu stärken. Die rechtsstehenden Mitglieder der Partei, wie Renaudel, Varenne und der Elsässer Grumbach, aber weisen mit Recht darauf hin, daß die 9900 Stimmen des Seinekongresses noch lange nicht Frankreich bedeuten, daß den 100 000 Parteianhängern 2 Millionen Syndikalisten gegenüberstehen und daß die Partei viel zu schwach ist, den Umsturz durchzusetzen, daß aber gerade dieser Enthusiasmus für Rußland zur Niederlage bei den Wahlen in starkem Maße beigetragen hat und der Wirkung weiterer sozialistischer, neuerdings namentlich auf dem Lande tätigen Propaganda Abbruch tun wird. Gerade deshalb kommt es ihnen und der Mittelgruppe auch darauf an, daß die an sich schon schwache Partei, deren Hoffnung gerade auf die demobilisierten Soldaten in starkem Maße enttäuscht worden ist, nicht noch durch Spaltung bei der Stimmung des Landes infolge unentwegten Festhaltens am Radikalismus unvermeidlich bleiben würde, weiter geschwächt werde. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Beitritt zur dritten Internationale keinen Zweck habe, wenn die Schweizer, Belgier, Engländer und die deutschen Unabhängigen, die auf dem Leipziger Parteitag Vorbehalte gemacht hätten, nicht mittäten, daß außerdem ein solcher Beitritt insofern eine Gefahr für den Weltfrieden in sich berge, als er die deutschen Mehrheitssozialisten in eine schwierige Lage brächte und den Bestand der deutschen Republik gefährde. Andrerseits wollten auch die Anhänger Loriots vom Ausschluß Thomas', Sembats und Brackes nichts wissen, obwohl die Abgeordneten Levasseur, Rosier, Aubriot, Lauche, der Pariser Stadtverordnete Brunet und die früheren Abgeordneten Dejeante und Adrian Kéher wegen Wahlkompromissen mit Bürgerlichen mit 451 gegen 408 Stimmen bei 215 Enthaltungen aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die endlich angenommene Motion stellt dann fest, daß die 1889 auf dem Grundsatz des Klassenkampfes gegründete, auf dem Amsterdamer Kongreß 1904 gefestigte zweite Internationale, durch den Krieg und durch das ihre Grundsätze verleugnende Zusammengehen einzelner Teile mit den Bürgerlichen zerrissen ist und der revolutionären Lage, wie sie in den meisten Ländern zutage tritt, nicht mehr entspricht, ganz abgesehen davon, daß die zweite Internationale nur noch einen Bruchteil der sozialistischen Arbeiter der Welt vereini[illegible] die Mehrheit der russischen, ferner die italienischen, norwegischen, [illegible]

Digitized by Google

Sozialisten und verschiedene Bruchteile in Schweden, Dänemark, Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Amerika und England der dritten Internationale bei- und drei wichtige Organisationen, nämlich die schweizerische Sozialistenpartei, die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten und die deutschen Unabhängigen aus der zweiten Internationale ausgetreten sind. Die Resolution fährt dann wörtlich fort:

„Die französische Sozialistenpartei nimmt Kenntnis von den Entscheidungen der (deutschen) unabhängigen Sozialisten, die während des Krieges und seit der Novemberrevolution der revolutionären und internationalistischen Tradition des deutschen Proletariats allein würdig geblieben sind, und stellt fest, daß sie nicht in einer internationalen Organisation bleiben kann, in der Deutschland nur noch durch die Komplizen des Kaisers und die gegenrevolutionären Manöver der Scheidemann und Noske vertreten ist. Andrerseits erachtet sie, daß das Fortbestehen einer Zersplitterung der proletarischen Kräfte nicht ohne Gefahr für die Arbeiterrevolution ist. Da die von der zweiten Internationale mit Hilfe ihrer Linken in Bern und Luzern gemachten Wiederaufbauversuche fortan zu völligem Scheitern verurteilt scheinen, erklärt die Partei, daß die Wiedergruppierung der auf den traditionellen Grundsätzen des internationalen Sozialismus begründeten revolutionären sozialistischen Kräfte zu einer dringlichen Pflicht geworden ist. Durch die Schuld der kapitalistischen Ententeregierungen ist es nicht möglich, das Werk und Vorgehen der russischen Revolution im einzelnen und vollständig kennen zu lernen. Aber die französische Sozialistenpartei, die mit allen Bewegungen proletarischer Emanzipation solidarisch ist, erachtet, daß keine der grundlegenden Erklärungen der Moskauer Internationale im Widerspruch zu den durch die internationalen Kongresse festgelegten Wesensprinzipien des Sozialismus steht, daß die These von der Diktatur des Proletariats, soweit sie dazu bestimmt ist den Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen Ordnung zu sichern, jeder revolutionären Auffassung zugrunde liegt und daß die Institution der Arbeiter- und Bauernräte, wie die Verhältnisse bewiesen haben, eine der Formen ist, welche die Ausübung der proletarischen Macht annehmen kann. Sie hält jedoch dafür, daß die sozialistischen Parteien West- und Mitteleuropas in ihren Bestrebungen zur sozialen Umwandlung, die in den Ländern mit fortgeschrittener industrieller Entwicklung vor sich gehen wird, es sich angelegen lassen sein müssen, im Einvernehmen mit den bestehenden Arbeiterorganisationen — Syndikaten und Kooperativen — zu handeln und daß die Anpassung dieser Organismen an das wirtschaftliche Milieu eines der wesentlichen Mittel dieser Umwandlung bilden muß. Sie erklärt daher, daß zwischen diesen Parteien und denen der dritten Internationale gemeinsame Beratungen stattfinden müssen. Sie erklärt, daß die Parteien, die sich wieder zusammenschließen wollen, in erster Linie, wie es schon die Moskauer Internationale getan hat, jede wie immer geartete Zusammenarbeit und besonders die ministeriellen Koalitionen, wie sie während des Krieges und nach ihm in den meisten europäischen Ländern bestanden haben, verdammen müssen. Sie schließt sich mit aller Kraft der Resolution der deutschen Unabhängigen an und bekundet ihre Absicht, durch Verschmelzung aller den Grundsätzen des Klassenkampfes treu ge-

Digitized by Google

bliebenen Elemente der zweiten und mit bestehenden Gruppen der dritten Internationale an der Wiederbildung der Einigkeit der Sozialisten der ganzen Welt mitzuwirken. Gleichzeitig drückt sie ihren Wunsch aus, der russischen Revolution ihre tätige Sympathie zu bekunden, sowie ihre Sorge, mit den inmitten ihrer eigenen historischen und wirtschaftlichen Grundbedingungen durch die Proletariate der großen industriellen Länder, besonders Englands und Amerikas, bewirkten Anstrengungen solidarisch zu bleiben. Der Kongreß erteilt daher dem Verwaltungsausschuß der Partei den Auftrag, unter Aufrechterhaltung des Kontaktes mit den nationalen Sektionen der westlichen Länder unverzüglich mit den qualifizierten Organisationen der dritten Internationale in Unterhandlungen einzutreten und im Einvernehmen mit den deutschen Unabhängigen, der schweizerischen und italienischen Partei eine Konferenz vorzubereiten, durch endgültigen Zusammenschluß aller Parteien, die entschlossen sind, ihre Aktion auf die traditionellen Grundsätze des Sozialismus zu basieren."

Betreffs der Parteipolitik bekennt sich die Resolution sodann zu Grundsätzen, die die Stellung und Taktik der Partei zu deutlich kennzeichnen, als daß ich ihre wörtliche Anführung unterlassen möchte:

„Die sozialistische Partei erklärt, daß ihre nationale Aktion mehr denn je aus der internationalen Aktion des Weltsozialismus fließen muß. Sie bestätigt den Entschluß früherer Kongresse, die Organisation der Arbeiter als Klassenpartei zu betreiben, um mit Hilfe der Macht des befreiten Proletariats zur Sozialisierung aller Produktions- und Austauschmittel, dem gemeinsamen Ziel der aufrichtigen Sozialisten der ganzen Welt überzugehen. Sie erinnert an ihre feierliche Verdammung jeden Konfusionismus, jeder Taktik, die die Klassengegensätze maskieren sollte und bekundet aufs neue energisch ihren Willen, jede Teilnahme an der bürgerlichen Gewalt sowie jedes Bündnis, das eine Programmverschmelzung mit andern bürgerlichen Parteien mit sich bringt, zurückzuweisen. Auf Grund der Ergebnisse der letzten Wahlen kann sich die Partei zu der befolgten Taktik, die allein mit den Interessen und der Ehre des Sozialismus vereinbar war, nur beglückwünschen. Das durch Lügen verblendete, durch das Regime von fünf Kriegsjahren eingeschläferte Volk Frankreichs hat trotz allem den Appell der Sozialisten vernommen und wenn nicht ein ungerechtes und unrechtliches Wahlgesetz, dessen Verbesserung den Abgeordneten der Partei obliegt, die Wahlergebnisse gefälscht hätte, wären von 1 700 000 sozialistischen Wählern 150 Abgeordnete in die Kammer entsandt worden. Die sozialistische Partei verkennt die Schwere der Gefahr nicht, die eine Majorität von royalistischen Junkern, von Klerikalen und Kapitalisten, der die verbrecherische Politik Clemenceaus Frankreich ausgeliefert hat, für die Arbeiterklasse und die Republik bildet. Sie appelliert an die Wachsamkeit der Arbeiter, die mit dem männlichen Mut ihrer Rasse und mit allen Mitteln die errungenen Vorteile, besonders das Streikrecht und den Achtstundentag, verteidigen werden, falls die Reaktion es wagen würde, daran zu rütteln. Der französische Sozialismus ist immer der Wächter der Republik gewesen, er wird diese ruhmreiche Tradition nicht aufgeben und gibt den Anhängern der alten, für eine Weile der Vergessenheit entrissenen Regimes zu verstehen, daß er sich bereit hält, auf diesem Boden jeden Kampf aufzunehmen. In diesem Sinne bezeichnet die Partei die von dem früheren Ministerium eingeschlagene und jetzt fortgesetzte Politik als eine Gefahr für das Regime und die Nation und überläßt die absurde Legende, gegen welche die Geschichte sich auflehnen [illegible] die aus einem planlosen und un-

Digitized by Google

schöpferischen Manne das Werkzeug des Sieges macht, der nur dem vielfachen Opfer französischer Soldaten und der unwiderstehlichen Aktion fremder, sämtlich aus der russischen hervorgegangenen Revolutionen zu danken ist, dem gesunden Sinn der Franzosen. Sie stellt die jämmerlichen Ergebnisse dieser Politik, die länger als ein Jahr nach dem Waffenstillstand nicht fähig ist, den endgültigen Frieden herbeizuführen, fest Sie nimmt den Bankerott des Völkerbundes und die betrügerische Anwendung des Nationalitätenprinzips zur Kenntnis und verdammt wiederum alle Gewalttätigkeiten, die die kapitalistischen Ententestaaten die Völker erleiden lassen, sowie die offene oder verstärkte Verlängerung der Feindseligkeiten gegen die russische sozialistische Republik, deren herrliche Siege sie begrüßt."

Die Resolution schließt mit der Verdammung der Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung sowie mit der Forderung direkter Kapitalsteuern, Wegsteuerung der Kriegsgewinne, Sozialisierung der kapitalistischen Monopole, staatliche Organisierung der Transportmittel durch verantwortliche Techniker und Übernahme der Neubaufähigkeit durch die Gemeinden.

Betrachtet man diese Resolution im ganzen, so sieht man, daß sie im Hauptpunkt, der Stellungnahme zum Problem der Internationale, wieder nur ein Kompromiß ist. Die Einheit der Partei wird allerdings gewahrt, die Entscheidung aber wieder auf mindestens ein Vierteljahr hinausgeschoben. Wie sie dann ausfallen wird, läßt sich nicht voraussagen. Möglich, daß es der sehr vorsichtigen, nach dem Urteil der Rechten allzu vorsichtigen Politik der französischen Regierung gelingen wird, einer stärkeren Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft vorzubeugen, ihre Haltung im Eisenbahnerstreik zeigt, daß diese Haltung durchaus Erfolg haben kann, falls es ihr nur gelingt, wirtschaftliche Krisen und weitere Verteuerung der Lebenshaltung zu verhüten und eine Mehrheit für eine einigermaßen gerechte Steuerpolitik zu gewinnen. Es kann aber auch der Fall eintreten, daß die bevorstehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wirklich, wie Briand unlängst prophezeiht hat, zu einem Zerfall der Kammer in eine Rechte und Linke führt. In diesem Falle würde die Aufrechterhaltung der Einheit der sozialistischen Partei, die jetzt allein in der Opposition steht, an Bedeutung verlieren. Die Partei würde dann, durch keinerlei faktischen Zwang mehr zusammengehalten, zerfallen, die einzelnen Richtungen würden sich gegenseitig Abbruch tun, den Sozialisten würde, wie das zum Teil jetzt schon der Fall ist, von der Rechten der Wind aus den Segeln genommen und die Partei wäre als maßgebender Faktor vorläufig erledigt. Mit der Internationale jedoch ist es, wie man sieht, völlig vorbei. Denn selbst wenn große Teile der französischen Sozialisten im Verein mit den Italienern und den deutschen Unabhängigen sich der Moskauer Internationale mit oder ohne Vorbehalte anschließen, ist nicht anzunehmen, daß die belgischen, englischen und amerikanischen Sozialisten ihnen als Gesamtheit Folge leisten werden.

Digitized by Google

Notizen

Bagdad. Lord Curzon hat es für notwendig erachtet, zu erklären, daß es für England heute zu spät wäre, die großbritannische Tätigkeit auf das Wilajet Basra zu beschränken, denn eine Räumung des Wilajets Bagdad würde von den Einwohnern mit — Bestürzung aufgenommen werden. Curzon muß die Welt sehr kurz von Gedächtnis und ungemein töricht einschätzen, wenn er seine Beweisführung einer beabsichtigten Annexion des Gebietes von Bagdad in dieser Weise glaubt führen zu können. — Das Bestreben Englands, sich in dem Zentralpunkte des Zweistromgebietes festzusetzen, ist ein Menschenalter bereits eine aktive Form englischer Außenpolitik gewesen. Liegen die früheren Bemühungen Großbritanniens dem Weltgedächtnis zu fern, so ist doch allgemein noch bekannt, welche Schwierigkeiten es Deutschland bereitete, mit seinen Bahnbauplänen bis zu dem Wilajet Bagdad vorzudringen. Es muß auch bekannt sein, eine wie zähe Stellung England in der Frage der Tigrisschiffahrt einnahm. England hat die Tigrisschiffahrt mit Kanonenbooten, Postdampfern und einer Handelsflottille eingerichtet, ehe die anderen Mächte fähig waren, hier ihre Stimme geltend zu machen. Als die Liquidation der Türkei infolge der Balkankriege begann und man sich bemühte, eine internationale Regelung in die Wege zu leiten, wünschte England energisch, sein Monopol der Tigrisschiffahrt zu behalten. Als es gelingen sollte, mit dem Kredite der Auslandsmärkte die Türkei in den Stand zu setzen, seine Verkehrswege selbst zu beherrschen, zeigte sich Großbritannien erneut ablehnend. Als Gegenantwort begann England seine Stellung im Wilajet Basra auszubauen und sich zu dem Mittler des Handelsverkehrs der asiatischen Türkei von Mesopotamien nach dem Persischen Golfe aufzuwerfen. Zugleich benutzte man seine Stellung als Handelskontrolleur des Auslandes. Es braucht nur an die andauernden Klagen erinnert zu werden, welche die deutschen Kaufleute über die willkürliche und wenig entgegenkommende Behandlung des britisch geleiteten Post- und Frachtdienstes führten.

In Verbindung mit den Bemühungen Englands, sich in den Besitz von Basra zu setzen und den Ausgang des Zweistromgebietes hiermit zu beherrschen, ging gleichzeitig das emsige Streben, eine Annäherung der Türkei an seine Glaubensbrüder in Persien zu hindern. Hier lag ein Umstand vor, den die britische Eroberungspolitik schwerwiegend in Rechnung stellte. Persien ist immer ein Schmerzenskind Englands gewesen. Wenn nun auch die Türkei an Persien keinen willigen Freund besaß, so führten doch die Bestrebungen von Jungpersern und Jungtürken zu gemeinsamen Beziehungen; vor allen Dingen aber lag für England die Befürchtung nahe, daß der Druck von Rußland einerseits und der Druck von England andererseits, der von Norden und Süden auf Persien eindrang, jenes Gebiet zu einer Vereinigung mit der Türkei in dem Maße treiben würde, in der die Türkei erstarkte. Nun hat die asiatische Türkei nach Persien nur ein Einfallstor, nämlich das Gebiet von Nosul bis Amara. Im Norden, von dem Gebiete des Wansees her und nach dem Urmia-See hin sind die Übergänge infolge des Hochgebirges so unwirtsam, daß nur auf Paßwegen ein Übergang zu ermöglichen ist. Es öffnen sich nur im Süden die

Digitized by Google

weiten Ebenen nach Persien zu. In England hatte man, um nach Persien vordringen zu können, Südpersien mit Bahnlinien auszustatten gesucht. Zugleich hat man hier Verkehrswege angelegt, die nach dem Innern Persiens führen. In Großbritannien hatte man mit Recht nun seine Befürchtungen, die Türkei würde jene Verkehrswege benutzen, um eine Verbindung zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. Es ist wohl erinnerlich, in welchen Lärmton die englische Presse einstimmte, als man von Seiten Deutschlands aus mit Hilfe der Bagdadbahn von Bagdad aus eine Nebenlinie nach der persischen Bahnlinie gen Teheran zu erschließen suchte. Hiermit hätte in der Tat das erste enge Band zwischen den beiden Staaten geschlungen werden können. Man hat in England an der Hedjasbahn zur Genüge gesehen, in welcher Weise ein erschlossener Verkehr zu dem Bindemittel für die Türkei wurde. Wenn nun heute die Türkei auch nur noch ein Scheindasein führt, so kann doch die Mißstimmung Persiens und die Verzweiflung der Türkei zu einem Mittler zwischen beiden Gebieten werden. So muß man sich nach britischer Meinung beeilen, das Einfallstor nach Persien, nämlich das Wilajet Bagdad, in seine volle Abhängigkeit zu bringen. England hat die Bagdadbahn nach Bagdad ausgebaut, es wünscht auch die Schienenverbindung nach der Persischen Grenze herzustellen. Den Handel Bagdads entwickelt eine Verbindung mit Persien ungemein, genau wie Südpersien von dem Anschluß an das Tigrisgebiet seinen Nutzen hat. Südpersien und Mittelpersien zu entwickeln kann England heute um so unbedenklicher beginnen, als Rußlands hemmender Gegenwille entfällt, und man, gestützt auf den anglo-persischen Vertrag von 1919, alle Handhaben der Gewalt für die britischen Interessen bereitgestellt hat. In den Wilajets Basra und Bagdad benötigt man aber eine Handelsbelebung um so mehr, als die Gebiete dem angegriffenen englischen Geldsäckel ganz erhebliche Kosten bereiten. Will man doch in der Form von Bahnbauten und der Regelung der Tigrisschiffahrt, durch die Anlage von Wegen, Poststation und vor allen Dingen durch Bewässerungsanlagen das Gebiet erschließen, ausnutzen und seinen Interessen angliedern. Diese wirtschaftlichen Eroberungspläne sind überdies nicht von heute und gestern. Sie reichen ebenfalls eine Generation zurück. Die großen Vermessungsarbeiten, die wassertechnischen Untersuchungen, die vorzunehmen England sich von der Türkei abzwang, sind mehr als ein Jahrzehnt vor dem Kriege erfolgt. Es gibt in England eine sehr ausgedehnte und vorzügliche wirtschaftliche Literatur über die Gegenden von Bagdad und Basra. Ein Hauptteil der deutschen Arbeiten, welche dieses Gebiet zum Gegenstande hatten, beruhen auf englischen Quellen. — Sollten wir das wirklich alles vergessen haben? Lord Curzon scheint es wenigstens zu wünschen!

Einigermaßen erheiternd wirkt der Passus von der Bestürzung der Einwohnerschaft, die nach dem Lordworte eine Räumung durch England auslösen würde. Abgesehen von den wenigen Niederlassungen am Tigris und dem Zentrum von Bagdad haben wir es hier mit einer Nomadenbevölkerung zu tun, die sich nur selbst als Herrn anerkennt. Man geht dem Wasser und dem Regen nach. Von einer Bauernbevölkerung ist keine Rede. Der Verkehr mit der Türkei war zumeist jener, daß mit Hilfe von Soldaten die Steuern eingetrieben wurden. Das einzige Glied der Verbindung bildete der Glaube und eine alte Tradition. Im übrigen blühte das Raubhandwerk. Und nun stelle man sich diese Bevölkerung als tief entsetzt vor, wenn der andersgläubige, der militärisch auftretende Gewaltherr freiwillig räumen will . . .!

G. Buetz.

Digitized by Google

Nur der Geist

kann uns vorwärtsbringen. Das gilt für den einzelnen wie für das ganze Volk, denn das Volk ist nur eine Sammlung von einzelnen. Wollen wir als Einzelperson und als Volk wieder vorankommen, so muß jeder einzelne bestrebt sein, seine geistigen Fähigkeiten weiter auszubilden, um durch schärfere Beobachtung und tieferes Denken die Zusammenhänge des Weltgetriebes zu erkennen, richtig zu beurteilen und für das eigene Tun und Lassen sowohl als für das nationale richtig in Rechnung zu stellen. Das hat die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes bis jetzt außer acht gelassen und dafür muß jeder einzelne jetzt büßen. Jeder war nur für sein eigenes winziges Interesse besorgt und kümmerte sich nicht um den Lauf des Staatswagens, nicht überlegend, daß jeder einzelne herangeholt würde, um einen verfahrenen Staatswagen wieder aus dem Sumpf zu ziehen. Wer der Wiederholung einer solch unangenehmen Erfahrung vorbeugen will, der muß einsehen, daß er sein eigenes persönliches Interesse am besten dadurch wahrt, daß er sich auch um das allgemeine Interesse kümmert, damit das allgemeine sein persönliches Interesse nicht mehr verschlingen und vernichten kann. Dazu muß er aber seinen Gesichtskreis erweitern und lernen, von einer größeren Warte aus zu betrachten und zu urteilen. Geistige Weiterbildung ist hierzu unumgänglich notwendig. Die beste Anleitung zu solcher Geistesbildung bietet Ihnen ein Unterrichtskurs in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre, welcher nicht nur Ihre Geistesgaben ertüchtigt, sondern auch Ihren Willen stärkt und Ihren Charakter bildet. Durch den laufenden brieflichen oder mündlichen Verkehr mit dem Verfasser ist Ihnen Gelegenheit geboten, gerade denjenigen Punkten, in denen Sie am schwächsten sind, besondere Beachtung zu schenken und sich so zu einem abgerundeten, zu einem ganzen Menschen zu machen.

Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Empfangen Sie aus bewegtem Herzen meinen immerwährenden, tiefgefühltesten Dank! Es tut mir leid, nicht früher Ihre bahnbrechende Geistesschulung gekannt zu haben. Ich bin voll des Lobes über dieselbe. Prof. R. H." — „Ich wünsche nur, es möchten recht viele Deutsche aus Ihrem Werke die hohe Lebensweisheit schöpfen. W. K." — „Ihre Hefte sind so inhaltsreich, daß die ganze Gedankenfülle, die sie bergen, unermeßbar ist, daß ein jedes neue Studium derselben neue Anregungen gibt und daß besonders die Freude an den Mühen und Erfolgen der Geistes- und praktischen Arbeit nie erlischt. H. H."

Verlangen Sie noch heute Prospekt von

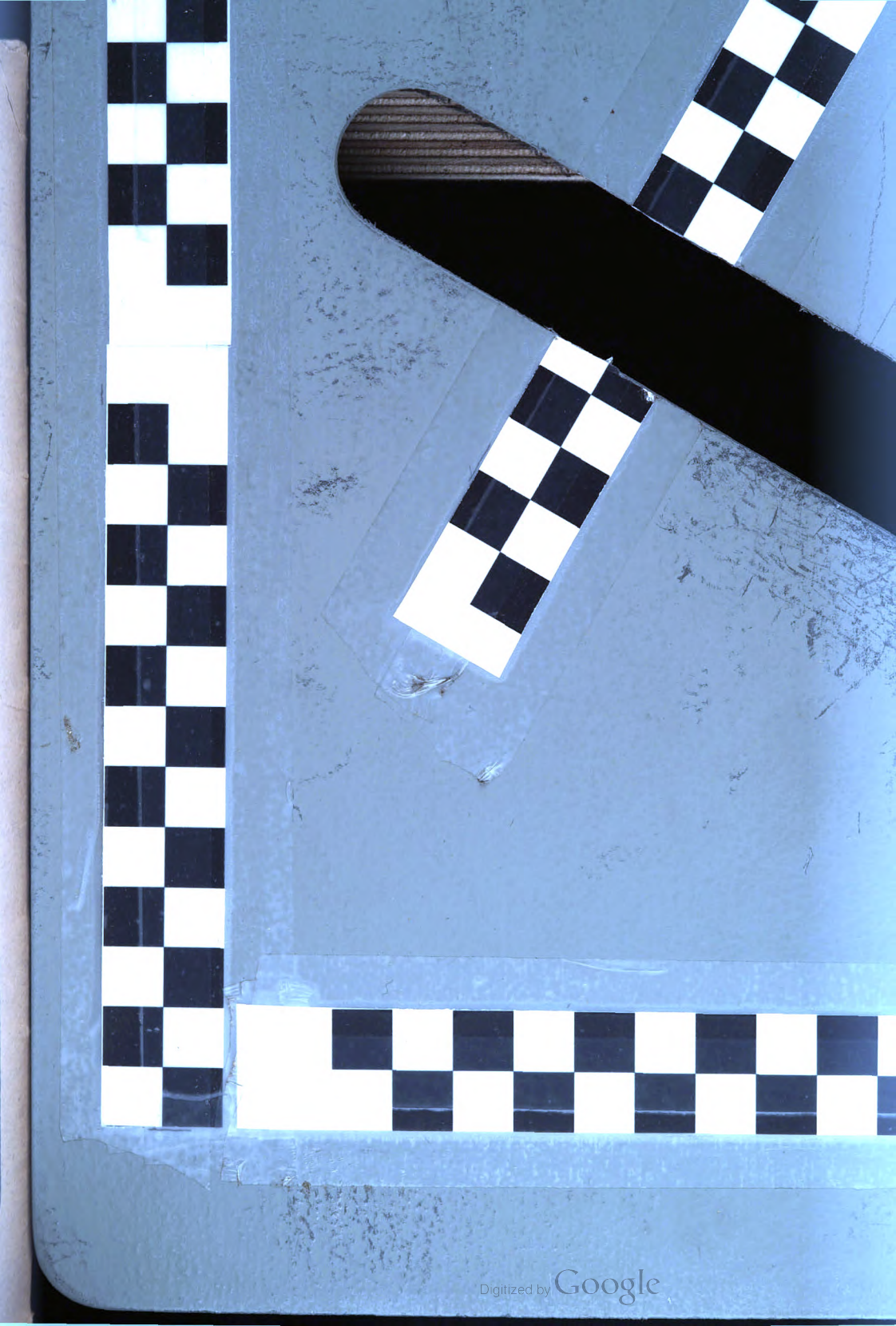
L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Wie werde ich wahrhaft glücklich?

Ein Lebensführer von Christ. Lud. Poehlmann.
Geheftet 8 Mark 25 Pfg., gebunden 10 Mark 50 Pfg.

„Der Verfasser von Poehlmanns berühmter Geistesschulung und Gedächtnislehre behandelt in dem neuen Buche ein Gebiet, auf dem er vermöge seiner 25jährigen Erfahrung zu Hause ist, wie kein anderer. Ganz zweifellos zeigt der Verfasser in diesem neuen Werk allen innerlich strebenden Menschen einen Weg, um aus der Not der Zeit heraus zurückzufinden zu den Quellen wahren Glückes und zur Zufriedenheit mit sich selbst."
„Darmstädter Tagblatt."

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

JA
14
D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 321
Heuß, Erzberger und Helfferich 323
Rohrbach, Leben, Freiheit, Glück 329
Cahén, Dänemark und die Nordmark 334
Sieger, „Bundesstaat Österreich" 339
***, Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren? 344
Notizen 349

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang · 12. März 1920 · Heft 11

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W.35.** Lützowstraße 102/4

MARGRAF & Co. G. m. b. H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN JUWELEN FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

Engelapotheke Regensburg

J. SONNTAG

Homöopathisches Medizinal- und Exportgeschäft

Sämtliche homöopathische Medikamente
Schüßlers biochem. Präparate, Felke-Mittel

Hauptvertretung der komplexen Homöopathie
(Elektrohomöopathie)
„System Mattei"

Preislisten und Broschüren kostenlos

Der

WERBEDIENST

wirkt für die Kultur der Reklame auf allen Gebieten. Staatliche und private Auftraggeber zählen zu seinen Kunden. — Zur Lösung der ihm gestellten Aufgaben vereinigen sich im Werbedienst erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal.

Werbedienst G m b H

Berlin W35, Lützowstraße 102/04

Digitized by Google

5. Jahrgang * 12. März 1920 * Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Wirtschaftskommission des Obersten Rates hat ein Programm für den Wiederaufbau Europas entworfen, das deutlich von der Einsicht diktiert ist, daß die Versailler Beschlüsse an ihrer sachlichen Unmöglichkeit sich stumpf laufen. Die Ungewißheit, was in Amerika geschehen wird, zwingt zu irgend greifbaren Vorschlägen. Von deren Durchführung hängt es ja nun natürlich ab, ob diese Kundgabe nicht nur Deklamation ist, ob sie in der Tat die Unterlagen einer gewissen Wirtschaftssolidarität anerkennt. Hier bleibt das Weitere abzuwarten, ohne groß gemachte Erwartungen. Junge Liebe ist es nicht, die drüben mit dem Frühling sich in verstockten Herzen zu regen beginnt, sondern rechnende Politik. Interessant ist für den Augenblick nur die Veröffentlichung, bevor Millerand sein Plazet gegeben hat. Soll er durch diese Kundgebung im vorweg gefesselt, soll er auf Vorrat mit Verantwortung belastet werden? Fast will man glauben, dies sei ein Gegenzug gegen die selbständige Kohlen-Note des französischen Premiers, durch die dieser die englische Unsicherheit hatte ausnutzen wollen.

*

Optimisten in Deutschland und in der Entente versprachen sich von dem Handelsverkehr mit Sowjet-Rußland das Hereinbrechen des Schlaraffenzeitalters. Jetzt hat der bolschewistische Vertreter in Berlin, Kopp, diese Hoffnungstriebe stark beschnitten. Er hat dem Korrespondenten der „Daily News" rundheraus gesagt, daß von einer Ausfuhr von Lebensmitteln nicht die Rede sein könnte, weil Rußlands Landwirtschaft völlig darniederläge. Als Austauschwaren käme russischerseits fürs erste Holz, Flachs und Platin in Betracht. Weizen und Zucker zur Ausfuhr hat es aber seit jeher nur in der Ukraine gegeben; aber von

Digitized by Google

diesem Staat scheint die Entente noch immer wenig wissen zu wollen. Und doch wird es ohne Lösung der ukrainischen Frage im Osten keine Ruhe geben.

*

Es ist außerordentlich schwierig, die Kraft der französischen Arbeiterbewegung richtig abzuschätzen. Der plötzlich aufgeflammte Eisenbahnerstreik ist jäh erloschen; die Regierung droht mit der Mobilisation des Verkehrswesens und die Gewerkschaften ziehen sich erschreckt zurück. Gleichzeitig radikalisiert sich aber der französische Sozialismus, und er geht zu diesem Zweck ausgesucht nach Straßburg, dessen genius loci eine Schmeichelei für die nationalistischen Grundinstinkte ist. Die Absage an die zweite Internationale ist für die politische Augenblickslage völlig belanglos; auch Millerands Stellungnahme für oder gegen den Ausgleich mit Moskau wird dadurch völlig unberührt bleiben. Der französische Parteisozialismus ist bislang immer mehr Literaten- als breite Volksangelegenheit gewesen; das zu erkennen haben eben nur lange die deutschen Sozialisten vernachlässigt. Millerand, der ihm entstammt, weiß das. Er wird ihn nicht übermäßig tragisch nehmen. Seine Sorgen liegen gegenwärtig auf anderem Gebiet.

*

Mit Admiral Horthy als Reichsverweser ist in Ungarn nicht nur ein erbitterter Feind der Roten ans Ruder gekommen, sondern auch ein fanatischer Anhänger König Karls. Nicht einmal die schmachvollen Enthüllungen über dieses Königs landesverräterische Umtriebe haben ihm bei den Royalisten schaden können. Das ist natürlich Geschmackssache und innerungarische Angelegenheit. Daß diese Männer aber glauben, mit Feuer und Schwert unter den Sozialisten König Karls Popularität steigern zu können, ist Beweis dafür, daß konservative Elemente auch durch Revolutionen nichts zu lernen verstehen.

*

Das Problem der Dezentralisation der preußischen Verwaltung ruht nicht. Wenn jetzt die Schleswig-Holsteiner der Regierung Hirsch-Heine ihre Wünsche vorgetragen haben, so ist das die Auswirkung der Versuche, die schon den Weimarer Verfassungsausschuß beschäftigt haben: der Zusammenstraffung von Heer, Finanzen, Verkehr eine Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte gegenüberzustellen. Es ist charakteristisch, daß Minister Heine den Schleswig-Holsteinern entgegenkommend geantwortet hat. Er sieht, daß in diesem Streben sich eine urtümliche Bewegung meldet, und er bemüht sich nun, sie so abzufangen, daß sie nicht auf den Artikel 18 der Reichsverfassung sich bezieht und damit das alte preußische Staatsgefüge zu sprengen droht. Es ist auch ganz offenkundig, daß eine vernünftige Haltung Berlins in diesen Fragen die Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone beeinflussen muß.

Digitized by Google

Erzberger und Helfferich

Von Dr. Theodor Heuß

5. März 1920.

Das Spiel geht zu Ende. Die Plädoyers raffen etwas mühsam die Motive zusammen, die in diesen schleppenden Wochen an der Reihe gewesen, viel Kleinkram, ohne große Linie. Die Schlußszene, da der Haß der beiden Hauptakteure sich noch einmal ansprühen soll, steht in der Stunde, die dies schreibt, noch aus. Der Vorhang wird unruhig; man wartet auf sein Niederrauschen. Welch ein Spiel! Der Expansionskampf des stählernen Kapitalismus, der um Land und politische Macht ringt, neben Küchenrezepten einer eifrigen Hausfrau; Kanzlersturz und Friedenstragödie neben Beruhigungsmitteln für hustende Kinder.

Es ist im übrigen ein ziemlich schlechtes Stück gewesen, Sudermannsche Probleme und Charaktere. Helfferich hat gelegentlich Reden gehalten wie der Graf Trast. Das Stück mußte deshalb schlecht ausfallen, weil ihm zwei Dinge fehlten, die nicht nur für das Theater, sondern noch mehr für die wahrhaft großen Dinge der Geschichte wichtig sind: Tragik und Humor. Es war das bürgerliche Schauspiel des Opportunismus. Zwar sollte es so aussehen, als ob zwei Gewalten, zwei Weltanschauungen mit einander streiten, Licht und Nacht, Ormuzd und Ahriman, hingebender Idealismus und einnehmender Materialismus. Das waren die Effekte starker Beleuchtung, aber im Entscheidenden eben auch nur der Beleuchtung. Denn in ihres Wesens Kern sind die beiden, trotz ihres Hasses und wegen ihres Hasses, sich gar nicht so fern, die pfälzisch aufgeregte und händelsüchtige, die oberschwäbisch dickfellige und selbstzufriedene Ausgabe des opportunistischen Menschentyps, der im wilhelminischen Zeitalter des „Betriebs" an die Macht kommen mußte.

Beide Männer mit sehr raschem Erfolgsaufstieg ihrer Jugend. Bei Helfferich war der Absprung leichter: Familienhintergrund, wissenschaftliche Schulung. Der Ehrgeiz nach Macht und Geltung stachelt und verzehrt ihn: er tummelt sich in vielerlei Beruf, weil er, rasch denkend, fleißig, erfolghungrig, sich zu allen Dingen geschickt weiß. Um die Macht zu behalten, scheut er auch nicht das sacrificium intellectus. Er bindet seinem fast nervösen Betätigungstrieb die Maske des Hohnes, der Menschenverachtung vor — wenn diese verruft (in dem Prozeß geschah es ein paarmal), erschrickt man vor den Zügen fast subalterner Kleinlichkeit, die die Liebe zum Hassen in ein kluges Gesicht geschrieben.

Erzbergers Opportunismus ist anderer Art: nicht mehr bloße Technik der Machtgewinnung und Machterhaltung, sondern geradezu Lebensatmosphäre. Es ist fabelhaft, wie wenig innere Hemmungen dieser Mann besitzt. Die Geschichte seines Ehrgeizes beginnt im Hinterhaus: nicht die Macht zu wollen, sondern die

Digitized by Google

Macht zu ärgern ist sein Anfang; Drohung, Enthüllung, Wichtigtuerei. Die Kraft, die ihn zwangsläufig in die Höhe treibt, ist fast geographischer Zufall — durch lange Jahre ist er der einzige Zentrumsabgeordnete, der in Berlin wohnt, der beglaubigte Botschafter einer Macht. Dazu kommen ein paar Eigenschaften, die brauchbar sind: Fleiß, Verstand, Beweglichkeit, Bonhommie und Draufgängertum. Die Partei ist ihm alles; in ihr dehnt sich seine Macht, weil im Vakuum vorhanden, und mit der Macht die Freude, sie spüren zu lassen, schließlich sie zu meistern. Er hat jeden Tag das beste Gewissen von der Welt und ist mit einem fast pathologischen Mangel an Empfindlichkeit ausgerüstet. Helfferich möchte ihn als einen Lumpen großen Stils erscheinen lassen und die subalterne Phantasie nährt sich mit der Vorstellung, wie dieser die Politik zum Reichwerden benutzt habe. Das ist sicher falsch gesehen. Erzberger hat keinen großen Stil; er ist ein ganz und gar untragischer Charakter. Wir haben ihn nie geliebt; doch wenn er jetzt als Prototyp der Korruption gemalt wird, so muß man fast von einer Korruption aus Fahrlässigkeit sprechen. Ein Mann, dem es Freude macht, sich gebrauchen zu lassen, weil es seiner Eitelkeit schmeichelt, der mächtige Erzberger zu sein. Nicht Unternehmer, sondern Agent; ohne feinere Grenzempfindungen, daß öffentliche Macht zur privaten Zurückhaltung verpflichtet.

Unser Urteil sieht von dem Vorwurf der Steuerdefraudation ab; bewahrheitet sich dieser, dann trübt sich die Fahrlässigkeit zu Schmutz.

* * *

Monatelang hat Helfferich sich auf den Prozeß vorbereitet. Es muß für seine Natur eine glückliche Zeit fieberhaften Selbstgenusses gewesen sein, wenn er gegen den Popanz des Gegners focht, die schwachen Stellen ablauerte, nach Blößen gierte, um zu locken, reizen, zu verletzen und zur Abfuhr auszuholen. Er wurde der Magnet für alle Feindseligkeiten; man darf ihm glauben, daß er sich sein Material nicht erst zu kaufen brauchte. Aber in seiner Auswahl hat er nicht durchweg guten Geschmack bewiesen und ist einigemal unter das eigene Niveau heruntergestiegen. Der eifrige Haß hat ihn stuhr gemacht. Immerhin war natürlich auch in dieser unmäßigen Ausbreitung des Prozesses, die falsche oder gleichgültige Dinge mit hereinnahm, politische Taktik; die Niederungen des Prozesses sollten, wie auch der Ausgang sein würde, menschliche Niederungen Erzbergers als Eindruck hinterlassen.

Der junge Erich Helff hat einmal ein Drama „Ulrich von Hutten" geschrieben (um Lassalles Vorgang nichts schuldig zu bleiben), und sein Verteidiger hat die Rede vor Gericht mit Ulrichs Wort ausklingen lassen: „Ich habs gewagt". Als Schluß einer forensischen Leistung für das deutsche Publikum ist das ganz nett; aber müssen wir Helfferich jetzt in der Nachfolge des fränkischen Ritters sehen? Soviel Romantik darf man der Phantasie nicht zumuten.

Digitized by Google

Dieser Ritter Georg, der auszog, um mit einer spitzigen Schreibfeder den Drachen der republikanischen Korruption totzustechen, hätte in gewissem Umfang Anlaß gehabt, schweigsam zu sein. Denn gerade mit den „Enthüllungen aus der jüngstvergangenen Zeit, ist er ja nicht zum Zuge gekommen, und er hat sich vor Gericht und von der Presse sagen lassen müssen: die peinlichen Unternehmungen des Abgeordneten Erzberger blühten unter seinen eigenen Augen, in der nächsten Umgebung seines eigenen Ressorts. Sie waren ihm nicht unbekannt geblieben. Warum hat er nicht, in der Sorge um die Reinhaltung der parlamentarischen Sitten, ein befreiendes Himmeldonnerwetter gewagt?

Helfferich hat guten Grund, einiges vergessen zu machen. Denn wenn er jetzt Volksheld der Rechten werden will, so gibt es da einige Schwierigkeiten. Nicht seine Anfänge im Lager von Theodor Barths scharfem demokratischen Radikalismus; die sind längst vergessene blöde Jugendeselei. Aber seine Kriegspraxis läßt ihn verdammt schlechte Figur abgeben in der deutschnationalen Nachbarschaft von Reventlow und den anderen. Denn deren ewige Lesart bleibt, daß der U-Bootkrieg, im Frühjahr 1916 gegen einen in der Abwehr noch ungeübten Feind losgelassen, den sicheren Sieg bringen mußte. Diesen Krieg hat damals Helfferich und niemand anders als er durch scharfsinnige Denkschriften gegen die Marine verhindert. Seine Rolle im Jahr 1917 war von ephemerer Bedeutung, Mitgehen, Resignation, dann Opportunismus: alle Dinge zum Besten wenden. Das Jahr 1916 muß aus dem Gedächtnis gelöscht werden; die Phantasie des Volkes soll sich bei seinem Namen mit anderen Dingen beschäftigen. Z. B. damit, daß Erzberger eine ganz üble Nummer, und daß während der Amtszeit des Schatzsekretärs Helfferich die Reichsschulden nicht so sehr gestiegen seien. (Der Krieg war nämlich damals noch billig.)

*

Vielleicht hat der 1915 bis 1918 schweigsame Staatsmann, wenn er auf Erzberger blickte, gedacht: schön ist es ja gerade nicht, wenn Parlamentarier nebeneinander in Aufsichtsräten, Ministerien und Etatausschüssen herumwimmeln, aber es läßt sich ertragen, solange eine unabhängige Regierung vorhanden, die aufpaßt, daß nichts Schlimmes passiert. Vielleicht empfahl es sich auch politisch, zurückzuhalten, denn es konnte Mißverständnisse geben mit den Paasche, Bassermann, Stresemann, die Großunternehmer auf diesem Bezirk waren. Aber 1919 hatte sich die Lage verändert. Jene unabhängige Regierung, die das duldete, was ihr als Korruption erschien, und aus der Feigheit patriotische Taktik machte, war verschwunden, durch die parlamentarische Republik ersetzt. Diese bedarf ihres Cato. Bezugsscheine für historische Kostüme gab es nicht mehr; so hüllte sich Helfferich in die Toga.

Ganz recht. Hier liegt in der Tat das Problem. Wenn das „alte Regime"

Digitized by Google

vielleicht etwas duldsam sein durfte, weil es sich im allgemeinen auf ein [illegible] Beamtentum verlassen konnte, so muß die junge Republik in allen Unklarheiten ethischer Natur rigoros und hart sein, zumal ihr Beamtentum, etwa im Verkehrswesen, von dem moralischen Verfall der Wirtschaft angefressen ist. Nicht um den Parteien der Rechten die Wahlparole zu verderben, mußte Erzberger „geopfert" werden — die Deutschnationalen werden ihre Wahl doch mit Erzberger machen und ein „Opfer" ist Erzbergers Weggang nicht. Sondern eine Selbstverständlichkeit. Sicher ist er, und ziemlich naiv, von dem Gefühl gekränkter Unschuld umwölkt, und vielleicht mischt sich in seinen Becher heiterer Lebensnähe heute der erste bittere Tropfen. Aber es ist sachlich und moralisch unmöglich, daß ein Mann solcher Lässigkeiten und politischer Unsicherheiten Repräsentant eines Volkes ist, das nur durch Unerbittlichkeit gegen sich selbst gesunden kann. Das Geschrei, daß das Hochkommen eines solchen Mannes, daß die Verbindung von „Geschäft und Politik" eine Ergänzung des Parlamentarismus sei, ist natürlich maßlose Übertreibung. Demokratie, Parlamentarismus, Monarchie sind nichts als Worthülsen; ihren Inhalt bekommen sie vom Blut der Menschen, von Volk und Zeit. England hat seinen politisch-parlamentarischen Betrieb von der Korruption, die mit ihm in früheren Zeitläuften verschwägert war, frei machen und eine Tradition der Reinlichkeit schaffen können; es liegt an uns, daß wir uns nicht auf Paris oder Bukarest beziehen. An uns allen, nicht an den paar Leuten, die Abgeordnete werden.

Hat Helfferich ein Verdienst, dann das, daß er das Problem in aller Deutlichkeit zur Frage stellte. Die Antwort mußte zwangsläufig sein. Im übrigen hat ihm der Prozeß ein kaum verhehltes Vergnügen bereitet. Das Schlimmste, was ihm passieren konnte, war, Märtyrer zu werden. Zum Heros wirds nicht ganz reichen.

*

Der Minister Erzberger ist nicht ohne starke Verdienste, der Politiker hat schwere Schuld auf sich geladen.

Seine Steuerpolitik soll nicht im einzelnen beurteilt werden; sie hat Flüchtiges, Überhastetes, er ist der Mann der Einfälle, nicht der gestaltenden Phantasie. (So wenig wie sein Gegenspieler.) Schließlich hat er nicht eine private, sondern die Steuerpolitik des Kabinetts gemacht; da er in ihrer Vertretung die starken Töne fand, wurde er bei den sozialdemokratischen Massen populär. Seine starke Stellung verdankte er mindestens so sehr als den Männerarmut des Zentrums dem Glauben der S. P. D. An den Zahlabenden wußte man, daß er von den Kapitalisten verfolgt werde, weil er dem Kapital an den Kragen gehe. Helffe-rich erscheint dieser sozusagen „materialistischen Geschichtsauffassung" als der Landsknecht der bedrohten Finanz, was aber natürlich eine töricht primitive

Digitized by Google

Motivenreihe ist. Die Börse freilich, in dem blödsinnigen Zustand, in dem sie heute einmal ist, beantwortete die Amtssuspension des Reichsfinanzministers mit einer Hausse, welches schöne Agitationsmittel den sozialistischen Argusaugen aber entgangen ist. Die Börsenoptimisten werden im übrigen Enttäuschungen erleben; der Gang der Steuergesetzgebung ist festgelegt.

Was aber als Erzbergers persönliche Leistung anerkannt werden muß, ist die entschlossene Rückhaltlosigkeit, mit der er die Unitarisierung des Reichsfinanz- und Verkehrswesens durchgeführt hat. Helfferich selbst und seine Nachfolger sahen das Problem, vermochten es aber nicht zu zwingen. Die Größe der Reichsschuld wurde für sein Unterfangen motorische Hilfskraft. Vielleicht konnte es ihm gerade deshalb gelingen, weil er süddeutscher Zentrumsmann war, aus einer politischen Tradition, in der der einzelstaatliche Finanzpartikularismus am ärgsten verfilzt war. Was er hier fertig brachte, ist eine Sicherung der Reichseinheit, ein starkes und unbestreitbares Verdienst, das nur von den blinden Hassern verkannt wird.

Aber die Soll-Seite ist gewachsen, ohne genügende Deckung im Haben.

Als er den Waffenstillstand im Wald von Compiègne abschloß, ging er mit gebundener Marschroute — ihm aus der Unterschrift einen Vorwurf zu machen, ist unehrlich. Das Merkwürdige war nur die Heimkehr. Er negiert sozusagen die Revolution, macht sich selbständig und während die sechs Volksbeauftragten an dem Unheil der Revolution eifrig oder ängstlich herumflicken, den Achtstundentag und das Nachtbackverbot dekretieren, führt er die auswärtige Politik. Im Nebenamt, das zum Hauptamt wird. Eisner läuft einmal gegen ihn an, aber er hat das nicht unverschuldete Unglück, daß ihn seine früheren und gegenwärtigen Genossen nicht ganz ernst nehmen. Die Volksbeauftragten, und zwar die volle Reihe, sind schließlich recht dankbar, daß Erzberger noch vorhanden und daß er so gutwillig ist. Die Verantwortung für das Elend wird ihnen abgenommen — sei es größer, sei es kleiner, es bleibt auf alle Fälle groß genug. Erzberger aber ist unbegrenzt in seiner Bereitschaft, jeden Augenblick Verantwortungen auf sich zu nehmen. Das ist ja seine Stärke, sein Auftrieb als Politiker, daß er keiner Situation ausweicht; er glaubt sie zu meistern, weil er immer das Beste aus seinen Kräften herausholt. Und er ist immer mit sich zufrieden, zutraulich, daß er auch mit den Sorgen des morgigen Tages fertig wird. Er kennt weder die wartende Geduld noch besitzt er das Format heroischer Gefaßtheit. Er ist deutsche, nicht Erzbergers Tragik, daß er in dieser schwersten Zeit an diese Stelle kam. Seine Rolle beim Friedensvertrag, jenes Überschätzen wichtigtuerischer oder subalterner Zwischenträgerei, jener Mangel an historischem und psychologischem Gefühl für die Artung der Gegenspieler in Versailles, ergibt sich mit innerer Notwendigkeit.

Der Prozeß konnte diesem Bild nichts Neues hinzufügen. Deutlicher wurde

Digitized by Google

nur seine verhängnisvolle Rolle in den ersten Julitagen des Jahres 1917. Während die Mehrheitsparteien angeblich dabei sind, dem Kanzler v. Bethmann Hollweg eine tragfähige Parlamentsunterlage zu schaffen, begegnet er sich mit Stresemann und Oberst Bauer, dem Agenten der H. H. L., in der Einsicht, daß der Kanzler zu entfernen sei! Stresemann ist als Typ des Erfolgspolitikers Erzberger einigermaßen verwandt, selbstgefällig umtriebig, Parvenü, mit guten Ellenbogen, auch er ein Benjamin, dem es nach vorne pressierte — die Unterhaltung der beiden, par nobile fratrum, war im mäßigen Gefälle des Prozesses ein grotesker Strudel. Man wittert irgendwie Morgenluft und schätzt die Suggestion militärischer Macht. Was liegt schließlich an Bethmann? Der Prozeß hatte nicht festzustellen, ob die beiden Kanzlerstürzer, Kanzlermacher mehr Spieler auf eigene Gefahr waren oder selber nur unbewußte Werkzeuge eines anderen, mit dessen Aufstieg sie selber hoffen durften, gehoben zu werden. Beiden erschien damals Fürst Bülow als der Mann der Stunde. Bethmann aber in diesem Augenblick gestürzt zu haben — gleichviel wie illoyal oder loyal dabei die Technik war — bleibt historische Schuld, bleibt Mitverantwortung für das, was nachher kam, Michaelis und Hertling, die politische Treppe nach unten ins Elend. Denn Bethmann bot als einziger die starken Garantien des Friedensernstes, er schaute unablässig nach Möglichkeiten aus, er durfte gerade damals den Glauben haben, neue Wege zu sehen. Erzberger stellt ihm das Bein; er übt die Macht aus, aber er ist ihr nicht gewachsen, denn er hat sich an andere verliehen.

*

Die Koalitionsregierung wird durch das Ausscheiden Erzbergers nicht erschüttert werden. Er war der lauteste der Minister und so kam es, daß man das Kabinett mit ihm identifizierte; nun wird es sich zeigen, daß nicht er allein die aktive Kraft war und daß es auch ohne ihn gehen wird. Wie die Dinge sich im letzten Jahr entwickelt haben, bedeutet zweifellos Erzbergers Weggang eine Entlastung für die Autorität der Regierung schlechthin.

Die Fortsetzung der moralischen Erzählung von „Erzbergers Glück und Ende" wird zunächst eine Angelegenheit der Zentrumspartei. Diese steht vor außerordentlichen Entscheidungen und Verantwortungen. Wer sagt, daß Erzberger nach diesem Prozeß und Abgang „erledigt" sei, übersieht, daß ein Mann von solcher Vitalität sich selber nie für erledigt hält. (Siehe den Gegenspieler.) Er hat im Zentrum Feinde, er hat aber auch seine treue Gefolgschaft, die jetzt Müller-Fulda stützt, und er ist der Fraktion als vielwissende und geschäftige Kraft schier unentbehrlich — sein Ableger Dr. Pfeiffer ersetzt ihn nicht bei weitem. Was nun? Wenige haben der Partei so gedient — Treue um Treue?

Erzberger hat im Zentrum eine gewisse historische Entwicklung symbolisiert. Der katholische Volksteil litt lange unter der Empfindung, daß er in der wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Repräsentation nicht zum vollen Ausdruck seiner Kräfte käme. Hertling hat darüber nachgedacht und geklagt. Erzbergers Ziel und Zweck war, diesen Zustand zu überwinden. Wir unsererseits halten zwar derlei Konfessionsvergleiche für etwas Subalternes und die Überlegungen der sog. „Parität" für minderwertige Politik; aber aus der Überlieferung des Zentrums sieht sich diese Sache anders an. Es ist ein gutes Werk, den Rhythmus im katholischen Anteil an der Wirtschaftsführung zu stärken. Die Verbindung etwa mit Thyssen bedeutet nicht einfach Geldsicherung für den eigenen Beutel oder für die Partei, sondern etwas Allgemeineres. Nicht nur die „protestantischen" Gewerbe sollen Exponenten der Macht sein.

In dieser Richtung modern-kapitalistischer Verwebung die Entwicklung vorangestoßen zu haben, dankt das Zentrum Erzberger, danken ihm vor allem die Älteren, die Praktiker. Aber es ist unverkennbar, daß es auch Gegenströmungen gibt, die diesen Weg als „materialistisch" empfinden, als ein Abweichen von der geistig-religiösen Tradition. Sie wehren sich gegen Erzberger, nicht mit einem Programm, sondern mit ihrem Instinkt, der mehr Frömmigkeit und weniger Macht- und Wirtschaftspolitik sucht. Ob sich diese tieferen Kräfte grundsätzlicher Einstellung jetzt messen werden, bleibt fraglich.

Unmittelbar ist das andere: wird Erzbergers Ausscheiden im Zentrum eine Kräfteverlegung nach rechts einleiten? Hält man ihn einigermaßen, so weiß man sich in der Gefahr, daß ein Teil der Intellektuellen und des Bauerntums die Freude an der Partei verlieren. Läßt man ihn, so verschwindet die aktivste Kraft, die sich mit dem Gedanken der demokratischen Koalitionspolitik verschwistert hat. Zentrumssorgen heute — in ihrer Beantwortung von höchstem Gewicht für die Zukunft der deutschen Innenpolitik.

Leben, Freiheit, Glück

Von Dr. Paul Rohrbach

Die moderne Entwicklung hat die Zahl der Menschen und die Menge der Güter ins Gewaltige vermehrt. Sie hat einen neuen, massenhaft angewachsenen Stand geschaffen, den des industriellen Lohnarbeiters, und sie hat die Arbeit gerade dieser immer zahlreicher werdenden Menschenklasse ganz überwiegend mechanisiert und entgeistigt. Zwar ist entgegen den alten sozialistischen Theorien das Lohneinkommen (vor dem Kriege) schneller gestiegen als die Lebenskosten des Arbeiters, aber es ist nichts daran geändert worden, daß er in der Regel nur ein lebendiges Werkzeug ohne persönliches Verhältnis zur Arbeit ist, dessen beliebig ersetzbare Tätigkeit vom Produzenten auf dem Markt gekauft wird wie Grund und Boden, Maschinen, Kohle und Erz. Wer Augen hatte zum

Digitized by Google

Sehen, der sah, daß sich von hier aus der Tod unserer ganzen Kultur vorzubereiten drohte. Der große Versuch zur Selbstbefreiung, den die Arbeiterschaft in Gestalt der sozialdemokratischen Organisation unternahm, war in gewissem Sinne bewundernswert, aber er war zur Unfruchtbarkeit verurteilt, solange durch die materialistische Geschichtstheorie auch ihm die allgemeine geistige Verarmung des naturwissenschaftlich-technischen Zeitalters ihren Stempel aufdrückte. Mit nichten aber gehören Sozialismus und Materialismus zusammen, vielmehr steht im Mittelpunkt auch des sozialen Problems jener Satz der idealistischen Weltanschauung, daß es ein Unrecht an der Seele eines Menschen ist, seine Persönlichkeit zu töten.

Auf deutschem Boden und aus deutschem Munde, von Kant, sind jene großen Sätze geprägt worden, daß jeder Mensch als Selbstzweck zu achten ist, und daß es ein Verbrechen an seiner Menschenwürde ist, ihn als bloßes Mittel, als ein lebendiges und willenloses Werkzeug zu verbrauchen. Kant dachte noch nicht an die uns bewegenden Fragen: wie der industrielle Lohnarbeiter nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht höher steigen, moralisch und kulturell sich als Persönlichkeit, nicht als gleichgültig auswechselbares Rad in fremdem Getriebe fühlen solle, sondern er dachte, wenn er den Verbrauch von Menschen als willenloses Mittel zu andern Zwecken verurteilte, an Dinge wie die bäuerliche Leibeigenschaft und den Soldatenhandel der deutschen Fürsten im 18. Jahrhundert. Die Größe seiner Gedanken aber zeigt sich gerade daran, daß sie ihre Kraft und Fruchtbarkeit auch unter ganz geänderten Verhältnissen behalten haben.

Von hier hätte vor dem Kriege schon unsere moralische Welteroberung ausgehen müssen. In Deutschland hätte das Ziel aufgestellt werden sollen, in Anwendung des Kantschen Satzes als Heilmittel für den Kernschaden unserer Zeit auf sozialem Gebiet, ein neues sittliches Weltalter sich anheben zu lassen. Wie hieß es doch vor hundert Jahren bei Schiller, in seinem berühmten Fragment „Deutsche Größe"? Jedes Volk hat seinen Tag, den Tag, wo es seine weltgeschichtliche Aufgabe erfaßt; des deutschen Volkes Tag aber ist immerwährend, denn jeden Tag hat der deutsche Geist Verkehr mit dem großen Geist der Welten! Kants und Schillers Worte selber sind Dokumente dieses Verkehrs, den der deutsche Geist zu Beginn der Epoche seiner moralischen Weltherrschaft mit dem absoluten Weltgeist zu pflegen imstande war. Auch andere Völker haben es versucht. So stehen in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 4. Juli 1776 die berühmten Worte: „Wir nehmen als feststehende Wahrheiten an, daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß unter diesen sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück." Wenn wir mit den Verfassern dieses großen Dokuments das Glück nicht in mate-

Digitized by Google

riellem, sondern in sittlich-idealem Sinne verstehen, so gehört dazu vor allen Dingen, daß jedes menschliche Dasein als absoluter ethischer Selbstzweck zu achten ist. Bisher aber haben die Arbeitsverfassung und die sozialen Ordnungen keines Volks, auch des amerikanischen nicht, bewußt versucht, dieses Grundprinzip jeder wahrhaft sittlichen Kulturordnung zur Wirklichkeit zu machen. Das deutsche Volk hätte diesen Platz einnehmen können, wenn es den Idealismus, der seiner geistigen Bildung vor einem Jahrhundert eigen war, auf die sozialen Aufgaben seiner Gegenwart angewandt hätte.

Das geschah nicht. Zwar wurde die deutsche soziale Reformgesetzgebung eingeleitet mit dem Bekenntnis, daß mit ihr eine sittliche und religiöse Pflicht erfüllt werde, und für den Aufbau des Arbeiterschutzsystems wurde ein gewaltiges Maß gesetzgeberischer Arbeit und technischer Gewissenhaftigkeit verwendet. Das Ziel dieser „Zugeständnisse" — schon in dem Wort liegt die ethische Schwunglosigkeit der Reformen enthalten — war in der Hauptsache, aus den Arbeitern wieder zufriedene Staatsbürger und verläßlichere Träger des bestehenden politischen und ökonomischen Systems zu machen. Das Wort des Kaisers, das er dem Weiterdrängen der ethisch-nationalen Sozialreformer entgegenhielt: „die Kompottschüssel ist jetzt voll genug!" war ein Zeichen für den Geist, der an den maßgebenden Stellen trotz aller schönen Reden herrschte. Mit dieser ideenlosen Haltung zu der großen Menschheitsfrage, wie unser sittliches Daseinsziel sich mit den negativen Wirkungen des modernen kapitalistischen Systems auseinandersetzen solle, verscherzte sich Deutschland die sittliche Führerstellung für seinen nationalen Gedanken in der Welt, die ihm hätte gehören können, wenn es gewollt hätte. Nirgends waren die Voraussetzungen so günstig: die lebendige ethisch-soziale Strömung bei dem besten Teil unserer Wissenschaft und Bildung, die Verankerung im alten Idealismus des deutschen Denkens, die hohe materielle Blüte des Wirtschaftslebens und die kraftvolle Monarchie, die fähig hätte sein sollen, mit ihrer moralischen Autorität die widerstrebenden Interessenten und Parteien zu zwingen. Gerade das monarchische Prinzip hätte wieder einen kräftigen Antrieb gegenüber dem antimonarchischen erhalten, wenn die Monarchie gezeigt hätte, daß sie mit dem stärkeren sozialsittlichen Verantwortungsgefühl begabt war.

Mehrmals schon habe ich an dieser Stelle zu betonen versucht, daß es auch heute noch nicht zu spät ist, durch ein großes, zugleich ethisches und nationales Verständnis der Weltreform auf sozialer Grundlage, des sozialen Prinzips als des bewegenden Kerngedankens der Gegenwart, die moralische Führung unter den Völkern wieder, wie vor hundert Jahren, an Deutschland zu bringen. Ich habe an das Wort des holländischen Sozialdemokraten Troelstra erinnert: es läge bei den deutschen Arbeitern, Deutschland die Stelle wiederzugeben, die ihm unter den Völkern gebühre; dadurch, daß sie für solche soziale Zustände in Deutschland

Digitized by Google

sorgten, die denen der übrigen Länder überlegen seien und von innen heraus eine Fortdauer unserer Vergewaltigung unmöglich machten. Ich habe den Satz zitiert: Wenn die Deutschen zuerst unter den Völkern dahin gelangen, daß es bei ihnen keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr gibt, so haben sie den Weltkrieg nicht verloren, sondern gewonnen! Ich habe die Aufmerksamkeit auf Lord Robert Cecil gelenkt, der nach dem ungünstig für die Arbeiter verlaufenen großen Novemberstreik zu einem englischen Arbeiterführer sagte: Lohnfragen seien nicht die Hauptsache, es käme darauf an, daß die Arbeiter zu Teilhabern erhoben würden. Heute möchte ich unsere Leser darauf hinweisen, daß die Bewegung in England, die sich in jenem Worte Lord Roberts ankündigte, im Begriff ist, entscheidende Fortschritte zu machen. Die englischen Konservativen haben die Parole des Kampfes gegen Sozialreform im Sinne von Sozialisierung ausgegeben; sie haben die Erhaltung der alten Wirtschaftsformen proklamiert; sie haben gesagt, die Arbeiter seien der Gegner, der bekämpft werden müsse; sie haben die Bewegung, die im englischen Liberalismus für ein Bündnis mit dem Arbeiter-Programm aufkommt, mit den Worten abgetan: Die Liberalen sind schlimmere Feinde als die Arbeiter, denn bei den Arbeitern wisse man wenigstens, was sie wollten, bei einem Liberalen aber sei niemand imstande, das zu sagen.

Es ist richtig, daß die englischen Liberalen, die unabhängigen wie die unionistischen, als Ganzes noch nicht zur Klarheit gelangt sind. Es ist aber bei ihnen eine starke Bewegung im Gange, und wenn sie dort früher durchdringt, als bei uns, so hat England nicht nur den Krieg gewonnen, sondern hat auch Aussicht, moralisch die Weltführung zu übernehmen. In dem Buch von John Maynard Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges finden sich mehrere Stellen, die zeigen, daß auch dieser bedeutende Mann zu der Schule der ethischen Sozialreformer gehört. Sein 2. Kapitel, „Europa vor dem Kriege", enthält einen Abschnitt über die Psychologie der Gesellschaft, der auf wenigen Seiten einen außerordentlichen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Geist und Wirtschaft zeigt. Keynes sagt, das kapitalistische System habe Großes geleistet, aber sein Hauptstück, die fortschreitende Kapitalanhäufung, die aus der Ungleichheit der Anteile aller arbeitenden Kräfte an den Produkten der Arbeit stammte, habe auf unbeständiger psychologischer Grundlage geruht, und gerade diese sei (nach ihrer Zerstörung durch den Krieg) kaum wieder herstellbar. (I seek only to point out that the principle of accumulation based on inequality was a vital part of the pre-war order of society and of progress as we then understood it, and to emphasise that this principle depended on unstable psychological conditions, which it may be impossible to recreate.) Der Krieg, sagt Keynes, hat die Möglichkeit offenbart, daß Konsum eine Sache aller sein kann, statt weniger; die arbeitenden Klassen wollten nicht mehr so lang-

Digitized by Google

sam vorankommen, und die Kapitalisten, denen die Zukunft nicht mehr sicher scheint, wollten brutaler konsumieren, statt Kapital für den allgemeinen Fortschritt des Systems zu investieren; dadurch aber werde die Stunde der Enteignung beschleunigt.

Es ist ein Zeichen der jetzt nach dem Kriege beginnenden geistigen Entwicklung in England, wenn der Mann, der diese und ähnliche Sätze schreibt, zugleich der Verfasser des Buchs über die Revision des Friedens, über die Rettung Europas aus dem „Morast von Paris" geworden ist. „Es gibt wenige Episoden in der Geschichte, die die Nachwelt zu verzeihen noch weniger Grund finden wird: ein Krieg, der ostentativ für die Verteidigung geheiligter internationaler Verträge geführt wurde und der beendet wurde durch den vollständigen Bruch einer besonders geheiligten Verpflichtung, von seiten der siegreichen Kämpfer für jene Ideale!" So charakterisiert Keynes den Wortbruch, den die Entente an Deutschland geübt hat. Er betont, daß er diese Worte nur nach schmerzlicher Erwägung habe schreiben können. Die Tatsache, daß die leitenden Staatsmänner in England so gut wie gar keinen Protest gegen das Unrecht erhoben hätten, schiene ein Mißverständnis der Tatsachen nahe zu legen, aber er glaube alle Tatsachen zu kennen und sei nicht imstande, solch ein Mißverständnis zu entdecken; der Leser möge nach dem vorgeführten Material selber urteilen!

Alle Nachrichten aus England stimmen darin überein, daß Keynes Buch mehr als eine Sensation ist: eine wirklich bewegende Tat, die wahrscheinlich große Folgen haben wird. Es ist wichtig zu wissen, wes Geistes Kinder die Leute sind, die es übernommen haben, die öffentliche Meinung nicht nur Englands, sondern auch der Welt in Bewegung zu setzen im Sinne einer gerechteren Änderung des Friedensvertrages.

Am 6. August 1914 traten der Lord-Präsident des Geheimen Rats Viscount Morley, der Handelsminister John Burns und der parlamentarische Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium Trevelyan, die gegen die Kriegserklärung an Deutschland waren, von ihren Ämtern zurück. Trevelyan, der sich augenblicklich in Deutschland aufhält, ist vor kurzem der Arbeiter-Partei beigetreten. Von Lord Haldane, nächst dem alten Viscount Morley dem vornehmsten unter den englischen Intellektuellen, wird vermutet, daß er denselben Entschluß fassen wird. Er hat Anfang Februar einem Vertreter der Arbeiterzeitung „Daily Herald" ein Interview gegeben, in dem er sagte: „Vieles am alten Liberalismus verehre ich, und das darf nicht verloren gehen. Aber wie ich den Liberalen schon ins Gesicht gesagt habe, der Liberalismus, wie wir ihn zu kennen pflegten, *geht in etwas Neues über, und die Arbeiterschaft ist es, in der die Hoffnung für die Zukunft liegt.*" Lord Haldane erwartet „eine unwiderstehliche Macht" aus der Verbindung von Kopf- und Handarbeitern. Mit Hilfe

Digitized by Google

fähiger Köpfe aus der Arbeiterschaft werde es möglich sein, die Bureaukratie zu überwinden und mit der „Nationalisierung" anzufangen, zunächst vielleicht der Bergwerke . . .

Englische Gedanken über den Weg zu „Leben, Freiheit, Glück" im neuen Zeitalter! Und wie denkt man bei uns?

Dänemark und die Nordmark

Von Fritz Max Cahén (Kopenhagen)

Es hat einmal Zeiten gegeben, in denen wenige Eingeweihte nördlich und südlich der Königsau in Nordschleswig das politische Mittel zu einer großzügigen mitteleuropäisch-skandinavischen Politik sahen. Hierfür schwebten verschiedene Wege vor. Wenn auch in dem seit den letzten Monaten überreichlich veröffentlichten Aktenmaterial über bisher unbekannte Einzelheiten der europäischen Politik zufällig noch nichts Aufklärendes zu dieser Frage zu finden war, so wissen wir doch immerhin einiges von den damaligen, geheimen, längst ad acta gelegten Plänen. 'Es wurde, wie uns bekannt ist, einesteils daran gedacht, mit Amerika als Mittler — es war dies die Lieblingsidee des früheren Gesandten der Vereinigten Staaten in Kopenhagen, Mr. Egan — und den dänisch-westindischen Inseln als indirektem Tauschobjekt den nördlichen Teil der Nordmark (etwa das, was jetzt als erste Zone sich zu Dänemark zurückgestimmt hat) an das frühere Vaterland wieder anzugliedern. Egans, im übrigen vielfach seniles und schwatzhaftes, deutschfeindliches Memoirenbuch „Ten years near the German frontier" läßt die Einzelheiten dieses hauptsächlich im amerikanischen Interesse gedachten Planes, der den Vereinigten Staaten die denn auch später gekauften dänisch-westindischen Inseln verschaffen sollte, bei einiger Aufmerksamkeit zwischen den Zeilen erkennen. Dieses Projekt hat noch bis in die Kriegsjahre gespukt und in der Kulissenpolitik beim Verkauf der dänisch-westindischen Inseln eine nur wenigen bekannte Rolle gespielt. Phantastischerer Natur waren dann andere Pläne, die die Unabhängigkeitsbewegung auf Island und den Drang der Isländer nach Anschluß an einen größeren Staat, der bedeutendere Möglichkeiten als Dänemark zur Erschließung der isländischen Bodenschätze hätte, zum Ausgangspunkt für ein eventuelles Tauschgeschäft nehmen wollten. Auch diese Pläne sind noch während des Krieges von den Engländern in ihrem Intriguenspiel auf Island in der isländischen Presse, ausgenutzt worden. Am ernsthaftesten waren aber wohl jedenfalls die Gedanken zu werten, die durch eine nationale Beruhigung Dänemarks einer deutsch-skandinavischen Allianz die Wege zu ebnen hofften. Ein Artikel der „Preußischen Jahrbücher" — dem man auch heute noch in Dänemark

Digitized by Google

deutsch-offiziöse Herkunft nachsagt — hatte seinerzeit einmal einer solchen Möglichkeit Raum gegeben.

Wie dem auch sein mag: durch die Unionstrennung 1905, die Norwegen wirtschaftlich endgültig in die Arme Englands trieb, woran dann auch kein deutscher Kaiserbesuch und keine sentimentale deutsche Touristenliebe mehr etwas ändern konnte — war jede deutsche Annäherung an ein Gesamtskandinavien unendlich erschwert. Und seit dem Ausbruch des Weltkrieges natürlich waren Pläne der oben dargelegten Art praktisch überhaupt indiskutabel.

Wenn man sich nun fragt, welche Rolle die Nordmark eigentlich die letzten Jahrzehnte über im politischen Leben Dänemarks gespielt habe, so wird man bei gewissenhaftem Abwägen erkennen müssen, daß über die Tatsache hinaus, daß die Nordmark das große außenpolitische Problem Dänemarks war, eine einheitliche Fixierung dieser Rolle schlechterdings unmöglich ist. Der Verlust der Nordmark im Kriege 64 hat Dänemark ebensosehr zu einer Umstellung des innenpolitischen Geistes getrieben, wie die Züchtung einer nationalistischen Irredentastimmung begründet. Aber diese beiden Wirkungen haben einander wieder und wieder gekreuzt und sich periodenweise gegenseitig beeinflußt. Es ging 64 der militärischen Überhebung Dänemarks nicht anders als der „gloire" Frankreichs 70/71 und dem alldeutschen Welttraum jetzt. Die Fabel von dem einen Dänen, der die drei Preußen fressen könne, führte sich damals selbst ruhmreich aber sicher ad absurdum. Das waren die Geburtswehen des dänischen Sozialismus und des demokratischen Radikalismus, aber auch der irredentistischen, nationalistischen, neudänischen „Reaktion". Gleichzeitig hatte Dänemark das lehrreiche, dadurch jedoch nicht minder peinliche Erlebnis, daß eine halsstarrisch verblendete und bocksbeinig steife Diplomatie auf der Londoner Konferenz die nationale Grenze, die noch zu retten gewesen wäre, und die späterhin die überwiegende vernünftige Mehrheit des Volkes befriedigt hätte, sozusagen gegen den Willen der Gegner verspielte. Preußen nämlich stand damals in der schleswig-holsteinischen Frage auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und wünschte zur Festlegung der Grenze für die Nordmark nichts dringender als eine Volksabstimmung nach nationalem Prinzip, die auf eine Teilung des damals umstrittenen Gebietes ungefähr auf der Grenze der heutigen ersten Zone hinauskam. Dieser Teilungsgedanke — mit variierenden Grenzlinien — in der schleswig-holsteinischen Frage ist, wie Emil Eberling in seiner vorzüglichen Geschichte der nordschleswigschen Frage durch zahlreiche Zitate nachgewiesen hat, schon frühzeitig (etwa seit 1830) in großer Ausdehnung aufgetreten und ist unzweifelhaft bei gerechter Durchführung des Nationalitätsprinzips, kultureller Duldsamkeit und kommunalem Entgegenkommen die einzige Lösungsmöglichkeit.

Der Teilungsgedanke ist denn auch mit der Zeit der geistige Inhalt der irre-

Digitized by Google

dentistischen Agitation in Dänemark nach 1864 geworden, wennschon eine nicht immer unbedeutende Gruppe dänischer „Alldeutscher" ständig an dem ungeteilten dänischen Schleswig-Holstein festhielt und wennschon auch über die mehr oder weniger südliche Belegenheit der Teilungslinie niemals absolute Eintracht herrschte. Lord Palmerstone soll einmal über die nordschleswigsche Frage geäußert haben: Es gäbe drei Menschen, die diese Frage beherrschten; der eine von diesen sei gestorben, der zweite darüber verrückt geworden, der dritte sei er selbst, und er habe alles vergessen. Man wird nicht behender antworten können, wenn man heute nach alle den Teilungslinien, kommunalen Gesinnungs- und Sprachprozenten, den Ausgleichsvorschlägen und den Stimmfangmethoden gefragt wird, die für diese Bezirke seit 1864 nicht nur in der täglichen Agitation gespukt haben. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß in der demokratisch-sozialistischen Mehrheit sich mit der Zeit etwa die südliche Scheidelinie der jetzigen ersten Zone — nördlich Flensburg nach Tondern zu laufend — als die erstrebenswerte Grenze festlegte. Zwar nördlich dieser Grenze gibt es Enklaven deutscher Mehrheit, aber auch südlich von ihr solche, wo die dänische Zunge und die dänische Gesinnung überwiegen dürfte: ein Umstand, an dem sich das internationale Entgegenkommen dokumentieren, die kulturelle Duldsamkeit ausleben und der Wille zu nationalem Ausgleich betätigen könnte — wie man vor dem Zustandekommen des Versailler Friedens in breiten, vernünftigen Kreisen dachte.

Überhaupt war man vor dem Weltkrieg mit der Vernunft in der offiziellen äußeren dänischen Politik sehr weit gekommen, und es ist keine Phrase, wenn man behauptet, daß in den letzten 20 Jahren von 1914 die preußische Verwaltung in Nordschleswig zur Erhaltung des irredentistischen Geistes nördlich der Grenze mehr getan hat, als irgend welche nationalistische Propaganda der verschiedenen dänischen Regierungen. Diese gingen vielmehr soweit, in offiziösen Artikeln den Verzicht predigen zu lassen. Ein Artikel, den vor mehreren Jahren der jetzige Direktor der dänischen Nationalbank, Marcus Rubin, in den „Preußischen Jahrbüchern" schrieb, predigte im Einverständnis mit Regierung und verschiedenen Parteiführern, man möge die Dummheit der dänischen Unterhändler von 1864 sich vor Augen halten und das Bestehende ad acta nehmen. Und dieser Artikel, dessen offiziöse Herkunft damals ein Geheimnis war, dürfte nicht der einzige seiner Art gewesen sein. Auch sonst lief die offizielle dänische Pressebeeinflussung vor dem Kriege auf der Linie des Entsagens. Zwar weniger aus Liebe zur Lage der Dinge, als geblendet von dem Harnischrasseln und der schimmernden Wehr des südlichen Nachbarn, dessen zum Teil über Kopenhagen laufende höfische Intriguen im übrigen alles andere als gern gesehen waren. Wie desillusionierend diese systematische Bearbeitung auf die dänische Bevölkerung gewirkt hat, wie sehr sich im öffentlichen dänischen Bewußtsein der Sinn für Realität und der Widerwille gegen eine allzu-

Digitized by Google

südliche Grenze — etwa gar mit deutschen Abgeordneten im dänischen Reichstag — festgewurzelt hat, bewies ja denn auch die Einstimmigkeit, mit der sich die dänische Volksstimmung — von einflußlosen Schreihälsen abgesehen — gegen die Abstimmung in der dritten Zone gewandt hat, die der ursprüngliche Versailler Vertrag vorgesehen hatte, und die dann auf Grund dänischer Vorstellungen gestrichen wurde.

Auch das ganze, teilweise unangenehm nationalistische Getriebe, mit dem heute von Kopenhagen aus die demnächst stattfindende Abstimmung in der zweiten Zone und vor allen Dingen in Flensburg vorbereitet wird, hat manchen Kenner der dänischen öffentlichen Meinung nicht wenig in Erstaunen versetzt, und der Mehrzahl der besonnenen dänischen Politiker hat die Entwicklung der Dinge, zumal das Geschrei um Flensburg, ein ganz Teil Unruhe verursacht. Wenn man sich keinen Täuschungen hingeben, sondern die Dinge beim richtigen Namen nennen will, dann muß man sich ganz offen eingestehen, daß seit dem Waffenstillstand mit der Zeit in der Frage der Abstimmung in der zweiten Zone die reaktionäre Agitation der dänischen konservativen Presse den Sieg davongetragen hat. Weder in den Absichten der Freikonservativen, noch der Bauernlinken, der radikalen Demokraten oder der Sozialdemokratie hat es nach der Niederlage Deutschlands und wohl auch noch bis vor wenigen Monaten gelegen, durch agitatorische Kniffe dahin zu wirken, daß etwa die Entente trotz einer zahlenmäßig nicht für Dänemark sprechenden Abstimmung auf Grund der im Text des Friedensvertrages gegebenen Möglichkeiten Flensburg oder andere Teile der zweiten Zone Dänemark zuerteile. Trotzdem bewegt sich die Agitation der dänischen Tagespresse von Tag zu Tag mehr in dieser Richtung. Schon vor Monaten begannen konservative Blätter damit und heute werden auch die vernünftigeren Organe mehr und mehr in diesen Tanz mitgezogen.

Daß gerade die konservativen Organe hierbei an der Spitze gegangen sind, muß zum Nachdenken darüber zwingen, ob eine solche Agitation lediglich im Interesse Dänemarks gedacht ist, zumal wenn man weiß, wie oft diese Organe politischen Interessen der Entente, vor allem Frankreichs, zum Vorspann gedient haben, und wenn man erfahren hat, daß z. B. einer der Hauptredakteure der konservativen „Nationaltidende", die bei dieser Bewegung an der Spitze geht, Herr Andreas Buntzen, von belgisch-französischer Seite — wofür in Berlin die unwiderleglichen Beweise liegen — sowohl in Kopenhagen wie auch seinerzeit während eines Aufenthaltes in Holland für politische Dienstleistungen erkleckliche finanzielle Zuschüsse erhalten hat. Auch die überströmende Dankbarkeit, die Blätter dieser Richtung und Journalisten dieses Schlages immer wieder und wieder für die Entente, besonders Frankreich, an den Tag legen, und die versuchen, die verständliche nationale Freude der dänischen Bevölkerung über die Wiedervereini-

Digitized by Google

gung mit den nordschleswigschen Stammesbrüdern zu einer ständigen Sympathiequelle für die Westmächte zu machen, erhält durch solche Schlaglichter ihren besonderen Charakter.

Von Politikern fast aller Richtungen liegen jedoch von früher her — wobei nicht nur an die Zeiten der Macht Deutschlands gedacht wird — öffentlich und privat zahlreiche Äußerungen vor, daß eine Wiedervereinigung mit den Nordschleswigern für Dänemark nur Wert haben könne, wenn man sich in Deutschland mit ihr abfinde. Und tatsächlich muß diese Anschauungsweise auch in der öffentlichen Meinung Dänemarks wieder durchdringen, wenn der Gewinn, den das Land aus Deutschlands Niederlage zieht, glückbringend sein soll. Durch die zahlreichen anderen Fragen, die die deutsche Presse in dieser Zeit zu behandeln hat, ist in ihren Spalten Nordschleswig vielleicht nicht in dem Maße hervorgetreten, wie unter anderen Verhältnissen, ein Umstand, der hier agitatorisch vielfach fälschlich so ausgelegt wird, als ob vor allem Süddeutschland sich sehr rasch mit dem Schicksal der Nordmark abfinden werde. Sieht man jedoch das Abstimmungsresultat der ersten Zone, wo trotz einer immensen dänischen Wahlvorbereitung, trotz der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, trotz der Tatsache, daß diese erste Zone die eigentliche Hochburg des nordschleswigschen Dänentums ist und trotz des gegenüber der zweiten Zone nachteiligen Wahlmodus' sich eine so bedeutende Minorität von 25 Prozent Deutsche ergeben hat (von denen sicher 20 Prozent nach Abzug der zugereisten Wähler und voraussichtlich mit der Zeit verziehender Beamter übrigbleiben werden) so erwächst bereits hieraus die unumstößliche Sicherheit, daß jeder Deutsche sich mit dem Schicksal der Nordmark nur dann wird abfinden können, wenn durch die Minoritäten der ersten und der zweiten Zone ein gerechter kultureller und nationaler Ausgleich stattfindet und wenn das nationale Resultat der Abstimmung ohne Rücksicht auf den Wert der einzelnen Stimme in seiner Gesamtheit unbedingt respektiert wird.

Wenn heute schon die deutschen Blätter Nordschleswigs für einen solchen zukünftigen Ausgleich ein festes Programm aufstellen, sich an die Namen bestimmter Orte klammern, und wenn dann dänische Minister die Namen solcher Orte mit einem kategorischen „Niemals" frankiert über die Grenze zurücksenden, so wird es das Beste sein, wenn man einen solchen Wortwechsel, wie so manches andere besser nicht gesprochene Wort, als aus der Hitze der Abstimmungstage entstanden, ruhig verbucht. Mit dem Aufstellen von Programmen wird man besser warten, bis die Gemüter sich beruhigt haben. Es genügt für jetzt, aber dies ist auch unumstößlich notwendig, daß von beiden Seiten der Wille zu ausgleichender Gerechtigkeit deutlich erkennbar wird.

Was dann Nordschleswig in Zukunft für Dänemark bedeuten wird, das wird also in erster Linie davon abhängen, wie maßhaltend und vernünftig die offizielle

Digitized by Google

dänische Politik bei der Festlegung der Grenzen für die Wiedervereinigung sein wird. Schon in früheren Epochen des dänischen Staatslebens war ein allzuumfangreiches Nordschleswig ein Stein, der unverdaulich im Magen lag und Beschwerden verursachte. Ein ähnliches Leiden — ganz abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten, die mit jedem in den dänischen Staatsverband mehr eintretenden Nordschleswiger quadratisch wachsen — kann sich Dänemark heute wieder zuziehen, wenn es nicht bedenkt, daß den milch- und buttergeschwängerten Tagen der Abstimmungszeit ein Zusammenleben in der nicht gerade von Sonne bestrahlten Zukunft des dänischen Wirtschaftslebens erfolgen muß, wo schon heute Tag für Tag Krach auf Krach folgt, und das den, der sich nur aus der wirtschaftlichen Misere Deutschlands wegstimmen will, unendlich schnell ernüchtern wird. Diese Ernüchterten werden dann sehr bald — wahrscheinlich sogar früher als die vorhandene deutsche Minorität — zu nationalen Reibungen das ihre beitragen und verhindern, daß die nordschleswigsche Frage, zu deren endgültiger Erledigung jetzt vielleicht eine Möglichkeit vorhanden wäre, als aus der Welt geschafft angesehen werden kann. Andererseits werden natürlich aber auch diejenigen, die scheinbar in keinem Lande jemals aussterben, ihr Geschrei erheben, wenn wirklich die offizielle dänische Politik versuchen sollte, so maßvoll aufzutreten, wie es im Interesse einer wirklichen Völkerversöhnung liegt.

Was also Nordschleswig für Dänemark in Zukunft bedeuten soll, das haben jetzt die Dänen selbst in der Hand. Wenn im wilhelminischen Deutschland je eine Freundschaft für Dänemark vorlag, so war sie dem Charakter dieses Gebildes entsprechend das gönnerhafte Gefühl des Größeren für den Kleineren. Dem demokratischen Deutschland ist Freundschaft zwischen den Völkern eine selbstverständliche Sache des Herzens. Hieraus schon ergibt sich, welche Gesinnung Deutschland Dänemark bei der Wiedervereinigung mit Nordschleswig wünscht.

„Bundesstaat Österreich"

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Unter den Erörterungen und Vorschlägen zur künftigen Verfassung Österreichs ist die Aussprache besonders bemerkenswert, welche die Vertreter der einzelnen Länder Mitte Februar über den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Mayr hatten. Diese Zusammenkunft in Salzburg spiegelt den festen Willen der Landtage und der Landesregierungen, als solche beim Verfassungswerk mitzusprechen. Daß sie von allen Parteien beschickt wurde, bedeutet daher eine neue Bekräftigung dieses Anspruchs. Die Vereinbarungen der beiden herrschenden Parteien vom 17. Oktober 1919 (vgl. meinen Aufsatz im 51. Heft der „Deutschen Politik") hatten bereits die Verfassung eines „Bundesstaats" in Aussicht genom-

Digitized by Google

men und Renner hat wiederholt, so eben jetzt in der Note an Ungarn vom 20. Februar, von dem „Muster der Schweiz" gesprochen. Wie wenig damit gesagt ist, zeigt der Gegensatz, der in Salzburg zwischen Anhängern des „Einheits"- und des „Bundesstaats" laut wurde. Jene gestehen großenteils „selbständige Verwaltungsgebiete" zu, haben also keinen übertriebenen „Zentralismus" im Auge. Diese aber meinen zumeist einen Staatenbund. Das will sagen, daß der Bund durch freiwilligen Zusammenschluß oder „freien Vertrag" der selbständigen Länder entstanden wäre, die einen genau umschriebenen Teil ihrer Aufgaben, Befugnisse und Machtmittel dem Bunde übertragen. Die Mehrheit denkt an ein Zweikammersystem, in dem eine Länderkammer neben dem Volkshaus stehen soll. Die Christlichsozialen und Großdeutschen, also die große Mehrzahl der Ländervertreter, sind grundsätzlich für eine gleiche Vertretung aller Länder, so verschieden sie nach Gebietsgröße und Volkszahl auch sind, in diesem „Bundesrat", nach dem Muster der Schweiz und der Vereinigten Staaten. Sie sind aber damit einverstanden, daß jenen Ländern, deren Volkszahl 400 000 überschreitet, zu den drei Vertretern noch je einer für jede weiteren 400 000 gewährt werde, so lange ihnen dadurch nicht mehr als ein Fünftel aller Stimmen zufällt. Vorbehaltlich der genaueren Volkszählung erhielte man danach für Wien, das ein eigenes „Land" werden soll, 7, für Niederösterreich 6, Oberösterreich und Steiermark je 4, für die anderen je 3 Stimmen von 36. Die Sozialdemokraten dagegen halten am „Einheitsstaat" und am Einkammersystem grundsätzlich fest. Ihre meisten Vertreter wollen jedoch dem Bundesstaat zustimmen, wenn ihn die Mehrheit der Bevölkerung verlangt. Für diesen Fall verlangen sie, daß die Stimmen im Bundesrat nach der Volkszahl der Länder verteilt werden, wodurch Wien etwa ein Drittel erhielte. Sie verlangen auch, daß wie bisher der Vorsitzende der Nationalversammlung zugleich Bundespräsident sein soll, während von den anderen Parteien ein eigener, vom Gesamtvolk gewählter Präsident der Republik gewünscht wird. Über all diese und andere Fragen soll eine neue Ländertagung im März weiter beraten. Wie immer die endgültige Entscheidung fallen mag, jedenfalls darf man von einer mächtigen „partikularistischen Welle" in Österreich sprechen.

Der reichsdeutsche Leser mag darin ein Seitenstück und vielleicht eine Nachwirkung ähnlicher Bewegungen im Mutterland erblicken, die eine natürliche Folge des Übergangs zum Freistaat waren. Aber wenn auch ein Tiroler Redner sagte, die föderative Verfassung entspreche dem Charakter des deutschen Volkes, so sind doch besondere österreichische Verhältnisse bestimmend. Das ergibt sich schon aus dem von mehreren Seiten eingenommenen rechtlichen Standpunkt. Durch den Zusammenbruch der Monarchie sei die pragmatische Sanktion weggefallen und die Länder hätten wieder freies Verfügungsrecht erlangt, das nur durch den Vertrag von St. Germain beschränkt sei. Jedenfalls haben sich vom Ok-

Digitized by Google

tober 1918 an eine Anzahl von Beschlüssen und Gesetzen der Länder auf diesen Standpunkt gestellt und alle leiten aus ihrer feierlichen Erklärung, dem Staate „Deutschösterreich" beizutreten, die Steiermark auch aus der Selbständigkeit ihrer Erhebung (die schon am 25. Oktober durch die Absetzung des Statthalters erfolgte), den Besitz voller „staatlicher Individualität" ab. Es war ja auch vielenorts von der Möglichkeit des Anschlusses an einen anderen Staat die Rede. Vorarlberg strebt bekanntlich nach der Schweiz; in Tirol, Salzburg und Teilen Oberösterreichs gab es zeitweise eine Bewegung für den Anschluß an Bayern, zum Teil mit dem Nebengedanken an die Sprengung des Deutschen Reiches und die Errichtung eines katholischen süddeutschen Staates. Dabei erhob man in Salzburg auch Ansprüche auf Teile Oberösterreichs, die weder historisch noch geographisch begründet sind. Wie immer man über diese Rechtsauffassung als solche auch denkt, sie bezeichnet zweifellos die politische Grundstimmung in allen Ländern mit Ausnahme Wiens und jener Niederösterreicher, die eine engere Verbindung mit der bisherigen Hauptstadt vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen festhalten wollen. Der Vertreter Deutschwestungarns, das man nunmehr „Burgenland" nennt, besser aber „Heinzenland" nennen sollte, meint allerdings, daß dieses „in der Übergangszeit einer starken Zentralregierung nicht entraten" könne.

Die Wurzeln der geschilderten, auch innerhalb der Sozialdemokratie vertretenen Anschauung sind zum Teil sehr alt. Stark geworden ist sie aber besonders durch die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der „Kronlandspatriotismus" war in Österreich immer sehr lebendig. Er wurde getragen von geschichtlichen Erinnerungen und einer bei aller Ungleichheit der Länder im ganzen zweckmäßigen und gut eingelebten Begrenzung derselben. Sie berechtigte die Länder, sich als „historisch-politische Individualitäten" zu bezeichnen und gerade jetzt hat man für sie (bei den meisten mit ungenügender Berechtigung) sogar die Eigenschaften volkswirtschaftlicher Individuen beansprucht. Der Kronlandspatriotismus ist wie in Gebirgsländern überhaupt, so gerade in den Alpenländern besonders kräftig gewesen, während die Sudetendeutschen (als Minderheiten in ihren Ländern) für einen starken Einfluß des Gesamtstaates nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen eintraten. Da nun sie und zugleich die südlichen nichtdeutschen Kronländer verloren gingen, entfielen auch die nationalen Gründe für eine Kräftigung der staatlichen Einheit wenigstens scheinbar.

In der Kriegszeit drängte sich die Versorgungsfrage immer mehr in den Vordergrund. Das verhängnisvolle Beispiel Ungarns und der Tschechen weckte die Eigensucht der kleinen Überschußgebiete. Bald zeigte die Erfahrung, daß die Versorgung von den Landesstellen aus besser und zweckmäßiger als von den Zentralstellen ins Werk gesetzt wurde (ja, wie man vielleicht mit Recht meinte, von jenen auch leichter und besser durchgeführt werden konnte). Die Staatsregie-

Digitized by Google

rung, überlastet und verwirrt wie sie war, überließ den Ländern und selbst den Bezirken immer mehr Spielraum und bald gewahrte man die ersten Anzeichen einer gegenseitigen Absperrung, die damals freilich gegen heute noch harmlos war. Griffen aber die Zentralstellen einmal ein, gleichviel ob berechtigt und geschickt oder nicht, so empfand man das als Verkürzung der Länder und die Magenfragen wurden zu Rechtsfragen umgewertet. Längst hatte man das Nebeneinander staatlicher und „autonomer" Verwaltung und ihre oft unklare Abgrenzung störend empfunden. Aber man hatte bisher die „Doppelverwaltung" in der Regel auf Kosten der Landesgerechtsame zu beseitigen gedacht. Nunmehr gewöhnte man sich daran, es auf dem umgekehrten Wege zu versuchen. Als der Umsturz uneinheitlich und an verschiedenen Stellen nicht gleichzeitig einsetzte, kamen überall örtliche Gewalten empor. Die umgestalteten autonomen Landesverwaltungen nahmen einfach die Aufgaben der staatlichen „Landesregierung" an sich; der Landeshauptmann ersetzte also auch den „landfremden" Statthalter oder Landespräsidenten. Die neue Wiener Regierung mußte das gutheißen. Sie war nicht stark genug, um zu verhindern, daß die neuen Landesregierungen Versorgung der einzelnen Länder vor alles andere stellten und nicht nur den Warenaustausch, sondern geradezu die Freizügigkeit von Land zu Land immer mehr behinderten. Die Abneigung gegen die „Zentralen" mit ihren Mißbräuchen und Fehlern, der Haß gegen die in ihnen waltenden jüdischen Angestellten, die Angst vor ihren Eingriffen und insbesondere vor den hungerigen Wienern, die Furcht vor Zwangsablieferungen nach anderen Ländern und vor den Hamsterscharen aus ihnen, besonders aus Wien, haben dann immer weiter geführt. Erschwerung der Einreise, Absperrung gegen Sommergäste, Fremdenvertreibungen, Ausfuhrverbote, die allerdings gerade den ärgsten Schädlingen gegenüber versagten, wurden beinahe selbstverständlich. Neuerlich plant man in Tirol eine hohe „Fremdensteuer". Und nicht nur in der Not der ersten Tage traten Landesregierungen in selbständige wirtschaftliche, militärische und politische Verhandlungen mit den neuen Nachbarstaaten. Wien mußte alle Entschiedenheit aufbieten, um das abzustellen, was nicht ohne neue Verstimmungen gelang. Der wirtschaftliche Kampf der Länder gegeneinander (man pflegt ihn „Notwehr" zu nennen) wurde aber nur selten deutlich als solcher empfunden, weil sie alle den gemeinsamen Kampfruf: „Los von Wien!" fanden.

Die Abneigung gegen Wien ist aus alten Anfängen schnell gewachsen. Sie entsprang teils gefühlsmäßig aus dem erfolglosen Wettbewerb der deutschen Landeshauptstädte mit dem Reichsmittelpunkt und der Angst vor der Aufsaugung deutschalpenländischer Eigenkultur durch die national farblosere Großstadt, teils aus parteipolitischen Gegensätzen und parteipolitischer Anfeindung. Wie vorher die nationalen Provinzstädte gegen das liberale und dann das christlichsoziale Wien,

Digitized by Google

so stehen heute die christlichsozialen Provinzbevölkerungen gegen das sozialdemokratische — eine Gegnerschaft, die keine „Koalition“ innerlich aufheben konnte. Die Abneigung des Bauern gegen den Städter richtet sich besonders gegen die Großstadt und diese hat überdies auch für ihre neuesten, unerwünschten Mitbürger zu leiden, die sie zum Hauptsitze des Schleichhandels und der Üppigkeit machten, während das altbodenständige Wienertum im Elend entartet. In den letzten Monaten ist auch die Angst vor dem Übergewicht Wiens in dem verkleinerten Staat politisch wirksam geworden. Man will es geradezu des Ranges der Hauptstadt entkleiden und seine Zukunft auf die Aussichten der Handels-, insbesondere Grenzhandels- und der Fremdenverkehrsstadt beschränken. Das besagt für viele die Sonderstellung als eigenes Bundesglied.

Die Länderbewegung ist ferner verstärkt worden durch den ungemeinen Aufschwung der „Heimatbewegung“ während und nach dem Kriege. Da der österreichische Staatsgedanke verblaßt und die großdeutsche Vereinigung verhindert ist, suchen viele die Grundlage für den seelischen und politischen „Wiederaufbau“ im „Heimatgedanken“. Er allein verknüpft auch die im Rahmen des Staats verbliebenen Nichtdeutschen mit dem Gemeinwesen. Eine Heimatbewegung kann sich aber nur auf Gebiete erstrecken, die eine Geschichte haben, auf Land, Gau, Gemeinde, nicht auf Verwaltungsbezirke und junge wirtschaftliche Einheiten. Die Grenzen des Friedens von St. Germain sind nicht geeignet, das Gemeinsamkeitsgefühl in dem von ihnen so willkürlich umrissenen Staate zu stärken. Die westwärts vorspringenden Gebiete, der Rest Tirols und vor allem Vorarlberg haben mit der Zugehörigkeit zu einem Großstaat die engeren Beziehungen zu den anderen Ländern eingebüßt, das späterworbene Salzburg empfand die Anziehungskraft Bayerns stärker; aber auch die inneren Länder haben sozusagen ihren Schwerpunkt verloren. Nach Wien zurückbringen würde ihn weder der Anschluß an das Deutsche Reich noch jener an einen „Donaubund“, den Ungarn unter seine eigene Führung zu bringen strebt. Eine Zentralstellung könnte die vielgeprüfte Stadt nur in einem großen Mitteleuropa für einen Teil seiner Bundesländer finden. Ich zweifle nicht daran, daß die Entwicklung zu diesem Ziel führt, aber nur auf Umwegen, die vielleicht lange dauern. So sind die alpenländischen Hauptstädte von der bisherigen übermächtigen Anziehung frei geworden und suchen sich als selbständige Mittelpunkte auszubilden und ihr Einflußgebiet zu erweitern.

In all diesen allgemeinen Ursachen der „Verländerung“ kommen die parteipolitischen des Augenblicks. Die Länder sind überwiegend christlichsozial; in Wien hat die Sozialdemokratie die Herrschaft erlangt. Beide Teile suchen sich das Bestehende zu sichern, wozu die Sonderstellung Wiens ein Hilfsmittel ist. Aber beide suchen auch ihr künftiges Einflußgebiet zu erweitern. Daher wollen die Christlichsozialen durch eine ausgesprochene Selbständigkeit der Länder deren

Digitized by Google

Gewicht verstärken, die Sozialdemokraten aber durch möglichste Erhaltung der Staatseinheit und des Einflusses der Volkszahl das Gewicht der großstädtischen Menschenmenge. Die Großdeutschen haben sich auf den Länderstandpunkt gestellt. Ob das vorausschauende Zukunftspolitik ist, scheint mir zweifelhaft; aber die richtige Taktik für den Augenblick dürfte es sein. Sie segeln mit dem stärkeren Winde und vermehren die inneren Schwierigkeiten der „Koalition". Vieles deutet darauf, daß diese, wenn sie aufhört notwendig zu sein, einer anderen Gruppierung weichen wird. Bei den Wahlen wird vielfach die ländliche wie die bürgerliche Bevölkerung verlangen, daß alles zusammengeht, was den Klassenkampfgedanken ablehnt. Jede sachliche Zusammenarbeit der nichtsozialdemokratischen Parteien aber fördert die dahin zielenden Bestrebungen. So nimmt die Sozialdemokratie die Salzburger Vorgänge sehr ernst und mit wenig Freude auf.

Der „Bundesstaat" dürfte also dem Staatenbund sehr ähnlich sehen. Aber die Lebensbedingungen eines modernen Staates werden ihn, wie so viel andere Bundesstaaten, zu immer zunehmender Vereinheitlichung führen, wenn nur erst der Länderehrgeiz und die Ländereifelkeit der Übergangszeit in den Schranken einer Verfassung eingedämmt sind. Beim Anschluß an das Deutsche Reich aber, der als Vorstufe „Mitteleuropas" oder mit diesem schließlich doch kommen muß, wird auch die Verfassung Österreichs von morgen und die vielfach verbesserungsbedürftige Abgrenzung seiner Länder in Übereinstimmung mit der deutschen Verfassung gebracht werden müssen — gleichviel ob die einzelnen Länder in die Stellung der Gliedstaaten treten oder Österreich als Ganzes. Was in der nächsten Zeit in Österreich gebaut werden wird, ist also jedenfalls ein Notbau für kürzere oder längere Zeit, kein endgültiges Werk.

Warum soll Hindenburg zur Präsidentschaft kandidieren?

In den Blättern der Rechten wird mitgeteilt, Hindenburg habe in Hannover eine Abordnung führender Männer des öffentlichen Lebens empfangen und auf ihre Anfrage sich bereit erklärt, bei den kommenden Wahlen für das Reichspräsidium sich aufstellen zu lassen. Eine Parteikandidatur sei für ihn ausgeschlossen; für seine Wahl — so wird in der betreffenden Mitteilung behauptet — „treten außer der Rechten auch weite bürgerliche Schichten der gegenwärtigen Mehrheitskoalition ein".

Was bedeutet diese Kandidatur im Sinne derer, die sie aufstellen? Wir finden die Antwort darauf in einem Artikel des amerikanischen Berichterstatters Karl H. v. Wiegand, der drüben schon am 7. Dezember in der Zeitung „New York American" erschienen ist, aber nirgends die Beachtung gefunden hat, die der Verfasser, begreiflicherweise, erwartete. Er ist so bedeutsam, daß ich ihn, mit einem kurzen Nachwort, in wörtlicher Übersetzung bringe. Rohrbach.

Digitized by Google

Berlin, Dez. 7. „Unsere Absicht ist die Wiederherstellung der deutschen Monarchie nach britischem Muster. Unser Programm enthält: Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten bei der kommenden Wahl; ein Plebiszit des deutschen Volks über die Frage „Monarchie oder Republik"; die Erhebung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des berechtigten Erben, auf den Thron, wenn das Plebiszit für die Monarchie ausfällt, was wir glauben.*)

Das ist der wesentliche Inhalt der ersten autoritativen Erklärung, die von der deutschen royalistischen oder monarchistischen Partei ausgegeben wird. Ich habe sie von Oberst Max Bauer erhalten, einem Hauptführer der Partei, der öfters Ludendorffs rechte Hand genannt wird. Ich schlug schriftliche Fragen über die Ideen, Pläne und Absichten der royalistischen Bewegung in Deutschland vor, und mir wurde — ich weiß nicht, ob nach Bestimmung oder nach eigener Wahl — der Name des Obersten Bauer als des Sprechers für die monarchistische Partei gegeben, der meine Fragen beantworten würde. Ich hatte eine lange Unterredung mit ihm, in Gegenwart einer anderen interessanten Persönlichkeit, die eine bedeutende Rolle gespielt hat, die ich aber zurzeit nicht nennen kann. Meine niedergeschriebenen Fragen wurden ihm vorgelegt und die Antworten ebenfalls schriftlich formuliert. Sie werden sicher Sensation in Deutschland und auswärts hervorrufen. Sie sind aus folgenden Gründen wichtig:

1. Sie enthalten die erste autoritative Erklärung der royalistischen Partei.
2. Sie zeigen, daß die deutschen Monarchisten sich entschlossen haben, offen hervorzutreten.
3. Die Absicht, die Monarchie wieder herzustellen, wird frei zugegeben.
4. Diese Monarchie soll nach britischem Muster eingerichtet werden.
5. Hindenburg soll Nationalpräsident werden als Mittel zu dem Zweck.
6. Es wird erklärt, daß keine Gewalt bei der Wiederherstellung der Monarchie angewandt werden soll, sondern der Volkswille soll endgültig durch ein Plebiszit entscheiden.
7. Das Hohenzollernbanner wird wieder erhoben, aber in der Person des Kronprinzen.
8. Der frühere Kaiser ist in höflicher aber bestimmter Form verständigt, daß man ihn nicht wiederhaben will und daß er tatsächlich nicht in Betracht kommt.

Die deutschen Monarchisten haben also mit Wilhelm II. gebrochen.

Es ist nötig, einiges über den Mann zu sagen, der vielleicht der deutsche Warwick oder „Königsmacher" wird. Mit einem ganz gewöhnlichen Namen, demselben, wie ihn der gegenwärtige sozialdemokratische Kanzler oder Premierminister führt, ist Oberst Max Bauer trotzdem einer der Hauptführer des sogenannten inneren Rats der monarchistischen Partei. Er ist in vielen Beziehungen ein organisatorischer Geist, ein intimer Freund Ludendorffs und ein Freund, Kämpe und Ratgeber des früheren Kronprinzen, mit dem er in intimen Beziehungen steht. Oberst Bauer ist Spezialist für schwere Artillerie, und er soll, wenn nicht der Erfinder, so doch der Vater der Idee sein für das große 42-cm-Geschütz von Krupp, das die Forts von Lüttich und Antwerpen zerstört hat. Seine Figur

*) Alle Sperrungen nach dem Original.

Digitized by Google

ist groß und schlank, ohne die rauhen und brüsken Manieren und die martialische Schroffheit vieler preußischer Offiziere der früheren Zeit. Im Gegenteil, seine Manieren sind freundlich und gefällig. Im Laufe unserer Unterhaltung sagte Oberst Bauer:

„Mit Ausnahme weniger Hitzköpfe denkt niemand daran, die Monarchie in Deutschland mit Gewalt wiederherzustellen, sei es durch eine militärische Erhebung„ sei es mit Hilfe der Bauern. Der monarchische oder royalistische Gedanke war eine Zeitlang latent, aber er erwacht wieder und gewinnt täglich Anhänger. Indes wäre es sehr voreilig, auf eine unmittelbare oder schnelle Rückkehr zur Monarchie zu zählen oder damit zu rechnen. Man darf annehmen, daß die nächsten Wahlen eine scharfe Wendung nach rechts (die nationalistische*) oder konservative Seite) zeigen werden. Wenn sich diese Annahme bewährt und wir eine bürgerliche Mehrheit im Reichstag bekommen, so darf man glauben, daß der Wunsch nach Wiederherstellung der Monarchie allmählich allgemeiner wird. Auf jeden Fall und unter allen Umständen würde die Wiedereinführung des monarchischen Systems durch Abstimmung des ganzen deutschen Volkes, d. h. durch ein Plebiszit zustande kommen."

Ich fragte: „Soll die zukünftige Monarchie sich von der alten unterscheiden und worin?" Darauf antwortete Oberst Bauer:

„Es ist selbstverständlich, daß die zukünftige Monarchie sich in vieler Hinsicht vom alten Regime wird unterscheiden müssen. Sie wird wesentlich eine demokratische und konstitutionelle Monarchie sein, mit verantwortlichen Ministern, d. h. ähnlich wie in England. Übrigens ist die Macht der alten Monarchie sehr überschätzt worden. Viele von den alten Schlagworten über unsere frühere Monarchie wie Absolutismus, Militarismus und Junkerherrschaft beruhten auf Unwissenheit über die wirkliche Macht des Kaisers, unsere innerpolitischen Verhältnisse und unser Regierungssystem. Das muß jedem klar sein, wenn er sich vorurteilsfrei damit beschäftigt hat. Wenn die frühere Monarchie tatsächlich so stark gewesen wäre, wie meistens geglaubt wurde, so hätte es sicher keine Revolution gegeben. Die zukünftige Monarchie wird natürlich eine wirkliche, zentralisierte Macht sein, aber diese Macht wird vor allem beruhen auf den Vertretern, die vom Volke gewählt sind (The future monarchy will be, of course, a really central power, bot this centralized power will abore all lie in the representatives elected by the people).

Die gegenwärtige deutsche Regierung kann auf keinen Fall Deutschland wiederherstellen. Die gegenwärtige Regierung ist im Bewußtsein des deutschen Volks identifiziert mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und des Vertrages von Versailles, der uns unerfüllbare Bedingungen aufgezwungen hat. Außerdem gewinnt die tatsächliche Überzeugung Boden im Deutschen Volk, daß unser Zusammenbruch der jahrelangen, unterminierenden Agitation der Sozialdemokraten zuzuschreiben ist.

„Abgesehen hiervon handelt es sich auch nicht um eine Volksregierung, sondern um ein reines Parteiregiment mit ausschließlich sozialdemokratischen Tendenzen. Die Minister können nicht von ihrer Partei los, nicht einmal Noske, denn das würde den Verlust ihrer ganzen Gefolgschaft bedeuten. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß die sozialdemokratischen Prinzipien, in die Praxis übersetzt, jeden Staat ruinieren, weil sie weder sozial noch demokratisch sind und zu einer allgemeinen Korruption führen. Deutschland, das früher über jeden Verdacht von Korruption und öffentlichem Diebstahl (graft) erhaben war, ist jetzt eine Brutstätte für beides. Aus diesen charakteristischen Zügen des sozial-

*) Wo Herr v. Wiegand „nationalistic" sagt, würde unsere Rechte „nationalistisch" sagen.

Digitized by Google

demokratischen Systems ist die Spaltung der Bewegung in die Kommunisten und Extremisten auf der einen und die nüchternen, klügeren und gemäßigteren Sozialisten auf der anderen Seite entstanden.

„Die Wiederherstellung Deutschlands ist nur möglich durch das Zusammenwirken der gemäßigten, industriell arbeitenden Klassen (the moderate industrial working classes), der Bauernschaft und des Beamtentums. Alle diese wünschen eine aufrichtig liberale Verfassung in wahrem demorkratischen Sinn."

Offenbar will die monarchische Partei, die durch Oberst Bauer spricht, die Dinge in Deutschland nicht gewaltsam überstürzen; sie wünscht nicht, die neue Monarchie auf die Probe zu stellen und ihr die nahezu unmöglichen Bedingungen und vielleicht unübersteiglichen Schwierigkeiten und Probleme aufzupacken, die Deutschland in nächster Zukunft bevorstehen. Vielmehr wünscht sie ein Interim unter einem nationalistischen Präsidenten, um die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen, vom Schiffbruch des alten Reiches herrührenden Trümmer fortzuschaffen und die Aufgabe der neuen Monarchie weniger schwierig und weniger gefährlich zu machen. Auf dieser Linie fortfahrend, sagte Oberst Bauer:

„Alle diese Klassen, von denen ich gesprochen habe, sind im Grunde monarchisch oder royalistisch. Daher wird die monarchische Idee von selber allmählich emporkommen, sobald diese Teile des Volkes im Reichstag und in der Regierung die Mehrheit haben. Die Frage der Wiederherstellung der Monarchie ist aber noch nicht akut oder reif. Vor allem andern müssen die finanziellen, ökonomischen und sozialen oder soziologischen Probleme gelöst werden. Mit anderen Worten, die Wiederherstellung der Monarchie wird automatisch vor sich gehen.

„Man muß Ausländern erklären, warum der Monarchismus so tief in unserem Volke wurzelt. Wir sind lange Jahrhunderte eine Monarchie gewesen. Wir sind alle mit ihr geboren. Persönliche Erinnerung einen fast jede Familie an jedem Platz mit dem Monarchen. Überdies wissen alle, daß Preußen seine Entwicklung besonders den Hohenzollern verdankt. Der Deutsche mit seiner Neigung zum Kritisieren braucht einen Punkt, wo seine Kritik Halt macht, und das ist der Monarch, nicht der Präsident. Diese Erscheinung mag von dem alten deutschen, kriegerischen Lehnssystem herstammen, wo der Fürst von selber der Führer des Volks war.

„Die Rückkehr des deutschen Volks zur Monarchie muß nicht als eine Rückkehr zum alten Regime angesehen werden. Dies ist niedergebrochen, durch verschiedene, verhängnisvolle Fehler, Schwächen und Mängel. Sie waren übrigens ganz anders geartet und müssen in einer ganz anderen Richtung gesucht werden, als man gewöhnlich glaubt. Mit ihnen hängt die falsche Ansicht zusammen, daß der Kaiser und die sogenannte Militärpartei den Krieg verursacht haben. Es ist nicht möglich, hier darauf einzugehen; es genügt, sich dagegen zu verwahren. Die Fehler und Mängel des alten Regimes werden unbarmherzig beseitigt und ausgerottet werden. Wir haben viel gelernt, wir werden die Lehren nützen, und wir wünschen, uns der Zeit anzupassen.

„Der zukünftige Monarch in Deutschland wird wesentlich dieselbe Autorität und dieselben Vorrechte haben wie der Nationalpräsident, sobald die Verfassung endgültig festgesetzt ist; es wird also sozusagen eine Art lebenslänglicher, erblicher Präsidentschaft sein."

Ich fragte: „Und soll Wilhelm II. zurückkehren?" Darauf erfolgte die unmißverständliche Bemerkung, daß man den Exkaiser nicht wieder wünscht, und daß die monarchische Partei mit ihm fertig ist.

Digitized by Google

„Die Rückkehr Kaiser Wilhelms kommt nicht in Frage, da er offiziell abgedankt hat," antwortete der Kämpe des Kronprinzen. „Man kann nicht heute verzichten und morgen den Verzicht zurücknehmen. Außerdem ist es unwahrscheinlich, daß der Kaiser irgendwie wünscht, wieder die Ruinen des Reiches zu übernehmen, das einst unter ihm so mächtig war. Endlich hat der Kaiser furchtbar unter den schweren und bitteren Erfahrungen und dem Ungemach aller Art gelitten, das nicht ohne Einfluß auf seine Gesundheit geblieben ist. Die neue Aufgabe fordert einen Mann in voller Kraft und Frische."

Dies brachte mich zu der kritischen Frage: „Wer ist denn der Kandidat der monarchischen Partei?"

„Der Kronprinz," war die offene Antwort. „Er ist der gesetzliche Erbe, und da er die Eigenschaften eines modernen Regenten besitzt, so ist es unmöglich, ihn zu übergehen. Die Überzeugung wächst ständig, daß die über ihn umlaufenden Erzählungen und Gerüchte unwahr sind, daß sie fabriziert sind, um ihm zu schaden, und daß es in naher Zukunft zu einer öffentlichen Rehabilitierung kommen wird. Tatsächlich ist der Kronprinz ein kluger, offener, geradsinniger, ehrenhafter Mann, mit einem starken Willen und einem warmen Herzen für sein Vaterland und Volk. Er kann intensiv arbeiten und versteht seine Mitarbeiter zu wählen und zu benutzen. Er ist der richtige Mann für den Thron. Es ist ausgeschlossen, daß sich Preußen eine andere Dynastie sucht, als die Hohenzollern."

(Es folgen einige Zeilen mit schlecht leserlichem Druck in dem mir vorliegenden Exemplar der Zeitung. Es ist davon die Rede, daß der Feldmarschall von Hindenburg die Wegleuchte für die Wiederherstellung der Monarchie und der Inthronisator des Kronprinzen sein soll, sobald die monarchische Partei freien Weg hat.) Dann kommt die Frage:

„Wen würden die nationalistischen Parteien, die die monarchische Bewegung tragen, als Nationalpräsidenten aufstellen?"

„Hindenburg," war die schnelle Antwort. „Weite Kreise im deutschen Volk sind für seine Wahl als Präsident. Er gehört zu keiner Partei, und seine Persönlichkeit macht es sicher, daß nichts Übereiltes geschehen wird, wenn er am Steuer ist. Besonders alle Monarchisten würden seine Wahl begünstigen. Ob der Feldmarschall sie annehmen wird, ist zurzeit noch nicht sicher. Hindenburg genießt in Deutschland unbegrenztes Vertrauen, und wir glauben, er würde dies Vertrauen, das Deutschland so sehr braucht, auch außerhalb finden."

Soweit das Interview mit Oberst Bauer, dessen vielfach höchst anfechtbare Ausführungen hier im Einzelnen nicht erörtert werden sollen. Jedenfalls aber wissen wir jetzt, was die Aufstellung Hindenburgs für die Präsidentschaft bedeutet. Das Programm, das Oberst Bauer, der „Königsmacher", um mit Herrn v. Wiegand zu sprechen, diesem auseinandergesetzt hat, ist sicher auch Hindenburg mitgeteilt worden, und muß seine Billigung gefunden haben. Die Absicht der Wegbereitung in Amerika ist klar. Die Wirkung in Deutschland freilich ist eine andere Frage.

Es ist tief zu bedauern, daß Hindenburg, der verehrteste Name in Deutschland, in diesen gefährlichen Plan verwickelt wird. **Die Schuld trifft nicht ihn, der in** seinem großen, reinen, aber unpolitischen Sinn die politische Lage nicht übersieht, sondern die Königsmacher. Die Wiederherstellung der Monarchie muß jedem nüch-

Digitized by Google

tern denkenden Menschen in Deutschland, gleichviel ob er sie wünscht oder nicht wünscht, für absehbare Zeit unmöglich erscheinen — ohne Bürgerkrieg. Eine Lage herbeiführen wollen, die vielleicht bei uns den Bürgerkrieg entstehen läßt, während Trotzki in Warschau einzieht, hieße nichts anderes als dem Bolschewismus mutwillig das deutsche Tor öffnen. Wer das nicht wahr haben will, der täuscht sich oder andere. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die nächsten Wahlen eine solche bürgerliche Mehrheit bringen, die ohne weiteres zur Wiederherstellung der Monarchie neigt, und vollends unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm! Dies letztere wäre selbst dann noch zweifelhaft, wenn die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei zusammen die absolute Majorität gewönnen, ein Fall, der praktisch nicht in Betracht kommt. Kein Deutscher aber, der Anspruch auf politische Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit macht, kann auch nur von fern mit dem Gedanken spielen, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie auf irgendeinem Wege und unter irgendwelchen Voraussetzungen aus der Regierung in Deutschland auszuschalten. Das wäre das Ende, und diese Gefahr beschwören die Königsmacher herauf.

Notizen

Gegen die Geheimdiplomatie. Der hier wiederholt genannte E. D. Morel, der schon in seinem 1912 erschienenen Buche „Morocco in Diplomacy" die Moral und die Gefahren der Geheimdiplomatie an den Pranger gestellt hat, tut dies in seiner wahrheitsmutigen Weise auch bezüglich der während des Krieges zwischen den Verbündeten geschlossenen Geheimverträge. In einem Leitartikel seiner Monatsschrift „Foreign Affairs" vom Februar 1920 schreibt er:

„Zu dem neuesten Stoß der jetzt enthüllten Geheim-Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien über die Aufteilung der Türkei bemerkt der „Manchester Guardian": „Während den Völkern eingeredet wurde, daß man ohne selbstsüchtige oder imperialistische Ziele in diesen Krieg eingetreten sei, haben die Staatsmänner, die das sagten, die ganze Zeit über das feindliche Gebiet unter sich verteilt. Während die Jugend für Gerechtigkeit, Internationalismus und eine neue Welt den Tod erlitt, waren die alten Politiker eifrig beim alten Spiel. Während jeder vernünftige Mensch die höchste, durch den nationalen Ehrgeiz heraufbeschworene Gefahr für die Zivilisation sah und eine Schlichtung auf internationaler Grundlage ersehnte, wirkten die leitenden Männer der Regierung auf eine Verlängerung und Verschärfung der nationalen Nebenbuhlerschaft hin." — Wir (die „Union für demokratische Kontrolle") sind ganz der Meinung. Doch das hätte, während der Krieg seine Massenopfer forderte, zur Sprache gebracht werden sollen. Dank der Sowjet-Regierung wurden diese Geheimverträge — nicht allein die über die Türkei, sondern auch die anderen — in der Hauptsache im November und Dezember 1917 bekannt. Von Januar 1918 an wurde das, was man beargwöhnt und zum Teil vorher gewußt hatte, allgemein öffentliches Geheimnis. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß man unser Volk seit dem Frühjahr 1915 bezüglich der Beweggründe für die Verlängerung des Krieges angelogen hatte. Es wurde allgemein öffentliches Geheimnis, daß unsere „Jugend" tatsächlich den Tod erlitt für die Förderung „selbstsüchtiger und imperialistischer Ziele", deren Verwirklichung nicht nur

Digitized by Google

dem britischen Volke keine Vorteile verschaffen, sondern auch die Nachkommen dieser „Jugend" in die gleiche Art von Vernichtungsgreueln zu verwickeln drohen, die das gegenwärtige Geschlecht heimgesucht haben. Darum war es von da an die klare Pflicht nicht bloß aller Humanisten und Internationalisten, sondern aller wahren Vaterlandsfreunde, dem Volke die Augen darüber zu öffnen, daß seine Regierung, die sich vom Januar 1916 an geweigert hatte, die Verhandlungs-Angebote der feindlichen Regierungen in Betracht zu ziehen, ein verbrecherisches Unrecht begangen hatte, und darauf zu bestehen, daß die nächste Gelegenheit zu unterhandeln ergriffen werde. Eine solche Gelegenheit bot sich wieder im Januar und Februar 1918. Diejenigen jedoch, die dieser Ansicht waren und auf die Einschlagung dieses Weges drangen, wurden von den Wortführern und den Organen der Regierung als Vaterlandsfeinde, Deutschfreunde und Verräter der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Ein Verräter ist aber ein Mann, der den Staat verrät, dessen Bürger er ist. Die wirklichen Verräter in diesem Handel waren nicht die Männer, die den Krieg als einen imperialistischen Kampf bloßstellten, — was durch diese Geheim-Dokumente jedem Widerspruch zum Trotz als wahr bewiesen ist — sondern jene, die das Leben unzähliger Bürger unter einem falschen Vorwand geopfert haben. Die Männer, die hinter dem Rücken des Volkes diese Geheimverträge schlossen und dann die Leute aufriefen, ihr Lebensblut für hohe Ideale weiter zu verspritzen, welche diese Verträge in den Dreck zogen, haben nicht bloß die elementare Ethik des Patriotismus vergewaltigt: sie haben gegen die Menschheit im Großen gesündigt. Von allen Seiten, außer von den überzeugten Militaristen und Materialisten, erheben sich jetzt Anklagen gegen den „Frieden" von Versailles. „Für solch einen ‚Frieden' wie diesen haben wir nicht unsere Söhne geopfert", sagen sie. Der Friede von Versailles ist aber die unmittelbare Folge der Geheim-Verträge. Wenn Wilson in Versailles geschlagen und zur Waffenstreckung gezwungen wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn die Hoffnung auf einen Versöhnungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte — die im Programm der „Union für demokratische Kontrolle" seit ihrer Gründung enthalten waren — zerschmettert wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn die Sehnsucht des „gemeinen Volkes" auf der ganzen Erde nach einer vom Dämon des Krieges befreiten Welt so grausam enttäuscht wurde, so war es wegen der Geheim-Verträge. Wenn Europa heute noch unter der Last der Rüstungen stöhnt, noch von lokalen Kriegen zerrissen wird, wenn es vom Giftstoff des Hasses zerfressen und von den Leidenschaften der Rachsucht verseucht ist, so ist es wegen der Geheim-Verträge. Die Männer, die sie schlossen, verrieten ihr Land, verrieten die Welt, verrieten die Menschheit.

Geschäftliche Anzeigen

Wer sich über die Geschichte des Weltkrieges ein unparteiisches Urteil bilden will, muß unbedingt das Werk von „Stegemann, Geschichte des Krieges" gelesen haben. Als wichtige Ergänzung zu diesem Werk und wie überhaupt zu jeder Weltgeschichte, ist „Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus" zu empfehlen.

Wir machen unsere Leser auf das in der heutigen Nummer erschienene Inserat der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstraße 9, aufmerksam. Dieselbe ermöglicht die Anschaffung dieser Werke durch bequeme monatliche Teilzahlung.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48

Digitized by Google

Elegant in Halbleder gebunden

Band III

Stegemanns Geschichte des Krieges

soeben erschienen!

Band 1 bis 3 liegen nunmehr auch in eleganten Halblederbänden vor. Das Werk wird planmäßig fortgesetzt und mit 4, höchstens 5 Bänden vollständig sein.

1. Band: 460 Seiten mit 5 farbigen Kriegskarten. 2. Band: 516 Seiten mit 4 farbigen Kriegskarten. 3. Band: 544 Seiten mit 2 farbigen Kriegskarten und 2 Nebenkarten.

Die ersten drei Bände kosten elegant in Halbleder gebunden zusammen 145 M., in 3 Pappbänden zusammen M. 74.40, einschließl. Teuerungszuschlag

„Unter allen bisher erschienenen Kriegsdarstellungen der In- und Auslandsliteratur nimmt unstreitig **Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges** die erste Stelle ein. In bezug auf Anschauung, Sachlichkeit, geistigen Gehalt und Gestaltungskraft ist kein anderes Werk dieser schwierigen Aufgabe so gerecht geworden . . . Mit feinstem Gefühl für Kriegs- und Völkerpsyche werden die innersten Beziehungen der Vorgänge aufgedeckt und mit scharfem Blick für die Charaktere der leitenden Persönlichkeiten die Beweggründe ihres Handelns untersucht. Mit dieser psychologischen Durchdringung des Stoffes lehnt sich der Verfasser unmittelbar an die Richtung an, welche die kriegsgeschichtliche Arbeit des Generalstabes seit etlichen Jahren eingeschlagen hat . . . In deutschen Landen sollte es jedermann gelesen haben." — So urteilt Oberstleutnant Buddecke, Abteilungs-Chef im Stellvertretenden Generalstab der Armee, in einer längeren Besprechung im Militär-Wochenblatt, Berlin.

Meisterwerke militärkritischer Betrachtung

„Die formvollendete Schönheit der Sprache und die wahrhaft dramatische Schilderung der Kriegsereignisse lassen uns die Lektüre zu einem seltenen Genuß werden." — (Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen.)

Weltgeschichte der letzten 30 Jahre

HEINRICH FRIEDJUNG

„Das Zeitalter des Imperialismus"

Buchausstattung: Professor Hugo Steiner. 2 Bände geschmackvoll gebunden. — Preis des erschienenen 1. Bandes Mark 26.40, einschließlich Teuerungszuschlag. — Band 2 zu dem noch festzusetzenden Ladenpreis

Mit diesem Werke übergibt der berühmte Historiker sein Lebenswerk der Öffentlichkeit. Seine persönlichen Beziehungen zu vielen an den Ereignissen beteiligten Staatsmännern — vor dem Kriege auch im Auslande — sind von ganz besonderem Reiz und geben dem Werk authentischen Wert. In der ihm eigenen klaren und zugleich spannenden Form behandelt der Verfasser die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten 30 Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Die erschienenen 3 Bände von Stegemann und Friedjung, Band 1 werden jetzt und die weiteren nach Erscheinen geliefert, auf Wunsch auch gegen **20 M.** Monatszahlungen von durch die

Buchhandlung Karl Block

Berlin SW 68, Kochstr. 9, Postscheck 20749

Bestellschein

Ich bestelle hiermit laut Anzeige in der „Deutschen Politik" bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstr. 9

Stegemanns Geschichte des Krieges Band 1-3 einfach geb. M. 74.40, in Halbleder geb. 145 M., einschließl. Teuerungszuschlag, Band 4 und ev. 5 nach Erscheinen.

Dr. Heinrich Friedjung „Das Zeitalter des Imperialismus 1884-1914", Bd. 1 geb. M. 26.40, Bd. 2 nach Erscheinen etwa 28 M. und ersuche um Zusendung der erschienenen Bände sofort u. der weiteren nach Erscheinen gegen Monatszahlungen von 5 Mark für Friedjung allein oder 20 Mark für beide Werke.

Nichtgewünschtes gefälligst streichen. — Erfüllungsort Berlin.

Ort, Post, Datum .....

Name u. Stand .....

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft
Einzeln 40 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 4 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Übersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland bietet.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag.

VERLAG »DER NEUE MERKUR«
MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Stil und Behaglichkeit

Gedanken und Vorschläge zur Wohnungskultur

Von

Albert von Hofmann

Geschmackvoll kartoniert M 6.—

In den sechs Kapiteln dieses Büchleins gibt Albert von Hofmann Antwort auf die Frage: Wie schaffe ich mir in meinem Hause ohne Aufwand gediegene Behaglichkeit? — Es ist also ein überaus zeitgemäßes Buch, das die Gesundung und Kräftigung unseres Stilgefühls durch seine stetige Übung am eigenen Heim bezweckt. Das eigene Heim ist das einzige Feld, das allen zur Betätigung ihres Geschmacks offensteht; wie auf dem Gebiete der Wohnungskultur mit wenigem viel erreicht werden kann, zeigt der Verfasser besonders einleuchtend an sehr gut gewählten Beispielen.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Soeben erschien:

WANDMALEREI

IHR WESEN UND IHRE GESETZE

Von

HANS HILDEBRANDT

33 Bogen Umfang in großem Format mit 462 Abbildungen

Das Werk wird

nur in einer beschränkten Auflage hergestellt,

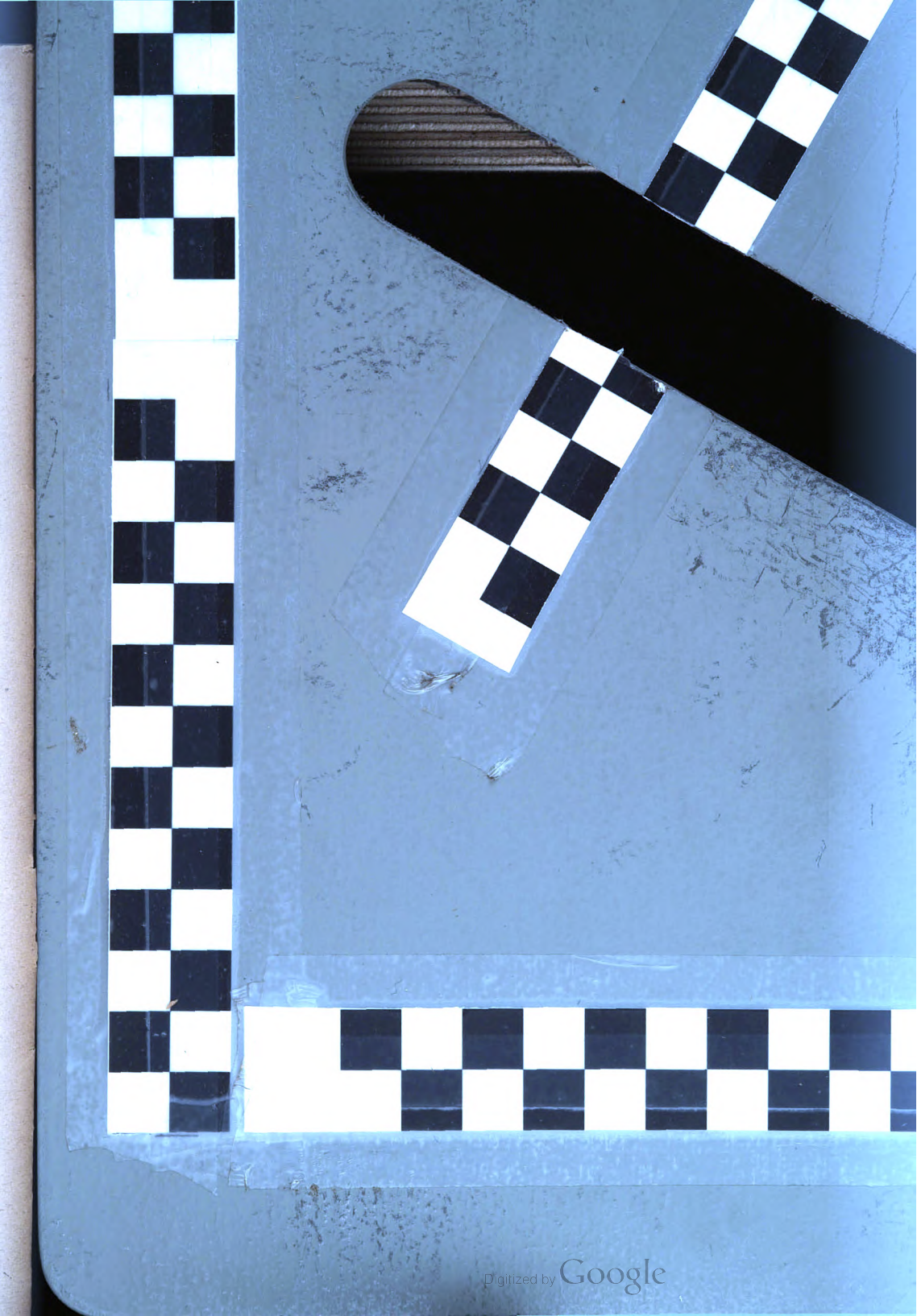
es ist auf feinstes weißes holzfreies Papier gedruckt
und vornehm in Ganzleinen gebunden

PREIS M 80.–

Zum erstenmal wird hier versucht, die überaus mannigfaltigen und verwickelten Probleme der monumentalen und dekorativen Wandmalerei erschöpfend zu untersuchen. Doch ist das Buch durchaus nicht nur für den Fachgelehrten bestimmt. Durch Aufdeckung der Gesetze, denen das Wandbild, zugleich ein Werk der Malerei und ein Werk der Architektur, untersteht, wird es auch für den schaffenden Künstler fruchtbar und will nicht minder dem Kunstfreund, der sich mit den wichtigsten Problemen des künstlerischen Gestaltens zu beschäftigen wünscht, willkommene Anregungen bringen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

120
JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 289
Rohrbach, Europäische Zukunft 291
Lutz, Neue englische Dokumente über die Schuld am Kriege 296
Kindt, Wer war Angreifer im Kolonialkrieg? 302
Boelcke, Milizheere 307
Thurnwald, Für die Menschlichkeit 310
Heuß-Knapp, Die Elternbeiräte 312
Linter, Eine merkwürdige „Kapitalsteuer" 316

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang 5. März 1920 Heft 10

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W. 35** · Lützowstraße 102/4

MARGRAF & Co. G.m.b.H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN

JUWELEN

FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg. vierteljährlich Mk. 2.50 Abonnements nimmt jede Postanstalt, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbahnstr. 74, postfrei und umsonst

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2. Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

..... Möbeltransport — Lagerung. .....

Stuttgart **DW** Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"
die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export
Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.
Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

Vor kurzem erschienen:

Uralte Lieder aus dem Morgenland

In deutschen Strophen von **Conrad Haußmann**

In geschmackvollem Einband nach Entwurf von Professor Paul Haustein M 7.50

Uralte Klänge wesensfremder Völker, Lieder der Ägypter, Babylonier, Hebräer, Perser, Chinesen, Araber und Inder läßt der Übersetzer, der sich mit Glück schon früher als Nachdichter chinesischer Lyrik versucht hat, vertraut vor unserem Ohr und zu unserem Herzen klingen, ohne ihnen das Zeichen des Fremdartigen, den herben Reiz des Altertümlichen abzustreifen. Eine überaus anziehende poetische Gabe, die sich viel Freunde erwerben wird.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten. Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Sie bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Auswanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 30 Pf. Vierteljahres-Abonnement M 3.90 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Digitized by Google

5. Jahrgang * 5. März 1920 * Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

An die Bezieher der „Deutschen Politik"!

Es war der Ehrgeiz der „Deutschen Politik", ihren Bezugspreis so zu gestalten, daß unser Blatt in allen Schichten der Bevölkerung Verbreitung finden konnte. Nur zögernd konnten wir uns entschließen, die Preise emporzusetzen. Aber die allgemeine Entwicklung zwang uns dazu und nötigt uns heute, dasselbe zu tun wie alle übrigen deutschen Zeitschriften. Die Preise für Druck und Papier sowie die allgemeinen Geschäftsunkosten sind in den letzten Monaten so überaus stark in die Höhe gegangen, daß wir auch bei sparsamster Berechnung den Schritt tun müssen, vom 1. April ab

den Bezugspreis für das Vierteljahr mit 10 Mark
den Bezugspreis für das Einzelheft mit 1 Mark

anzusetzen.

Wir sind gewiß, daß unsere Leser für die Zwangslage, in der sich das deutsche Schrifttum befindet, Verständnis haben werden und daß sie nicht nur selber Treue halten wollen, sondern mit uns sich bemühen, den Kreis der Freunde unserer Wochenschrift weiterzudehnen.

Die „Deutsche Politik" hat das Ziel, in den inneren Kämpfen der Nation einer sachlichen Klärung der Probleme zu dienen, um zwischen dem Schutt der Schlagworte einen Weg für die seelische Erneuerung der politischen Verantwortlichkeit freizumachen.

In den Fragen der auswärtigen Politik wollen wir aufmerksame Beobachter der Entwicklung in den einzelnen Ländern und Kontinenten sein; die Not der Jahre darf nicht den weltpolitischen Sinn der Deutschen abstumpfen, der eben erst im Beginn seines Wachstums stand.

Ein Kreis von Mitarbeitern, aus allen Gruppen und Parteien, hat sich mit den Herausgebern und der Schriftleitung vereinigt, diesen Aufgaben zu dienen, in der Gesinnung vereinigt, dem Vaterlande zu helfen.

Wir bitten die alten Leser, die Bestellung auf das nächste Vierteljahr unverzüglich zu erneuern und uns nach Kräften zu helfen, neue Freunde hinzuzugewinnen.

Schriftleitung und Verlag der „Deutschen Politik"

Digitized by Google

Politische Glossen

Ob Erzberger über ungenügende Steuerdeklarationen fallen wird, ist im Augenblick noch unbestimmt; er selber läßt seinen guten Mut bekunden. Aber das ist zweifellos, daß der Verlauf des Helfferich-Prozesses eine Atmosphäre geschaffen hat, die ihn als führenden Staatsmann unerträglich erscheinen läßt. Nicht um des Klatsches und Tratsches willen, den Helfferich beibrachte, damit recht viele Dreckspritzer hängen bleiben, sondern weil die bedenkenlose Gschaftelhuberei des Reichsfinanzministers, die er als respektierter und gefürchteter Abgeordneter der verflossenen Ära ausbildete, seine schlichte und einfache Glaubwürdigkeit erschüttert hat. Was nützen Fleiß, Betriebsamkeit, Kenntnisse, was nützen unzweifelhafte Verdienste um die Vereinheitlichung des Finanzwesens, wenn ein Gefühl der Unsicherheit die ganze Nation von der lebendigsten Persönlichkeit des Kabinetts trennt. Das Zentrum weiß, daß seine Stellungnahme nicht nur für den Bestand des Kabinetts, sondern für die Aussichten der eigenen Partei, Flucht der Intellektuellen, Flucht des Bauerntums, entscheidend wird.

*

Daß Asquith in Paisley gewählt wurde, ist für die nächste Zukunft der englischen Parteienkonstellation von stärkstem Gewicht. Lloyd George hat ihm den Ruhm, Führer des Sieges zu sein, entrissen und darüber brach ihre Freundschaft entzwei; Asquith begann den Imperialismus, den er selber gezüchtet, zu revidieren, und er hat denn auch die Tat von Versailles nicht anerkannt. George kennt ihn aber und weiß, daß seine Aktivität begrenzt ist; offenbar sucht er ihn durch verhältnismäßig freundliche Behandlung zu lähmen. Oder dämmert Erinnerung seiner Jugend? Die „Times" greifen den Premier an, dessen Politik offenbar als wesentlichen Leitstern im Augenblick nur die Selbsterhaltung kennt. Daß Asquith aber gegen einen Führer der Arbeiterpartei siegte, also gegen links, erleichtert für George die Situation; denn das taktische Zusammengehen der beiden Linksgruppen ist dadurch erschwert.

*

Wilsons politischer Zusammenbruch wird durch die Tatsache grell beleuchtet, daß er zu Lansings Nachfolger Colby, den Vertrauten Roosevelts bei dessen Gründung einer republikanischen Reformpartei, ernannt hat. Der Frieden von Versailles, von dem sich Wilson für Amerika und seine Partei größten Ruhm versprach, ist jetzt nicht nur zu Wilsons eigenem Grabe geworden, sondern dürfte auch seiner Partei jegliche Chance bei den kommenden Präsidentenwahlen nehmen.

Digitized by Google

Europäische Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

„Heilmittel" — Remedies — überschreibt J. M. Keynes das Schlußkapitel seines Buches über die wirtschaftlichen Kriegsfolgen, aus dem ich vor kurzem an der Hand eines Artikels im „Manchester Guardian" hier einiges bereits wiedergab. Unterdessen ist das Werk selbst nach Deutschland gelangt. Es ist das Vornehmste, Ehrlichste und Menschlichste, zugleich aber auch das Nüchternste und Erbarmungsloseste, was über den Frieden von Versailles und seine zerstörenden Folgen für Deutschland, für Europa, für die Welt bisher geschrieben worden ist. Zusammen mit einer Anzahl Kapitel aus Lord Loreburn's Buch „How The War Came" sollten seine wichtigsten Partien bei uns übersetzt und verbreitet werden. Die beiden englischen Bücher kosten je 7½ Schilling. Sie in Deutschland anzuschaffen, bedeutet unter den jetzigen Umständen eine Ausgabe von 300 Mark. Das ist für die meisten Menschen, mögen sie politisch noch so interessiert sein, unmöglich.

Das Kapitel über die „Heilmittel" enthält ein Programm, wie Europa wieder gerettet werden kann. Es gibt keinen andern Weg, als den Vorschlägen von Keynes im Prinzip zu folgen. Dazu aber muß vorher an der Hand von Keynes's VI. Kapitel (Europe After The Treaty) die gegenwärtige Lage von Freund und Feind skizziert werden, wobei zu bemerken ist, daß das Buch im Herbst 1919, also vor 4—5 Monaten, geschrieben wurde. Keynes beginnt damit, die „außerordentliche Tatsache" festzustellen, daß die wirtschaftlichen Grundfragen des vor ihren Augen zugrunde gehenden Europa eine Sache waren, auf die es unmöglich war, ihre Aufmerksamkeit der „Vier" zu lenken. Was insbesondere Deutschland angeht, so gibt Keynes denjenigen Teil des Berichts der deutschen wirtschaftlichen Kommission wieder, den Graf Brockdorff-Rantzau am 13. Mai 1919 an die Friedenskonferenz richtete und der mit den Worten schließt: „Diejenigen, die diesen Vertrag unterzeichnen, unterzeichnen damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder." Auf diese Worte gibt es keine Antwort, sagt Keynes, und dasselbe gelte für Österreich. Drei Dinge, heißt es weiter, seien bezeichnend für die gegenwärtige Lage: erstens der absolute Niedergang der Eigen-Produktivität Europas; zweitens der Niederbruch der europäischen Transportmittel; drittens die Unfähigkeit Europas, seinen normalen Bedarf an überseeischen Zufuhren zu bezahlen. Europa hat, nach dem Urteil des amerikanischen Lebensmittelkommissars Hoover, mindestens 100 Millionen mehr Einwohner, als es ohne Import von außen ernähren kann. Es muß also, um leben zu können, soviel Güter produzieren und exportieren, daß Nahrung für die 100 Millionen beschafft werden

Digitized by Google

kann Die Wiederherstellung dieser Produktionskraft, die zur Zeit in allen Ländern des europäischen Festlandes so gesunken ist, daß die Bedürfnisse nicht gedeckt werden können, ist die Aufgabe, um die es sich handelt.

Die Schwierigkeiten beginnen bei der allgemein-europäischen, d. h. festländischen Währungs- und Finanzlage. Zwei Gruppen von Ländern, sagt Keynes, sind dabei zu unterscheiden: diejenigen, die durch die Blockade vom Weltverkehr abgeschnitten waren, und diejenigen, die während des Krieges Zufuhren von außerhalb erhielten, aber sie nicht selbst bezahlten, sondern darlehensweise auf Kosten ihrer Verbündeten lebten. Deutschland sei typisch für die erste Kategorie, Frankreich und Italien für die zweite. Es folgt eine Darstellung der finanzpolitischen und allgemeinwirtschaftlichen Lage in Deutschland, in deren Mittelpunkt unsere Valutafrage steht. Den deutschen Notenumlauf gibt Keynes auf das Zehnfache der Friedenszeit an; einschließlich der Darlehenskassenscheine, bemerkt er, sei das Verhältnis noch ungünstiger. Seit er schrieb, ist es, wie wir wissen, viel ungünstiger geworden. Er faßt zusammen: Das Mißverhältnis zwischen innerdeutschen Preisen und Weltmarktpreisen, der Mangel an Personalkredit zum Kauf von Rohmaterial und der Zusammenbruch der Währung, durch den alle Kreditgeschäfte zu einem Hazardspiel werden, machen die Wiederbelebung des normalen Handels in Deutschland unmöglich.

Frankreich hat den sechsfachen Notenumlauf wie im Frieden. Der Franc ist kaum noch zwei Drittel seines Nominalbetrages wert (inzwischen ist er auf zwei Fünftel gefallen). Frankreich lebt davon, daß es seine Importe nicht bezahlt, sondern bei England und den Vereinigten Staaten borgt. Der monatliche Überschuß der Einfuhr- über die Ausfuhrwerte betrug in Frankreich im Juli 1919 zwischen 13 und 14 mal so viel, wie in den beiden Jahren vor dem Krieg. Nicht viel anders ist die Lage in Italien. Keynes meint, die französische Wirtschaft sei kaum anders in Ordnung zu bringen, als durch Einschränkung des nationalen Verbrauchs, aber das werde großes Mißvergnügen hervorrufen. Die Hauptsache sei für Frankreich die Steuerfrage. Die Steuern, sagt Keynes, wuchsen in England während des Krieges von 95 auf 265 Francs auf den Kopf, verdreifachen sich also beinahe; in Frankreich wuchsen sie nur von 90 auf 103 Francs. Die vom französischen Parlament für das Finanzjahr 1918/19 bewilligten Steuern deckten noch nicht die Hälfte des normalen Nach-Kriegs-Budgets. Dieses schätzt Keynes auf nicht unter 22 Milliarden Franken jährlich, möglicherweise mehr. Auch für das Finanzjahr 1919/20, meint er, würden die geschätzten Einnahmen aus der Besteuerung nicht viel mehr als die Hälfte jenes Bedarfs decken. „Das französische Finanzministerium hat weder einen Plan, noch eine Politik, um dieses phänomenale Defizit zu decken, ausgenommen, daß es Zahlungen von Deutschland in einem Maß erwartet, das, wie die französischen Beamten selber wissen, unmög-

Digitized by Google

lich ist. Inzwischen helfen sie sich durch Verkauf von Kriegsmaterial und überschüssigen amerikanischen Vorräten und tragen keine Bedenken, in der zweiten Hälfte 1919 das Defizit durch weitere Notenausgabe der Bank von Frankreich zu decken." Für etwas weniger schlecht hält Keynes die Lage des italienischen Budgets. Von Deutschland heißt es: „Wenn das die budgetäre Lage von Frankreich und Italien ist, so ist die des übrigen in den Krieg verwickelt gewesenen Europa noch verzweifelter. In Deutschland werden die Gesamtausgaben des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden für 1919/20 auf 25 Milliarden Mark geschätzt, wovon nicht mehr als 10 Milliarden durch die bestehenden Steuern gedeckt sind. Dabei wird noch nichts für Entschädigungszahlungen gerechnet. In Rußland, Polen, Ungarn oder Österreich kann so ein Ding wie ein Budget überhaupt nicht ernsthaft als existierend angesehen werden." Keynes notiert, daß am 3. Oktober 1919 der polnische Finanzminister Bilinski die Ausgaben für die nächsten 9 Monate auf das Achtfache der zu erwartenden Eingänge geschätzt habe. Über Rußland, Ungarn und Österreich werden nur wenige Worte gesagt, aber diese enthalten eine dringliche Warnung vor den verzweifelten Folgen der dortigen Zustände.

Unterdessen ist die deutsche Steuergesetzgebung einen großen Schritt weiter gekommen, und wenn es auch zweifelhaft ist, ob unsere Finanzreform den Bedarf des Reichs und der übrigen in Betracht kommenden Faktoren decken wird (wir glauben, wie schon früher betont, daß es nicht vollständig der Fall sein wird, und unsere Zweifel sind heute noch größer, als vor einigen Monaten), so haben wir uns doch auf jeden Fall im Vergleich zu Frankreich einen gewaltigen Ruck gegeben, materiell und moralisch. Für Frankreich scheint es uns ausgeschlossen, daß es zu einer ähnlichen, für den französischen Besitz opfervollen Lösung der finanziellen Frage kommt, wie Deutschland. Keynes berechnet an einer anderen Stelle seines Buches die Gesamtsumme, die Deutschland zu zahlen hat, wenn man zur Grundlage nimmt, wozu sich die Deutschen gegenüber den 14 Punkten Wilsons verpflichtet haben, auf 40 Milliorden Mark, und er schätzt, daß davon ein Viertel bereits durch unsere bisherigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages bezahlt ist. Diese Rechnung ist nicht zu unseren Gunsten, oder mit Rücksicht auf unsere geschwächte Leistungsfähigkeit aufgemacht, sondern sie berücksichtigt alle wirklichen Ansprüche der Entente auf Grund der 14 Punkte. Allerdings sagt Keynes, daß wir mehr zu bezahlen auch nicht imstande sein würden. Mehr von uns zu verlangen, sei unanständig, wortbrüchig und praktisch unmöglich; die belgischen und französischen Forderungen seien maßlos und ohne Gefühl für Vernunft und Verantwortlichkeit aufgestellt. Belgien hat, nach Keynes, bei richtiger Berechnung von uns 10 Milliarden zu fordern, Frankreich 16 Milliarden, England 11,4 Milliarden, die übrigen Alliierten zusammen 5 Milliarden Mark, was Keynes auf 40 Milliarden

Digitized by Google

Mark abzurunden vorschlägt. Mit 16 Milliarden Mark, 20 Milliarden Francs, ist die französische Finanzlage natürlich nicht entfernt zu heilen. Als wir in Versailles davon sprachen, daß wir bereit seien, hundert Milliarden auf uns zu nehmen, machten wir dieses Angebot unter der Voraussetzung und unter der Bedingung, daß wir unsere Schiffe, unsere Kolonien, das Saargebiet, den Osten, Oberschlesien und die eigene Verwaltung unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten behielten; mit einem Wort unter der Bedingung, daß wir leben und hoffen konnten. Es ist also sehr leichtfertig oder sehr übelwollend, wenn Balfour auf das Buch von Keynes geantwortet hat, es schiene ihm merkwürdig, von Deutschland zweieinhalb mal weniger zu verlangen, als Deutschland selbst angeboten habe. Kann Frankreich mithin nur auf eine Gesamtzahlung von 20 Milliarden Francs rechnen, nach Keynes zinslos auf dreißig Jahre verteilt, so folgt daraus, daß es seine Finanzen und sein Budget im wesentlichen aus eigener Kraft in Ordnung bringen muß. Diese Notwendigkeit kann heute schon als feststehend betrachtet werden. Damit ist gesagt, daß die Franzosen zu einem ähnlichen Steuersystem greifen müßten, wie wir. Ein solches in Frankreich einführen wollen, bedeutet aber eine innerfranzösische Krisis von noch nie dagewesener Schärfe. Es gibt kein zweites Volk der Welt, das einen so kapitalistischen, privatwirtschaftlichen, das Eigentum und die Rente „anbetenden" Sinn hat, wie die Franzosen. Die herrschenden französischen Kapitalisten und Imperialisten werden sich nicht ohne äußersten Widerstand zu einer Steuerpolitik bringen lassen, die nach ähnlichen Grundsätzen aufgebaut ist wie die gegenwärtige deutsche. Niemand kann voraussagen, wie die Entwicklung in Frankreich auf Grund dieser Tatsachen sich gestalten wird. Frankreich kann durch sie sozial gesunden und zugleich eine ehrlich den Frieden fördernde Kraft werden, aber auf keinen Fall wird Frankreich, wenn es sich an eine solche Arbeit macht, fähig bleiben, seine jetzige Zerstörungspolitik gegenüber allen notwendigen Bedingungen für das deutsche Leben dauernd zu betreiben.

Auch Keynes sagt, daß es notwendig ist, wenn die tödliche Krankheit Europas geheilt werden soll, die Franzosen zur Vernunft zu bringen. Zu Beginn des VII. Kapitels heißt es: „Wir müssen zuerst von der Atmosphäre und den Methoden von Paris freikommen; diejenigen, die maßgebend waren auf der Konferenz, mögen sich beugen vor den Sturmwinden der Volksstimmung, aber niemals werden sie uns aus der Wirrnis herausführen ... Der Wechsel der bestehenden Regierungen in Europa ist eine unerläßliche Vorbedingung. Im Anschluß an diesen fundamentalen Satz stellt Keynes vier Punkte zur Diskussion: 1. Die Revision des Friedensvertrages; 2. ein Arrangement über die interalliierten Schulden; 3. eine internationale Anleihe und Währungsreform; 4. die Beziehungen von Mitteleuropa zu Rußland..

Über die Revision des Vertrages sagt Keynes, so verwerflich er in vielen Einzelheiten sei, so müßten vor allen Dingen drei große Änderungen gemacht

Digitized by Google

werden: bezüglich der Wiedergutmachung, der Bestimmungen über Kohle und Eisen und über die Zölle. Deutschland soll, wie gesagt, nach Abzug seiner schon geschehenen Leistungen, dreißig Milliarden bezahlen, beginnend 1923, und es soll ihm durchaus überlassen bleiben, welche Wege es sucht, seine Verpflichtung zu erfüllen. Keine weiteren Expropriationen von deutschem Privateigentum im Auslande und keine Versuche, Zahlung von Österreich zu erhalten, sollen stattfinden. Bezüglich Kohle und Eisen soll Deutschland jährlich an Frankreich soviel Kohle liefern, wie die Differenz zwischen der früheren und der jetzigen französischen Kohlenförderung ausmacht. Verliert Deutschland Oberschlesien, so fällt diese Verpflichtung dahin. Das Saargebiet erhält Deutschland bedingungslos und ohne Zahlung nach 10 Jahren zurück. Frankreich hat Deutschland für dieselbe Zeit mit wenigstens 50 Prozent des Eisenerzes zu versorgen, das Deutschland vor dem Kriege aus Lothringen bezog. Als Gegenleistung liefert Deutschland entsprechend Kohle nach Lothringen. Die Kohlendistrikte in Oberschlesien sollen womöglich bei Deutschland bleiben. Beim Völkerbund soll als besondere Abzweigung eine Kohlenkommission eingerichtet werden, mit Vertretern von Deutschland, den übrigen Staaten von Mitteleuropa, den nordischen Ländern und der Schweiz. Sie soll über die Verteilung der deutschen, polnischen, der früher österreichisch-ungarischen und der für den Export verfügbaren englischen Kohle bestimmen. Was endlich die Zölle angeht, so sollen Deutschland, Polen, die neuen Staaten auf dem früher österreichisch-ungarischen und türkischen Gebiet und die direkt dem Völkerbund unterstellten Territorien (Saargebiet, Fiume usw.) auf zehn Jahre eine Genossenschaft bilden. Diese soll sich womöglich, unter Beitritt Englands, in einen dauernden freiwilligen Zollbund verwandeln.

Dies sind die hauptsächlich Deutschland angehenden Vorschläge. Alle interalliierten Schulden sollen gegenseitig kassiert werden. Dabei würden die Vereinigten Staaten zwei Milliarden Pfund und England 900 Millionen Pfund zu opfern haben; Frankreich würde 700 Millionen und Italien 800 Millionen Pfund gewinnen. Die Einzelheiten über diesen Punkt bei Keynes sind schlagend und interessant, können hier aber nicht wiedergegeben werden.

Der dritte Vorschlag, die internationale Anleihe, sieht so aus. Falls Amerika allein Geld hergibt, so würde der französische Finanzminister das benutzen, um den Tag der großen Einkommensteuer etwas hinauszuschieben, Italiener und Südslaven, um miteinander zu kämpfen, Polen, um die militärische Rolle gegenüber all seinen Nachbarn zu spielen, zu der Frankreich es bestimmt hat, und die herrschenden Klassen von Rumänien, um das Geld bar unter sich zu verteilen. Diese Sätze geben eine Vorstellung von dem überlegenen Geiste der Kritik bei Keynes. Statt daß Amerika angerufen wird, sollen vielmehr die Neutralen, England und die Vereinigten Staaten zusammentreten, um 200 Millionen Pfund,

Digitized by Google

4 Milliarden Mark, für Nahrungsmittel und Rohstoffe aufzubringen, zur Versorgung aller notleidenden Länder, ohne jede Rücksicht auf frühere Feindschaft.

Für Osteuropa, das einstige Rußland, wird Deutschland direkt als die berufene und einzig mögliche Kraft genannt, um die verzweifelte Lage dort wieder herzustellen. „Es ist unser eigenes Interesse, den Tag zu beschleunigen, daß deutsche Agenten und Organisatoren imstande sind, in jedem russischen Dorf wieder die Impulse zu einem normalen wirtschaftlichen Leben in Gang zu bringen." Dies Ziel ist für Keynes unabhängig davon, was für eine Art von Regierung in Rußland existiert. Mit Rußland aber werden wir uns, allen Anzeichen nach, in nächster Zeit wieder eingehend zu beschäftigen haben, und daher seien hier weitere Ausführungen (auch solche im Anschluß an Keynes) noch verschoben.

Neue englische Dokumente über die Schuld am Kriege

Von Hermann Lutz

Soeben ist bei Martin Secker, London, ein Buch erschienen, dessen sorgfältige Prüfung für uns Deutsche von besonderer Wichtigkeit ist: „Meine Tagebücher", Teil 2, 1900—1914, von Wilfrid Scawen Blunt (21 Sh.). Es führt den bezeichnenden Unterkitel: „Die Koalition gegen Deutschland". Schon der vor Jahren veröffentlichte 1. Band der Tagebücher Blunts hatte allerhand unbequeme Wahrheiten ans Tageslicht gefördert, der 2. Band jedoch enthält einiges, das alle Verfechter der Alleinschuld Deutschlands am Kriege sicher ängstlich als ein überaus lästiges Geheimnis tief im Innern vergraben werden. Blunt rechtfertigt die Veröffentlichung als eine „politische Notwendigkeit", hervorgerufen „durch die unrühmlichen Bedingungen, die von den Verbündeten Regierungen in Paris ihren im Kriege besiegten Gegnern auferlegt wurden", und gegen die „auf Grund von Wahrheit und Recht zu appellieren" dem Verfasser noch möglich erscheint. Viele Jahre ist er im diplomatischen Dienste tätig gewesen, und von je ein Anti-Imperialist und unermüdlicher Vorkämpfer für Home-Rule in Irland, sowie für die Unabhängigkeit Ägyptens; so kennt sich Blunt vortrefflich in der politischen und diplomatischen Welt aus. Seine Beziehungen reichen hoch hinauf, so daß seine Tagebücher als wirkliche Dokumente zu bewerten sind. Die letzten Abschnitte seines 450 Seiten starken Bandes stellen eine Zusammenfassung vieler einzelner Eintragungen dar; sie lauten:

„Mit diesem letzten Eintrag schließe ich den Band, indem ich mein Tagebuch des Krieges selbst für eine posthume Gelegenheit aufbewahre... Es genüge hier zu sagen, daß meine Stellungnahme während der vier Kriegsjahre vom ersten Tage an die der strengsten Zurückhaltung war. Ich nannte sie „unbewaffnete Neutralität". Ich wußte genug von den Wegen und vergangenen Taten unseres Auswärtigen Amtes, um ganz

Digitized by Google

sicher zu sein, daß die von Grey und Asquith vorgebrachten Gründe für ihre Kriegserklärung nicht die wirklichen Gründe waren und sein konnten, und ich weigerte mich, der friedfertigen Herde in ihrem schamlosen Umschwung von der Gegnerschaft zur Unterstützung des Krieges zu folgen, oder eine Entschuldigung für ihre Schwäche in der widersinnigen und falschen Lehre von „Mein Land, recht oder unrecht" zu finden. Insbesondere wußte ich, daß der von Asquith aufgestellte Vorwand einer „Notwendigkeit der Ehre", die uns zwinge, für Belgien zu kämpfen, ein Schein-Vorwand war, bestenfalls gut als ein forensisches Argument, jedoch tatsächlich vollkommen unwahr, denn es stand kein einziges Wort in irgend einem der Neutralitäts-Verträge über Belgien, das England oder einer andern Macht, gemeinsam oder einzeln, die Verpflichtung auferlegt hätte, wegen eines Vertragsbruches einen Krieg zu beginnen. Schon als ich noch selbst diplomatisch tätig war (1870), war die Neutralität Belgiens in den europäischen Kanzleien in der Tat ein Spottwort für Altersschwäche gewesen; auch hätte sich damals kein Mensch besonders schockiert gefühlt, wenn von den fraglichen Verträgen als von „Fetzen Papieren" gesprochen worden wäre — was sie wirklich waren, soweit zu ihrer Aufrechterhaltung eine Kriegs-*Verpflichtung**) für eine der Signatarmächte in Betracht kam. Das Gegenteil anzunehmen, hätte die unmögliche Lage zur Folge haben können, daß sich *eine* Macht ehrenhalber gezwungen gesehen hätte, die andern vier Mächte zu bekriegen, falls sich diese zur Teilung Belgiens unter sich zusammengeschlossen hätten... *Der wahre Grund für den Zank mit Deutschland war, wie ich wohl wußte, kein ehrenvollerer als der einer Furcht vor einem zu machtvollen Handels-Rivalen und die Angst, Kaiser Wilhelm möchte, falls wir beiseite stünden, Frankreich in ein Wirtschaftsbündnis gegen uns auf den Weltmärkten zwingen***) — dies und ein beinahe verzweifeltes Spieler-Wagnis waren es, da wir keine ausreichende Armee ins Feld zu stellen vermochten und für unser täglich Brot daheim von den 1001 Chancen auf der See abhängig waren. An diesem Wahnsinn wollte ich keinen Teil haben."

„*Daß dies die wirklichen Kriegs-Ursachen waren, und nicht die vorgeschützten altruistischen Beweggründe, habe ich seither durch einen seiner Haupt-Förderer in sichere Erfahrung gebracht.***)

„Die Verpflichtung, im Falle eines Krieges mit Deutschland im Bunde mit Frankreich zu kämpfen, betraf die Ehre von nur drei Mitgliedern des Kabinetts Asquith,†) die allein um die bestimmten Versprechen, die gemacht worden waren, Bescheid wußten. Diese Versprechen banden, obwohl sie mündlich und mit Einschränkungen bezüglich der Zustimmung des Parlaments gegeben waren, die drei in ihrer rein persönlichen Ehre, am Quai d'Orsay jedoch betrachtete man sie als bindend für die britische Nation. Weder Asquith noch seine beiden Gefährten im inneren Kabinett hätten im Amt bleiben können, wären sie dem Sinn oder dem Buchstaben nach von ihrem Worte abgewichen. Es hätte auch ohne Zweifel einen ernstlichen Streit mit der französischen Regierung zur Folge gehabt, falls sie ihr Versprechen nicht erfüllt hätten. *So klar faßte man das Versprechen in Paris als bindend auf, daß Präsident Poincaré, als die Krise kam, König Georg schriftlich daran*

*) Von Blunt hervorgehoben.

**) Von Lutz hervorgehoben.

†) Asquith, Grey und Lord Haldane (Lutz).

Digitized by Google

erinnerte als an eine zwischen den beiden Nationen eingegangene Verbindlichkeit, die zu erfüllen er auf Seine Majestät rechnete.*)

„In dieser Lage wurde der Fall dem Kabinett vorgelegt, aber als ein nichtüberzeugendes Argument für den Krieg abgelehnt. Erst dann geschah es, daß in einer 2. Kabinettssitzung Asquith, mit seinem Juristen-Instinkt, mit der Neutralität Belgiens als eines besseren Vorwandes hervortrat, um ihn einer britischen Jury zu unterbreiten; und indem er die NeutralitätsVerträge von 1831 und 1839 so auslegte, als schlössen sie eine Verpflichtung Englands zum Kampfe ein (wovon der Wortlaut des Vertrages keine Silbe enthält), erlangte er die Einwilligung des Kabinetts, und der Krieg ward erklärt.

„Ich habe allen Grund zu wissen, daß dies die wahre Geschichte jenes erstaunlichen Abenteuers war, auf das sich Asquith infolge einer Fehlrechnung über den militärischen Wert Rußlands eingelassen hat und das vom äußersten Unheil nur durch die streitbare Zähigkeit unserer unwissenden jungen Soldaten bewahrt wurde, die das glaubten, was man ihnen sagte, und während des ganzen Krieges vorgaben, daß es ein Krieg für die Freiheit sei, geführt zur Verteidigung der schwachen Völker und zur Befreiung der ganzen Welt."

* * *

Hier noch einige interessante Eintragungen:

13. Oktober 1911. „George Wyndham (ein naher Freund Blunts) sagt, es sei ihm durch seine frühere Beziehung mit dem Kriegsministerium als unumstößlich bekannt, daß es ein Teil der „Entente" mit Frankreich sei, der französischen Armee im Falle eines Krieges mit Deutschland ein englisches Kontingent von 160 000 Mann zu Hilfe zu schicken. Ich fragte George, ob in der Agadir-Krise Truppen in Frankreich gelandet worden wären, und er sagte, daß die Befehle für ein Expeditionsheer ausgegeben worden seien..."

30. Januar 1912. (Blunt hatte mit Winston Churchill u. a. zu Mittag gegessen.) „Es geht jedoch aus seinem (Churchills) Gespräch klar hervor, daß er in Greys deutsch-feindliche Politik vernarrt ist. Er sagte von den Deutschen: Ich konnte nie ihre abscheuliche (beastly) Sprache lernen und werde es auch nicht tun, bis Kaiser Wilhelm mit seiner Armee hier herüberkommt."

23. Juli 1912. „Die Wahrheit ist, daß man Italien ohne die Mißbilligung unseres Auswärtigen Amtes von Tripolis Besitz ergreifen ließ als Teil des Greyschen Programms, Italien vom Dreibund zugunsten der Entente loszulösen, die sich allmählich zu einer Koalition ausgestaltete..."

19. Oktober 1912. „Unter den vielen besprochenen Dingen war auch der kommende europäische Krieg..."

12. Oktober 1912. „Er (Churchill) ist inbezug auf die internationalen Angelegen-

*) Von Luß hervorgehoben.

Digitized by Google

heiten höchst barbarisch (truculent) geworden; er ist ganz mit Kriegs-Vorbereitungen gegen Deutschland in Anspruch genommen und mit Grey zu jedem Verrat an schwachen Nationen bereit, die man für das Spiel der Bündnisse braucht... Winston ist in diesen Dingen seit 2 Jahren ein ganz anderer geworden, als ich noch Hoffnungen hegte, ihn für Besseres zu ermutigen... Er und George (Wyndham) haben in diesen beiden Tagen in vollkommener Übereinstimmung über Heeres- und Marine-Angelegenheiten und über den kommenden Krieg mit Deutschland gesprochen..."

* * *

Diese zeitgemäßen Enthüllungen, für die dem wahrheitsmutigen Manne der Dank aller gebührt, die eine schließliche Völkerversöhnung erhoffen, sagen uns Deutschen im Grunde ja nichts Neues; aber in dem Kampfe, den wir um die Klärung der Schuldfrage mit unseren heuchlerischen Gegnern — und mit verblendeten Narren im eigenen Lager — zu führen haben, sind sie als englisches Eingeständnis von größtem Wert. Jetzt wird nochmals klar, warum zwischen den Diplomaten die belgische Frage vor dem 31. Juli 1914 überhaupt nicht zur Sprache kam, obwohl, wie E. D. Morel in seinem Buche „Truth and the War"*) nachweist, allen Regierungen bekannt war, daß Deutschland im Falle eines Krieges nach 2 Fronten den Weg durch Belgien suchen m ü s s e, falls es sich überhaupt erfolgreich seiner Haut erwehren wollte. Morel stellte daher schon 1914 die schwerwiegende Frage: warum wurde von England die belgische Neutralität nicht rechtzeitig und unzweideutig zur Sprache gebracht?

Durch Blunts Buch fällt nun auch ein neues Licht auf einige im deutschen Weißbuch 1919 veröffentlichte Dokumente. So telegraphierte der russische Botschafter Graf Benckendorff am 30. Juli 1914 aus London nach St. Petersburg: „... Cambon (franz. Botschafter) sagte, daß sich nach seiner Meinung die Lage in den Augen des Parlaments noch nicht genügend geklärt hat, als daß Grey ohne Risiko noch heute offen auftreten könnte."

Wie vielsagend ist doch in der Diplomaten-Sprache: „als daß Grey etc..."! Am selben Tag hatte Iswolsky aus Paris nach Petersburg u n d L o n d o n (an Benckendorff) telegraphiert: „Margerie, den ich eben gesprochen habe, sagte mir, die französische Regierung, die sich keineswegs in unsere militärischen Vorbereitungen einmischen will, würde in Anbetracht der fortgesetzten Verhandlungen wegen Wahrung des Friedens es für äußerst wünschenswert halten, daß diese Vorbereitungen einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter tragen. . Der (französische) Kriegsminister, der denselben Gedanken entwickelte, sagte seinerseits Graf Ignatjew, wir könnten erklären, daß wir im höchsten In-

*) Deutsch: „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege."

Digitized by Google

teresse des Friedens bereit seien, die Mobilisations-Maßnahmen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, die militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und sie sogar zu verstärken, indem wir uns nach Möglichkeit der Massentruppentransporte enthalten...**)

Man darf als sicher annehmen, daß Benckendorff den französischen Botschafter von diesen klugen Ratschlägen der Pariser Machthaber unterrichtete, doch braucht Grey nicht unbedingt Kenntnis davon erhalten zu haben. Hatte sich aber am 30. Juli in England die Lage noch nicht genügend geklärt, so wurde sie am 31. für die Kriegsfreunde geradezu bedenklich; Benckendorff telegraphierte darüber an Ssasanoff: „Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zur großen Vorsicht zwingt. Abgesehen von der riesigen deutschen Agitation stellten die gestrigen „Times" die gegebene Frage in einem scharfen und nicht sehr glücklichen Artikel dar als eine spezifisch slawische, sich zwischen Österreich, Serbien und Rußland abspielende Frage, wobei die französischen, englischen und europäischen Interessen sehr taktlos verschwiegen werden. Anstatt des Nutzens brachte dieser Artikel Schaden*). Heute betrachten das Publikum und sogar das Parlament die Frage als eine spezifisch slawische. Das wird sich, glaube ich, bald aufklären. Ich bitte Sie, in Betracht zu ziehen, daß die Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben. Vom Standpunkt der Bedeutung der Mitwirkung Englands muß man das berücksichtigen..."

Welch ein großes Bedauern klingt aus dieser Depesche über den so „taktlosen" Artikel der „Times"! Ein Bedauern, das Grey offenbar teilte, von dem Benckendorff voll Befriedigung schreibt, daß er die Lage ausgezeichnet verstehe. Und man wird besonders feststellen, „daß die (englische) Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben". Dies durfte aber ja nicht im Sinne jenes „nicht sehr glücklichen Artikels" der „Times" erfolgen, denn das hätte ja vielleicht gar die Lokalisierung des Konflikts bedeutet!

Am 30./31. Juli finden wir also bei unseren Hauptgegnern diese Lage: Rußland, das seine (wie wir jetzt durch den russisch-französischen Vertrag wissen) einer Kriegs-Erklärung gleichkommende, in erster Linie gegen Deutschland gerichtete Allgemeine Mobilmachung schon am 29. Juli begonnen hat (der Befehl dazu kam am 31. früh heraus), erhält von Frankreich den Rat, möglichst geheim fertig zu mobilisieren, jedoch Friedensbereitschaft zu heucheln. Frankreich, der englischen Hilfe sicher, wartet mit größter Spannung auf den Augenblick, an dem „Grey ohne Risiko auftreten" kann. Grey aber muß erst „die öffentliche

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Meinung vorbereiten", und ein Artikel der „Times" ist ihm dabei augenscheinlich hinderlich, ein Artikel, der das „Publikum und sogar das Parlament die Frage als eine spezifisch slawische" betrachten läßt.

Bei den Mittelmächten sah es am 30./31. Juli so aus: Das anfangs sehr schwerhörige Österreich nimmt unter dem Drucke Deutschlands einen Vorschlag an, von dem Grey selbst gesagt hatte, daß er am geeignetsten für die Beilegung des Konfliktes sei, und Österreich will die direkten Verhandlungen mit Rußland wieder aufnehmen, was den Frieden bedeutet hätte: Da knallt in diese wieder hoffnungsvolle Lage die Bekanntgabe der russischen Allgemeinen Mobilmachung hinein.

Wie aber der einstige russische Oberbefehlshaber General Gurko später ausdrücklich zugab, konnte Deutschland jetzt nicht anders, als sofort die kriegerischen Maßnahmen zu beginnen. Auch England wußte das ganz genau, denn der englische Botschafter in St. Petersburg hatte Sasanoff diesen zwangsläufigen Schritt Deutschlands für den Fall der russischen General-Mobilisation schon am 25. Juli warnend vorausgesagt.

Mit diesem erzwungenen Schritt Deutschlands war für Grey die Zeit gekommen, „die öffentliche Meinung vorzubereiten". Mit Recht schreibt M. Pokrowski, der Bearbeiter der von der russischen Räteregierung ausgegrabenen Dokumente: „um eine Garantie zu haben, daß England an Rußlands und Frankreichs Seite Krieg führt, war es nötig, Deutschland auf den Kriegsschauplatz zu ziehen... Jetzt wird uns die Rolle klar, die die russische Mobilisation spielen sollte . . ." (Benckendorff am 30. Juli an Sasanoff: „Grey antwortete Cambon, daß der Moment eintreten wird, sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig klärt." — Das geschah aber in friedlichem Sinne und erst Rußland zwang Deutschland auf den Plan.)

Wie wir aus Blunts Tagebuch ersehen, wäre dennoch das englische Kabinett nicht ohne weiteres für eine Kriegserklärung an Deutschland zu haben gewesen. Ja, Benckendorff schwebte eben jetzt in Angst und Nöten; denn am 31. telegraphierte er: „Heute wurde konstatiert, daß das Parlament im gegenwärtigen Moment keine bestimmte Haltung billigen könne, daß die serbische Sache in den Augen der öffentlichen Meinung keine Bedeutung habe und daß alle Finanz-, Handels- und Industrie-Zentralen Nord-Englands gegen den Krieg seien." Und kurz darauf, als in London die deutsche Erklärung des Kriegszustands schon bekannt war: „Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralysieren würde*), dessen Einfluß in einigen Stunden wiederhergestellt sein könnte."

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Hieraus geht unwiderleglich hervor, in welchem Sinne sich Greys Einfluß geltend gemacht hatte, und wie sehr Benckendorff wünschte, daß eben dieser wohltätige Einfluß in wenigen Stunden wiederhergestellt sein möchte. Und da half Deutschland den Herren Grey, Asquith und Lord Haldane, den drei ehrenpflichtig an Frankreich gebundenen Ministern, durch den Einmarsch in Belgien aus der Klemme: England trat zum Schutze der schwachen Völker, zur Befreiung der Welt vom Militarismus und aus anderen edelmenschlichen Beweggründen in den Krieg.

*

Im Herbst 1919 schrieb Philip Snowden in seinem Vorwort zu einer Studie E. D. Morels über die „Vor-Kriegs-Diplomatie“:

„Das Material über die wirklichen Kriegsursachen und über die erstlinige Verantwortung Rußlands und Frankreichs, gefördert durch die strafbare Einfalt (culpable simplicity) Sir Edward Greys*), ist glücklicherweise nicht auf das beschränkt, was uns aus feindlichen Quellen allein zufließt.“

„Gefördert durch die strafbare Einfalt Sir Edward Greys...“ In seinen Händen lag, nachdem Deutschland-Österreich sich in der Behandlung Serbiens schwerer Verantwortung schuldig gemacht hatten, der Schlüssel zum Krieg und Frieden Europas. Hätte Grey von Anfang an aufrichtig eine Friedenspolitik befolgt und über seine Haltung in Paris und namentlich in St. Petersburg keinen Zweifel gelassen, dann wäre der serbisch-österreichische Konflikt, nach dem was wir nun wissen, im Keime erstickt worden. Statt dessen wartete Grey die Gelegenheit ab, „die öffentliche Meinung in England vorzubereiten“... So schwer die Schuld Deutschland-Österreichs an der Katastrophe wiegt, die Rußland-Frankreichs wiegt gewiß nicht weniger leicht; der Krieg aber wurde nicht bloß durch die strafbare Einfalt Sir Edward Greys gefördert: er wurde gefördert durch die strafbare Mitschuld Sir Edward Greys.

Wer war Angreifer im Kolonialkrieg?

(Südafrika und Deutsch-Südwest)

Von Rudolf Kindt (Gießen)

In der Heimat ist wenig bekannt, daß die Frage „Wer war der Angreifer?“ in Süd- und Südwestafrika die Gemüter ebenso bewegt hat, wie in Europa. Die Frage natürlich auf den südafrikanischen Kriegsschauplatz bezogen.

Und wie es England gelungen ist, durch mehr oder weniger geschickte Fälschungen, Unterschlagungen, Verdrehungen, durch das Aufgebot des weltenmächtigen

*) Von Lutz hervorgehoben.

Digitized by Google

Reuterschen Lügenapparats den Völkern fast des ganzen Erdkreises Weiß als Schwarz und Schwarz als Weiß glaubhaft zu machen, so gelang ihm dies Zauberkunststück auch in Südafrika. Als Botha fast daran verzweifeln mußte, die Buren seiner südafrikanischen Partei zum Einfall in das friedliche deutsche Südwest zu bewegen, da flog eines Tages eine Karte auf die Tische in Parlament und Senat, die ein wenig korrigiert war und siehe da — Botha gewann. Mit Tamtam wurde bekannt gemacht, die Deutschen aus Südwest — in der jingoistischen „öffentlichen" Meinung Südafrikas hatten wir bald 30 000, bald 40 000 oder mehr Mann an Truppen — hätten Nakab besetzt und seien „im Anmarsch auf Upington!" Wer wußte denn in Kapstadt, im Parlament, im Senat, daß Nakab deutsch war! eine deutsche Grenzstation. Daß unsere Truppe sich nach wie vor südafrikanischem Boden fernhielt, nicht an Upington dachte. Die berühmte Karte zeigte Nakab als britisch! Schwarz auf Weiß! Und das überzeugte dann Ohm Hendrik, Ohm Clas, Ohm Jan, daß die verdammten Deutschen nun wirklich, wie Botha und seine Gesinnungsgenossen ihnen immer wieder vorgeredet hatten, im Begriffe seien, ihnen, den Buren, die britische „Freiheit" zu rauben, sie unter die deutsche „militaristische, bürokratische Knute" zu zwingen, von der man Schauermärchen hörte.

In dem Prozeß Botha gegen Senator Wolmerams, im Oktober 1917, kam die Kartenfälschung — zu spät — öffentlich zur Sprache. Botha war Kläger und das Zeugenverhör ergab, daß er Botha nicht den Befehl zur Fälschung der Karte gegeben hatte! Ergab aber auch, daß der mit Anfertigung der Karte beauftragte Zeichner Nakab richtig als deutsch eingezeichnet hatte, die Wasserstelle aber auf Befehl eines höheren Eisenbahnbeamten, eines „Sir" — vermutlich des Deutschenfressers Sir Hoy, des Eisenbahngewaltigen — nach dem britischen Gebiet hatte verlegen müssen. Ich schildere dies nach dem Bericht der von Botha völlig abhängigen „Volkstem"! Natürlich hatte der „Sir" diesen Befehl „versehentlich" gegeben!!

Nur mit Hilfe dieser Fälschung ist es damals gelungen, die Masse der Buren gegen Deutsch-Südwest in Bewegung zu setzen! Zu spät wurde die Fälschung erkannt, Hunderte waren gefallen, Tausende verwundet, Millionen an Werten zerstört worden; Deutsch-Südwest war besetzt!

Aber mehr. Die südafrikanische Botha-Regierung hat mit Hilfe dieser Fälschung nur in Bewegung gesetzt, was sie seit langem vorbereitet hatte! Auch ein Beitrag zu der Frage: „Wer war in diesem Weltkrieg der Angreifer".

Im Oktober 1917 antwortete ein Minister der Botha-Regierung im Unionsparlament auf eine Frage aus dem Hause, ob der Feldzugsplan gegen Deutsch-Südwest wirklich schon langer Hand vorbereitet gewesen sei und

Digitized by Google

bereit gelegen habe, mit einem deutlichen „Jawohl", der Plan habe in den Geheimfächern fertig vorgelegen! Daß der Minister dann in einer späteren Sitzung dies widerrief und plötzlich das Gegenteil behauptete, nachdem man eingesehen hatte, daß dies Eingeständnis den Nationalisten, der Herzog-Partei, Wasser auf die Mühle liefern müsse, kann uns nicht irreführen! England hat den Krieg längst kommen sehen und hatte seine Vorbereitungen offenbar in der gesamten Welt, sicher in Südafrika, bis in das Kleinste getroffen.

Es hatte sich auch für den Fall vorgesehen, daß die Buren trotz der ohne Zweifel sehr klugen Versöhnungspolitik der Briten in ihrer Gesamtheit den Gehorsam, die Gefolgschaft im Kriege verweigern würden! Ein Beamter des „Criminal Investigation Department" zu Windhuk äußerte offen — und ich hatte keinen Grund, seine Angabe zu bezweifeln — daß sich im Augenblick der Entscheidung, als es sich darum handelte, was wird Botha, seine Regierung, seine südafrikanische Partei tun, werden sie „loyal" bleiben, etwa 60 000 Mann australische Truppen an der südafrikanischen Küste befanden. Diese Truppen sind von Durban nach Kapstadt, dann von Kapstadt wieder nach Durban, zurück nach Kapstadt und abermals nach Durban befördert worden, fuhren an der Küste spazieren, bis — feststand, daß Botha sich gegen General Maritz, gegen Beyer und Christian de Wet, gegen Deutschland und für England erklärt hatte! Dann erst gingen die Transporte nach Europa weiter. So mein Gewährsmann.

Bei Gefangenen wurden Karten vorgefunden, die in mancher Hinsicht besser gewesen sind, als unsere deutschen Karten. Karten vom Schutzgebiet nämlich. Sie wußten bei jeder Wasserstelle anzugeben, wieviel Mann und Tiere dort ihren Durst zu stillen vermochten! Sie zeigten die genauen Maße von Brücken und ähnlichen wichtigen Bauwerken. Diese Karten waren also geradezu für die Zwecke militärischer Operationen angefertigt!

Unter den einrückenden Truppen der Union traf mancher Südwestafrikaner außerdem alte Bekannte! Leute, die jahrelang im deutschen Schutzgebiet als Prospektoren — man sieht da am meisten! — als Kellner, als Kaufleute, als, wer weiß was alles, freundschaftlich mit der Bevölkerung gelebt hatten, erschienen als Offiziere! Seit Jahren war das Schutzgebiet von der Union aus durch ein Heer von Spionen überwacht gewesen! Sogar als Schreiber des deutschen Gouvernements soll ein solcher Herr, wohl deutscher Herkunft, tätig gewesen sein. Daß der englische Konsul in Lüderitzbucht, ein Herr mit dem britischen Namen „Müller", der in der Diamantenzentrale sicherlich besser beschied wußte, als die deutsche Regierung, dann als britischer Major auftrat, sei am Rande bemerkt.

Digitized by Google

Feldzugsplan, genaue Kriegskarten, Spionage und dann die Kartenfälschung! England hatte die Eroberung Südwestafrikas — zum Wohle der Eingeborenen natürlich, die schon heute sehnlichst nach den deutschen Fleischtöpfen zurückverlangen — systematisch und peinlich exakt vorbereitet, daran ist kein Zweifel möglich.

— — — — — — — — — —

Und wir? Während der Anwesenheit des Staatssekretärs Solf in Südwest suchte man ihn zu überzeugen, daß eine weitere Verminderung der Schutztruppe schon der südafrikanischen Gefahr wegen unmöglich sei. „Meine Herren, um Gotteswillen davon kein Wort," meinte Seine Exzellenz, „sonst streicht uns der Reichstag noch zwei Kompagnien!" (Von den kläglichen 1967 Mann!) Und als im Landesrat einmal die Gemüter heftig aufeinanderplatzten, ein Redner ebenfalls auf die Möglichkeit eines Angriffes der Union hinwies, beeilte sich Exzellenz Dr. Seitz erregt die anwesenden Pressevertreter zu ersuchen, ja kein Wort darüber in den Bericht einfließen zu lassen! Auch in das amtliche Stenogramm durfte nichts darüber aufgenommen werden.

Dieser ängstlichen Zurückhaltung gegenüber britischer Skrupellosigkeit — ich erinnere an Cecil Rhodes Wort, man werde sich Südwest bei Gelegenheit schon holen — entsprach auch unser sonstiges Verhalten. Das Schutzgebiet war in keiner Weise, auf keinem Gebiet auf einen Krieg mit der Union vorbereitet. Sogar, als sich nach dem Mord in Sarajevo die Kriegsmöglichkeit jedem Klarsehenden aufdrängte, geschah von Deutschland aus nichts, das Schutzgebiet zu einer Verteidigung instand zu setzen. Nicht einmal die im September fällige Jahresbestellung an Proviant und Hafer wurde früher gesandt, geschweige denn, daß man irgendwelche moderne Geschütze, Flugzeuge, Autos, Benzin usw. geschickt hätte. Ein Kapitel für sich, diese Unterlassungssünde.

Und wie schonten wir die Empfindsamkeit der Union, hüteten wir uns, Unionsgebiet zu betreten, feindlich gegen die Union aufzutreten, um England keinen Grund zu geben, die Buren gegen uns mobil zu machen. Es erging im Einverständnis mit dem Kommandeur der Truppe, Oberstleutnant v. Heydebreck, ein strickter Befehl des Gouverneurs, kein Unionsgebiet zu betreten! Nach Ausbruch des Krieges selbstverständlich. Und obwohl die nachgeordneten Führer der Schutztruppe, darunter auch der damalige Major, jetzige Oberst Franke — Nachfolger v. Heydebrecks, als dieser verunglückte — den Angriff als beste Verteidigung empfahlen und auf den Einmarsch in die Union drängten, solange England der Buren nicht sicher war.

Digitized by Google

Man hoffte die Buren dabei zum Aufstand gegen das im Herzen gehaßte England fortzureißen. — Dies Drängen der Abteilungsführer war in der Bevölkerung bekannt geworden. Und da diese hoffte, ein Zurückhalten deutscherseits werde einen Angriff der Buren auf das Schutzgebiet verhindern können, beunruhigte man sich so darüber, daß ich selbst als Redakteur und Landesratsmitglied zu Seiner Exzellenz ging und ihn um Aufklärung bat. Dr. Seitz sagte: Die Schutztruppe untersteht mir und wird keinen feindlichen Schritt gegen die Union unternehmen, solange wir nicht angegriffen werden. Ich habe die Truppe in der Hand und Herr v. H. ist mit mir eines Sinnes!" So stand es mit unserer „Angriffslust"! — Erst als Ramansdrift von Unionstruppen angegriffen wurde, diese deutsches Gebiet betraten, setzten die militärischen Operationen unsererseits ein."

Aber noch mehr. Bekanntlich gelang es den aufständischen Freistaatburen unter Christian de Wet, dem General Beyer mit seinen Transvaalern nicht zu uns durchzubrechen, sie wurden von Botha gejagt und zur Strecke gebracht, bevor sie uns die Hand zu reichen vermochten. Nur General Maritz, der unweit der Grenze postiert gewesen war, hatte seinen Stützpunkt an der Schutzgebietsgrenze. Und da er immer wieder bat, man solle das Gebiet der Union nicht betreten, nicht gegen die Buren fechten, damit Botha keinen Grund habe, die Burenbevölkerung gegen uns aufzurufen, hielten wir uns solange zurück, bis — es zu spät war. Bis sich zeigte, daß der Burenaufstand ohne unsere tatkräftige Mitwirkung, das Rückgrat deutscher Gefechtseinheiten, erlöschen mußte. Leider auch bis die Übermacht der Bothatruppen bereits zu stark geworden war, keinen Erfolg mehr gestattete.

Sagt diese Gegenüberstellung nicht genug? Zeigt sie nicht deutlich, wer der Angreifer gewesen ist? Ich meine doch! Die vorbereitende, treibende Kraft war England. Und Botha handelte auf Befehl. Ob seine Politik vom Burenstandpunkt richtig war oder nicht, gehört nicht hierher.

Noch etwas, das zeigen soll, wie wenig man sich in London um die Meinung, das Gefühl der Buren kehrt. Die Burenbevölkerung Südafrikas war wohl durch die Bank gegen eine Ausweisung der Deutschen aus der Union. Daß die Deutschen in ihrem eigenen früheren Schutzgebiet rücksichtslos von Haus und Hof vertrieben werden könnten, daran dachte man in der Union kaum, das hielt man nicht für möglich. Dennoch wurde etwa die Hälfte der in Südwest angesessenen deutschen Männer und Frauen auf direkten Befehl Bothas — der Befehl kam aus Paris — ausgewiesen, bevor der Friede deutscherseits unterzeichnet worden war. Downingstreet befahl und Botha gehorchte.

Digitized by Google

Milizheere

Von Oberstleutnant a. D. Boelcke

Daß sich mit mangelhaft oder gar nicht ausgebildeten Truppen keine schnelle Entscheidung herbeiführen läßt, hatte eine lange Reihe von Volkskriegen, angefangen mit den Unabhängigkeitskämpfen der Amerikaner unter Washington bis zum Buren- und Balkankriege der neuesten Zeit unwiderleglich gezeigt. Die großen europäischen Festlandsmächte folgerten daraus, daß die soldatische Schulung aller Wehrfähigen unumgänglich notwendig sei.

So stießen 1914 gewaltige Heeresmassen vortrefflich Ausgebildeter aufeinander. Doch siehe da! Das Niederzwingen des Gegners in wenigen Wochen, womit man doch so bestimmt gerechnet hatte, gelang nicht. In dem endlosen Ringen, das nun folgte, wurden die Kerntruppen zu immer dürftigeren Milizen. Ludendorff schildert dies in seinen Kriegserinnerungen vom 8. August 1918 folgendermaßen: „Ich hörte ..., wie sich unsere Mannschaften einzelnen Reitern, geschlossene Abteilungen Tanks ergaben! Einer frisch und tapfer angreifenden Division wurde von zurückgehenden Truppen „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen ... Der 8. 8. stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest." Auch auf Seiten der Entente war die Kampfkraft durchaus nicht auf der Höhe; nur an Zahl, Ausrüstung und Verpflegung blieben die Feinde uns überlegen.

Die großen stehenden Heere waren also ihrer Aufgabe doch nicht gewachsen gewesen. An den Abwehrmitteln der neuen Kriegstechnik erlahmte ihr Angriffsschwung, und bald stellte es sich auch heraus, daß der Durchschnitts-Frontsoldat nicht der richtige Mann war, allen technischen Feinheiten der neuen Kriegführung nachzugehen.

Gleich Pilzen nach befruchtendem Landregen entstanden nämlich zahllose Truppenverbände und Stäbe für ausgesprochen einseitige Sonderzwecke, die alle eine hervorragend gediegene Fachausbildung haben mußten. Nur ausnahmsweise konnten derartige „Spezialisten" den Kreisen der Berufssoldaten entnommen werden. Die überwiegende Mehrzahl ergänzte sich aus verwandten bürgerlichen Berufen. Wenige Stichworte aus der Fülle der Erscheinungen beliebig herausgegriffen, werden das sofort klarmachen. Wie sollte der Offizier und Unteroffizier des stehenden Heeres Gaskampfmittel, Wetterkunde, Unterwasser-Schneideverfahren, Geologie, Schützengraben-Bagger, die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, das Wesen der Presse beherrschen?

Selbst auf ihren eigensten Fachgebieten kamen die Frontsoldaten der technischen Waffen allmählich ins Hintertreffen. Denn vielfach reichten ihre Kenntnisse nicht aus, um mit der raschen Durchbildung aller Geräte und Verfahren Schritt zu

Digitized by Google

halten. Die Artillerie bietet hierfür mehr als ein treffendes Beispiel. So hatte sich die Feldartillerie im Frieden mit der Technik nur im allerengsten Rahmen beschäftigt. Die mittelbaren Schießaufgaben des Stellungskrieges „lagen" ihr deshalb wenig, und noch nach zwei bis drei Kriegsjahren konnten sich z. B. manche ihrer Offiziere — von den Unteroffizieren ganz zu schweigen — nur schwer mit dem unentbehrlichen Batterieplan befreunden. Der war nun freilich in der schweren Artillerie längst gebräuchlich, aber die Einzelheiten der Vermessung und die Berücksichtigung der Witterungseinflüsse waren auch ihr fremd. Vollends in die verwickelten Beziehungen des Schießens nach Luftzielen und in die verschiedenen Anschneide- und Meßverfahren fanden sich die Angehörigen technischer Berufe, wie Ingenieure, Baumeister, Landmesser ungleich leichter hinein als der Artillerist ohne Sonderausbildung.

So notwendig auch die kriegerischen Tugenden für die Masse des Heeres, insbesondere für die Trägerin des entscheidungsuchenden Angriffs, die Infanterie, sind, sie allein genügen nicht mehr für die vielgestaltige Kriegführung von heute. Ihre technische Seite wird aller Wahrscheinlichkeit nach künftig nur noch stärker hervortreten, und vielleicht wird der gewiegte Physiker oder Chemiker eine ganz bedeutende Rolle in den Schlachten kommender Jahrzehnte spielen.

Daß in einer selbst langen Dienstzeit alle fürs Feld nötigen technischen Dinge geübt und eingespielt werden können, ist wohl ausgeschlossen. Auf den Kostenpunkt, der das verbietet, komme ich später zurück. Aber schon das Wissen und Können, das hierzu im Heere ständig verkörpert sein müßte, ist so bedeutend, daß schließlich aus dem Heere eine Hochschule würde. Kein Soldat kann das wünschen. Somit bleibt nur übrig, die bedeutenden Fachleute der bürgerlichen Berufe im Kriege in den wichtigen technischen Stellen zu verwenden, auch wenn sie nicht in wünschenswertem Maße von Kriegshauch beseelt sind. Das bedeutet aber nichts anderes, als Annahme des Milizsystems für die Sondertruppen.

Immerhin könnte man noch daran denken, jedem Wehrfähigen eine militärische Ausbildung zu geben und so wenigstens die Hauptwaffen in ähnlicher Weise auf den Krieg vorzubereiten wie früher. Aber auch das wird auf die Dauer undurchführbar, weil die kostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse Europas es verbieten. Die im Weltkriege Besiegten scheiden von vornherein aus. Die siegreichen Festlandsmächte dagegen machen heute noch alle Anstrengungen, den Militarismus hochzuhalten, doch schon hört man von Geldschwierigkeiten. Es klingt durchaus glaublich, daß die Vereinigten Staaten den Franzosen weitere Vorschüsse verweigern, weil die Gelder für eine Luftflotte und nicht für werbende Anlagen bestimmt seien.

Man beachte nur, wie unendlich viel mehr an Waffen, Gerät, Ausrüstung usw.

Digitized by Google

heute ein Volksheer haben muß, als noch vor sechs Jahren, und daß alles mindestens das Sechsfache, manches das Zehn- und Zwanzigfache des früher Üblichen kostet. Es leuchtet ein, daß selbst ein Staat wie Frankreich, der die unabsehbaren Folgen seiner vergiftenden, eine wahre Drachensaat ausstreuenden Rachepolitik befürchten und daher wie kein anderer ständig gerüstet sein muß, dennoch Heer und Flotte arg wird beschneiden müssen. Bald können wir also wohl überall schwache stehende Heere sehen, im günstigsten Falle für ganz kurze Manöver verstärkt durch Übungsmannschaften. Somit würden die Kriege der Zukunft im wesentlichen mit Milizen geschlagen werden.

Auf den ersten Blick erscheint das uns, die wir von jeher an so ganz andere Begriffe gewöhnt sind, nur schwer faßlich. Aber, so muß man fragen, sollte sich denn der Wahnsinn des Weltkrieges nochmals wiederholen können? Alles in uns sträubt sich, das zu glauben, und auch die innere Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Goethe drückt das in seinem Gedichte „Eins und Alles" folgendermaßen aus:

„Und umzuschaffen das Geschaffne,
Damit sich's nicht zum Starren waffne,
Wirkt ewiges, lebendges Tun.
Und was nicht war, nun will es werden,
Zu reinen Sonnen, farb'gen Erden;
In keinem Falle darf es ruhn.

Es soll sich regen, schaffend handeln,
Erst sich gestalten, dann verwandeln;
Nur scheinbar stehts Momente still.
Das Ew'ge regt sich fort in allem:
Denn alles muß in nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will."

Offenbar bedeutet der Weltkrieg, der mit so vielem Schluß gemacht hat, auch das Ende der wohlausgerüsteten Massenheere. Kleine, bewegliche Armeen von Berufssoldaten, örtlicher, vornehmlich durch technische Mittel verstärkter Schutz meist ortsangesessener Milizen und bei Kämpfen zwischen hochentwickelten Staaten Luftgeschwader, das sind anscheinend, soweit das Auge den Nebel der Ungewißheit zu durchdringen vermag, die Hauptmerkmale kommender Kriege. Vielleicht gibt die gerade jetzt im Osten drohend heranziehende Bolschewistengefahr bald schon hierüber einige Klarheit.

Die letzten Nachrichten aus Rußland und insbesondere die eiligen polnischen Rüstungen deuten auf einen bevorstehenden Angriff der Bolschewisten in westlicher Richtung hin. An ausgebildeten Truppen wird es ihnen nicht fehlen, wohl

Digitized by Google

aber an Ausrüstung und Nachschubmöglichkeit. Bei dem unleugbaren Geschick, das die Sowjetregierung im Ausstreuen von Zweckmeldungen entfaltet, werden wohl auch ihre Millionenheere um mindestens eine, wenn nicht um zwei Nullen zu groß angegeben sein. Immerhin sind sie von zündenden Idee beseelt und dadurch einem uneinheitlichen Gegner, wie z. B. den bereits bolschewistisch angekränkelten, schnell zusammengerafften Polentruppen weit überlegen. Diese kann man kaum anders denn als Milizen schlechtester Verfassung ansprechen. Werden sie, wie man annehmen muß, zersprengt, dann kann leicht im Osten ein neuer Brandherd entstehen, den das verarmte, ausgeblutete Europa nur schwer zu löschen imstande sein wird. Zehrende Kämpfe hier und da, mit Erbitterung, Roheit und ohne rechte Entscheidung geführt; das dürfte dann das Wesen dieser Kriegführung sein.

Für die Menschlichkeit!

Von Dr. Richard Thurnwald

„Gott will es!" — unter diesem Ruf zogen die Kreuzfahrer aus. „Für das Evangelium! Für die heilige Kirche!" galt einige Jahrhunderte später die Parole. Heute ist das Schlagwort „Für die Menschlichkeit!" geworden. Die grausame Hungerblockade gegen Deutschland wurde „für die Menschlichkeit" betrieben. Die 14 Punkte stellte Wilson im Kampf für das Wohl der Menschheit auf und er hielt sein Wort nicht, weil es das Interesse der Menschlichkeit forderte. Die Bolschewisten in Rußland übertreffen Iwan den Grausamen im Interesse ihrer Ideale, im Interesse von Menschlichkeit. In Ungarn ist das ebenso geschehen, und nun werden diese „Idealisten" nach ihrem eigenen idealen Rezept verurteilt. Im alten Österreich aber scheint überhaupt keine Kraft mehr zu leben — da siecht man hin und erlöscht, verhungert, dank der „Menschlichkeit", für die an allen Ecken so begeistert gekämpft wird, und deren Wirkungen nun auch von den Engländern an Ort und Stelle „studiert" wird. Man denkt daran, daß es den Verbrecher treibt, sich neugierig an den Ort seiner Tat zu begeben. Nun wollen sich die Engländer durch Augenschein überzeugen, wie ihre Methode gewirkt hat.

Vor mir liegt ein Bericht über „Chronische Massenerkrankungen unter Wiener kleinen Kindern im Kriege". Ein Separatabdruck aus Nr. 50 der „Wiener Medizinischen Wochenschrift 1919". Ihr Verfasser ist Dr. Siegfried Weiß, der seit vielen Jahren mit zäher Energie Säuglingsfürsorge in Wien betreibt. Das Ergebnis beansprucht noch aus dem Grunde unser besonderes Interesse, — nicht nur weil es sich in Wien um deutsche Volksgenossen handelt, — sondern weil

Digitized by Google

auch uns vielleicht noch selbst das Schicksal von Wien und Österreich bevorsteht, und wir dann den Engländern als „Studienobjekte" dienen werden, wie sonst die verhungernden Inder und Iren.

Ein außerordentlich großes Material ist von Weiß exakt bearbeitet worden und der Wert dieser Bearbeitung ist um so höher einzuschätzen, als auch der Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege zu Gebote steht.

Die Kriegswirkungen zeigen sich bereits seit 1916. Seitdem wird von den in Fürsorge stehenden Kindern nicht mehr das Sollgewicht erreicht. Weitaus der größte Teil der Kinder bleibt, obwohl durch die ersten Lebensmonate gestillt, um 30 und mehr Prozent im Untergewicht. Auch die Säuglingsmütter bleiben erheblich, um über 60 Prozent, im Gewicht zurück. Und das, obgleich sie im allgemeinen einer gutsituierten Arbeiterschicht angehören. Dabei ist die Stillfrequenz sowie die Stilldauer sehr hoch geblieben, doch versiegte die nötige Milchabsonderung bei den Müttern frühzeitig, so daß als Ergänzung Kuh- und Ziegenmilch herangezogen werden mußten. Besonders stark tritt dies seit Anfang 1919 in Erscheinung.

Nun aber die weiteren Folgen! Bei ausnahmslos allen Kindern wurden rhachitische Symptome konstatiert und zwar: „Bei der Gesamtheit von 100 Kindern konnten an jedem einzelnen mehr als sechs Zeichen von Rhachitis nachgewiesen werden" (S. 8—9).

Die Menschlichkeit der Engländer kann befriedigt sein. Man erinnert sich der Äußerung der englischen Zeitschrift „Common Sense", worin Fred Wite in dem Artikel „Die Hunnen von 1940" schrieb: „Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halbverhungert sind, oder durch die tausend und einen unheimlichen sog. Nahungsersatzmittel, mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein, sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet oder im Wachstum unternormal." . . . . „Ich gehe weiter im Vorausblick auf Deutschland: Ich spreche aus, daß nicht nur Zehntausenden von ungeborenen Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß, als sei ihnen durch Rechtsverfahren ein solches Urteil gesprochen, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Deutschen, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchen Schicksal ins Angesicht schauen werden. Rhachitis wird vielleicht die gewöhnlichste Form sein, in der der untaugliche Deutsche der Nachkriegszeit angetroffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Rhachitis die englische Krankheit. Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient. Denn die

Digitized by Google

britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige Ernährungsnot und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden."

Soweit der Engländer Mitte Dezember 1918. Wer beanstandet noch, wenn ich sage: Die englischen Kommissionen drängt es, sich nach Deutschland zu begeben, wie den Verbrecher an den Ort seiner Missetat? Denn auch Wien und Österreich bleiben deutsches Land trotz der Intriguen der Entente.

Weiß beschreibt nun im einzelnen die verschiedenen rhachitischen Erkrankungen und er fügt Bilder bei, die von der englischen Untersuchungskommission selbst aufgenommen worden sind, — natürlich um der Menschlichkeit willen! Es sind entsetzliche Bilder. Man sehe sie sich an! Zwei oder drei Jahre alte Kinder haben ein geringeres Gewicht, als sie als Neugeborene hatten.

Die schmucklose nüchterne statistische Zusammenstellung, die sorgfältig vermeidet, auch nur mit einem Worte des Vorwurfs der im Namen der Menschlichkeit tätigen Feinde zu erwähnen, schließt damit: „Der Wiederaufbau der Bevölkerung muß im Kleinkinderalter fortgesetzt werden. Es muß die Produktion von Frischnahrung in unserem eigenen Lande eintreten und unsere Kleinkinder müssen von der Ersatznahrung und den Konserven loskommen." Wenn er aber meint: „Es ist zu hoffen, daß dieser Beitrag zu weiteren Schritten behufs Erreichung dieses Zweckes führen möge", — so fürchte ich, daß der Verfasser, der sich auf die englische Kommission verläßt, verlassen bleibt.

Den Wiederaufbau an dem obersten Volksgut, der Volksgesundheit und der Nachkommenschaft müssen wir selbst in die Hand nehmen und nicht auf die Kommissionen vertrauen, welche die Missetäter aus Menschlichkeit uns schicken. Nötig dazu wäre freilich ein Zusammenarbeiten aller Volksgenossen, die ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung in dieser Grundvoraussetzung der Existenz des Volkes im Wiederaufbau seiner lebendigen Zukunft sich begegnen müssen; denn sonst wären wir wert, unterzugehen als Volk und als Nation.

Die Elternbeiräte

Von Elly Heuß-Knapp

Der Mensch ist ein wunderliches Geschöpf! Bisher konnte man in manchen Kreisen, sobald Mütter beieinander saßen, das große Klagelied über die Schule hören, die Überlastung, das mangelnde Verständnis für die Individualität des Kindes, den Ton in den Pausen, die Gesellschaft der Kameraden — eine ganze Litanei. Nun hat der Erlaß des Kultusministers Haenisch den Eltern ein kleines Seitenpförtchen in das streng verschlossene Schulhaus geöffnet; im Elternbeirat

Digitized by Google

haben die Eltern beratende Stimme bekommen bei Angelegenheiten des Schulbetriebs, der Schulzucht, der körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Kinder. Kaum ist dieses verkündigt, so sind diese selben Eltern entsetzt über eine solche revolutionäre Änderung und erklären feierlich, daß sie diesem umstürzlerischen Erlaß mit tiefem Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn der Herr Direktor in der Elternversammlung erklärt, bisher habe er die Eltern für die besten gehalten, die man am wenigsten sieht, so erntet er lauten Beifall. Mit Verlaub, Herr Direktor, das waren vielleicht die bequemsten Schüler, die solche unsichtbaren Eltern hatten. Aber die besten Eltern hatten wohl von jeher den Wunsch, den Mann oder die Frau persönlich zu kennen, denen sie ihr Kind anvertrauen mußten. Und die besten Lehrer werden von jeher diesen Wunsch erwidert haben, um so durch die Eltern die Schüler richtiger verstehen zu können. Wenn ein Erlaß des Kultusministers diese Fühlung zwischen Schule und Elternhaus fördern will, so ist dieser Versuch im Interesse beider Teile gelegen. Man muß nur hüben und drüben mit gutem Willen an die Sache herangehen. Für die Schulleitung hat die Neuerung freilich ihre Unbequemlichkeiten (auch mancher Schulmann will „Herr im eigenen Haus sein"), — das läßt sich verstehen. Aber wieso es viele Eltern übelnehmen, wenn man ihnen das bescheidene Recht einräumt, in Schuldingen mitzureden — das ließe sich schwer begreifen, dächte man nicht an das alte Wort: „die Griechen fürchte ich — und doppelt, wenn sie schenken". Ja, wenn ein früherer Kultusminister die Eltern gerufen hätte, dann wären sie freudig gekommen. Aber was soll von einem „revolutionären" Minister gutes kommen! Man sucht nach Hänischs Pferdefuß! Wird ihn aber schwer finden bei diesem harmlos liebenswürdigsten aller Minister, der vergebliche Liebesmühen aufwendet, um es allen recht zu machen!

Hier muß ich der Gerechtigkeit halber einfügen, daß ich nur von einigen Großberliner höheren Knaben- und Mädchenschulen nach eigenen Erfahrungen berichten kann, Anstalten mit geringem Prozentsatz an sozialistisch gesinnten Eltern. Aber dies ist symptomatisch: Wie weit entfernt sind wir noch vom Willen zur Volkssouveränität! Wer mit der Schule unzufrieden ist, mag lieber schimpfen, als ein Stück Verantwortung übernehmen und mitarbeiten.

Was kann denn nun der Elternbeirat leisten? Zunächst sei gesagt, was er nicht kann. Er kann nicht den Lehrplan und die Lehrmethode ändern oder beeinflussen. Die Elternversammlungen erregten sich heftig über die Frage: Erhaltung des Religionsunterrichts und des national gerichteten Geschichtsunterrichts. Gewiß zwei wichtige Punkte, wohl wert, die Eltern mit starkem Interesse zu erfüllen. Wer unsern Kindern die Wassersuppe des religionslosen Moralunterrichts vorsetzen will, oder den Sinn für Heldentum zerstören durch ein Verbot „die Einzelpersönlichkeit — losgelöst von der Zeit — mit einem Nimbus zu umgeben" (dies ist ein Zitat aus einer Denkschrift der entschiedenen Schulreformer) — der möge seine Finger

Digitized by Google

von dem feinen, leicht zerstörbaren Gewebe unserer Volkserziehung gefälligst lassen! Aber, lieber Herr Diskussionsredner, spare deine entrüsteten Pointen für eine andere Gelegenheit auf! Der Elternbeirat hat darüber wirklich nichts, aber auch gar nichts zu bestimmen. Selbst wenn der ganze Elternbeirat einer Schule aus lauter monistischen Welträtsel-Nußknackern bestünde, selbst dann bliebe der Unterricht davon ganz unberührt.

Die Schule als Unterrichtsanstalt wird vom Elternbeirat nicht beeinflußt, aber sie ist zugleich Lebensgemeinschaft, und in dieser Sphäre soll der Elternbeirat zur Mitarbeit berufen sein.

Für die Kinder der Unterstufe wird die Mutter mehr als der Vater im Elternbeirat von Nutzen sein. Für jede Mutter ist es ein schwerer Augenblick, wenn sie ihr Kind aus der geschützten Familienstube in die rauhere Luft der Schule bringen muß, und bei diesem ersten Kreuzen der häuslichen Erziehung mit der der Schule mag es manchen Konflikt geben, der sich eignet, im Elternbeirat besprochen zu werden, sobald er, wie der Erlaß sagt, über das Persönliche hinaus allgemeines Interesse hat. Für viele Eltern können solche Aussprachen zu Lehrstunden der Pädagogik werden, vor allem an den Elternabenden, die der Beirat einberufen kann. Soll ich einige Themata vorschlagen? „Was sollen unsere Kinder in der Freizeit anfangen?", „Schulaufgaben mit oder ohne Elternhilfe", „Die Kleidung der Schulkinder", „Die Schulpause", „Schulkameradschaften", „Von den Schullügen," „Von der Schulangst" ... Die Liste ließe sich noch lang fortsetzen.

Bei der Mittelstufe wird die Schuldisziplin im Brennpunkt der Erörterungen stehen; die berühmten Flegeljahre, bei Mädchen wie Knaben, bringen das so mit sich. Da mögen die Eltern etwas mehr Verständnis für das schwere Amt des Lehrers aus diesen Beratungen mit heimnehmen, und beide Teile sich gegenseitig stärken im unerläßlichen Humor, diesem viel zu wenig beachteten Erziehungsfaktor!

Die Oberstufe bringt schwerere Probleme. Hier soll ausgeglichen werden zwischen dem starken Trieb zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung, — heiligen Rechten der heranreifenden jungen Menschen — und der Autorität der Schule. Die körperlichen und seelischen Konflikte der Entwicklungszeit erfordern eingehendes Verständnis. Die Fühlung zwischen Eltern und Lehrer kann hier die stärksten Segenswirkungen entfalten. Ein Fall wird im Erlaß besonders hervorgehoben: wenn ein Schüler um schwerer Vergehen willen aus der Schule ausgeschlossen werden soll, oder sein Abgangszeugnis eine Bemerkung enthalten soll, das sein Ansehen bei den Mitmenschen schädigen kann, so soll der Elternbeirat gehört werden; — zum Glück wird hinzugefügt: auf Wunsch der Eltern des „Angeklagten". In der Regel werden Schulleiter und Lehrerkollegium den Sitzungen beiwohnen, ohne mit abstimmen zu können; doch kann der Elternbeirat auch ohne Zuziehung der Lehrer tagen.

Digitized by Google

Diese Befugnisse sind gewiß bescheidener Natur. Wohl möglich, daß die ganze Einrichtung kaum über das Vegetieren hinauswächst zu eigenem Leben. Es wird — wie immer und überall — auf die Menschen ankommen, nicht auf den Wortlaut der Bestimmung. Dieser war, nebenbei bemerkt, von Anbeginn recht unsicher, in Einzelheiten fortwährend geändert und wiederhergestellt, um neu geändert zu werden, so daß der Verdacht auftaucht: sollte ein Geheimrat im Kultusministerium hier Falleisen verborgen angelegt haben, um seinen hohen Vorgesetzten bei der Elternschaft zu diskreditieren?! Zum Schluß sind schließlich die schlimmsten Steine des Anstoßes beseitigt worden: die unpersönliche Wahl durch vertrauenswürdige Boten und der Entzug des Wahlrechts der Stiefeltern, während Adoptivelfern schon von Anfang wahlberechtigt sein sollten.

Nach welchen Gesichtspunkten sollen nun aber die Listen aufgestellt, die Kandidaten ausgesucht werden? Aus allem vorausgegangenen erhellt schon die rein pädagogische Aufgabe des Beirats, — folglich sollten pädagogische Erwägungen den Ausschlag geben. Das ist auf den „unpolitischen" Listen versucht worden. Angehörige der verschiedenen Konfessionen und Parteien sind hier nach ihren erzieherischen Fähigkeiten und Interessen ausgewählt. Die sozialdemokratischen Parteien haben für die Berliner Volksschulen eigene Listen aufgestellt und durch den Kampf um die Elternstimmen die parteipolitischen Kräfte gemessen — die pädagogische Frage wurde zum Vorwand einer Machtprobe. Es kann nun hübsch werden, wenn sich an diesen Schulen die Eltern im Beirat nach Fraktionen gliedern. Ich lese im Geist bereits Protokolle etwa der Art: „Namens seiner Fraktionsgenossen von der U. S. P. spricht Herr X (2 Söhne in der 3. und 6. Klasse) über die hygienischen Mißstände der Abortanlagen, Frau Y (Sohn in Klasse 8) erklärt, daß ihre Gesinnungsgenossen von der Rechten keinen Neubau der Abortanlagen für nötig halten, sondern die Erziehung der Kinder zur Reinlichkeit..."

Alle vernünftigen Eltern aus allen Parteien stimmen darin überein, daß die Parteipolitik von der Schule fernbleiben muß. Vielleicht können die Elternbeiräte auf diesem Gebiet Gutes wirken, wenn es ihnen gelänge, die bestehenden politischen Jugendvereine aus der Schule zu verbannen! Aber zunächst muß dazu im Elternbeirat selbst die Parteipolitik völlig ausgeschaltet werden.

Für die Großstädte können die Elternbeiräte noch eine bisher unbeachtete, sehr erfreuliche Nebenwirkung haben: dadurch, daß die Eltern der Klassengenossen sich kennenlernen, entstehen Beziehungen, die in der Kleinstadt noch ganz natürlich von selber wachsen, menschliche Bindungen, die Luther unter das tägliche Brot rechnete, als „gute und getreue Nachbarn". Der Staat, — der Volksstaat — kann nur gewinnen, wenn überall die spärlichen Ansätze einer Erziehung zur Selbstverantwortlichkeit gestärkt werden. Schließlich aber: die Schule ist für die

Digitized by Google

Kinder da. (Bitte, das ist kein Gemeinplatz, denn bei manchen Verhandlungen mancher Lehrer-Berufsvereine klingt es mehr so, als sei die Schule für Standesbewegung und Gehaltsregelung der Lehrer geschaffen.) Nun, unsern Kindern kann der Elternbeirat keinesfalls etwas schaden, öfters einmal positiv nützen. In der Regel wird er ihnen gleichgültig erscheinen. Denn in der Schule wie im Leben ist doch jeder einzelne selber „seines Glückes Schmied".

Eine merkwürdige „Kapitalsteuer"

Die Notwendigkeit, Steuern zu nehmen, wo sie zu finden sind, braucht hier nicht ausführlich begründet zu werden. Wenn man auch nur einigermaßen aus dem Tohuwabohu herauskommen will, so darf man nicht allzu wählerisch sein mit den Steuerobjekten und darf sich auch nicht allzu sehr von den Klagen der von der Steuer Betroffenen rühren lassen. Denn sonst käme man überhaupt zu keinen Staatseinnahmen. Indessen gibt es doch auch Fälle, in denen sich selbst der Steuerfreudigste an den Kopf greift und sich fragt, was sich der Gesetzgeber bei den Vorlagen wohl gedacht hat. Hierher gehört nun die neueste Ausweitung der Kapitalertragssteuer. An und für sich handelt es sich bei dieser um eine durchaus berechtigte und vertretbare und sogar recht praktische Abgabe. Man weiß, künftig sollen auf jegliche Art von Kapitaleinkünften 10 Prozent Abzüge zugunsten der Reichskasse gemacht werden. Man erhält also für seine Kriegsanleihe nicht mehr 5, sondern 4½ Prozent ausbezahlt und die Sparkasse muß von den 3½ Prozent Zinsen, die sie zahlt, ein Zehntel, also 0,35 Prozent an das Reich abführen und der Sparer selbst erhält nur 3,15. So ist es mit Hypothekenzinsen und so ist es auch selbstverständlich mit Bankeinlagen. Es ist durchaus berechtigt, daß auf die sogenannten Habenzinsen keine besondere Vergünstigung gegenüber anderen Geldinstituten gewährt wird.

Ganz anders aber steht es mit einem am 21. Februar im 10. Ausschuß der Nationalversammlung angenommenen Antrag Blunck. Dieser beschränkt sich nicht darauf, auf die bei den Banken an die Kundschaft auszubezahlenden Zinsen den 10prozentigen Abzug zu machen, sondern daneben sollen auch die Banken und Bankgeschäfte aus den ihnen zufließenden Gewinnen aus den Sollzinsen Kapitalertragssteuer zahlen müssen. Beim ersten Lesen glaubt man, es handle sich hier um einen Übermittlungsfehler. Denn da von vornherein als selbstverständlich angenommen werden muß, daß die Banken selbst eine derartige Steuer weder tragen werden noch tragen können, so bedeutet eine solche gesetzliche Vorschrift nichts anderes als eine ungeheuerliche Belastung nicht etwa des

Digitized by Google

Kapitalisten, sondern im Gegenteil des Geld- und Kapitalbedürftigen. Machen wir uns klar, um welchen Vorgang es sich hier handelt: Wenn irgend jemand bei einer Bank Geld leiht und dafür Zinsen an die Bank entrichtet, so hat die Bank von diesen eingehenden Zinsen ein Zehntel an den Fiskus abzuführen. Nun ist die Ansicht ziemlich allgemein verbreitet, daß das Geld in absehbarer Zeit außerordentlich teuer werden wird, sobald einmal die übermäßige Inflation eingedämmt ist. Wir werden dann sehr wahrscheinlich auf Zinssätze von 9 bis 10 Prozent kommen. Wie diese getragen werden können, ist ohnehin heute einigermaßen unklar. Wenn nun von diesen 10 Prozent 1 Prozent an den Staat fließen soll, so werden dies die Banken darum nicht tragen können, weil ja diese 10 Prozent nicht etwa eine Reineinnahme der Banken darstellen. Die Banken sind ja im allgemeinen nur Geldvermittler. Sie leihen das ihnen von Einlegern gegebene Geld an ihre kapitalbedürftigen Kunden aus und müssen außerdem aus jenem Zinsunterschied zwischen Soll und Haben ihre scharf ansteigenden Unkosten decken und diese Unkosten werden in der nächsten Zeit immer weiter sich erhöhen, nicht zuletzt darum, weil die Banken in weitgehendem Maße die Geschäfte des Steuerfiskus werden besorgen müssen. Wenn nun auf die Sollzinsen jene Abgabe erfolgt, so gibt es an und für sich nur drei Wege: entweder sie werden dem Einleger zu Lasten geschrieben oder die Bank muß sie entrichten oder aber der Kredit wird weiter verteuert. Dem Einleger wird man sie nicht auferlegen können, denn der hat ja ohnehin schon 10 Prozent auf sein Bankguthaben zu entrichten. Wenn er beispielsweise bisher 3 Prozent erhalten hat, so erhält er jetzt 2,7 Prozent. Zieht man ihm noch das eine Prozent ab, so sind es gar nur mehr 1,7 Prozent und dann wird der Einleger sein Geld den Banken entziehen und es anderswo besser und rentabler anlegen. Für die Bank selbst aber würde vermutlich eine Übernahme jener Steuerlast die Aufzehrung eines sehr großen Teiles des Gewinns bedeuten. Es spricht auch alle Erfahrung gegen die Annahme, daß die Banken eine solche Sondersteuer übernehmen würden. Es wird auch in diesem Fall eine Abwälzung auf den Kunden, also auf den Geldsuchenden, vorgenommen werden. Das aber führt, wie gesagt, zu Geldsätzen, die nicht mehr zu ertragen sind.

Das Allerschlimmste aber hat anscheinend der Gesetzgeber ganz vergessen. Das ist die Förderung ausländischer Banken und Institute durch jene Vorschrift. Heute schon ziehen ausländische Bankfirmen große Vorteile aus der Aufhebung des Bankgeheimnisses. Sie versuchen bereits jetzt namentlich im besetzten Gebiet den heimischen Instituten das Wasser abzugraben. Wenn nun gar noch eine derartige Vorschrift, wie sie hier mit den Sollzinsen versucht wird, Gesetz wird, so wird vollends eine Massenflucht aller Geldbedürftigen zu jenen ausländischen

Digitized by Google

Stellen eintreten, die ja in keiner Weise dazu angehalten werden können, diese Steuer auf Sollzinsen nach Deutschland zu zahlen. Darum wird man gut tun, im Plenum der Nationalversammlung schleunigst jenen Ausschußantrag zu Fall zu bringen. Severus Linter.

Notizen

Film und auswärtige Politik. Dr. Max Linde, der Generalsekretär des „Verbandes für den Fernen Osten", schreibt in den „Deutschen Nachrichten":

Der Gefahrenkomplex des modernen Films wurde gerade neuerdings mit Rücksicht auf die Schaffung einer gesetzlichen Filmzensur von allen Seiten eingehend erörtert. Nur sehr selten wurde dabei der Zusammenhang zwischen Film und auswärtiger Politik gestreift, geschweige näher erörtert. Daß jedoch ein solcher Zusammenhang besteht, ist allen Urteilsfähigen wohl selten klarer zum Bewußtsein geführt worden, als in den letzten Wochen, in denen der große Kreis der Kinobesucher durch einen Riesenfilm mit dem Gesamttitel „Die Herrin der Welt" in atemloser Spannung gehalten wird.

Mit einem fast märchenhaften Apparat ist hier ein Werk geschaffen worden, das wohl auch von den Sachverständigen auf diesem Gebiete zu den technischen Höchstleistungen der deutschen Filmindustrie gerechnet werden dürfte.

Um so bedauerlicher ist es, daß der geistige Gehalt, soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann, mit der hohen Technik nicht entfernt im Einklang steht. Ja, noch mehr. Man kann sagen, daß ein großer Teil des Inhaltes dieses Films eine Gefahr und eine nicht tief genug zu beklagende Verirrung bedeutet.

Sofort die ersten Szenen führen in das chinesische Bordell-Leben und bringen brutale Gewalttätigkeiten gegen eine junge dänische Erzieherin, die mit List ins Freudenhaus gebracht wurde. Weil sie ihrem Peiniger nicht gefügig ist, wird sie in ein unterirdisches Loch gesperrt, in dem die Wassermassen Zentimeter um Zentimeter an ihr emporsteigen. Über dem Gitterwerk des Loches steht mit steinhartem Gesicht, in dem sich kein Muskel rührt, der Wirt, weidet sich an der qualvollen Angst und Pein seines Opfers und hebt es schließlich, mehr tot als lebendig, aus dem nassen Element. Der Polizeipräfekt von Kanton, begierig auf weiße Mädchen, zieht mit dem Freudenhausbesitzer am gleichen Strang. Als sie, noch in des ersteren Damen, über das Zusammenbringen von Mädchen und Präfekt unterhandeln, läßt sich der dänische Konsul melden Der Präfekt versteckt für die Dauer der Verhandlung mit diesem seinen üblen Gast in einem Nebenraum, um, wie er sich ausdrückt, zunächst den „europäischen Hund" abzufertigen. Dieser „europäische Hund" bringt das Verschwinden weißer Mädchen zur Sprache; der Präfekt weiß natürlich durchaus nichts von irgend etwas derartigem, verspricht aber, nicht nur seine Beamten nachforschen zu lassen, sondern höchstpersönlich den Sachverhalt aufzuklären. So schnell wie möglich befreit er sich von dem lästigen weißen Eindringling, um die Verhandlungen wegen des Besuches im Lusthause fortzusetzen. Der Verabredung gemäß stellt er sich pünktlich ein und macht die Bekanntschaft des vergewaltig-

Digitized by Google

ten europäischen Mädchens. Inzwischen wird dessen Rettung durch einen jungen Chinesen, der in Europa studiert hat, in die Wege geleitet, wobei es ohne Mord an einer scheußlichen Bestie, einem Negereunuchen, nicht abgeht. Der junge europäisierte chinesische Retter wird jedoch ergriffen. Der Bordellwirt läßt ihn in seiner Wut an einen Balken binden und befiehlt kaltblütig, ihm die Pulsadern so zu öffnen, daß die Verblutung und damit die Erlösung durch den Tod nicht vor Ablauf von drei Tagen eintritt. In konvulsivischen Zuckungen wälzt sich dieses Opfer eines verlierten Gefühls in namenloser Qual auf dem Boden, bis es schließlich von jenem dänischen Konsul gerettet wird. Nur so viel über den ersten Teil, obgleich noch wesentlich mehr darüber zu sagen wäre.

Der dritte Teil steht unter dem Zeichen der Fremdenfeindlichkeit. Eine junge Chinesenmutter glaubt die Europäerin, da sie ihr Kind durch Blick und Berührung verhext habe, schuldig an dessen Tod. Der Dolch, den sie nach ihr wirft, verfehlt nur aus Versehen sein Ziel. Das ganze Dorf wird aufgeboten; der alte, würdige katholische Priester wird brutal vor der Tür seiner Kirche niedergeschlagen; die Europäerin flieht bis auf den Glockenstuhl des Gotteshauses. Wieder wird sie von jenem jungen Chinesen mit dem europäischen Doktorhut gerettet; aber auch er erweist sich letzten Endes als ein Schuft, der seinen Nebenbuhler, den dänischen Konsul, bestiehlt und betrügt.

Hätte man sich bemüht, bewußt und absichtlich ein Filmwerk zu schaffen, dessen Zweck sein sollte, China und sein Volk in der Achtung der Welt herabzusetzen, man hätte beim besten Willen ein für diesen Zweck geeigneteres Werk als dieses nicht schaffen können. Und in diesem Sinne wird der Film von den Chinesen selber empfunden. Es wird bekannt sein, daß in Deutschland noch (und schon wieder) eine ganze Anzahl Chinesen lebt. Vertreter dieser Chinesen sind bei mir gewesen, um in aller Form Protest einzulegen gegen eine Darstellung des chinesischen Volkes, wie sie in den beiden skizzierten Teilen geboten wird. Sie empfinden dieses Werk als eine China angetane Schande und die Mitwirkung eines ihrer eigenen Landsleute als einen Verrat an seinem Volke.

Deutschland ist arm an Freunden in der Welt. Zu den wenigen Völkern, die Sympathien für uns hegen, gehören die Chinesen. Deutschland ist sich dessen wohl bewußt, und wo, wie in den letzten Jahren oft, Gelegenheit war, den in Deutschland weilenden Chinesen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, haben amtliche Stellen und der Deutsch-Chinesische Verband es gern getan. Wir unterhalten in China und in ganz Ostasien hochangesehene Lehranstalten; wir fördern die Beziehungen zwischen Deutschland und China mit allen geeigneten Mitteln, und wir legen Wert auf die freundschaftliche Verbindung mit einem Lande, dessen schwache Regierung sich ausschließlich unter dem Druck der Entente gezwungen sah, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. Das chinesische Volk hat jedoch nie Krieg gegen Deutschland geführt, trotzdem die Entente von jeher den größten Wert darauf legte, Deutschlands Ansehen und Stellung in China skrupellos mit allen nur irgend Erfolg versprechenden Mitteln zu beeinträchtigen und zu schädigen.

Jetzt hat eine große deutsche Filmgesellschaft ihr das geeignete Material geboten, ihre Bemühungen erfolgreich fortzusetzen. Wer wird daran zweifeln, daß unsere militärischen Feinde von gestern, unsere erbittertsten Konkurrenten von morgen den

Digitized by Google

Chinesen hohnlachend dieses Filmwerk zeigen werden mit dem Bemerken: „So beurteilen Euch Eure deutschen Freunde! So sieht man Euch in Deutschland! Die Deutschen wissen nichts von Euren ungezählten guten Eigenschaften (um die, nebenbei bemerkt, viele europäische Völker die Chinesen beneiden könnten). Die Deutschen wissen nichts von Euren hohen ethischen Begriffen; sie haben von dem Geiste Eurer Kultur nie einen Hauch verspürt; sie ahnen nichts von dem reichen Inhalt Eures Familienlebens, von Eurem Gemeinschaftssinn, Eurem sozialen Leben, Eurem sprichwörtlichen Fleiß! Für die Deutschen seid Ihr ein Volk von Bordellwirten, korrupten Beamten, brutalen Lüstlingen, fremdenfeindlichen Fanatikern und üblen Patronen." Und in diesem Gesichtswinkel wird man den Chinesen den deutschen Film vorführen, wenn es nicht gelingt, seine Ausfuhr zu verhindern. Und wer zahlt die Zeche? Das deutsche Volk allein zahlt sie!

Es ist so oft die Rede von unseren unfähigen Diplomaten und Konsuln gewesen, die nicht verstanden hätten, Sympathien für Deutschland in der Welt zu wecken. Angesichts dieses Filmwerkes muß man jedoch feststellen, daß mit einer außerordentlichen Verantwortungslosigkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, die heute mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten arbeitet, aus dem eigenen Volke heraus Hindernisse in den Weg geworfen sind, für die selbst völlige Unkenntnis ostasiatischer Verhältnisse kaum eine hinlängliche Entschuldigung bietet.

Was hätte andererseits geboten werden können, wenn man dieselben Mittel aufgewendet, denselben Apparat in Bewegung gesetzt, dieselben Kräfte angespannt hätte, um ein Werk zu schaffen, das China und sein Volk zeigt, wie es wirklich ist!

Das Unglück ist geschehen und wir haben allen Anlaß, uns zu fragen, wie es gutgemacht werden kann.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Das deutsche Land und die deutsche Geschichte

Von

Gebunden M 24.— **A. von Hofmann** Gebunden M 24.—

Albert von Hofmanns Werk wird sich mit einem Schlag einen der vordersten Plätze in der Reihe derjenigen Bücher sichern, die in keiner Bibliothek eines Geschichtsfreundes fehlen dürfen und zu denen jeder gute Deutsche — besonders in diesen Zeiten der Not und Unterdrückung — immer wieder zu seiner Erhebung und Belehrung greifen wird. Noch nirgends wurden die inneren Zusammenhänge zwischen der geographischen Eigenart der einzelnen deutschen Landschaften und den geschichtlichen Vorgängen, die sich in ihrem Rahmen und auf ihrem Boden abgespielt haben, so tief erfaßt und so klar dargestellt.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35 Werbedienst Lützowstr. 102/104

Digitized by Google

Wir leben in einer ungewöhnlichen Zeit

Die Preiserhöhung für Waren aller Art und infolgedessen auch für die Arbeitsleistung ist eine sprunghafte und eine krankhafte. Solange die Nachfrage größer ist als das Angebot, wird das so weitergehen. Eine Besserung kann erst eintreten, wenn durch größere Ertüchtigung jedes einzelnen und somit auch des ganzen Volkes Waren in größeren Mengen erzeugt und somit einigermaßen ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage beschlossen wird. Jeder kann und muß daran mitarbeiten, soll dieses Ziel, das wohlbemerkt auch jedem einzelnen zugute kommt, erreicht werden. Es müssen neue Wege gefunden werden, um die Erzeugung von Lebensmitteln sowohl als von Ware zu vereinfachen bzw. die Menge des Erzeugers bei gleicher menschlicher Arbeitsleistung zu vervielfachen. „Das ist Sache der Wissenschaftler," werden viele sagen, „da kann ich nicht mitmachen." Das ist nicht richtig. Viele der größten und allerwichtigsten Entdeckungen und Erfindungen sind von einfachen Leuten gemacht, allerdings solchen, welche beobachten und denken konnten. Aber wer das heute noch nicht genügend kann, der kann es unter richtiger Anleitung lernen. Jeder, der den guten Willen hat, kann ein guter Beobachter und folgerichtiger Denker werden und sich dadurch sowohl selbst eine bessere Lebensstellung sichern als auch der Allgemeinheit nützen. Die beste Anleitung zur Ausbildung aller geistigen Fähigkeiten finden Sie in einem Lehrkurs von Poehlmann's Geistesschulung und Gedächtnislehre, die in mehr als 25 Jahren vielen Zehntausenden zu besserer Lebenslage und höherem Einkommen verholfen hat. Sie empfangen in diesem Lehrkurs die Anleitung eines erfahrenen Führers, der auf Ihre individuellen Bedürfnisse eingehen kann.

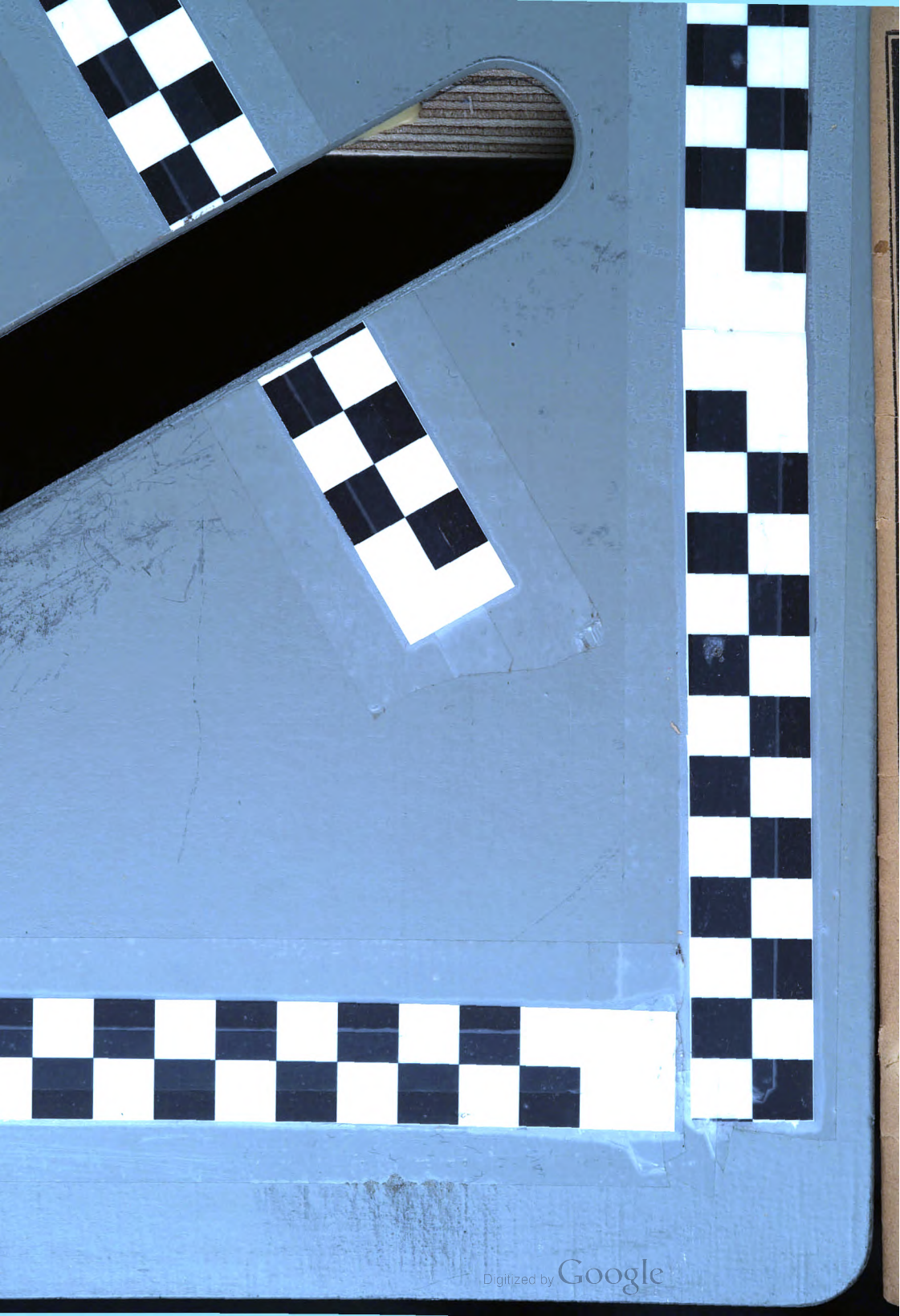
Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Auf meine Arbeiten verwende ich gegen früher nur noch die Hälfte der Zeit und dabei bin ich mit meinen Arbeiten noch erfolgreicher als sonst. H. G." — „Sie haben mich gelehrt, was man tun muß, um Erfolg zu haben. Sie haben mich glücklich gemacht. K. G." — „Das kleine Kapital zur Anschaffung der Poehlmann'schen Geistesschulung bringt 1000% Zinsen. Das ist nicht zu viel gesagt. Kommt und übt. H. H. W." —

Verlangen Sie heute noch Prospekt (frei) von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google

120
JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 225
Heuß, Die „objektive Unmöglichkeit" 227
Rohrbach, Unsere ideenpolitische Zukunft 231
Thimme, Pohl und Tirpitz 236
Schüler, Ist der Bolschewismus in China möglich? 245
Dreuw, Diskretionismus 250

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang 20. Februar 1920 Heft 8

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: Werbedienst G.m.b.H. Berlin W.35. Lützowstraße 102/4

MARGRAF & Co. G. m. b. H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN

JUWELEN

FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, portofrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 28a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck für den 2. Halbjahrband der „Deutschen Politik" können jetzt

zum Preise von M 2.25

für das Stück von jeder Buchhandlung wie auch vom Verlag bezogen werden

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart u. Berlin

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erschienen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

[illegible] Karl Kautsky

[illegible]

[illegible]

Graf Max Montgelas und Prof. Walther Schücking

1. Band [illegible]

2. Band [illegible]

3. Band [illegible]

4. Band [illegible]

[illegible]

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte m. b. H. Charlottenburg

Digitized by Google

5. Jahrgang * 20. Februar 1920 * Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Abstimmung in der ersten Zone von Nordschleswig zeigt als wesentliches Ergebnis, daß die Städte vom flachen Land majorisiert wurden. Für den Bauer, der weniger auf Barmittel angewiesen ist, sondern über einen heute meist entschuldeten Realbesitz an Boden, Haus, Gerätschaften verfügt, hat die Valutafrage nicht die Bedeutung wie für den Städter mit seinem mehr mobilen Kapital besessen. Aber, so wichtig die Geldfrage in der letzten Zeit geworden und so schwere Fragen in ihr enthalten bleiben, das politische Problem stellt sich so dar: die hochstehende bäuerliche Kultur Dänemarks hat das Bauerntum in seinem Bewußtsein dänisch gehoben; die Städte aber waren in einem deutlicheren und unmittelbaren Zusammenhang mit dem spezifisch deutschen Geist und deutschen Wirtschaftsrhythmus geblieben. Mit Schmerz sieht man Tausende deutscher Volksgenossen und wohl auch Tausende von Dänisch-Sprechenden, die in der Not nicht dem Land davonlaufen wollten, das ihnen auch in seiner Größe Heimat war, sieht sie aus dem deutschen Reichsverband scheiden. An der Regierung in Kopenhagen liegt es, daß nicht durch den plumpen Chauvinismus dieser Wochen das Verhältnis der beiden Staaten vergiftet werde, an uns allen in Deutschland aber, durch geistig-kulturelle, wirtschaftliche Hilfe zu sorgen, daß jene Inseln des Deutschtums nicht überspült und ausgelöscht werden. Zum Glück: die schleswiger Deutschen sind ein herber und fester Schlag.

*

Einzelne deutsche Künstler und Literaten, die der Weltkrieg zu Berichterstattern und die Revolution zu „Politikern" gemacht hat, werden nicht müde, das Hohelied des kulturellen und sozialen Fortschrittes in Räterußland zu singen. Ganz im

Digitized by Google

Gegensatz dazu steht folgendes Dekret der bolschewistischen Regierung, das der „Golos Rossiji" den amtlichen bolschewistischen Publikationen entnimmt: „Die Fabrikarbeiterräte und die Komitees der Vertreter der Arbeiter, die seinerzeit zur Sicherstellung der Ordnung in den Industriezentren gegründet wurden, haben nur Schaden gestiftet. Sie haben zur Demoralisation der Arbeiter geführt und zur Desorganisation der Fabriken. Daher sind wir gezwungen, die Arbeiterräte aufzulösen." Hiermit ist offiziell der produktionspolitischen Grundlage des Rätesystems, dessen Zellen ja die Arbeiterräte der Einzelfabriken waren, das Todesurteil gesprochen. Wir sind gespannt auf die Nekrologe, die die deutschen Herolde dieses Systems, Paquet, Skadler und Kaliski, schreiben werden.

*

Der Prozeß zwischen den beiden Reichsfinanzministern wird noch ein paar Wochen dauern. Wir warten geduldig auf das Ende. Wir hoffen aber, wie er auch ausgehen mag, daß Deutschland von der Wiederholung solcher Prozesse verschont bleibt. Es ist falsch, zu glauben, daß der Parlamentarismus an sich die Gefahr von Vermengung politischer und geschäftlicher Fragen enthalte. Deutschland hat erst in den letzten Jahrzehnten diese Entwicklung gesehen. In Frankreich blüht sie. England aber hat sie längst überwunden und einen straffen Kodex für die Parlamentarier geschaffen. Zu diesem müssen wir auch kommen. Aufgabe für das Kabinett und die Parteiführer: mit welchen Mitteln das zu erreichen. Auch wenn der Prozeß den harmlosesten Ausgang nehmen sollte, einer Erschütterung in das Vertrauen auf das Parlament, wenn sie auch nur vager Empfindung bleibt, muß vorgebeugt werden.

*

Wir wollen nicht von Sympathien reden; wir sind mit Gefühlen sparsam. Als Ledebour vor Gericht stand, wurde er mit „Angeklagter" angesprochen und er revozierte mit „Vorsitzender" — bis man ihm beibrachte, daß die Gerichtssprache für den Mann auf der Anklagebank den „Herrn" abgeschafft hat. Das ist wahrscheinlich eine Unhöflichkeit des deutschen Rechtsbetriebs, und die Höflichkeit der Richter ist vielleicht eine Tugend. Aber man muß überlegen, ob es gut ist, sie bald so, bald so zu dosieren. Der Prozeßleiter im Erzberger-Helfferich-Prozeß soll sich die Frage stellen, ob seine entschuldigungsreiche Höflichkeit gegen den Angeklagten, die zweifellos das Ergebnis starker Suggestion ist, nicht hinterher von Helfferichs politischen Gegnern auf- und angeschrieben wird. Der Prozeß, der mit Plädoyers begann, die sonst am Schlusse solcher Affären zu stehen pflegen, könnte ein wenig mehr gesammelte Nüchternheit vertragen, denn sonst wird, gleichviel wie das Urteil lauten mag, die deutsche Rechtsprechung in ihrem Ansehen die Leidtragende sein.

Digitized by Google

Die „objektive Unmöglichkeit"

Von Dr. Theodor Heuß

12. Februar 1920.

Reichsminister Dr. Schiffer hat einem Ausfrager der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber die Lage der Regierung so charakterisiert, daß das Auslieferungsbegehren der Entente von der „objektiven Unmöglichkeit", ihm zu entsprechen, aufgehoben wird. Diese Formel drängt alle Gefühlsbeurteilung zurück und gibt einen nüchternen Tatbestand. Sie enthält zugleich die Ankündigung einer gewissen zwangsmäßigen Passivität der deutschen Regierung.

Die diplomatische Lage ist im Augenblick eigentümlich. Beide Parteien warten auf die Antwort der anderen Seite. Deutschland hat am 25. Januar ein letztes Memorandum zur Auslieferungsfrage überreichen lassen, das auf frühere Vorschläge Bezug nimmt, und rechnet mit irgend einer Erklärung der Gegner. Diese haben einstweilen keine Notiz davon genommen, ihre Listen übersandt und sehen zu, wieweit Deutschland ihrem Ansinnen entsprechen wird. Ein Schwebezustand ist vorhanden. Die erste Spannung, ein wenig erschlafft unter dem grotesken Charakter, den die näheren, willkürlichen und oberflächlichen Ausführungen der Listen zeigen. Die Phantasie irrt einigermaßen im Unklaren, wie sie sich den diplomatischen Fortgang der ganzen Angelegenheit vorstellen soll.

Es kommt alles darauf an, daß die „Einheitsfront" gegenüber den Feinden durch das Hinschleichen der Entscheidung nicht zermürbt werde. Ihre Festigkeit ist bei langer Dauer nicht zweifelsfrei gewährleistet. Parteipolitische Exzesse drohen von rechts und von links; einige hat es schon gegeben. Die „Unabhängigen Sozialdemokraten" benehmen sich verhältnismäßig zurückhaltend — die einen aus ehrlichem Abscheu gegen den feindlichen Sadismus, die andern, weil sie sich nicht stark und geschlossen genug fühlen, das Chaos, das einem turbulenten Regierungswechsel folgen müßte, zu bändigen. Sie sind, vor dem Ernstfall, doch etwas mißtrauisch gegen die Zauberwirkung der Räte-Formel und ohne einheitliche Idee in der äußeren Politik. Geschmacklosigkeiten in manchen Blättern der äußersten Rechten sind im Augenblick ohne politisches Gewicht; sie erscheinen unvermeidlich. Die Gefahr für die innere Front beginnt in dem Zeitpunkt, da die Entente es sich beifallen ließe, die Forderungen abzubauen, und durch freiwillige und unfreiwillige Agenten die giftige Saat ausstreuen: es handelt sich in der Hauptsache ja „nur" um Offiziere. Der Groll zwischen Mannschaften und Offizieren, der ja das fürchterliche Ende des Krieges innerlich gezeichnet hat, ist noch nicht völlig verraucht, zumal ein Teil der sozialistischen Presse (beider Fakultäten) in Abständen davon das agitatorische Bedürfnis nährt. Den proletarischen Massen muß zugemutet werden können, daß sie die Solidarhaftung für die nationale

Digitized by Google

Heuß

... Todes-

... auseinander-

... das

... die Schuld

... entschlossen

... Feinden

... und die

... es noch

... gewiß

... daß sie

... Deutsch-

... über

... und

... sie

... ein

... wird

... die

... alle

... sondern

... propaganda.

Digitized by Google

Soll aber ein schwer leidendes Volk um einiger hundert oder tausend Männer willen neuer, verschärfter Not ausgesetzt werden? Es ist nicht verwunderlich, daß der Gedanke aufwachsen konnte: sie sollen sich um des Vaterlandes willen stellen, schweigende Opfer, Märtyrer ihrer Liebe zum Volk. Der deutsche Kronprinz hat eine heroische Bewegung gemacht, die aber aufs Ausland ohne Wirkung sein mußte, denn er war ja selber ein Geforderter. Man hat ihn mit Marcus Curtius verglichen, dem römischen Jüngling, der sich vom Felsen stürzte, damit die Kluft sich schlösse — die Kluft schloß sich. Heute bleibt sie offen. Die „Bürger von Calais" opferten sich dem englischen Belagerer und rührten an seine Großmut. Heute gibt es keine Großmut mehr. Christus ist im Prozeß mit den Pharisäern unterlegen und vor der Weltgeschichte doch Sieger geblieben — heute wird nicht um Geistiges gekämpft und dieser von den Feinden geforderte Massenprozeß ist nur Episode in einem System, das noch über andere Werkzeuge verfügt.

Millerand zeigt dies. Er will den Franzosen deutlich machen, daß er nicht gesonnen ist, hinter Clemenceau zurückzustehen. Die Atempause in der Auslieferungsfrage benutzt er, um Deutschland wegen des Rückstandes in der Kohlenlieferung zu bedrohen: die Fristen in der Besetzung der Rheinlande sollen solange nicht gelten, als die Verpflichtungen nicht restlos erfüllt sind. Ist das nur eine Diversion, oder wird hier durch eine vergiftete Blume mitgeteilt, was der eigentliche politische Inhalt auch der sinnlosen Auslieferungsliste ist: sie erwartet gar nicht erfüllt zu werden, sondern hat das einzige Ziel, den Frieden von Versailles umzustoßen, jetzt schon das Ziel der dauernden Zerreißung, der Amputation der linksrheinischen Länder zu erreichen? Der gute, schwache Wilson ist ja so weit, enttäuscht, verärgert, in inländischen Konflikten gefesselt, und Lloyd George im Augenblick durch die Ungewißheit der innerenglischen Entwicklung gelähmt — Frankreich kann es wagen, kräftig aufzutreten.

Die Deutschen geben sich Mühe, die Psychologie des englischen Premierministers wieder einmal zu studieren und streiten darüber, wer die größere „Schuld" an dem Zustandekommen der Liste habe. Ein ziemlich überflüssiges Bemühen. Die britische Liste ist genau so grob und unsinnig wie die französische und Lloyd George hat mit seinem Racheruf, der die englische Legende von dem Kampf für das Recht während der Khaki-Wahlen hysterisch steigerte, die brutalen Instinkte des „Mannes von der Straße" noch einmal an sich gefesselt. Er muß nun freilich damit rechnen, daß die englischen Alt-Liberalen aus ihrer Betäubung und ihrer Feigheit wieder sich erheben und daß die Erschlaffung der Arbeitsenergien, von denen natürlich auch England nicht verschont blieb, die Labour Party stärkt und radikalisiert. Er hört, daß beträchtliche Stimmen die Änderung des Versailler Friedens mit wachsender Deutlichkeit verlangen, und ist selber im Augenblick gegenüber dem russischen Problem nur auf das Prägen neuer Schlagworte ange-

Digitized by Google

wiesen. Aber offenbar fühlt er sich noch stark genug: der gebleichte Ruhm von Asquith bedroht einstweilen den Glanz seines Siegertums nur gering.

Sein politisches Schicksal ist wahrscheinlich mit der Solidarität zu Frankreich aufs innigste verbunden. Das ist seine Stärke und seine Schwäche gegenüber Millerand. Der Franzose weiß, daß er kaum einen besseren Sekundanten finden kann als diesen letzten am Ruder gebliebenen europäischen Hauptteilnehmer an der Versailler Gewaltpolitik, und er muß deshalb in seinen Forderungen dem englischen Kollegen Rechnung tragen. George ist für die Franzosen, so verärgert über ihn sie auch sich stellen, augenblicklich schwer ersetzbar, soll nicht das französisch-englische Verhältnis in Unordnung geraten. Aber diese Bindung gibt natürlich auch dem aktiven Willen Frankreichs ein gewisses Übergewicht. Soviel schlimmer seine wirtschaftlichen Verhältnisse als die Großbritanniens, so ist doch eben auch diese Not eine Fessel: Frankreich hofft zwar auf die Rettung durch die deutsche Sklaverei, England aber ist daran interessiert, daß Frankreich selber nicht, während es sich in phantastischen Erwartungen verirrt, wirtschaftlich kaput geht. Daß bald die Londoner, bald die Pariser Presse dem Bundesgenossen Überschärfe oder Schlappheit vorwirft, ist journalistisches Manöver, das man in Deutschland überschätzt.

In einem politischen Lehr- und Lesebuch müßte der Ruin Deutschlands als rationalistisch sehr unlogisch beschrieben sein, sofern man von ihm eine Mithilfe am Wiederaufbau Europas erwartet, und das wird ja auch mit biederer Deutlichkeit immer wieder dem Ausland erzählt. Aber Politik ist einstweilen noch von den Geistern des Irrationalen, des Nicht-Berechenbaren, der Gefühls- und dumpfen Willenskräfte durchsetzt. An dieser Erkenntnis muß sich auch unsere eigene Stellung abgrenzen. Nämlich: daß es zwecklos erscheint, jeden Tag zu bedauern, daß uns die Feinde die Erfüllung des Versailler Friedens so sehr erschweren — dieser Friede kann, er will aber auch nicht erfüllt werden. Frankreich will ihn mit politischen Fernzielen sabotieren, indem es seine sachlichen Unmöglichkeiten zu Kernstücken diplomatischer Vergewaltigung macht, und England sieht zu, weil ihm, nachdem Deutschland weltpolitisch erschlagen ist, andere Probleme auf den Nägeln brennen. Was will Deutschland? Leben! Dies Leben wird auf Jahrzehnte schwer, armselig gedrückt sein. Das wissen wir. Aber wir erhalten es nicht, wenn wir in der Unterwerfung unter die feindliche Brutalität das A und O der deutschen Politik sehen oder wenn wir die Seele der deutschen Zukunft verkaufen, um morgen wieder die Betrogenen zu sein.

Das Wort von der „objektiven Unmöglichkeit", die letzten Forderungen der Feinde zu erfüllen, darf nicht nur nüchtern sein, sondern muß auch den Unterton von Trotz besitzen, der sich gegen die seelische und sachliche Vergewaltigung wehrt, die deutsches Schicksal werden und bleiben soll.

Digitized by Google

Unsere ideenpolitische Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit bald zwei Jahren werde ich brieflich und persönlich gefragt: Wann erscheint wieder eine Ausgabe vom „Deutschen Gedanken"? Jetzt habe ich sie endlich vollenden können;*) an vielen Stellen trauernd, an keiner mutlos in bezug auf unsere Zukunft. Die folgenden Gedanken — ausführlicher gestaltet — bilden den ideenpolitischen Kern des Schlußkapitels. Sie mögen statt einer Selbstanzeige dienen.

Alle Arbeit am deutschen Wiederaufstieg bleibt vergeblich, wenn sie in Lebensfragen der Nation mit Verzichten beginnt. Außerhalb des Nationalen sind wir nicht nur selber kraftlos, sondern stehen auch menschheitlich, ja überhaupt ideenpolitisch, im Leeren. Keine Bildung, keine Art von geistigem Leben kann gesund und triebkräftig sein, wenn sie nicht in dem fruchtbaren Urelement des Nationalgefühls wurzelt. Zum Nationalgefühl gehört das Bewußtsein des nationalen Rechts. Für uns heute gibt es dabei grundsätzliche Rechts- und praktische Herstellungsfragen. Weder hier noch dort darf die Rede sein von einem Sichbescheiden, Entsagen, Vergessen. Das bedeutet weder Revanchepredigt noch Weigerung, aus begangenen Fehlern zu lernen. Wohl aber bedeutet es, daß wir zuerst und mit aller Kraft aus der Neubildung unseres nationalen Selbstbewußtseins die Behauptung der Feinde hinausweisen müssen, wir wären schuldiger als sie am Ausbruch und an der Führung des Krieges. Wer dem als Deutscher zustimmt, beschmutzt sein Nest und ist ein Auswurf seines Volkes.

Was Recht ist, muß wieder Recht, was deutsch war, muß wieder deutsch werden! Menschen können wieder geboren, Vermögen kann wieder erworben, Schiffe können wieder gebaut werden — aber das alles nur von einem Volk, dem die Grundlagen der Lebensmöglichkeit nicht geraubt sind. Bei uns ist das durch den Zwangsfrieden geschehen. Genommen ist uns ein Stück vom Heiligsten auf Erden, vom Boden des Vaterlandes; genommen sind uns die Kolonien; genommen ist uns die Freiheit, uns mit unseren deutschen Brüdern in Österreich zu vereinigen. Wir sind nicht so töricht zu glauben, daß ein verlorener Krieg ohne harte Folgen bleiben könne. Wir wissen auch, daß wir selber nicht ohne Schuld daran sind, daß er schließlich verloren ging. Keineswegs aber wird dadurch unser Recht auf Wiederherstellung des nationalen Daseins ausgelöscht. Kein Deutscher darf atmen, kein deutsches Kind darf aufwachsen, ohne daß ihm täglich vor Augen steht: Alles, was deutsches Volk heißt und deutscher Boden ist, gehört zusammen, und weder vor Gott noch vor den Menschen gibt es eine verpflichtende

*) Verlag von Karl Langewiesche, Leipzig. 151.—192. Tausend. 3,60 Mk. 206 Seiten.

Digitized by Google

Bindung an nackte Gewalt, Unmenschlichkeit und Wortbruch. Von allen feindlichen Kriegsmitteln waren diejenigen am erfolgreichsten überlegt, die darauf abzielten, uns moralisch zu isolieren. Daß aber das Gewissen der Feinde in diesem Punkte nicht rein ist, zeigt sich an ihrer fortdauernden Weigerung, über Ursprung und Führung des Krieges eine unparteiisch untersuchende Instanz urteilen zu lassen! Darin, unermüdlich die Welt an diesen moralisch entscheidenden Beweis der Angst vor der Wahrheit zu erinnern, liegt noch auf lange eine besondere verantwortungsvolle Aufgabe jeder deutschen Regierung, jedes deutschen Volksvertreters, Politikers, Publizisten. Erweisen sich diese Kräfte als unfähig hierin, so haben sie keinen Anspruch, als Vertreter und Führer des deutschen Volkes zu gelten.

Drei Voraussetzungen gehören dazu, daß Deutschland fortdauernd unterdrückt werden kann. Die erste und oberste ist, daß die Völker beim Glauben bleiben, das deutsche Volk leide nur nach Verdienst. Die zweite ist, daß sich die einheitliche Konstellation der feindlichen Interessen uns gegenüber erhält. Die dritte ist, daß den verbündeten Feinden Deutschlands nicht nur die äußere Weltlage, sondern auch ihre eigenen inneren Verhältnisse es erlauben, ihre Völker jeder Zeit von neuem gegen uns unter die Waffen zu rufen. Die Schuldfrage steht an der Spitze. Nur solange in der Welt der Glaube an unsere alleinige oder überwiegende Schuld besteht, wird es möglich sein, um des „Verurteilungs"-Friedens willen die Zwangsvollstreckung gegen Deutschland zu behalten. Allgemeine politische Zustandsänderungen können uns, wenn sie eintreten, ohne Zweifel dazu helfen, daß unsere Lage leichter wird. Sehr wahrscheinlich werden in absehbarer Zeit solche Möglichkeiten erscheinen. Wenn sie uns aber spürbar und dauernd Nutzen bringen sollen, so muß uns gegenüber die Welt vorher innerlich umlernen. Das wird sie tun, wenn wir ideenpolitisch richtig verfahren. Entscheidend dafür ist, ob wir es verstehen, das falsche Welturteil über die Verantwortung für Krieg und Kriegführung zu erschüttern.

Angenommen nun, wir hätten dies erste Gebot der politischen Vernunft erfüllt, und die gerechte Urteilsfindung in Sachen des Weltkrieges erzwungen. Wäre damit unsere nationale Wiederherstellung schon entschieden, der deutsche Weltgedanke gerettet? Keineswegs! Auch das genügt noch nicht, daß die Welt dazu gebracht wird, Licht und Schatten in der Kriegsfrage moralisch richtig zu verteilen und ihre Augen für den Egoismus, die Unaufrichtigkeit und Brutalität der Entente zu öffnen. Nach alledem kommt für uns erst die entscheidende Hauptsache: Deutschland muß seinen Menschheitsberuf erfüllen! Welches ist dieser Beruf? Ein Problem von überragender Größe beherrscht heute die Menschheit. Es heißt: Wie schaffen wir soziale Gerechtigkeit? Das Volk, von dem zur Lösung dieser Menschheitsaufgabe der

Digitized by Google

entscheidende Anstoß ausgeht, wird ein Erlöser heißen. Unser deutsches Volk kann das werden; trotz seiner Niederlage ist es besser dazu imstande, als andere, denn es braucht sich nur auf seine eigenste Natur zu besinnen und auf die Arbeit, die es früher schon für die Menschheit geleistet hat.

Wollen wir die Berufung, die heute an uns ergeht, nach ihrem Wesen erkennen, so müssen uns ihr moralischer und ihr geschichtlicher Charakter zugleich deutlich sein. Alle höhere Kultur beruht auf sozialen Unterschieden und auf Arbeitsteilung. Gleichheit des Lebens und der Arbeit ist nur in primitivem Zustande möglich. Im Unterschied zur Gegenwart war alle frühere Kultur, gleichviel wie sie es unternahm, die sozialen Probleme zu lösen, durch die Unvollkommenheit ihrer Mittel bedingt, den Raum frei zu überwinden. Die Schwierigkeiten des Verkehrs hinderten die großindustrielle Entwicklung, hielten die Zahl der Menschen gering und die sozialen Spannungen erträglich. Wer geboren wurde, kam zu seiner Nahrung, und der Rest von Armut und Hilflosigkeit, der in die alten Lebensformen nicht mit aufging, konnte durch die Karitas, das religiöse Almosen, die Stiftungen und Spitäler zur Not beglichen werden. Jetzt aber kam das Maschinenzeitalter und schuf eine wachsende Menge, *eine neue Menschenklasse*, die mit ihrer Existenz den Wechselfällen eines großen, aber unsicheren Waren- und Arbeitsmarktes ausgesetzt war, wie es ihn früher nicht gegeben hatte. Hiervon mußten neue Probleme und Krisen kommen, materielle und moralische, die die Menschheit erschütterten. Zu den bestimmenden Merkmalen der neuen Klasse gehörten Schwanken und Dürftigkeit der Existenz. Jede Krisis auf dem Absatzmarkt brachte dem Tod seine Ernte, jeder Aufschwung ließ mehr Kinder bis zum proletarischen Arbeitsalter (und wie niedrig war das oft!) heranwachsen. Darin bestand ein Unterschied zwischen dem Proletariat der Neuzeit und dem antiken Sklaventum, daß dieses ausstarb, weil der Trieb zur Fortpflanzung durch das Sklavenlos unterdrückt wurde und nach der Herstellung des dreihundertjährigen Weltfriedens im römischen Reich keine Kriegsgefangenen mehr gemacht wurden; das Proletariat aber sich vermehrte, weil sein Leben einen Schein von Freiheit bot.

Vor diesem Bilde der Ungerechtigkeit und Trostlosigkeit mußte das kirchlich-religiöse Schema der „gottgewollten" Berufs- und Klassenordnung und Güterverteilung auf Erden versagen. Im Grunde war es immer eine Ungeheuerlichkeit, religiös wie moralisch, und es wurde unerträglich, als der Widerspruch zwischen dem Prinzip der Nächstenliebe und dem wirklichen Dasein des Nächsten in der Gestalt des proletarischen vierten Standes schlechthin schreiend sich gestaltete. Nichts war daher natürlicher, als die vollständige und feindselige Ablehnung aller Ansprüche auf religiös-moralische Autorität, die von der Kirche nach wie vor auch dem Proletariat gegenüber erhoben wurden.

Digitized by Google

Das verderbliche Übel des modernen Industrialismus bestand nicht nur darin, daß ein wachsender Teil der Menschheit auf eine unsichere und dürftige, im ganzen hoffnungslose Daseinsgrundlage zu stehen kam, sondern auch darin, daß seine Arbeit entseelt, entpersönlicht wurde. Der Arbeiter schuf nichts Ganzes mehr, sah kein Werk unter seinen Händen entstehen, sondern hatte nur mechanische, atomisierte, bis zur Unendlichkeit wiederholte Einzelhandgriffe vorzunehmen. Dazu kam die Massenanhäufung der Arbeiter in den Fabriken und Industriestädten unter äußerlich und innerlich so ungesunden Bedingungen, daß auch abgesehen von der Entseelung der Arbeit selbst, kein Keim gesunder Kultur gepflanzt werden konnte. Auch wenn es gelang, den proletarischen Arbeiter in bezug auf seine äußere Lebenslage zu heben, so blieb die seelische Verwüstung innerhalb dieses Teils der Menschheit doch dieselbe. Bei jeder menschlichen Arbeit muß es möglich sein, Persönlichkeit und Werk miteinander zu verbinden, selbst wenn die Mehrheit der Arbeitenden kein Bedürfnis empfinden sollte, über das mechanische Verständnis der Tätigkeit hinauszugelangen. Auf das Prinzip kommt es an; der Mensch darf nie zum Werkzeug schlechthin werden. Hier trifft das Kantsche Wort ins Zentrum: „Jeder Mensch ist als absoluter Selbstzweck zu achten, es ist ein Verbrechen an seiner Menschenwürde, ihn als bloßes Mittel zu ihm fremden Zwecken zu verbrauchen." Eben das tat der Industrialismus.

Gegen dieses Menschheitsübel helfen nicht bloße organisatorische Mittel, sondern es bedarf vorher einer bis zur Tiefe gehenden Revolutionierung der Gesinnung. Hier wird der große Optimismus unseres Willens angerufen: Hingabe an ein ideales Daseinsziel der Seele und der Menschheit. Schiller schrieb vor seinem Tode an Wilhelm von Humboldt, sie würden beide sich über die Nachrede schämen: „daß die Dinge uns formten und nicht wir die Dinge". Das ist die Urformel der antimaterialistischen, religiösen Weltanschauung. Diese allein ist stark genug, die Grundlagen unseres sozialen und arbeitenden Daseins zu wandeln. Eine bloße „Sozialreform" rührt nicht an die moralische Wurzel der Probleme, die durch den Industrialismus geschaffen sind. Sie mildert die Erscheinungen, bahnt aber keinen breiten Weg für das Prinzip der sozial-sittlichen Gerechtigkeit. Wir Deutsche waren weit in der Sozialreform, aber die bestimmenden Kräfte der Reform erkannten nicht, daß im modernen Industrialismus das seelische Problem dem materiellen voranstand. Wären die Befreiung des Sozialismus vom Materialismus und die Ethik als oberstes Sozialprinzip leuchtend auf unsere Fahne geschrieben worden, so hätten wir vor dem Weltkrieg gehabt, was die Feinde zu haben behaupteten: eine menschheitlich ideale Begründung des nationalen Gedankens und damit die eindrucksvolle Rechtfertigung für das Streben nach nationalem Einfluß in der Welt.

Was wir spät erkannt haben, braucht aber noch nicht zu spät zu sein. Es darf

Digitized by Google

für uns kein Erschrecken vor irgend welchen sozialen Gedanken geben, sobald wir erkennen, daß sie in der Linie der Niederwerfung des Materialismus und der Erhebung des sozial-ethischen Prinzips liegen. Die soziale Frage ist heute die Menschheitsfrage. Deshalb muß alles auf den Kampf für die sittliche Idee und für den Persönlichkeitswert gestellt werden. Uns hat das Schicksal durch den Weltkrieg in die schärfste Schule genommen. Dadurch aber hilft es uns zu dem Entschluß, ein neues ethisches Zeitalter zu begründen, indem wir an die Arbeit anknüpfen, die unsere Vorfahren und die wir selbst zu seiner Vorbereitung schon geleistet haben. Wir dürfen diese Arbeit auch darum für uns in Anspruch nehmen, weil die uns feindlichen Nationen, nachdem in ihrem Namen gegen alle Versprechungen und alle Menschlichkeit ein solches Maß von Untreue, Unrecht und Gewalt auf ein überwältigtes Volk gehäuft worden ist, nicht mehr die Führer zur moralischen Weltgesundung werden können!

Für die Wiedererhöhung des deutschen Gedankens in der Welt hat man die Formel geprägt: Gelangen die Deutschen früher als die anderen dahin, daß es keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr bei ihnen gibt, so haben sie den Krieg trotz allem gewonnen! Dieser Satz bedeutet nicht, daß Führung und Initiative aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden sollten oder könnten. Volkswirtschaft, Weltwirtschaft kann man nicht bürokratisieren. Schaffenstrieb muß bleiben, Gewinn muß bleiben, Wille zu höherer Lebensform, höheres Entgelt für höhere Leistung müssen bleiben. Nur Geburt in einer benachteiligten Klasse darf es nicht mehr geben!

Noch in einem muß Deutschland in der Welt vorangehen: in der Befreiung des Bodens vom Recht einer leblosen Sache und in seiner Verwandlung in eine Quelle sozialen, d. h. moralischen Wohlseins. Nichts macht den Menschen so gesund, wie die feste Beziehung zum Boden, körperlich und geistig. Zumal für den deutschen Menschen gilt das. Jede Familie unserer Industriearbeiterschaft muß so viel Land haben können, wie nötig ist, um diese gesundmachende Wirkung zu schaffen. Das ist die eine Absicht; die andere ist die verbesserte Sicherung des Daseins. Wenn wir den Achtstundentag behalten, so kann eine Familie so viel Land bearbeiten, daß sie das meiste von ihrer Nahrung davon hat. Man wird nicht schematisieren; der möchte ein Gärtchen haben, der ein Feld. Der eine möchte schnitzen, der andere graben, der dritte Tiere züchten. Eigenes Heim und eigener Grund bringen gesunden Sinn und aufrechte Menschen. Sie vertreiben den Kümmergeist und die hemmungslose Schwäche gegen die ungesunden Sensationen entwurzelten Lebens. Deutschland hat mehr als genug Land, um jeden Volksgenossen, der die Arbeit leisten kann und mag, mit so viel Boden auszustatten, wie er außerhalb seiner gebundenen Arbeitszeit mit den Seinen zu bestellen

Digitized by Google

[illegible]

Pohl und Tirpitz

[illegible]

[illegible] Pohl, der im Kriege nach anfänglicher Wirksamkeit als [illegible] Jahr die Hochseestreitkräfte als Flottenchef [illegible] nach schwerem Leiden starb, widmete ihm [illegible] Eigenschaft als Staatssekretär des Reichs- [illegible] Nachruf, in dem es heißt: „Seine vorbildliche Pflichttreue, nie erlahmende Arbeitsfreudigkeit, vornehme Gesinnung und edlen Charaktereigenschaften sichern dem Verstorbenen ein treues Andenken bei allen, die mit oder unter ihm gearbeitet haben." In seinen Erinnerungen aber hat Großadmiral von Tirpitz sein Möglichstes getan, um den Toten dieses treuen Andenkens zu berauben und den Wehrlosen der Geringschätzung und dem Zorn der Nachwelt preiszugeben. Neben dem Kaiser, neben Bethmann Hollweg, neben dem Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, und dem ersten Flottenchef im Kriege, Admiral von Ingenohl, ist Admiral von Pohl diejenige Persönlichkeit, über die

Digitized by Google

Tirpitz die ganze hochgefüllte Schale seiner zornigen Anklagen, Vorwürfe und Unterstellungen ausgießt. Nach Tirpitz wäre es vor allem Pohl gewesen, der mit dem Kabinettschef von Müller den ganzen Seefeldzug verpfuscht, und der, beeinflußt von Bethmann Hollweg, erst den Flottenchef von Ingenohl von jeder aktiven und offensiven Seestrategie zurückgehalten hätte, um dann, als er selbst an dessen Stelle getreten war, ihn in „Nichtstun und Passivität" noch zu übertrumpfen, und der es dabei verstanden hätte, sich durch womöglich hinterrücks erschlichene kaiserliche Befehle zu decken. Speziell macht Tirpitz es dem „dem Kaiser untertänigen" Admiral von Pohl zum schweren Vorwurf, die Ursache der Inaktivität der Flotte auf die Typenfragen der Schiffe und auf die Technik abgeschoben zu haben, „weil dahinter der Kaiser stehen würde". Tirpitz stellt Pohl geradezu als Verhängnis der Flotte hin. „Pohl ist fürchterlich," bemerkt er einmal, „keine Spur von Ader ist in dem Menschen. Wenn der liebe Herrgott nicht der Marine hilft, so sieht es schlimm aus."

Gegen einen Teil der Tirpitzschen Vorwürfe hat schon Admiral von Müller in Nr. 47 der „Deutschen Politik" Pohl in Schutz genommen. Mit Nachdruck betont der ehemalige Kabinettschef, der hier gewiß als ein klassischer Zeuge angesprochen werden darf, daß Pohl bei seinen Vorträgen im kaiserlichen Hauptquartier stets für die notwendige Aktionsfreiheit des Flottenchefs eingetreten sei, daß er selbstverständlich diese auch in der Zeit des eigenen Kommandos in Anspruch genommen und keineswegs jedes, sondern nur ein „unnützes und hoffnungsloses" Einsetzen der Flotte abgelehnt habe.

Nun kommt auch Admiral von Pohl selbst zu Wort. Die Gemahlin des Admirals, Frau Ella von Pohl, hat, um die Angriffe des Großadmirals von Tirpitz auf ihren Mann zu parieren, aus seinen Aufzeichnungen und Briefen ein Buch zusammengestellt, das nicht nur geeignet ist, das von Tirpitz verzerrte und entstellte „treue Andenken" an den Admiral in voller Reinheit und Wahrhaftigkeit wiederherzustellen, sondern das darüber hinaus ein höchst wertvoller Beitrag zur Geschichte unserer Marine im Kriege und zur genauen Kenntnis der in ihr führenden Persönlichkeiten, nicht zuletzt des Großadmirals von Tirpitz selbst ist. Jetzt erst erkennt man klar, in welchem Umfang Tirpitz' „Erinnerungen" Wahrheit und Dichtung, richtiger gesagt Dichtung und Wahrheit sind. Da die Aufzeichnungen und Briefe Pohls zeitlich mit den „Kriegsbriefen" Tirpitz zusammenfallen, oft von denselben Tagen datiert sind und die gleichen Vorgänge betreffen, so stellen sie ein ganz ausgezeichnetes Kontrollmaterial dar, das jeder Historiker und Politiker höchlich willkommen heißen muß.

Die Leser der „Deutschen Politik" kennen aus den Erörterungen der Admirale von Müller und Bachmann die Probleme, um die es sich bei dem Streit zwischen dem Großadmiral von Tirpitz und seinen Widersachern handelt. Es ist einmal

Digitized by Google

das Problem einer Obersten Seekriegsleitung, für die Tirpitz selbst prädestiniert zu sein glaubte, es ist weiter das Problem des Einsetzens oder Nicht-Einsetzens der Flotte, und es ist schließlich die damit in engem Zusammenhang stehende Typenfrage der Schiffe.

Von dem Problem einer Obersten Seekriegsleitung ist in dem Pohlschen Buche mit keinem Wort die Rede. Man wird darin nur eine Bestätigung der Angabe Admiral von Müllers sehen können, daß Tirpitz, mindestens solange Pohl als Admiralstabschef im kaiserlichen Hauptquartier weilte, in Wirklichkeit gar nicht die Forderung nach der Einrichtung eines Oberkommandos der Marine erhoben hat. Niemals hat Tirpitz bei den maßgebenden Stellen, und dazu gehörte doch auch der Admiralstabschef, mit Klarheit und Entschiedenheit sein Verlangen nach dem Oberbefehl der Marine ausgesprochen. Hinter dem Rücken Müllers und Pohls freilich hat Tirpitz, dessen lose und indiskrete Zunge der Schrecken des ganzen Hauptquartiers war, alles Ungemach der Marine auf den einen Punkt zurückzuführen geliebt, daß nicht er zum Oberbefehlshaber der Marine ernannt sei. Im Ernstfalle würde Tirpitz zweifellos den Oberbefehl gerade so gut abgelehnt haben, wie er Ende 1911 es von sich gewiesen hat, der Nachfolger Herrn von Bethmann Hollwegs zu werden. Daß das keine leere Mutmaßung ist, dafür mag folgendes Geschichtchen, das vollkommen verbürgt ist, zeugen. Im Herbst 1914 trug Tirpitz seine Schmerzen über die mangelnde Einheitlichkeit der Seekriegführung einmal einer einflußreichen Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kaisers vor. Als diese darauf den Vorschlag machte, bei dem Kaiser die Ernennung Tirpitz' zum Oberbefehlshaber der Marine zu befürworten, da lehnte der Großadmiral mit allen Zeichen des Schreckens ab: „Um Gottes willen, nur das nicht!"

Das erinnert lebhaft an die kürzlich bekanntgewordene Äußerung Tirpitz' zu dem Oberhofmarschall von Reischach aus dem August 1914: „Um Gottes willen, die Flotte nicht einsetzen!" Eine Äußerung, die beweist, daß es dem Großadmiral auch um die Herbeiführung einer Seeschlacht, der nach den „Erinnerungen" sein ganzes Streben gegolten hätte, nicht immer Ernst gewesen ist. Neue Belege nach dieser Richtung erbringt das Pohlsche Buch in reicher Fülle. So heißt es in den Aufzeichnungen zum 16. September 1914:

„Ich gehe zu Tirpitz und höre hier das alte Lied von der Notwendigkeit einer Schlacht, die für uns immer ungünstiger wird, je weiter die Zeit fortschreitet. Schließlich frage ich ihn bestimmt, ob ich nun Seiner Majestät melden könnte, daß er für Herbeiführung einer solchen wäre. Ich setzte nochmals auseinander, daß es meines Erachtens ein ungeheurer Fehler wäre, wenn wir unsere Flotte einsetzen würden, denn dann hätte England unter allen Umständen noch so viel schwimmende Streitkräfte, um die Nordsee zu beherrschen und uns zur See ganz lahmzulegen. Jetzt genügt das Vorhandensein der Flotte, um die Engländer fern von unsern Küsten zu halten. Exzellenz v. Tirpitz sagte, er möchte sich dies nochmals überlegen und bat mich, den Vortrag bei Sr. M. heute noch nicht zu halten. Ich sagte ihm zu, daß ich es dann erst

Digitized by Google

morgen tun würde. Meines Erachtens müßte er sich doch über diese Fragen im klaren sein."

Und das Resultat der Überlegung? Ein eingehendes Schreiben, das Tirpitz unmittelbar nach dieser Unterredung an Pohl richtete — es ist auszugsweise bereits in Tirpitz' „Erinnerungen" mitgeteilt — ergibt, daß der Großadmiral sich wirklich nicht im klaren über die alles beherrschende Frage: Einsetzen oder Nicht-Einsetzen der Flotte befand. Ausdrücklich bekennt Tirpitz, dem in der vorausgehenden Unterredung mit Pohl die Seeschlacht gar nicht rasch genug herbeigeführt werden konnte, daß mit der Schlacht noch gewartet werden müsse, bis die Türkei definitiv losgeschlagen habe, und bis die Hauptentscheidung im Westen gefallen sei. Ja, Tirpitz will nicht einmal etwas von dem eben damals geplanten Vorstoß der großen Schlachtkreuzer gegen die angenommene feindliche Blockadelinie bei Lindesnaes wissen, obwohl dieser Expedition der Gedanke zugrunde lag, daß die Kreuzer einen Teil der englischen Flotte auf sich ziehen und so der deutschen Flotte eine günstige Gelegenheit zur Seeschlacht bieten sollten. Hält man damit zusammen, daß Tirpitz am 19. August in einer Unterredung mit Bethmann Hollweg, Jagow und Pohl von sich aus zugestand, daß ein Schlagen der englischen Flotte erst dann möglich sei, wenn sie in die Nähe unserer Küste käme (S. 19), daß er am 21. August selbst dem General von Claer die Gründe für die Zurückhaltung der Flotte entwickelte und sich sehr erfreut zeigte, damit bei dem „sehr vernünftigen Claer" volle Zustimmung zu finden (S. 22), daß der Großadmiral auch dem Kaiser gegenüber, wie auf Grund kaiserlicher Äußerungen neben Admiral von Müller nun auch Pohl (S. 66) bestätigt, die Notwendigkeit der Aufsparung der Flotte betont hat, daß Tirpitz endlich am 8. Oktober an seine Frau geschrieben hat: „Ich will auch zur Zeit nicht, daß unsere Flotte nach England geht, und wir dort schlagen," so erhellt, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts mindestens in den ersten Monaten des Krieges selber in der Hauptfrage: Schlagen oder Nicht-Schlagen? wie ein Rohr hin- und hergeschwankt hat, und daß er nicht entfernt der Mann der Klarheit, der Voraussicht und der ehernen Konsequenz, kurz der große Mann war, als den er sich in seinen „Erinnerungen" gibt. Bezeichnend ist auch, daß Tirpitz so wenig dem Admiralstabschef v. Pohl, wie dem Kabinettschef v. Müller eine positive Antwort zu geben gewußt hat, wenn diese ihn wieder und wieder vor die Frage gestellt haben, wie er sich denn, falls die Engländer nicht herauskämen, die Herbeiführung einer Schlacht denke. Ebensowenig hat Tirpitz etwas zu erwidern gewußt, wenn ihn Pohl — häufig genug — auf die große Sünde der vom Admiralstab auch vor dem Kriege schon leidenschaftlich bekämpften früheren Marinebaupolitik, die Unterlegenheit der deutschen kleinen Kreuzer und der Torpedoboote, wohlgemerkt nur dieser, gegenüber dem englischen Material hinwies. Daß Pohl je schlechthin von der Minderwertigkeit [illegible] deutschen Schiffe

Digitized by Google

gesprochen habe, um die Untätigkeit der Flotte zu rechtfertigen, ist eine ganz haltlose Unterstellung Tirpitz'.. Im Gegenteil hat Pohl in seinen Briefen an den Flottenchef von Ingenohl, den er nach Tirpitz immer nur zu bremsen versucht hätte, sich in Ausdrücken hohen Vertrauens auf die Überlegenheit der deutschen Flotte geäußert: „Ich habe Vertrauen zu unseren Sprenggranaten, der stärkeren Torpedowirkung und der größeren Schwimmfähigkeit der Schiffe, und so möchte ich Ihnen herzlich wünschen, daß Sie Gelegenheit finden, sie an einem Gegner zu erproben, der nicht von vornherein zu stark überlegen ist" (S. 60)! Pohl erklärt es, sich in die Gedankengänge Tirpitz' hineinversetzend, sogar für möglich, daß, wenn man sich entschlossen hätte, bei Beginn des Krieges, fern von unserer Küste, unter ungünstigen Bedingungen, den Engländern die Schlacht aufzuzwingen, „unsere besser gepanzerten Schiffe mit überlegener Artillerie (Panzersprenggranaten) und besseren, wirkungsvolleren Torpedos und größerer Schwimmsicherheit einen großen Erfolg überraschend über die Schiffe der englischen ersten Flotte errungen haben würden." Aber, setzt Pohl mit Recht hinzu, „ebensogut wäre eine entscheidende Niederlage möglich gewesen, die uns fern von den eigenen Küsten vielleicht die ganze Flotte gekostet haben würde. Die Folgen wären für unsere Marine sehr traurige gewesen."

Hier haben wir den ganzen Unterschied zwischen Tirpitz und Pohl. Der Admiralstabschef, eine eminent sachliche, alle Faktoren nach ihrem wirklichen Wert abschätzende, sich nie Illusionen hingebende Natur, hält sich stets vor Augen, was eine Niederlage zur See für Folgen nach sich ziehen müsse. Tirpitz dagegen mit seiner „Theorie des Herausgehens und Schlagens", und seinem Draufgängertum, das er in leitender Stellung kaum betätigt haben würde, hat sich die Folgen einer Niederlage überhaupt nicht klargemacht. Einen drastischen Beweis dafür liefert der Großadmiral noch in seinen eigenen „Erinnerungen". Dort heißt es einmal (S. 268): „Selbst eine für uns unglückliche Seeschlacht hätte unsere Aussichten nicht wesentlich verschlechtert. Es war mit Sicherheit anzunehmen, daß die Engländer ebensoviel verloren wie wir." Indes schon im nächsten Kapitel (S. 301) wird uns die entgegengesetzte Auffassung serviert: „Man stelle sich vor, unsere Flotte wäre vollständig geschlagen worden; welche Folgen hätte das alsbald für unsere wirtschaftliche und militärische Lage gehabt. Mit eingedrückter, ja auch nur stark bedrohter Nordfront hätten wir unsere Ost- und Westfront nicht halten können." Wenn aber somit nach Tirpitz' eigener Auffassung eine Niederlage zur See das Schicksal des ganzen Krieges verhängnisvoll zu beeinflussen drohte, so konnte daraus logisch doch nur die Folgerung gezogen werden, daß man mindestens bis zur Erringung entscheidender militärischer Erfolge die Flotte nicht ohne halbwegs sichere Chancen aufs Spiel setzen durfte. Eben deshalb sind auch die zu Beginn des Krieges maßgebenden Heerführer — Pohl führt neben dem Generalstabschef von Moltke und dem Kriegsminister

Digitized by Google

von Falkenhayn auch den Kronprinzen an — durchaus und ganz entschieden für die Zurückhaltung der Flotte gewesen. Ja, auch das Gros der höheren Marineoffiziere hat sich nicht etwa auf die Seite Tirpitz', sondern auf die Seite Pohls gestellt. Immer wieder kann Pohl in seine Aufzeichnungen eintragen, daß sämtliche Offiziere seines Stabes, später seine Geschwaderchefs, überhaupt alle markanten Persönlichkeiten in der Marine — er nennt unter anderen die Admiräle Scheer, der dann die Seeschlacht vor dem Skagerrak gewann und gewiß ein Mann von der höchsten Tatkraft war, Lans und selbst Bachmann, der sonst in vielen Stücken zu Tirpitz hielt —, seine Auffassungen sowohl in der Frage der Zurückhaltung der Flotte, als in der Typenfrage teilten, während in Tirpitz' Kriegsbriefen wiederholt die elegische Klage anklingt, daß er unter den Älteren ganz allein dastehe.

Selbstverständlich hat keiner von all' diesen Männern, und am wenigsten Pohl selbst je auf dem Standpunkt gestanden, daß die Flotte überhaupt nicht, auch nicht unter günstigen Umständen eingesetzt werden dürfe. Vielmehr hat schon der erste, von Pohl ausgehende Operationsplan der Marine ein Schlagen bei guten Chancen vorgesehen. An diesem Standpunkt hat Pohl unerschütterlich festgehalten, auch gegenüber dem Kaiser und Bethmann Hollweg, die beide die Flotte unter allen Umständen bis zum Friedensschluß erhalten wissen wollten. Mit Bethmann Hollweg hat sich Pohl verschiedentlich zu Beginn des Krieges darüber auseinandergesetzt, stets in dem Sinne, daß günstige Situationen ausgenützt werden müßten, und daß die Flotte nicht zurückgehalten werden könne, wenn sich solche böten. „Ich bleibe dabei," so schließt Pohl am 31. August 1914 seine Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Kanzler, „daß der von vornherein gegebene Operationsplan der richtige ist und beibehalten werden muß. Die Flotte muß sich bereithalten, sich trotz aller politischen Rücksichten voll einzusetzen, wenn die Möglichkeit eines Erfolges vorliegt."

In Wirklichkeit ist kaum einer der zahlreichen, von Tirpitz gegen Pohl erhobenen Vorwürfe so ungerecht, wie der, daß er sich von Bethmann Hollweg habe einwickeln lassen. Von dem vom Kanzler im Anfang des Krieges vertretenen Gedanken einer schonenden Kriegführung gegen England hat Pohl a priori nichts wissen wollen; als jener ihn dafür gewinnen wollte, erklärte er resolut heraus: „Solange der Kriegszustand besteht, habe ich nur daran zu denken, die Waffe zu gebrauchen, die mir in die Hand gegeben ist." Pohl hat sich auch mit Händen und Füßen energisch gesträubt, als die Reichsleitung sich durch das Verhalten Amerikas veranlaßt sah, die Kriegsgebietserklärung vom 4. Februar 1915, die das eigenste, nicht ganz glückliche Werk Pohls war, zu durchlöchern. Das Zurückweichen vor der amerikanischen Drohung empfand Pohl geradezu als Schmach; er hat, als der U-Bootkrieg durch die befohlenen Einschränkungen praktisch nahezu unmöglich gemacht wurde, anfang September 1915 sogar sein

Digitized by Google

Abschiedsgesuch in die Wagschale geworfen, freilich ohne Erfolg. Und völlig selbstverständlich war es Pohl, daß wir nur einen Frieden schließen dürften, in dem wir dem Gegner unseren Willen aufzwängen, denn sonst sei Deutschland verloren und zahle mit seinem Herzblut. (S. 82.) „Jetzt nur nicht vorzeitig Frieden schließen, so sehr wir ihn auch ersehnen! Ich muß auch vorher noch mit der Flotte zur Aktion kommen. So stillschweigend darf ich aus dem Kriege nicht herauskommen." (4. April 1915, S. 122). Man sieht, wie weit Pohl davon entfernt war, eine Kreatur Bethmann Hollwegs zu sein.

Nicht minder abwegig ist jener andere von Tirpitz gegen Pohl erhobene Vorwurf, daß er hinter dem Kaiser Deckung wegen seines Nichtstuns und seiner Passivität gesucht habe. Von „Untertänigkeit" kann bei der geraden, selbständigen und sachlichen Natur Pohls gar keine Rede sein. Das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit schon in der Frage der dem Flottenchef einzuräumenden Aktionsfreiheit, in der Pohl keineswegs die Auffassung des Kaisers zu der seinigen gemacht hat. Als Wilhelm II. nach dem unglücklichen Ausgang des Kreuzergefechts vom 28. August 1914 seine Willensmeinung in die Worte zusammenfaßte: „Die Flotte ist zu sicher geworden durch die Untätigkeit der Engländer, die das Wetter gut benutzt haben. Solche Überraschungen dürfen nicht wieder vorkommen," da bat Pohl den Kaiser, diesen Befehl nicht an den Flottenchef weitergeben zu müssen, um nicht die Initiative der Flotte zu beeinträchtigen. Auch von einem in gleichem Zusammenhang ergangenen Befehl, daß der Flottenchef nur auf ausdrückliche Weisung des Kaisers zu entscheidendem Kampfe vorgehen dürfe, hat Pohl diesen, während Tirpitz' Vorstellungen vergeblich blieben, abzubringen gewußt. „Ich halte es," schrieb Pohl damals in sein Tagebuch, „für einen Fehler von schwerwiegendster Bedeutung, den Flottenchef in seinen Entschlüssen noch weiter einzuschränken. Dadurch muß jede Initiative getötet und die Kampffreudigkeit der Flotte geschädigt werden." Es trifft hier zu Tage, wie recht Admiral von Müller, dessen Ausführungen in dem Pohlschen Buche überhaupt durchweg eine eklatante Bestätigung finden, darin hat, daß Pohl stets für die notwendige Handlungsfreiheit des Flottenchefs eingetreten sei.

Nebenbei bemerkt wird durch das Pohlsche Buch auch die wiederholte Behauptung Tirpitz' entkräftet, daß der Flottenchef von Ingenohl wegen des Einsetzens der Flotte immer erst angefragt habe, „um natürlich von Pohl und dem Kaiser eine ablehnende Antwort zu bekommen." In Wirklichkeit ist Ingenohl auf einen Brief Pohls vom 13. September 1914, der von dem Unterbleiben des Befehls, daß vor jeder größeren Aktion die Genehmigung des Kaisers eingeholt werden müsse, Kenntnis gab, gleichzeitig aber empfahl, die Flotte nicht einzusetzen, ohne eines Erfolges einigermaßen sicher zu sein, ausdrücklich um eine Erweiterung seiner Befugnisse eingekommen, allerdings mit negativem Ergebnis, da der

Digitized by Google

Kaiser im Gegenteil auf seine Idee zurückkam, selbst den Befehl zum Einsetzen der Flotte in der Hand behalten zu müssen. Das schließliche Ergebnis war doch das, daß Ingenohl nach Tirpitz' eigenem Eingeständnis so gut wie volle Freiheit des Handelns gehabt hat.

Und derselbe Pohl, der stets auf das eifrigste bemüht war, seinem Vorgänger Ingenohl die möglichste Aktionsfreiheit innerhalb des konsequent festgehaltenen allgemeinen Operationsplans zu wahren, sollte, nachdem er selbst die Führung über die Hochseestreitkräfte übernommen hatte, sich hinter den Kaiser und hinter den Kabinettschef gesteckt haben, um den Befehl zu erhalten, daß die Flotte nicht herausgehe? Tirpitz, der das behauptet, wird schlagend widerlegt durch einen Brief Pohls an Müller vom 3. August 1915, in dem es heißt: „Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß ich mir voll bewußt bin, daß ich volle Freiheit des Handelns habe, und daß ich dieselbe, wie ich Ihnen schon früher geschrieben habe, für durchaus notwendig halte. Ich bin dankbar dafür, daß ich in meinem Handeln nicht durch Befehle und Direktiven eingeschränkt werde; ich muß für die Verwendung der Flotte und mein Handeln ganz allein verantwortlich sein." Ebenso falsch ist die weitere Behauptung Tirpitz', daß erst das Eintreten Bachmanns Pohl die volle Freiheit des Handelns verschafft habe; ergibt sich doch aus dem Pohlschen Buche klar, daß dieser selbst die Vorschläge dafür dem Kaiser direkt unterbreitet hat. Vollends ungereimt ist die Unterstellung des Großadmirals v. Tirpitz, daß Pohl sich des Prinzen Adalbert, der im März 1915 ins Hauptquartier reiste, bedient habe, um einen Befehl des Kaisers zu extrahieren, durch den Pohl für sein Nichtstun und seine Passivität gedeckt werde. In Wirklichkeit hat Pohl gerade während der Abwesenheit des Prinzen Adalbert einen der zahlreichen Vorstöße mit der Flotte gemacht, die allein schon seine Aktivität und seinen Drang, an den Feind heranzukommen, beweisen. Und als Prinz Adalbert tatsächlich bei seiner Rückkehr eine erneute Mahnung seines kaiserlichen Vaters für Pohl, sich mit der Flotte zurückzuhalten, mitbrachte, da schrieb Pohl am 30. März an seine Frau: „Ich freue mich doch riesig, daß der Prinz mir das nicht zwei Tage früher sagen konnte." Im übrigen wurde die durch den Prinzen Adalbert überbrachte Weisung auf die schon erwähnte Immediateingabe Pohls hin alsbald wieder zurückgenommen.

Man muß die Briefe Pohls aus der Zeit seiner Wirksamkeit als Flottenchef lesen, um zu erkennen, wie ganz dieser Mann, der nach Tirpitz' durch und durch ungerechtem Urteil den ganzen Seefeldzug verpfuscht haben soll, auf Kampf und Sieg gestellt war. „Alle meine Gedanken," so schreibt Pohl am 18. Februar 1915, kurz nach seiner Ernennung, „sind nur darauf gerichtet, wie ich die Mittel der Seekriegführung, die mir zur Verfügung stehen, nützlich anwenden kann."

Digitized by Google

Abschieds
selbstverst
dem wir
verloren
schließen
Flotte
herausk
entfernt
Nicht
wurf,
Passivi
digen
sonder
Aktion
seinige
Kreuz
samm
länder
wiede
chef
Auch
chef
gehen
abzub
einen
schlüs
die
recht
haup
für
Ne
haup
setzen
Kaise
auf
Befe
werd
ohne
rung

[illegible]

Digitized by Google

olitisches Verständnis, er rechnet ihm selbst den Haß gegen England als Verdienst an, er erklärt einmal ausdrücklich, eher als Ballin würde er noch Tirpitz als Nachfolger von Bethmann Hollweg gelten lassen, und immer wieder hat er versucht, sich in die Denkweise des Großadmirals hinein zu versetzen. Lebte Pohl noch heute, so würde er, dessen vornehme Gesinnung und edle Charaktereigenschaften Tirpitz in seinem Nachruf so besonders gerühmt hat, gewiß der erste sein, anzuerkennen, daß der Großadmiral zu seinen ungerechten Urteilen im letzten Grunde doch durch ein ehrenwertes Motiv, die heiße Angst und Sorge, daß das stolze Werk seines Lebens, die deutsche Flotte, unfruchtbar bleiben solle, verleitet worden ist. Darf man die Hoffnung hegen, daß Tirpitz, der jetzt die Irrtümlichkeit seines Urteils über Pohl und nicht allein über diesen, erkannt haben muß — denn die Beweisführung des Pohlschen Buches ist eine zwingende — sie in aller Form zugestehen und so einen Teil des Schadens wieder gut machen wird, den er durch die Veröffentlichung seiner ungezügelten Zornesurteile angerichtet hat? Wenn beide feindliche Parteien, Tirpitz mit seinen Anhängern auf der einen, ihre Widersacher auf der anderen Seite sich dahin einigen könnten, nunmehr die große Leistung der Flotte in den Vordergrund zu stellen, dann wäre jedenfalls im Sinne des so eminent sachlich denkenden Admiral v. Pohl der tiefere und eigentliche Zweck des aus seinem Nachlasse herausgegebenen Buches erfüllt. Dann, aber auch nur dann könnte jene Einheitsfront unserer Admirale Wahrheit und Ereignis werden, zu der die Entente durch ihr haßerfülltes Auslieferungsverlangen, das neben Tirpitz, Bachmann und Scheer auch Ingenohl, Müller und Capelle umfaßt, den Grund gelegt hat!

Ist der Bolschewismus in China möglich?

Von Prof. Dr. Wilhelm Schüler

An dem Vordringen des Bolschewismus auf der ganzen asiatischen Linie ist kein Zweifel, selbst wenn man die in der englischen Presse der letzten Wochen zu Tage tretende Angst für übertrieben halten sollte. Koltschak und Denikin sind entscheidend geschlagen, in Transbaikalien brauchen die Japaner immer mehr Verstärkungen, um der scharfen Propaganda der Bolschewisten längs der Bahnlinie zu begegnen, Kiachta ist in ihrer Hand. Unermüdlich schreitet ihre Bohrarbeit fort, um vor allem in die von England abhängigen Gebiete die Explosivstoffe hineinzubringen, die diese Herrschaft sprengen sollen. Ein besonderer „Verband zur Befreiung des Ostens" ist gegründet, mit dem Hauptquartier in Taschkent. Hier befindet sich eine Schule, in der in allen asiatischen Sprachen zum Zwecke der bolschewistischen Propaganda unterrichtet wird. Indien ist dabei das nächste und vornehmste Ziel. Aber zugleich mehren sich

Digitized by Google

die Anzeichen, daß auch im fernen Osten die Propaganda wirksam zu werden beginnt. In diesem Zusammenhang ist die Frage in letzter Zeit wiederholt aufgetaucht, ob der Bolschewismus irgendwelche Aussicht hat, auch in China Fuß zu fassen.

Man wird zunächst geneigt sein, einen solchen Gedanken weit abzuweisen. Denn es scheint sicher, daß für die einen radikalen Bruch erstrebenden Ziele der Bolschewisten der Nährboden bei der chinesischen Landbevölkerung nicht gegeben ist; diese aber macht etwa 80—90 Prozent des gesamten Volkes aus.*) Der chinesische Bauer ist durchaus kein unterdrückter Mensch; wenn er auch wohl in den meisten Fällen auf dem übervölkerten Boden bei allem Fleiß nicht viel mehr erreichen kann als eben satt zu werden; von oben her ist er eigentlich nur darin beschränkt, daß er die — sehr geringe — Grundsteuer zu zahlen hat. Auch wenn, wie in den mittleren und südlichen Provinzen, wohl die Hälfte der Bauern ihr Land als Pacht hat, so besteht doch bei mäßigem Naturalzins kein drückendes Abhängigkeitsverhältnis. Großgrundbesitz gibt es in China überhaupt nicht, so wenig wie einen erblichen Adel oder eine kastenmäßig abgesonderte Aristokratie. Auch ist der Pächter sicher davor, daß ihm nicht etwa gekündigt wird. Für ganz China gilt, daß die selbstverständlichen Gegensätze zwischen Arm und Reich doch nirgends so stark sind, wie im Westen, und vor allem sind die vorhandenen Unterschiede nicht von dem gehässigen kampfbereiten Gefühl des Klassenkampfes begleitet; sie werden vielmehr als etwas Unabänderliches in der großen Ordnung des All-Begründers mit außerordentlicher Geduld hingenommen. Dabei wirkt auf beiden Seiten der patriarchalische große Familienverband, in dem der einzelne fest drin steht und der das eigentliche Fundament der Gesellschaft bildet, sehr wohltätig ausgleichend. Hier hindert er den Reichen an rücksichtsloser egoistischer Ausnutzung seines Vermögens, denn er ist zum mindesten seiner ganzen Sippe verpflichtet; dort läßt er den Unbegüterten so leicht nicht gänzlich zu Grunde gehn und nimmt ihm das traurige Gefühl des Enterbten, bei Seite Geworfenen; womit freilich nicht gesagt sein soll, daß man nicht genug wirklichem Elend und drückender Armut in China begegnet. In all diesen sozialen Beziehungen besteht auch kein großer Unterschied zwischen dem Land und den Städten. Ein so von dem natürlichen Lebensboden des Landes abgeschnittenes Ungeheuer, wie eine westliche Großstadt, gibt es im eigentlichen China überhaupt nicht.

*) Man erinnert wohl gern daran, daß bereits einmal ein durchgeführter Staatssozialismus in China bestanden hat, veranlaßt durch den Reformator Wang An-shih im 11. Jahrhundert — wobei z. B. der Bauer vom Staat das Saatkorn und die Betriebsmittel erhielt und die Ernte an den Staat abliefern mußte — mit der Spitze nicht nur gegen das Privatkapital, sondern die Geldwirtschaft überhaupt. Aber es ist zu beachten, daß der nach wenigen Jahren erfolgte Zusammenbruch dieses Reformversuchs in China gerade als ein Beweis dafür gilt, daß der Sozialismus sich bereits als unmöglich erwiesen habe.

Digitized by Google

Aber in diesem bereits so harmonisch ausgeglichenen sozialen Bau des chinesischen Volkstums brechen in der Neuzeit freilich Risse auf in dem Maße, als der Maschinenbetrieb des Westens auch diesem Land seine Schwingungen mitteilt. Die Industrialisierung Chinas hat gerade während des Krieges starke Fortschritte gemacht. Zwar ist sie, an unserem Maßstab gemessen, immer noch sehr gering und in der Hauptsache auf die geöffneten Küstenplätze beschränkt. Wenn in einem Berichte des Ministeriums für Ackerbau und Handel aus dem vorigen Jahr von 25 000 Fabriken geredet wird, so ist das sehr irreführend. Was unter diesen Fabriken zu verstehen ist, geht schon daraus hervor, daß die Zahl der Arbeiter mit 400 000, der Arbeiterinnen mit 150 000 angegeben wird, also etwa 20 Arbeitskräfte auf die „Fabrik". Industrielle Unternehmungen, die auf diesen Namen wirklich Anspruch machen können, gibt es nach der Statistik des China Year Book von 1919 etwa 700. Auch diesen Betrieben war der bewußte Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern bisher fremd. Zu stark blieb auch in der Fabrik der chinesische Arbeiter in erster Linie ein Glied seines Heimatverbandes. Diese Solidarität erfüllte ihn stärker als die mit seinen „Genossen". — Es scheint nun aber kein Zweifel, daß in jüngster Zeit auch hier Wandlungen vor sich gehen, durch die einer von außen eindringenden Propaganda der Boden gelockert wird. Es liegen eine Reihe von ostasiatischen Zeitungsberichten aus den letzten Monaten vor, welche von Lohnbewegungen und Streiks in China sprechen und an diese Bewegungen bereits besorgte Gedanken anknüpfen. Karl Marx ist ins Chinesische übersetzt; sozialistische Literatur wird in wachsendem Maße verbreitet. Grund zur Agitation ist in der Tat vielfach gegeben. In der Textilindustrie jedenfalls findet eine menschenunwürdige Ausnutzung der Arbeitskraft statt. In den schlecht ventilierten, ungesunden Räumen werden Kinder schon von 10 Jahren ab eingestellt; die Arbeiterinnen — um solche handelt es sich meistens — erhielten noch vor wenigen Jahren einen Tageslohn von 12—35 Pfennigen nach unserem Geld — ohne Beköstigung —, die Arbeiter von 35—50 Pfennigen; während des Krieges ist der allgemeine Arbeitslohn auf 40—50 Cents — also etwa das Doppelte dem Nennwert nach — gestiegen.. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 12½ Stunden mit kurzer Mittagspause. Interessant wäre, zu erfahren, was für einen Geist die 200 000 (nach anderen Angaben ist die Zahl noch weit größer) aus Frankreich und Belgien heimkehrenden Arbeiter in ihre Heimat zurückbringen; doch wird über diese merkwürdig wenig berichtet. Ohne weiteres ist ja deutlich, daß die infolge persönlicher Berührung oder durch Schriften von Jahr zu Jahr immer stärker einströmende westlich individualistische Gedankenwelt auflockernd auf das geistige Gefüge der ererbten chinesischen Anschauungen wirken muß, zumal nach dem Sturz des Kaisertums; unbeschadet dessen, daß in den gebildeten Kreisen nach

Digitized by Google

Schüler

einer Synthese zwischen den Grundelementen chinesischer Anschauung und dem nicht mehr wegzuweisenden heutigen Ziel zweifellos gefunden wird. Ob aber das in den [illegible] in der letzten Zeit gewonnene stärkere Selbstbewußtsein den [illegible] gegenüber bereits mit bolschewistischer Propaganda etwas zu tun hat, ist für das eigentliche China einstweilen [illegible]. In der Mandschurei aber, die besonders [illegible] Gebiete aufweist, hat die bolschewistische Propaganda ebenfalls schon stark eingesetzt und ist dem Berichterstatter der „Times" aus Charbin zufolge, dort eben als nicht aussichtslos. Die Arbeiter in der Mandschurei sind nun aber auch noch in unmittelbarer Weise mit dem Bolschewismus bekannt geworden. Es ist bekannt, daß die zaristische Regierung eine große Menge chinesischer Kulis, hauptsächlich aus der Mandschurei, in Dienst genommen hatte, um sie beim Bau an der Murmanbahn zu nutzen, wobei sie eine sehr schlechte Behandlung erfuhren. Als die Bolschewisten zur Herrschaft kamen, nahmen sie sich dieser Chinesen besonders an — natürlich zugleich unter dem Druckmittel sie verhungern zu lassen, wenn sie nicht willfährig seien — und bildeten aus ihnen eine Art [illegible], die bis heute fortbesteht. Chinesen werden andererseits ausgesandt, um die Propaganda in ihr Heimatland zu tragen. Kürzlich wurde folgender Fall bekannt. Ein bolschewistischer Offizier ungarischer Nationalität [illegible] an der sibirischen Grenze 20 Chinesen ab, die über den Kaukasus und Persien nach China wollten. Er [illegible] sie [illegible] Beförderung [illegible]. Plötzlich stellte es sich heraus, daß es sich um sorgfältig [illegible] Propagandisten handelte, und der Offizier wurde nun zur Todesstrafe verurteilt. Wir wissen nicht, mit welchen Mitteln die besondere chinesische Propaganda arbeitet. Aber das allgemeine Programm des Verbundes zur Befreiung des Ostens [illegible] Es ist sehr [illegible] Stimmung anzeigen. Es heißt nämlich in diesem Programm an erster Stelle [illegible] Ausland [illegible] wieder der Verbund zur Befreiung des Ostens [illegible] Bestrebungen zu einer starken Angriffsstimme zu vereinheitlichen.

Der Kampf gegen den Kommunismus — [illegible] Imperialismus. [illegible] Zurückführung aller Nationalreichtümer über und unter der Erde in das Volk. [illegible] Die völlige [illegible] dieser Teil der [illegible] Chinas [illegible] der heillosen finanziellen Lage doch

vor allem anderen die kapitalistische Machtgier der Fremden schuld sei, das bedarf keines besonderen Beweises. Vollends hat die treulose Auslieferung Chinas seitens der Entente im Versailler Vertrag die Erkenntnis, vergewaltigt und betrogen zu sein, allgemein gemacht. Der unmittelbare Unwille richtet sich dabei gegen Japan; seit vielen Monaten dauert der Boykott japanischer Waren an. Das bolschewistische Programm trägt dieser Stimmung Rechnung, indem es nicht nur die europäisch-amerikanischen, sondern auch die japanisch-imperialistischen Pläne auf China ausdrücklich verdammt.

Der zweite Teil des Programms stellt den Grundsatz der völligen Volksherrschaft auf. Nur die werktätigen Klassen — d. h. vornehmlich Bauern, Arbeiter, Handwerker — vermöchten den „nationalen Staat", die „werktätige Republik" zu schaffen und zu tragen, die sich dann mit den übrigen Staaten des Ostens auf föderativer Grundlage verbinden soll. Auch in dieser Botschaft vernimmt der Chinese vertraute Laute. Insofern wenigstens, als in Theorie und Praxis im chinesischen Volke außerordentlich viel Demokratisches vorhanden ist. Auch die kaiserliche Herrschaft ist bei aller theoretisch unbedingten Macht des Himmelssohnes sowohl in der klassischen Ausprägung als im Volksgefühl nie anders aufgefaßt worden, als daß sie eine Veranstaltung sei, um dem Volk die Segnungen des Himmels in möglichster Harmonie zu vermitteln. Das Volk steht unter allen Umständen voran und handelt nur im Auftrag des Himmels, wenn es einen seines Mandats unwürdigen Herrscher beseitigt. Man beachte auch, daß das Programm vom eigentlichen Kommunismus, von öder Gleichmacherei usw. überhaupt nicht spricht. Den besonderen Verhältnissen des einzelnen Volkes soll ausdrücklich Rechnung getragen werden und es wird betont, daß zur gesunden Entwicklung des Wirtschaftslebens es des freien Wettbewerbs, der natürlichen Auslese der wirtschaftlich, technisch und sozial am meisten Entwickelten bedürfe; darum auch die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten des Westens (deren gegenwärtige Avantgarde die Sowjet-Republik bilde). Nur soll eben alles unter Ausschluß der räuberischen Ausbeutung des Monopols, des privaten Kapitals vor sich gehen. Es ist klar, daß schon in diesen Sätzen sehr viel enthalten ist, was bei entsprechender Ausmünzung für die besonderen chinesischen Verhältnisse in weiten Kreisen nicht ohne Eindruck bleiben wird. Auch darf das allgemeine Moment der Unzufriedenheit nicht außer acht gelassen werden, die infolge des nun schon im dritten Jahr bestehenden Bürgerkriegs und der damit gegebenen Unsicherheit und soldatischen Bedrückung viele Provinzen erfüllt. Es verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß nur der Militarismus der Tuchüns, der Militärgouverneur, die ja jetzt zweifellos die eigentlichen Machthaber in China sind, es zu keinem Frieden kommen lasse.

Nirgens aber vielleicht haben, wie mir scheinen will, die jetzigen Machthaber eine

Digitized by Google

auf ihren Sturz hinarbeitende Bewegung mehr zu fürchten als in ihren eigenen Söldnerscharen. Bei diesen brauchten die bolschewistischen Agitatoren, die Kameraden aus Lenins Leibgarde, nicht viel mit Ideen zu operieren. Sie brauchten ihnen im wesentlichen nur zu sagen, daß sie bei einer Neuordnung nicht, wie bisher oft, wochenlang auf ihren Sold zu warten hätten und zu noch viel größerer Freiheit und Macht berufen sein würden. Die Soldaten gleiten in China herkömmlicherweise leicht ins Räuber- und Freibeutertum über und bei den Soldaten sind jene anfangs erwähnten, aus der Tradition und dem Familienverband erwachsenden Schranken radikal umstürzlerischen Gedanken gegenüber am meisten gelockert. Und wenn wir schon aus unseren Verhältnissen heraus wissen, wie leicht eine kleine Minderheit sich der Gewalt bemächtigen und die Masse zur Gefolgschaft nötigen kann, so ist das bei der passiven und doch wieder in Zeiten wirtschaftlicher Not und allgemeiner Unzufriedenheit geistigen Influenzen leicht zugänglichen Natur der Chinesen nach viel mehr der Fall. Wohl huldigt der Chinese einer „statischen Weltanschauung", es fehlt ihm an Initiative, er erträgt auch Zustände, über die er murrt, trotzdem bis zum äußersten geduldig. Aber wenn es einmal irgendwelchen Führern gelungen ist, die Masse an einem Punkt in Bewegung zu setzen, so wirkt sie auch mit der Schwerkraft einer Lawine weiter, wie die Geschichte mancher großen inneren Bewegungen in China beweist.

Doch es liegt nicht in meiner Absicht, ein Urteil über die Wahrscheinlichkeit des Gelingens der bolschewistischen Propaganda in China abzugeben. Dazu müßte man in engerer Fühlung mit dem Lande stehen, um über die Stimmungen und Symptome recht unterrichtet zu sein. Aber es mag schon von Wert sein, sich über die einer Agitation günstigen und ungünstigen Momente im chinesischen Organismus ein Bild zu machen und nicht zum wenigsten über die Art der bolschewistischen Propaganda selbst, die hier im Osten zum Teil ganz andere Züge aufweist, als wie sie dem herkömmlichen Bild des Bolschewismus entsprechen.

Diskretionismus

(Ein neues System der Sexualkultur-Politik)

Von Dr. med. Dreuw (Berlin)
Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Ministerium für Volkswohlfahrt

Bekanntlich unterliegen fast alle ansteckenden Erkrankungen im Seuchengesetz der Anzeigepflicht, es sind jedoch nicht anzeigepflichtig die Erkrankten an Syphilis, Schanker und Tripper, diese dürfen auch nicht einer Beobachtung, Absonderung oder Zwangsbehandlung unterzogen werden, es sei denn, daß es sich um Personen handelt, die gewerbsmäßig Unzucht treiben. Der Staat stellt es

Digitized by Google

also jedem an einer solchen Krankheit leidenden Menschen anheim, ob und wie lange er sich behandeln lassen will. Da es sich nun aber herausgestellt hat, daß etwa 90 Prozent aller zum Beispiel an Syphilis Leidenden die Behandlung vorzeitig unterbrechen, so ergibt sich angesichts der bevölkerungspolitischen Probleme für unsern Nachwuchs die Frage: Soll der Staat auch noch weiterhin sich der Lösung dieses Problems gegenüber passiv verhalten? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Würde der Staat angesichts der zahlreichen, auch auf dem Lande auftretenden Erkrankungen so handeln, dann wäre in rassenhygienischer Beziehung das schlimmste zu befürchten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat nun dem Reichsversicherungsamt empfohlen, sogenannte „Beratungsstellen" zu errichten, die bei allen denjenigen Kranken, die sich freiwillig melden oder durch Vermittlung oder durch eigenmächtige Mitteilung des behandelnden Arztes selbst unter Brechung seiner bisherigen Schweigepflicht gemeldet werden, schriftlich und mündlich von Zeit zu Zeit daran erinnern sollen, daß sie noch behandlungsbedürftig sind. Diese Idee kann eine praktische Wirkung nicht erzielen, da naturgemäß sich nur solche melden oder melden lassen, die schon an und für sich gewissenhaft genug sind, die Behandlung durchzusetzen, während die übrigen, die Indolenten, Böswilligen und Imbezillen — und diese bilden die Mehrzahl — ohne Zwang sich nicht melden lassen. Praktisch also kann nicht viel erzielt werden. Und die Ärzte haben kein Interesse daran, zwischen sich und den Patienten noch eine beratende Zwischeninstanz zu setzen, die auch nicht mehr kann, vielleicht noch mit weniger Nachdruck, als es der Arzt Auge um Auge im Sprechzimmer tut, nämlich den Patienten daran zu erinnern, daß es nach einem viertel oder halben Jahre wieder an der Zeit ist, sich behandeln zu lassen, da eben die Behandlung häufig, ja in der Mehrzahl der Fälle von Syphilis immer jahrelang dauert. Ein solches schriftliches Erinnern seitens der Beratungsstellen bei einer solchen heiklen Angelegenheit, ohne grundlegende Gesetzesänderung, kann aber die unangenehmsten Folgen für den Betreffenden haben. In der Tat erheben sich namentlich in Ärztekreisen die schwersten Bedenken gegen die Neueinrichtung, aus Standesinteressen und aus Gründen des Versagens in der Praxis. Die Ärzte wollen tatsächlich von den Beratungsstellen nichts wissen. Denn nach der Statistik der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf ihrer Ausstellung kamen in den Jahren 1916, 1917 und 1918 im ganzen Königreich Sachsen nur 4580 Personen zur Beratung, von diesen waren nur 99 (!) von Ärzten ihnen überwiesen, dagegen 1164 von Krankenhäusern, 1304 von Krankenkassen und 526 von Militärbehörden, 746 von anderen Stellen und nur 741 Selbstmeldungen. Man sieht also, die Behörden haben das an und für sich schon kümmerliche Resultat noch halbwegs verbessert. Diese völlig unnützen Institute will die obige

Digitized by Google

Gesellschaft nun verankern und um diesen Torso herum ihre Gesetzesvorschläge ankristallisieren, indem sie in ihrer sachverständigen Kommission folgenden Beschluß für das zukünftige Gesetz gefaßt hat.

„Die allgemeine Anzeigepflicht ist nicht einzuführen, hingegen ist eine beschränkte Anzeigepflicht (d. h. „Anzeigerecht" Dr. Dreuw) erwünscht und zwar derart, daß die Meldung erfolgen soll (zunächst an die Beratungsstellen, die die Kranken vorladen und erst wenn sie der Aufforderung nicht nachkommen, an die Gesundheitsbehörde, an welche und auf Grund welcher Gesetzesänderung wird nicht gesagt):

a) wenn der Kranke die Kur unterbricht, ohne den Nachweis zu erbringen, daß er sich in andere ärztliche Behandlung begeben hat;

b) wenn der Arzt in Erfahrung bringt, daß der Patient im ansteckenden Stadium verkehrt.

Vom Arbeitsausschuß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preußischen Wohlfahrtsministerium wurde hierzu noch vorgeschlagen:

c) wenn der Arzt erfährt, daß der Kranke durch seine berufliche Tätigkeit oder seine persönlichen Verhältnisse eine erhebliche Gefahr für seine Umgebung bildet."

Als ob nicht jeder Geschlechtskranke eine erhebliche Gefahr für seine Umgebung bildet! Sowohl die Ärzte würden sich für diese unangenehmen Bütteldienste, als auch die Patienten für diese Knechtschaft durch viele gewissenlose und gewinnsüchtige Ärzte bedanken. Schon 1835 hat dieses „Regulativ" der beschränkten Anzeigepflicht zur Mißwirtschaft geführt.

Die Hygiene muß in allen Zweigen alle, arm und reich, jung und alt, Männer und Frauen umfassen. Sie darf nicht zur Klassenhygiene werden, wie bei den sogen. Beratungsstellen für Geschlechtskranke. In der Impffrage, bei der Bekämpfung der Diphtherie, der Cholera, der Ruhr usw. mittelst der modernen Hygiene (Beobachtung, Anzeigepflicht, Isolierung, Desinfektion) überall herrscht der Grundsatz, daß sich die hygienischen Maßnahmen auf jeden Erkrankten männlichen und weiblichen Geschlechts erstrecken müssen. Nur bei den Geschlechtskrankheiten macht man bisher zum Schaden der Allgemeinheit eine Ausnahme; man beobachtet und behandelt zwangsweise nur eine dekadente Menschenklasse, nämlich die Prostituierten; in Berlin von ca. 60 000 nur 4000, d. h. etwa ein Fünfzehntel der wirklich vorhandenen. Was würden wir sagen, wenn wir nur die weiblichen an Diphtherie Erkrankten und von diesen nur ein Fünfzehntel hygienisch erfassen würden und alle Männer von dem Behandlungszwang und der

Digitized by Google

Anzeigepflicht verschonen würden. Man würde über die Logik derartiger „Hygieniker" den Kopf schütteln.

Daher ist es erfreulich, daß am 16. Dezember 1919 der preußische Ausschuß für Bevölkerungspolitik in seiner Mehrheit mit 13 gegen 10 Stimmen für die Idee des diskreten Seuchengesetzes eintrat, allen Hindernissen zum Trotz. Der Staat steht bei der Beratung der für die gesamte Bevölkerungspolitik wichtigen Frage, ein geeignetes System für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu beschließen, am Scheidewege. Denn die bisherige Taktik hat eine Vermehrung der Geschlechtskrankheiten um das zehnfache in einzelnen Städten nicht hindern können. Auch das platte Land ist schon obseucht. Die Geschlechtskrankheiten nehmen zu, nicht ab, in den Braunschweiger Kassen z. B. um das Zehnfache. Seit 1910 bis 1914 war im Heere eine Vermehrung der Syphilis um etwa 20 Prozent, gegenüber den Jahren 1906—1910 wurden in allen deutschen Krankenhäusern zusammen ca. 60 000 männliche Syphilitiker amtlich registriert, während 1910 bis 1914 (also noch vor dem Kriege) die Zahl die erschreckende Höhe von 120 000, also eine Steigerung von 100 Prozent, erreicht hatte. Wundert man sich, wenn in Würzburg dreimal mehr Frauen und achtmal mehr Männer geschlechtskrank sind, als vor dem Kriege, und wenn in einer süddeutschen Universitätsstadt die Poliklinik der Universität, die früher nur von einigen Personen besucht war, heute ca. 200 Geschlechtskranke täglich behandeln muß? In einem kleinen Landstädtchen!

Der Entwurf eines Gesetzes zur wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten muß sich immer mehr zu der Frage zuspitzen: „Allgemeine diskrete Anzeige- und Behandlungspflicht" oder nicht? Die Zahl der Anhänger für dieses System aus den Reihen der Ärzte, Soziologen, Juristen, Frauenrechtlerinnen usw. wächst immer mehr. Nur die Bürokratie verhält sich passiv wie meist bei grundlegenden Neuerungen. Sie verteidigt das Prinzip: „Was ist, ist vernünftig." Trotz alledem verlangt die moderne Zeit ihr Recht. Denn Geschlechtskrankheiten sind Kindermörder. Ihnen gilt der Kampf.

Auch von hervorragender juristischer Seite wird die Anzeigepflicht in letzter Zeit gefordert. Geh. Justizrat Dr. Mittermaier, Gießen, sagt (Deutschlands Erneuerung, 1917, Heft 6) mit Recht, daß sie mindestens so viele ethische Ideale wie die bisherigen Systeme in sich berge. Auch er kämpft gegen die Halbheiten an, die die Regierungsvertreter in dieser wichtigen Frage begehen, im Vertrauen m. E. auf eine einseitige „autoritative" Information der O.G.B.G., die bisher sozusagen ein Beratungsmonopol hatte.

Nachdem ich 1915 zuerst in meinem Buche „Haut- und Geschlechtskrankheiten

Digitized by Google

im Krieg und im Frieden" *) einen bestimmt abgegrenzten Gedanken, den Begriff einer ärztlichen Zentral-Zettelregistratur zur Kontrolle aller geschlechtskranken Männer und Frauen unter voller Wahrung der für diese so wichtigen Diskretion, veröffentlicht hatte, bei dem es sich nicht mehr, wie bisher, um ein vages Umhertasten, sondern um die Ebnung des Weges zur Einführung eines bisher noch nicht erörterten Systems handelte, hat die Diskussion über dieses Thema einen großen Umfang angenommen. Der Beschluß vom 16. Dezember 1919 aber hat gezeigt, daß die Majorität des Parlaments für die neue Idee ist, die allein Deutschland aus dem Sexual-Ruin erlösen kann.

Daher hat am 12. 12. 19 das M. d. N. Käte Schirmacher einen aus 32 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf eingereicht (Drucksache Nr. 3 des 23. Ausschusses für Bevölkerungspolitik), der auf dem Boden der allgemeinen diskreten Anzeigepflicht stehend, sowohl das Problem der Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung als das der Sittenpolizei, die beide miteinander so verbunden sind, daß die Lösung der einen ohne die der anderen unmöglich ist, löst.

Es gibt eben nur ein Radikalmittel, daß der Ausdehnung des Sexual-Leichtsinns und der Geschlechtskrankheiten ernstlich zu Leibe kann; das ist die Einführung der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht. Dieses System verlangt, daß eine besondere Gesundheitsbehörde geschaffen werde, welcher die Fälle venerischer Erkrankungen anzuzeigen wären. Diese Behörde ist zu absoluter Diskretion verpflichtet und darf auch vor Gericht nicht aussagen. Jeder Erkrankte ist verpflichtet, wöchentlich eine vom Arzt gratis auszustellende Bescheinigung diesem Amte einzusenden, daß er behandelt werde. Das Ende der Behandlung ist durch ein Schlußattest zu bescheinigen. Die dazu nötigen Formulare dürfen die Ärzte nur von der Behörde erhalten. Kassenpatienten behandeln die Kassenärzte; Nichtkassenpatienten werden von den der betreffenden Behörde verpflichteten Ärzten auf Grund von Gutscheinen behandelt. Die eingetretene Heilung ist von den Ärzten nach bestem Wissen und Gewissen zu bescheinigen. Die Sittenpolizei wird aufgehoben, die Prostituierten senden dreimal wöchentlich eine Gesundheitsbescheinigung ein wegen der größeren, von ihnen ausgehenden Gefahren. Die Behörde schreitet erst dann ein, wenn die Patienten fahrlässig die Behandlung aussetzen, resp. wiederholt keinen Schein einsenden.

*) Vgl. meine Arbeiten: 1. Entwurf eines Planes zur staatlichen Überwachung von Syphilis und Gonorrhoe. „Archiv für Rassenbiologie", 1916/17, 1. Heft. 2. Abolitionismus und Statistisches Gesundheitsamt. „Der Abolitionist", 1917, Nr. 1, 2 und 3. 3. Anzeige-, Behandlungs- und Schweigepflicht, Beratungsstellen und Sittenpolizei. „Dermatologische Wochenschrift", 1917, Heft 11 und 12. 4. Berufsgeheimnis, Anzeigerecht und Anzeigepflicht. „Ärztliche Rundschau", 1917, Nr. 20. 5. „Berliner Tageblatt", 1916, Nr. 626. 6. Allgemeine, gleiche diskrete Anzeigepflicht. Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Fischers mediz. Buchhandlung, Berlin W. 62, usw.

Digitized by Google

Der Arzt selbst hat mit der Listenführung nichts zu tun. Dieses System ist bei einigem guten Willen des Staates leicht durchführbar. Hier wird die Behörde nicht gehaßt und hintergangen von dem, der sie nötig macht. Die neue Behörde läßt jeden, den Infizierten — so Mann als Weib — in Freiheit, kontrolliert aber diskret die freiwillig zu treffenden Maßnahmen der einzelnen bis zur Heilung. Und erst, wenn diese vernachlässigt werden, fordert sie die beglaubigte Wiederherstellung der Gesundheit.

Der Kranke bleibt wie bisher in der Behandlung seines Arztes, alle approbierten Ärzte behandeln, der Kranke kann wie bisher den Arzt nach Belieben wechseln, die Patienten sind gegen Indiskretion auch vor Gericht völlig geschützt, sie werden absolut keiner polizeilichen Schikane ausgesetzt, der Arzt verletzt nicht sein Berufsgeheimnis, kurzum, das neue System ähnelt in vieler Beziehung dem „Brotkartensystem". Ohne Abgabe der Brotmarken gibt es, wie jeder weiß, Unannehmlichkeiten, ohne Sexualkarte auch. Was wir aber heute von allen Bürgern bei der Brotkarte verlangen, das kann der Staat erst recht auch ein oder zweimal wöchentlich im Allgemeininteresse von den Geschlechtskranken fordern, nämlich das Absenden eines bestimmten Formulars an die verschwiegene Gesundsheitsbehörde. Die Geschlechtskrankheiten würden dann bald gewaltig abnehmen.

Hierdurch wird erzielt:

1. eine genaue Statistik, die bisher völlig versagte, ja in manchen Fällen bis zu 80 Prozent Fehlresultate ergab; 2. eine genügend durchgeführte Behandlung, da bisher bis zu 90 Prozent der Bevölkerung ungenügend behandelt wurde; 3. keine polizeiliche Belästigung der Kranken, trotzdem aber eine diskrete Meldepflicht, diskrete Beobachtung und eine Beschränkung der Ansteckungsmöglichkeiten; 4. jeder Patient kann bei dem Arzt seines Vertrauens behandelt werden und er kann ihn wechseln, wenn es ihm beliebt; 5. die Aufhebung der Sittenpolizei.

Drei Systeme beschäftigen sich mit der staatlichen Bekämpfung der wichtigsten Verbreiterin der Geschlechtskrankheiten, der Prostitution:

1. Der Reglementarismus, 1794 in Preußen gesetzlich eingeführt und bis heute bestehend, dessen Abschaffung von der preußischen Landesversammlung beschlossen ist.

2. Der Abolitionismus, den kein positives, sondern nur ein negatives, aber sehr richtiges Programm verfolgt, nämlich den Reglementarismus abzuschaffen.

3. Der Diskretionismus, d. h. das System der allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht aller Geschlechtskranken.

Der Diskretionismus stellt einen vollwertigen Ersatz und eine große Verbesserung der Reglementierung dar, er schafft die doppelte Moral ab und

Digitized by Google

erfaßt nicht nur alle Geschlechtskrankheiten, sondern auch einen großen Teil der bisher unfaßbaren Geheimprostitution, er gewährt eine genaue statistische Einschätzung und Kontrolle über Zu- und Abnahme der Geißel der Menschheit, und eine Kontrolle der angewandten Methoden der Bekämpfung.

In einem Vortrag, den der Rostocker Universitätsprofessor Friboes hielt, führte er aus, daß in Deutschland 48 000 Prostituierte dem Staate dreieinhalb Milliarden Mark durch die Organisation der Sittenpolizei, durch Krankenkosten usw. verursachen. So viel hat früher die Verwaltung des ganzen Deutschen Reiches gekostet. Die Summe, mindestens ein sehr erheblicher Teil davon, könnte gespart werden, wenn der Gesetzentwurf zur Durchführung gelangt, der die allgemeine, gleiche, geheime, direkte Anzeigepflicht für Geschlechtskranke vorsieht, der in erheblichem Umfang die Sittenpolizei abbauen und im Verlauf der weiteren Entwicklung überhaupt zu einer gewaltigen Verminderung der Verbreitung dieser Krankheiten führen würde. Auch in der Schweiz scheint dieser Gedanke schon festen Fuß zu fassen. So schreibt Dr. P. Cattani in der „Neuen Züricher Zeitung" unter dem Titel „Gesundheitspolitik":

„Zu einer wahren Seuche, namentlich in den Städten, sind die Geschlechtskrankheiten geworden. Aber gerade der Lösung dieser Frage gegenüber hat sich der heutige Staat als vollständig impotent erwiesen. Rat- und hilflos zwischen Reglementierung der Prostitution und freien Straßenbetrieb hin- und herpendelnd, hat er noch nie den Versuch gewagt, die Ausrottung der Geschlechtskrankheiten mit fester Hand durchzuführen. Der Vorschlag Professor Bunges, alle Ansteckungsfähigen solange abzusondern, bis sie nicht mehr anstecken können, wird wohl noch lange auf Verwirklichung warten müssen. Aber es wäre schon unendlich viel getan, wenn man wenigstens dem Plan zur Überwachung der Geschlechtskrankheiten nähertreten würde, den Dr. Dreuw entworfen hat. Sein Vorschlag fordert im wesentlichen die Anzeigepflicht des behandelnden Arztes für alle männlichen und weiblichen Geschlechtskranken, die Verpflichtung, sich einer Behandlung zu unterziehen, und die Überwachung der Behandlung durch den Staat bis zum Abschluß derselben. Die nötige Diskretion ist nach dem Vorschlag weitgehend gesichert."

Selbstverständlich gibt es nichts Vollkommenes. So wie die Gesetze nicht den Diebstahl aus der Welt schaffen, so auch nicht die Geschlechtskrankheiten. Aber an Stelle der Gesetze, die sich wie eine ewige Krankheit forterben, müssen trotz des Widerstandes der Bürokratie solche gesetzt werden, die den modernen sozialen und hygienischen Anforderungen gerecht werden. Und diese können nur in der diskreten allgemeinen und gleichen Anzeigepflicht bestehen. Alles andere ist Klassenhygiene. Die Hygiene aber muß die Gesamtheit betreffen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 80 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48

Digitized by Google

Ein Prachtbuch für Gemüt und Auge

nennt Josef Popp in der „Germania", Berlin, das

Hausbuch deutscher Kunst

Von Eduard Engels

Neue Ausgabe besorgt von
GUSTAV KEYSSNER

Mit 4 Bildtafeln in Farbendruck und 384 schwarzen Abbildungen
3. Auflage. Gebunden M 20.—

„Ein Hausschatz von bleibendem Werte, der alt und jung fördern wird in dem Verständnisse und dem Genusse echter deutscher Kunst. Es ist eine quellend frische, frohe Stimmung, die uns Blatt für Blatt begleitet bis zum Schlusse."
(Münchner Neueste Nachrichten.)

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

In den ersten Häusern erhält man Stellung durch die

Vossische Zeitung

Berlin SW 68, Ullsteinhaus

Vor kurzem erschien:

Sinnsprüche Omars des Zeltmachers

Aus dem Persischen übertragen von

Dr. Fr. Rosen

Dritte, vermehrte Auflage

Gebunden M 10.—

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Der

WERBEDIENST

wirkt für die Kultur der Reklame auf allen Gebieten. Staatliche und private Auftraggeber zählen zu seinen Kunden. — Zur Lösung der ihm gestellten Aufgaben vereinigen sich im Werbedienst erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal.

Werbedienst

Berlin W 35, Lützowstraße 102/04

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart u. Berlin

Vor kurzem erschien:

LASSALLE

EINE POLITISCHE BIOGRAPHIE

VON

HERMANN ONCKEN

Dritte, vollst. umgearbeitete u. vermehrte Auflage

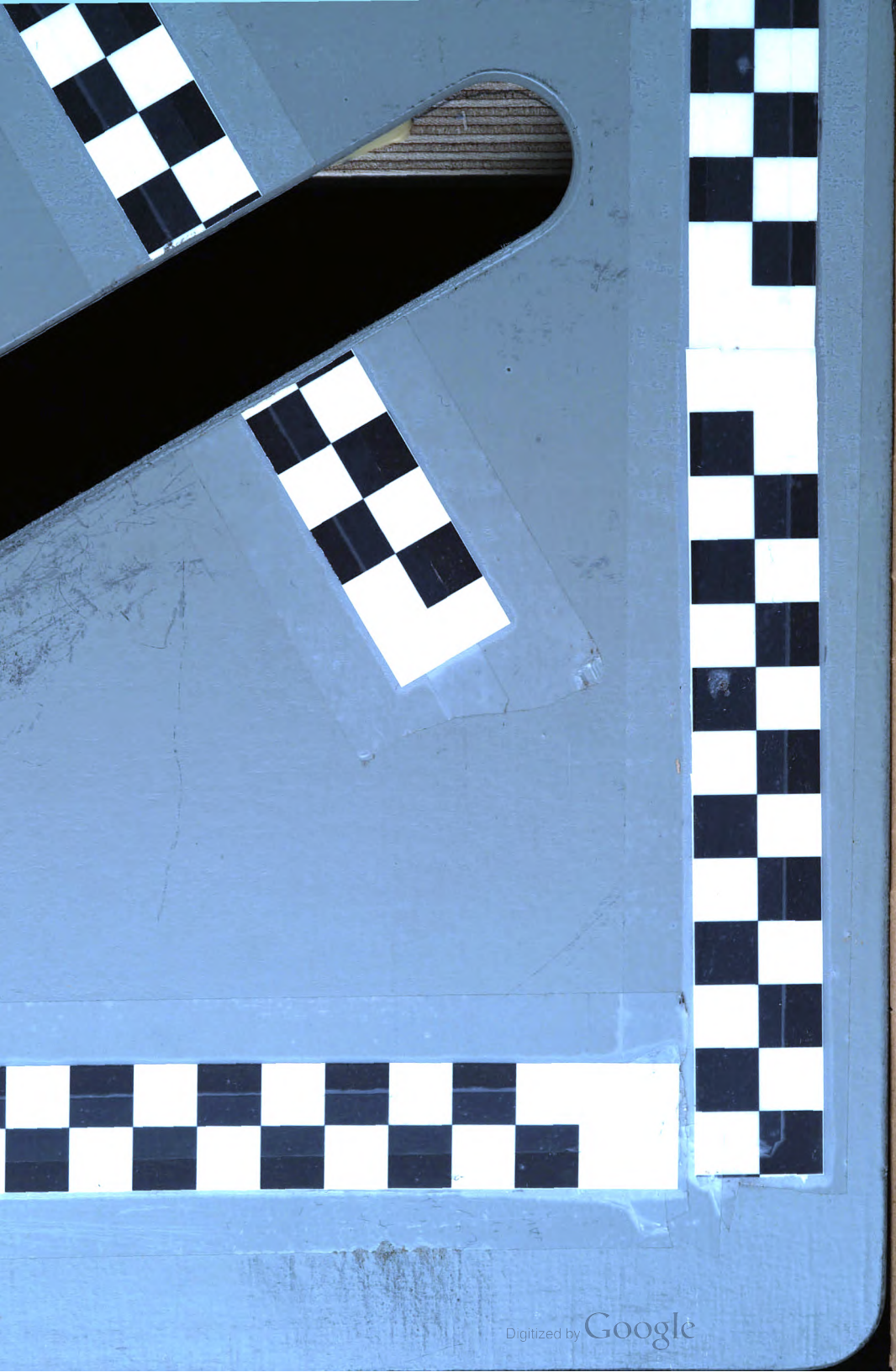
Gebunden M 24.—

Dieses Meisterwerk der politischen Biographie hat eine gründliche Durcharbeitung und bedeutsame Erweiterung nach Inhalt und Umfang erfahren. Nicht nur das seit Erscheinen der letzten Auflage der Forschung neu zugewachsene Material ist aufs sorgfältigste verwertet, es ist auch vieles unter die neuen Gesichtspunkte gerückt, die sich aus der neuen Entwicklung der letzten Jahre ergeben haben und so vom Verfasser dafür gesorgt, daß das biographische Denkmal einer der glänzendsten widerspruchs- und darum lebensvollsten Persönlichkeiten der neueren deutschen Geschichte unveraltet in lebendiger Frische forterhalten bleibt.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google

128
JA
14
.D186

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 193
Rohrbach, Auslieferung! 195
Herre, Die angelsächsische Weltherrschaft 199
Schmidt, Der rote Osten 207
Merrem, Die Lage der Deutschen in Großrumänien 210
Kindt, Die Deutschen in Südwestafrika 212
Waltemath, Politik und Valuta 220
Notizen 223

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang | 13. Februar 1920 | Heft 7

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W.35** · Lützowstraße 102

MARGRAF & Co. G.m.b.H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN — JUWELEN — FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Stuttgart **DW** Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"
die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export
Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.
Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erschienen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von **Karl Kautsky** zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von

Graf Max Montgelas und Prof. **Walther Schücking**

1. Band: **Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin,** nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen
2. Band: **Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung**
3. Band: **Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich**
4. Band: **Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland,** mit einem Anhang

Die von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn Bartholdy bearbeiteten weiteren Bände der amtlichen Veröffentlichungen, enthaltend die frühere Vorgeschichte, erscheinen etwas später im gleichen Verlage

Gesamtpreis 34 Mark — Vorrätig in jeder gut geleiteten Buchhandlung

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte m.b.H./Charlottenburg

Digitized by Google

5. Jahrgang * 13. Februar 1920 * Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Dänemark oder doch seine Chauvinisten hoffen, Nordschleswig mit bunten Danebrogs zu gewinnen. Aber mit kleinen Fahnen ist den Leuten dort oben auch nicht allein gedient. Sie stehen in höchster wirtschaftlicher Bedrängnis. Zwar ist das Leben in Dänemark angenehmer als in Deutschland, es macht weniger Schwierigkeiten, sich Kleider und Stiefel zu kaufen — aber auch drüben ist alles teurer geworden. Die Valuta aber wirkt in diesem Fall als Ausfuhrzoll für Menschen. Wer in Deutschland ein zahlenmäßig ganz nettes Vermögen hatte, ist, wenn er seine Tausende von Mark in Kronen umrechnet, ein armer Schlucker, und die Flucht vor den deutschen Steuern hilft ihm nicht viel, wenn er drüben fast gar nichts mehr zu versteuern hat. Dänemark hat dies natürlich auch frühe genug erkannt; aber um den Nordschleswigern den Ausgleich zu schaffen, bedarf es vieler Hunderte von Millionen, und diese hat es nicht. Es müßte seinen Etat völlig umkrempeln, wenn es den gerechten Ausgleich herstellen wollte, so daß der Gewinn von Nordschleswig zu einer ungeheuren Finanzbelastung wird. Lange genug hat es deshalb gezögert, mit Plänen und Summen herauszurücken; was es schließlich ankündigte, mußte eine starke Ernüchterung bringen. Es kommt nun in diesen Wochen darauf an, daß die deutsche Politik klar und entschlossen bleibt. Würde die Regierung in der Auslieferungsfrage schwanken, so wäre die Gefahr, daß gerade in diesen Grenzbezirken, wo das nationale Gefühl besonders geschärft ist, das Zutrauen in die deutsche Zukunft erschüttert würde. Deutschland soll gerade heute der Welt zeigen können, daß seine Kinder an es glauben.

*

Die Entente hat Ungarn wissen lassen, daß die Rückkehr eines Habsburgers ihr unerwünscht sein würde, und die Magyaren sind in einer ziemlichen Verlegenheit, die sie mit Macht- und Intriguenkämpfen zwischen den beiden Haupt-

Digitized by Google

trägern einer gemäßigten und einer scharfen Restauration, Hufzar und Friedrich, ausfüllen. Wahrscheinlich hat man in Paris warnende und mahnende Stimmen aus Prag, vielleicht auch aus Agram vernommen: die neuen slawischen Staaten im Norden und Süden des Bereichs der alten Stephanskrone sind noch nicht konsolidiert genug, um ohne Gefährdung einer Rückkehr Habsburger Gewalt und monarchischen Glanzes, hinter denen sie magyarischen Imperialismus vermuten, zusehen zu können.

*

Ein bedenkliches Zeichen der Parteientwicklung ist es, daß die Deutschnationalen den früheren Staatssekretär Clemens v. Delbrück von seiner Führerstelle abberufen wollen: er soll nicht mehr zum künftigen Reichstag aufgestellt werden. Den Anlaß bot, daß Delbrück sich unverhohlen gegen die antisemitischen Treibereien aussprach, die innerhalb seiner Partei sich breitmachen; er wird nicht das einzige Opfer dieser Stellungnahme sein, denn auch andere Abgeordnete, die in freundschaftlicher oder familiärer Beziehung zu Juden stehen, werden von dieser verschärften Gesinnung betroffen werden. Wohin sind wir gekommen, daß nun auch ein Mann wie Clemens von Delbrück sich selber in einer öffentlichen Volksversammlung seine nationale Gesinnung gegenüber Anzweifelungen bestätigen muß, der Mann, der bis zum Zusammenbruch seiner Kräfte dem Vaterland gedient hat? Gerade eine Erscheinung wie er, dessen staatsmännische Sicherheit und durch Wissen und Gradheit gefestigte Autorität in allen Parteien Achtung genoß, war berufen, inmitten der wüsten Parlamentskämpfe ausgleichend zu wirken; wird er von der Partei, für die er eine moralische Kraft war, ins Privatleben zurückgedrängt, um den bloßen Agitatoren Platz zu machen, so hat das ganze Vaterland den Schaden.

*

Die rechte Presse war sehr empört, als ihr von sozialistischer Seite das Attentat auf Erzberger an die Rockschöße gehängt wurde. Es geht aber wirklich nicht an, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, Klagetöne auszustoßen, wenn man vorher dafür Stimmung gemacht hat. Oder ist es etwas anderes, wenn jetzt die „Deutsche Tageszeitung" vorschlägt, jeden, „der sich durch die Feinde bestechen oder gebrauchen läßt, als Landesfeind für vogelfrei zu erklären und ihn demgemäß rücksichtslos und straflos zu behandeln". Durch solche Vorschläge werden unreifen Burschen wie Hirschfeld die Pistole in die Hand gedrückt. Das Opfer solcher Verführung wird dann bestraft; der Verführer wäscht aber seine Hände in Unschuld und erklärt entrüstet, er hätte natürlich niemals solch einen Mord verherrlicht. Daß aber verschiedenen Ministern der Republik dunkle Geldgeschäfte mit dem Feinde vorgeworfen wurden, wird dabei schamhaft verschwiegen.

Digitized by Google

Auslieferung!

Von Dr. Paul Rohrbach

Mit dem ungeheuerlichen Verlangen, 900 Deutsche ausgeliefert zu erhalten, darunter Hindenburg und Bethmann Hollweg, Ludendorff und die lange Reihe der Feldherren, Fürsten und Offiziere, haben die Feinde wider ihren Willen dem deutschen Volke einen Dienst getan, der größer ist, als sie es ahnen. Der Übermut, der Haß und die Torheit, die sich darin vereinen, werden diesmal auf die Urheber selbst zurückfallen, und sie werden in Deutschland die Wirkung haben, daß endlich die Deutschen ihre nach innen und nach außen so jammervoll zerrissenen Reihen zusammenschließen. Diese Hoffnung, ja diese Gewißheit darf heute schon ausgesprochen werden. Täten wir es diesmal nicht, dann allerdings würden wir aufhören, den Namen eines Volkes zu verdienen. Wer auch diesmal andere Wege geht, der stellt sich selbst mit Bewußtsein außerhalb der Volksgemeinschaft, und dort mag er bleiben. Damit soll nicht gesagt sein, daß unter den Personen, die in der feindlichen Auslieferungsliste stehen, nicht auch solche sein mögen, die wegen ihrer im Kriege begangenen Handlungen vor ein Gericht gehören. Den Feinden aber steht es nicht zu, sie zur Rechenschaft zu ziehen, sondern uns selbst. Dies Angebot hat die deutsche Regierung gemacht, und sie ist bis zu Vorschlägen über die Teilnahme feindlicher Vertreter bei der Urteilsfällung gegangen, die weit über das hinausreichen, was seinerzeit für moralisch unmöglich erklärt wurde, als Österreich-Ungarn es von Serbien verlangte. Es widerspricht allem menschlichen Rechtsempfinden, daß ein Gegner zu Gericht sitzt über den anderen, und doppelt, wenn der siegreiche Teil sich selber solche Unmenschlichkeiten zu Schulden kommen ließ, wie die Entente.

In Deutschland und Deutschösterreich sind zusammen in den Jahren des Krieges und des Waffenstillstandes eine Million Nichtkämpfer, Frauen und Kinder, Alte und Schwache, der Hungerblockade erlegen. Es gibt kein Verbrechen in der Geschichte der zivilisierten Menschheit, das an Größe dem Hungerkrieg der Entente gegen das deutsche Volk gleich käme. Gedankenlose Leute vergleichen die Aushungerung Mitteleuropas mit der einer belagerten Festung, wie z. B. Paris 1870. Wenn eine Festung aus Nahrungsmangel kapituliert, so hat es sich um eine Not weniger Wochen gehandelt. Als Paris gefallen war, ließen die Deutschen von allen Seiten Lebensmittelzüge laufen, um die Bevölkerung zu verproviantieren, und Massen von Mehl wurden sofort aus deutschen militärischen Beständen gegeben. In kurzer Zeit waren die Folgen der Aushungerung beseitigt. Was aber hat die Entente getan, nachdem Deutschland durch den Waffen-

Digitized by Google

stillstandsvertrag sich wehrlos gemacht hatte? Sie hat die Hungerblockade fortgesetzt, in deren Folge im täglichen Durchschnitt auch noch während des Waffenstillstandes etwa 1000 Menschen in Deutschland und Deutschösterreich starben. Kein Mensch hat es für möglich gehalten, daß Deutschland, nachdem es die Entwaffnungsbedingungen vom November 1918 ausgeführt hatte, auch nur den Schatten eines Versuches hätte machen können, den Widerstand wieder aufzunehmen. Es war nackte Grausamkeit, bewußte und gewollte Nichtachtung alles menschlichen Gefühls, wenn die Blockade trotzdem weiter dauerte.

Der frühere Vertreter der „Daily Mail" in Berlin, F. W. Wile, schrieb noch vor Abschluß des Waffenstillstandes in dem englischen Blatte „Weekly Dispatch" einen Artikel unter der Überschrift: „Die Hunnen von 1940", von dem wir schon früher einmal gesprochen haben. Darin sagte er voller Genugtuung: „Der britischen Blockade ist es gelungen, die Unterernährung der Kinder bereits im Mutterleibe zu erzwingen." Der in England berühmte Arzt und Physiologe Dr. Caleb Saleeby fügte dem hinzu, es sei nicht zu leugnen, daß bei Menschen die zersetzenden Folgen der Unterernährung auch auf die Nachkommenschaft vererbt würden. „Im Jahre 1940," sagte er, „wird wahrscheinlich eine deutsche Rasse bestehen, die an körperlicher Degeneration leidet. Deutschland wird einen furchtbaren Preis dadurch zahlen müssen, das es beabsichtigt hat, eine Weltmacht zu werden." Während der Waffenstillstandszeit, als Berichte über die entsetzliche Kindersterblichkeit durch die Hungerblockade nach England kamen, überschrieb die „Daily Mail" einen Artikel über dies Thema mit den scheußlichen Worten: „Weniger kleine Hunnen"! Vingt Millions de trop! 20 Millionen Deutsche zuviel! Mit diesen Worten herrschte Clémenceau einen französischen Politiker an, der ihm zur Zeit der Friedensverhandlungen in Versailles bemerkte, man könne ein so zahlreiches Volk wie die Deutschen nicht zu Bedingungen zwingen, die jede Lebensmöglichkeit des Volkes aufhöben. Aus dieser Gesinnung heraus, mit dem Bewußtsein der Folgen und mit dem Willen sie herbeizuführen, ist die Hungerblockade gegen Deutschland geübt und gegen das entwaffnete wehrlose, zusammengebrochene deutsche Volk während der endlosen Monate des Waffenstillstandes fortgesetzt worden. Und jetzt fordern diejenigen, die dieses höllischen Verbrechens gegen die Menschheit schuldig sind, 900 Deutsche wegen Kriegsverbrechen vor das Ententegericht! Das sind dieselben Regierungen, deren Vorgänger die 26 000 Burenfrauen und Kinder in den Konzentrationslagern von Südafrika umkommen ließen, um die kämpfenden Männer, Väter und Brüder zur Niederlegung der Waffen zu zwingen; im belgischen und französischen Kongo es geschehen ließen, daß Menschenfresser in die Kautschukwälder geschickt wurden, um mit Händeabhacken die Eingeborenen zu zwingen, mehr Gummi und Elfenbein

Digitized by Google

zu liefern; Kopenhagen bombardiert und mit ihren Schiffsgeschützen dem Vierhundertmillionen-Volk Chinas auf mehr als 70 Jahre die Opiumpest aufgezwungen haben; nordamerikanischen Indianern Geldpreise für die getrockneten und gebündelten Skalpe von „Rebellen" im Unabhängigkeitskrieg bezahlten, für einen männlichen Skalp soviel, für einen weiblichen soviel, für einen von einem Kind soviel; den Kaiserdom von Speyer mit Pulver sprengten, die Krypta aufrissen und die Gebeine der bestatteten Herrscher umherstreuten; die zuletzt im Weltkrieg betrunken gemachte afrikanische Barbaren in die genommenen Schützengräben schickten und wehrlose und verwundete Deutsche mit Messer und Bajonett abschlachten ließen. Diese klagen jetzt auf Verletzung der Gesetze des Krieges und des Völkerrechts!

Welch einen Grund hat die Entente für ihr Vorgehen? Sehr einfach den, daß es ihr darauf ankommt, ihre eigenen Völker und alle übrigen, einschließlich der Neutralen, unter der Wirkung der Suggestion zu erhalten, daß die Deutschen Verbrecher und Hunnen sind und keine Milderung der Friedensbedingungen verdienen. Immer von neuem muß wiederholt werden: die Entente weiß, daß sie den Gewaltfrieden gegen Deutschland, den Betrug gegen das deutsche Volk, dem ein menschlicher und billiger Friede versprochen und nicht gehalten worden ist, nicht länger dem Urteil der Welt suggerieren kann, als der Weltglaube an die alleinige deutsche Schuld und Verantwortlichkeit dauert. Darum soll durch die Verhandlung gegen die 900 vor den Augen der Welt mit allen Mitteln einer gewissenlosen, brutalen, gewinngierigen Propaganda ein Bild deutscher Greuel entrollt, und dies Bild soll unendlich vervielfältigt, gefärbt, vergrößert, gefälscht durch die Presse, durch die Volksrede, durch den Film und auf jede andere denkbare Art verbreitet werden. Bis ins letzte Dorf will man es tragen, die Leidenschaft der Völker soll von neuem zu Haß und Abscheu gegen Deutschland aufgeregt werden, allein zu dem Zweck, damit der Gewaltfriede erhalten, der Glaube an das höhere moralische Recht der Entente nicht erschüttert und die Beute aus dem Weltkrieg gesichert bleibt! Nie hat es einen brutaleren und zugleich in seinen Motiven verächtlicheren Zynismus gegeben, als diesen. Hierfür sind die 900 Schlachtopfer ausgesucht, hierfür soll dies Schauspiel der moralischen Vivisektion des deutschen Volkes aufgeführt werden.

Mit Recht schreibt der „Vorwärts": „Man kann wohl einen Menschen mit vorgehaltenem Revolver zu dem Versprechen zwingen, er werde auf den Mond klettern, aber man wird auch durch die allerschärfsten Drohungen ihn nicht dazu bringen, dieses Versprechen auszuführen." So ist die Lage. Wie denkt sich denn die Entente die Verhaftungen und Auslieferungen der 900? Welcher Deutsche wird Hand an sie legen? Und wenn sich ein Jämmerling fände, der es versuchte, welcher Deutsche würde es ertragen? Will man die Reichswehr

Digitized by Google

dazu aufbieten? Will man den Bund „Neues Vaterland" mit Handgranaten dazu ausrüsten? In welch einen Abgrund von Bürgerkrieg und Blutvergießen will man Deutschland stürzen? Glaubt man, daß sich aus der heutigen bewaffneten deutschen Macht auch nur eine Kompagnie zusammenbringen läßt, um die zur Auslieferung Geforderten, Hindenburg und Bethmann Hollweg voran, zu verhaften? Und wenn das möglich wäre, oder wenn der eine oder der andre der Auszuliefernden sich selbst stellen wollte, welcher Zugführer wird den Zug fahren, der Hindenburg nach Paris bringt? Welcher Weichensteller wird Dienst dazu tun? Mit welchen Mitteln will man das Volk, will man die alten Soldaten, will man die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, die Männer von Scapa-Flow und die aus den französischen Gefangenenlagern davon abhalten, daß sie zum Äußersten greifen, um die Schmach zu verhindern? Die Einheit im Empfinden aller derer, die in Deutschland überhaupt noch Deutsche sein wollen, ist elementar. Deutschland wird in Flammen aufgehen, bevor die Auslieferung der 900 durchgeführt werden kann.

Die Parteien, die es für notwendig hielten, den Frieden von Versailles zu unterschreiben, erleben jetzt das, was ihnen vorausgesagt worden ist. Sie haben geglaubt, durch ihre Unterschrift das Äußerste von Deutschland abzuwenden, und ihnen bleibt jetzt nichts übrig, als das zu tun, was sie besser schon im Sommer 1919 getan hätten. Wenn die Entente auf ihrem Begehren beharrt, wenn die Feinde sich nicht auf den Vorschlag einlassen, ein deutsches Gericht, sei es auch mit gegnerischen Vertretern, solle mit der Untersuchung und dem Urteil betraut und vielleicht noch eine zweite neutrale Berufungsinstanz festgesetzt werden — dann muß die Regierung zurücktreten und muß, da eine andere Regierung nicht gefunden werden kann, die die Auslieferung durchführt, die Feinde einladen, die Regierung und Verwaltung von Deutschland zu übernehmen und selber in Deutschland zu tun, was sie nicht lassen kann. Das ist die Antwort, die man schon auf die wortbrüchigen Gewaltparagraphen von Versailles hätte geben sollen. Mögen die Feinde einrücken! Möge es dahin kommen, daß in ganz Deutschland Zustände herrschen, wie in der französischen Besatzungszone, wo kein deutsches Mädchen und keine deutsche Frau sich allein auf einen Spaziergang trauen darf ohne Gefahr, von irgendwelchen schwarzen oder weißen Bestien angefallen und vergewaltigt zu werden! Mögen sie von neuem die Hungerblockade über uns verhängen! Mag von neuem die kaum gemilderte Sterblichkeit der Säuglinge, mag die Zahl der Tuberkulosekranken zu einer Größe emporschwellen, wie selbst zur Waffenstillstandszeit nicht! Schlimmer als der Bürgerkrieg ist das alles nicht. Es ist nicht schlimmer und es bewahrt uns vor der äußersten Schande! Dann endlich wird es auch im Urteil der Welt darüber tagen, welchen Wert die Heucheleien der Führer der Entente über den Kampf für Recht und Menschlichkeit ge-

Digitized by Google

habt haben. Dann endlich wird vielleicht auch das Gewissen der feindlichen Völker aufwachen. Dann endlich, wenn Deutschland auch dem letzten äußeren Schein nach aus der Zahl der selbständigen Nationen verschwindet, aber den Rest von Ehre und Würde bewahrt, den es noch besitzt, dann kommt es vielleicht dahin, daß die vernünftigen und menschlichen Elemente auf der feindlichen Seite Protest erheben und die feindliche Einheitsfront sich spaltet. Aber wir haben keine ernsthafte Sorge, daß es wirklich zur Auslieferung kommt. Selbst wenn die Lumpen und die Flagellanten, deren Namen jedermann kennt, denen es zuzutrauen wäre, daß sie den Versuch der Auslieferung machen, die Regierung in Deutschland übernähmen, so ist es unmöglich. Man probiere es doch einmal, die Volksstimmung, so wie sie heute ist und wie sie bleiben wird, mit der Hungerblockade oder mit französischer Besatzung zu schrecken! Es ist gut für Deutschland, was die Feinde getan haben. Es ist gut, daß sich in der Auslieferungsfrage alle moralischen und materiellen Unmöglichkeiten des Friedens wie in einem brennenden Geschwür auf einen Punkt zusammengezogen haben, der dem Volksempfinden ohne weiteres deutlich ist. Der Frevel der Sieger, ihr die waltende Vergeltung herausfordernder Übermut — Hybris sagten die Alten — ist auf die Höhe gestiegen. Der Umschlag muß kommen, und vielleicht sind die Füße derer schon vor der Tür, denen es bestimmt ist, die falschen Richter wider göttliches und menschliches Recht selber vor das Gericht der Geschichte zu bringen.

Die angelsächsische Weltherrschaft

Ihr Wesen und ihre Auswirkungsmöglichkeiten.

Von Professor Dr. Paul Herre

In den Kriegsjahren 1914—1918 war das Schlachtgeschrei unserer Feinde: Kampf gegen die drohende Gefahr einer deutschen Weltherrschaft. Der Krieg ist vorbei und die angelsächsische Weltherrschaft ist da. Was bedeutet es, daß Italien mitgesiegt hat? Es lebt schon jetzt bei der Verteilung der Kriegsbeute von der Gnade der überlegenen Bundesgenossen. Was bedeutet es, daß Frankreich sein leidenschaftliches Rachebedürfnis endlich befriedigt hat und in blindem Siegesrausch dem verhaßten Gegner den Fuß auf den Nacken setzt? Die Rolle, die es als Büttel gegenüber dem wehrlosen Deutschland spielen darf, täuscht es über die wahre Stellung, die es in der Zukunft einnehmen wird. England, die Seele des Systems, das Deutschland zu Falle gebracht hat, ist als der wahre Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen. Freilich, es hat seinen Sieg nicht erringen können, ohne daß es die andere angelsächsische Großmacht an seine Seite zog und den sonst unerreichbaren Sieg mit dieser teilte. Die Vereinigten Staaten von Amerika

Digitized by Google

sind in der Tat die Mitsieger des Weltkampfes in vollem Wortsinn. Eine angelsächsische Welthegemonie ist die folgerichtige Frucht des Kriegsergebnisses.

Daß dem so ist, kann von niemand ernstlich bezweifelt werden, der den Dingen ruhig ins Auge blickt, und es gilt, sich auf diese geschichtliche Tatsache einzustellen, gleich, wie man über sie denken mag. Aber gerade weil man mit dem Faktum als einer Gegebenheit rechnen muß, ist es von Gewinn, sich einmal mit dem Wesen und den Auswirkungsmöglichkeiten der angelsächsischen Weltherrschaft zu beschäftigen. Nur die volle Klarheit über das Problem ermöglicht eine rechte Stellungnahme, im Sinne der Anpassung wie der Abwehr.

Da erhebt sich zunächst die Frage, in welcher Weise sich die Zweiheit der Welthegemonie geltend machen wird. Ist eine Doppelherrschaft überhaupt mit dem Wesen eines Weltregiments verträglich? Viele werden diese Frage mit einem Nein beantworten und daran bestimmte Erwartungen und Hoffnungen knüpfen, die dem selbständigen Dasein der nichtangelsächsischen Nationen günstig sind. Demgegenüber hat Friedrich Meinecke jüngst mit vollem Recht nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Geschichte Beispiele kennt, wo zwei Staaten bzw. Völker gemeinsam eine Welthegemonie ausgeübt haben. Man darf da in erster Linie an die habsburgische Herrschaft des 16. und 17. Jahrhunderts denken. Träger dieses Systems waren in einer eigenartigen Verkoppelung Spanien und das Deutsche Reich bzw. der österreichische Herrschaftsbesitz, anfangs unter Karl V. in personeller Vereinigung, dann in der dynastischen Verbindung zweier getrennter Linien. Während im 16. Jahrhundert das Schwergewicht der Gemeinsamkeit in Spanien lag, ging es im 17. Jahrhundert an Österreich über, aber den anderen Nationen gegenüber war das in dynastischen Interessen verankerte habsburgische Herrschaftssystem früher wie später eine Einheit, die sich mit weltherrschaftsmäßigen Bestrebungen geltend machte und als solche in gemeinsamem Kampf zurückgewiesen wurde. Auch an das mitteleuropäische Gebilde hat man erinnert, das im Weltkriege Gestalt zu gewinnen strebte, wenn ihm auch die welthegemonialen Gesichtspunkte fremd waren, die die feindlichen Imperien ihm unterstellten. Auch dieses System wäre der Außenwelt gegenüber eine Einheit gewesen, bei der das mächtigere deutsche Reich über das schwächere Österreich-Ungarn und mehr noch über die anderen Glieder das Übergewicht gehabt hätte.

Ist somit erwiesen, daß eine Weltherrschafts-Zweiheit jedenfalls als keine geschichtliche Unmöglichkeit angesehen werden darf, so ist weiter darauf Gewicht zu legen, daß die nun zur Tatsache gewordene angelsächsische Welthegemonie sich durchaus nicht auf zwei Staatswesen gründet, die im Zusammenhang mit ihrer Großräumigkeit, ihrer gesonderten geographischen Lage und ihren selbständigen Lebensbedingungen nur unter bestimmten zeitlichen Voraussetzungen sich zusammengefunden haben und deren baldige Trennung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Digitized by Google

England und die Vereinigten Staaten von Amerika stehen im Verhältnis von Mutterland und Kolonialland und wenn auch die Verselbständigung der Kolonie die staatlichen Bande zerrissen hat, so ist doch das kulturelle Gemeinschaftsgefühl niemals verloren gegangen und in der jüngsten Zeit geradezu der bestimmende Faktor in den Beziehungen der beiden Völker geworden. Wenn nicht politische oder wirtschaftliche Interessen entfremdend und sprengend sich geltend machen, wird die bestehende Sprach-, Kultur- und Anschauungsgemeinschaft die beiden Völkerkreise immer enger zusammenfügen und auf solche trennenden Momente ist zunächst nicht sehr zu rechnen. Politisch können die beiden Interessengebiete in recht weitem Umfange eine Einheit bewahren. Im Falle von Spannungen aber ist die Position Englands in dem Maße derjenigen Amerikas überlegen, daß es sich schließlich immer leicht wird durchsetzen können. Wirtschaftlich besteht zwar keine geringe Rivalität, doch schafft die gesteigerte Machtstellung, die beinahe monopolartigen Charakter angenommen hat, eine derartige Erweiterung der Betätigungsmöglichkeiten, daß bei einigermaßen gutem Willen ernstliche Reibungen ausgeschaltet werden können.

Schon die allgemeinen Grundlagen also machen einen längeren Bestand der angelsächsischen Doppel-Weltherrschaft wahrscheinlich. Aber — so fragen wir — wird dieses Hegemonialsystem überhaupt in seiner Doppelgestalt wirksam werden oder wird es sich nicht vielmehr in der Richtung entwickeln, daß die eine tragende Grundmacht sehr bald die eigentliche Stütze ist, die andere aber nur die Rolle der zurücktretenden und sich unterordnenden Helferin spielt? Alles deutet darauf hin, daß die Dinge die letztere Gestalt annehmen werden. Denn sicherlich wird der politische Wille schließlich die Führung gewinnen und den wird seinem ganzen herrschgewohnten Wesen entsprechend England haben und nicht die Union. Die große geschichtliche Auseinandersetzung, die wir jetzt durchlebt haben, hat die in einer unvergleichlichen Tradition wurzelnde politische Überlegenheit des Britentums von neuem zur Geltung gebracht. Demgegenüber hat sich der politische Sinn des amerikanischen Kolonialvolkes doch keineswegs auf der Höhe gezeigt und das offensichtliche Schwanken, in das die politische Magnetnadel der Vereinigten Staaten nach dem Siege geraten ist, läßt auf das Gegenteil einer scharfen politischen Willensrichtung schließen.

Hegemoniales Streben ist auch für die nächste Periode noch eng mit dem Schicksal Europas verknüpft, mögen sich die Verhältnisse unseres Kontinents noch so sehr verändert haben. Immer deutlicher aber ist zu erkennen, daß die nordamerikanische Politik sich aus Europa zurückzieht. Das wirkt in bezug auf weltherrschaftsmäßige Ideen willenschwächend, ist sogar bereits Äußerung einer dahingehenden Willensschwäche. Diese maßvolle Beschränkung der staatlichen Ziele auf den rein amerikanischen Interessenumkreis ist vielleicht weise und ein Zeichen gesunder politischer

Digitized by Google

Einsicht, beweist aber gerade deswegen, daß die Union für die Rolle eines Weltimperiums noch nicht reif und möglicherweise überhaupt nicht geeignet ist. Sie erlaubt den Rückschluß, daß dieses in unerhört schnellem Wachstum zur Welt-Großmacht aufgestiegene Kolonialland schließlich bereit sein wird, sich einem umfassenden System einzufügen, das seinem Wesen nahesteht und der freien Entfaltung seiner engeren Interessen jeden Raum gewährt. Daß die Interessen Nordamerikas vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, besiegelt die Unterlegenheit der Yankees in bezug auf welthegemoniale Konkurrenz gegenüber den Briten, denn mögen diese auch das typische Krämervolk sein, als das sie in Deutschland immer gegolten haben, so ist bei ihnen doch der kaufmännische Sinn in unübertrefflicher Weise mit dem politischen Instinkt verbunden. Und selbst wenn der Wille zur Weltbeherrschung, der in chauvinistischen Kreisen der Union zweifellos vorhanden ist, auf die Politik einen größeren Einfluß gewinnen sollte, so könnte das nur von vorübergehender Bedeutung sein, denn die tiefwirkenden Klassenkämpfe, denen das Land ungeheuerlichster sozialer Gegensätze entgegengeht, machen eine kraftvolle und zielsichere Betätigung welthegemonialer Anschauungen unmöglich.

Ist die Lage der Dinge somit die, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nicht gewillt und imstande sein werden, einen gleichwertig mittragenden Grundpfeiler des angelsächsischen Weltherrschaftssystems zu bilden, so ist die gebietende Stellung Englands um so greifbarer. In der Tat ist es kaum zu viel behauptet, daß die angelsächsische Doppelherrschaft zuguterletzt eine britische Alleinherrschaft sein wird. Freilich wird man einwenden, daß auch hinsichtlich der hegemonialen Bestrebungen Englands mancherlei starke Hemmnisse sich geltend machen. Man wird darauf hinweisen, daß sich auch auf englischem Boden heftige soziale Auseinandersetzungen angesponnen haben, daß die staatliche Gemeinsamkeit des europäischen Großbritannien neue Gestaltung sucht, daß die irische Wunde noch schmerzhaft offen liegt, daß das Verhältnis zwischen dem Mutterland und den Kolonien zu völlig veränderten Formen drängt, daß schließlich das lebenswichtige Problem des „Empire" eine neue Lösung verlangt. Das ist alles zuzugeben und doch muß nachdrücklich davor gewarnt werden, diese hemmenden Momente zu überschätzen. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß die britische Staatsleitung in einer Reihe bedeutsamer politischer Einzelfragen eine auffällige Zurückhaltung beobachtet, ja sogar ein Tasten und Schwanken verrät. Wen will es wundernehmen, daß nach den gewaltigen Umwälzungen, die der Weltkrieg gebracht hat und die noch keineswegs abgeschlossen sind, nicht sogleich ein fester Kurs eingehalten wird, der die Politik frühzeitig bindet? Der ruhige Beurteiler wird zu der Auffassung gelangen, daß diese vorsichtige Reserviertheit nur dem wohlverstandenen britischen Interesse entspricht.

England befindet sich heute in einer weltgeschichtlich schlechthin unvergleichlichen

Digitized by Google

Lage, und wenn auf das päpstliche Rom das bekannte Wort geprägt worden ist, es könne allen Weltlagen gegenüber warten, so gilt dies nicht minder für das britische Weltreich unserer Tage. England kann die wogenden und gärenden Verhältnisse unseres Erdballs sich entwickeln lassen, ohne gleich befürchten zu müssen, daß ihm ein Nachteil daraus erwächst, hat es doch die Macht, jederzeit bestimmend einzugreifen. Es kann sich im weitesten Sinn und von Grund auf sein eigenes Haus neu bauen, ohne irgendwie in Sorge sein zu müssen, daß es darin von außen gestört wird. Und das kommt hinzu: der großen Linie seiner Entwicklung folgend, besitzt es volle Klarheit darüber, was es will. Die Haltung des englischen Volkes im Weltkrieg hat bewiesen, daß es ganz auf der Höhe seiner großen Überlieferung sich befindet, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß es in der Lage vollster Ungestörtheit auch der ungeheuren Aufgaben der Neugestaltung seines Organismus Herr werden wird. Wir müssen damit rechnen, daß ein Verjüngungsprozeß einsetzt, der dem britischen Weltreich in den neuen Weltverhältnissen die gebietende Machtstellung bewahrt und sichert, wie es sie im Augenblick besitzt. Das Wort, das der gedankenreiche und weitschauende Kolonialminister der Jahrhundertwende, Joseph Chamberlain, gesprochen hat, darf als das Programm angesehen werden, nach dem das „Größer-Britannien", in Ausnutzung des größten seiner Siege, handeln wird: „Wir sind alt, sind mit Ehren und Lasten überladen. Unsere Zukunft kann nicht an die Größe unserer Vergangenheit heranreichen. Aber das Reich (Empire) ist jung und in diesem Reich können wir eine Zukunft finden, größer als etwas, auf das wir zurückblicken."

Indessen handelt es sich nicht nur um die Anpassung der staatlichen Grundlagen an die neuen Weltverhältnisse. Hand in Hand damit geht eine Sicherung der Machtstellung nach außen. Ein wesentliches Mittel dafür ist die Fortführung des bewährten Systems der Stützpunkte, das sich in zwei Jahrhunderten gestaltet hat. Bereits kann man erkennen, daß eine bedeutende Erweiterung eingeleitet worden ist, die neue Handhaben der Überwachung und Beherrschung schaffen soll. Mit einem immer dichter werdenden Netz solcher Kontrollstationen wird der Erdball überspannt und mehr noch als es bisher der Fall war, wird das Wort „Gibraltar" zu einem festen Begriff werden. Dazu aber tritt als ein nicht minder wichtiges Mittel der Sicherungspolitik der Ausbau eines umfassenden Bündnissystems. Wir erleben jetzt erst die Anfänge dieser weitgreifenden politischen Arbeit. Daß sie die Verwandlung Europas in ein Trabantensystem, dessen Sonne England ist, zum Ziele hat, darf mit Bestimmtheit angenommen werden. Die im Augenblick scheinbar führende Rolle Frankreichs gehört zu den berechneten Maßnahmen, die für die englische Politik bezeichnend sind, wie denn ja Frankreich auch der Vortritt gelassen worden ist in bezug auf die odiöse Vergewaltigung und Ausplünderung Deutschlands, die man ohne Mühe hätte verhindern können, wenn man sie als

Digitized by Google

dem englischen Interesse widersprechend erachtete. England befindet sich heute ganz in der Lage des Roms der Kaiserzeit und die Äußerung, die Lord Cranborne, der Schwiegersohn des Marquis Salisbury 1902, kurze Zeit nach der Überwindung der peinlichen Krisen um die Jahrhundertwende, getan hat und die damals noch stark prahlerisch anmutete, hat nunmehr buchstäblich ihre Berechtigung erhalten: „England bewirbt sich nicht um Bündnisse, es bewilligt solche nur." Teils freiwillig, teils unfreiwillig werden sich die europäischen Staaten der angelsächsischen Weltmacht unterordnen. In den zum Anhängsel Englands gewordenen Europa wird die britische Weltherrschaftsstellung vor allem verankert sein. Der Völkerbund der Entente ist nichts anderes als die täuschende Verbrämung dieser Mächtegruppierung, dazu bestimmt, die natürliche Entwickelung des alten Kontinents zu unterbinden.

Das Entscheidende aber ist, daß hinter all diesem politischen Streben und Tun bestimmend und richtunggebend der hegemoniale Wille steht. Jedes Volk besitzt einen Glauben an seine Weltmission. Diese echte Überzeugung ist geradezu ein Merkmal seiner Gesundheit und Kraft, erstreckt sich aber meist nur auf ideelles und geistiges Herrschaftsstreben. Auch in England und zumal in England ist dieser, aus einer alten, religiös beeinflußten Überlieferung stammende Missionsgedanke lebendig und er ist ein mächtiger idealer Impuls. Aber es geht doch weit über den Sinn dessen hinaus, was wir Deutsche mit dem Geibelschen Wort umschreiben, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen werde, wenn Chamberlain sich zu der Rasse bekennt, „die unweigerlich die herrschende Macht der zukünftigen Geschichte und der allgemeinen Gesittung sein wird", oder wenn Rosebery seine Landsleute mahnt: „Wir müssen uns bewußt bleiben, daß es ein Teil unserer Pflicht und unseres Erbes ist, dafür zu sorgen, daß die Welt den Stempel unseres Volkes trage und nicht den irgend eines andern". Das ist klarer Wille zur Weltherrschaft und es ist dabei nicht von wesentlicher Bedeutung, in welchen Formen sie erstrebt wird. Daß britische Bevormundung und Beherrschung es vermeidet, scharf anzufassen, und es vorzieht, sich der Mittel politischer Gewinnung und ideologischer Einwirkung zu bedienen, zeigt die Geschichte der letzten Jahrhunderte in immer neuer Wiederholung, und daß es mit Erfolg geschieht, beweist zuletzt der glänzende moralische Sieg, den England vor dem Waffensiege auf allen Kontinenten errungen hat. Es ist dies eine der wichtigsten Ursachen, warum die angelsächsische Weltherrschaft heute eine geschichtliche Tatsache ist.

Man darf sich den Wahrscheinlichkeiten und Gewißheiten, die hier erörtert worden sind, nicht verschließen, mögen sie gefallen oder nicht. Man darf sich aber auch nicht durch sie zu schwächlichem Verzicht verleiten lassen, mögen die Perspektiven für die nichtangelsächsische Welt noch so ungünstig sein. Gewiß sind wir Deutsche

Digitized by Google

zunächst der Sonne geschichtlichen Lebens entrückt worden, aber es ist doch schließlich in unsere eigene Hand gelegt, wie lange wir im Schatten verbleiben wollen. Denn wenn auch für viele Jahre keine Aussicht besteht, die Tatsache der angelsächsischen Weltherrschaft abzumildern, so verträgt diese doch keinen Vergleich mit dem römischen Imperium, zu dem sie immer wieder in Parallele gestellt wird, weder hinsichtlich ihres Wesens noch hinsichtlich ihrer zeitlichen Bedingtheiten. Es entfallen deshalb alle, jenem römischen Muster entnommenen Befürchtungen in bezug auf die Dauer und die Intensität des englischen Herrschaftssystems.

Ein Gesichtspunkt ist da zunächst beachtenswert. Zu den vornehmsten Ergebnissen des Weltkrieges gehört die abschließende Verwirklichung des nationalen Prinzips im näheren Umkreis unseres Kontinents. So weit geht dieser Triumph des nationalen Grundsatzes, daß Europa das Schicksal der Balkanisierung über sich hat ergehen lassen müssen. Ist es da nicht ein Widersinn, daß derselbe Augenblick auch einen neuen Universalismus hervorgebracht hat? Man begreift, daß die Auflösung mehrerer europäischer Großmächte in ihre nationalen Bestandteile den hegemonialen Bestrebungen des Siegers tatsächlich zugute gekommen ist. Soll damit aber die nationale Periode überwunden sein?

Wir greifen hier einen Kernpunkt des weltgeschichtlichen Zukunftsproblems, dem diese Betrachtung gewidmet ist, greifen zugleich den klaffenden Gegensatz, der zwischen dem angelsächsischen Weltreich unserer Tage und dem kaiserlichen Rom der Antike besteht. Das römische Imperium war übernational und wirkte entnationalisierend; die Bildung jüngerer Nationen bedeutete das Ende des Universalreichs. Das war darin begründet, daß der Träger dieses antiken Weltreichs zugleich der Kulturspender war, der mit der politischen Herrschaft die geistige vereinigte. Und man vergesse doch nicht: im Grunde war das antike Imperium eine Zweiherrschaft, denn in geistiger Hinsicht war es nicht römisch sondern griechisch; der einstige Besiegte hatte sich den Sieger im geistigen Sinne untertan gemacht. Man erkennt, wie ganz anders die Voraussetzungen des neuen angelsächsischen Weltreichs sind. Es kann keine Rede davon sein, daß das britische Imperium von sich aus die nichtangelsächsischen Nationalitäten zu ersticken oder aufzusaugen vermöchte, haben wir uns doch klar gemacht, daß es nur in vorsichtiger Schonung der fremden Art seine heutige Machtstellung gewonnen hat und behaupten kann. Will man die britische Welthegemonie mit früheren in Vergleich stellen, so darf man nur an die Universalreiche der Habsburger, Ludwigs XIV. und Napoleons denken. Sie hatten mit dem Vorhandensein einer Mehrzahl von Nationen zu rechnen, und es sei darauf hingewiesen, daß unser großer Leibniz in dem sogenannten Sekuritäts-Gutachten von 1670, das mit modern anmutenden Gesichtspunkten Vorschläge für eine Wiedererhebung Deutschlands, „des Mittels von Europa", aus der Katastrophe des 30jährigen Krieges entwickelt und von da

Digitized by Google

aus die Gefahr einer „Universalmonarchie" beschwören will, diesen Weltherrschaftsbegriff dahin klarstellt: es handele sich dabei nicht um eine unmittelbare Eroberung und Beherrschung anderer Länder, sondern um das „arbitrium rerum in Europa" (die Schiedsrichterstellung in den Dingen Europas). Nur in diesem Sinne ist die angelsächsische Weltherrschaft unserer Tage zu bewerten, wobei natürlich für „Europa", dem erweiterten geschichtlichen Schauplatze entsprechend, „die Welt" zu setzen ist. Mag man auch zugeben, daß das heutige britische Imperium eine wesentliche Steigerung dieser früheren hegemonialen Gebilde bedeutet, so bestehen doch grundsätzlich auch jetzt die Schranken fort, an denen jene Weltherrschaftsvorgänger der letzten Jahrhunderte gescheitert sind, und die sich daran knüpfenden Möglichkeiten gewinnen um so festere Gestalt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auf unserem Erdball noch große Gebiete vorhanden sind, die gerade jetzt erst beginnen, in die weltgeschichtliche Entwicklung hineinzuwachsen. Es kann sehr wohl sein, daß sich von da aus umstürzende Einflüsse geltend machen, die den nationalen Sonderbewegungen im geschichtlich fortgeschrittenen Umkreis in die Hand arbeiten.

Freilich die eine große Gefahr bleibt bestehen, daß die Abhängigkeit, in die die nichtangelsächsischen Völker als Staats- und noch mehr als Wirtschaftsorganismen geraten sind, schließlich schwächend auf den nationalen Lebenswillen wirkt. Namentlich die Besiegten, die den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, werden durch diese Gefahr bedroht, insonderheit diejenigen, die den Ideen der Internationale mit frommem Glauben anhängen. Ihnen erwächst die Pflicht, in all dem schweren Leid und Druck, die das Schicksal über sie verhängt hat, auf der nationalen Wacht zu stehen. Sie dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß die geschichtliche Entwicklung über sie hinweggeht, wie das Völkern geschehen ist, die in passivem Erdulden immer tiefer sanken und nicht die Kraft fanden, sich wieder aufzuraffen.

Der Mittel und Wege gibt es genug, aus tiefem Fall neu emporzusteigen. Uns Deutschen bietet unsere eigne Geschichte klassische Beispiele großartigen Wiedererstehens. Das Entscheidende ist der starke Wille dazu, alles andere stellt sich von selbst ein. Man hüte sich vor der schwächlichen und pessimistischen Anschauung, daß der Engländer einen „höheren Typus" darstelle, dem es gegeben sei, zu herrschen. England ist zu seiner Weltstellung gelangt, weil die Weltverhältnisse der letzten Jahrhunderte seiner Art günstig waren. Nun wohl, so ist es — belehrt, wie wir sind — nunmehr unsere Aufgabe, mit dahin zu arbeiten, daß Verhältnisse sich gestalten, die unserem Typus erfolgreicheres und fruchtbareres Wirken ermöglichen. Setzen wir uns, die wir ein Volk gläubiger Hingabe sind, für die Verwirklichung der reinen Idee ein, die die Sieger von heute mit demagogischer Überredungskunst für ihre Zwecke verfälscht haben. Mühen wir uns um die

Digitized by Google

Völkerversöhnung im Geiste des wahren Völkerbundes und des rechten Sozialismus. Vor allem anderen aber sorgen wir für die Pflege und Erhaltung unseres Volkstums, an dessen selbständigen Wert wir glauben dürfen und glauben sollen. Trotz allem, was die Weltkatastrophe unserer Tage an Umwälzungen gebracht hat, bleibt starkes und bewußtes nationales Wollen und Schaffen auf der Grundlage europäischen Gemeinschaftsgefühls die Vorbedingung unseres Daseins und damit auch unseres kulturellen Wirkens in der Welt. Der Ausgang des Weltkriegs hat dahin geführt, daß wir, indem wir uns dem unsittlichen und selbstsüchtigen Universalismus einer einzelnen Rassenspielart mit nationalem Bewußtsein entgegenstemmen und für unser Wiedererstehen als Volk und Staat arbeiten, den menschlichen Fortschritt auf unserer Seite haben. In der nationalen Selbstbehauptung, die sich auf lebensstarken Kulturkräften gründet, wird die angelsächsische Weltherrschaft ihre unübersteigbare Schranke finden. Wenn jedoch unser Volk in dieser Aufgabe versagt, wird es das Schicksal erleiden, das die Geschichte unbarmherzig schwachen und kraftlosen Völkern auferlegt. Dann erhebt sich wirklich die Gefahr, daß ein römisches Reich britischer Nation, in dem Deutschland und die übrigen Staaten zu britischen Provinzen herabsinken, sich über den Erdball breitet.

Der rote Osten

Von Axel Schmidt

In seiner Rede in Sunderland soll der englische Kriegsminister Churchill kürzlich erklärt haben, daß „Deutschland im Westen den Schutz gegen den Bolschewismus übernehmen müsse, weil England nicht gleichzeitig in Indien, Kleinasien, Ägypten, Europa und Irland Krieg führen" könne. Aus diesen Worten spricht deutlich die Angst vor dem Vordringen des Bolschewismus nach Osten. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß Lenin und Trotzki seit längerer Zeit ernstlich bemüht sind, die Brandfackel der bolschewistischen Agitation nach Asien zu tragen. Noch kürzlich hat Lenin in Moskau eine Rede gehalten, in der er den Versailler Frieden die „schwerste Wunde" nannte, die sich die Entente selbst zugefügt habe. Die kleinen Völker, die früher die Westmächte als ihre Beschützer ansahen, hätten jetzt erkannt, daß sie es mit einer Rauborganisation zu tun hätten, die Europa weder Demokratie noch Freiheit gegeben hätte. Was speziell die Beziehungen Räterußlands zu den östlichen Völkern betrifft, so müßten, führte Lenin aus, die kommunistischen Methoden abgeändert und der Psychologie der andern Völker angepaßt werden. Nur wenn sich der Bolschewismus einen Weg nach Osten gebahnt haben wird, wird Europa sich genötigt

Digitized by Google

sehen, den Sieg des Rätesystems anzuerkennen. In diesen Worten ist schon angedeutet, daß Lenin gewillt ist, in dem politischen Spiel mit England den „östlichen Trumpf" auszuspielen. Noch deutlicher wurde seine rechte Hand in auswärtigen Dingen, Radek. Wenn dieser bolschewistische Politiker auch offen zugestand, daß der russische Arbeiter durch das lange Kriegführen ermüdet sei, so könne doch England, das nicht gewillt sei, Frieden zu schließen, leicht schwere Verluste erleiden, weil die Tore nach Osten weit offenständen, und die islamitische Welt für die bolschewistische Propaganda einen gut vorbereiteten Acker abgeben werde. Die Vorarbeiten für die bolschewistische Propaganda im Osten sind, wie die „Times" melden, viel älteren Datums. Im Herbst 1919 waren sie schon soweit gediehen, daß der Beauftragte der Räteregierung, Suritz, in Taschkent ein besonderes Komitee für Chiwa, Buchara und Afghanistan bilden konnte. Sein Agent Bravin hat bereits damals mit der Regierung von Afghanistan Fühlung genommen, bei der er wohlwollendes Verständnis für die bolschewistischen Ideen gefunden haben soll. Der Kommissar für Asien im Ministerium des Auswärtigen in Moskau, Karachan, hat zwar den Abschluß eines förmlichen Bündnisses mit Afghanistan als vorzeitig abgelehnt, bis es den bolschewistischen Truppen gelungen sein wird, die Bahnlinien Moskau—Orenburg—Taschkent und Kraßnosawodsk—Merw völlig in ihre Hand zu bekommen. Nicht weniger fleißig werden die mohammedanischen Stämme des Nordkaukasus von mohammedanischen Agenten Lenins bearbeitet, die in Moskau die hohe Schule des Bolschewismus durchgemacht haben. Wie großzügig diese Propaganda betrieben wird, geht schon daraus hervor, daß für sie die bolschewistische Zentralregierung 50 Millionen in Gold und 1 Milliarde in Papier ausgeworfen hat. Auf einer Sitzung in Tiflis, die nach englischen Blättermeldungen auch von jungtürkischen Vertretern Mustafa-Kemal Paschas besucht war, soll der gesamte Agitationsplan für Asien besprochen worden sein.

Die Idee, Asien für den Bolschewismus zu gewinnen, ist durchaus nicht so phantastisch, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Diese Gebiete sollen nämlich nicht so sehr mit Waffengewalt erobert werden, als durch Agitation sturmreif gemacht werden. Mit dem Frieden von Versailles hat sich die Sachlage in Asien völlig verändert. Von Baku bis Indien, ja noch weiter bis zu den Grenzen Chinas hat jetzt nur eine europäische Macht dort etwas zu sagen, — das meerbeherrschende England. *Dieser politische Machthaber ist aber zugleich auch in all diesen Ländern der wirtschaftliche Aussauger der dortigen Völker.* Daher fließt hier der Ruf des Bolschewismus „Fort mit den kapitalistischen Unterdrückern" mit den nationalen Wünschen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in eins zusammen; ja noch mehr, seitdem England den Gedanken faßte, den Sultan aus Konstantinopel

Digitized by Google

zu entfernen, war es damit zugleich zum Feinde des Islams geworden. Während der Bolschewismus in Europa stets mit dem Nationalgefühl und der Kirche in Konflikt gerät, kann er in Asien zusammen mit Islam und Nationalgefühl eine geschlossene Kampffront bilden, gegen die die Engländer nur schwer werden ankämpfen können.

Wie die bolschewistischen Blätter melden, ist kürzlich aus Moskau ein Propagandazug nach Osten abgefahren, der unter Führung der bekannten bolschewistischen Agitatorin Balabanowa steht. Der Zug, der den Namen „der rote Osten" erhielt, ist mit einer Fülle von Agitationsmaterial, Kinematographen ausgestattet, und führt auch zahlreiche Wanderredner, die aus mohamedanischen Tataren, Kirgisen, Baschkiren, Afghanen, Indern geworben sind, mit; auch bolschewistische Künstler und Maler haben sich dem Zuge angeschlossen, um die bolschewistischen Ideen den einzelnen Völkern in Verbindung mit ihren nationalen Motiven mundgerecht zu machen.

Die Furcht vor einem Hineintragen des Bolschewismus in die englischen Gebiete Asiens hatte bisher England veranlaßt, Denikin und Koltschak zu unterstützen. Diese beiden russischen Generale sollten nicht so sehr für Rußlands Wiederherstellung kämpfen, als vielmehr Englands Kolonien oder Schutzstaaten vor bolschewistischen Einmarsch bewahren. Als dieser Plan zusammengebrochen war, hat, wie es scheint, Churchill zuerst versucht, die antibolschewistische Front im Osten mit eigenen Kräften aufzubauen, während diese Aufgabe im Westen Deutschland angeboten werden sollte, wobei sogar auf die Möglichkeit einer Milderung des Versailler Friedens von ihm angespielt wurde. Später ist dieser Plan fallen gelassen worden. Lloyd George hat sich auf Verhandlungen mit Räterußland eingelassen. Hierbei kann es sich aber nur um eine „Atempause" handeln, um einen Leninschen Ausdruck zu gebrauchen, bei der man nicht weiß, wer zuerst zu Kräften kommen wird: England oder der Bolschewismus. Eins ist jedenfalls sicher, der Bolschewismus wird die Zeit des Verhandelns dazu benutzen, um seine Waffen entweder gegen Polen zu wenden, oder es durch bolschewistische Propaganda politisch zu unterhöhlen. Deutschland kann jedenfalls ruhig abwarten, gleichviel, ob sich der Bolschewismus nach Osten oder Westen wenden wird, weil er auf beiden Seiten auf unsere Gegner stößt. So wenig Ursache wir haben, uns als Freund des Bolschewismus aufzuspielen, so wenig Grund ist vorhanden, für England oder Polen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Solange der Versailler Frieden besteht, müssen England und Polen allein zusehen, wie sie mit dem bolschewistischen Weltbrande fertig werden.

Digitized by Google

Die Lage der Deutschen in Großrumänien

Von Gerhard Merrem

Wollte man aus der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, so könnte man die Lage der Deutschen in Großrumänien nicht pessimistisch genug ansehen. Denn vor dem Kriege war die Lage der Deutschen in dem alten Königreiche Rumänien alles andere als günstig zu nennen. Wie alle Fremdstämmigen waren die Deutschen vom öffentlichen Leben fast ganz ausgeschlossen. Sie durften sich weder der Politik widmen noch in der Verwaltung sich betätigen. Der deutsche Kaufmann hatte zwar alle Pflichten, aber bei weitem nicht alle Rechte des rumänischen. Der deutsche Handwerker wurde durch Sonderbestimmungen gegen den Rumänen benachteiligt. Der Erwerb von Eigentum an Grund und Boden war Deutschen erschwert. Das Staatsbürgerrecht wurde ihnen erst 1912 durch Carp verliehen. Durch die Aufhebung und Bedrückung der deutschen Schulen wurde auf die Entdeutschung hingearbeitet.

Welche Aussichten sollten sich nach dem Kriege hieraus ergeben? Mußte man nicht fürchten, daß sich der Haß gegenüber dem besiegten Besieger, dessen Haltung während der Besatzungszeit oft nicht einwandfrei gewesen war, gegen die deutschsprachigen Untertanen Rumäniens wenden würde? Die bisherige Erfahrung läßt diese Furcht grundlos erscheinen. Die Lage der Deutschen in Großrumänien stellt sich günstiger dar als in allen anderen Staaten Südosteuropas.

Der Zusammenbruch der Mittelmächte hatte die Hoffnungen der nationalen rumänischen Kreise innerhalb und außerhalb des Königreiches erfüllt. Ein Großrumänien war im Entstehen, daß alle Rumänen umfassen, aber auch zahlreiche Angehörige fremder Nationalitäten in sich bergen sollte, u. a. auch etwa eine Million Deutsche in Siebenbürgen und im Banat. Die Frage trat an die rumänische Regierung heran, ob sie durch Romanisierungsbestrebungen das deutsche Element in den neu hinzukommenden Gebieten zum Kampf rufen oder durch Entgegenkommen für sich zu aufbauender Arbeit gewinnen sollte. Bald zeigte es sich, daß man sich für das letztere entschieden hatte.

Die Deutschen der Bukowina nahmen sofort nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch. Sie erkannten, daß nur die Vereinigung mit den Deutschen Siebenbürgens und des Banats dem Karpathen-Deutschtum die Wahrung des Volkstums ermögliche. Die rumänische Regierung kam ihren Wünschen entgegen, versprach weitgehende Autonomie und bewirkte dadurch, daß am 26. November 1918 der deutsche Volksrat der Bukowina den Anschluß an Rumänien erklärte.

In Siebenbürgen erfolgte der Anschluß der Deutschen in Rumänien am 9. Januar 1919 auf der Tagung von Mediasch und zwar auf Grund von Zusagen, die

Digitized by Google

die rumänische Nationalversammlung Siebenbürgens den Nichtrumänen gemacht hatte. Der Beschluß, den die Rumänen am 1. Dezember 1918 in Karlsburg gefaßt haben, lautet: Jedes Volk hat das Recht, sich durch seine Söhne in seiner Sprache richten, unterrichten und verwalten zu lassen. Es hat nach Maßgabe seiner Volkszahl an der Regierung und Gesetzgebung des Landes Anteil. Jede Kirche genießt volle Autonomie. Diese letzte Bestimmung ist besonders wichtig für die evangelische Kirche der siebenbürger Sachsen, die die volkstumerhaltende Hauptorganisation des Deutschtums darstellt. In den Verhandlungen mit der rumänischen Regierung wurden entsprechende Zusagen gemacht. Die Sachsen haben ihren Beschluß, der in ganz Rumänien große Freude erregte, bisher nicht zu bereuen gehabt. Sie sind besser gestellt als unter magyarischer Herrschaft. Sie haben ihr gesamtes Schulwesen bewahrt, ihre Beamten üben weiter ihre alte Tätigkeit aus. Ein siebenbürger Deutscher, Lutz Korodi, wurde als Staatssekretär ins Unterrichtsministerium berufen. Wichtig für die zukünftige Entwickelung ist der Sprachenerlaß der Hermannstädter rumänischen Regierung. Danach sollen die Bestimmungen des Nationalitätengesetzes in loyaler Weise angewandt werden und zwar derart: In den Komitaten, in denen die zusammenwohnenden Nationalitäten ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, soll jede in eigener Sprache verwaltet werden und Rechtssprechung erhalten. In den Gemeinde- usw. Schulen wird die Unterrichtssprache von den Schulerhaltern bestimmt. In den staatlichen Volksschulen wird der Unterricht in der Sprache der Mehrheit erteilt. Für die Minderheit soll entsprechende Fürsorge getroffen werden. Gleiche Bestimmungen sind auch für den Unterricht an den höheren Schulen getroffen worden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Banat. Hier zogen die Deutschen großen Vorteil aus dem Streit zwischen Rumänien und Jugoslawen, die beide den deutschen Volksteil bei einer etwaigen Volksabstimmung für sich gewinnen wollten. Doch aus dem Gedanken der Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Karpathendeutschtum heraus hätten sich die banater Deutschen für Rumänien entschieden. Der Oberste Rat in Paris hat es anders bestimmt. Das Banat ist ohne Volksabstimmung zwischen den streitenden Parteien aufgeteilt worden zum Schaden des Deutschtums, dessen Kraft durch die Zerreißung in zwei Teile geschwächt ist.

Wie verhältnismäßig günstig die Lage des Deutschtums in Großrumänien ist, beweist am besten die Tatsache, daß die siebenbürger Deutschen die deutschen Kolonisten Beßarabiens bestimmten, sich für den Anschluß Beßarabiens an Rumänien einzusetzen. Gewiß sind die Deutschen nicht auf Rosen gebettet, aber die Möglichkeiten und Garantien zur weiteren Fortentwicklung sind gegeben. Schmerzlich ist allerdings die Auflösung der deutschen Universität Czernowitz und ihre Umwandlung in eine rumänische; diese harte Maßnahme erklärt sich aus dem allgemeinen Mangel an Bildungsstätten in Rumänien. Alle

Digitized by Google

sonstigen ungünstigen Erscheinungen beruhen auf Übergriffen untergeordneter rumänischer Organe. Die rumänische Regierung ist ihren Versprechungen bisher getreu nachgekommen.

Das letzte Wort wird die neugewählte rumänische Nationalversammlung sprechen, in der auch die Deutschen mit etwa 25 Mandaten vertreten sind, die sie dank einem Abkommen mit der rumänischen Regierungspartei errungen haben. Die Nationalversammlung muß die Grundlage für den Aufbau Großrumäniens schaffen und auch die Stellung der Deutschen zum Staate endgültig regeln. Die einflußreichste Partei dürfte die siebenbürgische, rumänische Nationalpartei werden, deren Führer, Maniu und Vaida Woevod, als kommende Ministerpräsidenten genannt werden.*) Die Stellung dieser beiden Männer zum Deutschtum ist mindestens als wohlwollend zu bezeichnen.

Noch ein Wort über die Minoritätenklausel. In der Ablehnung dieser Klausel erblickt man vielfach einen Beweis für die Deutschfeindlichkeit in Rumänien. Das ist aber nicht der Fall. Dieser Artikel des St. Germainer Friedensvertrages bedeutet für Rumänien eine Beschneidung der Hoheitsrechte. Weniger der nationalen Minderheiten in Rumänien wegen als um dauernd das Recht zur Einmischung in rumänische Angelegenheiten zu haben, ist diese Bestimmung von der Entente getroffen worden. Die ablehnende Haltung der rumänischen Regierung kann deshalb nicht verwundern.

Bei aller Skepsis, die bei der Beurteilung der Lage des Deutschtums in Großrumänien gewahrt werden muß, ist abschließend zu sagen: die Vorbedingungen zum Fortbestand des dortigen Deutschtums scheinen gegeben zu sein, man darf hoffen, daß die Deutschen, die zu den tüchtigsten Elementen Großrumäniens gehören, sich behaupten werden, zumal da das rumänische Wirtschaftsleben in vieler Hinsicht eng mit der Kraft der dortigen Deutschen verknüpft ist.

Die Deutschen in Südwestafrika

Von Rudolf Kindt

Wenn auch eine große Anzahl Deutscher das Schutzgebiet auf Befehl verlassen mußte, mehr als die Hälfte der deutschen Zivilbevölkerung verblieb in unserer früheren Kolonie. Es wird deren Angehörige besonders am Herzen liegen, einmal etwas über die Lage der Fernen von einem Zurückgekehrten zu hören.

Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß niemand, der sich nicht selbst unmöglich macht, jetzt, nachdem die Union von Südafrika das Mandat über das

*) Inzwischen ist Vaida Woevod Ministerpräsident geworden.

Digitized by Google

Schutzgebiet übernommen hat, nachträglich noch des Landes verwiesen werden wird. Und die Angehörigen hier in der Heimat sollen die Ihren dort drüben auch nicht drängen, Südwest zu verlassen, dort die Existenz aufzugeben, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen. Im Gegenteil, man soll sich darüber klar sein, daß die Deutschen in Südwest, wenn sie ihren Besitz festhalten, nicht verschleudern, auch dem deutschen Volke gegenüber eine nationale Pflicht erfüllen. In Südafrika weiß man die Bedeutung deutscher Siedlung, deutscher Pionierarbeit inmitten schwarzer, gelber (Hottentotten) Volksmassen wohl zu schätzen. Und der scharfe Blick einsichtiger Männer aus der Union hat erkannt, daß wir Deutsche in unserer Kolonie im Laufe einer kurzen Spanne von Jahren, vorsichtig gesagt, sehr Beachtenswertes geschaffen, erreicht haben. Orte wie Windhuk, Swakopmund und Lüderitzbucht gibt es in der Union kaum, wenn man von den teilweise sehr alten Küstenstädten und den Hauptstädten absieht. Und was auf den älteren deutschen Farmen entstanden ist, kann sich in ganz Südafrika sehen lassen. Das wurde den Deutschen im Gespräch oft und offen gesagt.

Was das Verhältnis zu den Eingeborenen, die vor allem für die Farmen als Arbeiter wichtig sind, angeht, so war dies nach dem Einrücken der gewaltigen Truppenmassen Bothas und nach Abschluß des Übergabevertrages naturgemäß nicht ideal. Man hat eben gegen uns gekämpft und sich bemüht, den Deutschen, sagen wir einmal: die Sympathien der Eingeborenen abwendig zu machen. Das ist mit der Zeit wieder besser geworden. Die schwarzen und gelben Augenblicksmenschen haben erkannt, daß sie es bei dem deutschen Herrn wenigstens ebenso gut haben, als bei anderen Weißen. Und unsere Landsleute haben die nervöse, auf oft nicht unberechtigtem Mißtrauen beruhende Art etwas abgelegt, sind wieder ruhiger geworden und kommen schon deshalb besser mit den Negern aus. Jedenfalls ist keineswegs zu befürchten, daß die schwarzen Hände fehlen werden.

Die wirtschaftliche Lage war einige Zeit bedenklich und gab zu Sorgen Anlaß. Die Entwertung der Valuta setzte dort gleich nach der Kapitulation ein. Die Regierung nahm nur deutsche Reichsbanknoten zu 100 Mark in Zahlung und diese von vornherein nur gegen Abzug von 25 v. H. Und je länger der Krieg dauerte, um so tiefer sank das deutsche Geld im Kurs. Seit August 1919 werden von den amtlichen Kassen überhaupt keine deutschen Noten mehr in Zahlung genommen. Inzwischen haben sich aber die Geldverhältnisse von selbst geregelt. Bald nach Besetzung des Landes sind zwei große südafrikanische Banken, die Nationalbank und die Standartbank mit Zweigniederlassungen im Schutzgebiet erschienen. In den vier Hauptorten Windhuk, Swakopmund im Norden, Keetmanshoop und Lüderitzbucht im Süden befinden sich solche. Und diese Banken haben sich sofort mit der Gewährung von Krediten an deutsche Firmen und Betriebe befaßt, ihnen die notwendigen Mittel zur Weiterarbeit gewährt. Das geht soweit, daß die

Digitized by Google

südafrikanischen Banken heute bereits das allergrößte Interesse an dem Fortbestehen und der Gesundung der deutschen Geschäfte und Betriebe haben! Ein Umstand, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. — Es soll hier aber nicht vergessen werden, daß auch die in Südwest seit langem heimische „Deutsche Afrikabank" nach schwierigen und langen Unterhandlungen mit der Okkupationsregierung größere Summen an „Hartgeld", d. h. vollgültiger Währung, britischer „Pfunde", aus der Heimat auf dem Wege der Überweisung über Amerika erhielt und so zu ihrem Teile weiterzuarbeiten vermochte. Eine erfreuliche und besonders beachtenswerte Erscheinung ist dabei, daß es den deutschen Banken unter Mitwirkung des deutschen Kommissars — der die Gehälter für die Beamten auf Umwegen aus der Heimat in voller Währung erhielt — und der Lüderitzbuchter Diamantgesellschaften — die für ihre, wenn auch stark beschnittene Produktion monatlich erhebliche Beträge an englischem Gelde in den Verkehr brachten — bis Ende August stets gelungen war, die Valuta des deutschen Papiergeldes im Schutzgebiet so zu stützen, daß im August 1919 das britische Pfund Sterling noch für nur 33,50 Mark zu kaufen war. Dies Vorgehen hat die Aufrechterhaltung der Wirtschaft sehr erleichtert, denn es gestattete jedem, sich für deutsches Papiergeld, oder für Guthaben auf den deutschen Banken, das für den Verkehr mit den amtlichen Stellen oder in Geschäften mit Südafrika notwendige Geld britischer Währung verhältnismäßig billig zu beschaffen.

In politischer Hinsicht hat sich natürlich manches geändert. Der Landesrat? — ein Märchen aus vergangener Zeit. Der Bezirksrat vegetiert; man gestattet diesen Körperschaften hier und dort eine Zusammenkunft, wenn es sich um Beschlüsse wegen Verwaltung von Geldern usw. handelt. Bei der Verwaltung der Bezirke selbst hat er nicht mitzureden, die besorgen die Militär-Magistrate. Nur von den Gemeindeverwaltungen ist ein Rest geblieben. Lange Zeit haben sie unangetastet weiter bestanden, bis das Auftauchen einer Denkschrift, die eine Wiedervereinigung des Schutzgebietes mit Deutschland befürwortete, erbat, und die von vielen Gemeinderäten in corpore unterzeichnet worden ist, den Besatzungsbehörden einen Vorwand zum Eingreifen bot. Damals, es war nach Abschluß des Waffenstillstandes hier, wurde die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder zuerst beschränkt und dann erhielten die Körperschaften in den Militär-Magistraten amtliche Spitzen. Seine Aufgaben erfüllt der Gemeinderat dennoch nach wie vor. Nur ist die Verhandlungssprache mancherorts englisch, auch holländisch.

Den Eisenbahnbetrieb hat die Besetzungsregierung sofort übernommen oder besser, er wurde der Bahnverwaltung der Union direkt, nicht dem Administrator in Windhuk, unterstellt. Das zeitigte anfangs mancherlei Unzuträgliches und Seltsamkeiten. Die Leute aus der Union konnten mit den Spezialmaschinen der Otavibahn nicht umgehen. Dort liefen auf einer 60 Zentimeter-Spur verhältnis-

Digitized by Google

mäßig schwere Lokomotiven. Bald waren diese unbrauchbar. Die Züge blieben oft liegen. Doch kurz entschlossen nahm die Union die vorher entlassenen deutschen Führer und Heizer wieder in Dienst und dann klappte es! Ähnlich verhielt es sich mit dem Betriebe der großen Werkstätten der Otavibahn in Usakos. Sehr rasch stand auch dort jeder Deutsche wieder auf seinem Posten, an seiner Drehbank oder Hobelmaschine. Und man war so zufrieden mit den Leistungen der Deutschen, daß man sogar aus Südafrika wichtige und schwierige Reparaturstücke nach Südwest, nach Usakos sandte, um sie dort von geschickten deutschen Händen wieder instand setzen zu lassen.

Als die Ausweisungen im Gange waren, die in erster Linie Leute betrafen, die während des Krieges einige Zeit hindurch als Arbeitslose amtlich Lebensmittel empfangen hatten, hat dann die „Protektoratsregierung" sogar angefragt, wer von den ausgewiesenen deutschen Handwerkern bleiben und für sie arbeiten wolle! Man sieht, daß die Union deutsche Handwerker zu schätzen wußte.

* * *

Von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Widerstandskraft der Deutschen im Südwest ist die Lage der deutschen Farmer. Es sind weit über 1200 Betriebe, die dabei in Frage kommen. Leider mußten zwar manche auf Befehl das Land verlassen, in dem sie für sich und die Ihren oft in schwerer Arbeit eine Zukunft geschaffen hatten, nur sehr wenige aber haben ihre Farm an Nichtdeutsche verkauft. Viele der Ausgewiesenen sind heute noch Besitzer und hoffen bald wieder zurückkehren zu können. Wo die Heimkehrenden verkauft haben, waren die Käufer meist andere Deutsche. Das in Südafrika angehäufte freie Kapital hatte sich noch nicht auf den Farmkauf in Südwest geworfen.

Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß jetzt, nachdem die Union das Mandat über unsere einstige Kolonie übernommen hat, sehr viele Söhne reicher Farmer aus Südafrika in Südwest als Käufer auftreten werden. Denn man hat in der Union scharf erkannt, wie außerordentlich wertvoll die gewaltigen Weideflächen des Damara- und Namalandes für die Viehzucht sind und — daß sie mit fortschreitender Entwicklung immer wertvoller werden müssen. Zumal bei dem Fleischhunger der Welt. Wird unseren Landsleuten draußen von der Heimat aus nicht von einem Verkauf abgeraten, so wird sich sicherlich der eine oder andere bereit finden lassen, seinen Besitzstand zu veräußern, was im Interesse des einzelnen deutschen Farmers, wie der Gesamtheit nur lebhaft zu bedauern wäre. Denn bleiben die Farmer wie bisher in geschlossener Masse in Südwest an der Arbeit, so bilden sie einen viel bedeutungsvolleren Kulturfaktor, als wenn sie zu einem großen Teile durch Nichtdeutsche abgelöst würden.

Bisher ist zu hoffen, daß die weitaus größte Zahl der deutschen Farmer ihren

Digitized by Google

Besitz festhält. Aushalten, durchhalten war die Stimmung drüben. Und was in den letzten zwei Kriegsjahren von der Farmerschaft auf organisatorischem Gebiete geleistet worden ist, wird darin bestärken, da es wirtschaftliches Fortkommen verbürgt. Die Lage war zunächst nach Abschluß des Koraber Übergabevertrages nicht aussichtsvoll. Viele Betriebe hatten während des Kriegsjahres stark gelitten. Es war viel Vieh requiriert worden, ohne daß dafür Zahlung geleistet worden wäre. Kostspielige Anlagen waren zerstört worden — teilweise notgedrungen beim Rückzug unserer Schutztruppe — manches war in Abwesenheit des seiner Dienstpflicht gehorchenden Besitzers zerfallen, die Eingeborenen waren fortgelaufen, hatten Vieh gestohlen und waren schwer zu ersetzen, bares Geld war nicht vorhanden, Vorräte ebensowenig, der Proviant war, wie alles sehr viel teurer geworden. Da galt es sich kümmerlich durchbringen! Mancher hat gehungert, weil er nichts kaufen konnte. Und fast alle waren gezwungen, was sich an Nachwuchs vorfand, zu jedem Preis zu verschleudern, nur um die notwendigsten Unkosten decken zu können. Die Zinsen der Hypotheken konnten nicht bezahlt werden. Wäre nicht die Zivilgerichtsbarkeit während der ganzen Kriegsperiode aufgehoben gewesen, es hätte eine Katastrophe gegeben. Der Kredit bei den deutschen Banken und bei den Kaufleuten war stark in Anspruch genommen, konnte nicht noch weiter angespannt werden, da die Firmen selbst nur gegen Barzahlung aus der Union zu kaufen vermochten. „Pfunde" britischer Währung, die dazu erforderlich waren, gab es kaum. Es erscheint fast rätselhaft, auf welchem Wege sich mancher geholfen hat. Dann aber taten sich die südafrikanischen Banken auf. Sie gewährten sicheren, nicht zu stark verschuldeten Betrieben Kredit. Das half vielen, nicht allen. Die deutschen Landsleute halfen weiter. Beamte, Polizeisergeanten, Truppenangehörige, wer einen Sparpfennig hatte, legte ihn auf einer Farm an. Es waren meist kleine Beträge, sie halfen aber über das Schwerste hinweg.

Doch schon 1916 versiegte eine wichtige Einnahmequelle. Die neue Regierung hatte mit Sorge beobachtet, daß die jungen Bullkälber meist schon kaum jährig an die Schlachtereien wanderten. Aber nicht nur die männliche Nachzucht, sondern auch die weibliche, die Hoffnung der Zukunft, sogar zur Zucht geeignete Kühe wurden verkauft, geschlachtet. Sie griff ein, zum Glück darf man sagen. Das Schlachten weiblicher Tiere (auch weiblicher Schafe) wurde verboten. Und männliche Nachzucht durfte erst dann an das Messer geliefert werden, wenn das Tier 3½ Jahre alt geworden, also schlachtreif war! Das erschwerte zwar dem kleinen Farmer das Leben außerordentlich, schob aber der Verwüstung des Viehbestandes einen haltbaren gesetzlichen Riegel vor. Trotzdem litt der Farmer, und er litt noch darum besonders, weil er für die wirklich reifen Tiere nicht mehr, sondern eher weniger vom Händler erhielt, als vor dem Kriege, obwohl die Preise

Digitized by Google

für alles Kaufmannsgut, für allen Proviant, für alles, was der Farmer nicht selbst lieferte, auf das Doppelte, Dreifache und höher gestiegen waren. Obwohl sogar im nahen Südafrika für Vieh der doppelte Preis galt. Daran war die Notlage der Farmer schuld, die von rücksichtslosen Viehhändlern ausgebeutet wurde. Es waren das einige wenige Geschäftsleute russisch-polnischer Abstammung, die seit Jahren die Farmer „bedienten".

Hier setzte die Selbsthilfe der Farmerschaft ein. In Okahandja entstand zuerst eine „Wirtschaftliche Vereinigung", der sich rasch gleichartige Genossenschaften in fast allen anderen Bezirken angliederten. Schon nach Jahresfrist schufen sie sich im „Wirtschaftlichen Verbande" ihre Spitze. Die neue Organisation der Farmer war und sollte nichts anders sein, als eine reine Verkaufsstelle. Sie verhandelte mit den Abnehmern, den Schlachtereien, den Behörden unter Umgehung der gewerbsmäßigen Händler und, siehe da, es ging! Es ging, ohne daß der Einzelverkaufspreis für den Fleischabnehmer sich nennenswert erhöhte. Ja, sogar die größte südafrikanische Fleischaufkäuferin, die Cold Storage Co., die Gefrierfleisch und Kühlfleisch herstellt und ausführt, traf schließlich ihre Vereinbarungen mit dem Verbande. Und sie gewährte der Organisation sogar Kredit. Das Entgegenkommen der Banken hatte schon vor dieser Krönung der Bemühungen eine Art Bevorschussung noch nicht schlachtreifen oder zeitweilig unverkäuflichen Schlachtviehs ermöglicht und damit den Farmern eine segensreiche Hilfe gewährt. Wahrscheinlich wird diese, nach Abschluß des Vertrages mit der Cold Storage Co., der erst im August v. J. zustande kam, noch weiterreichend werden. Jedenfalls ist es dem Zusammenschluß der Farmer aus eigener Kraft gelungen, den auf die Dauer unerträglichen Zustand unzureichender Viehpreise — die unter dem Selbstkostenpreise lagen — zu beseitigen. Wie es den Anschein hat für immer, denn die Protektoratsregierung bringt den Bestrebungen der Farmer besonderes Interesse entgegen.

Doch damit nicht genug. Unabhängig davon wurde eine zweite Organisation in dieser Zeit gegründet, die sich an die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft anlehnend, ihr nachgebildet, sich Farmwirtschafts-Gesellschaft, F. W. G, nannte, und sich zur Aufgabe machte, die südwestafrikanische Farmwirtschaft durch Aufklärung und Belehrung auf allen in Frage kommenden Gebieten zu heben, sie zu unterstützen. Und in dieser F. W. G. haben sich aus jedem Berufsstand Freunde der Farmer zusammengetan, geben ihr Schärflein her. Sie gibt seit Anfang 1918 sogar eine Zeitschrift „Mitteilungen der F. W. G." heraus, die monatlich erscheint und in allen Kreisen eifrige Mitarbeiter findet, wirklich Gediegenes bringt.

* * *

Digitized by Google

Die Zukunft des deutschen Kaufmanns in Südwest ist mit der des Farmers auf das engste verknüpft. Sind und bleiben die Farmen lebensfähig, so kann auch der Kaufmann bestehen. Es haben sich in einzelnen Orten, besonders in Windhuk, zwar schon während des Krieges nichtdeutsche Konkurrenzgeschäfte aufgetan, sie spielen aber bisher noch keine Rolle. Meist sind die Inhaber russisch-polnisch-jüdischer Herkunft. Sie kamen aus der Union, wo ihre Landsleute sehr zahlreich sind und wissen, dank der ihnen eigentümlichen feinen Witterung für Geschäfte, daß in Südwest etwas zu holen ist.

Auch der deutschen Kaufmannschaft ging es anfangs nach der Besetzung nicht gut. Die meisten Firmen hatten zwar große Guthaben in deutscher Währung auf den Banken, konnten jedoch dafür kein englisches Geld kaufen, weil dies zunächst kaum vorhanden war. Wollten sie aber in Südafrika einkaufen — und die Läden waren leer, es fehlte einfach alles, weil von Anfang August 1914 bis etwa Ende Juli 1915 keine Einfuhr möglich gewesen war — so brauchten sie dort landesübliche Münze. Als sich die südafrikanischen Banken auftaten, wurde das sofort besser. Diese räumten in wirklich großzügiger Weise Kredit ein. Es war ja im Interesse des Handels der Union. Und so haben vor allem Firmen, die rasch bei der Hand waren, sehr gute Geschäfte gemacht. Leider waren gerade unsere ältesten, solidesten Firmen zu vorsichtig und kamen zunächst etwas ins Hintertreffen. Das hat sich aber wieder gegeben. Es ist daher zu hoffen, daß alle rein kaufmännischen deutschen Unternehmen in Südwest auch weiterhin bestehen bleiben und ihr Fortkommen finden werden. Im Interesse der deutschen Farmerschaft und der Handwerker usw. ist dies von großer Bedeutung.

Von den Banken werden die reinen Privatunternehmen sicherlich ebenfalls weiter zu arbeiten vermögen. Von großer Tragweite für diese ist aber die Frage, ob die vor dem Kriege entstandenen Verpflichtungen in Markwährung oder in „vollgültiger Münze" zu zahlen sind. Man ist sich da nicht einig. Als der Wert des deutschen Geldes sank, fanden sich Kluge, die Zinsen und Kapital in Gold oder britischer Währung forderten. Die deutschen Rechtsanwälte vertraten je nach Auftrag ihre Klienten. Die britisch-burische Regierung verhielt sich völlig passiv. Zivilgerichtsbarkeit bestand bislang nicht. So blieb die Frage in der Schwebe. Es handelt sich hier um Millionen allein bei der Landbank. Und es ist von einschneidender Bedeutung, ob der Schuldner Gold, gleichbedeutend mit britischer Währung, oder deutsche Papiermark zahlen muß. Die bevorstehende endgültige Entscheidung dieser Frage durch die sicherlich jetzt bald entstehenden ordentlichen Gerichte*) wird vermutlich für manche Sein oder Nichtsein besagen. Für die Banken ist diese Angelegenheit auch darum wichtig, weil sich ergeben

*) Neuer Nachricht zufolge sollte am 1. Januar 1920 in Südwest die Zivilgerichtsbarkeit eingeführt werden.

Digitized by Google

wird, ob sie Guthaben, die vor dem Kriege entstanden sind, in Gold oder Papier auszukehren haben. Doch für sie wird es keine Lebensfrage sein.

Wie es den sogenannten „Konzessionsgesellschaften" ergehen wird, steht dahin. Land- und Berggerechtsame wird man vermutlich von seiten der Union auszuschalten suchen. Es kommt hier sehr darauf an, welche Vorschriften der Oberste Rat in Versailles der Mandatsinhaberin macht. Der Friedensvertrag allein wird nicht maßgebend sein. Ob die Union gewissen bergbaulichen Unternehmen gegenüber von den ihr laut Friedensvertrag zustehenden Rechten Gebrauch macht, muß sich erst zeigen. Es wäre zu wünschen, daß sie laut werdenden Wünschen privater südafrikanischer Interessenten gegenüber sich versagte. Es läßt sich darüber augenblicklich nicht viel äußern, da man nicht vorgreifen mag und darf.

Das Schicksal der deutschen Schulen dort drüben liegt jedem Deutschen besonders am Herzen. Bisher bestand in Südwest eine ganze Reihe von Elementarschulen in einzelnen Mittelpunkten, in Windhuk war eine Realschule, die ihre Schüler bis zur Obersekundareife brachte und in Swakopmund waren die Anfänge einer Realschule vorhanden. Mit den Schulen verbunden waren sogenannte Regierungspensionate, in denen die Kinder der Farmer, der weiten, oft hundert Kilometer oder mehr betragenden Entfernung des Elternhauses von der Schule wegen, untergebracht waren. Schuldgeld wurde nur in den Realschulen gefordert. Eltern, deren Kinder in der Obhut der Pensionate weilen mußten, erhielten für jedes Kind, falls sie bedürftig waren, eine Regierungsbeihilfe. Die guten Einnahmen aus den Abgaben des Diamantbergbaus gestatteten so weitgehende Fürsorge und Entlastung des einzelnen. Während des ganzen Krieges ist nun deutscherseits diese Unterstützung des Schulwesens beibehalten worden. Die Mittel dazu flossen aus der Heimat. Waren doch sämtliche Lehrer, außer denen der Swakopmunder Realschule, Regierungslehrer, also Beamte. Der britische Administrator hatte, wie die Heimschaffung der Truppe, Polizei und der Beamten einsetzte, auf Eingaben hin zugestanden, daß die Lehrer vorläufig bis zum letzten Transportschiff verbleiben und ihr Amt weiter versehen könnten. Nur wenige Schulgebäude, die Regierungseigentum waren, wie die Realschule in Windhuk, sind von der Verwaltung für englische Schulen beschlagnahmt worden. Die Elementarschulen sind meist Besitz der Gemeinden oder des Bezirksverbandes, daher Privateigentum und verblieben bislang unseren Landsleuten. Sie sollen von neu zu gründenden Schulvereinen übernommen werden, nicht mehr in Händen der Gemeinden bleiben, da diese Selbstverwaltungskörper nicht mehr rein deutsch sind. Solche Schulvereine sind nun inzwischen fast in jedem Schulort in Südwest gegründet worden. In Swakopmund z. B. gehören dem Verein fast alle Deutschen an. Und dort wurden gleich am Gründungsabend über 20 000 M. an freiwilligen Spenden für Schulzwecke gezeichnet. Es ist zu erwarten, daß

Digitized by Google

diese Opferwilligkeit unter den Deutschen in Südwestafrika überall die gleiche sein wird, sobald die ernste Frage jetzt beantwortet werden muß, sollen die Kinder wie bisher guten deutschen Schulunterricht haben oder in englische Schulen gehen. Allerdings wird das eine sehr schwere Belastung für manchen sein. Doch gemeinsam läßt sich die Last tragen. Es muß sich drüben nur erst die Überzeugung Bahn brechen, daß dies eine unbedingte Notwendigkeit ist! Man kann daher mit einiger Sicherheit erwarten, daß die Deutschen in Südwest auch auf diesem Gebiete nicht versagen werden.

Politik und Valuta

Von Kuno Waltemath (Harburg)

Bei den Erörterungen über die Wiederherstellung des Goldwertes der deutschen Mark wird gewöhnlich als vornehmstes Heilmittel die möglichst große Stärkung der Ausfuhr angesehen; es gibt Volkswirte und Politiker, deren Ausführungen den Eindruck erwecken, als ob es das einzigste Medikament sei. Nun ist gewiß, daß die Gestaltung des Außenhandels von großer Bedeutung für die Valuta ist. Aber die Wirkung kann doch nur innerhalb mäßiger Grenzen zu Tage treten. Keinesfalls ist daran zu denken, daß die ungeheure Werterniedrigung der Mark wesentlich durch eine Sperrung des Loches im Westen, durch intensivste Stärkung der Ausfuhr gehoben werden könnte. So wünschenswert im allgemeinen Interesse der deutschen Volkswirtschaft beide Dinge auch sind, darüber muß man sich klar werden: an dem Stande der deutschen Valuta würden sie nur wenig ändern. Das Goldaufgeld wäre höchstens um einige Dutzend Prozent verringert, d. h. es könnte statt der 900 Prozent vielleicht 850 betragen. Auch die Eindämmung der Kapitalflucht, so begehrenswert auch sie ist, kann unmöglich den Wertstand so günstig beeinflussen, wie es z. B. der „Vorwärts" anzunehmen geneigt ist. Man blicke auf England. Auch dort herrscht eine große Kapitalflucht, herrschte schon, seitdem der ungeheure Druck der inneren direkten Steuern auf dem Volke lastet. Die englische Finanzpresse hat wiederholt darauf hingewiesen, wie das englische Kapital nach Amerika und den neutralen Ländern abströmt. Aber eine irgendwie bemerkbare Einwirkung auf den Stand des Sterling ist nicht bemerkbar geworden. Dazu ist die Menge des abwandernden Kapitals nicht groß genug. Auch bei uns wird der Umfang der Kapitalflucht gewöhnlich ungeheuer übertrieben, um parteipolitischen Interessen dienen zu können und den Blick von den wahren Ursachen der Kursstürze der Mark abwenden.

Ja, wenn das Goldaufgeld nur wenige Prozent betragen würde, vielleicht 20—25 Prozent, statt der 700, 800, 900 Prozent, die wir jetzt zu beklagen haben,

Digitized by Google

dann hätte eine günstige Bewegung im Ausfuhrhandel einen bemerkbaren Einfluß auf die Valuta. Das hat man früher im alten Österreich-Ungarn, im alten Rußland, in Italien in den Zeiten der Papiergeldwährung, vor dem Übergange zur Goldwährung, häufig bemerkt. Die Unterwertigkeit, die die Papiergeldwährung bedingte, war im Vergleiche mit den heutigen deutschen Währungsverhältnissen geringfügig. Von besonders scharfer Wirkung war das Auf und Ab im Stande der Handelsbilanz auf die Währung, als Italien und Österreich-Ungarn bereits zur gesetzlichen Goldwährung übergegangen waren, aber die Geburtswehen noch nicht überwunden hatten und Rückfälle in die Unterwertigkeit erfuhren. In Österreich-Ungarn trat kurz nach der Inaugurierung der Goldwährung im Mai und Juni 1894 ein Goldagio auf, das bis auf 4½% stieg. Der Grund lag in einer ungünstigen Gestaltung der Zahlungsbilanz. Die Ausfuhr überragte nicht in genügendem Grade die Einfuhr, um den Abfluß von Geld zu verhindern. In Italien war während der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein enger Zusammenhang zwischen Stand des Goldaufgeldes und Stand der Handelsbilanz ersichtlich. In allen Darlegungen und Berichten über die italienischen Währungsfragen jener Zeit wird immer von der Lage des Handels und der Zahlungen an das Ausland ausgegangen, das Agio betrug aber kaum mehr als 16%, gewöhnlich erheblich weniger.

Daß eine Steigerung des Exportes und eine tiefgreifende Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht genügend sind, ein Land vom Währungsjammer zu erretten, zeigen besonders deutlich die südamerikanischen Staaten, lauter Länder mit ständigem wirtschaftlichen Fortschritt und ständigem Wachstum des Exportes über das des Importes hinaus und ebenso ständiger Entwertung der Valuta. So war in Argentinien das 19. Jahrhundert hindurch, von ein paar Jahren abgesehen, Papiergeldwirtschaft, die notwendige Folge der ewigen politischen Unruhen und Revolutionen, die das Land erschütterten und der damit verbundenen trostlosen Finanzwirtschaft. Erst gegen Ende des Jahrhunderts beruhigten sich die Verhältnisse, man kam dazu, Präsidentenwahlen ohne Waffenerhebungen und Bürgerkriege vor sich gehen zu lassen. Aber das Erbe der Vergangenheit, die ständigen Defizits im Staatshaushalt und die Neigung, diese Defizits durch offene und geheime Papiergeldmissionen auf einfachste Weise zu decken, wurde man sobald nicht los. Die Versuche, durch in Europa aufgenommene Goldanleihen den Kredit zu reformieren, brachten nur zuwege, daß das Goldagio sich zeitweilig wenigstens stark minderte. Es dauernd herabzudrücken oder gar zu beseitigen, verhinderte immer wieder das offene oder mehr noch das geheime Walten der Notenpresse, die unausrottbare Unordnung in den Finanzen, das fast chronische Vorherrschen von Defizits im Staatshaushalte. Deshalb konnte die internationale Handelswelt nicht das Mißtr[illegible]ie Furcht

Digitized by Google

vor dem Staatsbankerott verlieren. Während der ganzen Periode blühte die argentinische Landwirtschaft gewaltig empor. Geradezu sprunghaft vergrößerte sich der Kornexport sowie der Export der anderen Produkte des Ackerbaues und der Viehzucht. Aus einem Weideland wurde das Land ein Kornland. Groß war der materielle Aufschwung.

Dasselbe Bild in Brasilien, in Chile usw. Selbst während des Weltkrieges, der doch so ungeheuer die Nachfrage nach südamerikanischen Produkten steigerte und damit auch deren Wert, gelang es nicht, die südamerikanischen Währungen vollwertig zu machen. In Argentinien stellten sich Einfuhr und Ausfuhr wie folgt:

	Ausfuhr	Einfuhr
	in Gold-Dollars	
Wirtschaftsjahr 1917/18	663 400 000	380 000 000
" 1916/17	589 200 000	347 500 000
in Chile:		
im Jahre 1918	799 625 000	436 074 000
" 1917	712 289 000	355 077 000

Aber weil man nicht aus dem Papiergeldregime herauskommen konnte, vermochte man nicht den entsprechenden Nutzen aus der Gunst der wirtschaftlichen Lage zu ziehen.

Wenn wir unsere Mark von ihrem Tiefstand erretten wollen, wenn wir sie der alten Geltung entgegenführen wollen, haben wir zuerst alles zu vermeiden, was das Ausland zu dem Glauben verleiten könnte, wir ständen vor dem Staatsbankerott, vor neuen Umwälzungen und Bürgerkriegen. Was uns hier helfen kann, ist, daß das Ausland den Eindruck gewinnt, unsere staatlichen Verhältnisse seien stabil. Das Sturmlaufen gegen die gegenwärtige Staatsform ist in dieser Hinsicht nicht günstig. Es klingt wie ein Anzeichen einer kommenden neuen Revolution oder Gegenrevolution. Nur kindliche Gemüter können glauben, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie oder die Durchführung der Räterepublik auf friedlichem Wege, ohne die wilden Bewegungen eines Bürgerkrieges geschehen könne. Auch die düsteren trostlosen Prophezeiungen über Deutschlands Zukunft, wie man sie so oft hört und niederschreibt, sind vom Übel, sie schaden uns bei denjenigen, die die Macht über die Gestaltung unseres Wechselkurses in Händen haben. Ferner haben wir unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, um imstande zu sein, allmählich von der Notenflut befreit zu werden. Wenn wir das nicht tun, wird all' unsere Arbeit im Dienste der Volkswirtschaft nichts nützen, werden wir in Währungsangelegenheiten ewig das bleiben, was jetzt die so reichen südamerikanischen Länder sind.

Digitized by Google

Notizen

Japans Vordringen in Sibirien. Das Vordringen der Japaner auf dem Festlande längs der ostchinesisch-sibirischen Bahn hat sich in drei Etappen vollzogen:

1. Im Frieden von Portsmouth erhielten die Japaner die Rechte über die südmandschurische Bahn bis Tschangtschun (Kuantschengdse).

2. Als Ergebnis von Verhandlungen mit der kaiserlich-russischen Regierung im Frühjahr 1916 konnten die Japaner ihren Einfluß über die Bahn bis zum Sungari (Charbin) ausdehnen.

3. Nach dem Zusammenbruch Rußlands tasteten sich die Japaner vorsichtig an der Bahn weiter vor. Sie zeigten sich dabei sehr zurückhaltend und legten durchaus keinen Übereifer an den Tag. Auf Grund von Verhandlungen mit der alliierten Kommission und deren Weisungen folgend, griffen sie ein, zogen ihre Truppen wieder zurück und griffen von neuem ein. Das Ganze erweckte den Eindruck, als ob es Japan vollkommen an eigener Initiative mangele. Jetzt zeigt es sich, daß seine kluge, abwartende Politik das feste Ziel niemals aus den Augen gelassen hat. Die Alliierten ersuchen Japan, bis zum Baikal die Bahnwache zu übernehmen. So lassen sich die Japaner darum bitten, das zu tun, was wohl von Anfang an ihr glühendster Wunsch gewesen ist und was ihnen, hätten sie es aus eigener Initiative getan, nicht ohne sehr erhebliche Reibungen mit den Alliierten gelungen wäre.

Dieses Ersuchen der Alliierten ist für Japan in erster Linie ein diplomatischer Erfolg, es bleibt abzuwarten, wie weit Japan es für tunlich hält, diesem Ersuchen auch wirklich nachzukommen und der bolschewistischen Flut entgegenzutreten.

Die japanische Diplomatie versteht es mit Meisterschaft, den Gegner über ihre nächsten Ziele im Dunkeln zu lassen; doch enthüllt die geschichtliche Entwicklung deutlich die von ihr verfolgte Tendenz, so daß man in der Erkenntnis der allgemeinen Ziele ihrer Kontinentalpolitik kaum fehlgreifen kann. Der russisch-japanische Krieg, die Annexion Koreas und der planmäßige Ausbau des japanischen Einflusses in der Mandschurei zeigen, daß es Japan vor allem darauf ankommt, auf dem asiatischen Festlande ein in sich geschlossenes Vorwerk zu schaffen und konkurrierende Mächte von den Küsten der japanischen See zu verdrängen. Nach dem Zerfall des russischen Reiches hat sich nun die Möglichkeit ergeben, Ostsibirien und besonders die Küstenprovinz mit Wladiwostok von Rußland abzuschneiden, und Japan wird darnach streben, diese Trennung möglichst zu einer dauernden zu machen und an der Ostküste des asiatischen Kontinents ein zweites Belgien zu schaffen.

Folgt Japan dem Ersuchen der Alliierten und besetzt es die sibirische Bahn bis zum Baikalsee, so fällt der wichtige Knotenpunkt der sibirischen und der Amurbahn in seine Hände, und die Küstenprovinz ist von jeder Verbindung mit Rußland abgeschnitten.

Nach der Zurückziehung der amerikanischen Truppen hat Japan in Ostsibirien vollkommen freie Hand. Es wird Amerika schwerlich gelingen, unter den russischen Truppen Werkzeuge zu finden, die es zur Wahrnehmung seiner Sonderinteressen Japan gegenüber benutzen kann. Koltschaks Armee ist geschlagen und in der Auflösung begriffen. Die einzigen geschlossenen Truppenkörper, denen es vielleicht noch gelingt, den Bolschewisten zu entkommen, werden die Tschechen sein. Diese werden es nachgerade satt haben, sich von den Alliierten zur Bekämpfung der Bolschewisten ausnutzen zu lassen. Ihr sehnlichster Wunsch wird die baldige Rückkehr in ihre Heimat sein, worin sie jedenfalls

Digitized by Google

Japans vollste Sympathie finden werden. Semenow und die anderen Kosakenataman haben die Wahl zwischen den Bolschewisten und Japan. Sie werden nicht lange zögern, für wen sie sich entscheiden sollen. Der Bolschewismus bringt ihnen den Tod oder wenigstens vollkommene Machtlosigkeit, während Japan ihnen die Aussicht bieten kann, in einem unabhängigen Ostsibirien unter Japans schützenden Fittichen die erste Rolle zu spielen. Strategisch ist Japan den Bolschewisten gegenüber sehr im Vorteil. Japan ist seiner Basis näher, hat Überfluß an Waffen und Kriegsmaterial und hat mindestens e i n e gute Bahn zur Verfügung. Militärisch sind die Bolschewisten den Japanern auf keinen Fall gewachsen. Sie werden aber natürlich versuchen, die Chinesen in der Mandschurei, die die Japaner ohnehin von ganzem Herzen hassen, sowie die Koreaner gegen Japan aufzuhetzen und im Rücken der Japaner Aufstände zu erregen. Auch in Ostsibirien und der Küstenprovinz fehlt es den Bolschewisten nicht an Parteigängern. So könnte sich Japan eines Tages genötigt sehen, neben dem Kampfe gegen die Bolschewisten Aufstände in Korea und der Mandschurei niederzuschlagen. Ein Unternehmen, das in seinen Anfängen klein scheint, könnte sich so zu einem sehr langwierigen und umfangreichen auswachsen und Japans Machtmittel mehr binden, als Japan in Anbetracht der außenpolitischen Lage lieb sein kann. Man darf mit Spannung die Entschlüsse des japanischen Ministerrats erwarten, der am 18. v. M. über die sibirische Lage verhandelt hat. Das Wahrscheinlichste ist wohl, daß Japan sich damit begnügt, die Sungari- und Ussurilinie (Charbin, Chabarowsk, Wladiwostik) endgültig zu halten und von dieser Linie aus bei günstiger Gelegenheit Vorstöße nach dem Norden zu unternehmen. H. G. Voß.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Hochaktuell!

Vorwärts zu Einheit und Fortschritt!

Gedanken über Grundsätze und Ziele einer neudeutschen Politik

von Dr. E. Obst, Professor an der Universität Breslau

Die Aufsehen erregende Schrift des bekannten schlesischen Politikers behandelt das Gesamtgebiet der inneren und äußeren Politik und weist, frei von jeder dogmatischen Bindung und Enge, die Wege zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Der hohe sittliche Ernst, die glühende Vaterlandsliebe, das tiefe soziale Verständnis, die aus dieser Schrift sprechen, machen sie im Verein mit der klaren, zündenden Sprache zu einer wertvollen Bereicherung unserer modernen politischen Literatur. Auch die politisch Andersdenkenden werden sich mit den mannigfachen Gedanken dieser Schrift ernsthaft beschäftigen und auseinandersetzen müssen.

Preis 2,00 Mk.

Priebatsch's Verlagsbuchhandlung, Breslau I, Ring 58.

Digitized by Google

Engelapotheke Regensburg

J. SONNTAG

Homöopathisches Medizinal- und Exportgeschäft

Sämtliche homöopathische Medikamente
Schüßlers biochem. Präparate, Felke-Mittel

Hauptvertretung der komplexen Homöopathie
(Elektrohomöopathie)
„System Mattei"

Preislisten und Broschüren kostenlos

Aktuell! Für Politiker und Volkswirtschaftler äußerst wichtig! Aktuell!

Von Dr. jur., Dr. rer. pol. **C. H. Langenhagen** wurde soeben mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes zur Drucklegung die Broschüre herausgegeben:

Preis M. 10.—

Elsaß-Lothringen als Rohstoffgebiet

Die volkswirtschaftliche Bedeutung seines Verlustes

Preis M. 10.—

Die Schrift enthält u. a. wichtige statistische Angaben über die Erzfelder in Deutsch-Lothringen, ist 56 Seiten stark und als Manuskript gedruckt; sie entstand in dienstlicher Arbeit.

Nur zu beziehen unter Nachnahme vom Verlag **Martin Luther, Erfurt,** Gartenstraße 71.

Das wichtigste Buch in Deutschlands tiefster Not

erschien soeben in neuer Auflage (die erste in drei Monaten vergriffen):

Goethes Testament. Die Lösung des Faust-Rätsels

Der Deutung 1.–3. Buch. Von Albert Ullrich.

Der Verfasser, im Besitze des kabbalistischen Dechiffrierungsschlüssels zu Goethes „Faust", stützt seinen Beweis auf eine bisher unbekannte Urkunde von Goethes eigener Hand und bringt eine umwälzende neue Faust-Deutung, die eine neue weltgeschichtliche Epoche einleiten wird. Sie enthüllt Goethes Anschauungen über den Staat und die Kirche, die er genial verbarg, weil er sie seiner dafür noch nicht reifen Zeit verschweigen mußte, wobei insbesondere die Staatenschicksale Deutschlands und Europas im Mittelpunkt der Darstellung stehen. Goethe sieht hier mit seherischem Auge den Zusammenbruch der Monarchien, dann auch den der Republiken voraus und gibt seine eigenen Ratschläge für Aufbau und Neuorganisierung der Menschheit. Die „Divina Tragedia" wird das

politisch-theologische Testament Goethes.

Es ist ein Fingerzeig des Weltenschicksals, daß Goethes Vermächtnis an die Deutschen gerade in Deutschlands tiefster Not entschleiert wurde, um uns aus dieser herauszuführen und uns den Glauben an uns und unsere Zukunft wiederzugeben und die Wege nach aufwärts zu zeigen. Goethes „Faust" wird für das deutsche Volk in seiner großen Not der Erlöser. . . . Ein Ganzes rundet sich, von so unerhörter Größe und Frische, daß man jetzt erst den toten Goethe leben sieht. Einen Schöpfer von riesenhaftem Ausmaß. Einen Weltgeist, der den Aonen gehört. Das Buch ist in köstlicher Sprache geschrieben, von einem Berufenen, der des Geistes voll ist. (Dr. Gellhorn in den Dessauer Theater-Blättern.)

Das Buch muß jeder Deutsche gelesen haben, es ist in der Flut der heutigen Literatur die wichtigste Neuerscheinung!

Brosch. Mk. 8.—, eleg. geb. Mk. 12.—. Gegen Nachnahme direkt vom **Faust-Verlag, Dessau 55.**

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

AUSSTELLUNG VON ENTWÜRFEN FÜR EIN PLAKAT

„GRENZ-SPENDE"

FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNGEN

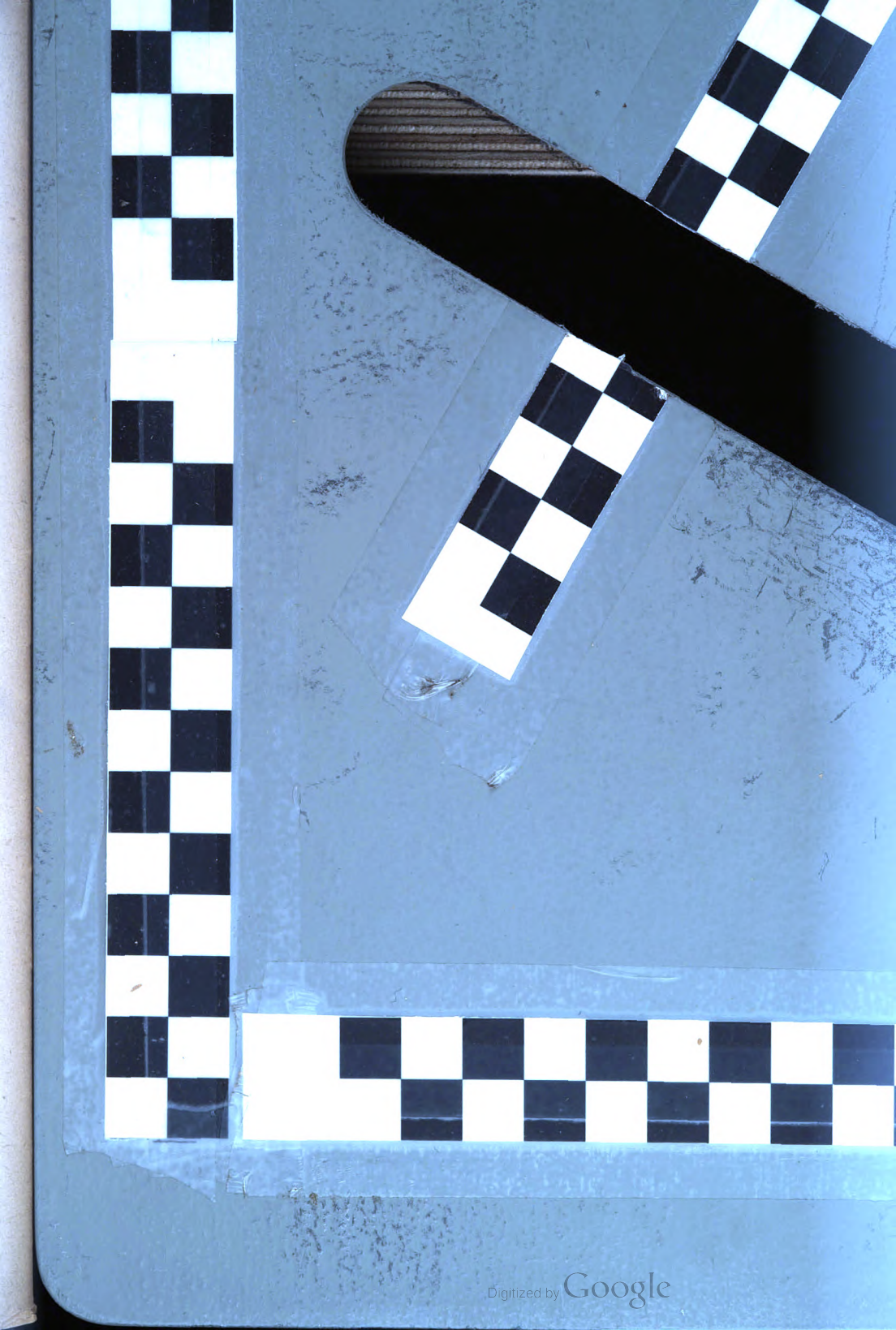
veranstaltet vom Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen

am Sonnabend, den 14. Februar, vorm. 10–4 Uhr

am Sonntag, den 15. Februar, vorm. 10–2 Uhr

in den Räumen des Werbedienst, Lützowstr. 102/104. – Zu Gunsten der „GRENZ-SPENDE" wird ein Einlaß von Mark 1.– erhoben.

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

128
JA
14
.D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 161
Stein, Bestandsaufnahme 163
Rohrbach, Ein Buch über Frieden und Hungersnot 172
Snell, „Kriegspropaganda" 177
Imendörffer, Ungarn und der Friede von Neuilly 182
Boelcke, Luftherrschaft 186
Linter, Zusammenbruch unserer Valuta 189

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang 6. Februar 1920 Heft 6

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G.m.b.H. Berlin W.35** · Lützowstraße 102/4

MARGRAF & Co. G.m.b.H. BERLIN

SPEZIALITÄT: PERLENKETTEN JUWELEN FÜR ANKAUF BESOND. ABTEIL

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50 Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Nibdastr. 74, postfrei und umsonst

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport – Lagerung.

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck für den 2. Halbjahrband der «Deutschen Politik» können jetzt zum Preise von M 2.25 für das Stück von jeder Buchhandlung wie auch vom Verlag bezogen werden

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart u. Berlin

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erschienen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von **Karl Kautsky** zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf **Max Montgelas** und Prof. **Walther Schücking**

1. Band: **Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin**, nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen
2. Band: **Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung**
3. Band: **Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich**
4. Band: **Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland**, mit einem Anhang

Die von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn Bartholdy bearbeiteten weiteren Bände der amtlichen Veröffentlichungen, enthaltend die frühere Vorgeschichte, erscheinen etwas später im gleichen Verlage

Vorrätig in jeder gut geleiteten Buchhandlung

Gesamtpreis 34 Mark

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte m.b.H./Charlottenburg

5. Jahrgang * 6. Februar 1920 * Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der fatal witzige Journalist der „Täglichen Rundschau", der im Jargon dieses Blattes Erzberger „kugelrund, aber nicht kugelfest" genannt hatte, wird vielleicht doch etwas erschrocken sein, als der Anschlag auf den Reichsfinanzminister seine menschenfreundliche These bestätigte. Erzberger ist wie durch ein Wunder nicht das Opfer des Attentats geworden; wenn er genesen sein wird, umglänzt ihn der Schein des Märtyrers. Kein Zweifel: dieser verbrecherische Versuch, den verhaßten Minister zu beseitigen, trägt störende Momente in das Bedürfnis der deutschen Öffentlichkeit, die Angelegenheiten, die dem Prozeß mit Helfferich zugrunde liegen, in leidenschaftsloser Sachlichkeit geklärt zu wissen. An dieser Klarheit muß auch Erzberger und seinen Freunden gelegen sein; denn das Urteil über die Tätigkeit des Ministers darf nicht auf Empfindungen menschlichen Mitgefühls aufgebaut sein, sondern auf klarer Erkenntnis. Diese soll der Prozeß erbringen. Aber neben dem „Fall Erzberger" gibt es noch den der deutschen Jugend. Für ihn ist der Revolverschuß des Primaners v. Hirschfeld nur ein Symptom. Politische Attentate werden von der Geschichte mit heroischem Glanz umgeben; die Ermordung Kotzebues durch Ludwig Sand, so töricht sie war, ist zu einem Stück patriotischer Romantik geworden. Aber eine Verhätschelung solchen Idealismus ist etwas ungemein Gefährliches, weil sie Gesinnungen schematisiert, die dann als Massentatsache kläglich und verantwortungslos werden. Die Zensur, die sich heute Studenten über die Professoren als Sport leisten, etwa die „Ablehnung" eines naturwissenschaftlichen Dozenten, weil er Jude ist, ist etwas Ungeheuerliches. Wir sind in der Gefahr, daß dies Geschlecht mit einer fabelhaften Selbstsicherheit einer Verrohung des inneren Takts anheimfällt, daß die Klagen der bürgerlichen Ordnungsblätter über terroristische Brutalitäten der Arbeiterschaft zu einer unerträglichen Heuchelei werden.

Digitized by Google

Die ungarischen Wahlen haben, Antwort auf die Herrschaft der Bolschewisten, einen außerordentlichen Sieg der monarchistisch-konservativen Richtung gebracht. Das war zu erwarten und ist nicht verwunderlich; unsere Radikalinski müßten das als Lehre verstehen, wenn sie nicht Amokläufer des Zusammenschlagens wären. Nun ist aber die Frage: wird das Magyarentum diese Wendung mit einer Restauration der Monarchie abschließen? Der Anwärter ist im Erzherzog Joseph vorhanden. In Wien und Prag spürt man die Möglichkeit eines benachbarten Habsburger Thrones als peinliche Beunruhigung und es sieht aus, als ob beide Staaten, die in der Frage von Westungarn und der Slowakei ihre unbereinigten Probleme gegenüber Budapest besitzen, sich gemeinsam auf einen magyarischen Imperialismus einrichten. Zwar vernichtet der Friede von Neuilly das alte Ungarn; aber keiner der Großstaaten sieht die ungarische Angelegenheit als eine Frage erster Ordnung an. Und Ungarn selber ist in seinem Ernährungsstand unabhängig, also auch in der Möglichkeit, seine Politik trotz aller Fesselung vom eigenen Boden aus neu aufzurichten.

*

Barnes' Rücktritt aus Lloyd Georges Kabinett steht offenbar mit der von Lord Birkenhead geplanten Nationalpartei in Verbindung. Da die Konservativen, die doch das Rückgrat der Lloyd George-Koalition bilden, augenscheinlich eine schärfere Kampfstellung gegen die Arbeiterschaft einnehmen wollen, so haben die Arbeitervertreter die Konsequenz aus dieser Tatsache gezogen, und sind aus der Regierung ausgeschieden. Die englischen Parteiverhältnisse sind überhaupt in Fluß geraten, was Asquith für den geeigneten Zeitpunkt erachtet hat, wieder ins aktive politische Leben zurückzukehren, von dem ihm die Khakiwahlen ferngehalten hatten. Sein Programm lautet: Vereinigung der durch Lloyd George gespaltenen Liberalen. Wenn er auch in seiner Nachwahl im Kampf mit den Arbeitern steht, wird er doch stets Wert darauf legen, daß von seiner Partei die Brücke nach links nicht ganz abgebrochen wird. Durch diese seine Haltung den Arbeitern gegenüber unterscheidet er sich völlig von der neuen Nationalpartei Lord Birkenheads, der der Arbeiterpartei den schärfsten Kampf ansagt.

*

Als der Bolschewismus seine Visitenkarte in Europa abgab, stand darauf: Weltfriede. Das wurde damals von dem mit russischen Verhältnissen nicht vertrauten Europa für Ernst genommen. Jetzt weiß man es besser. Der russische Bolschewismus ist nicht weniger imperialistisch gesinnt, als der russische Zarismus, von dem er auch die gesamte Geheimpolizei nebst Foltereinrichtungen übernommen hat. Nun kann er diese Mittel mit noch größerer Virtuosität benutzen, weil er es nicht, wie der Zarismus, nötig hat, sein europäisches Gesicht zu wahren

Digitized by Google

Bestandsaufnahme

Von Professor Dr. Philipp Stein

Gleichmütiger hat noch kein Verurteilter sein Todesurteil aufgenommen als das deutsche Volk. Alles ging am 10. Januar 1920 seinen Alltagsgang: Die Regierung erließ Aufrufe, die Zeitungen schrieben Leitartikel über den Frieden und gegen ihre politischen Gegner, die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen arbeiteten oder schoben, spielten oder tafelten, tanzten oder gingen in Theater oder Kino. War es Sterbefrieden oder Sterbenswurstigkeit, innere Gelassenheit oder leichtsinnige Gleichgültigkeit, Stumpfheit oder ursprüngliches und unerschütterliches Lebensgefühl des Nicht-sterben-könnens?

Für Herrn und Frau Jedermann, die, einerlei ob sie in Dachkammern oder in Palästen wohnen, in ihren Gedanken nur um das kostbare eigene Ich kreisen, war der Krieg seit dem Waffenstillstand, sicherlich aber seit dem 9. November 1918 zu Ende. Für die Revolutionäre und die meisten der „Revolutionäre" war der Sinn der Revolution, „Schluß mit dem Krieg zu machen", daher das Hoffen und Reden von der roten Fahne auf den englischen Kriegsschiffen und in den französischen Schützengräben.

Über den Frieden soll klagen, wer an Wilson, an den Sieg der Gerechtigkeit, an die Weltrevolution in bengalischer Beleuchtung und andere mehr oder minder schöne Illusionen für politische Kinder und Deutsche geglaubt hat.

Uns ist auferlegt, was wir gewiß nicht verdient und nicht gewollt, aber was wir herbeigeführt haben, als wir unsere Waffen hinwarfen und unsere Bereitwilligkeit zum Frieden um jeden Preis erklärten. Wir haben um Waffenstillstand gebeten und verhandeln wollen, wo es nur noch ein kämpfend Widerstehen oder Unterwerfen gab. So haben wir uns auch politisch von einer schlechten Verteidigungsstellung zur schlechteren drängen lassen und haben schließlich in der schlechtesten und unwürdigsten bedingungslos kapituliert.

Es ist vorgeschlagen worden, jedem deutschen Schüler einen Abdruck der neuen Reichsverfassung zu geben. Es wird notwendiger sein, daß jedem Deutschen der Friedensvertrag auf den Tisch gelegt und die Landkarte des neuen Deutschland an die Wand gehängt wird. Die eine spricht von seinen Rechten, die anderen reden von seinen Pflichten. Nach der Reichsverfassung sind wir „das freieste Volk" der Erde. Der Verfasser der Reichsverfassung hat uns neulich, sich zum Ruhm und uns zur Beruhigung, mitgeteilt, daß selbst die amerikanische Verfassung in einigen Punkten nicht gut genug für uns gewesen sei. Nach dem Friedensvertrag sind wir — halt. Im Toben des Krieges und im Lärm der Revolution haben die stärksten Worte durch Übergebrauch Wirkung und Wert verloren. Vaterland

Digitized by Google

und Ehre, Ordnung und Arbeit, Freiheit und Unabhängigkeit sind heute papierne Werte. Will man von jedermann verstanden werden, so muß man von seinen Interessen reden.

Jeder Engländer kannte oder empfand naturhaft das Wort, das 20 Jahre vor dem Krieg ein Engländer seinen Landsleuten ins Hauptbuch geschrieben hatte: Am Tag nach der Vernichtung Deutschlands wird jeder Engländer reicher sein. Mit größerem Recht gilt das andere Wort: Durch Kriegsausgang und Revolution ist jeder Deutsche ärmer geworden. Engländer sein bedeutet heute ein Vermögen, einen sicheren Kreditbrief, Deutscher sein eine Bürde. Gleich wie dem Deutschen Reich in dem Völkerbund, so wird jedem Deutschen draußen eine Bewährungsfrist gesetzt sein, auch wenn man insgeheim seine Dienste in Anspruch nehmen und offen seine Waren billigst kaufen wird.

Der Friedensschluß ist ein Gerichtstag für jeden einzelnen Deutschen, von Wilhelm II. bis zum letzten Tagelöhner. Auch wem Danzig und Straßburg nichts sagen, wer nicht weiß, was Posen und Oberschlesien und Saargebiet für Deutschlands Volkswirtschaft bedeuten, wer sich bei der Knebelung der Deutschen im besetzten Gebiet mit dem Worte abfindet: Wir haben es in Belgien und in Frankreich nicht anders gemacht, wer immer noch an Wilson und seine Propheten glaubt und von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands überzeugt ist, wird an seinen und seiner Kinder Arbeits- und Lebensbedingungen und Vorankommen von Tag zu Tag lernen, daß der Friede von Versailles wirklich nichts anderes ist als die Fortsetzung des Krieges unter Wegfall der militärischen Mittel, daß er in der Verfolgung den Sieg erst vervollständigen und sichern soll. Er richtet sich ebenso gegen jeden einzelnen Deutschen und das gesamte deutsche Volk, wie die wirksamste Waffe im Krieg, die Blockade, jeden Deutschen, jede Frau, jedes Kind treffen sollte und traf. Der Friede entscheidet über Sein und Nichtsein von jedermann, er wirft den Feuerbrand seiner Tragik in die Schlösser der Könige und schickt die graue Sorge in die Dachkammer des Armen, und die pressende Wucht seines Schicksals zeigt sich darin, daß er Kaiser und Könige von ihren Thronen drängt, wie in der Einengung des Lebensraumes irgend eines kleinen Schreiberleins.

Jeder von uns und unser ganzes Volk muß Gerichtstag über sich halten, muß einen Abschlußstrich hinter das bisherige Leben ziehen, eine Aufstellung über Soll und Haben für das frühere Leben und eine Bestandsaufnahme machen dessen, was ihm an Werten geblieben ist. Hier hilft kein Drehen und Wenden, kein Ausweichen und Vertrösten, rückhaltlos müssen alle Posten auf ihren tatsächlichen Wert geprüft und danach aufgenommen werden. Das Deutschland nach dem Frieden ist ein völlig anderes Deutschland als das vom 31. Juli 1914 nach außen wie im innern. Selbst nach einem siegreichen Ende des Krieges hätten wir unter

Digitized by Google

der Last der Kriegskosten, die uns ebensowenig jemand abgenommen hätte, wie wir dazu imstande sind, unter der Verteuerung der Erzeugung unser Leben auf die Dauer — nach einer kurzen Spanne des Rausches — um vieles sparsamer und einfacher einrichten müssen als vor dem Krieg. Man kann mit gewissem Recht sagen, daß jeder Monat Krieg uns ein Jahr in unserer Lebenshaltung zurückgebracht hat, nach verlorenem Krieg, unter der Wirkung der wirtschaftlichen Spannungen und Belastungen der Revolution, in der wir noch mitten drin stehen, müssen wir in unseren Lebensansprüchen um 100 Jahre und mehr zurück.

Es gibt keinen anderen ersten Schritt als festzustellen und auszusprechen, das was ist, auch wenn es uns ans Leben geht. Das ist für uns schwerer als für andere. Unser Tatsachensinn ist verkümmert, wie wir immer und immer wieder jeder noch so luftigen Illusion unterliegen, zeigen Krieg und Revolution, unsere Regierung und unsere Presse bis auf den letzten Tag. Vielleicht stirbt erst mit dem letzten Deutschen die letzte Illusion. Aber wenn wir überhaupt wieder hoch kommen wollen, so muß hinter jedem Deutschen ein Schmied von Ruhla stehen, der ihm zuruft: Deutscher werde hart. Hart gegen alle und in allem, namentlich gegen dich selbst.

In den Zeiten des „alten Obrigkeitsstaates" — der wirtschaftlich, militärisch und politisch doch immerhin etwas bedeutete — war die Überschätzung unseres Könnens und die Überspannung unserer Strebungen gefährlich, heute ist sie es nicht mehr für andere, nur noch für uns, dazu noch dumm und lächerlich.

Auf der Sollseite unserer Bestandsaufnahme stehen als erste Posten die beiden Tatsachen: Wir sind ein beherrschtes Land und wir sind ein armes Volk.

Solange der Friedensvertrag in Kraft ist und hinter ihm der Wille unserer Feinde steht, selbst wenn alle Bestimmungen bis auf die der Wiedergutmachung aufgehoben sein sollten, werden die Ententekommissionen unsere eigentliche Regierung sein, wird jede deutsche Regierung, heiße der Reichskanzler Scheidemann oder Ludendorff, Erzberger oder Helfferich, Zubeil oder Stresemann, bilde die Linke oder die Rechte die Mehrheit, haben wir an der obersten Stelle einen Präsidenten oder einen Diktator, von Ententegnaden leben. Wir sind nicht eine Macht zweiten Ranges, sondern besitzen nur noch den Schein der Souveränität. Wir sind nicht mehr Träger der Politik, sondern Gegenstand des politischen Willens anderer Mächte. Wir brauchen uns daher auch nicht den Kopf zu zerbrechen, ob und wohin wir Botschafter, Gesandte oder Geschäftsträger entsenden werden, das alles wird uns zugelassen oder ausdrücklich vorgeschrieben werden. Die alte Türkei mit ihrer europäischen Schuldenverwaltung und Finanzaufsicht und ihren Kapitulationen war ein selbständigerer Staat und die heutige Türkei mit ihrer Armee in Anatolien und ihren Verbindungen und Einflüssen in

Digitized by Google

der asiatischen und afrikanischen Welt, ist eine stärkere und mehr gefürchtete Macht als das deutsche Reich.

Wir sind militärisch machtlos, auch wenn uns statt der 100 000 Mann die fünffache Friedensstärke zugelassen wäre, denn hatten wir früher zwei offene Grenzen, so haben wir jetzt überhaupt keine verteidigungsfähige Seite mehr, fehlen uns heute die finanziellen und technischen Mittel, die strategischen und organisatorischen Bedingungen der Führung und des Aufmarsches im Kriegsfall. Gegen Napoleon konnte sich das gedemütigte Preußen erheben, aber auch erst nach dem russischen Winterfeldzug, weil es im Bunde mit der damaligen „Welt" gegen den Weltfriedensstörer war; heute stehen wir in der Rolle Napoleons, und der Völkerbund ist die organisierte Schutzwehr gegen ein Deutschland, das eine Rückkehr von Elba erleben könnte.

Wir sind wirtschaftlich nicht mehr Herren unseres Geschickes. Durch den Friedensvertrag sind Staat und wir Schuldknechte und müssen für die Fremden zinsen und arbeiten. Infolge des Zusammenbruchs — nicht des Friedensvertrags — verschleudern wir im Schleuderausverkauf unsere Waren, und unsere Vermögenswerte und die Kräfte unserer Erzeugung gehen in fremden Besitz über. Auch wenn unsere früheren Feinde und jetzigen Nachbarn im „friedlichen Geschäftsverkehr" nicht die Aktienmehrheiten unserer großen Gesellschaften erwerben oder die Unternehmungen aufkaufen sollten, werden sie auf anderem Wege durch Lieferung von Rohstoffen, durch Kreditgewährung, durch Zuteilung von Arbeitsaufträgen Herren unserer Fabriken, Handelshäuser und Werkstätten werden. Was sie nicht kaufen, werden sie mieten mit Einrichtungen und Angestellten vom Generaldirektor bis zum Pförtner. Ein großer Teil unserer Unternehmer wird künftig nur noch dem Namen nach selbständig, in Wirklichkeit Beauftragter, Werkmeister oder eine neue Art von hausindustriellem Meister sein, der im Werkvertrag für amerikanische oder englische Verleger arbeitet. So lange unsere Währung wesentlich unter dem Goldstande steht, ist es für die amerikanischen und englischen Finanzleute eine einfache Rechnung, bis zu welchem „Werklohn" es für sie vorteilhaft ist, die Deutschen im Lohn arbeiten zu lassen. Der Tagelohn eines gewöhnlichen amerikanischen Arbeiters beträgt heute allermindestens 5—6 Dollar, er steigt für besondere Facharbeiter bis auf 25 und mehr Dollar. Der amerikanische Fabrikant könnte also bei dem gegenwärtigen Stand der Valuta dem deutschen Unternehmer einen Werklohn von 300 Mark täglich je Arbeiter bewilligen und dabei eine beträchtliche Lohnersparnis erzielen, und es ist eine Frage reiner Rechnungsvergleichung, ob diese Lohnersparnis durch Erhöhung anderer Unkosten an Frachten usw. ausgeglichen oder übertroffen ist. Deutschland ist durch Kriegsausgang, Revolution und Friedensvertrag, das Eulen- und Erzgebirge der Weltwirtschaft geworden, und unsere Arbeiter die billigsten Arbeits-

Digitized by Google

kräfte der Welt, damit freilich auch die Lohndrücker für ihre ausländischen Kollegen. Unsere Kapitalistenklasse, gegen die sich die Empörung und der Kampf unserer Arbeiterschaft Menschenalter lang gerichtet hat, wird künftig aus landfremden Leuten bestehen, wird ihre Kontore in London, New-York und Chicago haben.

Wir sind finanziell zahlungsunfähig und halten vorläufig durch Ausgabe von Schuldscheinen in der Form von Banknoten und Kassenscheinen den Schein der Zahlungsfähigkeit aufrecht. Wir reden und schreiben über die Gründe des Sturzes unserer Valuta, berufen Wissenschaftler und Praktiker, setzen Kommissionen ein und stellen fest, daß das „Loch im Westen", der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, die Kapitalflucht und anderes die Schuld tragen, betonen auch, daß allein Arbeit uns retten könne, und reden doch nur um den letzten Grund herum. Unsere Valuta sinkt ins Bodenlose, weil das Ausland uns für zahlungsunfähig erkennt, weil unser Kredit reiner „Personalkredit" ist, weil wir bis auf den gegenwärtigen Tag im Reichs- und Staatshaushalt mehr ausgeben als einnehmen und das auch noch bleiben wird, wenn unsere Steuern nicht bloß beschlossen, sondern auch erhoben sein werden, weil daher unser Papiergeld dem „Geld" gleicht, das in durchschwärmten Nächten ein Spieler dadurch herstellt, daß er auf Visiten- oder Weinkarten Ziffern schreibt und seinen Namen darunter setzt. Solange seine Spielgenossen und die Klubdiener diese Zettel annehmen, ist es für ihn „Geld", wollte er aber den Droschkenkutscher, der ihn heimfahren soll, damit entlohnen, so würde der gutes Geld oder andere sachliche Werte in Gestalt eines Pelzmantels oder einer goldenen Uhr verlangen. Der Spieler ist das Reich, die Spielgenossen und Aufwärter sind seine Bürger, der Droschkenkutscher draußen auf der Straße aber ist das Ausland. Aber der „Morgen" kommt für den Spieler und auch wir stehen vor der Stunde der Abrechnung, wo nicht mehr geschriebene oder gedruckte Scheine, sondern nur noch „wirkliche Werte" gelten. Ich harre des Tages, wo ein deutscher Finanzminister den Mut zur Erklärung haben wird: „Wir sind bankerott," und die Entschlossenheit und den Willen bewähren wird, den Bankerott wirtschaftlich verständig und sozial einsichtig durchzuführen. Wir haben uns bemüht, um den Bankerott herumzukommen, haben Formen und Namen, möglichst fremdsprachlich und wissenschaftlich klingende, erfunden und sprachen daher von Devalvation, um den Konkurs zu verdecken und zu verschleiern, und haben dadurch die Stunde eines Zwangsvergleichs verpaßt, haben unsere Werte, statt sie planmäßig zu verwerten, ohne Zweck und ohne Nutzen verschwendet und stehen seit Monaten im Konkurs, ohne uns und unsere Gläubiger aufzuklären. Beim Privatmann nennt man dies Verfahren betrügerischen Bankerott, und es steht Zuchthausstrafe darauf. Wir leben und handeln in der Angst des soliden Geschäftsmannes vor dem Unehrenhaften des Konkurses,

Digitized by Google

vor der Entwertung der Werte im Konkurs. Nicht daß man bankerott macht, ist das schlimmste, sondern wie man ihn macht, und entscheidend ist letzthin, was man aus dem Konkurs und nach dem Bankerott macht.

Die von der offenen Konkurserklärung befürchtete Entwertung unserer Werte vollzieht sich ohnehin ungehemmt, ja wir vollziehen sie selbst durch die Ausgabe immer neuen Papiergelds, das nicht mehr Geld, sondern nur noch Schuldschein ist. Jede Mark mehr, die das Reich druckt, entwertet seine papiernen Werte, einerlei, ob sie sich in der Kasse des Reichs oder in den Kassenschränken und den Geldbeuteln der Bürger in Gestalt von Anleihen, Noten oder Scheinen befinden. Jeder Mehrdruck von Noten ist eine Art Zwangsanleihe, die das Reich seinen Bürgern wider ihren Willen, ja ohne ihr Wissen auferlegt, stellt einen Zwangsvergleich zwischen Staat und seinen Bürgern dar, dem der Fremde durch Senkung der Valuta ausweichen kann und ausweicht.

Politisch ist der Rohbau des neuen deutschen Reiches in dem äußeren Rahmen der Reichsverfassung und des parlamentarischen Systems aufgeführt. Im Reich und in den Ländern regiert mit geringen Abweichungen die gleiche Koalition und erweist sich trotz der Unterschiede und Gegensätze in Weltanschauung und politischen Zielen und der Schwierigkeiten einer dreigegliederten Mehrheit als arbeitsfähig. Gesetzgebung und Verwaltung arbeiten. Das ist viel und das ist wenig, viel durch die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit den lebensnotwendigen Formen des alten Staats, wenig, weil die „neue Ordnung" nur in äußerlichen Formen wirksam ist, ja wirksam sein kann. Wir stehen in allen Dingen und in allen unseren Beziehungen noch in dem Umsturz; das ungeheure Weltbeben, das nach dem Vorbeben in den Balkankriegen mit dem Weltkrieg eingesetzt hat, ist noch lange nicht zu Ende. Wir bilden zurzeit einen der Mittelpunkte des Bebens und machen den Versuch, das Zusammenstürzende zu stützen, die Unordnung zu ordnen, die Revolution zu organisieren. Das ist ein in sich Unmögliches, und muß trotzdem getan werden, muß getan werden von jeder Regierung, einerlei ob sie von der Linken oder der Rechten gestellt wird, und kann im letzten Grunde nur ein Werk der Entsagung sein. Diese Aufgabe kann kein Mensch und keine Partei lösen, dafür werden, wenn das Weltbeben weitergegangen sein wird, auch die Siegervölker den Beweis erbringen. Die Feststellung dieses Schicksalhaften unserer Lage ist nicht das hoffnungslose und trostlose, so marternd auch die Erkenntnis ist, daß, nachdem wir aus dem Fenster gesprungen sind, wir die Gültigkeit des galileischen Fallgesetzes von der zunehmenden Fallgeschwindigkeit bis zum Augenblick des Aufschlagens für den eigenen Körper erproben müssen. Niederdrückender ist das Unvermögen zur klaren Erkenntnis unserer tatsächlichen Lage, ja das Nichtsehen- und Nichtverstehenwollen. Auch das neue Regiment duldet keine Schwarzseher, fordert einen „gesunden Optimismus" als Staatsgesin-

Digitized by Google

nung und ist des Glaubens, es gehe wieder vorwärts und aufwärts. Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland von 191 „weniger den Dynastien", es wird ein ganz anderes Deutschland sein, auch pol...sch und in seinem Parteiwesen. Ebensowenig die Revolution die Parteizersplitterung beseitigt hatte, hat sie auch an dem Wesen der Parteien zunächst etwas wesentliches geändert. Die Parteien haben sich stärker erwiesen als die Dynastien, Könige und Fürsten wurden verjagt, die Parteisekretäre und die Parteizeitungen blieben. Aber es blieben nicht nur die Parteien, es blieb auch der alte Parteigeist. In der Nationalversammlung wiederholt sich der Reichstag. Trotz, vielleicht wegen des parlamentarischen Systems ist er noch einflußloser geworden. Wichtiger für die Bildung der öffentlichen Meinung als Nationalversammlung und Regierung ist nach wie vor die Presse, und da die großstädtische Presse überwiegend in den Lagern der regierenden Parteien steht und wir zum ersten Male eine Übereinstimmung der drei Mächte unseres öffentlichen Lebens, Regierung, Parlamentsmehrheit und großstädtische Presse haben, so haben wir zum ersten Male eine politische Diktatur über die öffentliche Meinung, freilich eine Diktatur ohne einen Diktator und ohne einen großen politischen Gedanken.

Aber trotz der äußerlichen Ordnung der politischen Dinge stehen der Parlamentarismus wie die Parteien in schweren Krisen. Es klafft der Gegensatz zwischen Schein der Macht und der Ordnung und dem Sein der Macht und der Ordnung, der Gegensatz zwischen den alten Parteimeinungen und Programmen und den Forderungen und Tatsachen der neuen Zeit. Man fühlt die ungeheure Größe und Schwierigkeit und Verantwortung der Aufgaben und geht ihrer Lösung durch geschäftige Gesetzes- und Verordnungsbetriebsamkeit aus dem Wege, man weiß keinen Weg und verfällt auf tausenderlei Auswege. Man erwartet den Tag der Abrechnung und sucht sich im voraus zu entschuldigen und den Gegner zu belasten. Aber alle Enthüllungen, Bekenntnisse, Untersuchungen und Prozesse sind trotz ihres Lärmes nur Nebenerscheinungen; in allen Parteien arbeitet der Gegensatz zwischen altem und neuem Reich, zwischen Alter und Jugend. Alle müssen von Grund aus umlernen und finden noch nicht den Mut, ihre alten Parteiprogramme zu verbrennen. Man dreht sich im Kreis und hält es für Vorwärtsbewegung. Wir haben das parlamentarische Regierungssystem und keine regierungsgeübte Parteien, wir haben eine Reihe tüchtiger Parteiführer, aber keine Staatsmänner. Der Parlamentarismus herrscht weder, noch regiert er. Wir haben weder einen Regenten noch einen Thronanwärter, denn weder die Rechte noch die Linke kann die Regierung übernehmen und rechnet damit. Die eine hat ein Programm, Führer und Menschen genug, Regierungs- und Verwaltungsstellen zu besetzen, doch schon ein nächstes Ultimatum der Wiedergutmachungskommission zwänge sie zur Unterwerfung oder Abdankung,

Digitized by Google

die andere hat weder Programm noch Führer noch Mitarbeiter, die Regierung eines industriell begründeten Staates auch nur für ein Vierteljahr zu führen. Beiden fehlt für absehbare Zeit die parlamentarische Mehrheit. Das Verhältniswahlsystem, dieses nur scheinbar demokratische Wahlrecht zugunsten der bestehenden Parteien, verlangsamt und hemmt die Stoßwirkung von Wahlumwälzungen.

Die Verwaltung war die stärkste Leistung und zugleich das Fundament des alten Staates. Schon der Krieg hatte sie einer schweren Belastungsprobe unterworfen, der sie nicht in allem widerstanden hat, ihre Leistungen wie ihr Charakter hatten bereits vor dem Umsturz Einbuße erlitten. Heute ist unsere alte Verwaltung zersetzt und eine neue ist nicht vorhanden, kann noch nicht geschaffen sein. Verwaltung braucht Ruhe, Überlieferung, Stetigkeit, Gleichförmigkeit der Zusammensetzung, sichere Abgrenzung der Arbeitsgebiete und Befugnisse. Das alles war bereits im Krieg in den Zentralen in Berlin wie bei den Provinzial- und unteren Verwaltungsbehörden durch das Neben- und Gegeneinander von Zivil- und Militärbehörden und zahllosen Kriegsstellen durchbrochen worden. Die Revolution hat nur einen Teil der Kriegsstellen aufgehoben, andere ohne rechten Daseinsgrund aber mit einem zum Arbeitsinhalt im umgekehrten Verhältnis stehenden Beharrungsvermögen weiter bestehen lassen, wieder andere wurden den neuen Dingen, Regierungsanschauungen und Absichten angepaßt, zahlreiche neue Stellen wurden geschaffen. Der Revolution erging es wie so vielen, die auszogen, die Bürokratie zu töten, und die nur neue Bürokratien ins Leben riefen. Revolutionen zeigen sich nicht nur durch ein Übermaß der Gesetzgebung aus, die revolutionären Regierungsstellen haben ein noch stärkeres Bestreben, sich auszudehnen und zu wachsen, und so hat uns die Revolution nicht nur mehr Ministerien und Behörden und größere Parlamente vom Reich bis zur letzten Gemeinde geschenkt, sondern das Heer von Beamten in allen möglichen Arten und Abarten ist ins ungeheure gewachsen und wächst täglich mehr. Demokratie und Bürokratie sind nicht Gegensätze, vielleicht ist gerade die Bürokratie das Schicksal der Demokratie. Am stärksten sind dieser Entwicklung unterlegen die Reichsministerien und unter ihnen das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsministerum und das Reichsschatzministerum. Sie sind ungeheure Rümpfe, in sich ungefügt und schwerfällig und ohne Glieder, ohne Abgrenzung der Arbeitsgebiete und Befugnisse in sich wie gegen andere Ministerien, und während noch im Krieg die Reichsämter im Reiche herrschten, aber die Ministerien der Einzelstaaten, namentlich die preußischen, regierten, wollen und sollen die heutigen Reichsministerien auch regieren und versuchen es, obwohl ihnen die wichtigste Voraussetzung hierfür, der Unterbau, zunächst fehlt. Aber

Digitized by Google

nicht bloß in der Höhe der Reichsstellen, auch in den Niederungen der unteren Behörden sind unserer Verwaltung die alten Mittel und Stützen aus der Hand genommen, stehen neue ihr noch nicht zur Verfügung. Der neue Staat will und muß mehr regieren und vermag weniger als der alte Staat.

Wir sind, das ist das eine erbarmungslose Ergebnis der Bestandsaufnahme, machtlos nach außen wie im Innern. Wir sind zum anderen arm und werden weiter verarmen. Noch bestehen die alten Vermögen, noch haben viele große und größte Verdienste. Aber unsere Steuern sind erst beschlossen, erst zum geringsten Teil erhoben, der überreiche Verdienst, der vielen in den Schoß fällt, ist zu einem wesentlichen Teil Anteil an dem Reichs-Schleuderausverkauf, ist nicht Arbeitsertrag, sondern reiner Gewinn aus der Not des Reichs und dieser Verdienst besteht aus Papier und nicht aus gutem Geld. Ein Teil dieses Konkursgewinns ist durch Kapitalflucht in Sicherheit gebracht, wer ihn dauernd genießen will, muß seinem Kapital auf dem Weg nach dem Ausland nachfolgen. In Deutschland wird auch dieser Gewinn weggesteuert werden. In Deutschland wird es bald keine von Renteneinkommen lebende gesellschaftliche Schicht geben. Das Wort, das in der Nationalversammlung gefallen ist, und das von größerer agitatorischer Neigung als wirtschaftlicher Einsicht zeugt: „In Deutschland darf es keine Millionäre geben", wird unabhängig von Wünschen und Wollen zur Tatsache werden. Der Gegensatz von Arm und Reich, von Bürgertum und Arbeiterschaft, wird sich in gleichmäßiger Armut ausgleichen. Wir alle werden im wesentlichen nur noch von unserer Arbeit leben. Schon zeigen sich in der Verschiedenart des Einkommens und der Lage des Arbeitsmarkts für Kopf- und Handarbeiter die Vorboten der Entwicklung, denn zunächst werden die geistigen Arbeiter von der Verarmung der Volkswirtschaft betroffen, erst später wird die Hemmung des Aufstiegs, die Einschnürung des Lebensspielraums in der Masse der Handarbeiter sich durchsetzen. Jede Volkswirtschaft benötigt und kann nur eine gewisse Zahl von geistigen Arbeitern erhalten. Je reicher sie wird, wächst, je ärmer sie wird, fällt ihr Bedarf und Unterhaltsmöglichkeit in stärkerem Verhältnis.

Wir müssen hart sein bis zur Erbarmungslosigkeit gegen uns, nicht um schwach, sondern um klar zu werden, nicht um uns zu fürchten, sondern um zu handeln. Wir sind ein Volk in Not, und *eine* Not umspannt alles, was deutschen Namen trägt und sich als Deutschen bekennt. Wir müssen in allem von vorn, von unten anfangen. Hohe Politik im Äußeren wie im Inneren hat für uns ihren Sinn und Bedeutung verloren. Wir müssen die einfachsten Grundlagen und Formen unseres politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Lebens sichern und erhalten, deshalb steht am Anfang unseres Handelns die Sorge um das nackte Dasein, um Brot und Kohle.

Digitized by Google

Ein Buch über Frieden und Hungersnot

Von Dr. Paul Rohrbach

In England ist vor kurzem ein Buch erschienen, von dem es gleich nach seiner Veröffentlichung, Ende Dezember, im „Manchester Guardian" hieß, es bedeute nicht nur eine Handlung von auffallendem Mut und Gemeinsinn, sondern ein Ereignis, wichtiger, als irgend eine Rede über den Frieden, von irgend einem Urheber des Friedens. Der Verfasser ist John Maynard Keynes: „der wichtigste unter den Ratgebern der wichtigsten Regierung, die auf der großen Konferenz in Paris vertreten war". Keynes, ein Volkswirtschaftler von hohem Ruf, trat während des Krieges in das englische Schatzamt ein und wurde Sprecher für dies Ressort auf der Friedenskonferenz. Er hatte die führende Stelle in den Beratungen über Wiedergutmachung und vertrat Bonar Law, wenn er nicht selbst teilnehmen konnte, im Obersten Wirtschaftsrat. Als aber die Konferenz in Bahnen einlenkte, die einem gerechten und klar blickenden Mann wie Keynes verhängnisvoll schienen, trat Keynes zurück.

Keynes gibt eine sehr scharfe Kritik der Personen und der Sache, durch die er zum Rücktritt genötigt wurde. Sein Buch teilt der Welt mit, wie der Friede einem der besten Köpfe erscheint, die sich mit ihm befaßt haben. In England gilt es als ein politisches Ereignis von großem Gewicht, „denn es gibt all den Männern und Frauen, die wissen, daß Europa in der Krisis seiner Geschichte fehlgegangen ist, klare und bestimmte Richtlinien für die Maßregeln, die getroffen werden könnten und sollten, um diese Irrtümer so weit wieder gutzumachen, wie das noch möglich ist."

Der „Manchester Guardian" vom 24. Dezember 1919 bringt eine lange Besprechung, die bedeutend und für das Urteil unter den unabhängigen englischen Liberalen bezeichnend genug ist, um hier auszugsweise wiedergegeben zu werden. Sie geht aus von einem Zwiegespräch zwischen Lord Robert Cecil und „einem seiner starrsten französischen Kollegen" in Paris im Frühjahr 1919. „Sie wünschen Deutschland zu vernichten, und zu gleicher Zeit wünschen Sie Frankreich zu bereichern!" sagte Lord Robert. „Unglücklicherweise sind in diesem Falle Rache und Habgier unvereinbar." Ein großer Teil des Buches gilt dem Beweis und der Erläuterung dieser These. Es ist eine einfache Sache, sagte Keynes, Deutschland zu ruinieren. Schwieriger ist es schon, Deutschland zu ruinieren, ohne zugleich auch seine Nachbarn zugrunde zu richten. Der Traum eines Irrsinnigen

Digitized by Google

aber ist es, Deutschland erst ruinieren und dann zur Ader lassen zu wollen. Nicht Zärtlichkeit für Deutschland, sondern Sorge für die Menschheit sei es, die jeden vernünftigen Menschen diesen Frieden verurteilen läßt, sobald er sich über seinen Charakter klar wird. Der „Guardian" fährt fort:

Natürlich ist dies nicht der einzige Maßstab. Der Friede war zu gewissen Bedingungen versprochen worden. Der Vergleich, den Mr. Keynes zwischen den Bedingungen anstellt, die beim Waffenstillstand vereinbart waren und denen, die im Vertrage festgesetzt worden sind, kann von keinem Engländer, der Selbstachtung besitzt, ohne schärfstes Mißbehagen gelesen werden. Diejenigen unter uns, die von außen her den Vorgängen gefolgt sind, betrachten den Augenblick, in welchem der Präsident (Wilson) dazu gebracht wurde, die Lasten der Familienunterstützungen als innerhalb des Begriffs der Reparation fallend anzuerkennen, die im Waffenstillstand zugestanden war, als den entscheidenden Augenblick der Kapitulation. Es ist interessant, daß dies auch die Anschauung Mr. Keynes ist. Seine Analyse der kasuistischen Gedankengänge, durch welche der raffiniertere Verstand seiner Kollegen den Präsidenten zu überzeugen vermochte, daß seine Worte weniger und immer weniger bedeuteten, bis zu dem Punkte, wo sie gar nichts mehr bedeuteten, läßt den Wunsch wach werden, daß wir ähnlich intime Darstellungen des Spieles der Charaktere bei anderen großen Wortkämpfen in der Weltgeschichte besäßen. Als menschliches Drama betrachtet, ist es ein fesselndes Schauspiel. Für uns Engländer aber, deren guter Ruf auf Jahrhunderte hinaus von diesen Ereignissen abhängen wird, ist die Geschichte dieser Transaktion eine peinliche Darstellung, wie leicht eine Nation, die mit erhabenen Gewissensbedenken und hochgesinnten Idealen auszog, durch ihre Führer hinübergeleitet wird zu verhängnisvoller Preisgabe aller ihrer Grundsätze.

Warum geriet der Vertrag auf Abwege? Die führende Ursache findet sich in einer Stelle gegen Ende von Mr. Keynes Buch angegeben:

> Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß die grundlegenden wirtschaftlichen Probleme des vor ihren Augen verhungernden und zerfallenden Europa eine Frage gewesen sind, für welche es unmöglich war, das Interesse der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr hauptsächlicher Anlaß, sich auf das wirtschaftliche Feld zu begeben, und diese Frage behandelten sie wie eine solche der Theologie, der Politik, der Wahlkniffe, kurz aus jedem möglichen Gesichtspunkt, außer demjenigen der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal sie in Händen hatten.

Es werden nunmehr die Namen derer genannt, die dem Kollegium der Großen Vier versuchten, die Augen über das wirtschaftliche Problem innerhalb der Friedensfrage zu öffnen: der Amerikaner Hoover, die Engländer Sir William Goode, Sir William Beveridge und Mr. Keynes selbst. Lloyd George und dem Präsidenten Wilson wird es als ein großer Fehlgriff angerechnet, daß sie nicht mit eigenen Augen das Elend Mitte[illegible]d Osteuropas, „mit deren Notlage sie kändelten" (!), hätten sehen wollen. H[illegible]en sie es getan, so hätten sie die genannten

Digitized by Google

Ratgeber und ebenso General Smuts und Lord Robert Cecil nicht beiseite geschoben.

Mr. Keynes zeigt im einzelnen, daß die Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Verluste es unbedingt unmöglich machen, daß die Bedingungen des Vertrags erfüllt werden. Deutschlands wirtschaftliche Rechtlosigkeit ist vollkommen, es wird der uneingeschränkte Vasall der Wiedergutmachungskommission. Deutschland hat nicht eine festgesetzte Kriegsentschädigung zu zahlen, sondern eine unbestimmte Summe, und die ihm auferlegten Vereinbarungen behandeln das Land wie einen bankerotten Betrieb, der durch eine auswärtige und feindliche Körperschaft verwaltet wird. Hätte irgend jemand solche rücksichtslose Bestrafung in die Bedingungen des Waffenstillstandes hineindeuten können? Nach sorgfältiger Schätzung der deutschen Verbindlichkeiten, die er auf 8 Milliarden Pfund (160 Milliarden Mark) schätzt, entwirft uns Mr. Keynes das folgende Bild der deutschen Lage (Seite 153):

„Angenommen, Deutschland kann nicht mehr als 150 Millionen Pfund (3 Milliarden Mark) jährlich bis 1936 zahlen, (d. h. 5 Prozent Zinsen von 3 Milliarden Pfund (60 Milliarden Mark), so werden die 5 Milliarden Pfund (100 Milliarden Mark), von welchen die Zinsen gestundet sind, sich auf 10 Milliarden Pfund (200 Milliarden Mark) summiert haben, was eine jährliche Zinsenlast von 500 Millionen Pfund (10 Milliarden Mark) bedeute, d. h.: Wenn selbst Deutschland jährlich bis 1936 150 Millionen Pfund (3 Milliarden Mark) bezahlt, so wird es dennoch am Schluß dieser Periode über die Hälfte mehr schuldig sein, als heute (nämlich 13 Milliarden Pfund (260 Milliarden Mark) gegen 8 Milliarden Pfund (160 Milliarden Mark). Von 1936 an würde Deutschland uns jährlich 650 Millionen Pfund (13 Milliarden Mark) zu zahlen haben, um nur mit den Zinsen Schritt zu halten. Am Schluß eines jeden Jahres, in welchem es weniger als diese Summe bezahlt haben würde, schuldete es mehr als es zu Anfang des Jahres geschuldet hat."

Und der Staat, von welchem man ernstlich erwartet, daß er diese Zahlungen leistet, wird erst einmal durch jeden Prozeß hindurchgeführt, der ihn verarmen und seine Entwicklung hemmen kann. Er verliert durch Gebietsveränderungen 60 Millionen Tonnen Kohlen und soll gezwungen werden, 45 Millionen Tonnen als Wiedergutmachung an Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien auszuführen. Selbst wenn seine Kohlenförderung sich auf der Höhe hält, wird Deutschland für seine eigenen Bedürfnisse nur 60 Millionen Tonnen übrig behalten, während es nahezu die doppelte Menge nötig hätte, um seine Industrie und seine Eisenbahnen in Gang zu halten und dabei ist dies nur das eine Gebiet, auf welchem Deutschland verkrüppelt werden wird. Daß Deutschland leiden muß und auch von Rechts wegen leiden sollte, daran zweifelt niemand, aber das Erstaunliche ist, daß die Pariser Politiker so tun, als ob sie glaubten, nach Herabdrückung seiner industriellen Leistungsfähigkeit durch jedes erdenkliche Mittel würden sie dennoch so viele Reichtümer aus dem Lande ziehen können, als befände es sich noch in seiner wirtschaftlichen Maienblüte.

Keynes sagt, von Woche zu Woche hätten sich die Vier über den Anteil gezankt, den England und den Frankreich an der Plünderung Deutschlands bekommen sollten. Lloyd George habe nicht gewagt, der englischen Wählerschaft, der versprochen

Digitized by Google

war, Deutschland werde alle Kriegskosten zahlen, einzugestehen, daß sie getäuscht worden war. Clémenceau wagte den Franzosen keine Zahl zu nennen, „weil es keine gab, die ihren Erwartungen entsprochen hätte". In dieser Verlegenheit beschloß man, gar keine Zahl zu fixieren, sondern Deutschland zur Unterschrift eines Blanko-Wechsels zu zwingen.

Mit anderen Worten, das Schicksal des Friedens ist damals entschieden worden, als Mr. Lloyd George den Entschluß faßte, die Kriegsentschädigung zur Wahlparole zu machen, denn jetzt ging er nach Paris als der Gefangene der leichtfertigsten Versprechungen, die je ein Staatsmann gegeben hat. Im Dezember hätte er Europa retten können. Er hätte von dem britischen Volke, das für eine große Sache solche Opfer gebracht hatte, noch ein weiteres fordern können. Er hätte mit Amerika die Annullierung der auswärtigen Kriegsschulden vereinbaren können, ein Schritt, der Frankreich und Italien unendlich viel mehr geholfen hätte, als irgendeine Entschädigung, die sie aus Deutschland herausholen können. Er hätte gemeinsam mit Amerika auf den Richtlinien von Mr. Hoover ans Werk gehen können, zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas. Er hätte seinem eigenen Lande eine ungeheure Wohltat erwiesen, wenn er Europa wieder auf die Füße gestellt und jeden Anspruch auf Wiedergutmachung solange aufgegeben hätte, bis Frankreich und Belgien entschädigt worden wären, wenn er eine bestimmte Summe festgesetzt hätte, die Deutschland zahlen sollte und zwar eine, die Deutschland zahlen konnte, und wenn er sich einer internationalen Anleihe angeschlossen hätte, um in der ganzen Welt die Industrieen wieder in Gang zu setzen. Auch bei niedrigster Schätzung verliert England durch die Unterbrechung des Welthandels mehr, als es durch irgend welche Entschädigung, die es je erlangen wird, gewinnen kann.

Keynes macht zum Schluß eine Reihe von Vorschlägen. Deutschland solle im ganzen 40 Milliarden Mark zahlen. Die Kriegsschiffe, die Kabel, das Kriegsmaterial, der Staatsbesitz in den abgetretenen Gebieten und Deutschlands Ansprüche gegen seine früheren Verbündeten sollen mit 10 Milliarden Mark angerechnet werden. Die verbleibenden 30 Milliarden soll Deutschland in 30 Jahren mit je einer Milliarde jährlich (also ohne Zinsen) bezahlen und selbst zusehen, wie es das Geld am besten aufbringt. Die Bestimmungen über die Kohle sollen so geändert werden, daß Deutschland sein industrielles Leben fortführen kann. Keynes schlägt vor, unter dem Schutz des Völkerbundes einen Freihandelsbund zu gründen und Deutschland, Polen und die neuen Staaten auf dem früher österreichisch-ungarischen und türkischen Boden diesem Bunde zunächst zwangsweise auf 10 Jahre anzuschließen.

Die Vorschläge würden seines Erachtens „einen merklichen Beitrag dazu liefern, daß die industriellen Völkerschaften Europas sich weiter ihren Lebensunterhalt verdienen können". Aber mehr als das ist erforderlich. Auf Schulden der Alliierten untereinander sollte verzichtet werden. Dies heißt, von den Vereinigten Staaten ein Opfer erbit-

Digitized by Google

ten, aber ihre Kriegsopfer sind ausgesprochen leichter gewesen, als die ihrer europäischen Verbündeten. Des weiteren schlägt er für die unmittelbaren Bedürfnisse Europas eine internationale Anleihe vor. *Aber dies ganze Programm hängt daran, daß der Geist und die Politik aufgegeben werden, die Europa bis dicht an den Zusammenbruch geführt haben.* Das Buch von Mr. Keynes sollte von allen Politikern sorgfältig gelesen werden, die sich in einem oder zwei Jahren berufen finden mögen, die Welt vor den Folgen der Katastrophe von Paris zu retten. Es gibt den demokratischen Kräften in unserem Lande, in Amerika und in ganz Europa eine bestimmte und durchdachte politische Richtung an.

So der Artikel im „Manchester Guardian". Auch die „Nation" vom 13. Dezember 1919 bringt eine Besprechung des „glänzenden Buchs". Sie weist ihre Leser auf die ausführlichen Porträts von Clémenceau und Wilson und auf die beißende Skizze hin, die von Lloyd George gegeben wird. Dies Buch sei ein Donnerschlag . . . der erste schwere Schuß in dem Kriege der Intellektuellen gegen die Staatsmänner, in dem Augenblick, wo jene sich darüber klar wurden, was für eine schlechte Arbeit der Vertrag sei.

Auf die Charakterskizzen, die Keynes bringt, ist neulich (22. Januar) in einem Artikel der „Vossischen Zeitung" hingewiesen worden. Am vernichtendsten ist das Bild Wilsons. Keynes sagt, vom ersten Augenblick an habe man gemerkt, daß der arme Präsident in Versailles die „blinde Kuh", ein „blinder und tauber Don Quixote" sein würde.

Am Beginn der Pariser Konferenz wurde allgemein geglaubt, daß der Präsident unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl von Ratgebern nicht nur ein umfassendes Schema für den Völkerbund, sondern auch für die Verwirklichung der vierzehn Punkte im Friedensvertrage ausgedacht habe. *Tatsächlich hatte der Präsident nichts überlegt; als er seine Ideen in die Praxis umsetzen sollte, waren sie nebelhaft und unvollständig.* Er hatte keinen Plan, keinen Vorschlag und keine konstruktiven Ideen, mit denen er die Gebote zum Leben erwecken konnte, die er vom Weißen Hause aus in die Welt geschleudert hatte. Über ein jedes dieser Gebote konnte er eine Predigt halten oder ein Gebet für die Erfüllung an den Herrgott richten, aber er konnte die konkrete Anwendung des Grundsatzes auf die gegenwärtige Lage Europas nicht formulieren.

Er hatte nicht nur keine Vorschläge im einzelnen, er war auch in vieler Hinsicht — vielleicht war dieses unvermeidlich — über europäische Verhältnisse ungenügend informiert. Er war aber nicht nur ungenügend informiert, das war Lloyd George auch, aber sein Gedankengang war langsam und wenig anpassungsfähig. Die Langsamkeit des Präsidenten im Vergleich zu den Europäern war auffallend. Er konnte nicht in demselben Augenblick hören, was die anderen sagten, mit einem Blick eine Situation übersehen, eine Antwort abfassen und dem Gegner durch eine geringfügige Terrainverschiebung entgegenkommen. Er war daher schon durch die Beweglichkeit, die Auffassungsgabe und die Schnelligkeit Lloyd Georges auf geistigem Gebiete der Niederlage ausgesetzt. Es wird selten einen Staatsmann ersten Ranges gegeben haben, der im Beratungszimmer ungewandter war als Präsident Wilson . . .

Digitized by Google

Die Haltung des Präsidenten gegenüber seinen Kollegen konnte man nunmehr folgendermaßen formulieren: Ich möchte euch so weit wie möglich entgegenkommen. Ich sehe eure Schwierigkeiten ein, und ich würde gern dem zustimmen, was ihr vorschlagt, aber ich kann nichts tun, was nicht recht und billig ist. Ihr müßt mir daher erst nachweisen, daß eure Forderungen sich mit dem Wortlaut meiner Aussprüche in Übereinstimmung bringen lassen.

Dann begann das Weben jenes Netzes von Sophismus und jesuitischer Exegetik, die endlich die Sprache und den Inhalt des ganzen Vertrages mit Unaufrichtigkeit erfüllt haben. Die schlauesten Sophisten und die heuchlerischsten Paragraphenschuster wurden an die Arbeit gesetzt und brachten manche schlau ausgetüftelte Stilübung hervor, die einen klügeren Mann als den Präsidenten vielleicht länger als eine Stunde getäuscht hätten.

Das ist der Mann, zu dem eine Welt ein Jahr und länger wie zu einem Schiedsrichter aufgesehen hat. Halb Don Quixote, halb blinde Kuh! Unterdessen hat die Vernunft in England Fortschritte gemacht. Mr. Asquith selber hat sich eben vernehmen lassen, daß er die Erfüllung der Friedensbedingungen durch Deutschland für unmöglich halte. Gewußt hat das ein so kluger Mann natürlich schon am ersten Tage. Daß er es heute sagt, ist ein Fingerzeig, daß er die Notwendigkeit der faktischen Revision kommen sieht. Vielleicht heißt diese Notwendigkeit für England: „Bolschewistisch-islamisches Bündnis in Asien"!

„Kriegspropaganda"

Von B. Snell

Es ist in diesen Blättern häufig auf die entscheidende Bedeutung hingewiesen, die für den Ausgang des Krieges die englische Propaganda gehabt hat. Wer selbst unter dem Eindruck dieser gewaltigen Organisation gestanden hat, wer als Freier und als Internierter in England die feindlichen Zeitungen 3½ Jahr lang verfolgen konnte, und dann als Austauschgefangener auch in Holland die Wirkungen englischer Werbearbeit verspürte, kann vielleicht einiges darüber mitteilen.

Wenn wir uns fragen, wie es möglich war, daß englische Propaganda soviel wirksamer war als deutsche, müssen wir uns zunächst über einen grundlegenden Unterschied der beiden Völker klar werden, der sich bei unserer Frage auffällig darstellt, und vielleicht so charakterisiert werden kann: Jedes Problem, vor dem ein Deutscher steht, hat für ihn etwas Unendliches; gegebene Situationen klar zu erkennen und kurz zu formulieren, vermögen wir meist nicht. Gegen das Schlagwortartige solcher Urteile, das durchaus notwendig für eine Propaganda ist, sträubt sich unser Gefühl für Objektivität. Auf solche Weise konnte auch die Frage nach

Digitized by Google

der Schuld am Kriege für Propagandazwecke nicht tauglich behandelt werden. Wer alles verstehen will, versagt sich selbst das Handeln. In Deutschland standen Wissenschaftler, Theoretiker an der Spitze der Propaganda, in England Männer der Praxis, Geschäftsleute. Darauf führe ich es auch zurück, daß es der deutschen Regierung nicht gelang, eine klare Begründung für unseren Einmarsch in Belgien zu formulieren. Zuerst hieß es, wir hätten aus Notwehr unser Recht überschritten, später, Belgien sei nicht neutral gewesen. Diese unsichere Haltung wurde vom feindlichen Ausland natürlich sofort zu geschickter und lohnender Hetze benutzt. Eine wie klare Stellung wußte sich dagegen England der belgischen Frage gegenüber zu verschaffen: Am Tage vor dem Eintreten in den Krieg hielt der damalige Außenminister Sir Edward Grey eine große Rede im Parlament, aus der das englische Volk und die ganze Welt heraushören mußten: England denkt gar nicht daran, in den Krieg zu ziehen — es geschehe denn das Unglaubliche, daß Deutschland Belgien vergewaltige! Am Tage darauf lebte die ganze englische Welt in dem Glauben, für „poor little Belgium" im Kriege zu stehen. Diese Überzeugung von der moralischen Lauterkeit Englands beim Eingreifen in den Krieg wachzuhalten und zu verbreiten, war das Grundprinzip der ganzen englischen Propaganda. Zugleich bedingte sie auch die vollkommen einheitliche nach außen verkündete Kriegszielpolitik; es hieß: Belgien muß befreit und entschädigt werden! Von diesem klaren Standpunkt aus ließ sich wirksam Propaganda treiben. Man hat sich in England nie wesentlich um die Kriegsziele gestritten. Es ist charakteristisch, daß sich die englische Presse statt dessen über militärische Fragen ereiferte, z. B. darüber, ob man im Osten oder im Westen die Entscheidung herbeiführen sollte, — denn in England war die militärische Leitung in schwachen Händen. Bei uns war das Bild umgekehrt: nur die starke Faust eines politischen Genies hätte in Deutschland eine selbstsichere Richtung in der Politik verbürgen können, — in England war sie garantiert durch eine jahrhundertealte Tradition.

Propaganda zu treiben war außerdem für England von vornherein eine zwingende Notwendigkeit. Die deutsche Begeisterung aus dem August 1914 hat es drüben nicht gegeben. Der Engländer war auf seiner Insel wirklich entmilitarisiert: das Gewehr in die Hand zu nehmen und hinauszuziehen, lag ihm sehr fern. Deswegen hat die englische Hetze solch wüste Formen angenommen, weil es galt, die Massen aufzupeitschen, deswegen mußten die belgischen Greueltaten herhalten. Einem Deutschen kam es geradezu lächerlich vor, wie große Plakate und alle möglichen Werbetricks nach Freiwilligen riefen. Schließlich ist es der Propaganda doch gelungen, die allgemeine Wehrpflicht ohne erheblichen Widerstand einzuführen, und das war ein Erfolg, der von uns nur schwer in seiner Größe empfunden werden kann. Die militärischen Mißerfolge zwangen dazu, auch die Dominions für den Krieg zu interessieren und neue Bundesgenossen zu gewinnen,

Digitized by Google

während man in Deutschland nur zu lange stolz und töricht sagte: „Propaganda? Solche Mittel haben wir nicht nötig." Da außerdem zum tiefen Ärger der Engländer vor dem Kriege immer mehr Deutsche in England als Kaufleute, Ingenieure und Fabrikanten manchem Einheimischen den Rang abgelaufen hatten, wurde die Spitze der Hetzpropaganda zugleich gegen die unliebsamen Ausländer im Lande gerichtet, was zur Internierung der Deutschen führte.

Die wilden Verleumdungen, die England über uns in aller Welt verbreitet hat, kennt man auch hier zur Genüge. Wie war es möglich, daß sie überhaupt gläubige Ohren fanden? Ich will hier absehen von den tatsächlichen Gründen, die den günstigen Boden für einen Haß bildeten (vergl. darüber: M. Scheler: Die Gründe des Deutschenhasses. Kurt Wolff Verlag). Das eigentliche Geheimnis für den Erfolg der ungeheuerlichen Hetze ist nichts als die plumpe Zahl, die grausame Masse: ewiges Wiederholen ewig gleichartiger Erfindungen und Übertreibungen. Immer wieder kehrten die alten Geschichten in den Zeitungen, in jeder Rede eines jeden Staatsmannes wieder. Leitartikel wußte man bald auswendig, so sehr wiederholten sich die langen Listen „deutscher Greueltaten". Mit der hypnotisierenden Gewalt einer dauernden Reklame bohrten sich die Zerrbilder in die Köpfe. Der Durchschnittsengländer ist ungebildet, er glaubt schnell, was ihm seine Zeitung vorsetzt. Es ist ja lange bekannt, wie „public opinion" in England von der Presse gemacht wird. Der Gebildete sagte wohl: Unsere Zeitungen übertreiben. Aber immer wieder hörte man den trostlosen Satz, selbst von Leuten, die Deutschland kannten, und denen man ein besonnenes Urteil zutrauen durfte: Wahres muß doch an all dem sein, das uns gesagt wird. Etwas wurde man sogar selbst angesteckt von diesem ausgestreuten Gift. Es ist ein beschämendes Gefühl, sich beeinflußt zu wissen von Elementen, die der Verstand fern von sich weist. Aber es war tatsächlich unmöglich, dauernd nur englische Zeitungen zu lesen, die ganz von der Voraussetzung des Hasses gegen Deutschland getragen waren, ohne daß das Unterbewußtsein Teile dieser geistigen Disposition in sich aufgenommen hätte. Es ist der gleiche psychologische Vorgang, der infolge von Reklame die Leute glauben macht, der gepriesene Gegenstand sei wirklich ganz gut — wer hat das nicht schon an sich selbst wahrgenommen! Ich lernte 1915 einige junge Amerikaner kennen, die in Belgien mit dem American Relief Committee gewesen und dort — in England klang das unglaublich! — deutschfreundlich geworden waren, weil sie sich mit eigenen Augen davon überzeugt hatten, daß die Deutschen in Belgien Ordnung hielten und menschlich mit der Bevölkerung umgingen. Es dauerte aber nicht 6 Wochen, und die englische Hetze hatte die Amerikaner wieder in Händen; solch eine furchtbare Macht ist die tägliche Beeinflussung. Genau so wirkte die Überschwemmung mit englischen Berichten auf das neutrale Holland. Das Mittel aus englischen und deutschen Telegrammen zu

Digitized by Google

ziehen, hieß gut neutral sein. Von England hörte man nun bedeutend mehr als von Deutschland; so konnte der Erfolg nicht zweifelhaft sein, noch ehe wir die Mittel der Propaganda untersucht haben. In Deutschland begnügte man sich im allgemeinen damit, einmal die Tatsachen zu melden, einmal den Lügen matt zu widersprechen. Die Wahrheit sollte die Kraft besitzen, sich selbst durchzusetzen, so dachten unsere Theoretiker und Historiker. Die englischen Politiker wußten es besser. Jeder Mensch in Holland kannte die Miß Cavell, den Captain Fryatt, — wie wenige habe ich getroffen, die sich der Baralong erinnerten, von anderen Dingen ganz zu schweigen. Die englische Großzügigkeit zeigt sich darin, daß es zuletzt in England zwei Ministerien für Propaganda gab, (eines davon allein für „Propaganda im feindlichen Ausland"!). Wer hätte den Gedanken an eine solche Organisation in Deutschland zu fassen gewagt! An der Spitze dieser Ministerien standen Lord Northcliffe und sein Bruder. Lord Northcliffe ist einer unserer furchtbarsten Gegner gewesen: Er hatte die englische Presse in seiner Hand und damit die öffentliche Meinung. An und für sich ist die englische Presse schon stärker zentralisiert als die deutsche, die vielen Provinzblätter, die alle eigene Wege gehen, kennt man dort nicht; da nun noch die bedeutendsten Zeitungen einem einzelnen gehörten, so ergab sich ein unerhört wohldisziplinierter Apparat. Lloyd George war klug genug, sich während des Krieges fest mit diesem Zeitungsmagnaten zu verbinden. Regierung und Presse arbeiteten einheitlich zusammen. Die „Times" führten den großen Chor der Hetzer, „Daily Mail" brachte eine Oktave gehässiger die Verleumdung für die Masse, und rings spielten die anderen Blätter das gleiche Lied. Linksstehende Blätter („Manchester Guardian", „Daily News" und „Leader") wurden dagegen nur wenig gehört, wenn sie versuchten, sich ein selbständiges Urteil zu wahren. Schon aus Geschäftsrücksichten mußten sie vielleicht oft mit den Wölfen heulen. Die Kreise in England, die wirklich ehrlich geblieben sind (z. B. die Zeitschrift „The New Age") hat man leider auch in Deutschland viel zu wenig beachtet. Von der geschäftigen Presse wurden die Märchen erfunden von der Kronratssitzung in Potsdam, von der Bazillenvergiftung der Brunnen, von der Kadaververwertungsanstalt und tausend andere, die fest ins Gedächtnis der Welt durch ewige Wiederholung und durch Anführung immer genauerer Einzelheiten geprägt wurden. Aus deutschen Zeitungen zitierte man hauptsächlich Alldeutsche und Sozialisten: Graf Reventlow und Liebknecht waren die bekanntesten deutschen Publizisten, und so bewies man, daß Deutschland die Welt erobern wolle, daß zugleich aber sogar Deutsche den „Militarismus" verdammten. Holland war reichlich versorgt mit englischen Propagandaschriften. In Wirtschaften und in Wartezimmern von Ärzten fand man häufig illustrierte Hefte mit meistens recht friedlichen Szenen: man sah dort englische Krankenschwestern, englische Seeleute beim Dienst, englische Truppen hinter der Front; Bilder, die zeigten, wie gut es

Digitized by Google

den Engländern ging; oder kurze Kriegsgeschichten, die von englischen Erfolgen zu erzählen wußten. Von ähnlichen deutschen Versuchen wäre manches Gute zu nennen (z. B. Photographien zu den Tagesereignissen, die in Zigarrenläden ausgestellt waren, oder eine farbige Landkarte, die die Eroberungspläne der Entente nach den russischen Veröffentlichungen darstellte), nur sah man gar zu wenig davon. Anderes war wiederum vollkommen verfehlt, z. B. der Versuch, die an sich so ausgezeichneten Karikaturen des Simplizissimus zu Werbezwecken zu benutzen: sie setzten ein gewisses künstlerisches Empfinden voraus und waren darum für Wirkungen auf die Massen unbrauchbar; außerdem unterscheidet sich das Empfinden der Völker besonders scharf auf dem Gebiete des Witzes und der Satire; die einen nennen witzig, was die anderen töricht oder roh finden. Die Engländer wußten holländische Karikaturisten zu gewinnen (z. B. den berüchtigten Raemaker); sie veröffentlichten sogar Simplizissimuszeichnungen, Karikaturen des Kaisers aus den Jahren vor dem Kriege, unter dem Titel: Was die Deutschen von den Hohenzollern denken.

Die schönste, zugleich auch die am tiefsten wirkende Propaganda bleibt natürlich die Kulturpropaganda. Die Engländer erkannten sofort, daß uns hier scharfe Waffen zur Verfügung standen; deshalb und im Gefühl eigener Ohnmacht zogen sie in einen wütenden Kampf, besonders gegen deutsche Musik und gegen deutsche Wissenschaft. Verständnis für uns auf diesen Gebieten hätte vielleicht zu einem Nachlassen der Kampfesstimmung führen können, würde vielleicht auch heute Regungen des Mitleids anstelle kühler politischer Erwägungen treten lassen. Darum wurde alles Deutsche in den Schmutz gezogen, bis das deutsche Wort „Kultur" zu einem Witzwort in England geworden war. In neutralen Ländern hat man mit gutem Erfolg sich bemüht, durch deutsche Konzerte und Theateraufführungen den englischen Schmälerungen entgegenzutreten; aber eins muß man sich doch immer vor Augen halten, daß auch hier unsere Feinde den leichteren Weg vor sich hatten. Mit englischem Sport, französischem Roman und amerikanischem Film waren mehr Menschen zu gewinnen. Der Menschentypus eines alten, traditionssicheren Volkes hat etwas leichter Anziehendes als der Vertreter einer jungen Nation. Der Engländer, dem reibungsloses gesellschaftliches Zusammenleben Grundsatz des Lebens ist, bekehrt leichter zu sich als der Deutsche, dem Ehrlichkeit als höchste Tugend gilt. Wenn wir aber nur etwas *von der angelsächsischen Geschicklichkeit zu lernen bereit sind*, so dürfen wir schon heute anfangen, darauf zu rechnen, daß die Völker enttäuscht sind von all dem heuchlerischen Gerede vom Schutz der Kleinen, und bereit, wieder auf Deutschland zu hören.

Digitized by Google

Ungarn und der Friede von Neuilly

Von Professor Dr. Benno Imendörffer

Die vom Grafen Albert Apponyi geführte ungarische Friedensgesandtschaft ist aus Neuilly, wo sie mit den Vertretern der Entente verhandelt hat, unverrichteter Dinge zurückgekehrt. Sie wurde in Budapest mit einer eindrucksvollen Trauerkundgebung empfangen und das ganze Land, soweit es derzeit noch unter magyarischer Herrschaft steht, hüllte sich für einen Tag in tiefste Trauer. Aber der in der magyarischen Volksseele tiefbegründete Optimismus, der aus der tausendjährigen Geschichte des ungarischen Staates stets wieder neue Nahrung zu saugen vermochte, ist damit keineswegs vernichtet. Graf Apponyi machte sich in seiner ersten öffentlichen Kundgebung zu seinem Wortführer, indem er erklärte, man dürfe noch nicht alle Hoffnung fallen lassen, trotz alledem eine Besserung der harten Bedingungen, die ihm in Neuilly vorgelegt worden sind, zu erreichen. Einstweilen hat Ungarn noch zwei Wochen Zeit zur Beantwortung der Vorschläge der Entente und man hat allen Grund anzunehmen, daß man auf magyarischer Seite diese Frist auszunutzen verstehen wird. Dafür bürgt schon die Persönlichkeit des Leiters der ungarischen Friedensdelegation. Graf Apponyi ist einer der gewiegtesten, in jahrzehntelangem politischem Kampfe geschulter Politiker des Landes, dazu ein Mann von europäischer Bildung und der glänzendste Redner, den das an Rednertalenten so überreiche magyarische Volk derzeit besitzt. Man darf also annehmen, daß er nicht ganz grundlos bemüht ist, seinem Volke einen Schimmer von Hoffnung zu erhalten, daß er vielmehr in Neuilly den Eindruck gewonnen hat, daß dort noch nicht das allerletzte Wort gesprochen worden sei.

Es ist nun gewiß kein Zufall, daß gerade Graf Apponyi kurz vor seiner Ausreise nach Frankreich dafür gesorgt hat, daß ein Wort in die Öffentlichkeit gelange, welches er zu seinem ehemaligen Parteigenossen — da er noch in den Tagen Koloman von Tiszas Führer der „gemäßigten Oppositionspartei" des ungarischen Reichstages war —, zu Edmund Steinacker, dem greisen Führer des ungarländischen Deutschtums gesprochen hat. Apponyi sagte zu diesem Manne, dessen Wege sich von den seinen aus nationalen Gründen getrennt haben, er sehe nun ein, daß seine bisherige Nationalitätenpolitik verfehlt gewesen sei und habe sich zum Gedanken der nationalen Autonomie bekehrt. Wenn man weiß, daß der Ausdruck „Nationalitätenpolitik" nichts anderes ist als ein Euphemismus für Magyarisierungspolitik, und daß man unter Nationalitäten nach magyarischem Sprachgebrauche alle nichtmagyarischen Völker Ungarns versteht, so gewinnt dieses Wort ganz besondere Bedeutung, zumal in diesem Munde. Apponyi, der vormalige Unterrichtsminister Ungarns, ist der Schöpfer des Volks-

Digitized by Google

schulgesetzes vom Jahre [illegible], das die [illegible] zum Werkzeuge der Magyarisierung gemacht hat. Wenn dieser Mann nun entgegen seiner ganzen politischen Vergangenheit und seiner Überzeugung [illegible] von ihm vertretenen Grundsätze erklärt, er sei bereit, den „[illegible]" nationale Autonomie zuzugestehen, wenn er [illegible] Unterhändler seines Staates zum [illegible] eines Friedens, der für die nächste Zukunft dieses Staates unter allen Umständen entscheidend sein muß, auf die Reise geht, so müssen ihn dazu ganz zwingende Gründe bestimmt haben. Es dürfte nicht schwer sein, diese zu erraten. Der [illegible] Auseinanderfall des Reiches der heiligen Stephanskrone, die große Bereitwilligkeit, [illegible] Begeisterung, mit der sich die nichtmagyarischen Einwohner der von der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Südslawenstaate besetzten Gebiete für diese Staaten erklärt haben, der Umstand ferner, daß die Besetzung der vormals ungarischen Landstriche von der Entente gutgeheißen wurde, wesentlich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ließen es der ungarischen Regierung rätlich erscheinen, bei den Verhandlungen in Neuilly das größte Entgegenkommen gegenüber den noch im Verbande Kleinungarns verbleibenden nichtmagyarischen Minderheiten an den Tag zu legen. Man tut denn auch sicherlich dem Grafen Apponyi nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß seine erwähnte Äußerung mehr den Zweck hatte, aus der Not eine Tugend zu machen, als daß sie seiner innersten Überzeugung entspräche. Nach zwei Seiten nämlich könnte die Bereitwilligkeit des Entgegenkommens in nationalpolitischen Fragen vielleicht einigen Erfolg zeitigen. Zunächst in der Richtung des geringsten Widerstandes, der in dem von Deutschösterreich begehrten und ihm im Frieden von Saint Germain zugesprochenen, weit überwiegend von Deutschen bewohnten Deutsch-Westungarn gelegen ist. Dann aber auch bezüglich der Slowakei, soweit sie ehemaliges ungarisches Territorium umfaßt, denn die starke Opposition der Slowaken gegen das rücksichtslose Auftreten der tschechischen Machthaber und das Erwachen eines sehr lebhaften Stammesgefühles bei diesem Volke, das die Tschechisierung ebenso ablehnt, wie es seinerzeit die Magyarisierung abgelehnt hat, bietet immerhin einige Aussichten für eine Zurückgewinnung des vorwiegend slowakischen Oberungarns. Allerdings möchte ich diese Aussicht angesichts der weitgehenden Zusagen, die von seiten der Entente den Tschechen gemacht worden sind, nicht allzu hoch einschätzen. Anders liegen die Dinge bezüglich Deutsch-Westungarns. Das in Saint Germain Deutschösterreich zugebilligte Gebiet umfaßt nur die unmittelbar an Niederösterreich und an die Steiermark angrenzenden, fast rein deutschen Teile der Gespanschaften Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg und läßt ein gutes Stück reindeutschen Landes des Wieselburger Komitates außerhalb liegen, als ein Zugeständnis an die Tschechen, denen der Zugang zur Donau ge-

wahrt werden soll. Nun hat schon die kurzlebige „Volksrepublik Ungarn" von des Grafen Michael Károlyi Gnaden den westungarischen Deutschen weitgehende nationale Autonomie zugestanden, die unter der Räteregierung ausgebaut worden ist. Hier könnte also die gegenwärtige christlichsoziale Regierung leichter als irgendwo anders nationale Zugeständnisse machen und sich bereit erklären, das Selbstbestimmungsrecht innerhalb des ungarischen Staates bis zu einem hohen Grade anzuerkennen. Dazu hatte sie seit Monaten reichlich Gelegenheit, die sie auch auszunützen verstand, der starken Bewegung für den Anschluß an Deutschösterreich entgegenzuwirken, so daß sie es nun wagen konnte, eine Volksabstimmung zu beantragen. Geht man bei den bevorstehenden letzten Verhandlungen in Neuilly darauf ein, so muß allerdings damit gerechnet werden, daß sich eine Mehrheit für Ungarn ergibt, denn der bewährte Verwaltungsapparat der ungarischen Regierung, der alle Mittel der Überredung, Bestechung und der Gewalt in virtuoser Weise zu handhaben versteht, hat dafür gesorgt, daß selbst eine angeblich gänzlich unbeeinflußte Volksabstimmung ein günstiges Resultat sichert. Sehr eindrucksvoll war dabei der in Hunderttausenden von Flugblättern, amtlichen und nichtamtlichen Verkündigungen immer wieder gemachte Hinweis auf die derzeitige Klassenherrschaft in Österreich, der bei den deutschen Bauern in Westungarn, denen der Schrecken vor dem ungarischen Bolschewismus noch in allen Gliedern liegt, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Übrigens hat der Staatskanzler Deutschösterreichs, Dr. Renner, da er selbst seinerzeit eine Volksabstimmung in Westungarn verlangte, damit der ungarischen Regierung in die Hände gearbeitet, mag bei ihm gleich sozialistischer Doktrinarismus keineswegs Entgegenkommen gegen magyarische Wünsche entscheidend gewesen sein. Der ungarische Minister für nationale Minderheiten, Dr. Jakob Bleyer und sein Adlatus, Dr. Johann Huber, ein ganz im magyarischen Fahrwasser segelnder Geistlicher deutscher Geburt und in Westungarn bodenständig, haben denn auch in jüngster Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um für die Friedensgesandtschaft, der Huber als Vertreter Deutsch-Westungarns beigegeben ist, das nötige Material zu beschaffen, das den Wunsch der dortigen Deutschen, bei Ungarn zu verbleiben, erweisen soll. Die Mittel, die zu dessen Beistellung angewandt wurden, stammen aus dem reichen Arsenale der althergebrachten politischen Waffen aller ungarischen Regierungen. So z. B. erhielten viele deutsche Gemeindevorstände aus Budapest die Weisung, amtliche Drahtberichte über Versammlungen einzusenden, bei denen sich 90 v. H. der Teilnehmer für Ungarn ausgesprochen hätten. Diese Versammlungen haben tatsächlich überhaupt niemals stattgefunden, die geforderten amtlichen Drahtungen aber bildeten einen wichtigen Bestandteil des in Neuilly vorgelegten ungarischen Beweismaterials für die ungarfreundliche Stimmung der deutschen Bevölkerung Westungarns. Die wenigen Versammlungen, die Minister Bleyer bereits früher

Digitized by Google

selbst in deutschen Gemeinden abgehalten hat, hatten allerdings das gewünschte Ergebnis keineswegs geliefert.

Daß man sich tatsächlich in magyarischen Kreisen, namentlich aber die ungarische Regierung Hoffnung auf eine Revision des Friedens, nicht nur von Neuilly, sondern auch von Saint Germain macht, die dazu führen könnte, das deutsche Westungarn nicht ohne weiteres an Deutschösterreich zu überlassen, sondern vorerst eine Volksabstimmung dort zu veranstalten, läßt sich auch noch aus der starken journalistischen Propaganda erkennen, die eben jetzt im Auslande für diesen Gedanken gemacht wird. So brachte die „Neue Zürcher Zeitung" am 16. Januar d. J. einen längeren Aufsatz aus der Feder des ehemaligen Gesandten der seligen ungarischen Volksrepublik in Wien, Dr. Oscar Charmant, der in geschickter Weise dafür Stimmung zu machen sucht. Der fragliche Artikel ist der Form nach eine sehr verspätete Duplik auf eine Erwiderung, die ich schon im November v. J. in dem genannten Blatte gegen einen Angriff auf die deutschösterreichischen Ansprüche habe erscheinen lassen. Ein näheres Eingehen darauf kommt hier nicht in Frage, wohl aber ist es interessant, daß auch Herr Charmant einer der vielen ungarischen Journalisten ist, die damit betraut sind, das in ungarischen Dingen meist völlig ahnungslose Ausland über diese zu „informieren". Wenn nun auch hier die Sache so dargestellt wird, als ob Ungarn durch die Abtrennung der deutschen Teile Westungarns bitteres Unrecht geschähe und behauptet wird — allen feststehenden Tatsachen zum Trotze —, daß dort niemand etwas von dem Anschlusse an Österreich wissen wolle und schließlich die Meinung Ausdruck findet, daß eine Volksabstimmung zu 60 bis 80 v. H. für Ungarn entscheiden würde, so liegt der Zusammenhang zwischen dieser publizistischen und der mündlichen Äußerung des Grafen Apponyi für jeden Kenner ungarischer politischer Regierungsarbeit klar zutage.

Nun steht freilich den Hoffnungen Ungarns, genauer gesagt des Magyarentums, das deutsche Westungarn behalten zu können, allerdings die klare Bestimmung des Friedens von Saint Germain entgegen, die in den Bedingungen von Neuilly wieder erscheint und deren Unabänderlichkeit Clemenceau noch kurz vor seinem Abgange dem deutschösterreichischen Staatskanzler Renner gegenüber, bei dessen letzten Besuch in Paris ausgesprochen hat. Indessen kann man sicher sein, daß der fast unfehlbare politische Instinkt der magyarischen Politiker nicht umsonst gerade in diesem Punkte auf ein mögliches Umschwenken der Entente rechnet. Wie ich sagte, hier liegt zweifellos der locus minoris resistentiae, denn Deutschösterreich wäre unter keinen Umständen in der Lage, sich etwaigen neuen Entschlüssen der Machthaber in Paris und London ernsthaft zu widersetzen. Überdies hat ihnen ja die angezogene Forderung Renners nach einer Volksabstimmung eine

Digitized by Google

Hintertür offen gelassen, durch die jederzeit eine solche ihren Einzug halten kann. In amtlichen deutschösterreichischen Kreisen hält man freilich derzeit derartiges für ausgeschlossen und rechnet mit Bestimmtheit auf die baldige Übergabe Deutsch-Westungarns in österreichische Verwaltung. Die nächste Zukunft wird lehren, ob diese Erwartung berechtigt ist oder nicht. Jedenfalls dürfte hier für Ungarn aber die einzige leise Hoffnung bestehen, die bisherigen Grenzen zu behaupten. Die Rückgabe der von Südslawen, Tschechen und Rumänen besetzten und bereits ihren Staaten eingegliederten Gebiete dagegen wird wohl ein Zukunftswunsch bleiben. Allerdings ist es möglich, daß sich in diesen Gebieten, wo immerhin sehr beträchtliche magyarische Minderheiten wohnen, eine magyarische, bzw. nicht nur magyarische, ungarfreundliche Irredenta bildet, wenn es die neuen Machthaber nicht verstehen, deren Wünschen weitgehend entgegenzukommen. Ungarns Kredit wird bei den nichtmagyarischen Volksstämmen sowohl im dermaligen „Kleinungarn", wie in den abgetrennten Landstrichen aber um so höher steigen, je mehr in Ungarn die dort verbliebenen nichtmagyarischen Völker sich kultureller Selbstbestimmung erfreuen und je rascher die nationale Autonomie tatsächlich ausgebaut wird. Namentlich die jetzt schon mit der tschechischen Herrschaft auf das tiefste unzufriedenen Slowaken könnten auf diese Weise für den Gedanken des Wiederanschlusses leicht gewonnen werden. Daß sich die Magyaren unter keinen Umständen mit einem Frieden abfinden werden, der ihr altes Reich endgültig zerstört, kann man, wenn man die außerordentliche Elastizität und Ausdauer des Volkes in nationalen Dingen kennt, nicht bezweifeln. Was der Friede von Neuilly schaffen kann, wird also bestenfalls eine Balkanisierung des früheren Ungarns sein, die keinerlei Bürgschaft für längere Dauer bietet. Statt die Grundlagen eines bleibenden Friedens im östlichen Europa zu legen, hat vielmehr die Entente hier die Keime zu künftigen blutigen Auseinandersetzungen gesäet.

Luftherrschaft

Von Oberstleutnant z. D. Boelcke

Was der Begriff Seeherrschaft bedeutet, haben uns langjährige Entbehrungen mit ihrer allmählich, aber sicher wirkenden Zerrüttung der Widerstandskraft gezeigt. Von der Herrschaft in der Luft ist bisher weniger die Rede gewesen. Wohl haben im Kriege die großen deutschen Städte im Westen zum Schutze gegen Fliegerangriffe allerlei Unbequemlichkeiten auf sich nehmen, bei nahender Gefahr bange Stunden durchleben und hier und da schmerzliche Verluste beklagen müssen. Immerhin blieb der Zustand noch erträglich, denn

Digitized by Google

der feindliche Flieger scheute unsere Abwehrmaßnahmen, und weite Teile des Reichs mußte er notgedrungen ganz verschonen.

Das wird in Zukunft anders, wenn Deutschland mit einem wohlgerüsteten Nachbarn — und das kann sehr bald z. B. auch Polen sein — in Streit geraten sollte. Es gibt bei uns weder Angriffs- noch Abwehrwaffen für den Luftkampf, und damit entfällt jede Möglichkeit einer Kriegführung, es sei denn gegen ungeordnete Banden.

Das festzustellen und zu begründen ist keineswegs unnütz, denn immer noch herrscht stellenweise in der Presse die Phrase. So spricht man bei uns wohl von blutiger Vergeltung und jenseits des Rheins von einer Bedrohung durch fabelhafte deutsche Heerscharen. Endlich aber sollte doch die kühle Vernunft wieder zu Worte kommen, und die sagt klipp und klar, daß solche Dinge unmöglich sind, solange wir nicht dauernd und fieberhaft rüsten.

Die Zeiten der Freiheitskriege sind nämlich unwiderruflich verklungen, die einem aufs tiefste geknechteten Volke dennoch die Möglichkeit boten, insgeheim Krümper über Krümper auszubilden, und mit jammervoll ausgerüsteten Landwehren an der Katzbach, bei Wartenburg und Leipzig zu siegen. Die Technik hat einen so entscheidenden Einfluß auf die Kriegführung gewonnen, daß selbst stärkste und von Begeisterung getragene Bataillone einem schwächeren, aber besser bewehrten Feinde hilflos preisgegeben sind. Am entscheidendsten prägt sich das in der Luftwaffe aus.

Um es zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, wie jung sie ist und was sie doch schon leistete. Bei Beginn des Krieges war das Flugzeug ausschließlich Erkundungs- und Nachrichtenmittel. Die Wirkung abgeworfener Bomben, Pfeile usw. war gleich Null. Vier Jahre später glichen die angreifenden Geschwader den verderbenschwangeren Reitern der Apokalypse, wenn sie hart über den Köpfen der angreifenden Infanterie ihr Schnellfeuer entfesselten oder Tod und Brand weithin in friedliche Städte trugen.

Jetzt steht Deutschland solchen Angriffen aus der Luft ganz wehrlos gegenüber. Ihre Furchtbarkeit, Reichweite und Unabhängigkeit vom Wetter werden sich mit jedem Jahre fortschreitender Entwicklung steigern. Bald werden gepanzerte, mit mehreren Motoren versehene Großflugzeuge vom Rheine, von der Weichsel oder einem Schiffe auf der Nordsee her jeden Punkt Deutschlands zu erreichen und durch Spreng-, Brand- oder Giftbomben dort in wenigen Sekunden alles Leben auszulöschen vermögen.

So sind für uns neben die Gefahren einer langsam erdrosselnden, feindlichen Seeherrschaft die ungleich augenfälligeren und plötzlicher wirkenden der Luftherrschaft getreten. Aber sollte es nicht doch Abwehrmittel dagegen geben? Die Hoffnung ist eitel. Gewiß hat man im Weltkriege durch ein engmaschiges

Digitized by Google

Späher- und Nachrichtenmittel-Netz, durch Anhäufung von Abwehrgeschützen, Fliegerstaffeln und Schutzdrachen um die meistbedrohten Orte herum die Bedrohung wesentlich abzuschwächen verstanden. Es darf aber nicht vergessen werden, daß alle diese Maßnahmen gleichlaufend mit der Entwicklung des Angriffsfluges und in einer aufs äußerste angespannten Kriegszeit langsam zu größter, wenn auch nicht unbedingter Vollkommenheit erwuchsen. Sie aus dem Boden zu stampfen, geht über Menschenkräfte.

Man bedenke nur wie schwierig die Aufgabe der Fliegerabwehr-Artillerie bereits im Weltkriege, also zu einer Zeit war, als im scharfen Schusse gegen wirkliche Luftziele das einzige vollwertige Ausbildungsmittel für alle die vielen zusammenwirkenden Glieder der Batteriebesatzung häufig gegeben war. Das fällt künftig selbst bei ungestört weiter rüstenden Völkern ganz fort. Somit gerät die Verteidigung gegen Luftangriffe immer mehr ins Hintertreffen, während für die Angriffswaffe noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Allein schon die Panzerung leicht verletzlicher Flugzeugteile nimmt dem Abwehrgeschosse einen großen Teil seiner Wirkungskraft.

Wir wissen also, was uns von der Gewalt droht, und wie wenig dagegen auszurichten ist. Manchen mag das enttäuschen, es liegt aber auch ein Trost in der unbefangenen Würdigung des Luftraums als neuen Kriegsschauplatzes. Heer und Flotte nämlich, die wir trauernd bis auf kleine Reste zerfallen sehen, waren so, wie wir sie kennen, durch die letzte Entwicklung der Technik, vor allem der Luftwaffe, überholt. Auch ohne das Gebot des Feindes wären wir doch bald dazu gekommen, beides wesentlich einzuschränken. Schon während des Krieges mußte sich jedem Einsichtigen die Überzeugung aufdrängen, daß eine Fortsetzung des früher beliebten Wettrüstens ganz unmöglich sei. Ins Riesenhafte waren die technischen Erfordernisse der Kriegführung gewachsen. Jeder Tag brachte neue und entwertete die erst gestern eingeführten. Aber selbst wenn es nach den unerhörten Ausgaben der Kriegszeit gelang, auch noch weiterhin ständig die neuesten Kanonen, Maschinengewehre, Tanks und sonstigen unzähligen Geräte, den unablässig zu erneuernden Gift-, Flammen- und Sprengstoff, alle die Sommer-, Winter-, Gebirgs- usw. Ausrüstungen für den am Boden haftenden Kampf zu beschaffen, wäre das auch für den Luftkrieg doch nie möglich gewesen. Zu gewaltig sind seine Entfaltungsmöglichkeiten, zu wenig begrenzt der Raum, in dem er sich abspielt.

Seine künftigen Bedingungen lassen sich, selbst heute noch, nur in den allergröbsten Umrissen vermuten. Gerade auf diesem Gebiete sind der Voraussicht enge Schranken gesetzt. Goethes Irrtum mag uns Kleinere bescheiden stimmen, wenn er Faust klagen läßt:

Digitized by Google

„Ach! zu des Geistes Flügeln wird so leicht
Kein körperlicher Flügel sich gesellen."

Jedenfalls ist soviel sicher, daß die Luftwaffe das uns geläufige Bild des Aufmarsches und daran anschließenden Krieges von Grund aus umgestalten müßte. Was sollen Millionen bis an die Zähne Bewaffneter an der Grenze, wenn inzwischen Flugzeuggeschwader das wirtschaftliche und bürgerliche Leben im Innern des Landes ersticken? Es durch viele Tausende von Flugabwehrgeschützen oder andere irdische Schutzmaßnahmen in allergrößtem Maßstabe sichern zu wollen, muß nach dem oben über die Abwehrmittel Gesagten als aussichtsloses Beginnen erscheinen, und damit wird selbst bei gewissenhaftester Friedensrüstung jeder Krieg zwischen Festlandsmächten zu einer noch viel gewagteren Sache als bisher. Denn wer will mit Sicherheit voraussagen, daß gerade er die bessere Luftwaffe führt? Und wehe dem, der sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Der luftbeherrschende Gegner vernichtet in wenigen Tagen alle Wurzeln seiner Kraft und zwingt ihn, trotz Rosse und Reisiger, rettungslos auf die Knie.

Vielleicht ist solche Erkenntnis ein mächtigerer Hebel für das Zusammenfügen des Völkerbundes, als alle bisherigen Abmachungen. Freilich, Kriege wird es auch im Zeichen der Luftherrschaft geben, denn sie sind nach Moltke ein Glied in Gottes Weltordnung. Wie sie sich aber abspielen werden, vermag heute niemand mit Sicherheit zu sagen.

Überschauen wir die Wandlungen, welche die Kriegführung durchlief, seit es eine Geschichte gibt, dann erkennen wir manchen ebenso überraschenden Übergang wie voraussichtlich den von heut auf morgen: Der Germane mit Keule und Schild, der Ritter auf gepanzertem Rosse, die Grenadiere Friedrichs des Großen, die feuerspeienden Batterien Napoleons, die Garde bei St. Privat und schließlich das Kampfgeschwader über den drahtbesponnenen, zerwühlten Ebenen des trommelfeuer-durchzitterten Großkampfs von 1918, das sind nur wenige Ausschnitte aus begrenztem Zeitraume. So verschieden sie sind, so überraschend anders kann sich auch das Kriegsbild der Zukunft gestalten.

Zusammenbruch unserer Valuta

Wenn man für unsere wirtschaftliche Lage ein militärisches Bild heranzieht, so haben wir in diesen Tagen die Durchbruchsschlacht durch unsere letzte Stellung restlos verloren, nachdem vorher die davorgelagerten Stellungen aufgegeben werden mußten. Ein Kursstand von etwa 5 Centimes in der Schweiz für die deutsche Reichsmark heißt nichts anderes als die Einstellung des

Digitized by Google

als eines total bankrotten Landes. Solche Kurse haben im allgemeinen nur mehr Werte, die eben keine Werte mehr sind, sogenannte non valeurs.

Hat es so kommen müssen? Drückt sich hier die eiserne Konsequenz des verlorenen Krieges, die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen aus, oder wäre diese Katastrophe zu vermeiden gewesen, oder ist vielleicht gar heute noch etwas zu retten? Die Antwort darauf wird lauten, daß selbstverständlich wir selbst an diesen schlimmen Dingen zum großen Teil mit schuld sind, wenn auch der Entente die Hauptschuld zufällt, und vielleicht ist auch noch eine letzte Rettung möglich.

Der Grund des Valutazusammenbruchs läßt sich auf eine sehr einfache Formel bringen: Wir haben nach dem Ausland viel mehr zu zahlen, als wir von dorther überwiesen bekommen, unsere Zahlungsbilanz ist, wie man zu sagen pflegt, passiv. Der Fehlbetrag wird dadurch ausgeglichen, daß wir in gewaltigen Massen deutsche Banknoten ausführen, die nun draußen in der Welt wie sauer Bier angeboten werden. Wie kommt das nun, daß wir so viel nach dem Auslande zahlen? Vor allem ist unsere Ausfuhr offenbar ganz erheblich kleiner als unsere Einfuhr. Man spricht von einem Verhältnis von anderthalb zu zweieinhalb Milliarden Mark. Würden wir mehr ausführen und weniger einführen, so wäre schon das Hauptübel beseitigt. Solange die Verträge mit der Entente laufen, wird hier ein gesunder Ausgleich freilich nicht möglich sein. Denn unsere Lieferungen, vor allem unsere Kohlenlieferungen an Frankreich verringern unsere Einnahmen außerordentlich. Hier muß also in erster Linie eine Änderung eintreten, wie ja überhaupt ohne grundlegende Umredigierung des Versailler Vertrages Deutschland nimmermehr genesen kann. Aber wir könnten auch ohnedies mehr ausführen, wenn wir im Inlande mehr produzieren und weniger konsumieren würden. Wie aber ist das zu machen? Vor allem, wie ist der Konsum herunterzuschrauben? Nun, der Kenner der Verhältnisse wird ohne weiteres zugeben, daß auch heute noch, wo wir in einer Not stecken, von der die wenigsten eine rechte Vorstellung haben, alle Klassen der Bevölkerung weit über das erlaubte Maß hinaus verbrauchen, ob es sich nun um Zigaretten oder Zigarren, um neue Kleidungsstücke oder um Vergnügungen jeder Art handelt. Würden wir unsern Verbrauch auf das Allernotwendigste beschränken, würden wir also beispielsweise weder Kragen noch Krawatten mehr tragen, noch aber Hüte, würden wir feine Porzellane als eine unmögliche Verschwendung betrachten, so könnten unsere Fabriken entweder sich auf andere notwendigere Dinge umstellen oder aber diese für uns überflüssigen Waren zur Ausfuhr bringen. Die Welt braucht sie. Durch Predigen aber ist eine Verringerung des Konsums nicht zu erreichen. Am wenigsten, wenn ein Land derartig die Notenpresse hat arbeiten lassen wie Deutschland, wenn eine beispiellose Inflation eine künstliche Kaufkraft vorgetäuscht hat, die uns zum Ver-

Digitized by Google

hängnis geworden ist. Hier hätte rechtzeitig eingeschritten werden müssen, es hätte die Inflation durch Steuern und durch eine gewaltige Vermögensabgabe beseitigt werden müssen. Man hat das nicht getan. Das Reichsnotopfer ist ein wahrer Hohn auf das, was ursprünglich beabsichtigt war. Statt Vermögenssteuer Rentensteuer.

Der Konsum in Deutschland ist aber zum erheblichen Teil noch künstlich durch die Entente heraufgeschraubt worden, und zwar durch das Loch im Westen. Was da an überflüssigen Dingen, an Schokolade, Zigaretten, Seidenstoffen, Parfümerien, französischen Seifen hereingekommen ist, spottet jeder Beschreibung. Wir müssen jetzt, wo wir einen Geschäftsträger in Paris haben, endlich dafür sorgen, daß dieses Loch zugemauert wird, und in der Zwischenzeit müssen wir im Inland jeden, der derartige Waren feilhält, in der exemplarischsten Weise bestrafen.

Alles das allein hätte aber den heutigen Stand der Valuta nicht bewirkt. Zwar ist zweifellos ein Unterschied zwischen Ein- und Ausfuhr. Würde aber alles das, was wir ausführen, wirklich bezahlt werden, so stünde es besser um uns. Statt dessen wird die Sache so gemacht, daß viele Exporteure zwar recht schön ausführen, aber die erlösten Gelder draußen in Zürich oder in Amsterdam stehen lassen, und zwar zum Teil aus recht gemeinen Gründen der Steuerflucht. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir noch eine straffe Organisation unseres Devisenhandels hätten. Die aber ist Mitte 1919 aufgehoben worden und seit dieser Zeit geht es mit unserer Valuta rapid abwärts. Wer die Verhältnisse näher studiert hat, weiß das. Heute, wo jedermann, vor allem jeder Bankier Devisen kaufen kann, wie er will, sind in unzähligen Millionen deutsche Werte und deutsche Banknoten eingetauscht worden gegen Dollars, Pfund Sterling, Franken und Gulden und auf den Banken hinterlegt worden. Alle, die so gehandelt haben, sind Verbrecher am Schicksal Deutschlands. Und unsere Regierung hat eine gewaltige Dummheit gemacht, als sie diese Devisenfreiheit proklamierte. Sie war offenbar von Interessenten sehr, sehr schlecht beraten. Allerdings ist zu ihren Gunsten anzuführen, daß seit der Besetzung der Rheinlande die Organisation in früherem Umfange nicht mehr möglich war. Indessen ist doch ein Unterschied zwischen jener außerordentlich scharfen Kontrolle und der heutigen grenzenlosen Anarchie und Ungebundenheit. Und deshalb kann man der Regierung nur eines raten: unverzüglich den Handel in Devisen zu beschränken und vor allem den verschiedenen kleineren und jüngeren Firmen etwas auf die Finger zu sehen.

Darüber hinaus aber muß das Ausland uns helfen. Man sollte dort nicht vergessen, daß unsere Valutasorge in weitgehendem Maße auch die Valutasorge der andern ist. Denn brechen wir zusammen, so wird das Ausland nicht gerade stärker

Digitized by Google

werden. Man sieht es ja am besten an den Valutakursen. Jeder Rückgang der Mark bringt aus natürlichen Gründen auch einen Fall des französischen Franken mit sich. Kein Wunder, denn wir sind ja die einzige Hoffnung Frankreichs, auf unserer Leistungsfähigkeit beruht der ganze Staatshaushalt unseres westlichen Nachbarn.

Da nun eine große internationale Anleihe mit amerikanischem Geld aller Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist, muß uns auf andere Weise geholfen werden. Es ist neuerdings empfohlen worden, das in Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum (etwa 800 Millionen Dollars) gewissermaßen in Form einer Anleihe an Deutschland zu gewähren. Damit wäre immerhin schon sehr viel geholfen.

Zusammenfassend muß also gesagt werden, wir sind in der Lage eines sterbenskranken Patienten. Bestenfalls werden wir noch furchtbare Fiebererscheinungen in den nächsten Wochen und Monaten durchzumachen haben. Vor allem wird eine Geldentwertung und dementsprechend eine Preissteigerung einsetzen, wie sie Deutschland noch nie, Frankreich am Ende der Assignatenwirtschaft und Rußland jetzt während des Bolschewismus erlebt hat. Helfen könnte hier nur eine wirkliche Vermögensabgabe, die an die Stelle des unglückseligen Reichsnotopfers treten müßte. Bis dahin aber ist manches zu machen durch eine straffere Kontrolle unserer Devisenmärkte, durch eine künstliche Einschränkung des Konsums und durch alle möglichen Mittel zur Erhöhung der Produktion. Das Ausland muß schnell eine Geldhilfe an Deutschland gewähren und dann in eine Revision des Versailler Friedensvertrags eintreten.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 40 Pfg. Erscheint wöchentlich Viertelj. 4- M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Übersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland bietet.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag.

VERLAG »DER NEUE MERKUR«

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Begründer:
Dr. Fr. Naumann

Unter Mitwirkung von
Anton Erkelenz, Walter Goetz, Ludwig Haas, Ernst Troeltsch, Wilhelm Vershofen
herausgegeben von
Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer

In Naumanns Geist von seinen Freunden fortgeführt, bleibt die „Hilfe" das führende Blatt der Demokratie!

*

Probeheft kostenfrei
Vierteljahrespreis
7.50 Mark
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40

PFEIL

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

LIBRARY
JUL 7 1920
UNIV OF MICH.
JA
14
.D786

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 129
Buchholz, Die irische Frage 131
Ebstein, Von Clemenceau zu Deschanel 134
Quendt, Die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus 1917 138
Schmidt, Denikins Ende 145
Pfister, Bayern und der Einheitsstaat 149
Linter, Die Selbstentäußerung des deutschen Aktionärs 154
Notizen 157

Preis 50 Pfennig

5. Jahrgang 30. Januar 1920 Heft 5

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Die Tragödie der 13 Tage

Soeben erschienen:

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Vollständige Sammlung der von **Karl Kautsky**
zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von

Graf **Max Montgelas** und Prof. **Walther Schücking**

1. Band: **Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin**, nebst einigen Dokumenten aus den vorhergehenden Wochen
2. Band: **Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung**
3. Band: **Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich**
4. Band: **Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland**, mit einem Anhang

Die von Professor Dr. Albrecht Mendelssohn Bartholdy bearbeiteten weiteren Bände der amtlichen Veröffentlichungen, enthaltend die frühere Vorgeschichte, erscheinen etwas später im gleichen Verlage

Gesamtpreis 34 Mark — Vorrätig in jeder gut geleiteten Buchhandlung

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik u. Geschichte

Digitized by Google

5. Jahrgang * 30. Januar 1920 * Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Daß Holland die Auslieferung des deutschen Kaisers abgelehnt hat, ist eine tapfere und rühmliche Leistung, für die ihm nicht nur Deutschland dankbar sein wird, sondern in allen Ländern der Kreis der anständigen Menschen, der das Rechtsgefühl durch das brutale Rachegeschrei nicht notleiden lassen will. Holland begibt sich damit in die Gefahr, daß ihm die Unerbittlichen der Entente mit politischen und wirtschaftlichen Drangsalierungen auf den Leib rücken werden, um so mehr, als es eben auch Deutschland durch einen großen staatlichen Kredit beispringen will und damit unsere Lebensmöglichkeiten stützen. Deutschland wird ihm, gleichviel wie Persönlichkeit und Politik des früheren Kaisers von den verschiedenen Parteien gewertet werden mag, danken, daß es uns vor dieser Demütigung vor der Welt bewahrt wissen will. Die Auseinandersetzung über die Monarchie, die durch die Veröffentlichung der Kaiserbriefe, durch die wohl bevorstehende Ausgabe der Bismarckschen letzten Erinnerungen, durch die Restaurationsversuche der Rechten wohl noch eine Zeitlang im Gange bleiben wird, bleibt nun freier und von dem Mitgefühl mit einem erzwungenen Märtyrertum unbelastet.

*

Daß Millerand mit seinem Kabinett vor der Kammer kein Glück hatte, zeigt, daß dies Ministerium der neuen Männer das Erzeugnis der Verlegenheit ist. Die Liste, die Millerand als der Beauftragte eines Präsidenten Clemenceau gebracht hätte, würde vermutlich ein wesentlich anderes Gesicht gezeigt haben. Millerand selber ist offenbar nervös geworden, weil die Kammer ihm und seinen Mitarbeitern so wenig Wärme zeigte. Er erreichte dadurch, daß fast die Hälfte

Digitized by Google

der Kammer, von der er ein ausgesprochenes Vertrauensvotum verlangte, sich der Stimme enthielt. Seine Politik enthält damit von vornherein etwas Gebrochenes.

*

Koltschaks Schicksal ist noch in Dunkel gehüllt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob auch er weniger dem Ansturm der roten Truppen als vielmehr der Unzufriedenheit im eigenen Heer und der Zivilbevölkerung hinter der Front zum Opfer gefallen ist. Wie es in der Ukraine die Bauern waren, die Denikin den Todesstoß versetzten, so scheinen es in Sibirien die sozialrevolutionären Elemente zu sein, die das reaktionäre Regime Koltschaks zu Fall gebracht haben. Im fernen Osten dürfte jetzt Japans Weizen zu blühen anfangen, wobei es durch seine kluge Zurückhaltung erreicht hat, daß es von den andern Ententemächten das Mandat erhalten dürfte, Sibirien vor dem Bolschewismus zu bewahren.

*

Der Parteitag des Zentrums hat weniger Opposition gegen die Fraktionspolitik gefunden als die Unterströmungen vermuten ließen; seine Leitung hat von vornherein die Koalition mit der Linken als taktische Zwangslage beschrieben und den Tag angekündigt, an dem die Partei wieder frei sein werde. Freilich haben Erzberger, Schreiber und andere dann doch die jetzige Situation durch scharfe Polemik gegen rechts stark unterstrichen und Prälat Mausbach, der theoretisch bedeutendste Kopf im politischen Klerus, hat gegenüber den Erinnerungen monarchischer Bekenntnisse auseinandergesetzt, daß die kirchliche Lehre sich mit dem Prinzip der Volkssouveränität gut vertragen könne. Sachlich am wichtigsten ist aber die Entschließung über die Ausgestaltung des deutschen Staatsrechts. Erzberger hat sich, wie in Stuttgart, wieder sehr lebhaft für den Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung ausgesprochen und die Partei ist ihm gefolgt. Sie glaubt damit der Absplitterungspolitik Herr zu werden. Ganz ohne Zweifel ruht hier das staatliche Kernproblem der nächsten Jahre: daß die Regierung sich nichts abtrotzen, sich und das Volk nicht beunruhigen lasse, sondern selber mit Willen und Meinungen vorangehe.

*

Daß die Arbeitszeit in den Gruben, unter Tag, kürzer sei als sonst in Werkstätten und Büros, ist in normalen Zeiten nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Sonst wandern die Häuer von ihrer harten Arbeit ab. Die schematische Einführung des Achtstundentages hat dies Problem aufgerollt, ohne daß die Träger der Idee sich über diese Folgerungen klar waren. Jetzt bleiben wir in diese Problematik verwickelt. Sechsstundenschicht im deutschen Bergbau aber ist heute, bei dem Mangel an Wohnstätten im Grubengebiet, Tod der deutschen Wirtschaft.

Digitized by Google

Die irische Frage

Von Leopold Buchholz.

Die Besonderheit der irischen Frage liegt in der einfachen Tatsache, daß heute eine Mehrheit der Bevölkerung Irlands die völlige Lostrennung von England zu fordern scheint, dieses Ziel aber ohne Vernichtung der heutigen Organisation und vielleicht der Daseinsmöglichkeit des englischen Weltreichs überhaupt undenkbar ist. Die Aussichten einer Einigung zwischen beiden Teilen sind daran zu messen, daß England es die fast 8 Jahrhunderte seit der ersten Eroberung hindurch nicht verstanden hat, sich die abhängige Insel innerlich einzuverleiben. Deshalb finden selbst die aufrichtigsten Versuche dazu heute, am Beginn eines neuen Zeitalters für das englische Weltreich, in zwölfter Stunde statt.

Die Lage der Parteien in Irland ist eine Abwandlung des allgemeinen Gesetzes, wonach die tiefen Umwälzungen des Krieges mit wachsender Gewalt alle vermittelnden Ansichten und Mächte zwischen den äußersten Vertretern machtpolitischer Klassenherrschaft und fanatischer Revolution zu beseitigen drohen. Was die Lösung der irischen Frage heute hauptsächlich verhindert, ist durchaus nicht mehr die Abneigung der englischen Regierung, irgendwelchen Forderungen des unzufriedenen Reichsteiles nachzukommen. Es sind die ausschließlichen und einander glatt widerstreitenden Forderungen der beiden Parteien selbst, in die das politische Leben Irlands zerspalten ist. Wiederholt haben in letzter Zeit nicht bloß irische Ulster-Leute und Sinnfeiner einander das Zeugnis ausgestellt, man verstehe den unnachgiebigen Standpunkt des anderen durchaus und jedenfalls viel besser, als das Bestreben der Regierung auf Einigung. Und doch hat gerade die dogmatische Hartnäckigkeit der protestantischen und katholischen Revolutionäre (denn auch die ersten sind es), bisweilen etwas Unwirkliches und Verdächtiges an sich, als dienten altüberlieferte Parolen hier zur Deckung von Gegensätzen, deren eigentliches Wesen mit einer gewissen Absicht niemand von neuem untersucht. Nicht die englischen Reaktionäre, sondern gerade sehr billig denkende und weit blickende Männer haben in letzter Zeit wiederholt die Ansicht geäußert, die irische Frage sei nur durch das Übermaß ihrer öffentlichen und parteimäßigen Erörterung so verfahren, und es würde genügen, das Land etwa durch Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen sich selbst zu überlassen, um der Vernunft und Notwendigkeit innerer Verständigung zum Durchbruch zu verhelfen.

Bei der heutigen Entwicklungsstufe der Weltpolitik, die auch und gerade nach dem Sieg unserer Feinde immer noch ausschließlich mit militärischen und machtpolitischen Mitteln rechnet, wird ein solches Experiment naturgemäß auf absehbare Zeit unterbleiben und immer von neuem der Kreislauf beginnen, in dem sich

Digitized by Google

die englische Regierung zwischen wohlwollenden Selbstverwaltungsvorschlägen und rücksichtslosester Polizeiherrschaft für Irland bewegt. Die zum Beweis guten Willens noch im alten Jahre eingebrachte Homerule-Vorlage will Irland, wenn nicht vollen Ersatz für das Gesetz von 1914, das man ihm unter Berufung auf den Krieg bis jetzt vorenthielt, so doch die Erfüllung einer Hauptforderung seiner Unabhängigkeitspartei, der gesonderten parlamentarischen Regierung geben. Das genügt, um in den unionistischen Engländern der Insel die echte oder gespielte Befürchtung hervorzurufen, das neue irische Eigenparlament werde nichts Eiligeres zu tun haben, als unter dem Drucke der Revolutionsbewegung die staatliche Abtrennung von England zu beschließen, und es ist erstaunlich zu sehen, welchen Eindruck dieses Argument auf weite Kreise von Anhängern der neuen Homerule-Vorlage in England macht. Die Sinnfeiner aber denken umgekehrt. Was hilft ihnen die eigene Parlamentsherrschaft auch über einen großen Teil der protestantischen englischen Bevölkerung, wenn nach der Vorlage 4 von den 6 Grafschaften der überwiegend protestantischen Provinz Ulster aus dem Verfassungsplan ausgeschlossen bleiben und ein eigenes landschaftliches Sonderparlament erhalten. Hier liegt Irlands wirtschaftlicher Mittelpunkt, die von dem höherentwickelten Herrenvolk aufgebaute Industrie und Schiffahrt Belfasts und seiner Umgebung. Ohne sie ist die Entwickelung Irlands zum selbständigen Wirtschaftskörper, die zu unterbinden ein Hauptsinn der englischen Politik in den neueren Jahrhunderten war, unmöglich, und die landschaftliche Sonderung, die als salomonische Teilung zwischen den feindlichen Brüdern gemeint ist, muß tiefer ins Elend führen als der gegenwärtige Zustand, weil sie die heutigen Revolutionäre gewissermaßen souverän einander gegenüberstellt.

Liegt so die einzige verschwindende Möglichkeit einer neuen Ordnung Irlands in der Überwindung seiner inneren Spaltung, so beginnt gerade hier die eigentümlichste Schwierigkeit des Problems. Das übliche geschichtliche Bild fremdbeherrschter oder unerlöster Länder und Landesteile zeigt als vornehmlichen Rückhalt der zentrifugalen Kräfte das Stammvolk der Irredenta. Die Irländer, die ein Stammland außerhalb ihrer kleinen Insel nicht besitzen, haben dafür, vergleichbar fast der jüdischen Rasse, die ganze angelsächsische Welt mit ihrer Auswanderung und ihrer Englandfeindschaft durchdrungen. Die irische Weltpropaganda, gestützt auf die amerikanischen Irländer und heute großen Teiles auch bereits auf die Volksgenossen in Australien, ist unendlich viel mehr als eine nationale Bewegung. Sie ist in seltsamster Weise zugleich von dem doppelten Fanatismus der mittelalterlichen katholischen Kirche und der modernen proletarischen Klassenideale erfüllt. Es ist mehr als ein Vorwand der englischen Reaktion, daß Sinnfein in der Welt mehr und mehr Neigung zum Zusammengehen mit den bolschewistischen

Digitized by Google

Bestrebungen bekundet, und um die Haltung der Vereinigten Staaten zur irischen Frage zu verstehen, muß man bedenken, daß neben der Furcht vor England heute als gleich starkes oder vielleicht schon stärkeres Element die vor der Revolution, besonders der sozialen Revolution, die tiefen irischen Sympathien der führenden amerikanischen Politiker dämpft.

Diese Verschwörung der irischen Sache nicht nur mit dem Ausland, sondern mit den dunklen Mächten der Weltumwälzung gibt heute viel mehr als das immer noch starke puritanische Pathos der Machtpolitik der Ulsterleute und englischen Unionisten gegenüber Irland ihre Rechtsgrundlage vor der öffentlichen Meinung. Man hat darauf hingewiesen, daß ebenso dogmatische Gegner der irischen Unabhängigkeit wie in Ulster in den alten protestantischen Industriebezirken Lancashires und der ganzen, Irland gegenüberliegenden Küstengegend leben. Diese eifrigen Protestanten aber fürchten im Sinnfein nicht nur den Katholizismus, sondern auch die irische Arbeiterbewegung, die auf beiden Seiten des Kanals von Bristol heute bereits einheitlich und durch die politische Revolution beschwingt gegen das Unternehmertum zusammensteht. Der hinreißendste Vertreter der irischen Sache ist nicht einer der Dichter und Literaten, die die Osterrebellion vom Jahre 1916 anführten, sondern der Arbeiter Jim Larkin. Und das erklärt auch viel von dem eigenartigen Einfluß, den eine skrupellose Revolutionspartei wie die Sir Edward Carsons, nun ungefähr ein Jahrzehnt im innersten Schoße der englischen Regierung ausübt. Dieselben Ulsterleute, von denen heute jeder Engländer glaubt, daß sie die Waffen und einen Teil ihres Mutes zu ihrem trotzigen Widerstande gegen das Homerule-Gesetz von 1914 aus dem alten Deutschland bezogen, sind doch zugleich die Blüte und das eigentliche Rückgrat des altenglischen Konservatismus und Militarismus, und von ihnen wird nur der Ministerpräsident loskommen, der es versteht, den Gedanken der parteipolitischen Sammlung mit einer entschiedenen Absage an jene Mächte zu vereinigen.

So ist es gekommen, daß heute der vermittelnde Plan Lloyd Georges, die gemäßigten Elemente beider irischer Parteien im Sinne der Reform der neunziger Jahre auf die Lösung des gemeinsamen, besonders wirtschaftlichen Fortschritts zu vereinigen, eine offene Anhängerschaft so gut wie nicht mehr hat. Die nationalistische Partei, die nicht wie die Sinnfeiner den Krieg und das englische Unterhaus boykottierte, ist durch das schlechte Geschäft ihres Burgfriedens mit der Regierung zu sehr bloßgestellt, um vorläufig eine andere Haltung als die des vorwurfsvollen Schmollens nach zwei Seiten hin zu finden. Der klassische Ausdruck davon ist der Brief, mit dem Redmonds Nachfolger in der Parteileitung, John Dillon, jüngst sein weiteres Fernbleiben vom politischen Leben begründete. Der Tod des verdientesten Förderers und Sachverständigen irischer Agrar- und Sozialreform, Sir Horace Plunkett, hat in diesen Tagen wie ein symbolisches Begräbnis der

Digitized by Google

Erfolge und des Geistes dieser Politik gewirkt. Den Ton geben in Irland Zusammenstöße zwischen Sinnfeinern und bewaffneter Macht, Hungerausstände und Entweichungen aus den Gefängnissen und Attentate an, wie das neuliche auf den Vizekönig, das jedermann an die schlimmsten Zeiten der irischen Unruhen in den achtziger Jahren erinnerte. Nur aus nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl befreiten Nationalisten, wie etwa der Anwalt Casements, Sullivan, der neulich selbst in seinem Hause beinahe erschossen wurde, daß der Terror zu den Mitteln der irischen Revolution gehöre. Er tut es ebensoviel oder -wenig wie bei irgendeiner anderen unter den großen revolutionären Bewegungen der heutigen Welt, wo nicht die versöhnliche Stimmung eines neuen Zeitalters, sondern der Geist des Weltkrieges ihnen entgegentritt. Die irische Frage ist ein Prüfstein für die kommende Entwickelung des englischen Weltreiches überhaupt, das in der Unabhängigkeitsbewegung der islamischen Rasse und auch der Dominien die verschiedensten Grade von Ähnlichkeit damit aufweist. Sollte England darauf ausgehen, durch Friedensvertrag und Völkerbund seine einstigen Feinde dauernd zu knechten, so dürfte es am eigenen Leibe erfahren, wie weit in einer neuen politischen Welt die Methode der Gewalt noch zulangt.

Von Clemenceau zu Deschanel

Von Dr. Otto Ebstein

Nichts kann den Geisteszustand der clemencistischen Kreise in Frankreich besser malen als folgende Anekdote, die ein Augenzeuge der Präsidentenwahl in Versailles in der „Gazette de Lausanne" vom 21. Januar berichtet. Nach geheiligter Überlieferung dejeuniert bekanntlich die parlamentarische und journalistische Welt im Hotel des Réservoirs, bevor man sich zum Wahlakt in den Kongreßsaal im Schloß begiebt. „Ein Parlamentarier," erzählt der Gewährsmann des welschschweizerischen Blattes, „der an einem Nachbartisch saß, schrie mit Stentorstimme die düstersten Weissagungen aus: Wenn Deschanel gewählt wird, illuminieren die Bochen heut Abend in Berlin! Im Innern ist das der Triumph der Republik der Genossen!" — Nun, Deschanel ist mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt worden, aber selbst im naiven Deutschland wird es niemanden gegeben haben, der in dieser Wahl einen Grund erblickt hätte zu irgendwelcher Freudenbezeugung. Man gönnt Clemenceau, dem bösen Feinde, die Niederlage, die ihn blamiert und wohl für immer aus dem politischen Leben entfernt, aber man ist sich doch klar darüber, daß es keinen außenpolitischen Gegensatz gibt zwischen ihm und Deschanel, aus dem irgend ein Vorteil für uns entsprießen könnte. Das wirklich bedeutende Moment bei dieser Wahl ist der Sturz Cle-

Digitized by Google

menceaus, nicht das Aufkommen Deschanels. Clemenceau ist wirklich das Opfer eines parlamentarischen Ostrazismus geworden. Er, der in der „Boulange", das heißt in der Bewegung, die Boulanger durch ein Plebiszit an die Spitze von Frankreich bringen wollte, eine Lebensgefahr für die Republik erkannt und deshalb den „brav' général", an dessen Ernennung zum Kriegsminister der Revanche er selbst mitschuldig war, auf das heftigste bekämpft hatte, er war bei einem großen Teil der Parlamentarier in den Verdacht gekommen, über ihre Köpfe hinweg mit den Volksmassen in Verbindung zu treten, sich als „Père la Victoire" anjubeln zu lassen, den Diktator spielen zu wollen. Bei einer Volksabstimmung hätte Frankreich ihn zweifellos gewählt — vielleicht um später die Wahl dieses Caesars zu bedauern. Die Parlamentarier haben die angeblich höchste Tugend der Republikaner — das Mißtrauen — geübt. Wahrscheinlich wäre Clemenceau kein Präsident der Republik geworden, wie er es nach dem Geiste der Wallonverfassung sein soll: der Klotz, der in der Lafontaineschen Fabel anfänglich der König der Frösche ist. Er wäre der böse König Storch gewesen. Übrigens haben bei dem Parlamentsentscheid zwischen Clemenceau und Deschanel vielleicht auch persönliche oder nebenpersönliche Gründe so zarter Natur mitgespielt, daß man sie in Frankreich nur im Salon lächelnd beplaudern, hier aber nicht einmal andeuten kann.

Das einzige, was uns interessiert, ist, daß die Stellung der beiden Persönlichkeiten gegenüber Deutschland keinen Unterschied aufweist, aus dem für uns politisch etwas herauskommt. Höchstens das kann man als einen kleinen Vorzug buchen, daß Deschanels glättere, höflichere Formen unsere Diplomaten nicht so nervös machen werden wie Clemenceaus Brüskerie, die er nicht nur gegen Feinde, sondern auch gegen gute Bekannte übt und die von Personen, die mit seinem Wesen nicht vertraut sind, für besonders bösartige Brutalität genommen wird. Soll es doch bei einer historischen Szene der neuesten Zeit vorgekommen sein, daß ein Diplomat, der Clemenceau leider zum ersten Male persönlich gegenübertrat, sich durch seine Kurzangebundenheit so beeinflussen ließ, daß er von zwei sorglich vorbereiteten schriftlichen Antworten just die schärfere aus der Tasche zog und verlas, wo die minder scharfe vielleicht bessere Dienste geleistet hätte. So verwirrend wirkt allerdings Deschanels elegante und harmonische Persönlichkeit nicht. Er ist wirklich der geborene Präsident, und wer ihn jemals in der Kammer sah, wie er mit gelassener Ruhe und heiterster Verbindlichkeit die verwickeltesten parlamentarischen Lagen meisterte, konnte es begreifen, daß alle Parteien Vertrauen zu ihm hatten und ihm immer wieder die höchste Würde, die sie zu vergeben hatten, übertrugen. „Le dauphin de la République" nannte man den jungen Deschanel und so etwas ist er sein ganzes Leben lang geblieben, bis er dieses republikanische Kronprinzentum mit der vollen Herrscherwürde vertauschen konnte. Sein

Digitized by Google

Glück hat ihm erspart, in der oft nicht ganz reinlichen politischen Küche mitkochen zu müssen. Man dachte nicht an ihn, wenn die Kabinette gebildet wurden. Es ist ihm kaum jemals ein Ministerposten angeboten worden. Man wußte ja, daß er als Kammerpräsident unentbehrlich sei. So geht er jetzt von einem Präsidentenamt zum andern über und wird wohl neben Mac Mahon der einzige Präsident der Republik sein, der auch nicht eine Stunde lang Minister gewesen ist. Übrigens wäre es ein Irrtum, Deschanels absolute Unparteilichkeit auf eine Unbestimmtheit seiner politischen und sozialen Meinungen zurückzuführen. Er hat fleißig im Studierzimmer gearbeitet. Nicht nur seine formvollendeten Reden, die noch einen ganz feinen Duft der Lampe haben, sind die Frucht dieser Studien, sondern auch eine Anzahl von Büchern, in denen er außenpolitische Fragen (französische Interessen in Tonkin und Australien), innere Probleme („La Décentralisation"), soziale Fragen („L'Organisation de la Démocratie") behandelt. Namentlich in wirtschaftlichen und sozialen Dingen hat er sich von den Anschauungen der französischen Manchesterschule, wie sie zuletzt der jüngstverstorbene Paul Leroy-Beaulieu predigte, freigemacht und Gedanken vertreten, die sich dem deutschen Kathedersozialismus nähern. In religiöser Beziehung ist Deschanel Freigeist, aber das hinderte ihn nicht, jüngst einem schweizerischen katholischen Parlamentarier mitzuteilen, er hege den Wunsch, in Freiburg einen Vortrag über die Trennung der Kirchen vom Staat zu halten, um die schweizerischen Katholiken über das Wesen dieser Einrichtung in Frankreich aufzuklären und Irrtümer zu zerstreuen, die während des Krieges den Sympathien für Frankreich bei diesem Teil der Bevölkerung geschadet hätten.

Deschanels Interesse für außenpolitische Fragen fand Betätigung in seiner Stellung als Vorsitzender des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Eine Zeit lang hegte er sogar den Wunsch, sich auf diesem Gebiete praktisch zu bewähren. Der Posten eines französischen Botschafters in Wien lockte ihn. Aber die leisesten Tastversuche scheiterten daran, daß die Hofburg erklärte, im Falle einer Anfrage das Agrément nicht erteilen zu können. Deschanel stand in Wien in dem bösen Geruch, nicht an das A. E. I. O. U. (Austria erit in orbe ultima) zu glauben. Hatte er doch in seiner Antrittsrede in der Akademie seine Sympathie für Tschechen und Jugoslawen in einer Österreich, ganz besonders aber Ungarn verletzenden Form bekannt. Es half ihm nichts, daß er später die Spuren dieser Äußerung nach Möglichkeit verwischte (heute dürfte er sie wieder auffrischen), daß er das bekannte Wort nachsprach „wenn es kein Österreich gäbe, müßte es erfunden werden!" Wien blieb unerbittlich. Deschanel erklärte dann natürlich die Traube für allzu sauer. In einer Unterredung mit dem Pariser Vertreter der Neuen Freien Presse sagte er: „Ich habe ein [illegible]kommen mit meinen

Digitized by Google

Wählern: Weder Senat noch Botschaft!" Aber es verdroß ihn doch, daß man ihn in Wien mit Argwohn betrachtete. Er frug nach dem Grund und war nicht sehr befriedigt, als er die Antwort erhielt: „Österreich-Ungarn hat nur zwei Hauptstädte, Wien und Budapest. Prag zählt nicht. Wenn nun die tschechischen Deputationen unter Bürgermeister Srb nach Paris kommen und von Ihnen, Herr Präsident, als Bürger einer souveränen Nation empfangen werden, können Sie sich doch nicht wundern, daß man in Wien mißtrauisch wird." „Was soll ich tun," lautete die Antwort. „Diese Leute schwingen große Reden. Man muß ihnen doch etwas antworten." Die Entwicklung der Dinge hat Deschanel leider Recht gegeben und der Journalist kann heute nur mit melancholischem Lächeln an jenes Gespräch, das 1912 stattfand, zurückdenken. Der Eindruck, den Deschanel in jener Unterredung machte, die im Bibliothekzimmer seiner Privatwohnung stattfand, war übrigens ein ausgezeichneter. Er war danach offenbar ehrlich von der europäischen Notwendigkeit der Existenz des großen Donaureiches überzeugt, erkannte aber auch die Notwendigkeit der von Wien und namentlich von Budapest aus so kurzsichtig geleugneten Föderalisierung, Dezentralisierung und Nationalisierung der Monarchie.

Deutschland gegenüber hat Deschanel niemals das verleugnet, was er in einer Festrede vor den Zöglingen der Ecole Alsacienne in Paris am 21. Juli 1908 „La religion du souvenir" genannt hat und wohinter sich doch nur der ewige Aufruf zum Nievergessen, zur Vorbereitung der Zurückeroberung verbarg. Die Methode, die Deschanel in jener Rede meisterhaft befolgt, bestand darin, daß man nicht etwa „Rache" predigte, sondern daß man in verdeckten Worten stets vor der schreckenden Gefahr eines nach weiteren Provinzen des schönen Frankreich gierenden Deutschlands warnte. Sprach man von Revanche, so handelte es sich um „eine Revanche der reinen Vernunft". Auf diesem Gebiete existiert nur ein Temperamentsunterschied zwischen Deschanel und Clemenceau. Deschanel wird in den gesellschaftlichen Formen korrekter sein als Clemenceau es gewesen wäre. Dadurch werden hoffentlich manche äußeren Konflikte vermieden werden, was ja immerhin ein wohl in Betracht zu ziehender Vorteil ist. Aber irgend eine freundliche Geberde gegenüber Deutschland von ihm zu erwarten, wäre Torheit. Die wird er schon deswegen vermeiden, weil er weiß, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrzahl nicht in ihm, sondern in Clemenceau das französische Ideal verkörpert sieht. Um sich zu halten, muß Deschanel heute einigermaßen die Clemenceaurolle spielen. Hoffen wir, daß er es nicht mehr tut, als unbedingt nötig ist.

Digitized by Google

Die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus 1917

Von Dr. Eugen Quendt

Daß im Frühjahr 1917 eine Friedensaktion von Seiten Österreichs unternommen worden ist, wußte man bereits aus der im April 1918 erfolgten Veröffentlichung des Briefes Kaiser Karls durch Clemenceau. Diese Veröffentlichung wurde allerdings für gefälscht erklärt, doch haben eingeweihte Kreise ernsthaft niemals an dies Dementi der österreichischen Regierung geglaubt. „Daily Telegraph" vom 2. Januar, der gleichzeitig mit der Pariser Wochenschrift „Opinion" lange und sehr ausführliche Enthüllungen über die Friedensvermittlung bringt, legt jetzt diesen Brief in facsimile vor und beweist damit, daß die von Clemenceau gebrachte Fassung authentisch ist. Interessanter aber als dieser Beweis ist der sehr eingehende Bericht über die ganze Friedensaktion überhaupt, die sich vom 5. Dezember 1916 bis 12. Oktober 1917 erstreckt und ein helles Licht nicht nur auf den Charakter der Verhandlungen, sondern auch auf die politischen Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten auch auf der Gegenseite wirft. Des beschränkten Raumes wegen kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingegangen, sondern nur das für uns unbedingt wesentliche erwähnt werden.

Auf Wunsch der Herzogin von Parma kamen die beiden in der belgischen Armee dienenden Prinzen am 29. Januar in die Schweiz, wo ihre Mutter sie im Namen des Kaisers aufforderte, so rasch wie möglich mit dem Kaiser zusammen zu kommen, der seit seiner Thronbesteigung den Frieden herbeizuführen wünsche. Prinz Sixtus gab seiner Mutter zu verstehen, was er als Grundbedingungen persönlich für einen Frieden betrachtete: Elsaß-Lothringen sollte mit den Grenzen von 1814 ohne jede Kompensation an Frankreich gelangen, Belgien müsse wiederhergestellt werden und den Kongo behalten, das gleiche gelte für Serbien, das eventuell Albanien bekommen sollte. Konstantinopel müsse an Rußland kommen.

Wenn Österreich imstande wäre, mit Rußland auf dieser Basis einen geheimen Waffenstillstand zu schließen, so würde das eine vortreffliche Vorstufe für den Frieden abgeben. Der Kaiser ließ daraufhin die Prinzen wissen, daß der Friede auf folgenden Grundlagen geschlossen werden könnte: Abschluß eines Geheimwaffenstillstandes mit Rußland auf Grund des förmlich erklärten österreichischen Desinteressements an Konstantinopel, Zurückgabe von Elsaß-Lothringen, Wiederherstellung von Belgien, Schaffung eines südslawischen Königreiches mit Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien und Montenegro. Der Prinz bemerkte hierzu gegenüber dem Vermittler, daß die neuen Schwierigkeiten mit Amerika die Situation komplizierten und daß eine diplomatische Intervention in den gebräuchlichen Formen wenig Aussicht auf Erfolg habe, da Italien und Deutschland an

Digitized by Google

ihrem Mißlingen interessiert seien. Österreich dürfe nicht auf Deutschland Rücksicht nehmen, dessen Interessen andere seien und das Österreich recht gut verraten könne. Es würde besser sein, einen entschiedenen Schlag zur Sicherung der Monarchie zu führen und Deutschland vor die vollzogene Tatsache zu stellen. Wolle jedoch der Kaiser nicht so offen vorgehen, so müsse er ihm so rasch als möglich die nötigen Unterlagen zur Einleitung einer diplomatischen Aktion liefern. Von diesen einleitenden Schriften hätten nur der Kaiser, die Kaiserin und die Herzogin von Parma Kenntnis gehabt, während Czernin nur gewußt habe, daß der Kaiser einen Weg zur Eröffnung von Unterhandlungen gefunden habe. Am 13. Februar war Kaiser Wilhelm in Wien. Kaiser Karl hätte sich geweigert, mit Amerika zu brechen, so daß der deutsche Kaiser unzufrieden zurückgekehrt sei. Der Vermittler habe darauf ein von Karl unterzeichnetes französisches Dokument, dessen deutscher Entwurf von Czernin geschrieben oder diktiert worden sei, sowie eine geheime, deutsch abgefaßte Verbalnote des Kaisers überbracht. Diese beiden Schriftstücke wurden vom Prinzen Sixtus am 5. März Poincaré überreicht, der das Dokument Czernins für völlig ungenügend und ungeeignet zur Weitergabe an die Alliierten erklärte. Anders sei es mit der Geheimnote des Kaisers, die jedoch völlig von dem Dokument abweiche. Auch könnten Italiens Ansprüche nicht unberücksichtigt bleiben. Andererseits habe Frankreich Italien nicht Triest garantiert und daher könnte es und seine Verbündeten mit Österreich unterhandeln. Es sei im Interesse Frankreichs gelegen, nicht nur Österreich zu erhalten, sondern es auf Kosten Deutschlands durch Schlesien oder Bayern zu vergrößern. Mit Deutschland könne niemals Frieden geschlossen werden, bis es geschlagen sei. Drei Tage darauf fand eine zweite Zusammenkunft in Gegenwart Briands statt, der die offene Note gleichfalls für völlig ungenügend erklärte. Die vier Punkte seien Bedingungen sine qua non, aber nur für Österreich, nicht für Deutschland, das zunächst besiegt werden müsse. Am 16. März richtete Sixtus einen Brief an Kaiser Karl, in dem er um förmliche Anerkennung der vier Punkte bat und einen Entwurf für diese Anerkennung beilegte, der folgendermaßen gefaßt ist:

Österreich-Ungarn erkennt das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in der Form seines früheren Besitzes an und wird sich so viel wie möglich bemühen, die Ansprüche Frankreichs in dieser Hinsicht zu unterstützen. Belgiens Souveränität muß unter der gegenwärtigen Dynastie mit Beibehaltung des gesamten afrikanischen Besitzes und unbeschadet der sonstigen Entschädigungen für seine Verluste wiederhergestellt werden. Österreich-Ungarn hat niemals die Vernichtung Serbiens gewollt. Es erklärt sich bereit, es unter der augenblicklichen Dynastie wiederherzustellen und ihm ... zur Erlangung eines Zuganges zur Adria das jetzt besetzte Albanien zu überlassen. Durch ausgiebige wirtschaftliche Zugeständnisse wird es freundliche Beziehungen zu ihm herstellen. Österreich schlägt vor, auf der Basis seines Desinteressements an Konstantinopel gegen Austausch der gegenwärtig von den Russen besetzten Gebiete in Unterhandlungen mit Rußland einzutreten.

Digitized by Google

Sehr klar betont der Prinz Sixtus in seinem Begleitschreiben, daß es sich um einen Separatfrieden Österreichs handele, daß Frankreich fest entschlossen sei, den Krieg gegen Deutschland bis zu dessen Niederlage mit äußerster Energie fortzuführen und sucht Deutschland, das auch den Fall der asiatischen Türkei nicht habe hindern können, wegen Unterhandlungen mit Italien zu verdächtigen. Bald würde die ganze Welt gegen Deutschland sein und dann würde es seinen Verbündeten unmöglich werden, einen annehmbaren Frieden zu schließen. Moralisch würde der Rückzug dadurch möglich werden, daß man eine der unlöslichen Fragen zwischen Österreich und Preußen, wie etwa die polnische, aufwerfe. Auf dieses Schreiben hin wurden die Prinzen durch den Grafen Erdoedy aufs neue dringend zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kaiser eingeladen. Czernin könne man dabei nicht völlig ausschalten, wenn auch der Kaiser und die Kaiserin die treibenden Elemente wären. Diese Zusammenkunft fand am 23. März in größter Heimlichkeit in Laxenburg statt. Der Kaiser äußerte, daß bereits trotz all seiner Versuche das Dogma des Siegfriedens in Deutschland unerschüttert bleibe. Noch einmal würde er das Unmögliche versuchen, die Deutschen zu einem gerechten und billigen Frieden zu überreden. Gelänge das nicht, so wolle er die Monarchie nicht dem Wahnsinn des Nachbarn aufopfern und einen Separatfrieden schließen, jedoch nur, wenn Deutschland kategorisch die klare Aufforderung Österreichs, vernünftig zu unterhandeln, ablehne. Er wolle korrekt bis zum Ende bleiben. Der Prinz meinte, es würde sogar nötig sein, das linke Rheinufer zu neutralisieren. Da die Verhältnisse im Orient durch die russische Revolution verändert seien, so würde Österreich später die französischen Interessen, die auf Erhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel gingen, unterstützen und dafür die Unterstützung Frankreichs bei einer wirtschaftlichen Expansion auf Kosten Deutschlands finden. Der Kaiser bemerkte, daß Österreichs Hauptinteresse in Serbien, in der Unterdrückung der Geheimbünde bestände. Mit Bulgarien unterhandele bereits eine Ententemacht heimlich. Der Prinz wies wiederum auf Deutschlands verräterisches Spiel in Italien hin, wo ersteres gegen Österreich Haß und Verachtung schüre. Czernin, der darauf eingeführt wurde, meinte, daß er nur auf Grund der gegenwärtigen Kriegskarte sprechen könne. Unter allen Umständen müsse Frieden geschlossen und die nötigen Opfer gebracht werden, aber es sei schwierig, genaueres zu sagen. Was er kategorisch versichern könne, sei, daß ein guter Friede sofort angenommen werden würde. Mit den Deutschen müsse es, wie er glaube, über kurz oder lang zur Scheidung kommen, da sie Elsaß-Lothringen niemals würden aufgeben wollen. Der Prinz betonte, daß Friede mit Deutschland nur auf Grund der oft in der französischen Presse präzisierten Bedingungen, der Rückgabe des Elsaß und des Rückzuges der deutschen Truppen auf das rechte Rheinufer, möglich sein würde. Am folgenden Tage äußerte Czernin, der als überaus zurückhaltend

Digitized by Google

geschildert wird, dem Prinzen gegenüber in einer Privatunterredung, daß das Bündnis mit Deutschland an dem Tage ein Ende finden würde, da dieses es Österreich unmöglich machen würde, einen vernünftigen Frieden abzuschließen. Am Abend desselben Tages übergab dann der Kaiser dem Prinzen das schon durch Clemenceau bekannt gewordene Schreiben und versprach, zur Vermeidung von Komplikationen mit einer Offensive in Italien zu warten. Dieses Schreiben wurde Poincaré am 31. März überreicht. Der Prinz ließ dabei durchblicken, daß man in österreichischen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben glaube, daß eine der Ententemächte mit der Türkei in Unterhandlungen stehe, um ihr den Besitz von Konstantinopel zu garantieren. Poincaré erklärte, daß das Elsaß von 1814 nur ein Minimum darstelle und daß die französischen Verluste die Forderung weiterer Kompensationen notwendig machen würden. Betreffs Belgien einigte man sich über Grenzberichtigungen, besonders bezüglich Malmédys. Jules Cambon, der in Vertretung des inzwischen anstelle Briands getretenen Ribots erschienen war, kam wieder auf seinen alten Gedanken eines Austausches des Trentino gegen Schlesien zurück. Der Prinz betonte, daß der Kaiser in Zukunft auf die Politik einer „horizontalen Allianz" Rußland, England, Frankreich, Österreich hoffe. Am 12. April fand eine vierte Zusammenkunft des Prinzen mit Poincaré statt. Ribot, der diesmal teilnahm, berichtete über seine Zusammenkunft mit Lloyd George in Folkestone am 11., in der er ihm den Brief Karls mitgeteilt habe. Man beriet dann über die Art und Weise, wie man sich mit Italien, von dem aus man Indiskretion Deutschland gegenüber befürchtete, ins Benehmen setzen könne. Von Deutschland müsse man bei Bekanntwerden der Unterhandlungen das Schlimmste erwarten. Das Schicksal des türkischen Thronerben, Jussuf Izzedin, sei in dieser Hinsicht bezeichnend. Es wurde dann eine Zusammenkunft Lloyd Georges, Ribots und Sonninos in Saint Jean de Maurienne verabredet.

Danach wird erzählt, daß Karl in einer Zusammenkunft in Homburg am 3. April die größten Anstrengungen gemacht habe, Kaiser Wilhelm zu vernünftigen Friedensansichten, sogar unter Angebot eines Ersatzes für Elsaß-Lothringen durch Polen und Galizien, zu bereden. In Frankreich sei diese Zusammenkunft dahin aufgefaßt worden, als wolle man sich in Österreich über einen österreichisch-deutschen Separatfrieden mit Rußland einigen. Lloyd George äußerte am 18. April dem Prinzen gegenüber Mißtrauen, ob nicht Österreich das Spiel Deutschlands spiele und hoffte, daß Bayern dem Beispiele Österreichs folgen möchte. Zwei Tage später berichtete Lloyd George, Sonnino habe am 19. in Saint-Jean de Maurienne auf die Möglichkeit österreichischer Anerbietungen hin geäußert, es sei kein weißer Frieden möglich, das Trentino, Dalmatien und alle Küsteninseln seien für Italien unentbehrlich. Am 22. April formulierte Jules Cambon in einer Unterredung mit Sixtus den Standpunkt der französischen Regierung, nichts

Digitized by Google

ohne Italien unternehmen zu wollen. Sixtus ließ durchblicken, daß es ihm persönlich nur darauf ankäme, den Krieg zu beenden, wozu das beste Mittel sei, Österreich von Deutschland loszulösen. Man könne nicht immer mehr Leute opfern, nur weil Italien außerstande sei, zu nehmen, was es haben wolle. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen wurden dem Kaiser durch den Grafen Erdoedy überbracht, der nach seiner Rückkehr am 4. Mai dem Prinzen in Neufchâtel erklärte, daß Kaiser Karl bereit sei, einen Separatfrieden mit der Entente abzuschließen. Da sein Schritt vom 3. April in Homburg nicht angenommen sei, müsse er die Notwendigkeit, das Schicksal der Monarchie von Deutschland zu trennen, zugeben. Doch wolle er nicht zu direktem Verrat, etwa zu einem Angriff auf Deutschland nach Friedensschluß, gezwungen werden. Seit 1915 seien Österreich fünfmal, besonders von russischer Seite, Friedensangebote zugegangen. Die italienischen Ansprüche würden keine großen Schwierigkeiten mehr machen, da ihm vor etwa drei Wochen (eine Woche vor der Zusammenkunft von Saint-Jean de Maurienne) zwar nicht aus Rom oder von Sonnino, der von nichts wisse, aber aus dem Hauptquartier ein Friedensangebot zugekommen sei, das lediglich Ansprüche auf das italienischsprechende Trentino aufrecht erhalte. Aber der Kaiser wolle nicht mit Italien direkt, sondern nur über die Entente verhandeln. Grenzberichtigungen am Isonzo unter Aufrechterhaltung eines österreichischen Görz hielte er für möglich. Auch Rußland habe soeben durch den Fürsten Lwoff ein Friedensangebot gemacht. Wenn Österreich einen Frieden schließen würde, so würden die Munitionsarbeiter in Deutschland streiken. Am 1. Mai sei es zu ernsten Unruhen in Deutschland gekommen, während in Österreich alles gut stände. Am 8. Mai traf der Prinz zum zweiten Male mit dem Kaiser in Laxenburg zusammen, um diesen zur Annahme der italienischen Bedingungen zu überreden. Der Kaiser hielt den Augenblick, da Rußland, Serbien und Rumänien militärisch nicht mehr gefährlich seien, zum Friedensschluß günstig, war auch bereit, italienisches Gebiet abzutreten, lehnte jedoch Kompensationen durch Schlesien oder deutsche Kolonien als gefährlich für die Zukunft ab und schlug dafür Kompensationen durch italienisch Erythrea- und Somaliland vor. Czernin, der darauf eingeführt wurde, versprach Einzelheiten über das italienische Friedensangebot beizubringen, bestand aber darauf, daß die Kompensationen durch Italien, nicht durch Deutschland getragen würden. Österreich könne sich außerdem nicht eher auf eine Abtretung einlassen, ehe nicht die Entente der Monarchie den status quo garantiert habe. Der Prinz fragte Czernin, welche Haltung Deutschland gegen ein friedenschließendes Österreich einnehmen würde. Czernin erwiderte, Österreich sei keineswegs, wie man sich in Frankreich einbilde, völlig in Deutschlands Händen. Ohne Österreich-Ungarn müsse Deutschland verhungern. Da Österreich jetzt von der russischen Gefahr befreit sei, werde es schon verstehen, sich Respekt zu verschaffen. Er ließ durch-

Digitized by Google

blicken, daß ihm die Rodomontaden des deutschen Hauptquartiers keineswegs Eindruck machten und daß er den deutschen Kanzler mit keinerlei besonderer Rücksicht behandele. Der Prinz erwiderte darauf lächelnd, daß er nicht erstaunt sein würde zu hören, daß Kaiser Wilhelm ihm das eiserne Kreuz abgenommen habe. „Ich habe es nicht erhalten," sagte der Graf mit dem Ausdruck ernsthaften Ärgers. „Dann sind Sie," bemerkte der Kaiser ungeniert lachend, „das außerordentliche Beispiel eines Staatsmannes, der das eiserne Kreuz nicht besitzt." Nach der Verabschiedung Czernins erklärte der Kaiser noch: wenn Deutschland fortfährt, unsere vernünftigen Ratschläge außer acht zu lassen, so werden wir, weil es unser Recht und unsere Pflicht ist und wir die Mittel dazu haben, ohne es Frieden schließen. Sollte dies jedoch zu einem Bruch zwischen uns und Deutschland führen, so muß ich in der Lage sein, auf Unterstützung durch die Entente zählen zu können. Am 9. Mai gibt Karl Sixtus einen neuen Brief mit nebst einer die Verhandlungen des Vorabends zusammenfassenden Note Czernins, die „Daily Telegraph" vom 5. ebenfalls in facsimile vorlegt. Diese Note lautet:

I. Eine einseitige Gebietsabtretung Österreich-Ungarns ist ausgeschlossen. Bei einer Kompensation durch anderes Gebiet wäre der Gedanke ventilierbar; falls in Betracht gezogen wird, daß der leidenschaftlich verteidigte, mit dem Blut unserer Soldaten getränkte Boden einen für uns unvergleichlich höheren Wert hat als irgend ein neues Gebiet.

II. Welches sind die Garantien, die uns geboten werden, daß bei einer Friedenskonferenz die Integrität der Monarchie (mit den evtl. jetzt beschlossenen Grenzrektifikationen) bestehen bleibt?

III. Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Österreich-Ungarn erst dann mit seinen Verbündeten in Besprechungen eintreten kann.

IV. Immerhin ist Österreich-Ungarn bereit, die Besprechungen fortzusetzen und nach wie vor geneigt, für einen e h r e n v o l l e n Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen.

Am 13. Mai sei der deutsche Kanzler nach Wien gekommen, um Österreich noch enger an Deutschland zu binden. Karl habe sich am 14. geweigert und außerdem das italienische Angebot abgelehnt. Am 20. Mai fand eine fünfte Zusammenkunft mit Poincaré und Ribot statt, in der der Prinz den kaiserlichen Brief und die Note Czernin überreichte. Poincaré meinte, die Kompensationsfrage würde Schwierigkeiten machen. Ribot verlangte genauere Einzelheiten, und schlug vor, den König von Italien ins Vertrauen zu ziehen. Er fürchtete, daß Italiens Hilfe der Entente durch Abschluß des Friedens mit Österreich verloren gehen würde und wies darauf hin, daß Rumänien gänzlich außer acht gelassen sei. Poincaré wies darauf hin, daß die Lage derart sei, daß Serbien, Rumänien und Polen ihre Ansprüche revidieren müßten. Auf einer letzten Zusammenkunft des Prinzen mit Lloyd George und Paul Cambon am 23. Mai schlug Lloyd George eine Zusam-

Digitized by Google

menkunft der Monarchen und Poincarés vor. Sonnino aber sei gegen diese Zusammenkunft gewesen und der Brief Karls, sowie die Note Czernins seien somit unbeantwortet geblieben, wenn man auch beschlossen habe, durch Vermittlung des Grafen Armand und Reverteras in der Schweiz die Fühlung aufrecht zu erhalten.

* * *

Soweit im wesentlichen die Dokumente. Ob die Erzählung der Vorgänge im einzelnen zutreffend ist, kann nicht entschieden werden. Cadorna hat dementiert, doch wird auch im Bericht das italienische Angebot dem damaligen Generalstabschef Porro zugeschrieben. Ribot hat erklärt, die Rolle, die man ihn spielen lasse, übernehmen zu wollen. Die französische Presse hat mit dem offensichtlichen Zweck, die sofort nach der Veröffentlichung in Italien lebhaft hervortretende Entrüstung über die Geheimhaltung der Verhandlungen zu beruhigen, mehrfach erklärt, daß die den französischen Staatsmännern und insbesondere Poincaré zugeschriebenen Äußerungen teilweise auf Erinnerungsfehlern beruhen müßten. Diese Frage ist insofern von geringerer Bedeutung, als die Haltung sowohl Poincarés wie Lloyd Georges in allem Wesentlichen vollkommen korrekt gewesen ist und nur Poincaré ein leises Schwanken darüber hat durchblicken lassen, ob man verpflichtet wäre, das zu großen Teilen deutschfreundlich gesinnte Italien in allen Punkten zu befriedigen. Eine wirkliche Hintergehung Italiens ist jedoch zu keiner Zeit ins Auge gefaßt worden.

Wichtiger ist, Klarheit darüber zu erlangen, welche Rolle Czernin bei den Verhandlungen gespielt hat. Nach sehr sorgfältiger Erwägung aller in der Erzählung des „Daily Telegraph" vorgebrachten Umstände, kann man sich des bestimmten Eindrucks nicht erwehren, daß Czernin von Kaiser Karl über Ausgangspunkt, Ziel und Umfang der Verhandlungen zum Teil falsch, zum Teil unvollständig orientiert worden, und daß es recht gut möglich ist, daß seine im Frühjahr 1918 abgegebene Erklärung über die Initiative Frankreichs bei diesen Verhandlungen völlig in gutem Glauben gemacht worden ist. Dadurch würde auch sein Dementi des von Clemenceau veröffentlichten Kaiserbriefes auf Grund eines verstümmelten und wahrscheinlich nachträglich zu diesem Zwecke abgefaßten rohen Entwurfs zu diesem Briefe verständlich. Aus diesem Grunde ist auch Czernins kürzlich erfolgte Erklärung, daß das von ihm redigierte Dokument nur ein Aide-Mémoire für die Unterhandlungen bilden solle, und daß die französische Interpretation von durch Österreich verlangten Garantien zum Schutze vor Deutschland falsch sei, durchaus korrekt. Es ist leicht möglich, daß Czernin, von Verstimmungen gegen Deutschland abgesehen, des ehrlichen Glaubens gewesen ist, daß, wenn die Entente Österreich erträgliche Bedingungen mache, Wien in Berlin mit mehr Erfolg auf einen Kompromißfrieden hin hätte drängen können.

Digitized by Google

Fragen wir endlich nach dem Zweck der Veröffentlichung, so ist er sicher nicht der gewesen, Italien zur Mäßigung seiner Ansprüche in seinem Konflikt mit den Südslawen anzuhalten. Hat die Veröffentlichung doch, wie schon erwähnt, in Italien so heftig verstimmt, daß Barrère in Rom eigenmächtig erklären mußte, daß niemals davon die Rede gewesen sei, Italien zu hintergehen. Vielmehr nimmt sich der ganze Bericht, besonders wenn man den Kommentar des „Daily Telegraph" vom 6. dazu nimmt, aus, wie eine Apologie oder mindestens Entlastung der Habsburger und insbesondere Kaiser Karls, der die ernsthaftesten und anhaltendsten Versuche gemacht habe, sich den deutschen Gewaltsamkeiten zu entziehen. Besonders charakteristisch ist auch der durch den Kommentar unterstrichene, jedoch auch im Bericht deutlich hervortretende Gegensatz zwischen dem Friedenseifer Karls und der eisigen diplomatischen Zurückhaltung Czernins, der als „Schüler Metternichs" bezeichnet wird. Ist diese Deutung richtig, so würde daraus hervorgehen, daß England sein Spiel in Ungarn noch immer nicht aufgegeben hat. Daß der Bericht im großen ganzen korrekt ist, beweist der Umstand, daß ein direktes Dementi bis jetzt weder von Poincaré, noch von Briand, noch von Jules Cambon, noch von Lloyd George erfolgt ist. Die gleichzeitige Veröffentlichung in der Pariser „Opinion" würde lediglich auf die Absicht hinweisen, den englischen Plan auf Rehabilitierung der Habsburger durch einen französisch-italienischen Pressestreit zu verschleiern.

Denikins Ende

Von Axel Schmidt

Neulich sagte ein ukrainischer Politiker zu mir, der kürzlich aus der Ukraine zurückgekehrt war: „Im Grunde genommen müßte die ukrainische Volksrepublik Lenin und Denikin zu ihren Ehrenmitgliedern ernennen, weil erst ihr roter und weißer Terror den national-ukrainischen Gedanken bis ins entlegendste Dorf getragen hat." Dieses Wort wird trefflich illustriert durch einen Brief eines ukrainischen Bauern an einen ukrainischen Politiker in Paris, den die in Lemberg erscheinende ukrainische Zeitung „Vpered" in Lemberg kürzlich veröffentlichte. Im Brief, der vor dem Bauernaufstand geschrieben ist, heißt es u. a.:

„Die Bauernschaft versteht nicht alles, was geschieht und was geschehen ist. Jetzt aber, besonders nach dem zweiten Einmarsch der Bolschewisten, hat die ukrainische Idee sehr an Bedeutung gewonnen. Jetzt wird man keinen Bauern mehr finden, der sich dessen nicht bewußt wäre, daß er ein Ukrainer ist. Ferner beginnen die Ukrainer einzusehen, daß ihnen nur die Ukrainer Land geben würden, und sie haben dabei am meisten die ukrainische Zentralrada im Sinne. Es ist interessant, daß auch die Kijewer Arbeiterschaft, welche seinerzeit die Zentralrada bekämpfte, jetzt ihren Fehler über-

Digitized by Google

aus bedauert. Was die gegenwärtige Stimmung betrifft, so gebe ich Ihnen die Versicherung, daß die Bauern sich nimmermehr mit einer Rückkehr der Gutsbesitzer aussöhnen würden. Augenblicklich ist eine neue große Aufstandsbewegung in Vorbereitung. Als Denikin kam, begann eine bedeutende Linksschwenkung der Bauernschaft und ihre entschiedene Hinneigung zur nationalen Regierung. Das Dorf wird noch sein Wort sprechen."

Das Dorf hat inzwischen so gründlich gesprochen, daß sich Denikin, den die lebhafte Phantasie der russischen Emigranten in Deutschland bereits in einigen Monaten in Moskau einziehen sah, auf einem fluchtartigen Rückzug befindet. Sein Ende ist noch nicht abzusehen, weil das gesamte ukrainische Hinterland von den Flammen des Aufruhrs erfaßt ist. Selbst französische Blätter, die wahrlich keine Vorliebe für die ukrainische Bewegung besitzen, geben zu, daß am Zusammenbruch Denikins der ukrainische Bauernaufstand mehr als die Sowjetarmee beigetragen hat. So schreibt z. B. die „Petit Republique":

„In der Ukraine sind Denikins Mißerfolge weniger der Überlegenheit der Sowjetarmeen als der wachsenden Unzufriedenheit unter der ukrainischen Bevölkerung zuzuschreiben, die antibolschewistisch, aber noch mehr nationalistisch gesinnt ist. Denikin wurde von der antibolschewistischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten furchtbar gehaßt. Unverzeihliche Fehler hat er begangen. Er hat nach der Einnahme von Kiew die gemeinsame Front mit der ukrainischen Nationalarmee abgelehnt und sich gegen Petljura gekehrt. Seine unheilvollen Bemühungen haben nur eine neue Invasion der roten Armee in die unglückliche Ukraine herbeigeführt."

Denikin war aber nicht nur das beste Pferd der russischen Reaktion, sondern auch das letzte, weil Koltschak schon lange das Rennen um Moskau hatte aufgeben müssen. Sieger über die russischen Generale, die den russischen Weltstaat wieder aufrichten wollten, sind aber nicht allein die Bolschewisten, sondern auch die Randvölker, die sich, wenn auch mit schweren Opfern, ihre nationale Unabhängigkeit mehr oder weniger erkämpft haben. Estland, Lettland und Litauen sind schon de facto, wenn auch nicht de jure anerkannt; auch den kleinen Republiken des Kaukasus Aserbeidschan, Georgien und Armenien hat der oberste Rat in Paris ihr Recht auf eigenes staatliches Leben zugebilligt. Nur mit der Ukraine ist die Sache noch in der Schwebe, wenn sich auch augenscheinlich die Wagschale zugunsten der Selbständigkeit, wenn auch mit beschränkten Grenzen, zu senken beginnt. Für Ostgalizien und Ungarisch-Ruthenien, ersteres unter polnischem Mandat, letzteres unter Einverleibung in den tschechischen Staat, sind bereits Statuten ausgearbeitet worden, die den Ukrainern wirtschaftlich und kulturell weitgehende Sicherheiten gegen eine Entnationalisierung bieten. Wenn den ukrainischen Irredenten vom obersten Rat in Paris das Recht auf nationale Entwicklung so weit zugebilligt wird, ist es undenkbar, daß das ukrainische Kerngebiet einfach als russische Provinz behandelt werden sollte.

Die westeuropäische Presse beginnt immer häufiger das ukrainische Problem

Digitized by Google

zu behandeln, wobei seit dem Zusammenbruch Denikins die Möglichkeit des Entstehens eines „einigen ungeteilten Rußlands" in immer aussichtslosere Ferne rückt. Damit dürfte auch des großrussischen Botschafters Maklakow Einfluß in Paris, der auf Kosten der französischen Regierung das verfallene russische Reich noch weiter repräsentiert, im Schwinden sein. Bisher vertrat er die Ansicht, daß Rußlands Schicksal erst auf der allgemeinen russischen Nationalversammlung entschieden werden könnte. Diese Meinung wurde bisher von Pichon geteilt, der von einer Selbständigkeit der Ukraine nichts wissen wollte, weil Frankreich seinen alten Bundesgenossen einen Verzicht auf die reichsten Gebiete nicht zumuten dürfe. Clemenceau war anderer Meinung. Seitdem in Rußland der Bolschewismus herrschte, hatte dieser Staat für ihn keinen Wert, weil er nicht als Kettenhund für Deutschlands Einkreisung im Osten zu benutzen ist. Er plante deswegen die Bildung eines antideutschen Vierbundes unter Polens Führung, dem außer Tschechien und Rumänien auch eine kleine selbständige Ukraine zugedacht war, deren westliche Gebiete freilich zur Verstärkung der polnischen Macht diesem Staate überlassen werden sollten. Neben diesen beiden Meinungen innerhalb der französischen Regierung gab es noch unter den radikalen Sozialisten in Frankreich eine ukrainerfreundliche Strömung. Diese Elemente unter Führung von Franklin-Bouillon traten für ein großes selbständiges ukrainisches Reich ein, einschließlich Galiziens und Lembergs, wofür Polen auf Kosten Deutschlands durch Danzig entschädigt werden sollte. England, das nicht nur in den Ostseestaaten die Randvölker begünstigte, sondern sich den neuesten Nachrichten zufolge in Batum schon ganz häuslich niedergelassen, und dieser Stadt den Anstrich einer englischen Kolonie gegeben hat, war bisher die beste Stütze des russischen Imperialisten Denikin. Diese doppelte Politik war nur zu gut begründet. In den Gebieten, die laut Abmachung der Entente in die englische Einflußsphäre fielen — Ostseegebiet und Kaukasus — trat England durchaus für das Selbstbestimmungsrecht ein, um dort allein nach seinem Belieben schalten zu können. In der Ukraine dagegen, die Frankreich als Einflußsphäre zugeteilt war, beliebte es, für den russischen Gesamtstaat einzutreten, um sich nicht ganz ausgeschaltet zu sehen. Jetzt, wo Denikin als politischer Machtfaktor in Fortfall gekommen, dürfte die englische Diplomatie ohne Zaudern ihre Politik neu aufbauen und es wäre nicht verwunderlich, wenn man nächstens wieder von Bendwin Sands, dem Sekretär der englisch-ukrainischen Gesellschaft, etwas in der englischen Presse hören würde. Ebenso wie England, ohne Zaudern nach Judenitsch und Koltschaks Niederlage, darin ging, als Erster mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten, ist es wahrscheinlich, daß es jetzt bald mit Petljura Fühlung suchen wird. Italien ist an der ukrainischen Frage politisch wenig beteiligt; es wird sich mit jedem Machtfaktor dort abfinden, der ihm Getreide, Eisen und

Digitized by Google

Kohlen liefert, um endlich von der Gnade Englands und Amerikas frei zu werden. Japan dagegen ist im höchsten Maße rein politisch an dem Schicksal der Ukraine interessiert. Es ist, nachdem es seit der Revolution nicht mehr Rußlands Macht zu fürchten braucht, der ausgesprochenste Gegner der ukrainischen Selbständigkeit. Es glaubt nicht mit Unrecht, daß der großrussische Reststaat die von Japan geplanten Amputationen in Sibirien leichter verschmerzen werde, wenn die reiche Ukraine ihm verbleibt, als wenn sich auch dieses Gebiet selbständig machen würde. Amerika, das sich augenscheinlich fürs erste wenigstens aus dem europäischen-politischen Geschäft zurückziehen will, war während der Pariser Beratungen kein Freund der Ukraine. Seitdem aber Denikin und die Polen solch furchtbare Progrome inszeniert haben — nach jüdischen Schätzungen beträgt die Zahl der Toten bei den Denikinschen Judenverfolgungen allein nicht weniger als 167 000 — ist die Stimmung bei den Amerikanern ein wenig ukrainerfreundlicher geworden.

Wie stellt sich aber die bolschewistische Regierung zu der ukrainischen Nationalbewegung? Wie erinnerlich, hat Lenin, solange der Zarismus am Ruder war, die Ukraine stets mit Irland verglichen und für beide die vollständige Unabhängigkeit verlangt. Als er ans Ruder kam, wurde deswegen seine Partei in der Ukraine mit großen Hoffnungen begrüßt. Nur zu bald freilich kam der Rückschlag; Lenin erklärte das Selbstbestimungsrecht der Völker für „reaktionär, bourgeoishaft und kapitalistisch, sofern es der Ausbreitung des Weltbolschewismus hinderlich" sei. Die Ukrainer lernten nur zu schnell den bolschewistischen Terror am eigenen Leibe kennen, und selbst die Bauern, die anfänglich viel von ihm erhofft hatten, sahen sich enttäuscht, weil sie vom Bolschewismus ebenso ausgeplündert wurden, wie der Bürgerliche in den Städten. Jetzt ist der ukrainische Bauer nicht nur zum Hauptträger des Kampfes gegen Denikin geworden, sondern auch gegen den Bolschewismus. Lenin hat deswegen auch seinen schweren Fehler in der Behandlung des ukrainischen Problems eingesehen und jetzt beim Vormarsch der Sowjettruppen folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Unabhängigkeit der Ukraine ist von dem allrussischen Zentral-Bezugsausschuß und von der russischen Kommunistenpartei anerkannt worden. Es bleibt endgültig die Frage zu lösen, ob die Ukraine mit Rußland verschmelzen oder unabhängig bleiben, oder in eine föderative Verbindung eintreten solle, — und dies hat ein Allukrainischer Arbeiter- und Bauern-Rätekongreß zu entscheiden. Der Kapitalismus hat die Völker in Unterdrücker und Unterdrückte gespalten. Seit Jahrhunderten nähren die unterdrückten Völker die Hoffnung auf Befreiung von den Großmächten, ein Volk wie das ukrainische z. B. von einem Volk wie dem großrussischen. Wir wollen einen Freiwilligenbund der Völker, ohne jede Vergewaltigung. Man darf nicht vergessen, daß die Bourgeoisie immer auf der nationalen Saite zu spielen bestrebt ist. Dort wo der Nationalismus einsetzt, triumphiert die Gegenrevolution. Wer den engen Bund der großrussischen

Digitized by Google

Bauern und Arbeiter zerreißt, hilft den Denikin-Leuten und den Kapitalisten der ganzen Welt. Deshalb müssen wir großrussischen Kommunisten mit großer Strenge und Härte die geringsten Äußerungen von großrussischem Nationalismus in unsern Kreisen ausrotten, zu Zugeständnissen an die ukrainischen Kommunisten bereit sein, wenn es sich um die nationale Frage handelt."

Die Zeit, wo solche Worte noch einen Ukrainer locken konnten, sind vorüber. Der ukrainische Bauer hat durch die zwei Jahre Bolschewismus endlich erkannt, daß nur eine eigene ukrainische Regierung ihm seine wirtschaftlichen Wünsche erfüllen kann. Er wird daher nicht eher Ruhe geben, als bis er seines größten Sohnes Vermächtnis erfüllt hat, den schwerer Fehler Chmelnyzkyjs im 17. Jahrhundert, die Ukraine Moskau anzugliedern, wieder rückgängig gemacht haben wird.

Bayern und der Einheitsstaat

Von Oberlandesgerichtsrat Karl Pfister (München)

I.

Bayern hat für die deutsche Geschichte eine eigene schicksalhafte Bedeutung gehabt. Seit den Tagen, da es von Barbarossa ohne die Ostmark Österreich an das Haus Wittelsbach gegeben wurde, ist es, während im Reiche die Länderkarte immer bunter wurde, als ein geschlossenes Territorium stehen geblieben und hat einen Block gebildet, der die habsburgische Kaisermacht vom Reiche schied, ähnlich wie das Tschechenland zwischen dem Deutschtum der österreichischen Länder und der norddeutschen Tiefebene gelagert blieb. Als Bollwerk gegen die Kaisermacht und die Einheit des Reiches wurde Bayern von Frankreich und von Friedrich dem Großen aus bewußtem französischen und preußischen Eigennutz erhalten bei zwei verschiedenen Gelegenheiten, die sich Österreich boten, Bayern zu erwerben. Die selbständige Existenz Bayerns wurde mit die Ursache, daß Preußen sich zum deutschen Reiche ausgewachsen hat und Österreich ausscheiden mußte. Wenn je die großdeutschen Hoffnungen auf Vereinigung von Deutschösterreich mit dem Reiche verwirklicht werden sollen, bildet Bayern das Bindeglied. Die Vereinigung zu hindern, wird der französische Gesandte, der sich demnächst in München ansiedeln wird, zur Aufgabe gestellt erhalten.

Unter diese Perspektive darf man die Aufnahme stellen, welche der Beschluß der preußischen Landesversammlung auf Einführung des Einheitsstaates in Bayern gefunden hat. Hier ist wieder einmal die Mainlinie sichtbar geworden, man versteht sich hüben und drüben nicht. Eine Brücke des Verständnisses schlagen zu helfen, soll die Aufgabe dieser Zeilen sein. Sie ist um so nötiger, als gar mancher, der seit Jahrzehnten in München sich aufhält, aber die verstehende Liebe für

Digitized by Google

bayerisches Volkstum nicht hat, dazu beiträgt, das Mißtrauen des Nordens gegen bayerische Reichstreue zu schüren.

Das bayerische Staatsgefühl ist nicht von der ausgreifenden, eroberungslustigen Art des preußischen Nationalgefühls, es geht niemals darauf aus, andere zu regieren oder in fremde Angelegenheiten darein zu reden; um so entschiedener bäumt es sich dagegen auf, von anderen regiert zu werden. Bayern ist durchaus reichstreu und diese Gesinnung ist im Volksempfinden fest verankert, trotz allem, was gelegentlich an partikularistischen Äußerungen zum Vorschein kommt. Das Reich ist dem Bayern ein Ideal, das er von Preußen wohl unterscheidet. Der Bayer will seine Reichstreue als eine freiwillige Hingabe an dieses Ideal aufgefaßt haben und nimmt es sehr übel, wenn man ihm statt dessen vorrechnet, daß er gar keine andere Wahl habe, daß er gezwungen sei, beim Reiche zu verbleiben, weil ihm Preußen die Kohlen vorenthalten könne und dergleichen. Vor noch nicht langer Zeit hat das ein bedeutender Redner aus Berlin erfahren müssen, weil er in einer Münchener Versammlung derartige Gedankengänge entwickeln wollte. Er hatte sich um alle Sympathien gebracht und wurde nicht zu Ende angehört.

Natürlich ist sich der Bayer auch seiner Stammesverwandtschaft mit den Deutschösterreichern bewußt. Sie stehen seinem Herzen näher als der Norddeutsche und in den Tagen, da fast gleichzeitig der Habsburger und Wittelsbacher Thron fiel, war es nicht verwunderlich, daß der Gedanke einer engeren Vereinigung Bayerns mit Österreich erwogen wurde, so auch von Dr. Heim in einer Artikelreihe im „Bayerischen Kurier". Man sollte das billigerweise nicht außer Zusammenhang mit der damaligen Situation beurteilen. Berlin schien dem Bolschewismus zu verfallen und noch war nicht erkennbar, daß die unheilvolle Persönlichkeit Eisners in München noch schlimmeren Auswirkungen von Verbrechen und Wahnsinn den Boden bereite. Als Beweis reichsverräterischer Gesinnung dürfen sie nicht genommen werden.

Bayern hat mehr als gut war an den äußeren Zeichen seiner früheren staatlichen Selbständigkeit gehangen, so an der bayerischen Briefmarke und seinem Gesandtschaftsrechte. Es hat jetzt diese Dinge aufgegeben und hat, was wichtiger ist, die Militärverwaltung, die Steuerverwaltung, Post und Eisenbahn an das Reich abgegeben. Man hat hier das Empfinden, daß es nun genug sei mit den Opfern an Selbständigkeit. Gegen jegliche unnötige Zentralisierung und Regiererei von Berlin aus wird sich von nun an Bayern mit Erbitterung wenden. Ein kleines Beispiel zum Verständnis: Das bayerische Ministerium hat den zum Tode verurteilten Hochverräter Leviné-Nießen erschießen lassen, den Mörder Eisners, den Grafen Arco zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt. Das bayerische Volk würde es nicht ertragen, daß derartige Entscheidungen künftig in Berlin

Digitized by Google

getroffen würden. Vor allem aber will Bayern keine preußischen Landräte an Stelle seiner so ganz anders gearteten Bezirksamtmänner und keine preußischen Richter bei sich sehen. Man täusche sich darüber in Berlin nicht und verlasse sich nur ja nicht darauf, daß man Bayern in vollständige finanzielle Abhängigkeit gebracht habe und ihm deshalb auch noch Justizverwaltung und innere Verwaltung entwinden könne. Daß derartige Absichten von preußischen und Reichsministern geäußert worden sind, hat, wie es hier hieß, dem Faß den Boden ausgeschlagen. Das bayerische Zentrum hat mit dem Austritt aus dem Reichstagszentrum geantwortet. Diese kräftige Geste hat freilich eine ganz besondere Veranlassung, die man kennen muß, um sie richtig zu beurteilen. Sie ist ausschließlich auf die Persönlichkeit des Dr. Heim und seine besonderen politischen Absichten zurückzuführen. Dr. Heim, der Organisator des bayerischen Bauerntums in den christlichen Bauernvereinen und Darlehnskassenvereinen, hat sich im Zentrum empor gedient, ohne ein wirklicher Klerikaler zu sein. Seine Mitbrüder im Zentrum, die wohl erkannten, daß er nicht ganz echt sei, haben sich seine Arbeit fürs Zentrum zwar gefallen lassen, ihn aber von politischer Führung fern zu halten gewußt. Er hat sich deshalb schon seit längerer Zeit von der eigentlichen Politik ferne gehalten und erst in den Tagen der Revolution den Versuch gemacht, eine nicht konfessionelle Partei unter der Flagge Bayerische Volkspartei zu gründen. Der Plan mißglückte, weil sich das Zentrum vollzählig unter der neuen Fahne einfand und die beigetretenen Protestanten bald wieder austraten. Der Gegner des Zentrums auf dem platten Lande ist der Bauernbund, der im Grunde kein Programm hat und nur von dem Gegensatz zum Klerikalismus und der Pflege bäuerlicher Sonderinteressen lebt. Weil ihm bedeutende Köpfe fehlen, ist er vorübergehend sogar in die Gefolgschaft Eisners geraten. Bei den letzten Wahlen ist er überraschend erstarkt und hat der Demokratie die bisher liberalen Bauern des Allgäus abgewonnen. Das Haupt dieses Bauernbundes wollte Dr. Heim werden und ihm möglichst viel von seinem Anhange im Zentrum zuführen. Schon hatte er mit Bauernbundführern gemeinsame Versammlungen abgehalten und die Ablehnung seines Antrages auf Austritt des bayerischen Zentrums aus dem Reichstagszentrum sollte den Anlaß zu seinem Bruch mit dem bayerischen Zentrum geben. Dieses parierte, indem es den Antrag annahm. Trotzdem dieser Austritt hiernach erheblich geringere Bedeutung hat, als es scheinen möchte, so ist doch die Tatsache festzuhalten, daß das bayerische Volk alle unnötige Zentralisierung entschieden ablehnt und Vergewaltigungen mit dem Hasse des Unterdrückten beantworten würde. Man darf erwarten, daß eine demokratische Regierung hier nicht Sünden auf sich laden wird, die sie dem alten Regime mit Recht ankreidet.

Digitized by Google

II.

Der bayerische Staatsrechtslehrer Seydel nannte das Bismarck'sche Deutsche Reich einen Staatenbund, weil es durch Staatsverträge zustande gekommen war und die verbündeten Regierungen Inhaber der Regierungsgewalt im Gesamtstaat waren. Würde man diesen Wortgebrauch angenommen haben, so hätte man die Reihe: Staatenbund, Bundesstaat und Einheitsstaat gehabt und wir hätten sagen können, durch die Weimarer Verfassung ist das deutsche Reich aus einem Staatenbund ein Bundesstaat geworden, weil in dem parlamentarisch regierenden Reichstag und in dem Reichspräsidenten zentrale Staatsgewalten entstanden sind, die von den Einzelstaaten unabhängig sind. So hat man auch von den Vereinigten Staaten gesagt, daß sie aus einem Staatenbund ein Bundesstaat geworden sind, als sie sich einen aus Volkswahlen hervorgegangenen Präsidenten als Inhaber der zentralen Staatsgewalt bestellten. Man legte aber 1871 Wert darauf, das neue Reich als Erfüllung der Hoffnungen von 1848 hinzustellen und den Fortschritt, den man im Vergleich mit dem alten deutschen Bunde gemacht hatte, durch Annahme des Wortes Bundesstaat auszudrücken. Für das, was in Weimar geschehen, ist jetzt kein Wort mehr übrig. Man behauptet, das deutsche Reich sei in Weimar ein Einheitsstaat geworden und läßt unter den Tisch fallen, was das deutsche Reich noch immer von einem wirklichen Einheitsstaate, wie Frankreich oder Preußen, scheidet. Man ist versucht, sich mit einem neuen Wort „Einheitsbundesstaat" aus der Verlegenheit zu ziehen.

Wenn man aber auf die geschichtlichen Grundlagen unserer Verfassung zurückgeht, auf das Jahr 1848, kann man nicht im Zweifel sein, daß man das jetzt Geschaffene einen Bundesstaat zu nennen habe. Denn gerade das, was uns jetzt zum Einheitsstaat gemacht haben soll, ein Reichsparlament mit parlamentarischer Regierung und einen erblichen Kaiser (jetzt Präsidenten) zur Regierung des über den Einzelstaaten errichteten Gesamtstaates, das wollte man auch damals und nannte es Bundesstaat. Freilich hätte man 1848 den Weimarer Bundesstaat nicht für ein lebensfähiges Gebilde angesehen. Man war nicht der Meinung, daß Preußen in diesen Bundesstaat als Bundesglied eintreten könne, sondern verlangte, daß Preußen im Reiche aufgehen müsse, wie am 21. März 1848 ein nicht eingelöstes Königswort versprochen hatte. Und wie man sich dieses Aufgehen Preußens in Deutschland dachte und warum man den in Weimar geschaffenen Zustand für unhaltbar angesehen hätte, das ist heute noch lehrreich zu lesen. So sagt Pfizer in dem 1832 erschienenen Briefwechsel zweier Deutschen: „Es handelt sich nicht darum, dem preußischen Staate, sondern Deutschland mehr Einheit zu geben; alles liegt daran, daß der preußische Staat kein ungebührliches und schädliches Übergewicht erhalte. Eben weil eine kraftvolle föderative Staatsver-

Digitized by Google

fassung wegen der uns eingeborenen Vielheit angestrebt werden muß, ist im Interesse Deutschlands zu wünschen, daß die preußische Monarchie keine allgemeine Volksvertretung erhalte, sondern Provinzialvertretungen. Würde die preußische Monarchie jetzt durch Einführung eines preußischen Parlaments vollständig zentralisiert, so könnte Deutschland leicht einen Oberherrn in dem alsdann in Deutschland übermächtigen preußischen Volke bekommen, wovor Gott uns in Gnaden behüte." Ein Leitartikel der „Deutschen Zeitung" vom 11. Dezember 1848 beantwortet die Frage, wie sich Preußen organisch in Deutschland einfüge, wie folgt: „Der König von Preußen als erblicher Kaiser wird an der Spitze des Bundesstaates sich zu ewigem Schwanken verurteilt sehen zwischen seiner doppelten Regierung, seinen zwei Parlamenten, seinen zwei Residenzen (man dachte sich Frankfurt als Reichshauptstadt). Das geht nicht ... Wir müssen in Deutschland nur eine große Regierung, nur ein Parlament haben. Der Kaiser gewährte seinen früheren Provinzen, jetzt kaiserlichen Reichsländern, eine größere Autonomie unter Statthaltern und erweitere deren Zuständigkeit bis nahe an den Grad innerer Selbständigkeit, der nach der Reichsverfassung den fürstlichen Reichsländern noch verbleiben wird ... So entstünde ein einheitliches Reich." In der staatsrechtlichen Einsicht ging man in Berlin mit diesen Stimmen vollständig einig. So sagte Bismarck 1849 im preußischen Landtag: „Ich kann mir nicht denken, daß in Preußen und Deutschland zwei Verfassungen nebeneinander bestehen können." Ähnlich Stahl: „Reichstag und Landtag sind ohne Nebenbuhlerschaft und Kämpfe nebeneinander nicht möglich." Nur wollte man nicht in Deutschland aufgehen: „Meine Preußen sind in überwiegender Weise schwarz-weiß und lassen Deutschland höchstens als Akquisition aber keineswegs als Gegenstand gelten, in welchem sie aufgehen sollten," sprach damals König Friedrich Wilhelm IV. und wehrte sich sein Königreich Preußen, „die herrliche Schöpfung Gottes durch die Geschichte, aufzulösen aus Gehorsam gegen eine Versammlung, welche die angestammten höchsten Autoritäten des Vaterlandes für nichts achtet," soweit der Stammvater der Hirsch und Heine.

Bismarck hat dann das Reich geschaffen, ohne Preußen aufzulösen und zwar, wie man ihm nachrühmte, indem er zwei demokratische Vorurteile überwand, das parlamentarische und das unitarische Vorurteil. Ohne Reichsminister und ohne parlamentarische Regierung besorgte der König von Preußen für die verbündeten Regierungen durch seinen ersten Minister, genannt Reichskanzler, die Reichsgeschäfte. Schon die Revolution unter Prinz Max von Baden entzog der Bismarck'schen Konstruktion den Boden, da die Rückkehr zu den „demokratischen Vorurteilen" der einzige Ausweg war. So haben die Männer von 1848 wieder Recht bekommen.

Digitized by Google

III.

Der Beschluß der preußischen Landesversammlung hätte moralische Eroberungen in Süddeutschland machen können, wenn er klar die Absicht zum Ausdruck gebracht hätte, daß Preußen nun wirklich im Reiche aufgehen wolle. Er tat die gegenteilige Wirkung, weil man das unglückliche Wort Einheitsstaat gebrauchte und an die nichtpreußischen Staaten die Forderung stellte, gleichfalls im Reiche aufzugehen. Man fragt sich hier wohl mit Recht: Ja, haben wir das nicht schon längst getan? In welchen Stücken haben wir noch Selbstverwaltungsrechte, die den Preußen zu viel sind? Was stellen sich die Preußen unter Selbstverwaltung, gar unter weitestgehender Selbstverwaltung vor, die sie angeblich den deutschen Stämmen zugestehen wollen? Hier fehlt offenbar jegliche Anschauung, weil Preußen seit dem Jahre 1848 ein vollständig zentralisierter Einheitsstaat gewesen ist. Ganz nach den vorhin angegebenen Rezepten müssen daher die deutschen Mittelstaaten stehen bleiben, um ein Vorbild abzugeben für die erst zu errichtenden preußischen Länder. Einen andern Weg zu einem einheitlichen Reiche mit Selbstverwaltung der Stämme zu kommen, gibt es nicht. Welche preußischen Länder errichtet werden sollen, darüber brauchen von Bayern aus keine Vorschläge gebracht zu werden. Aber das Reich muß dazu die Hand bieten, daß die Liquidierung Preußens ohne Überstürzung und ohne Reibung vor sich gehen kann. Das Natürlichste wäre, daß die preußischen Minister ins Reichsministerium als Reichsminister einträten, um planmäßig die Errichtung der preußischen Länder und die allmähliche Überführung bisher gemeinsamer Angelegenheiten in deren Wirkungskreis zu betreiben. Kommt es zur Bildung preußischer Länder, so wird Bayerns heutige Stellungnahme auch bei ihnen Verständnis und Zustimmung finden.

Die Selbstentäußerung des deutschen Aktionärs

Unsere Aktiengesetzgebung kennt drei Instanzen für die Verwaltung der Aktiengesellschaften: die Generalversammlung, den Aufsichtsrat und Vorstand. Auf dem Papier ist von diesen dreien die Generalversammlung fast die mächtigste, denn sie wählt den Aufsichtsrat und indirekt durch diesen den Vorstand. Sie setzt die Dividende fest, gewährt oder verweigert die Entlastung an die Verwaltungsorgane, beschließt Kapitalserhöhungen, Sanierungen usw. So steht es auf dem Papier. In Wahrheit ist es nie so gewesen. Wer jemals Generalversammlungen besucht hat, der weiß, daß unter hundert kaum eine mehr als eine Formalität ist. Die Vorlagen werden fast immer ohne Erörterung angenommen, Anfragen der Aktionäre werden häufig kaum oder recht ungnädig beantwortet; die Verwaltung verschanzt sich hinter Geschäftsgeheimnissen und hat damit noch nicht einmal immer so un-

Digitized by Google

recht. Und selbst der Aufsichtsrat, der das vorgesetzte Organ für die Direktoren sein soll, wird auch nur formell von der Generalversammlung gewählt. Es ist häufig umgekehrt, wie es im Gesetzbuch steht. Der Vorstand bestimmt, wen er in den Aufsichtsrat haben will. Gerade bei ganz großen Gesellschaften, wie etwa bei den Banken und vielen Riesen-Industriegesellschaften muß man sich die Ergänzung des Aufsichtsrates ungefähr so darstellen.

Somit ist das Handelsgesetzbuch, soweit die Rechte des Aktionärs in Betracht kommen, in bedenklichem Maße ein Buch, in dem die Dinge nur auf dem Papier stehen, und nicht eine Kodifizierung der Verkehrsgewohnheiten, wie es eigentlich ein gutes Gesetzbuch sein soll. Tatsächlich sind die Väter unseres Aktienrechtes in dieser Beziehung schlechte Praktiker gewesen, denn wie die Dinge heute sind, mußten sie sich eigentlich für den Beobachter der Aktienverhältnisse so herausbilden. Denn die Aktie ist längst zu einer Ware und zwar zu einer sehr beweglichen Ware geworden, die häufig im schnellsten Umschlag den Besitzer wechselt, und dieser Besitzer hat nur selten eine innigere Fühlung mit dem Unternehmen. Häufig weiß er kaum, was die Gesellschaft herstellt. Er hat den Anteil gekauft, weil ihm irgend ein Bekannter einen guten oder schlechten Rat gegeben hat. Er will vor allem Kursgewinne machen. Aber selbst dort, wo ein Kapitalist einige Aktien nach sorgfältiger Überlegung erworben hat und ihre Bilanzen studiert, ist er unter Umständen gar nicht in der Lage, von seinem Rechte, in der Generalversammlung aufzutreten, Gebrauch zu machen. Man denke etwa an den Fall, daß jemand Aktien einer Gesellschaft besitzt, die einige hundert Kilometer weit entfernt ist. Dann würden ja Reisekosten und Reisespesen erheblich mehr verzehren, als die Dividende einbringt.

Nie ist diese vielleicht naturnotwendige Interesselosigkeit des Aktionärs deutlicher zum Vorschein gekommen, wie gerade in diesen Wochen, wo seine Rechte von Grund auf beschnitten werden.

Die angeblich sehr großen *Käufe ausländischer Kapitalisten* auf den deutschen Börsen haben die Befürchtung aufkommen lassen, daß die Majorität in zahlreichen deutschen Gesellschaften in fremden Besitz übergehen könne, was zweifellos unter Umständen unserer Wirtschaft schaden kann. Die Verwaltungen sind nun auf den Gedanken gekommen, sich gegen diese Gefahr durch *Schaffung von Vorzugsaktien* mit mehrfachem Stimmrecht zu schützen. Ob das Mittel notwendig war, muß von vornherein zweifelhaft bleiben. Früher hatte man einen einfacheren Weg, man bestimmte in den Statuten, daß die Verwaltung von deutschen Staatsangehörigen besetzt sein müsse. Wenn man aber annimmt, daß dieser Schutz nicht genügt, da ja die ausländischen Interessenten Strohmänner einsetzen oder die Statuten umstoßen könnten, so wären noch andere Maßnahmen möglich gewesen, wie etwa die Schaffung von Schutzmaßnahmen für eine von

Digitized by Google

vornherein begrenzte Zeit. Man hat das aber nicht getan, sondern eine neue Aktienart mit mehrfachem Stimmrecht geschaffen. Zuerst ist das in bescheidenem Maße der Fall gewesen, als die chemische Großindustrie diese Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht ausstattete. Dann aber wurde man etwas forscher, und heute gibt es schon Unternehmungen, die ein dreißigfaches Stimmrecht für ihre Vorzugsaktien bestimmen. Man hätte nun erwarten sollen, daß wenigstens ein Teil der Stammaktien sich gegen diese Entrechtung mit aller Energie wendet. Nichts von alledem. Nur in den seltensten Fällen kam es zu ziemlich bescheidenen Einsprüchen, und auch diese wurden immer schnell überwunden.

Soll man sich darüber aufregen, soll man die armen Stammaktionäre bedauern? Nein, sie haben ihr Urteil selbst gesprochen und haben aller Welt klar gelegt, daß sie sich im Grunde fühlen als Besitzer variabler Schuldverschreibungen und auf keinen Fall als Unternehmer einer Gesellschaft. Es wäre unter diesen Umständen Kraftverschwendung, sich für die Rechte der Aktionäre einzusetzen. Soweit ist die Angelegenheit erledigt. Sie hat aber doch noch eine andere, eine soziale und wirtschaftspolitische Seite. Der Gedanke nämlich, daß neben dem kleinen Klüngel der Verwaltung auch noch andere mitzusprechen hätten beim Wohl und Wehe unserer großen Gesellschaften, ist an und für sich richtig und insofern ist der Gesetzgebung durchaus zuzustimmen. Sie hat nur das falsche Objekt dazu auserkoren.

Nachdem nun einmal ein Vakuum klar zutage tritt, muß man sich fragen, ob nicht an Stelle des Aktionärs jemand anders mit seinen Rechten betraut werden soll. Man muß das um so mehr, als das Aktiengesetz noch aus einer Zeit herrührt, in der das ganze Sinnen und Denken des Gesetzgebers rein kapitalistisch orientiert war und man nur an den Geldgeber dachte, darüber aber vergaß, daß schließlich auch noch andere einen großen Anteil an unseren großen Gesellschaften nehmen. Es ist vor allem der Brotnehmer in seinen verschiedensten Formen, angefangen vom Arbeiter bis zum kaufmännischen Angestellten und dem Techniker. Gerade die zuletzt genannten, die geistigen Arbeiter, sind ja für das Wohl und Wehe der Gesellschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Wer nun die Verhältnisse näher kennt, der weiß, daß es ihnen häufig nicht möglich ist, ihren Rat, ihre intimen Kenntnisse der Dinge zum allgemeinen Wohl zur Verfügung zu stellen. Bürokratie und Herrschsucht sind ja schließlich auch im Privatunternehmen nicht immer ganz fern. Aber auch noch eine andere Kategorie hätte gar manches bei großen Unternehmungen mitzusprechen, und das ist der Abnehmer. Selbstverständlich wird es nicht ohne weiteres möglich sein, bei jeder kleineren oder mittleren Aktiengesellschaft die Kunden ohne weiteres in die Verwaltung hineinzunehmen. Das könnte ja gewiß manchmal zu bösen Konsequenzen führen. Es wird auf die Größe und Art des Unternehmens ankommen. Sobald es um sich monopolähnliche Gebilde handelt, könnte man dem Abnehmer viel mehr als bisher Rechte

Digitized by Google

einräumen. In gewisser Beziehung geschieht das ja bereits jetzt bei der Neuordnung unserer Kohlenwirtschaft.

Aber das sind erst Anfänge. Die andere Seite der Angelegenheit, das Mitbestimmungsrecht des Angestellten, soll jetzt durch das Betriebsrätegesetz geregelt werden. Es ist ein Kompromiß zustande gekommen, bei dem der Unternehmer sich nicht zu beklagen haben wird. Bei der ganzen Angelegenheit ist vielleicht der hier gegebene Gesichtspunkt, das Versagen des Aktionärs, etwas zu wenig berücksichtigt worden. Gerade deshalb sei allen denen, die von dem Betriebsrätegesetz Schlimmes befürchten, auch einmal die Tatsache unterbreitet, daß die Rechte des Aktionärs auf Mitbestimmung längst nurmehr auf dem Papier stehen.

Severus Linter.

Notizen

Der Potsdamer Kriegsrat und der Kaiser. In der Januar-Nummer der hier schon zitierten englischen Zeitschrift „Foreign Affairs" widerlegt ihr Herausgeber, E. D. Morel, gründlich die erstmals im September 1914 von einer holländischen Zeitung gebrachte Legende von dem geheimen Kriegsrat, der am 5. oder 6. Juli 1914 in Potsdam stattgefunden haben soll. Sie spielt eine große Rolle in dem Versailler Anklage-Pamphlet über Deutschlands Allein-Schuld am Kriege und wird trotz allen Gegenbeweisen von der Entente immer noch liebevoll gepflegt. Nach Morel hatte die Legende anfangs nur wenig oder gar keine Beachtung gefunden. Sie wurde erst am 28. Juli 1917, kurz nach dem bekannten Reichstags-Beschluß, von der „Times" wiederaufgefischt, und am 4. August 1917 machte sie Lloyd George zur Grundlage einer Rede, die auf einen leidenschaftlichen Aufruf zur Fortsetzung des Krieges bis zum bittern Ende hinauslief — angesichts dieser neuen Enthüllung „der gefährlichsten Verschwörung, die je gegen die Freiheit der Völker angezettelt wurde, sorgfältig, geschickt, heimtückisch und hinterrücks, mit grausamer, zynischer Entschlossenheit in jeder Einzelheit entworfen."

E. D. Morel weist darauf hin, daß

> „Kenner der auswärtigen Politik bei dieser Gelegenheit den Zusammenhang der „Times" mit Lloyd George bemerkten, wie sie sich auch eines ähnlichen Zusammenhangs im Juli 1911, zur Höhezeit der 2. Marokko-Krise, erinnerten, als die „Times" die angeblichen „Forderungen" Deutschlands an Frankreich veröffentlichte, worauf Lloyd Georges Drohrede im Mansionhaus unmittelbar folgte. Der Bericht der „Times" erwies sich späterhin als unwahr. Aber das Unheil war geschehen. Das gleiche Zusammenspiel führte im Juli 1917 zum gleichen Ergebnis. Der beabsichtigte Zweck ward erreicht" —

nämlich die Aufpeitschung der Leidenschaften zur Verlängerung des Kriegs. Denn nach Morel, der stets die Allein-Schuld Deutschlands abgelehnt hat und immer für einen Verständigungsfrieden eintrat,

> „liegt reichliches Beweismaterial dafür vor, daß die Staatsmänner Österreichs und [illegible]s im Frühjahr und Sommer 1917 wirklich bestrebt waren, einen allge-

Digitized by Google

meinen Frieden, nicht der Eroberung, sondern der Verständigung zu schließen. Hätten damals die Lenker der auswärtigen Politik Englands und Frankreichs nur den geringsten Wunsch geäußert, solch einen Frieden zu schließen, dann wären uns die Schrecken der letzten 2 Jahre möglicherweise erspart geblieben."

Die „ruchlosen Geheim-Verträge" aber zwangen sie, einen Gewaltfrieden anzustreben,

„der allein ihnen den Raub sichern konnte, nach dem sie verlangten. Sie waren es, die die Stockholmer Konferenz scheitern ließen und nicht die Deutschen."

Weiterhin legt Morel die vollkommene Haltlosigkeit der Legende klar unter Berufung auf die Äußerungen des Sir Horace Rumbold von der britischen Botschaft in Berlin und des Sir Maurice de Bunsen, britischen Botschafters in Wien, sowie unter Berufung auf das Ergebnis der Verhöre vor dem deutschen Untersuchungsausschuß. Morel hebt hervor, wie der Kaiser am Tag seiner Abreise mehreren Offizieren seine Überzeugung ausdrückte, der Mord von Sarajevo werde keine Kriegsfolgen zeitigen. Als Beleg für des Kaisers Gesinnung führt er zum Schlusse ein „bisher unveröffentlichtes Blatt der Geschichte", einen Brief des Geistlichen J. L. Dampier-Bennett an, der 1914 britischer Kaplan in Balholm war, wohin des Kaisers nordische Fahrt ging. Morel bemerkt dazu, daß der Geistliche durchaus kein Anhänger der „Union of Democratic Control" war. Über den ganz unzweideutigen Eindruck, den der Kaiser damals auf die in Balholm Anwesenden gemacht, schrieb Dampier-Bennett Ende 1915 an Morel u. a.:

„Die Zahl der englischen und amerikanischen Besucher in Balholm im vergangenen Jahr war außerordentlich gering. Aber auf die wenigen, die zum Besuch des Kaisers und der jährlichen „Deutschen Invasion" da waren, machte der tragische Ausgang jenes Besuchs solch einen tiefen Eindruck, daß ich bei Kriegsausbruch in Balholm, sei es von englischer, amerikanischer, norwegischer, schwedischer oder dänischer Seite, selbst im wildesten Toben gegen Deutschland wegen des Einfalls in Belgien gar nie eine andere Überzeugung aussprechen hörte als diese: Daß der Kaiser aufrichtig sein Äußerstes in dem Versuch getan hatte, den Krieg aufzuhalten, sobald er ihn drohen sah." — Der Geistliche, der den Kaiser selbst nicht sah, aber dessen Freunde — „keineswegs Germanophilen" — als Gäste des Kaisers beim Überreichen der Note zugegen waren, fährt fort: „Ich muß gestehen, daß ich keinen Augenblick Seelenfrieden mehr gehabt habe, seitdem der Kaiser Balholm mit solch tragischer Plötzlichkeit verlassen hat. Er mag, wie man sagt, ein guter Schauspieler sein. Aber der Monarch, der beim Empfang einer Note Angst und Qual so zu heucheln vermag, daß er sein Gesicht augenblicklich totenfahl werden lassen kann, muß ein Schauspieler von ganz einzigartigen Fähigkeiten sein."

Und der Geistliche schließt seinen Brief damit, daß man in England über kurz oder lang sehr wesentlichen Wahrheiten werde ins Gesicht sehen müssen. H. L.

Die Antidumping-Bill. Die Antidumping-Bill bezweckt bekanntlich in der Hauptsache, das deutsche Erzeugnis von den englischen Grenzen fernzuhalten im Interesse der britischen Industrie, die sich durch das Vordringen des deutschen Fabrikates in ihrer Existenzmöglichkeit, in ihrer Ellenbogenfreiheit bedroht fühlt. Aber hauptsächlich sollen doch die sogenannten Schlüsselindustrien, d. h. die neuen, während des Krieges angepflanzten Industrien, durch dieses neue Gesetz geschützt werden. Daß nicht alle Wirtschaftskreise in Großbritannien auf dem Standpunkt stehen, den sich die britische Regierung zu eigen

Digitized by Google

gemacht hat, kann man einem Aufsatz entnehmen, der am 24. November in den „Times" erschienen ist und zwar in der Form einer Zuschrift aus dem Leserkreise:

Mit Bezug auf Farbstoffe wird dort gesagt:

„Es ist genügend bekannt, daß viele Farbstoffe dringend gebraucht werden, die von den britischen Farbwerken nicht herausgebracht und infolgedessen aus Amerika und der Schweiz importiert werden müssen. Der unglückliche Farbenverbraucher in England muß sich bei jedem Import vom Handelsamt eine besondere Einfuhrerlaubnis beschaffen und weiß niemals im voraus, ob er diese Erlaubnis erhält und wann. Das Handelsamt ist also der einzige Lieferant für ausländische Farbstoffe gegenüber 1½ Millionen Interessenten, die hier in Großbritannien in Frage kommen. Da der britische Farbenverbraucher niemals weiß, wann und wieviel er von dem benötigten Material erhält, ist er auch nicht in der Lage, seine Geschäftsoperationen auszudehnen. Das Verbot, gewisse hochklassige Chemikalien, optische und wissenschaftliche Instrumente einzuführen, was übrigens auch für Glaswaren für technische Zwecke gilt, ist für jede Nachforschungsarbeit und wissenschaftliche Lehrtätigkeit ein schwerer Schlag. Nicht nur sind die Preise exorbitant, auch die Qualität ist skandalös schlecht, da in Großbritannien 2—3 Firmen das Monopol haben und weit entfernt davon sind, der Nachfrage zu genügen.

Nehmen wir Zinkoxyd und Lithophone. Vor dem Kriege ist Zinkoxyd aus Amerika eingeführt worden. Heute besteht eine kleine Fabrik im Lande und ferner eine große und eine kleine Fabrik für Lithophon (welch letzteres hauptsächlich von Holland gekommen ist), die für den englischen Bedarf sorgen sollen. Diese Monopolstellung bewirkt, daß Lithophone, das vor dem Kriege mit 9 Pfund Sterling die Tonne eingekauft wurde, sich heute auf 40 Pfund Sterling stellt. So könnte man der Beispiele noch mehr liefern.

Die Einfuhrpolitik, diese Artikel betreffend, wird von einer beamteten Verwaltung betrieben und das ist die größte Gefahr für die britische Industrie, denn jeder Fortschritt wird vorerst gezwungen sein, den Widerstand zu bekämpfen, der ihm von einem Beamtentum gemacht wird, das sich nicht emporheben kann über eine bürokratische Regelung und niemals begreifen wird, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes nicht darauf hinzielen können, die heimatlichen konkurrenzunfähigen Industrien zu fördern, sondern sich darauf konzentrieren müssen, die notwendigen Verbrauchsmaterialien in genügender Menge und in guter Qualität zu verhältnismäßig billigen Preisen den Fabrikanten zur Verfügung zu stellen. Daß in solchem Falle auch der englische Ausfuhrhandel leichter emporkommen würde, bedarf keiner besonderen Erörterung."

Wir sehen also, daß die „Times" selbst nicht umhin kann, die Folgen der Antidumping-Bill als nachteilig für die großbritannischen Wirtschaftsinteressen zu bezeichnen und das Verhalten der Regierung zu kritisieren, die allein unter der Hypnose jener Interessenten in England handelt, die eine gewaltsame Förderung und Aufrechterhaltung der künstlichen Schlüsselindustrien als das Um und Auf einer gesunden Zollpolitik auffassen.

Schweizerische Wirtschaftsorientierung nach dem Westen. Die Markentwertung hat als Folgeerscheinung für die schweizerische Industrie die Unmöglichkeit geschaffen, nach Deutschland zu exportieren. Da der deutsche Konsum vielfach aus schweizerischen Quellen gespeist worden ist, solange die deutsche Währung sich auf einer halbwegs vernünftigen Höhe hielt, ist dieser völlige Rückgang der schweizerischen Ausfuhr nach Deutschland eine Tatsache, die in der Schweiz vielfach mit Erbitterung registriert wird. Zieht man in Betracht, daß die Ententeländer nach wie vor *gehalten* sind, recht

Digitized by Google

namhafte Bestellungen den Schweizer Werken zugehen zu lassen, und fügt man dem hinzu, daß die Westmächte Ursache haben, der schweizerischen Fabrikation durch Lieferung von Rohstoffen zu helfen, so sieht man hier eine Interessenverquickung in der Entwickelung, die eine Orientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik nach dem Westen nicht nur fordert, sondern geradezu erzwingt.

Wir wollen hier nicht alle jene Momente anführen, die eine Entfremdung in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen geeignet sind, aber an der Tatsache können wir nicht vorbeigehen, daß der schweizerische Gläubiger seit einem Jahr seine Guthaben in Deutschland lassen muß, weil er durch die Wertverminderung der Mark in der Einziehung seiner Forderungen gehindert ist. Auch das müssen wir erwähnen, daß das Ansammeln deutscher Guthaben in schweizerischer Währung in den schweizerischen Bankinstituten mit scheelen Augen angesehen wird, namentlich deshalb, weil diese Operation für den deutschen Verkäufer die Aussicht namhafter Kursgewinne bringt, verbunden mit der Möglichkeit, der Erfassung durch die deutschen Steuerbehörden zu entgehen. Aber in der Hauptsache: Die Alimentierung der schweizerischen Fabriken durch die Westmächte erzwingt, wie wir bereits gesagt haben, das Überquellen der schweizerischen Wirtschaftsinteressen nach dem Westen, womit nolens volens ein Abfärben auf die politischen Verhältnisse riskiert wird. Die Schweiz hat sich bisher in all ihren Emanationen neutral gehalten. Sie will gewiß auch diese neutrale Zwischenstellung beibehalten. Aber die Unmöglichkeit, die schweizerischen Fabrikate nach Deutschland zu bringen, dafür aber die Bequemlichkeit, das schweizerische Produkt in Frankreich und England abzusetzen . . ., diese Entwicklungen bringen in notwendiger Folge ein Verrücken des schweizerischen Standpunktes nach dem Westen und erzeugen mit Bezug auf das Zukunftsverhältnis mit Deutschland Eventualitäten, die deutscherseits gewiß richtig eingeschätzt zu werden verdienen.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Zeitfragenverlags, Berlin-Zehlendorf-West, über das Buch „Rettung aus der Valuta-Not" von Dr. J. Reichert bei. Wir empfehlen den Prospekt der besonderen Beachtung unserer Leser.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: [illegible] Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. Gedruckt in der [illegible] in SW 48.

Digitized by Google

BRIEFE WILHELMS II.
an den Zaren 1894–1914

Vollständige deutsche Ausgabe des 73 Handschreiben und zwei Vertragsurkunden umfassenden Textes. Herausgegeben und eingeleitet von Univers.-Professor Geheimrat Dr. W. Goetz, Leipzig. Mit dem Wortlaut des englischen Originaltextes sowie Faksimiles einzelner Briefe

*

In Halbleinen gebunden

25 Mark

Verlag Ullstein & Co, Berlin

Digitized by Google

Wer geistig arbeitet,

der setzt sich leicht der Überanstrengung mit allen ihren schlimmen Folgen aus, wenn er nicht nach richtiger Methode zu Werke geht. Der eine muß sich riesig plagen, um das zu meistern, was der andere sich spielend aneignet. Dann gibt es viele, welche wohl rasch einprägen, aber auch wieder rasch vergessen. Die allermeisten aber wenden viel mehr Zeit und Mühe für ihre Arbeit auf, als eigentlich notwendig wäre. Wenn die Geistesarbeiter zuerst alle ihre Fähigkeiten, die Beobachtungsgabe, die Konzentration usw. sorgfältig entwickeln und ausbilden würden, dann würde ihre Arbeit nicht nur viel flotter vonstatten gehen, sondern sie würde auch in ihrer Qualität ungeheuer gewinnen.

Betrachten Sie die vielen Tausende und Abertausende von Wörtern der verschiedenen Sprachen, und Sie sehen, wie viele Verbindungsmöglichkeiten sich durch verschiedenartige Zusammenstellung von nur 25 Buchstaben ergeben; betrachten Sie die Millionen verschiedener Melodien, die aus ein paar Dutzend Noten geschaffen worden sind, und dann werden Sie eine kleine Ahnung von der fabelhaften Zahl der Verbindungsmöglichkeit bekommen, die sich aus den vielen Tausenden von Eindrücken und Begriffen ergeben, welche in unserem Gehirn aufgespeichert sind. Was anderes ist ein Genie als ein Geist, der im richtigen Augenblick die richtigen Ideen herausgreift und in Verbindung bringt. Und andere vermögen das nicht, weil ihr Wissen nicht geordnet und nicht jederzeit ihnen so lebhaft gegenwärtig ist, daß sie nur zugreifen brauchen.

Wie Sie Ihr Wissen am sichersten ausbauen, ordnen und stets gegenwärtig halten können, zeigt Ihnen am besten Poehlmann's Geistesschulung und Gedächtnislehre, wie das von Tausenden von Anhängern bestätigt wird. Poehlmann's Geistesschulung ist keine Spielerei, kein totes Buch, sondern ein lebendiger Unterricht, welcher auf Ihre individuellen Bedürfnisse eingehen kann, welcher nicht von vornherein Unmöglichkeiten fordert, sondern ganz stufenweise zum Erfolge führt.

Verlangen Sie Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen) von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Wie werde ich wahrhaft glücklich?

Ein Lebensführer von Christ. Lud. Poehlmann.
Geheftet 7 Mark 50 Pfg., gebunden 9 Mark 50 Pfg.

„Der Verfasser von Poehlmanns berühmter Geistesschulung und Gedächtnislehre behandelt in dem neuen Buche ein Gebiet, auf dem er vermöge seiner 25jährigen Erfahrung zu Hause ist, wie kein anderer. Ganz zweifellos zeigt der Verfasser in diesem neuen Werk allen innerlich strebenden Menschen einen Weg, um aus der Not der Zeit heraus zurückzufinden zu den Quellen wahren Glückes und zur Zufriedenheit mit sich selbst."

„Darmstädter Tagblatt."

Digitized by Google